POLIT. GESCHEHEN

IIIII

961-75

POLITISCHES GESCHEHEN

DES XX. JAHRHUNDERTS

POLITISCHES GESCHEHEN DES XX. JAHRHUNDERTS

in seinen Zusammenhängen chronologisch dargestellt von

Dieter Vollmer

Band VI: 1961—1975

Herausgegeben von

Verlag K. W. Schütz KG
Preußisch Oldendorf

Druck: Kölle-Druck, Preuß. Oldendorf
Plastikdecke: Dreske & Krüger, Hannover
Titelentwurf: Prof. Hans Schweitzer

Vorwort

Mit diesem sechsten und vorläufig letzten Bande unseres politisch-historischen Nachschlagewerkes erreichen wir den Anschluß an das Geschehen der unmittelbaren Gegenwart. Es ist daher an der Zeit, das Fazit aus den Ereignissen der ersten sieben Dezennien dieses Jahrhunderts zu ziehen:

Das erstmalig hinter der Französischen Revolution von 1789 deutlich werdende Ziel der internationalen Freimaurerei, die Weltrepublik, ist nunmehr nahezu erreicht. Man nähert sich ihm auf zweifachem Wege, dem „östlichen" der kommunistischen Weltrevolution, getragen von den Großmächten UdSSR und China, und dem „westlichen" eines sich „demokratisch" verbrämenden Wirtschaftsimperialismus, verdeutlicht in jüngster Zeit durch die Dollarspekulation der siebzger Jahre.

Zwischen diesen beiden Annäherungen an die Endlösung bestanden und bestehen zahlreiche Querverbindungen, stets von neuem angeknüpft und unterhalten von den Erben der Freimaurerei, den aus den round table groups hervorgegangenen „Außenpolitischen Gesellschaften", „Räten" und „Instituten" mit ihren verschiedenen regionalen Unterorganisationen, die alle vom „Westen" her den „östlichen" Weg beharrlich fördern.

Auf beiden Seiten standen in entscheidenden Situationen stets zahlreiche Persönlichkeiten in Schlüsselpositionen, die aus der sehr alten Tradition eines ursprünglich religiösen Auserwähltheitsanspruches einen internationalen Führungsanspruch ableiteten und in die Tat umsetzten. Diesem Personenkreis gemeinsamer Herkunft gelang es, in allen Völkern, die maßgeblich in das politisch-historische Geschehen einbezogen waren, Mitarbeiter und Helfer in unbegrenzter Zahl zu gewinnen und dem Endziel dienstbar zu machen, zu Anfang mit dem beliebten Lockmittel der Geheimbündelei, später durch entsprechende Erziehungs- und Bildungsprogramme sowie durch eine gelenkte Publizistik.

Diese gesamte Entwicklung steht nun — wie gesagt — kurz vor ihrem Ziel. Als ihre Opfer bleiben auf der Strecke die von der Natur geschaffenen eigenständigen Völkercharaktere und Kulturen in ihrer lebendigen, bunten Mannigfaltigkeit, nicht zuletzt die der nord-, west- und mitteleuropäischen Völker, die in Jahrtausenden den Geschichtsablauf entscheidend prägten. Weitgehend in Mitleidenschaft gezogen wurden — über Völkerschicksale hinaus — auch bereits Fauna und Flora dieses Planeten. Eine

offensichtliche Hypertrophie des menschlichen Gehirns zeitigt ihre lebenzerstörenden Folgen. Und eine Kraft, die im letzten Augenblick noch dieser Zerstörung Einhalt gebieten könnte, ist nirgends zu entdecken.

Trotzdem besteht keine Ursache, diesen Gang der Dinge widerstandslos hinzunehmen. Niemand ist gezwungen, sich dem Geist der Zerstörung und seinen Wirkungen zu beugen, zu unterwerfen. Es ist in die persönliche Freiheit jedes einzelnen gestellt, für die Erhaltung des Lebens in seiner naturgegebenen Vielfalt zu kämpfen, solange er Atem hat. In solchen Zeiten empfiehlt es sich nicht, auf den „Erfolg" zu blicken. Das macht nicht frei. Wichtig ist nur noch, sich selbst, der angeborenen Wesenheit getreu, zu leben, zu wirken und zu kämpfen. Darin allein liegt Freiheit und Glück.

Dieter Vollmer

Schleswig, Mittwinter 1973/74

3. Januar 1961

Zwischen den USA und Kuba werden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Fidel Castro hat inzwischen auf Kuba sein totalitäres Herrschaftssystem errichtet. Er selbst betrachtet dieses System als ein Modell für ganz Südamerika (vgl. auch 9. Juli 1960).

USA KUBA

6. Januar 1961

Chruschtschow spricht vor höheren Parteifunktionären, Mitgliedern der Akademie für Sozialwissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus im Zentralkomitee der Partei. Er sagt u. a., daß es „in der heutigen Zeit . . . , in der es 87 kommunistische Parteien und Arbeiterparteien gibt, deren jede eigene Aufgaben hat, unmöglich ist, alle sozialistischen Länder und kommunistischen Parteien von einer einzigen Zentrale aus zu leiten . . . Es bringt unserer Partei keine Vorteile, wenn sie als ‚die Führungskraft' bezeichnet wird . . . , ganz im Gegenteil, das schafft nur Schwierigkeiten . . ." Damit bezieht sich Chruschtschow auf den großen Moskauer Parteienkongreß im November 1960, bei dem die ideologischen Meinungsverschiedenheiten mit der chinesischen KP in schärfster auch persönlicher Form ausgetragen wurden. Die Chinesen warfen dort Chruschtschow Opportunismus, Großmacht-Chauvinismus und Abweichen von der kommunistischen Solidarität vor.[1]

UDSSR CHRUSCHTSCHOW VOR DEM ZK

7. Januar 1961

In Casablanca geht die viertägige Konferenz nord- und westafrikanischen Staaten zu Ende. Teilnehmer waren Algerien (die provisorische Regierung Ferhat Abbas), Ghana, Guinea, Libyen, Mali, Marokko und die VAR (Ägypten), vertreten jeweils durch das Staatsoberhaupt. Die abschließende Charta von Casablanca sieht eine Afrikanische Beratende Versammlung, vier Ausschüsse und ein Verbindungsbüro zur Koordinierung dieser Ausschüsse vor. Eine Reihe von Resolutionen setzt sich für die Unabhängigkeit aller afrikanischen Völker ein.[2]

CASABLANCA-KONFERENZ CHARTA

15. Januar 1961

Mao Tse-tung führt den Gipfel des Personenkultes herbei. Er befiehlt 700 Millionen Chinesen, ihm „ihre Herzen zu geben". Er läßt durch eine riesige Plakataktion verkünden, er, Mao, sei nicht nur die Verkörperung des chinesischen Volkes, sondern auch

CHINA MAO TSE-TUNG

ZWANGS-ARBEITS-LAGER

die Verkörperung der Volksmassen der Welt und der Zukunft der Menschheit. Drei Tage später kündigt das Zentralkomitee der chinesischen KP eine neue, gesamtchinesische Besserungskampagne gegen alle „üblen Elemente" an. Das bedeutet, daß rund ein Zehntel der Bevölkerung, also etwa 70 Millionen Männer und Frauen für zwei bis drei Jahre in Zwangsarbeitslagern schwere körperliche Arbeit verrichten müssen und dabei voneinander isoliert bleiben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei dieser Maßnahme auch der Gesichtspunkt der Eindämmung der Geburtenflut mitspielt, die jede Regierung vor unlösbare Probleme stellen muß.[3]

GUINEA SEKOU TOURÉ

In dem westafrikanischen Staat Guinea wird der bisherige Ministerpräsident Sékou Touré zum Präsidenten gewählt. Er wird sich gezwungen sehen, einige Maßnahmen der totalen Sozialisierung des öffentlichen und auch des privaten Lebens, die zu untragbaren Mißständen führen, zurückzunehmen, und damit die erklärten Kommunisten, wie z. B. die Lehrergewerkschaft, gegen sich aufbringen.

18. Januar 1961

CHINA ABSCHAFFUNG DER „VOLKSKOMMUNEN"

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas schafft aufgrund des Produktionsrückgangs in der Landwirtschaft die am 29. August 1958 (vgl. dort) gebildeten „Volkskommunen", damals als „Großer Sprung vorwärts" proklamiert, wieder ab und erkennt den Bauern wieder in geringem Umfang eigenen Grund und Boden zu, dessen Ertrag sie frei verkaufen dürfen. Für ihre Arbeit in den Produktionsbrigaden werden sie künftig bezahlt. China muß im Westen Getreide einkaufen, u. a. in Frankreich, Kanada und Südafrika.

31. Januar 1961

BRASILIEN PRÄSIDENT QUADROS

In Brasilien tritt Präsident Janio da Silva Quadros sein Amt an. Seine Innenpolitik ist konservativ, seine Außenpolitik blockfrei, d. h. Quadros nimmt diplomatische Beziehungen zu Ostblockstaaten auf, schließt auch Handels- und Kulturabkommen mit diesen, ohne das sich Brasilien aus dem interamerikanischen Bündnissystem ausschließt. Doch wird sich Quadros dieser Haltung wegen heftigen Angriffen ausgesetzt sehen und bereits ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt wieder zurücktreten (vgl. 18. August 1961).

2. Februar 1961

Kanada schließt mit der Volksrepublik China ein Abkommen über Lieferung von kanadischem Weizen. Weitere Lieferungsabkommen werden am 2. Mai und 21. Dezember 1961 zustande kommen und dem chinesischen Getreidemangel dieses sowie des nächsten Jahres abhelfen.

KANADA CHINA WEIZEN-LIEFERUNG

7. Februar 1961

In Salisbury wird eine achttägige Konferenz Großbritanniens und Südrhodesiens mit einem Übereinkommen beendet, das die künftige südrhodesische Verfassung betrifft. Danach soll jedes neu erlassene Gesetz vor der Genehmigung durch den Gouverneur von einem eigens hierfür eingesetzten „Verfassungsrat" daraufhin geprüft werden, ob es „diskriminierend" sei (d. h. von der verschiedenen Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit der verschiedenen Rassen ausgeht), und ob es den Menschenrechten widerspräche. Entsprechende Verfassungsänderungen sollen der Zustimmung der britischen Regierung bedürfen.[4]

GROSS-BRITANNIEN-SÜD-RHODESIEN VERFASSUNG

9. Februar 1961

Im Zuge der Bürgerkriegswirren im ehemals belgischen Kongo (Leopoldsville) löst Präsident Kasavubu das „Oberste Verwaltungskabinett" des Obersten Joseph Mobutu wieder auf und beruft Joseph Ileo zum neuen Ministerpräsidenten. Fünf Tage darauf wird sich in Stanleyville Antoine Gizenga, ein Anhänger Lumumbas, zum Regierungschef ernennen und im Osten des Kongo eine linksradikale Regierung bilden, die prompt vom Ostblock anerkannt werden und Hilfe erhalten wird. Sie wird trotzdem nicht von Dauer sein (vgl. 3. August 1961).

KONGO KASAVUBU ILEO GIZENGA

12. Februar 1961

Großbritannien, die USA und die Westindische Föderation (Jamaika und Trinidad) schließen in Port of Spain ein neues Abkommen über die Stützpunkte der USA, in dem als Vertragspartner der USA die Föderation anstelle Großbritanniens tritt. Die USA verpflichten sich, einen Teil des bisherigen Stützpunktgeländes zu räumen, behalten aber andere Teile, auch neugepachtetes Gebiet für Zwecke der Weltraumforschung in Pacht.[5]

ABKOMMEN VON PORT OF SPAIN

13. Februar 1961

Die Malaiische Föderation, die Philippinen und Thailand bilden gemeinsam die Association of South-East Asia (ASA), die der Zusammenarbeit der drei Staaten auf wirtschaftlichem sowie auf sozialem und kulturellem Gebiet dienen soll. Die Initiative zu

ASA

dieser Gründung ging vom malaiischen Ministerpräsidenten Tunku Abdul Rahman aus, der befürchtet, die EWG könne sich nachteilig auf den Export der südostasiatischen Staaten auswirken (vgl. auch Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „ASA[S]").

17. Februar 1961

GROSS-BRITANNIEN SAMBIA VERFASSUNGS-KONFERENZ

In London scheitert eine seit dem 30. Januar andauernde Konferenz über die künftige Verfassung Nordrhodesiens (Sambias). Drei Tage später wird die britische Regierung versuchen, ihren Verfassungsentwurf durchzusetzen. Daraufhin werden fünf Minister der nordrhodesischen Regierung zurücktreten. Einen nur wenig abgewandelten, „endgültigen" Vorschlag der Regierung vom 26. Juni wird Kenneth Kaunda, der Führer der Vereinigten Nationalen Unabhängigkeitspartei Nordrhodesiens, ebenfalls ablehnen.[6]

21. Februar 1961

UNO-KRIEG GEGEN KATANGA

Der Sicherheitsrat der UNO ermächtigt durch eine Resolution den Generalsekretär (Hammarskjöld), die ehemalige Kongo-Provinz Katanga, die sich zum unabhängigen Staat erklärt hat, *mit Waffengewalt* dem Kongo wieder einzugliedern. Mit dieser Resolution wird die UN-Charta mit ihrer Proklamation des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anschaulich illustriert. Sie richtet sich auch gegen Belgien, das in Katanga, dem einzigen Gebiet des Kongo, in dem geordnete Verhältnisse herrschen, noch Einfluß und Interessen hat.

26. Februar 1961

MAROKKO HASSAN II.

König Muhammad V. von Marokko stirbt. Sein Sohn Hassan, seit 1956 Oberbefehlshaber der marokkanischen Streitkräfte, wird ihm eine Woche darauf, am 3. März 1961 als Hassan II. auf den Thron folgen. Er hat in Paris Rechtswissenschaften studiert und 1951 das Staatsexamen gemacht. An seiner traditionellen Krönungsreise wird als einziger offizieller Gast der französische Historiker Jacques Benoist-Méchin teilnehmen, den schon mit König Muhammad eine persönliche Freundschaft verband (vgl. Polit. Lexikon, Teil II, „Hassan II.").

27. Februar 1961

ISLAND GROSS-BRITANNIEN FISCHEREI-HOHEITS-ZONE

Island und Großbritannien legen ihren seit 1958 bestehenden „Fischereikrieg" bei. Er entstand dadurch, daß Island seine Hoheitszone von drei auf zwölf Seemeilen von der Küste erweitert, Großbritannien aber diese erweiterte Zone nicht berücksichtigt hat. Nunmehr gestattet Island den britischen Fischereifahrzeu-

gen, zu bestimmten Jahreszeiten bis auf sechs Seemeilen sich der Küste zu nähern.

Ende Februar 1961

TOYNBEE KONTRA ISRAEL

Der britische Historiker Arnold Toynbee kritisiert in einem Vortrag in Montreal/Kanada scharf die Araberpolitik des Staates Israel, vergleicht sie mit der Behandlung der Juden durch deutsche Institutionen im Zweiten Weltkrieg und sagt, ganz Israel sei in die Vertreibung und Ermordung von Arabern verwickelt. Der Vortrag wird in der kanadischen Presse ausführlich besprochen. Daraufhin vom Gesandten Israels, Jacob Herzog, zu einem Streitgespräch aufgefordert, sagt Toynbee, daß gerade die Juden aufgrund ihrer eigenen Leiden gegenüber den Arabern ganz anders hätten handeln müssen.[7]

2. März 1961

FRANKREICH ALGERIEN PROZESS GEGEN AUFSTÄNDISCHE

Im Prozeß gegen die Rädelsführer des sogenannten Barrikadenaufstandes der französischen Siedler in Algerien werden die Urteile verkündet, darunter auch Todesurteile. Ein Teil der Presse in Frankreich moniert, daß bei diesem Prozeß die politischen Motive des Aufstandes unberücksichtigt geblieben seien. Die Militärgerichtsverhandlung gegen die aufständischen Generale (vgl. 22. April) wird am 29. Mai beginnen (vgl. 23. Mai 1962).

13. März 1961

FRANKREICH WESTAFRIKA WÄHRUNGSABKOMMEN

Frankreich schließt mit den afrikanischen Staaten Dahome, Elfenbeinküste, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal und Togo ein Abkommen über die Einheit der Währung. Über dieses Abkommen hinaus wird es sieben Wochen später, am 24. April mit Dahome, Elfenbeinküste, Niger und Obervolta eine engere Zusammenarbeit in der Finanz-, Wirtschafts-, Verteidigungspolitik sowie in der Justiz vereinbaren (vgl. auch 18. Mai 1961).

ZYPERN COMMONWEALTH

Die Insel Zypern wird auf Antrag hin Mitglied des British Commonwealth of Nations. Zwei Monate später (24. Mai) wird sie auch in den Europarat aufgenommen werden, obgleich der Konflikt zwischen griechischer und türkischer Bevölkerung keineswegs beigelegt ist, sondern auch weiterhin zu einer Kette von Gewalttätigkeiten führen wird.

15. März 1961

PORTUGIESISCH ANGOLA

In Portugiesisch-Angola beginnt ein Aufstand, geschürt von zwei miteinander verfeindeten Organisationen, deren eine ihren Sitz im ehemaligen belgischen, die andere im ehemals französi-

AUFSTAND

schen Kongo hat. Die Kämpfe gegen die Aufständischen veranlassen zahlreiche Eingeborenen zur Flucht aus Angola in den Kongo, wo sich aus diesem Flüchtlingsstrom wiederum die Terrororganisationen rekrutieren. Der Aufstand wird ein halbes Jahr andauern und am 11. Oktober von den portugiesischen Truppen niedergeworfen sein.

16. März 1961

GROSSBRITANNIEN SIERRA LEONE

Großbritannien schließt mit Sierra Leone (Westafrika) in London einen Stützpunktvertrag, der es ermächtigt, in Freewton eine Marinebasis zu unterhalten.[8]

17. März 1961

LONDON COMMONWEALTH-KONFERENZ

In London geht die Commonwealth-Konferenz zu Ende. Sie hat den Ministerpräsidenten der Südafrikanischen Union, Hendrik French Verwoerd (seit 2. September 1958), derartig provoziert, des Programms der getrennten Entwicklung verschiedener Rassen (Apartheid) wegen, daß er für sein Land auf die weitere Mitgliedschaft im Commonwealth verzichtet (vgl. auch 31. Mai 1961).

21. März 1961

RUMÄNIEN GHEORGHIU-DEJ MAURER

In Rumänien wird zwei Wochen nach den Wahlen zur Nationalversammlung Gheorghiu-Dej Vorsitzender des neu geschaffenen Staatsrates und Ion Gheorghe Maurer Ministerpräsident. Unter dieser Führung wird Rumänien bestrebt sein, sich aus dem Konflikt zwischen UdSSR und China herauszuhalten, innerhalb der Kommunistischen Partei die Bindungen an die UdSSR zu lokkern und auch wirtschaftspolitisch einen eigenen, selbständigeren Kurs zu steuern.

26. März 1961

KONGO (BRAZZAVILLE) YOULOU

Im ehemals französischen Kongo (Brazzaville) wird durch unmittelbare Volkswahl Abbé Fulbert Youlou, Führer der Union Démocratique de Défense des Intérêts Africains (UDDIA), zum Präsidenten gewählt. Er war seit 1958 Ministerpräsident und seit November 1959 für das Amt des Präsidenten vorgesehen. Youlou bemüht sich nicht um Beziehungen zum Ostblock und unterstützt im benachbarten ehemals belgischen Kongo (Leopoldville) Kasavubu gegen den prosowjetischen Lumumba, verurteilt auch die Aktion der UNO gegen Katanga und wird daher zwei Jahre später zum Rücktritt gezwungen werden (vgl. 15. August 1963).

27. März 1961

Mit Genehmigung der UdSSR schließt Finnland in Helsinki ein Assoziierungsabkommen mit der EFTA, muß jedoch bereits fünf Tage später, am 1. April in einem finnisch-sowjetischen Zollabkommen der UdSSR dieselbe Meistbegünstigung einräumen wie den EFTA-Staaten.

FINNLAND EFTA UDSSR

28. März 1961

In den USA verkündet Kennedy ein neues Verteidigungsprogramm. Einerseits soll eine strategische Streitmacht zur Führung eines totalen Krieges bereitstehen, andererseits auch taktische Einheiten für begrenzte militärische Aktionen, beide zusammengesetzt aus Heer, Marine und Luftwaffe. Die Herstellung und Bereitstellung von „Polaris"- wie auch „Minuteman"-Raketen zwecks „Stabilisierung der Abschreckung" soll beschleunigt werden.

USA VERTEIDIGUNG

Die Brazzaville-Gruppe der unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten (vgl. 15. Dezember 1960) beendet in Yaoundé eine dreitägige Konferenz mit einem Schlußkommuniqué, in dem die Staaten Elfenbeinküste, Kamerun, Niger und Senegal je mit der Ausarbeitung bestimmter Vertragsentwürfe für die Beziehungen der Brazzavillestaaten untereinander beauftragt werden. Außerdem wird in Yaoundé ein Vertrag über die Errichtung einer *Afrikanisch-Madagassischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet,* in deren Rat jeder Staat einen Vertreter entsendet.[9]

WESTAFRIKA KONFERENZ VON YAOUNDÉ

5. April 1961

Belgien ruft seine letzten politischen und militärischen Berater aus Katanga zurück. Es gibt damit dem Druck des UNO-Generalsekretariats und einer internationalen Pressehetze nach, denen es als ein kleines Land nicht die Stirne zu bieten wagt, zumal führende belgische Politiker selbst in internationalistischen Ideologien befangen sind und an deren Verwirklichung mitwirken (vgl. auch 2. Mai 1961).

BELGIEN KATANGA

7. April 1961

Im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung im Prozeß gegen Adolf Eichmann in Jerusalem (vgl. 23. Mai 1960 sowie Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Eichmann") schreibt die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland": „Das deutsche Volk wird durch den Prozeß gegen Eichmann zu der Erkenntnis kommen müssen, daß die weisen Worte, die Theodor Heuss im No-

EICHMANN-PROZESS

vember 1949 fand, als er von Kollektivscham sprach, für jetzt und alle Zukunft Geltung haben müssen." Dagegen hat Dr. Nahum Goldmann, der Präsident des Zionistischen Weltkongresses, vorgeschlagen, Eichmann nicht vor ein israelisches, sondern vor ein internationales Gericht zu stellen. Daraufhin hat Ben Gurion öffentlich Nahum Goldmann beschuldigt, die Interessen des Staates Israel geschädigt und das Ansehen des Israelvolkes herabgesetzt zu haben. Für Ben Gurion bedeutet es also eine Herabsetzung der Israelis, wenn man es für klüger hält, gerade diesen Prozeß, in dem so viele innerjüdische Probleme ausgeklammert werden mußten, vor einem internationalen Gericht stattfinden zu lassen.[10]

GOLDMAN BEN GURION

9. April 1961

TOGO PRÄSIDIAL-DEMOKRATIE OLYMPIO

In Togo wird durch einen Volksentscheid die Verfassung einer Präsidialdemokratie nach dem Vorbild der V. Republik Frankreichs angenommen und am selben Tage der Führer der CUT (Comité d'Unité Togolaise) und seit dem 20. September 1960 Ministerpräsident, Sylvanus Olympio, zum Präsidenten gewählt. Im Parlament des Landes ist seitdem nur noch die CUT vertreten. Die anderen Parteien wurden nicht zur Wahl zugelassen.

10. April 1961

AUSTRALIEN OST-NEUGUINEA

Aufgrund des 1960 in Australien erlassenen Gesetzes für Ost-Neuguinea und die Papuas Nr. 2 bildet sich der Gesetzgebende Rat für Ost-Neuguinea, von dessen 37 Mitgliedern 11 Eingeborene sein müssen. Australien muß hierin den Vorstellungen der US-Regierung nachgeben, obwohl es in West-Neuguinea auf seiten der Niederlande steht. Der schleichende Selbstmord der weißen Rasse, als „Antikolonialismus" verbrämt, beginnt sich auch hier auszuwirken. Die Eltern der Eingeborenen-Delegierten haben noch im Zustand des Steinzeitmenschen gelebt.

12. April 1961

UDSSR WELTRAUM-FAHRT GAGARIN

Der russische Weltraumfahrer Jurij Gagarin umkreist als erster Mensch in einer Raumkapsel die Erde und landet unverletzt auf dem Festlande. Damit kann die UdSSR auch im bemannten Raumflug die Erstleistung für sich in Anspruch nehmen.

MITTEL-DEUTSCH-LAND

Im sowjetdeutschen Teilstaat wird ein „Gesetzbuch der Arbeit" eingeführt, nach dem es kein Streikrecht und keinen arbeitsfreien Sonnabend mehr gibt und der Arbeiter bei Nichterfüllung der vorgeschriebenen Arbeitsqualität schadenersatzpflichtig gemacht wird. Die Bestimmungen dieses Gesetzbuches kennzeichnen

die Praxis des „sozialistischen Aufbaus". Sie werden bereits am 1. Juli in Kraft treten und die Tendenz zur Abwanderung in den Westen in der Industriebevölkerung verstärken (vgl. 11. August 1961).

„GESETZBUCH DER ARBEIT"

14. April 1961

USA „JUNGE REPUBLIKANER" NATIONALKONGRESS

In St. Paul/Minnesota in den USA beginnt der Nationalkongreß der „Jungen Republikaner", einer Studentenorganisation der Republikanischen Partei, in dessen Verlauf sich der „konservative" Flügel, d. h. die Anhänger Barry Goldwaters, durchsetzen wird. Der Verlauf dieses Kongresses ist kennzeichnend für die „konservative" Welle in der amerikanischen Jugend, die sich gegen die wachsende Entmachtung der Einzelstaaten, d. h. gegen den Zentralismus und gegen die Übertragung des Lebensrisikos vom einzelnen Staatsbürger auf einen Wohlfahrts- und Sozialstaat richtet, für die Entscheidungsfreiheit des Privatunternehmertums eintritt. Der Begriff „konservativ" hat in den USA eine andere Bedeutung als in Europa. Denn das Festhalten an den Grundsätzen der Verfassung von 1787 (Konvention in Philadelphia) bedeutet das Festhalten an Grundsätzen, die in Europa als „liberal" gelten und dem Geiste der Französischen Revolution nahe stehen.[11]

17. April 1961

KUBA INVASIONSVERSUCH SCHWEINEBUCHT

Die kubanische Exilregierung (José Miró Cardona) in Miami/Florida unternimmt mit Gegnern Fidel Castros einen Invasionsversuch auf Kuba, in der Schweinebucht, der nach drei Tagen im Kampf mit Truppen des Castro-Regimes zusammenbricht. Bereits am zweiten Tage des Landeunternehmens warnt die UdSSR die USA vor einer Einmischung. Präsident Kennedy gibt daraufhin eine Erklärung ab, die USA beabsichtigten keine militärische Intervention auf der Insel (vgl. auch 9. Juli 1960). Andererseits wird dem amerikanischen Nachrichtendienst (CIA) öffentlich zum Vorwurf gemacht, daß er den zur Befreiung Kubas aufgebrochenen Gegnern Castros nicht von Anfang an wirksame Hilfe geleistet habe. Es scheint, daß eine solche Hilfe zwar zugesagt, aber dann nicht gegeben wurde. Die Folge ist, daß sich Kuba zur Ausgangsbasis für subversive kommunistische Tätigkeit in mehreren lateinamerikanischen Staaten entwickeln wird.[12]

20. April 1961

ITALIEN SÜDAMERIKAREISE GRONCHIS

Der italienische Staatspräsident Gronchi beendet eine Südamerikareise bei der mit Argentinien, Peru und Uruguay Wirtschafts- und Kulturabkommen geschlossen wurden. Mit Argentinien kam

darüber hinaus eine Vereinbarung zugunsten der dort ansässigen italienischen Volksgruppe zustande, die durch Kredite und sozialpolitische Maßnahmen gefördert werden soll.

21. April 1961

ARGENTINIEN BRASILIEN ABKOMMEN

Brasilien und Argentinien schließen in Uruguayana ein Abkommen über enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten sowie über eine gemeinsame neutrale Haltung im West-Ost-Konflikt, die den brasilianischen Präsidenten Quadros sein Amt kosten wird (vgl. 31. Januar 1961 und 18. August 1961).

22. April 1961

ALGERIEN FRANZÖS. GENERALS-PUTSCH

Beim französischen Oberkommando in Algerien beginnt ein Putsch der Generale, die — ebenso wie die französischen Siedler (vgl. 2. März 1961) — gegen eine Politik des Ausgleichs mit der algerischen Unabhängigkeitsbewegung sind. General Raoul Salan bildet die Organisation de l'Armée Secrète (OAS, nicht zu verwechseln mit der Organisation der amerikanischen Staaten), die zahlreiche Terrorunternehmen in Algerien und auch in Frankreich durchführen wird.

25. April 1961

BELGIEN REGIERUNG LEFEVRE

In Belgien bildet Théo Lefèvre aufgrund der Parlamentswahlen vom 26. März eine Koalitionsregierung aus Christlich-Sozialen und Sozialisten. Außenminister dieser Regierung wird Paul Henry Spaak. Er wird es auch in der folgenden Regierung Harmel (seit 27. Juli 1965) bleiben.[13]

2. Mai 1961

BELGIEN VERZICHTET AUF JEDE KOLONIAL-POLITIK (KONGO)

Die belgische Regierung gibt eine Erklärung ab, in der sie ausdrücklich auf jede künftige Kolonialpolitik verzichtet, sich grundsätzlich zur wirtschaftlichen Unterstützung der kongolesischen Zentralregierung bereiterklärt und ein Ende der internationalen Pressekampagne gegen Belgien verlangt (vgl. auch 5. April 1961), vor der sie mit dieser Erklärung zurückweicht. Um aber andererseits vor der eigenen belgischen Bevölkerung das Gesicht zu wahren, wird sie sich Ende des Jahres (8. Dezember) gegen die militärische Intervention der UNO im Kongo wenden.

7. Mai 1961

HAITI WIEDERWAHL DUVALIERS

Auf Haiti wird der seit 1957 amtierende Präsident und Diktator François Duvalier, eine der bösartigsten Erscheinungen, die südamerikanische Diktaturen hervorgebracht haben, mit Hilfe der Polizei wiedergewählt, die in den Wahlbezirken „beratend" tä-

tig ist. Die beispiellose Verelendung des Landes macht rasche Fortschritte. Vgl. auch Polit. Lexikon, Teil I „Haiti“, Teil II „Duvalier“.

10. Mai 1961

BRASILIEN QUADROS FÜR SELST-BESTIMMUNG KUBAS

Der brasilianische Präsident Quadros setzt sich für das Recht Kubas auf Selbstbestimmung ein und wendet sich gegen jede ausländische Einmischung in die inneren Verhältnisse Kubas, insbesondere von seiten der USA und der UdSSR. Er verdirbt es daher mit beiden und wird sich infolgedessen zum Rücktritt gezwungen sehen (vgl. 18. August 1961).

12. Mai 1961

AFRIKA KONFERENZ VON MONROVIA

Die unabhängigen Staaten Nord-, West- und Zentralafrikas sowie Madagaskar, ausgenommen die Casablanca-Gruppe (Ghana, Guinea, Mali, Marokko), beenden die Konferenz von Monrovia mit dem Beschluß der Gründung einer inter-afrikanisch-madagassischen beratenden Organisation sowie einer technischen Kommission, die genaue Pläne für wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit entwerfen soll. Neben der Wiederbelebung afrikanischer Kultur und Tradition sollen auch die englische und französische Sprache gefördert werden.[14]

13. Mai 1961

LAOS WAFFENSTILL-STAND VON NA MON

In Laos schließen der kommunistische, von Nordvietnam unterstützte Pathet Lao unter Führung des Prinzen Souphanouvong und die königlichen Truppen den Waffenstillstand von Na Mon, der auf Betreiben Großbritanniens und der UdSSR zustande kam. Beide Mächte führten den Vorsitz bei der Genfer Indochinakonferenz von 1954. Gleichzeitig wird zu einer neuen Konferenz eingeladen (vgl. 23. Juli 1962).

16. Mai 1961

SÜDKOREA PUTSCH GEGEN TSCHANG

In Südkorea findet ein Militärputsch gegen die Regierung des Ministerpräsidenten John M. Tschang (seit 23. August 1960) statt, Parteien und Gewerkschaften werden aufgelöst, die Verfassung außer Kraft gesetzt, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die USA protestieren gegen die Errichtung einer Militärdiktatur (vgl. weiter 3. Juli 1961).

18. Mai 1961

FRANKREICH AFRIKA-MINISTERIUM

In Frankreich wird ein besonderes Ministerium für die Zusammenarbeit mit denjenigen afrikanischen Staaten geschaffen, die vor ihrer vollständigen Unabhängigkeit zur Union bzw. zur

Communauté Française gehört haben. Auf diese Weise (vgl. auch 13. März 1961) gelingt es Frankreich, sich einen gewissen Einfluß in seinen ehemaligen Kolonien zu erhalten, obgleich zu dieser Zeit die Spannungen und Auseinandersetzungen in und um Algerien noch nicht beigelegt sind. In dieser Hinsicht scheint die französische Diplomatie der britischen überlegen.

DEUTSCHE JUGENDBEWEGUNG BÜNDISCHE UNION

22. Mai 1961

Auf der deutschen Jugendburg Ludwigstein an der Werra bilden dreizehn Bünde der freien, d. h. weder politisch noch konfessionell noch gewerkschaftlich gebundenen Jugendbewegung den Dachverband „Bündische Union". Gleichzeitig nutzen zehn dieser Bünde die Pfingstfeiertage, um an verschiedenen Orten ihre Bundestage durchzuführen, darunter der „Bund deutscher Jungenschaften" in der Nähe von Darmstadt mit 600 Jungen.[15]

DOMINIKANISCHE REPUBLIK ERMORDUNG TRUJILLOS

30. Mai 1961

In der Dominikanischen Republik auf Haiti wird Rafael Leonida Trujillo ermordet, der von 1930 bis 1952 der Diktator war, Haupt des weitverzweigten Trujillo-Klans, der die Republik nach wie vor als eine Art von Privatunternehmen betrachtet, auch nachdem der größere Teil der Familie das Land verlassen hat (vgl. 3. August 1960). Der Sohn des Ermordeten, mit gleichen Vornamen, wird vom amtierenden Staatspräsidenten Balaguer zum Oberbefehlshaber der Armee ernannt. Daraufhin wird die OAS unter dem Schutz von US-Kriegsschiffen eine Beobachtergruppe in die Dominikanische Republik entsenden.

SÜDAFRIKA PROKLAMATION DER REPUBLIK

31. Mai 1961

In Johannesburg wird die Südafrikanische Republik proklamiert (vgl. 17. März 1961). Damit scheidet das Land aus dem British Commonwealth of Nations und löst sich von der britischen Krone. Erster Staatspräsident wird Charles Robberts Swart, Ministerpräsident bleibt Verwoerd.

WIEN TREFFEN CHRUSCHTSCHOW—KENNEDY

4. Juni 1961

Bei einer Begegnung des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Chruschtschow mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy in Wien überreicht ersterer ein Memorandum, das in der Deutschlandfrage entweder einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Teilstaaten oder einen Separatfrieden der UdSSR mit dem sowjetischen Teilstaat vorsieht und die „souveränen Rechte" des sowjetdeutschen Teilstaates auf *ganz* Berlin geltend macht. Die Westmächte werden diese Auffassung in Noten vom 17. Juli ablehnen. Vgl. weiter 11. und 13. August 1961.

12. Juni 1961

Kanada schließt mit den USA ein Abkommen über gemeinsame Luftverteidigung, ein gemeinsames Radar-Warnsystem und insbesondere den Bau eines gemeinsamen Forschungssatelliten „Alouette", der am 29. September 1962 in eine Umlaufbahn um die Erde geschossen werden wird. Doch lehnt die kanadische Regierung eine Ausrüstung ihrer Streitkräfte mit Kernwaffen vorerst noch ab.

KANADA-USA LUFTVERTEIDIGUNG

13. Juni 1961

Großbritannien legt einen Verfassungsentwurf für die Zentralafrikanische Föderation vor und verzichtet darin auf sein bisheriges Interventionsrecht in Südrhodesien. Nach diesem Entwurf sollen die Eingeborenen künftig im Parlament vertreten sein. Eine besondere Erklärung soll sie vor „rassischer Diskriminierung" schützen, das heißt vor der Feststellung der Tatsache, daß verschiedene Rassen auch verschiedene Stufen der geistigen Entwicklung repräsentieren, sowie vor den politischen Konsequenzen aus dieser Tatsache.

GROSSBRITANNIEN ZENTRALAFRIKANISCHE FÖDERATION VERFASSUNGSENTWURF

16. Juni 1961

Die USA schließen in Washington ein Militärhilfeabkommen mit der Regierung Süd-Vietnams (Nguyen Dinh Thuan) und sagen darin eine Vergrößerung ihres derzeit 685 Mann starken militärischen Beraterkorps sowie Waffen und Besoldung für eine Verstärkung der südvietnamesischen Streitkräfte zu. Das heißt: die USA beginnen ihr zwölf Jahre währendes militärisches Engagement in Vietnam, mit dem sie einerseits das Erbe Frankreichs antreten, andererseits ebensowenig zu einer klaren Entscheidung beitragen werden wie in Korea. Ein Sieg steht nicht auf dem Programm dieser Politik.[16]

USA SÜDVIETNAM MILITÄRHILFEABKOMMEN

19. Juni 1961

Großbritannien gewährt dem Scheichtum Kuwait die uneingeschränkte Unabhängigkeit. Doch wird Scheich Abd Allah bereits am 7. Juli die Hilfe britischer Truppen gegen die Annexionsabsichten der irakischen Regierung Kassem (vgl. 24. Juni 1961) in Anspruch nehmen müssen. Am 10. Oktober werden Streitkräfte der Arabischen Liga die britischen Truppen ablösen und den Schutz Kuwaits übernehmen, das seit dem 20. Juli Mitglied der Liga ist.

KUWAIT UNABHÄNGIG

22. Juni 1961

Die afrikanischen Staaten Gabun, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Tschad und Zentralafrikanische Republik beschließen auf

ZENTRALAFRIKA

KONFERENZ VON BANGUI

der Konferenz von Bangui, künftig eine Zollunion zu bilden, d. h. einen gemeinsamen Außenzoll zu erheben. Daraus wird sich dreieinhalb Jahre später die Zentralafrikanische Zoll- und Wirtschaftsunion entwickeln (vgl. 8. Dezember 1964).

24. Juni 1961

USA CHINA UNO

Die New York Times meldet, die Regierung Kennedy beabsichtige, vor der UNO-Vollversammlung im Herbst die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO vorzuschlagen unter der Voraussetzung, daß auch Taiwan (Nationalchina) seinen Sitz in der UNO und im Sicherheitsrat behalte. Das State Department sei sicher, daß Peking einen solchen Vorschlag zurückweisen werde, und damit sei dann die China-Debatte für lange Zeit aus der Vollversammlung gebannt.[17]

IRAK KUWAIT KASSEM

Die irakische Regierung Kassem (vgl. 14. Juli 1958) erhebt Anspruch auf das Scheichtum Kuwait, dessen Grenzen der Irak 1932 ausdrücklich anerkannt hat. Seitdem hat Kassem die nahezu geschlossene Front der arabischen Staaten gegen sich (vgl. 8. Februar 1963).

25. Juni 1961

ITALIEN ÖSTERREICH SÜDTIROL-KONFERENZ

In Zürich wird eine bereits am Abend zuvor ergebnislos abgebrochene Konferenz über die Südtirolfrage durch ein Kommuniqué der italienischen und der österreichischen Delegation auch offiziell beendet. Es wurde das Ergebnis der ebenfalls in Zürich voraufgegangenen Expertenkonferenz erörtert. Österreich beharrt auf Regionalautonomie für Bozen. Das lehnt Italien ab, bietet lediglich Delegierung von Verwaltungsbefugnissen an. Das wird von österreichischer Seite als nicht ausreichend bezeichnet.[18]

27. Juni 1961

GHANA GUINEA MALI KONFERENZ VON BAMAKO

Eine Konferenz in Bamako beschließt die *Charta* einer Union der Staaten Ghana, Guinea und Mali. Diese Union selbst wurde bereits am 24. Dezember 1960 in Conakry beschlossen (vgl. dort). Wirtschafts- und Außenpolitik sollen gemeinsam beraten werden, auch will man zu internationalen Problemen gemeinsam Stellung nehmen. Dabei besteht die Tendenz zu einem totalitären Sozialismus.

30. Juni 1961

PORTUGAL

Der portugiesische Regierungschef Salazar lehnt die Entlassung der afrikanischen Provinzen Angola und Mozambique aus dem portugiesischen Staatsverband, dem sie seit 1930 als Provinzen

angehören, ab und weist ein entsprechendes Ansinnen des UNO-Sicherheitsrates als unzulässige Einmischung in die Rechte einer souveränen Nation zurück. Er stellt fest, daß sich die Afrikapolitik der USA kaum von derjenigen der UdSSR unterscheide. Vorausgegangen waren seit Mitte März in Angola Massaker schwarzafrikanischer Terroristen unter den weißen Siedlern. Salazars Haltung hebt sich deutlich von derjenigen der belgischen Regierung gegenüber der UNO-Intervention gegen Katanga und der niederländischen Regierung gegenüber den indonesischen Ansprüchen auf West-Neuguinea ab. Es gelingt der portugiesischen Regierung auch, durch Einsatz von Truppen in Angola wieder geordnete Lebensbedingungen herzustellen und der von außen geschürten, von der UNO ermutigten Terroraktionen weitgehend Herr zu werden.

SALAZAR
UNO
ANGOLA

3. Juli 1961

In Südkorea übernimmt nach dem Putsch vom 16. Mai (vgl. dort) General Park Tschung-hi die Führung der Militärregierung und beginnt ein Programm innerer Reformen durchzuführen. Insbesondere wird gegen die verbreitete Bestechlichkeit vorgegangen, Arbeit beschafft und Anreiz zum Sparen gegeben.

SÜDKOREA
PARK
TSCHUNG-HI

6. Juli 1961

Die „volksdemokratische" Republik (Nord-)Korea schließt mit der UdSSR einen Freundschafts- und Beistandspakt, der später noch durch ein erneuertes Wirtschaftshilfeabkommen ergänzt werden wird. Neun Tage darauf, am 15. Juli, wird Nordkorea einen gleichartigen Vertrag mit der Volksrepublik China schließen und sich damit zum Nutznießer der wachsenden Spannungen zwischen den beiden Großmächten machen.

NORDKOREA
UDSSR
FREUNDSCHAFTSPAKT

9. Juli 1961

Griechenland schließt mit der EWG einen Assoziierungsvertrag, der am 1. November 1962 rechtskräftig werden wird. Er sieht eine Zollunion vor, die u. a. für den griechischen Tabak- und Rosinenexport Sonderregelungen enthält, außerdem eine Finanzhilfe. Sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse Griechenlands gestatten, kann es Vollmitglied der EWG werden.

GRIECHENLAND
EWG

10. Juli 1961

Der Präsident des westafrikanischen Staates Ghana (Goldküste), Kwame Nkrumah, trifft zu einem Staatsbesuch in Moskau ein. Neben Handels-, Kredit- und Kulturabkommen wird er auch die Ausbildung ghanaischer Offiziere in der UdSSR vereinbaren.

GHANA
NKRUMAH
IN MOSKAU

13. Juli 1961

FRANKREICH CONSEIL SUPÉRIEUR

In Frankreich wird der Conseil Supérieur errichtet, eine Dachorganisation der Arbeitgeber- *und* Arbeitnehmerverbände mit Einfluß auf die Gesamtplanung der französischen Wirtschaft. Diese Einrichtung ist ein Beispiel mehr dafür, daß der Staat Wege finden muß, den „Klassenkampf" zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zu verhindern, wenn die Volkswirtschaft gedeihen soll, und daß solche Wege auch gefunden werden können.

15. Juli 1961

CHINA NORDKOREA BEISTANDSPAKT

Die Volksrepublik China schließt in Peking einen Beistandspakt mit Nordkorea. Artikel 2: Im Falle eines Angriffs von dritter Seite auf einen Vertragspartner wird der andere Partner sofort mit allen Mitteln militärische und sonstige Hilfe leisten. Artikel 5: Beide Partner werden bei Achtung der gegenseitigen Souveränität einander in wirtschaftlicher, technischer und kultureller Hinsicht beim sozialistischen Aufbau ihrer Länder unterstützen ... Artikel 6: Die *Wiedervereinigung* [Koreas] soll nach friedlichen und demokratischen Gesichtspunkten realisiert werden...[19]

18. Juli 1961

EWG BONNER ERKLÄRUNG

Die sechs EWG-Staaten erklären durch Beschluß ihrer Regierungschefs in der sogenannten *„Bonner Erklärung"*, daß sie künftig über die wirtschaftliche Zusammenarbeit hinaus auch politisch in regelmäßigen Zusammenkünften die Einheit Europas fördern und das atlantische Bündnis (NATO) stärken werden. Es wird eine Studienkommission eingesetzt, die ein Statut über die politische Einigung der EWG-Länder ausarbeiten soll.

19. Juli 1961

FRANKREICH TUNIS BISERTA

Französische Truppen besetzen die tunesische Stadt Biserta, nachdem französische Flugzeuge, die Tunesien überflogen, beschossen wurden. Drei Tage später wird der Sicherheitsrat der UNO auf Ersuchen Tunesiens die Einstellung der Kämpfe und Zurücknahme der Truppen beider Parteien auf die Ausgangsbasen fordern. Doch wird es bis zum 29. September dauern, bis der status quo wiederhergestellt ist. Biserta wird sogar erst am 15. Oktober 1963 (vgl. dort) geräumt werden.

20. Juli 1961

VAR

In der Vereinigten Arabischen Republik (VAR, Ägypten und Syrien) werden Baumwollhandel, Import, Banken und Versicherungen verstaatlicht, fünf Tage später auch der Grundbesitz, so-

weit er 42 Hektar übersteigt. Aufgrund dieser Maßnahmen wird sich in Syrien zunehmende Unzufriedenheit ausbreiten (vgl. 28. September 1961).

VERSTAATLICHUNG

23. Juli 1961

Die Casablanca-Staaten (vgl. 7. Januar 1961) beschließen die Errichtung einer eigenen Wirtschaftsgemeinschaft sowie die Gründung einer afrikanischen Zahlungsunion und Entwicklungsbank. Das Ziel ist, sich vom Auslande, insbesondere von den ehemaligen Kolonialmächten, wirtschaftlich unabhängig zu machen und ein eigenständiges Wirtschafts- und Sozialsystem zu entwickeln.

AFRIKA WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT DER CASABLANCA-STAATEN

25. Juli 1961

Die britische Regierung verbietet eine weitere Steigerung der Löhne, Gehälter und Dividenden, um den Währungsverfall aufzuhalten. Die Gewerkschaften bekämpfen diese Maßnahme, die geeignet ist, den „Klassenkampf", d. h. die Existenzgrundlage der Gewerkschaften einzuschränken. Gleichzeitig werden auch die Zölle und Kaufsteuern um 10 Prozent erhöht.

GROSSBRITANNIEN LOHNSTOPP

26. Juli 1961

Auf Kuba schließt sich die Volkssozialistische Partei (Kommunisten) mit der „Bewegung des 26. Juli" Fidel Castros zusammen. Beide bilden die „Vereinigte Partei der sozialistischen Revolution". Fünf Tage später wird ein Erziehungsgesetz erlassen, das den Eltern alle Erziehungsrechte an ihren Kindern nimmt und auf den Staat überträgt, Privatunterricht und konfessionellen Unterricht verbietet.

KUBA KOMMUNISMUS ERZIEHUNGSGESETZ

30. Juli 1961

In Moskau wird das neue Parteiprogramm der KPdSU veröffentlicht. Es enthält u. a. die Thesen von der Vermeidbarkeit des Krieges, von der friedlichen Koexistenz und erklärt, daß sich die KPdSU aus einer Avantgarde der Arbeiterklasse in eine „Volkspartei" verwandelt habe, mithin die „Diktatur des Proletariats" beendet sei. Die UdSSR habe sich damit zu einem „Volksstaat" entwickelt. Eine Woche später wird zu diesem Parteiprogramm noch ein Parteistatut verkündet werden.

UDSSR NEUES PARTEIPROGRAMM

31. Juli 1961

Irland beantragt seine Vollmitgliedschaft in der EWG und fügt seinem Antrag ein Memorandum bei, das die Verschiedenheit der irischen Wirtschaftsstruktur von der anderer EWG-Länder verdeutlicht. Die irische Regierung baut darauf, daß ihr die Ausfuhr der Agrarprodukte ihres Landes garantiert werden kann.

IRLAND EWG-MITGLIEDSCHAFT

noch Juli 1961

IRAK KURDEN-AUFSTAND

Die kurdischen Stämme im Irak unter Führung von Mustafa Barzani sehen sich in ihrer Hoffnung getäuscht, die Regierung Kassem (vgl. 14. Juli 1958) werde ihren Autonomiewünschen entgegenkommen, und beginnen einen allgemeinen Aufstand. Die irakische Armee wird zwei und ein halbes Jahr lang blutige Kämpfe gegen die Kurden führen, aber den Aufstand nicht völlig niederwerfen können (vgl. 10. Februar 1964). Grenzverletzungen bei diesen Kämpfen werden Spannungen mit dem Iran und der Türkei zur Folge haben.

3. August 1961

KONGO REGIERUNG ADOULA GIZENGA VOLKSFRONT

Im ehemals belgischen Kongo (Leopoldville) wird mit Unterstützung der UNO der Gewerkschaftler Cyrille Adoula vom Parlament zum Ministerpräsidenten gewählt. In seine Regierung tritt der linksradikale Antoine Gizenga aus Stanleyville (vgl. 9. Februar 1961) ein, d. h. die UNO unterstützt wieder einmal die Bildung einer typischen Volksfrontregierung. Vgl. weiter 28. August 1961.

9. August 1961

USA LANDWIRTSCHAFTSGESETZ

In den USA wird ein neues Landwirtschaftsgesetz verabschiedet, das insbesondere diejenigen Farmbetriebe schützen soll, die von Familien bewirtschaftet werden, außerdem einer sinnvollen Verwendung der landwirtschaftlichen Produktionsüberschüsse dienen soll. Das bereits laufende Binnenwirtschaftsprogramm „Lebensmittel für den Frieden“ wird in diesem Zusammenhang um drei weitere Jahre verlängert.

10. August 1961

GROSSBRITANNIEN EWG-AUFNAHME

Großbritannien beantragt seine Aufnahme in die EWG, vorwiegend aus politischen Erwägungen, um von dem sich schrittweise zusammenschließenden westlichen Europa nicht isoliert zu werden und den Einfluß dort nicht gänzlich Frankreich zu überlassen, aber auch, weil sich die EFTA als nicht stark genug erweist, um der anhaltenden Währungskrise entgegenzuwirken.

DÄNEMARK EWG-AUFNAHME

Das dänische Folketing gibt mit großer Mehrheit seine Zustimmung zu einem Antrag Dänemarks um Aufnahme in die EWG. Die Zugehörigkeit zur EFTA allein kann die Erhaltung der dänischen Absatzmärkte vor allem in Westdeutschland nicht gewährleisten.

11. August 1961

MITTEL-DEUTSCHLAND SPERRT ZUGANG ZU WESTBERLIN

Die Volkskammer des sowjetdeutschen Teilstaates stimmt einem Erlaß des Ministerrates zu, der den freien Zugang nach West-berlin verhindert. Anlaß zu dieser Maßnahme ist das Anschwellen des Flüchtlingsstromes in den Westen, der bis zum Ende des Monats die Zahl 47 433 erreicht. Diese Fluchtbewegung ist zur Hauptsache durch die Kollektivierung der Landwirtschaft verursacht, hat aber auch weite Kreise der werktätigen Jugend erfaßt. Nunmehr werden Zwangsarbeitslager für bei der Flucht Ergriffene eingerichtet, und eine Welle von Terrorurteilen läuft an.

12. August 1961

UDSSR AGENTENMORD STASCHINSKYJ SCHELJEPIN

Ein Agent des Geheimdienstes der UdSSR (KGB), Bogdan Staschinskyj, stellt sich den westdeutschen Behörden und gesteht, im Auftrage des sowjetischen Geheimdienstchefs Alexander Nikolajewitsch Scheljepin am 12. Oktober 1957 den ukrainischen Emigrantenpolitiker Lev Rebet und am 15. Oktober 1959 Stefan Bandera in München mit einer Giftpistole erschossen zu haben. Der westdeutsche Bundesgerichtshof wird dann auch am 19. Oktober 1962 in seinem Urteilsspruch Scheljepin als den Hauptschuldigen an diesen Morden bezeichnen, der später Vorsitzender des sowjetischen Gewerkschaftsverbandes werden wird.[20]

13. August 1961

MITTEL-DEUTSCHLAND BERLINER MAUER

Streitkräfte des sowjetdeutschen Teilstaates („Volksarmee") besetzen Ost-Berlin und errichten quer durch die Stadt, auf der Grenze zu den westlichen Sektoren eine Sperre aus Stacheldraht und Steinbarrikaden, die später zu einer festen Mauer ausgebaut wird. Ein hundert Meter breiter Streifen vor diesem Hindernis darf nicht betreten werden. Die Westmächte werden darauf mit Noten reagieren, in denen vom Bruch des Viermächteabkommens von 1949 die Rede ist, sich aber dann mit dem Verbleib ihrer Garnisonen in West-Berlin und dem ungehinderten Zugang dorthin begnügen.

17. August 1961

OAS KONFERENZ UND CHARTA VON PUNTA DEL ESTE

In Punta del Este (Uruguay) geht eine zwölftägige Konferenz des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates zu Ende, in deren Verlauf die US-Delegation einmal mehr versucht hat, ihre Vorstellungen von „Demokratie" und „Verfassungsmäßigkeit" den südamerikanischen Staaten aufzuoktroyieren. Sie wollte nämlich nur die in dieser Hinsicht ihren Vorstellungen entsprechenden Regierungen der Entwicklungshilfe im Rahmen der von

Kennedy am 13. März verkündeten „Allianz für den Fortschritt" teilhaftig werden lassen. Das Ergebnis der Auseinandersetzungen hierüber unter den OAS-Staaten ist die „Charta von Punta del Este", in der die USA für die folgenden zehn Jahre den größeren Teil der für die Durchführung des Entwicklungsprogramms notwendigen 20 Milliarden Dollar zusagen unter der Voraussetzung, daß sich die lateinamerikanischen Regierungen verpflichten, „die Lebensbedingungen ihrer Völker im Sinne des wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit zu verbessern" (Ploetz). In der gleichzeitigen „Erklärung an die Völker Amerikas" umreißen die USA die neue Tarnung ihrer Hegemonie auf dem Doppelkontinent. Kuba unterzeichnet nicht.

18. August 1961

BRASILIEN RÜCKTRITT QUADROS' GOULART

Der brasilianische Präsident Janio da Silva Quadros weicht vor den Anfeindungen zurück, denen er seiner neutralen Haltung zwischen USA und UdSSR wegen ausgesetzt ist, und erklärt seinen Rücktritt. Sein Nachfolger wird am 7. September der bisherige Vizepräsident João Belchoir Marques Goulart von der Brasilianischen Arbeiterpartei, ein Anhänger des politischen Kurses von Vargas. Er verfolgt noch entschiedener wie Quadros eine Politik der Unabhängigkeit gegenüber den USA.

20. August 1961

MAURETANIEN ULD DADDA

In Mauretanien wird Muchtar Uld Dadda zum Präsidenten gewählt. Nach der Verfassung vom 20. Mai 1961 muß der Präsident Mohammedaner sein. Dennoch bleibt das Verhältnis zu Marokko, in dem der Islam ebenfalls Staatsreligion ist, gespannt, weil Marokko seinen Anspruch auf Mauretanien nicht aufgibt.

27. August 1961

ISRAEL MADAGASKAR IRAN

In Jerusalem schließen Israel und Madagaskar ein Freundschafts- und Wirtschaftsabkommen anläßlich eines Staatsbesuches des Präsidenten von Madagaskar Tsiranana in Israel und genau einen Monat nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen des Irans (Persiens) zu Israel und des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen des Irans zur VAR (Ägypten). Das Verhältnis Iran—Israel wird sich im Dezember zu einem geheimen Militärpakt verdichten. Der Pakt mit Madagaskar kennzeichnet die Hinwendung der israelischen Politik nach Ostafrika als Gegengewicht gegen die Feindschaft der arabischen Staaten.[21]

28. August 1961

KATANGA

Der Ministerpräsident von Katanga, Moise Tschombe (vgl. 14. Juli 1960), weigert sich, einem Ultimatum der UNO nachzukom-

men und mit dem Chef der Volksfrontregierung des Kongo (Leopoldville), Cyrille Adoula (vgl. 3. August 1961), in Verhandlungen einzutreten. Daraufhin leitet die UNO, und zwar das Generalsekretariat, eine Aktion gegen Katanga ein, die dort auf erbitterten Widerstand stößt. Kongotruppen unter dem Kommando von Antoine Gizenga (vgl. 9. Februar 1961) morden und plündern in Nordkatanga, ohne von den Truppenkontingenten der UNO daran gehindert zu werden. Diese greifen vielmehr zivile Ziele in Katanga an.

TSCHOMBE

UNOKRIEG GEGEN KATANGA

1. September 1961

BARUCH ÜBER DIE UDSSR

Bernard Mannes Baruch (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II) schreibt an Lewis L. Strauss: „ . . . Ich hoffe, dieser Schritt der Sowjets [die Wiederaufnahme von Atomwaffenversuchen in der Atmosphäre] wird jedermann — auch den sogenannten Neutralen — ein für allemal klarmachen, daß Moskau stets eine wirksame Kontrolle der Atomenergie vereitelt hat . . .“ Der Weg zur „One World“ wird immer schwieriger und immer länger.[22]

5. September 1961

BRITISCH GUAYANA JAGAN

In Britisch Guayana bildet der 1954 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Führer der Peoples Progressive Party, Cheddi Jagan, zwei Wochen nach dem Sieg seiner Partei bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung die erste autonome Regierung. Verteidigung und Außenpolitik hat sich Großbritannien noch vorbehalten.

6. September 1961

BELGRAD KONFERENZ DER AFRO-ASIATISCHEN STAATEN

Mit einer 27-Punkte-Erklärung beenden in Belgrad die blockfreien afro-asiatischen Staaten ihre Sechs-Tage-Konferenz. Bezeichnenderweise hat die Brazzaville-Gruppe (vgl. 15. Dezember 1960) *nicht* teilgenommen ebenso wie von den arabischen Staaten Jordanien. Von den kommunistisch regierten Staaten nahm lediglich der Gastgeber, Jugoslawien, teil. Fast alle sind durch ihre Regierungschefs oder Staatsoberhäupter vertreten. Die abschließende Erklärung enthält als einzigen neuen Gesichtspunkt das Ziel einer Zusammenarbeit *aller* Entwicklungsländer sowie freier Verfügung über die empfangenen Entwicklungshilfsmittel.[23]

11. September 1961

NORWEGEN WAHLEN GERHARDSEN

Bei den Parlamentswahlen in Norwegen verliert die Arbeiterpartei die bisherige absolute Mehrheit und die Kommunistische Partei ihr letztes Mandat. Die Sozialdemokraten bilden darauf-

hin eine Minderheitsregierung unter E. Gerhardsen mit Billigung der anderen Parteien.

CHARTA DER UAM (BRAZZAVILLE-GRUPPE)

12. September 1961

In Tananarivo, der Hauptstadt Madagaskars, unterzeichnen die Mitgliedstaaten der Afro-Madagassischen Union (UAM, Brazzaville-Gruppe vgl. 15. Dezember 1960) am letzten Tage ihrer sechstägigen Konferenz die Charta ihrer Organisation. Mitglieder sind Dahomey, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Madagaskar, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal, Tschad und die Zentralafrikanische Republik. Das Generalsekretariat der UAM wird seinen Sitz in Kotonu, der Küstenstadt von Dahomey, haben. Die UAM-Staaten werden innerhalb der UNO als geschlossene Gruppe stimmen.[24]

TOD HAMMARSKJÖLDS WAFFENSTILLSTAND UNO-KATANGA

18. September 1961

Der Generalsekretär der UNO, Dag Hammarskjöld, kommt auf dem Wege zu einer Besprechung mit Moise Tschombé bei Ndola in Nordrhodesien bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Tags darauf wird die Besprechung von seinen Vertretern mit dem Ergebnis geführt, daß die Feindseligkeiten zwischen den UNO-Truppen und den Streitkräften Katangas am 21. September beendet werden und eine vierköpfige Kommission den Konflikt beilegen soll. Auf diesem Abkommen wird der Waffenstillstand vom 13. Oktober in Elisabethville basieren, den die UNO-Truppen am 5. Dezember brechen werden (vgl. dort).[25]

NIEDERLANDE INDONESIEN WEST-NEUGUINEA

26. September 1961

Die Regierung der Niederlande schlägt vor, die niederländische Besitzung West-Neuguinea, auf die Indonesien einen durch nichts gerechtfertigten Anspruch erhebt, als Mandatsgebiet der UNO zu unterstellen. Der Vorschlag entspringt der Abneigung bzw. dem Unvermögen, die niederländischen Besitzrechte in West-Neuguinea fernerhin militärisch zu verteidigen, und bedeutet daher eine Kapitulation vor Indonesien. Dieses erklärt sich mit dem Vorschlag nur unter der Bedingung einverstanden, daß die UNO das Mandatsgebiet dann an Indonesien ausliefert.

VAR AUFLÖSUNG

28. September 1961

Der Zusammenschluß zwischen Ägypten und Syrien (vgl. 1. Februar 1958) bricht infolge eines Staatsstreichs der syrischen Armeeführung wieder auseinander. Nasser kann es nicht verhindern, behält aber für Ägypten den Namen VAR bei. Zum Ende des Jahres wird er von sich aus auch die Föderation mit dem Jemen lösen, dessen Regierung er als „reaktionär“ bezeichnet.

30. September 1961

In Frankreich verzichtet de Gaulle auf die Sondervollmachten, die ihm aufgrund der Verfassung der V. Republik vom 4. Oktober 1958, Artikel 16, zugestanden wurden. Damit gewinnt das französische Parlament seine uneingeschränkten gesetzgeberischen Kompetenzen zurück.

FRANKREICH DE GAULLE

1. Oktober 1961

Aus dem ehemals französischen Ost-Kamerun und dem südlichen Teil des ehemals britischen Mandatsgebietes West-Kamerun, der bei der Volksabstimmung vom 11. Februar 1961 für die Vereinigung mit Ost-Kamerun gestimmt hat, konstituiert sich die Bundesrepublik Kamerun. Beide Teile bleiben hinsichtlich Zivil-, Straf- und Arbeitsrecht autonom. Der Vizepräsident muß jeweils aus dem andern Landesteil stammen wie der Präsident, der zugleich Regierungschef ist.

KAMERUN

3. Oktober 1961

In Ghana läßt der Präsident Kwame Nkrumah (vgl. 10. Juli 1961) unmittelbar nach Errichtung einer obersten Plan- und Kontrollkommission nach sowjetischem Vorbild die Führer der Oppositionsparteien verhaften und schürt damit selber den wachsenden Widerstand gegen sein Regime, der bald zur Planung von Staatsstreichen und zu Attentatsversuchen führen wird.

GHANA NKRUMAH LÄSST OPPOSITION VERHAFTEN

10. Oktober 1961

Edward Heath eröffnet in Paris die Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG und erklärt ausdrücklich, daß Großbritannien auch die *politischen* Ziele der EWG — im Sinne der „Bonner Erklärung vom 18. Juli 1961" (vgl. dort) — akzeptieren werde, ebenso die gemeinsame Agrarpolitik. Es wird aber noch mehr als zehn Jahre dauern, bis der Beitritt Großbritanniens zur EWG Wirklichkeit wird.

PARIS GROSS-BRITANNIEN EWG

14. Oktober 1961

Die österreichische Regierung verurteilt offiziell eine Kette von Sprengstoffanschlägen in Südtirol, mit denen an den schleppenden Verhandlungen verzweifelnde Vertreter einer konsequenten deutschen Volkstumspolitik dort den Autonomieanspruch durchsetzen wollen. Die Anschläge haben ein verschärftes Vorgehen der italienischen Behörden gegen die deutsche Volksgruppe in Südtirol zur Folge.

SÜDTIROL SPRENGSTOFF-ANSCHLÄGE

20. Oktober 1961

ALBANIEN UDSSR CHINA

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Albaniens („Partei der Arbeit") wirft offiziell Chruschtschow vor, er sei vom wahren Weg des Marxismus und Internationalismus abgewichen. Damit stellt sich Albanien endgültig auf die Seite Chinas, das Albanien bereits im April einen Kredit in Höhe von 123 Millionen Dollar sowie Techniker und Spezialisten zur Verfügung gestellt hat. Die UdSSR hat gleichzeitig ihren Kredit von 300 Millionen Rubel für den dritten albanischen Fünfjahresplan gesperrt und ihre Wirtschaftsexperten zurückgezogen (vgl. 10. Dezember 1961).

23. Oktober 1961

BRUCH KAMBODSCHA THAILAND

Kambodscha bricht die diplomatischen Beziehungen zu Thailand ab, weil Thailand, ebenso wie Südvietnam, Anspruch auf Gebietsteile Kambodschas erheben. Die Ansprüche Thailands gehen auf den 23. März 1907 zurück, als Siam unter französischem Druck diejenigen Provinzen Kambodschas räumen mußte, die es zu früherer Zeit annektiert hatte.

26. Oktober 1961

SCHWEDEN UNO „KLUB DER ATOMFREIEN"

In der UNO-Vollversammlung schlägt der Vertreter Schwedens, Undén, vor, einen „Klub der kernwaffenfreien Staaten" zu bilden. Er hofft, damit den Rüstungswettlauf der Atom-Großmächte aufhalten zu können (vgl. 13. März 1962).

TÜRKEI GÜRSEL INÖNÜ

In der Türkei wird zehn Tage nach dem Wahlsieg der Republikanischen Volkspartei General Gürsel zum Staatspräsidenten gewählt. Er wird am 20. November Ismet Inönü zum Ministerpräsidenten ernennen und mit der Bildung einer neuen Zivilregierung beauftragen. Inönü war vom Tode Kemal Atatürks (10. November 1938) bis zum 22. Mai 1950 selber Staatspräsident und davor, unter Atatürk, lange Zeit Regierungschef.

RUANDA KAYIBANDA

Die Gesetzgebende Versammlung von Ruanda in Ostafrika wählt Grégoire Kayibanda, den Führer der Parti d'Emancipation des Hutus (Bahutus) zum Präsidenten, einen Monat nachdem die ersten allgemeinen Wahlen einen klaren Sieg dieser Partei erzielt und mit starker Mehrheit für die Abschaffung der Monarchie entschieden haben. Der letzte König Kigeri V. war bereits am 29. Januar 1961 abgesetzt worden. Die von der UNO empfohlene Union mit Burundi, das die monarchische Staatsform noch beibehält, lehnt Ruanda ab.

30. Oktober 1961

Die UdSSR fordert in einer Note an Finnland die Aufnahme militärischer Konsultationen, da „die militaristischen und revanchistischen Bestrebungen" des westdeutschen Teilstaates „die Sicherheit der UdSSR und Finnlands sowie des Ostseeraumes bedrohen". Am 25. November wird es Kekkonen bei einem Besuch in Moskau gelingen, Chruschtschows Einwilligung zu einem einstweiligen Aufschub dieser Konsultationen zu erlangen.

UDSSR
FINNLAND

31. Oktober 1961

In Moskau geht der XXII. Parteitag der KPdSU zu Ende, der das neue Parteiprogramm (vgl. 5. August 1961) gebilligt und einen Angriff Chruschtschows auf die „Partei der Arbeit" Albaniens gezeitigt hat, die durch keine Delegation vertreten ist. Tschou En-lai hat sie gegen diesen Angriff verteidigt. Die Herrschaft Stalins seit 1934 ist ausdrücklich verurteilt, die Entfernung seines Leichnams aus dem Lenin-Mausoleum beschlossen worden. Die Gruppe der Stalinisten ist endgültig ausgeschaltet.

UDSSR
XXII. PARTEITAG

4. November 1961

In Hakone/Japan tritt ein amerikanisch-japanischer Ausschuß für Handels- und Wirtschaftsfragen zusammen. Die USA sichern Japan Hilfe zur Erlangung der Vollmitgliedschaft in der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development, vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „OECD") zu. Japan stellt Freigabe eines hohen Prozentsatzes von Einfuhrartikeln in Aussicht.

USA
JAPAN
OECD

6. November 1961

In der Zentrale des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes wird der Spitzenagent des sowjetischen Geheimdienstes (KGB), Heinz Felfe (Deckname „Friesen"), verhaftet, nachdem umfangreiche Überprüfungen seine Tätigkeit für die UdSSR ergeben haben. Felfe wurde von seinen Auftraggebern nicht mit „Spielmaterial", sondern mit echten Geheiminformationen des mitteldeutschen Sowjetsatelliten versorgt, um seine Position innerhalb des BND zu festigen.[28]

WESTDEUTSCHLAND
SPION
FELFE

7. November 1961

Der Präsident von Ecuador, Velasco Ibarra, erst im Juli des Vorjahres zum vierten Mal gewählt, wird durch eine Revolte der Armee zum Rücktritt gezwungen. Der bisherige Vizepräsident, Carlos Julio Arosemena Monroy, tritt tags darauf die Nachfolge an und übernimmt auch die Funktionen des Regierungschefs.

ECUADOR
STURZ
IBARRAS
AROSEMENA

16. November 1961

DOMINIKANISCHE REPUBLIK AUSNAHMEZUSTAND BALAGUER OAS

Einen Tag nach der Rückkehr der Familie Trujillo in die Dominikanische Republik (vgl. 3. August 1960, 30. Mai 1961) geht Rafael Leónida Trujillo jr., der Sohn des ermordeten Klan-Chefs und Oberbefehlshaber der Armee außer Landes, da er einen Staatsstreich seiner Verwandten befürchtet. Der Präsident Balaguer verhängt den Ausnahmezustand und wird am 19. November den Oberbefehl selbst übernehmen. Am 21. November wird eine neue Untersuchungskommission der OAS eintreffen und zwei Tage darauf werden die USA erklären, die Lage entwickle sich zufriedenstellend.

23. November 1961

BRASILIEN UDSSR DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

Brasilien nimmt unter seinem Präsidenten Marques Goulart (vgl. 18. August 1961) diplomatische Beziehungen zur UdSSR auf und betont damit seine unabhängige Politik gegenüber den USA, die daher künftig auf Goularts Sturz hinwirken werden und sich dabei konservativer Kreise in der brasilianischen Armeeführung bedienen (vgl. 31. März 1964).

30. November 1961

ZENTRALAMERIKA-KONFERENZ

Die Außenminister der zentralamerikanischen Staaten beenden eine Konferenz, bei der die Schaffung einer gemeinsamen Armee beschlossen wurde. Doch wird es bei diesem Beschluß bleiben. Von der gemeinsamen Armee selbst wird man nichts mehr hören. (Vgl. hierzu auch 2. Juli 1965.)

2. Dezember 1961

KUBA SOZIALISTISCHE REPUBLIK

Fidel Castro erklärt Kuba zur sozialistischen Republik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, d. h. also zu einem eindeutig kommunistisch regierten Staat. Bereits drei Tage vorher ist die Todesstrafe für „Konterrevolutionäre" eingeführt worden. Die Beziehungen zur UdSSR gestalten sich dem entsprechend eng. Die USA haben einen sowjetischen Brückenkopf unmittelbar vor der Tür (vgl. weiter 25. September 1962).

5. Dezember 1961

UNO BRICHT WAFFENSTILLSTAND MIT KATANGA

Unter eindeutigem Bruch des Waffenstillstandes vom 13. Oktober in Elisabethville greifen die UNO-Truppen im Kongo aufs neue Katanga an. Es sind nur noch der schwedische, indische, irische und äthiopische Kontingent übrig geblieben. Die anderen Staaten haben ihre Kontingente zurückgezogen. Wiederum leistet Katanga erbitterten Widerstand. Zuvor haben UNO-Truppen einen Aufstand des Balubastammes in Nordkatanga ent-

facht, unterstützt und die einzige dort stehende Katanga-Garnison gewaltsam daran gehindert, gegen das Morden und Plündern der Aufständischen einzuschreiten.[27]

7. Dezember 1961

NATO DÄNISCH-WESTDEUTSCHES EINHEITSKOMMANDO

Das dänische Folketing stimmt nach langen Debatten der Bildung eines dänisch-westdeutschen Einheitskommandos innerhalb der NATO zu. Es soll die Verteidigung Jütlands, Schleswig-Holsteins und des Ostseeausgangs übernehmen. Bereits vier Tage später wird die UdSSR gegen diesen Beschluß Protest einlegen, den Dänemark jedoch mit dem Hinweis zurückweisen wird, daß es sich um eine Defensivmaßnahme handle und nicht, wie die Sowjets behaupten, um die Vorbereitung einer Aggression.

9. Dezember 1961

TANGANJIKA UNABHÄNGIG NYERERE

Der ostafrikanische Staat Tanganjika erhält seine Unabhängigkeit, zunächst noch als Monarchie im Rahmen des British Commonwealth of Nations. Premierminister ist seit dem 2. September Julius Nyerere, der Generalsekretär der TANU (Tanganyika African National Union). Großbritannien gewährt dem neuen Staat eine Finanzhilfe in Höhe von 150 Millionen DM.

10. Dezember 1961

BRUCH ALBANIEN UDSSR

Zwischen der UdSSR und Albanien werden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen (vgl. 20. Oktober 1961). Die Tschechoslowakei, Ungarn und der mitteldeutsche Sowjetsatellit schließen sich diesem Schritte an, Bulgarien, Polen und Rumänien erhalten ihre Handelsbeziehungen zu Albanien in eingeschränktem Umfange aufrecht.

11. Dezember 1961

KATANGA TSCHOMBE ÜBER DIE UNO UND DEN KOMMUNISMUS

Während schwedische und indische Piloten im Auftrage der UNO Luftangriffe gegen die Zivilbevölkerung von Katanga fliegen, erklärt der Präsident von Katanga, Moise Tschombé, die UNO sei ein „papierenes Instrument gewisser kapitalistischer Mächte", die gemeinsame Sache mit dem Weltkommunismus machten, weil die Kupferproduktion Katangas nicht den Interessen der Wallstreet entspreche. Die Äußerung verrät die scharfe Beobachtungsgabe und den ungewöhnlichen Durchblick dieses afrikanischen Politikers, aber auch seinen Mut, Tabus zu brechen.[28]

12. Dezember 1961

ISRAEL IRAN MILITÄRVERTRAG

Israel und der Iran (Persien), die seit dem 23. Juli 1960 diplomatische Beziehungen unterhalten, schließen einen geheimen Militärvertrag (vgl. 27. August 1961).

15. Dezember 1961

ÖSTERREICH EWG

Österreich beantragt eine Assoziierung an die EWG. Es erklärt sich in diesem Zusammenhang bereit, seinen Zolltarif und seine Handelspolitik denen der EWG weitgehend anzupassen, insoweit es seine Neutralität und seine ausgedehnten Wirtschaftsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten gestatten. Auch bei der EURATOM will Österreich ein Assoziierungsverhältnis erreichen.

SCHWEIZ EWG

Wie Österreich stellt am selben Tage auch die Schweiz einen Antrag, bei der EWG mitwirken zu dürfen. Auch sie muß allerdings auf Berücksichtigung ihrer besonderen Neutralitätsverpflichtungen bestehen einschließlich Gewährleistung einer ausreichenden kriegswirtschaftlichen Versorgungslage im eigenen Land für Zeiten gestörter Zufuhren. Das ist ein Gesichtspunkt, den z. B. der westdeutschen Teilstaat von Anfang an außer acht gelassen hat.

18. Dezember 1961

INDIEN PORTUGAL GOA DAMAO DIU

Indische Truppen besetzen die portugiesischen Besitzungen in Vorderindien Goa, Damao und Diu, deren geringe Besatzungen zwei Tage später zur Kapitulation gezwungen sind. Zweifellos hat sich Indien zu dieser gewaltsamen Fortnahme fremden Eigentums durch die einseitige Haltung der UNO (d. h. der USA und der UdSSR) gegenüber Portugal anläßlich des schwarzafrikanischen Terrors in Angola (vgl. 30. Juni 1961) ermutigt gesehen.

21. Dezember 1961

KATANGA KAPITULIERT

Eine Woche nachdem der Präsident von Katanga, Moise Tschombé, durch Luftangriffe der UNO-Truppen (schwedische und indische Flugzeuge) auf die Zivilbevölkerung gezwungen, die USA um Intervention gebeten hat, wird zwischen ihm und der Zentralregierung des Kongo, Adoula, in Kitona am Ende einer zweitägigen Konferenz eine Übereinkunft getroffen, die praktisch eine vollständige Kapitulation Katangas bedeutet. Sie wird noch am selben Tage vom Parlament Katangas als nicht verpflichtend bezeichnet, während ein Sprecher der UNO sie zum unterschriebenen Vertrag erklärt, dessen Ratifizierung überflüssig sei.[20]

BRUCH UNGARN ALBANIEN

Im Zuge der Polarisierung im kommunistischen Lager schlägt sich am gleichen Tage Ungarn durch Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Albanien auf die Seite der UdSSR, der Kadar die größten Erfahrungen unter den gleichberechtigten und selbständigen kommunistischen Parteien zuspricht. In der ungarischen Innenpolitik ist eine leichte Lockerung der Reglementierung zu erkennen.

1962

1. Januar 1962

In Bulgarien wird im Rahmen des seit 1961 laufenden Fünfjahresplanes, der aus dem Agrarland einen Industriestaat machen soll, eine Währungsreform durchgeführt. Theoretisch sollen Guthaben und Preise im Verhältnis von 10:1 herabgesetzt werden. Doch wird diese Quote auf die Preise mehrerer Bedarfsgüter nicht angewendet, die also relativ steigen und im Sommer noch weiter steigen werden.

BULGARIEN WÄHRUNGS-REFORM

3. Januar 1962

Vor der Nationalversammlung Portugals bezeichnet Ministerpräsident Salazar die Annexion von Goa, Damao und Diu durch Indien als einen schweren Schlag für die Nation, den sie nicht anerkennen werde. Er übt Kritik am Verhalten des Sicherheitsrates der UNO und insbesondere Großbritanniens, das — entgegen dem gegenseitigen Schutzvertrag von 1899 — nichts zum Schutze der portugiesischen Besitzungen unternommen hat. Das portugiesisch-britische Bündnis müsse unter diesem Umständen überprüft werden (vgl. 18. Dezember 1961).

PORTUGAL SALAZAR ÜBER GROSS-BRITANNIEN

10. Januar 1962

Anastas Mikojan, Außenhandelsminister der UdSSR, beendet einen sechstägigen Besuch in Guinea, bei dem es ihm gelang, den aufgebrachten Sékou Touré zu versöhnen. Dieser hatte den sowjetischen Botschafter Daniel Solod ausgewiesen, dem er die Verantwortung für kommunistische Demonstrationen im November—Dezember 1961 anlastete. Doch wird Touré künftig auch Verbindungen zum Westen pflegen.

UDSSR MIKOJAN IN GUINEA TOURE SOLOD

14. Januar 1962

In Brüssel beschließt der Ministerrat der EWG als 2. Stufe des gemeinsamen Marktes die Integration der Landwirtschaft der sechs beteiligten Länder. Der Beginn wird auf den 30. Juli festgelegt. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse der EWG-Länder werden gegen billigere Einfuhren von außerhalb abgesichert, sind aber andererseits nicht hoch genug, um das Überleben kleinerer bäuerlicher Betriebe zu ermöglichen. Der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung wird daher weiter zurückgehen.

EWG INTEGRATION DER LAND-WIRTSCHAFT

15. Januar 1962

AUSTRALIEN NEUGUINEA

Der Ministerpräsident Australiens, Menzies, gibt gezwungenermaßen eine Erklärung ab, mit der er im Streit zwischen Indonesien und den Niederlanden um West-Neuguinea den Standpunkt der USA und der UNO einnimmt, also für die Abtretung West-Neuguineas an Indonesien eintritt, entgegen der bisherigen australischen Haltung in dieser Frage. Als Gegenleistung für diesen Meinungsumschwung sagen die USA am 9. Mai 1962 Australien Hilfe bei einer etwa notwendigen Verteidigung des australischen Ost-Neuguinea zu.

17. Januar 1962

KUWAIT REGIERUNG ABD ALLAH

In Kuwait wird die erste Regierung nach Erlangung der Unabhängigkeit (vgl. 19. Juni 1961) eingesetzt. Sie hat 14 Kabinettsmitglieder (Minister). Ministerpräsident und Außenminister ist Scheich Abd Allah, zugleich auch Staatsoberhaupt. Am 11. November 1962 wird sich Kuwait eine Verfassung geben, nach der die Nationalversammlung mit 50 in allgemeiner, direkter Wahl gewählten Mitgliedern die gesetzgebende Gewalt ausübt.

18. Januar 1962

DOMINIKANISCHE REPUBLIK RÜCKTRITT BALAGUERS BONELLY

In der Dominikanischen Republik tritt nach tagelangen blutigen Unruhen und vorübergehender Regierungsübernahme durch eine Militärjunta der Staatspräsident Balaguer zurück. Der bisherige Vizepräsident Rafael Filiberto Bonelly tritt die Nachfolge an und wird am 8. März mit den USA ein Abkommen über Ausbildungs- und Militärhilfe schließen.

24. Januar 1962

IRAK SYRIEN MILITÄRABKOMMEN

In Damaskus schließen der Irak und Syrien eine Übereinkunft über politische und militärische Zusammenarbeit auf blockfreier Grundlage. Die Vereinbarung richtet sich sowohl gegen die Regierung Nasser in Ägypten als auch gegen eine befürchtete britische Intervention im arabischen Raum.[1]

MITTELDEUTSCHLAND WEHRPFLICHT

Im mitteldeutschen Sowjetsatelliten wird ein „Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht" „beschlossen", nachdem schon am 22. September des Vorjahres auch die Grenzpolizei in die „Nationale Volksarmee" eingegliedert wurde. 18- bis 26jährige Männer haben anderthalb Jahre Wehrdienst zu leisten. Eine entsprechende Änderung des Artikels 5 der Verfassung wurde bereits am 26. September 1955 beschlossen, die Durchführung aber hinausgezögert, um die Fluchtquote unter den betroffenen Jahrgängen (vor dem Bau der „Mauer") nicht noch weiter zu erhöhen.[2]

30. Januar 1962

Neunzehn afrikanische Staaten der Monroviagruppe beenden in *Lagos* eine Konferenz, die der Konsolidierung der Organisation der Staaten Afrikas und Madagaskars dienen soll. Es werden zehn Entschließungen angenommen, u. a. über den Entwurf einer Charta für die Organisation sowie über Untersuchungen des künftigen Verhältnisses zur EWG und zur UNO unter der Voraussetzung, daß die Charta der letzteren einer entsprechenden Revision unterzogen werden kann.[3]

AFRIKA MONROVIA-GRUPPE KONFERENZ VON LAGOS

31. Januar 1962

In Punta del Este wird eine Außenministerkonferenz der OAS (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I) beendet, die auf Veranlassung der USA zehn Tage zuvor zusammentrat. Es werden neun Entschließungen gefaßt, unter denen die Errichtung der „Allianz für den Fortschritt" (Entwicklungshilfe innerhalb Ibero-Amerikas), der Ausschluß Kubas aus der OAS sowie aus der Interamerikanischen Verteidigung und ein Waffen- und Rüstungsgüter-Embargo gegen Kuba die bedeutungsvollsten sind. Aber bei der Abstimmung über diese Entschließungen enthalten sich Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador und Mexiko der Stimme.[4]

OAS KONFERENZ VON PUNTA DEL ESTE

noch Januar 1962

Niger schließt ein Handelsabkommen mit der Tschechoslowakei, wird aber andererseits im März von den USA einen Kredit in Höhe von 2 Millionen Dollar erhalten. Präsident Hamani Diori ist unbeschadet seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu Ostblockstaaten ein erklärter Gegner des Kommunismus, insbesondere der chinesischen Einflußnahme in Afrika und der Afrikapolitik Nkrumahs (Ghana), der auch in Niger umstürzlerische Bestrebungen fördert.

NIGER TSCHECHO-SLOWAKEI HANDELS-ABKOMMEN

2. Februar 1962

Mali schließt eine Reihe von Abkommen mit Frankreich, darunter auch über Wirtschafts- und Finanzhilfe für den Fünfjahresplan 1960—64, die jedoch französischerseits von der Beschäftigung französischer Firmen und Verwendung französischen Materials abhängig gemacht wird.

MALI FRANKREICH ABKOMMEN

5. Februar 1962

Bei den Wahlen zum finnischen Reichstag erhält die Bauernpartei die meisten Sitze. Zwei Monate später, am 13. April, wird Karjalainen eine Koalitionsregierung mit der Konservativen Partei und der Schwedischen Volkspartei bilden. Sie wird dem

FINNLAND WAHLEN KARJALAINEN

Land eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber der UdSSR geben.

LIBYEN BATH-PARTEI AUFGELÖST

Die Regierung des Königreichs Libyen verfügt die Auflösung der Ba'th-Partei, die einen arabischen Sozialismus im Sinne Nassers vertritt und in Tripolis eine republikanische Opposition gebildet hat. Die Führer der Ba'th-Partei werden vor Gericht gestellt und verurteilt. Dennoch wird der ägyptische Einfluß in Libyen zunehmen.

9. Februar 1962

USA-TRUPPEN IN SÜD-VIETNAM

Die USA richten in Saigon ein „Militärhilfekommando Vietnam" ein, stationieren Truppen in Südvietnam und lassen diese an den Kämpfen gegen die kommunistischen Vietkong teilnehmen. Auf Wunsch der südvietnamesischen Regierung *Ngo Dinh Diem* werden die USA diesen Tatbestand einen Monat später, am 13. März, öffentlich bekanntgeben, nachdem am 27. Februar eine Militärrevolte gegen die unbeliebte und diktatorische Regierung gescheitert ist.

SPANIEN EWG ANTRAG AUF ASSOZIIERUNG

Spanien stellt einen Antrag auf Assoziierung mit der EWG. Dem Antrag wird erst zwei und ein viertel Jahre später, am 2. Juni 1964, stattgegeben werden. Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments erhebt Einspruch gegen den Antrag mit der Begründung, das spanische Regime (Franco) stelle keine freiheitliche Ordnung dar, wie es in der Präambel der Römischen Verträge vorausgesetzt würde. Man verzeiht es dort Spanien immer noch nicht, daß es sich 1936—1939 erfolgreich des Kommunismus erwehrt hat. Wer nicht kommunistisch werden will, ist ein Feind der „freiheitlichen Ordnung".

20. Februar 1962

GROSS-BRITANNIEN KONTINENT TRUPPEN-RÜCKNAHME?

Die britische Regierung beschließt, im Zuge der wirtschaftlich bedingten Einschränkung des militärischen Stützpunktnetzes auch den Verbleib britischer Streitkräfte auf dem europäischen Festland in Frage zu stellen. Ausschlaggebend soll dafür die Zahlungsbilanz des britischen Staatshaushaltes sein.

1. März 1962

PAKISTAN NEUE VERFASSUNG

In Pakistan gibt Staatspräsident Ayub Khan eine neue Verfassung bekannt, nach der beide Landesteile, West- und Ostpakistan, im Staatsoberhaupt eine gemeinsame Exekutive und in der Nationalversammlung eine gemeinsame Legislative haben. Die 156 Abgeordneten werden je zur Hälfte von den beiden Provinzen gewählt werden, die außerdem noch jede ihr eigenes Provinzialparlament haben. Die Verfassung wird am 8. Juni in Kraft treten.

2. März 1962

In Burma unternimmt die Armee unter Führung General Ne Wins einen Staatsstreich, um zu verhindern, daß die starken Minderheiten von Bergvölkern, Indern und Chinesen sowie die nichtbuddhistische Opposition den Zusammenhalt des Landes gefährden. Ne Win macht sich zum Staatsoberhaupt und Regierungschef gleichzeitig. Als eine seiner ersten Maßnahmen wird er den Handel mit dem wichtigsten Volksnahrungsmittel, Reis, verstaatlichen.

BURMA STAATSSTREICH DER ARMEE NE WIN

7. März 1962

In Genf vereinbaren die USA und eine Delegation der EWG nähere Bestimmungen über gegenseitige Zollsenkung und schließen ein entsprechendes Abkommen bezüglich eines beiderseitigen Handelsvolumens von rund 1,6 Milliarden Dollar sowie zwei Zusatzabkommen über den Handel mit speziellen Getreidesorten. Das Weiße Haus in Washington veröffentlicht am selben Tage ein Kommuniqué, in dem besonders die Steigerung des Handels zwischen USA und EWG sowie die Berücksichtigung des US-Agrarexports in der EWG-Landwirtschaftspolitik hervorgehoben werden.[5]

USA EWG HANDELS- UND ZOLL-ABKOMMEN

13. März 1962

Auf eine Anfrage des Generalsekretärs der UNO, U Thant, welche Staaten dem von Schweden am 26. Oktober 1961 (vgl. dort) vorgeschlagenen „Klub der kernwaffenfreien Staaten" beitreten würden, erklärt sich die norwegische, zwei Tage später auch die dänische Regierung bereit, auf Herstellung, Erwerb oder Lagerung von Kernwaffen zu verzichten und sich auch an entsprechenden international bindenden Vereinbarungen zu beteiligen, wenn diese das „zur Zeit herrschende Mächtegleichgewicht nicht verschieben" würden.

UNO SCHWEDEN „KLUB DER ATOMFREIEN" NORWEGEN DÄNEMARK

15. März 1962

Die UdSSR legt einer tags zuvor eröffneten Achtzehn-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf einen detaillierten Vertragsentwurf für eine allgemeine und vollständige Abrüstung in drei Phasen innerhalb von vier Jahren vor. Der Vertragsentwurf sieht nach Abschluß der III. Phase eine Verstärkung der Streitkräfte der Vereinten Nationen durch Polizeikontingente seitens der Vertragspartner unter Kontrolle der Internationalen Abrüstungsorganisation vor, also Unterwerfung der entwaffneten Einzelstaaten unter die Streitmacht der UNO.[6]

GENF ABRÜSTUNGSVORSCHLAG DER UDSSR

18. März 1962

FRANKREICH ALGERIEN ABKOMMEN VON EVIAN

Frankreich und die Exilregierung Algeriens (FLN), vertreten durch Krim Belkassem, schließen in *Evian* nach zwölftägigen Verhandlungen ein Abkommen, mit dem die Feindseligkeiten eingestellt, der algerische Staat konstituiert und eine Volksabstimmung über das künftige Verhältnis Algeriens zu Frankreich (Departement, Assoziierung oder vollständige Lösung eines unabhängigen Algerien) nach einer Übergangsperiode vereinbart werden. Die Struktur eines assoziierten Algerien und die Gewährleistung der Interessen Frankreichs werden bis ins einzelne ausgehandelt, insbesondere in der Sahara.[7]

ARGENTINIEN STURZ FRONDIZIS GUIDO

In Argentinien gewinnen bei den Parlamentswahlen die Anhänger des 1955 gestürzten Präsidenten Perón. Zwei Tage darauf wird der „rechte" Flügel der Armeeoffiziere, die sogenannten „Gorillas", das Wahlergebnis annullieren lassen und den Präsidenten Frondizi (am 28. März) verhaften. Der bisherige Vizepräsident José Maria Guido wird zum Nachfolger erklärt. Die beiden Flügel des Offizierkorps bekämpfen sich weiterhin und führen mehrere Putsche gegeneinander durch, mit denen sie sich den maßgeblichen Einfluß auf die Regierung streitig machen.

19. März 1962

USA JAPAN RYUKYU-INSELN

Die Erweiterung der Autonomie der Ryukyuinseln seitens der USA werden in Japan als Anerkennung der japanischen Souveränitätsrechte auf diesen Inseln gewertet. Damit entspannt sich das Verhältnis Japan—USA (vgl. 22. Juni 1960, 4. November 1961) weiter, und am 29. Mai wird sogar der Bau von vier amerikanischen Raketenabschußbasen für Nike- und Ajax-Raketen auf japanischem Territorium gebilligt werden.

23. März 1962

HELSINKI NORDISCHER RAT

Der nordische Rat beendet seine 10. Jahrestagung in Helsinki mit der Unterzeichnung eines Abkommens zu verstärkter Zusammenarbeit Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens auf juristischem, kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem und verkehrstechnischem Gebiet. U. a. soll der gemeinsame Arbeitsmarkt ausgebaut und in der Produktion eine Arbeitsteilung unter den beteiligten Ländern erreicht werden. Auch im Verzicht auf Besitz und Lagerung von Atomwaffen ist man sich einig, obgleich drei Länder der NATO angehören. Doch wird über diesen Punkt im Text des Abkommens nichts ausgesagt.[8]

28. März 1962

Die polnische Regierung legt der Genfer Abrüstungskonferenz (vgl. 15. März 1962) ein Memorandum zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone mit begrenzter Rüstung in Europa vor. Das Memorandum unterscheidet sich nur geringfügig vom *Rapackiplan* (vgl. 3. Oktober 1957 und Polit. Lexikon, Teil I). Es betont nur stärker eine gleichzeitige Abrüstung auch der konventionellen Waffen.[9]

GENF POLNISCHES MEMORANDUM

1. April 1962

In Ecuador zwingt die Armee die Regierung des Präsidenten Arosemena (vgl. 7. November 1961), die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abzubrechen und damit dem Wunsche der USA stattzugeben, dem sich Arosemena bis dahin widersetzt hat. Die USA werden sich zwei Wochen später (am 17. April) erkenntlich zeigen und Ecuador im Rahmen des Programms der „Allianz für den Fortschritt“ Finanzhilfe zukommen lassen.

BRUCH ECUADOR KUBA

4. April 1962

Charles de Gaulle versucht den italienischen Ministerpräsidenten Fanfani anläßlich eines Besuches in Turin für seine Vorstellung von einer westeuropäischen Konföderation zu gewinnen, findet aber keine Gegenliebe. Ebenso wird es drei Tage später Konrad Adenauer in seinem Urlaubsort Cadenabbia bei einer Unterredung mit Fanfani ergehen. Die italienische Regierung sieht offenbar hinter dem guten Einvernehmen de Gaulles und Adenauers die Gefahr einer französisch-westdeutschen Hegemonialpolitik in Europa.

DE GAULLE FANFANI ADENAUER WEST-EUROPÄISCHE FÖDERATION

6. April 1962

Die Association of South-East-Asia (ASA) beendet eine viertägige Konferenz in Cameron Highlands, bei der auf Betreiben von Tunku Abdul Rahman eine verstärkte Zusammenarbeit von Malaya, Thailand und den Philippinen, insbesondere der Abschluß eines gemeinsamen Handels- und Schiffahrtsvertrages, die Aufhebung des Visumzwanges zwischen den Teilnehmerstaaten, der Anschluß von Malaya und Thailand an das gleiche Fernmeldesystem und die Errichtung eines ASA-Fonds zur Finanzierung gemeinsamer Projekte beschlossen wurden.[10]

ASA KONFERENZ IN CAMERON HIGHLANDS

9. April 1962

Der Sicherheitsrat der UNO faßt eine Resolution, in der die Feindseligkeiten zwischen Israel und Syrien, die am 8. März 1962 begannen, bedauert und beide Regierungen an ihre Ver-

UNO-SICHERHEITSRAT ÜBER ISRAEL

pflichtungen im Rahmen der UN-Charta Artikel 2 und 4 erinnert werden. Außerdem entscheidet der Sicherheitsrat, daß der israelische Angriff vom 16. und 17. März 1962 einen flagranten Verstoß gegen die Sicherheitsrat-Resolution vom 19. Januar 1956 darstellt, in der Israel schon einmal wegen Bruchs des Allgemeinen Waffenstillstandsabkommens verurteilt wurde.[11]

14. April 1962

FRANKREICH RÜCKTRITT DEBRÉS POMPIDOU

In Frankreich tritt Ministerpräsident Debré zurück mit der Begründung, die Aufgabe seines Kabinetts sei mit der Lösung der Algerienfrage erfüllt und beendet. Die nachfolgende Regierung wird von Georges Pompidou gebildet. Zwei Tage vor Debrés Rücktritt hat Georges Bidault die Leitung des Nationalen Widerstandsrates übernommen, mit dem die fortbestehende OAS zusammenarbeitet und weiterhin Terroranschläge durchführt, darunter auch Attentatsversuche auf de Gaulle.

16. April 1962

GENF MEMORANDUM FÜR KERNVERSUCHSSTOPP

Bei der Genfer Abrüstungskonferenz (vgl. 15. März 1962), die bereits wieder — wie die zahllosen voraufgegangenen — zu scheitern droht, legen Äthiopien, Brasilien, Burma, Indien, Mexiko, Nigeria, Schweden und die VAR (Ägypten) ein gemeinsames Memorandum vor, in dem sie auf baldigen Abschluß eines Abkommens über die Einstellung von Kernwaffenversuchen seitens der Großmächte drängen und entsprechende Vorschläge unterbreiten.[12]

29. April 1962

EL SALVADOR CARBALLO PRÄSIDENT

In El Salvador wird Julio Adalberto Rivera Carballo zum Staatspräsidenten gewählt, erstmals nur auf fünf Jahre nach der neuen Verfassung vom Januar des Jahres. Er wird am 1. Juli eine neue Regierung bilden, die sich vor allem um die Industrialisierung des Landes und um die Stärkung des Mittelstandes bemühen wird, um einen Ausgleich zwischen Großgrundbesitz und Kleinbauern zu schaffen. Letztere werden staatliche Kredite zum Ausbau ihrer Betriebe erhalten.

6. Mai 1962

ATHEN NATO-KONFERENZ ATOMWAFFEN

In *Athen* beschließen die Außenminister der NATO-Staaten eine dreitägige Ministertagung mit der Unterzeichnung eines Kommuniques, das die scharfen politischen und strategischen Meinungsverschiedenheiten nur dürftig verhüllen kann. Die USA stehen sowohl der britischen und französischen Eigenproduktion von Atomwaffen als auch einer Bewaffnung westdeutscher Streit-

kräfte mit taktischen Atomwaffen im Rahmen einer multilateralen Atomstreitmacht ablehnend gegenüber und unterstellen dem NATO-Kommando zunächst nur fünf mit Polarisraketen ausgerüstete Atom-U-Boote. Darüber hinaus erklären sie, daß „sie auch weiterhin die für die NATO-Verteidigung erforderlichen Kernwaffen dem Bündnis verfügbar halten werden". Großbritannien und USA sichern zu, daß ihre Strategischen Streitkräfte die Allianz gegen solche Bedrohungen verteidigen werden, deren Abwehr über die Möglichkeiten der NATO-Streitkräfte hinausgeht. Griechenland und die Türkei sollen im Rahmen der Entwicklungshilfe besonders gefördert werden.[13]

8. Mai 1962

Brasilien vereinbart mit der UdSSR ein Warenaustauschprotokoll. Es hat unter der Regierung des Präsidenten Goulart bereits bei der Konferenz der OAS in Punta del Este (vgl. 31. Januar 1962) die Führung der Opposition gegen die Forderungen der USA hinsichtlich Kuba übernommen und betont demonstrativ die Unabhängigkeit seiner Außenpolitik.

BRASILIEN UDSSR WAREN-AUSTAUSCH-PROTOKOLL

In Costa Rica tritt der neue Präsident Francisco José Orlich Bolmarcich sein Amt an. Seine Partei ging aus den Parlamentswahlen vom 4. Februar als Sieger hervor. Die diplomatischen Beziehungen zu Kuba hat bereits die Regierung seines Vorgängers, Jiménez, abgebrochen (am 10. September 1961).

COSTA RICA ORLICH

10. Mai 1962

Vier Tage nach einem fehlgeschlagenen Aufstandsversuch der Kommunisten in Venezuela wird dort die Kommunistische Partei verboten. Der Oberste Gerichtshof des Landes wird diesem Verbot allerdings erst anderthalb Jahre später, am 1. Oktober 1963, seine Zustimmung geben.

VENEZUELA KP-VERBOT

11. Mai 1962

In Italien wird Antonio Segni zum Staatspräsidenten gewählt. Die Wahl steht im Zeichen einer Umgruppierung in den italienischen Parteien. Bei den christlichen Demokraten (DC) zeichnet sich eine wachsende Tendenz zur „Öffnung nach links" ab, während sich die Sozialisten (PSI) von ihrem engen Bündnis mit den Kommunisten (PCI) zurückziehen.

ITALIEN SEGNI PRÄSIDENT

12. Mai 1962

In *Monrovia* geht eine Konferenz der Brazzaville-Gruppe unabhängig gewordener afrikanischer Staaten zu Ende. Teilgenom-

AFRIKA

MONROVIA-KONFERENZ

men haben außerdem Äthiopien, Nigeria, Sierra Leone, Somalia, Togo und Tunesien. Beschlossen wurde die Gründung einer innerafrikanisch-madagassischen Organisation auf der Grundlage gegenseitiger Nichteinmischung und Achtung der Souveränität und Integrität bei Verurteilung umstürzlerischer Bestrebungen, soweit sie gegen die beteiligten Staaten gerichtet sind (vgl. 12. September und 20. Dezember 1962).

13. Mai 1962

US-TRUPPEN IN THAILAND

Die USA entsenden Streitkräfte nach Thailand (Siam), dessen Unabhängigkeit und Unversehrtheit sie am 6. März 1962 anläßlich des Besuchs des thailändischen Außenministers Thanat Koman garantiert haben. Auch Großbritannien, Australien, Neuseeland und die Philippinen senden Truppen, um die thailändische Grenze am Mekongfluß zu sichern, die durch die Vietkongtätigkeit in Südvietnam gefährdet ist.

15. Mai 1962

DE GAULLE FÜR WEST-EUROPÄISCHE KONFÖDERATION

Charles de Gaulle bekennt sich bei einer Pressekonferenz zum Gedanken einer Konföderation der westeuropäischen Staaten, zu regelmäßig zu vereinbarenden Konsultationen der Regierungen über ihre Außen- und Verteidigungspolitik, zur Schaffung von Sonderorganisationen für alle Fragen von gemeinsamem Interesse sowie einer beratenden Versammlung von Delegierten der nationalen Parlamente (wie sie ja im Europaparlament bereits gegeben ist). Europa müsse sich als dritte Macht neben USA und UdSSR behaupten können, auf eine hierfür erforderliche Schlagkraft gestützt.

18. Mai 1962

ISRAEL ZIONISMUS TEITELBAUM

Die in Israel erscheinende Zeitung „Yedihot Hayon" berichtet in deutscher Sprache über den 70jährigen in Brooklyn/New York lebenden chassidischen Rabbiner Yoel *Teitelbaum,* einen scharfen Gegner des Zionismus, dem er die Schuld am Tode zahlreicher Juden zuschreibt. Teitelbaum hat seine Vorwürfe gegen die Zionisten im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Eichmann in Jerusalem erhoben (vgl. 7. April 1961).[14]

23. Mai 1962

FRANKREICH SALAN VERURTEILT

Nach fast einjähriger Prozeßdauer wird in Frankreich General Salan, der Führer des Generalputsches vom 22. April 1961 (vgl. dort) und Gründer der OAS, zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Jouhaud und Canal, zum Tode verurteilt, werden später ebenfalls zu lebenslänglicher Haft begnadigt werden.

26. Mai 1962

Ein nach *Südwestafrika* entsandter Sonderausschuß der UNO, mit Genehmigung der südafrikanischen Regierung eingereist, erklärt in einem Pressekommunique, er habe keinerlei Beweise für eine Gefährdung der inneren Sicherheit oder des internationalen Friedens gefunden, auch keine militärische Besetzung Südwestafrikas durch Südafrikanische Truppen oder gar eine Ausrottung der afrikanischen Bevölkerung feststellen können. Dieses wahrheitsgemäße Kommunique wird den Ausschußmitgliedern so verübelt, daß eines von ihnen, Dr. Carpio, später einen — wie gewünscht — belastenden Bericht verfassen wird.

SÜDWESTAFRIKA UNO-SONDERAUSSCHUSS KOMMUNIQUE

28. Mai 1962

Portugal stellt einen Antrag auf Assoziierung mit der EWG. Die Verhandlungen über diesen Antrag, von Brüssel zunächst für den 11. Februar 1963 anberaumt, werden zehn Tage vorher ohne Nennung eines neuen Termines verschoben werden (vgl. 9. Februar 1962).

PORTUGAL EWG ANTRAG AUF ASSOZIIERUNG

31. Mai 1962

Die beiden ständigen Vorsitzenden der Genfer Abrüstungskonferenz (vgl. 15. März 1962) legen der Abrüstungskommission der UNO einen Zwischenbericht vor, aus dem u. a. hervorgeht, daß die Verhandlungen über den Vertragsentwurf der UdSSR (vgl. 15. März 1962) über einen „Arbeitsentwurf“ zur Präambel noch nicht hinausgediehen sind. Dem Zwischenbericht ist zu entnehmen, daß auch die USA (am 18. April 1962) einen Vertragsentwurf über eine allgemeine und vollständige Abrüstung vorgelegt haben.[15]

GENF ZWISCHENBERICHT DER ABRÜSTUNGSKONFERENZ

noch Mai 1962

Im Priester-Verlag in Wiesbaden erscheint die zweite Auflage des Buches „Der Barbarei entgegen“ von dem englischen Juristen und Historiker F. J. P. Veale in deutscher Sprache. Sie enthält die Zusammenfassung der dokumentarischen Nachweise für die britische Priorität in der Durchführung von Flächenbombenwürfen auf Wohnviertel, für den entscheidenden sowjetischen Einfluß auf die Programmierung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und insbesondere für die Kenntnis Präsident Trumans von den japanischen Kapitulationsangeboten *vor* Hiroshima. Darstellungen, die von diesem Sachverhalt abweichen, können nunmehr endgültig als unwahr gebrandmarkt werden. Wo auch immer an solchen unwahren Darstellungen festgehalten wird, geschieht es nunmehr eindeutig in unlauterer Absicht.[16]

WESTDEUTSCHLAND F. J. P. VEALE „DER BARBAREI ENTGEGEN“

6. Juni 1962

WEST-DEUTSCHLAND DEVISENHILFE FÜR GROSS-BRITANNIEN

Der westdeutsche Teilstaat gibt Großbritannien eine Devisenhilfe in Höhe von je 600 Millionen DM für die Haushaltsjahre 1962/63 und 1963/64. Zuvor hat er bereits (am 19. März) den Kauf von Waffen im Werte von 1,2 Milliarden DM zugesagt, ebenfalls in Devisen zu bezahlen, um damit die Unkosten der britischen Rheinarmee decken zu helfen (vgl. 20. Februar 1962). Am 27. Juli 1962 wird der Internationale Währungsfond (IMF) Großbritannien einen Kredit in Höhe von einer Milliarde Dollar gewähren und ein Jahr später verlängern.

7. Juni 1962

MOSKAU COMECON-KONFERENZ „HOHES WACHSTUMS-TEMPO"

In Moskau beendet der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) seine Tagung mit einem Kommunique und mit einem Beschluß der Ländervertretungen über „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung". Darin ist von einem „sozialistischen Weltwirtschaftssystem als Ganzem" die Rede und von Anstrengungen „zur Sicherung eines hohen Wachstumstempos der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion eines jeden Landes" mit dem Ziel, „das kapitalistische Weltsystem . . . zu überflügeln". Kein Wort von der Lebensnotwendigkeit, das Wachstum weltweit zu stoppen.[17]

8. Juni 1962

GENF USA-UDSSR WELTRAUM-FORSCHUNG

In Genf schließen die USA und die UdSSR eine Vereinbarung über gemeinsame friedliche *Erforschung des Weltraums,* und zwar auf dem Gebiet der Meteorologie, bei der Bestimmung des geomagnetischen Feldes und in der Fernmelde-Satellitentechnik. Es wird ein Programm beschlossen, in dessen Rahmen u. a. zwei mit Magnetometern ausgerüstete Erdsatelliten zur Zeit des Sonnenfleckenminimums in verschiedene Umlaufbahnen gebracht und der amerikanische Nachrichtensatellit „Echo A-12" für gemeinsame Nachrichtenverbindungen verwendet werden sollen.[18]

9. Juni 1962

SPANIEN EUROPÄISCHE BEWEGUNG EUROPA-PARLAMENT UNRUHEN

Spanische Teilnehmer am IV. Internationalen Kongreß der Europäischen Bewegung in München (7. und 8. Juni) werden bei ihrer Rückkehr in Spanien verhaftet, vermutlich im Zusammenhang mit der Franco-feindlichen Haltung der Sozialistischen Fraktion des Europa-Parlaments (vgl. 9. Februar 1962). Die Verhaftung führt zu Unruhen in Spanien selbst. Es zeigt sich wieder, daß die Unterdrückung der nationalrevolutionären Falange unausweichlich zur Neubelebung des internationalen Sozialismus in Spanien geführt hat.

15. Juni 1962

In dem Streit zwischen Kambodscha und Thailand um das Gebiet von Preah Vihear entscheidet der Internationale Gerichtshof zugunsten Kambodschas. Daraufhin übt Thailand scharfe Kritik an den USA, weil diese den Standpunkt Kambodschas vertreten hätten, und boykotttiert die SEATO, deren Sitz in Bangkok ist (vgl. Polit. Lexikon, Teil I). Die USA werden infolgedessen ihre Truppen (vgl. 13. Mai 1962) wieder aus Thailand abziehen.

KAMBODSCHA THAILAND INTERNATIONALER GERICHTSHOF

23. Juni 1962

In den USA wird auf Initiative des Präsidenten Kennedy eigens ein Amt geschaffen, das die Benachteiligung von Angehörigen der Streitkräfte aus rassischen Gründen, d. h. also eine Minderbewertung der Negersoldaten verhindern soll. Das Regierungsprogramm der Gleichberechtigung wird auch außerhalb der USA, bei den unabhängig gewordenen Völkern nichtweißer Hautfarbe vielfach nach der Praxis in der US-Army beurteilt.

USA AMT GEGEN BENACHTEILIGUNG FARBIGER SOLDATEN

24. Juni 1962

In West-Neuguinea springen indonesische Fallschirmtruppen in der Nähe des Flugplatzes Merauke an der Südküste ab, ohne jedoch den Flugplatz erobern zu können. Bereits am 27. Mai ist einem ähnlichen indonesischen Fallschirmunternehmen der Erfolg versagt geblieben. Mit militärischen Mitteln hätte Indonesien den Niederlanden West-Neuguinea kaum nehmen können. Aber der politische Druck der UNO und der USA auf die niederländische Regierung führen dann zu dem New Yorker Abkommen (vgl. 15. August 1962).[19]

WEST-NEUGUINEA INVASION INDONESISCHER FALLSCHIRMTRUPPEN

30. Juni 1962

In der VAR (Ägypten) beschließt der „Nationalkongreß der Volkskräfte" eine „Charta der Nationalen Aktion", in der die Grundsätze eines arabischen Sozialismus, also eines nationalrevolutionären Programms niedergelegt sind. Es stößt jedoch bei den anderen arabischen Staaten auf Mißtrauen und Ablehnung, da diese hinter dem arabischen Sozialismus Nassers einen Hegemonieanspruch Ägyptens vermuten.

VAR CHARTA DER NATIONALEN AKTION ARABISCHER SOZIALISMUS

US-Präsident Kennedy gewährt Mexiko anläßlich eines Staatsbesuches dort einen Kredit in Höhe von 20 Millionen Dollar für die Entwicklung der mexikanischen Landwirtschaft. Diese zweckgebundene Anleihe gehört zum Programm der „Allianz für den Fortschritt", mit dem die USA Lateinamerika an sich zu binden suchen. Doch wird sich Mexiko in seiner Außenpolitik die eigene Entscheidungsfreiheit zu wahren wissen.

USA MEXIKO ENTWICKLUNGSHILFE

1. Juli 1962

ALGERIEN UNABHÄNGIG

Die im Vertrag (vgl. 18. März 1962) vereinbarte Volksabstimmung in Algerien ergibt eine Mehrheit für die *Unabhängigkeit Algeriens* und für Zusammenarbeit mit Frankreich. Bereits zwei Tage später wird die französische Regierung die Unabhängigkeit Algeriens anerkennen. (Vgl. weiter 20. September 1962.)

RWANDA REPUBLIK KAYIBANDA

Rwanda (Ruanda) wird unabhängige Republik, nachdem eine Volksabstimmung am 25. September 1961 mit großer Mehrheit für die Abschaffung der Monarchie entschieden hat. Präsident Kayibanda wird zugleich Ministerpräsident und übt gemeinsam mit der Nationalversammlung die gesetzgebende Gewalt aus. Doch ist die Feindschaft zwischen den Bahutu und den Batusi damit nicht beendet (vgl. 13. August 1964).

BURUNDI UNABHÄNGIG MONARCHIE MWAMBUTSA IV.

Auch Burundi erhält seine Unabhängigkeit, bleibt aber konstitutionelle Monarchie unter König Charles Mwambutsa IV. Er wird auch von den in Burundi ansässigen Bahutu als Staatsoberhaupt anerkannt. Eine Wirtschafts- und Zollunion verbindet einstweilen noch die beiden Staaten Rwanda und Burundi. Ihre Kaffeeausfuhr wird von dem gemeinsamen „Bureau du Café" gelenkt, das noch aus der belgischen Mandatsherrschaft stammt.

18. Juli 1962

PERU STURZ PRADOS DE LA TORRE GODOY

In Peru stürzt eine Militärjunta unter Führung von General Ricardo Pérez *Godoy* den Präsidenten Prado, dessen Amtszeit ohnehin nahezu abgelaufen ist. Prado hat es zuvor abgelehnt, das Wahlergebnis der Präsidentenwahlen vom 10. Juni für ungültig zu erklären. Bei diesen Wahlen hatte *Haya de la Torre*, Gründer (1924) und Führer der Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA), zum Kommunimus tendierend, die meisten Stimmen erhalten. Am 18. September wird Godoy mit den USA ein Militärhilfeabkommen schließen, das sich gegen die kommunistische Subversion richtet.

KAIRO KONFERENZ DER ENTWICKLUNGSLÄNDER „BEVÖLKERUNGSPROBLEM"

In Kairo wird eine zehntägige *Wirtschaftskonferenz* der *Entwicklungsländer* abgeschlossen, an der 32 Staaten teilgenommen haben. Eine abschließende 69 Punkte umfassende Erklärung beginnt (Präambel) mit dem alten Irrtum, daß durch souveräne Verfügung über die jeweils eigenen Hilfsquellen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Entwicklungsländer in kurzer Zeit zu lösen seien. In Punkt 13 wird erstmalig von „legitimen Maßnahmen" gesprochen, „mit ihrem Bevölkerungsproblem fertig zu werden". Zusammenarbeit untereinander, auch im Rahmen der UNO, wird ausführlich behandelt.[20]

23. Juli 1962

Die internationale *Laos*-Konferenz in Genf (seit 16. Mai 1961) bringt ein *Abkommen* zustande, in dem die *Neutralitäts*erklärung der Königlich Laotischen Regierung anerkannt und Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Neutralität in einem Protokoll von 20 Artikeln festgelegt werden. Aufsicht und Kontrolle sollen bei der Internationalen Laoskommission von 1954 (Indien, Kanada, Polen) liegen, alle ausländischen Militär- und Halbmilitäreinheiten sollen das Land binnen 30 Tagen nach Eintreffen der Inspektionstruppen räumen. Das Abkommen ignoriert den unveränderten Expansionsdrang der Kommunisten.[21]

GENF
LAOS-KONFERENZ

25. Juli 1962

Die französische Nationalversammlung stimmt über Nachtragskredite für den Haushalt ab und billigt sie, obgleich der Senat sie eine Woche zuvor abgelehnt hat. Darunter befinden sich auch Kredite für den weiteren Ausbau der Force de frappe oder Force de dissuasion, mithin der französischen Atomstreitmacht zu Abschreckungszwecken, die von der Mehrheit der Abgeordneten eindeutig bejaht wird.

FRANKREICH
FORCE DE FRAPPE

27. Juli 1962

Die britische Regierung wird den an diesem Tage gemachten Vorschlag des Staatspräsidenten der Philippinen, Diosdado *Macapagal*, eine großmalaiische Föderation der Philippinen mit Malaya, Singapur und Britisch Nordborneo zu schaffen, in den Londoner Gesprächen darüber am 3. Februar 1963 ablehnen. Er überschneidet sich mit ihren Malaysia-Plänen. Macapagal wird daraufhin einen Staatenbund von Philippinen, Malaysia und Indonesien (Maphilindo) zu verwirklichen suchen (vgl. 31. Juli 1962, 11. Juni 1963).

GROSSBRITANNIEN
PHILIPPINEN
MACAPAGAL
MAPHILINDO

31. Juli 1962

In London unterzeichnet Macmillan und Tunku Abdul Rahman eine Übereinkunft über die künftige Erweiterung *Malayas* zu *Malaysia* durch Einbeziehung Nordborneos, Sarawaks und Singapurs in die Föderation bis spätestens 31. August 1963 (vgl. 9. Juli 1963). Der Sultan von Brunei ist eingeladen worden, sein Land der Föderation ebenfalls anzuschließen, und hat sich zustimmend geäußert. Dagegen wird sich Indonesien dem Plan widersetzen, da es selbst Anspruch auf Nordborneo erhebt.[22]

In dem Abkommen wird Singapur ein besonderer Status als Freihafen eingeräumt und den Einwohnern von Singapur die doppelte Staatsbürgerschaft zugesichert. Daraufhin wird — aller-

LONDON
MALAYSIA-ABKOMMEN
BRUNEI
INDONESIEN
SINGAPUR

dings erst am 7. Dezember 1962 — auch Singapurs Parlament dem Beitritt zu Malaysia zustimmen.

7. August 1962

KOLUMBIEN LEON VALENCIA BANDEN-BEKÄMPFUNG

In Kolumbien tritt Präsident Guillermo León Valencia sein Amt an. Ihm wird es im folgenden Jahr gelingen, mit einigem Erfolg die Banden zu bekämpfen, die sich aus Überlebenden der Bürgerkriegsarmeen (von 1948—1953) zusammensetzen und Teile Kolumbiens autonom zu machen suchen. In einigen dieser Gebiete wird Valencia die Zentralgewalt der kolumbianischen Regierung wieder durchsetzen können.

11. August 1962

AFRIKA KONFERENZ VON TANGER CASABLANCA-GRUPPE

Die *Casablancagruppe* unter den afrikanischen Staaten (Algerien, Guinea, Mali, Marokko und VAR (Ägypten) beendet in *Tanger* eine fünftägige Konferenz ihres *Wirtschafts*ausschusses mit einer Resolution. Darin wird eine gemeinsame Preispolitik in den Handelsbeziehungen zu den Industriestaaten sowie eine 25prozentige Zollsenkung und teilweise Freigabe des Handels unter den Mitgliedstaaten der Gruppe für Anfang 1963 geplant. Auch soll ein ständiges Büro errichtet werden.[23]

15. August 1962

NEW YORK ABKOMMEN ÜBER WEST-NEUGUINEA NIEDERLANDE INDONESIEN

In New York unterzeichnen die Niederlande und Indonesien ein Abkommen über *West-Neuguinea.* Es bedeutet einen vollständigen Sieg Indonesiens. Die Niederlande müssen unter dem Druck der USA und der UNO West-Neuguinea zunächst an eine eigens geschaffene „Unites Nations Temporary Executive Authority“ (UNTEA) übergeben, die es ihrerseits postwendend dem indonesischen Kolonialismus ausliefern wird. Von „Selbstbestimmung“ der noch in steinzeitlichen Verhältnissen lebenden Papuas kann natürlich keine Rede sein.[24]

16. August 1962

LONDON ABKOMMEN ÜBER SÜD-ARABISCHE FÖDERATION

In *London* wird nach dreiwöchigen Verhandlungen ein Abkommen zwischen den Vertretern der 23 *südarabischen* Sultanate und Scheichtümer einerseits und des bisherigen Protektorats *Aden* andererseits über den Beitritt Adens zur Südarabischen Föderation geschlossen. Darin werden Großbritannien uneingeschränkte Verfügung über seine Verteidigungsanlagen in Aden und Aden selbst eine Reihe von Vorrechten gegenüber den anderen Mitgliedern der Föderation eingeräumt. Der *Jemen* wird Protest einlegen und das Abkommen für „null und nichtig“ erklären. Der Beitritt Adens wird am 16. Januar 1963 stattfinden.[25]

20. August 1962

PRINZ SIHANOUK REGT KAMBODSCHA-KONFERENZ AN

In Kambodscha schlägt Prinz *Sihanouk* die Einberufung einer internationalen Konferenz vor, von der er sich eine Garantie der Neutralität und Unabhängigkeit seines Landes geben lassen will. Der Ostblock wird dem Vorschlag zustimmen, die USA werden mit Rücksicht auf ihre Verbündeten Thailand und Südvietnam am 31. August ausweichend antworten. Daraufhin wird Sihanouk am 3. September drohen, er werde die chinesische Volksrepublik um Militärhilfe bitten, wenn die Signatarmächte der Genfer Laos-Konferenz (vgl. 23. Juli 1962) die Grenzen Kambodschas nicht garantieren wollten.

22. August 1962

UDSSR LÖST BERLIN-KOMMANDANTUR AUF

Die UdSSR gibt offiziell bekannt, daß die sowjetische Kommandantur in Berlin mit sofortiger Wirkung aufgelöst sei und daß eine Viermächteverwaltung für Berlin faktisch schon seit 1948 nicht mehr bestehe (vgl. 2. Dezember 1948). Gleichzeitig setzt die Regierung des mitteldeutschen Sowjetsatelliten von sich aus einen „Stadtkommandanten" für Berlin ein. Die Westmächte werden tags darauf erklären, daß die Viermächteverantwortung für Berlin nicht einseitig aufgehoben werden könne. Ihre Stadtkommandanten würden ihre Tätigkeit fortsetzen.

28. August 1962

TAIZZ VERTRAG SAUDIARABIEN —JORDANIEN

König Saud und König Hussein II. von Jordanien schließen in Taizz (Er-Riadh) einen Vertrag über wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit beider Staaten, mit dem sie ein Gegengewicht gegen den ägyptischen Führungsanspruch innerhalb der arabischen Welt bilden wollen. Demgemäß ergeht an die anderen arabischen Saaten die Aufforderung, dem Vertrag beizutreten. Gegen die proägyptischen Demonstrationen und Unruhen im eigenen Lande gelingt es König Hussein, sich mit Hilfe der königstreuen Beduinen durchzusetzen.[26]

31. August 1962

TRINIDAD TOBAGO UNABHÄNGIG

Die Inseln Trinidad und Tobago, unmittelbar vor der venezuelanischen Küste, seit 1802 in britischem Besitz, erhalten ihre Unabhängigkeit, verbleiben aber im British Commonwealth of Nations und erkennen die britische Königin weiterhin als Staatsoberhaupt an. Ministerpräsident ist seit 1961 Eric Eustace Williams. Die Insel Jamaica hat ihre Unabhängigkeit bereits am 6. August erhalten und bleibt ebenfalls im Commonwealth. Ministerpräsident von Jamaica ist seit dem 11. April 1962 Sir Alexander Bustamente.

12. September 1962

TANANARIVO KONFERENZ DER BRAZZAVILLE-STAATEN CHARTA DER UAM

In Tananarivo auf Madagaskar findet eine fünftägige Konferenz der Brazzaville-Staaten (vgl. 15. Dezember 1960) ihren Abschluß mit der Unterzeichnung der Charta der Afro-Madagassischen Union (Union Africaine-Malgache — UAM). Sie wird in der umfassenderen Charta der Monrovia-Gruppe (vgl. 12. Mai und 20. Dezember 1962) eine Teilgruppierung darstellen. Und die Monrovia-Gruppe ihrerseits wird wieder einen Teilzusammenschluß innerhalb der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU bzw. OUA) bilden (vgl. 26. Mai 1963).

13. September 1962

USA UDSSR RAKETEN AUF KUBA

Der Präsident der USA, John F. Kennedy, erklärt, der auf Kuba beobachtete Aufbau sowjetischer Abschußrampen für strategische Angriffswaffen (Raketen) stehe unter ständiger Luftkontrolle durch die USA, die zu ihrer Verbündeten Sicherheit alles Notwendige veranlassen würden. Dessen ungeachtet wird die UdSSR den Ausbau ihres Stützpunktes auf Kuba und den Antransport von Raketen in den folgenden Wochen fortsetzen.

19. September 1962

LONDON COMMONWEALTH-KONFERENZ GEGEN EWG-BEITRITT

Nach zehntägiger Dauer wird in London die Commonwealth-Konferenz beendet. Fast alle Mitgliedstaaten haben sich dabei gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG ausgesprochen. Australien, Kanada und Neuseeland sehen ihren Export nach England bedroht, und die afrikanischen Commonwealthmitglieder fürchten die Konkurrenz der an die EWG assoziierten Mitglieder der Communauté Française. In Asien schließlich erblickt man in der EWG ein Instrument zur wirtschaftlichen Bevorzugung der bisherigen Kolonialgebiete.

20. September 1962

ALGERIEN NATIONAL-VERSAMMLUNG FERHAT ABBAS BEN BELLA

In Algerien wird ein Vierteljahr nach der Unabhängigkeitserklärung (vgl. 1. Juli 1962) eine Nationalversammlung gewählt, die Ferhat Abbas zu ihrem Präsidenten ernennt und sechs Tage später *Ben Bella* zum Ministerpräsidenten wählt. Das bedeutet einen Sieg der radikalen Elemente innerhalb der algerischen Unabhängigkeitsbewegung. Ben Bella wird das „Programm für die Durchführung der demokratischen und Volksrevolution" durchführen, im wesentlichen eine Bodenreform auf kollektivistischer Grundlage.

24. September 1962

In der VAR (Ägypten) bildet Nasser einen Präsidentschaftsrat und unterstellt diesem die gesamte Regierung. Den Vorsitz übernimmt er selbst. Einen Monat später, am 28. Oktober, wird er darüber hinaus ein Exekutivkomitee der künftigen ägyptischen Staats- und Einheitspartei einsetzen, der Arabischen Sozialistischen Union, die dann Anfang August 1963 formal gegründet werden wird (vgl. auch 30. Juni 1962).

VAR PRÄSIDENTSCHAFTSRAT ARABISCHE SOZIALISTISCHE UNION

25. September 1962

Kuba stellt der UdSSR einen Hafen zur Verfügung, angeblich für die sowjetische Fischereiflotte, tatsächlich zum Ausladen von Mittelstreckenraketen und anderen Gerät für den Aufbau von Abschußrampen, die jedoch von der Luftaufklärung der USA frühzeitig erkannt werden (vgl. 13. September und 22. Oktober 1962).

KUBA HAFEN FÜR UDSSR-RAKETEN

26. September 1962

Im Jemen beseitigt eine Woche nach der Thronbesteigung König Muhammad al-Badrs ein — wahrscheinlich von Ägypten inspizierter — Staatsstreich des Generals Abd Allah as-Sallal die Monarchie. Der Imam und König flieht und nimmt, auf königstreue Stämme des Nordens gestützt, den Kampf gegen as-Sallal auf. Er wird dabei wirksam von Saudiarabien unterstützt. As-Sallal seinerseits wird sich am 1. Oktober zum Staatspräsidenten des Jemen erklären und am 10. November einen Militärpakt mit der VAR (Ägypten) schließen, die mit starken Truppenkontingenten in den jemenitischen Bürgerkrieg eingreifen wird.

JEMEN STAATSSTREICH DES AS-SALLAL BÜRGERKRIEG SAUDIARABIEN VAR

27. September 1962

Finnland und die UdSSR schließen in Moskau ein Abkommen über den *Saimaa-Kanal*, der das südostfinnische Seengebiet von Saimaa mit dem seit 1940 russischen Viborg verbindet. Finnland pachtet das 32 Kilometer lange russische Stück des Kanals auf 50 Jahre. Die Pachtsumme beträgt jährlich je nach Transport-Tonnage 180 000 bis 260 000 Rubel sowie zusätzlich in den ersten fünf Jahren jährlich 1,1 Millionen Rubel. Für Kriegsschiffe bleibt der Kanal gesperrt, für Handelsschiffe dritter Staaten kann die UdSSR ihn sperren.[27]

FINNLAND UDSSR ABKOMMEN ÜBER SAIMAA-KANAL

30. September 1962

Die rumänische Regierung gibt bekannt, daß nach Abschluß der Kollektivierung der Landwirtschaftsbetriebe 19,5 Prozent der Nutzfläche in Staatsbesitz sich befinden, 65,2 Prozent kollekti-

RUMÄNIEN

STOPP DER KOLLEKTIVIERUNG

viert und 15,3 Prozent bäuerlicher Privatbesitz geblieben sind. Die Erhaltung dieses Restbestandes an Privatbesitz gehört offensichtlich zur nationalrumänischen Sonderform des Sozialismus, die Georghiu-Dej und Maurer für sich in Anspruch nehmen.

4. Oktober 1962

BRESCHNEW IN JUGOSLAWIEN

Der Staatspräsident der UdSSR, Leonid Breschnew, beendet einen zehntägigen Besuch in Jugoslawien. Im Verlauf des Besuches wurde die Belgrader Deklaration vom 2. Juni 1955 (vgl. dort) nochmals ausdrücklich anerkannt, d. h. die besondere Form des jugoslawischen Sozialismus als innere Angelegenheit dieses Landes. Außerdem hat man sich auf die Forderung nach allgemeiner und kontrollierter Abrüstung sowie nach Schaffung atomwaffenfreier Zonen geeinigt in der Gewißheit, beiden Forderungen selbst nicht nachkommen zu müssen.

9. Oktober 1962

UGANDA UNABHÄNGIG OBOTE

Der ostafrikanische Staat Uganda erlangt seine vollständige Unabhängigkeit und bleibt Mitglied im British Commonwealth of Nations. Voraus ging ein Wahlsieg des Uganda Peoples Congress (UPC) unter Führung von Milton Obote, der aus einer Häuptlingsfamilie Nordugandas stammt und vor der Wahl ein Bündnis mit der Kabaka Yekka, der königlich eingestellten Stammespartei der Baganda, geschlossen hat. Obote wurde Ministerpräsident.

11. Oktober 1962

ROM 2. VATIKANISCHES KONZIL

In Rom eröffnet Papst Johannes XXIII. das 2. Vatikanische Konzil (das 1. wurde am 8. Dezember 1869 eröffnet). Dem Wunsche des Papstes entsprechend, das Gespräch auch mit der nicht katholischen Welt zu beleben, nehmen an dem Konzil als Beobachter erstmals auch Vertreter protestantischer und orthodoxer Kirchen teil. Die Außenpolitik der Kurie ist bestrebt, den unter kommunistischen Regierungen lebenden Gläubigen das Dasein nach Möglichkeit zu erleichtern, d. h. einen neutralen Kurs zwischen Ost und West zu steuern.

USA TRADE EXPANSION ACT

In den USA tritt das neue Handelsausweitungsgesetz (Trade Expansion Act) in Kraft, nach dem der Präsident Zollsenkungen bis zu 50 Prozent, der EWG gegenüber sogar bis zu 100 Prozent zugestehen kann, allerdings nur bei Waren, bei denen USA und EWG zusammen 80 Prozent und mehr des Welthandels bestreiten, vorausgesetzt, daß — bei besonders wichtigen Gütern — Großbritannien zuvor der EWG beigetreten ist. Auch bei Agrar-

produkten können Zölle fortfallen, wenn sich die EWG zu demselben Schritt entschließt.

19. Oktober 1962

WEST-DEUTSCHLAND BUNDES-GERICHTSHOF ÜBERFÜHRT SCHELJEPIN

Der westdeutsche Bundesgerichtshof bezeichnet in seinem Urteil gegen Bogdan Staschinskyj, den geständigen Mörder der ukrainischen Emigrantenpolitiker Lev Rebet und Stefan Bandera, den ehemaligen Chef des sowjetischen Geheimdienstes (KGB), Alexander Nikolajewitsch Scheljepin, späteren Leiter der Gewerkschaften der UdSSR, als den allein verantwortlichen Auftraggeber und Hauptschuldigen an diesen — mit einer Giftpistole ausgeführten — Morden. Trotz dieses Urteils wird der westdeutsche Gewerkschaftsbund 1971 ernstlich planen, Scheljepin in den westdeutschen Teilstaat einzuladen.[28]

20. Oktober 1962

INDIEN CHINA GRENZKÄMPFE IN LADAKH

An der indisch-chinesischen Grenze brechen wiederum schwere Kämpfe aus. Chinesische Truppen besetzen weite Gebiete in Ladakh (Kaschmir) am Oberlauf des Indus. Die indische Regierung wird am 26. Oktober den Notstand verkünden und die USA sowie Großbritannien um Waffenlieferungen bitten, die zwei Tage später auch zugesagt werden (vgl. weiter 21. November 1962).

21. Oktober 1962

AFRIKA TREFFEN HOUPHOUET-BOIGNY TOURÉ KEITA

In Comodougou/Elfenbeinküste trifft Houphouet-Boigny mit Sékou Touré (Guinea) und Modibo Keita (Mali) zusammen, um beide von der Notwendigkeit engerer zwischenstaatlicher Kontakte zur Verwirklichung der afrikanischen Einheit zu überzeugen. Die Politiker der ehemals französischen Territorien erweisen sich als das bindende Element innerhalb Schwarzafrikas.

22. Oktober 1962

KENNEDY FORDERT RAKETEN-ABTRANSPORT VON KUBA SEEBLOCKADE

Präsident Kennedy fordert den Abbau der sowjetischen Raketenabschußbasen auf Kuba und den Abtransport der bereits dort lagernden Raketen. Die Einrichtung des Stützpunktes durch die UdSSR bedeute eine Provokation und eine ungerechtfertigte Veränderung des status quo in der Stationierung strategischer Kernwaffen. Tags darauf wird über Kuba eine Seeblockade durch die US-Marine verhängt und 100 000 Mann Truppen in den Verladehäfen der nordamerikanischen Golfküste zusammengezogen. Zwischen Kennedy und Chruschtschow werden Briefe gewechselt (vgl. auch 13. September 1962).

23. Oktober 1962

OAS FORDERT RAKETEN-ABBAU AUF KUBA

Die Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) fordert die Demontage und Entfernung der sowjetischen Raketen und Abschußbasen auf Kuba, kommt aber der Forderung der USA, eine OAS-Streitmacht gegen Kuba zu entsenden, nicht nach, sondern stellt den Mitgliedstaaten anheim, welche Maßnahmen sie — einzeln oder gemeinsam — für die Sicherheit des Kontinents gegenüber der Bedrohung von Kuba aus ergreifen wollen. Im entscheidenden Augenblick zeigt sich, daß die OAS keine politische Kraft darstellt, mit der gerechnet werden müßte.

26. Oktober 1962

KUBA CHRUSCHTSCHOW GIBT NACH

Zwei Tage nach Verhängung der Seeblockade über Kuba durch die USA weicht Chruschtschow dem unmittelbar drohenden Kriege aus und erklärt sich bereit, den Raketenstützpunkt der UdSSR auf Kuba wieder abbauen zu lassen, vorausgesetzt, daß die USA ihre in der Türkei stationierten Raketen ebenfalls abtransportieren lassen. Ein Teil des vorausgegangenen Briefwechsels zwischen Chruschtschow und Kennedy wird nicht veröffentlicht werden. Daher wird auch nicht erkennbar, inwieweit die Krise von beiden Seiten (im Sinne von Orwell „1984") hochgespielt wurde.[28a]

28. Oktober 1962

KUBA CASTRO STELLT FORDERUNGEN

Fidel Castro stellt eine Reihe von Forderungen als Voraussetzung zur Beilegung der Kubakrise. Da jedoch die Beilegung dieser Krise nicht von ihm abhängt, sondern zwischen Kennedy und Chruschtschow unmittelbar ausgehandelt wird, haben Castros Forderungen nur propagandistische Bedeutung. Er verlangt Einstellung der Wirtschaftsblockade seitens der USA. Sie wird verschärft werden. Er verlangt Beendigung aller Verletzungen des Luftraumes über Kuba und der Territorialgewässer durch die US-Luftstreitkräfte. Doch werden diese ihre Aufklärungsflüge fortsetzen.

FRANKREICH VERFASSUNGS-ÄNDERUNG PRÄSIDENTEN-WAHL DURCH DAS VOLK

In Frankreich wird durch einen Volksentscheid bei einer Beteiligung von 77,2 Prozent der Wahlberechtigten mit 12,8 gegen 7,9 Millionen Stimmen die von de Gaulle geforderte Verfassungsänderung angenommen, nach der künftig der Präsident nicht mehr von einem Wahlkollegium, sondern unmittelbar vom Volke gewählt werden soll. Zuvor hat de Gaulle am 6. Oktober die Nationalversammlung aufgelöst und mit seinem Rücktritt gedroht für den Fall, daß die Volksabstimmung über die Verfassungsänderung negativ ausfallen würde.

30. Oktober 1962

In der Vollversammlung der UNO wird darüber abgestimmt, ob Taiwan, die nationalchinesische Republik auf Formosa unter der Regierung Tschiang Kai-scheks, auch weiterhin als Vertretung Chinas gelten soll wie bisher. Taiwan erhält eine klare Mehrheit, dreizehn Jahre nachdem in Peking durch Mao Tse-tung die Volksrepublik China proklamiert wurde. Die Nationalversammlung von Taiwan wird am 25. Dezember 1962 eine Revision des Abkommens mit den USA von 1954 fordern, d. h. freie Hand zu militärischen Aktionen gegen das chinesische Festland.

UNO ABSTIMMUNG ÜBER TAIWAN

1. November 1962

In Tanganjika finden Präsidentschaftswahlen statt, bei denen Julius Nyerere und die von ihm (1954) gegründete Tanganyika African National Union (TANU) die überwiegende Mehrheit der Stimmen erhalten. Nyerere vertritt den Standpunkt, in seinem Lande bedeute der Einparteienstaat nicht eine Diktatur. Da die TANU die gesamte Bevölkerung repräsentiere, bestehe keine Notwendigkeit, weitere Parteien aufzustellen.

TANGANJIKA WAHL NYERERES

6. November 1962

In Paraguay räumt die Regierung des Präsidenten Stroessner den USA in einem Abkommen Stützpunkte für Raketenabschußbasen und Flugplätze ein. Am 10. Februar des folgenden Jahres wird Stroessner wiedergewählt werden und auch die Opposition zur Mitarbeit im Parlament zulassen (erstmalig seit 1928). Sie erhält genau ein Drittel der Abgeordnetensitze.

PARAGUAY USA STÜTZPUNKT-ABKOMMEN STROESSNER

10. November 1962

Die *VAR* (Ägypten) und der *Jemen* schließen in Sanaa einen *Militärpakt,* der im Falle eines Angriffs auf einen der Vertragspartner militärische Unterstützung durch den anderen Partner vorsieht. Es werden ein „höherer Militärrat" und ein „Kriegsrat" gebildet, beide von ägyptischen Offizieren geleitet. Der Jemen erhält ein Darlehen von einer Million ägyptischer Pfund zum Einkauf in der VAR. Der Pakt wird auf fünf Jahre befristet.[29]

VAR JEMEN MILITÄRPAKT VON SANAA

11. November 1962

Japan schließt mit der Volksrepublik China ein Fünfjahresabkommen über den Handel japanischer Privatfirmen mit China. Darin wird ein Jahresumsatz in Höhe von 36 Millionen Dollar vorgesehen. Rüstungsgüter sollen allerdings keine Exporterleichterung (seitens der japanischen Regierung) erhalten.

JAPAN CHINA HANDELS-ABKOMMEN

14. November 1962

ERITREA ZU ÄTHIOPIEN

Die ehemalige italienische Kolonie (seit 1890) *Eritrea,* seit 19. Juli 1952 auf Beschluß der UNO mit Äthiopien föderiert, seit dem 20. Mai 1960 unter der Souveränität des Negus, geht nunmehr vollständig in Äthiopien auf, das damit in Massaua und Assab über eigene Häfen verfügt.

19. November 1962

WEST-DEUTSCHLAND REGIERUNGS-UMBILDUNG („SPIEGEL"-AFFÄRE)

Im westdeutschen Teilstaat treten fünf Bundesminister der FDP zurück, nachdem Verteidigungsminister Strauß eine Polizeiaktion gegen die Zeitschrift „Der Spiegel" (Augstein) wegen Verdachts des Landesverrats veranlaßt hat. Die Regierungskrise wird am 11. Dezember zu einer Kabinettsumbildung führen. Neuer Verteidigungsminister wird Kai-Uwe von Hassel werden.

20. November 1962

KUBA UDSSR BAUT AB

Präsident Kennedy gibt bekannt, daß die UdSSR binnen 30 Tagen die sowjetischen Bombenflugzeuge vom Typ Il 28 aus Kuba zurückziehen wird. Die Raketen sind bereits vorher abtransportiert worden. Damit ist die Kubakrise mit einem diplomatischen Sieg der USA beendet, allerdings unter dem Zugeständnis, auch die amerikanischen Raketenstützpunkte in der Türkei abzubauen.

21. November 1962

CHINA INDIEN LADAKH FEUER-EINSTELLUNG

Zwei Tage nach einem erfolgreichen chinesischen Angriff im Gebiet von Ladakh (vgl. 20. Oktober 1962) gibt die Regierung der Volksrepublik China bekannt, daß das Feuer eingestellt wurde. Offensichtlich ist es ihr bei dem Unternehmen mehr um einen Prestige- als um einen Geländegewinn zu tun, denn zehn Tage später, am 1. Dezember, wird sie einwilligen, daß der Grenzstand vor der Invasion wiederhergestellt und ihre Truppen 20 Kilometer hinter die Kontrollinie von 1959 zurückgenommen werden (vgl. 12. Dezember 1962).

23. November 1962

MOSKAU KPDSU UMBAU DER PARTEI

Das Zentralkomitee der KPdSU in Moskau beschließt auf Vorschlag Chruschtschows eine grundlegende Reform des Parteiaufbaus unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten. Staat, Partei und Wirtschaftsführung sollen enger miteinander verflochten werden.

25. November 1962

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung in Frankreich (vgl. 28. Oktober 1962) gewinnt die Union pour la Nouvelle République (UNR, Gaullisten) mit 234 Sitzen ihre größte Mehrheit seit 1958. Drei Wochen später wird Pompidou sein zweites Kabinett, eine Koalitionsregierung mit den Unabhängigen Republikanern, bilden.

FRANKREICH WAHLSIEG DER GAULLISTEN

4. Dezember 1962

Großbritannien legt der Genfer Abrüstungskonferenz (vgl. 15. März 1962) eine Reihe von Lösungsmöglichkeiten für Verhandlungen zur Einstellung der Kernwaffenversuche vor, die von drei amerikanischen und drei sowjetischen Teilnehmern der 10. COSWA-Konferenz in London ausgearbeitet wurden, und zwar auf der Grundlage der Vorschläge des Acht-Mächte-Memorandums vom 16. April 1962 (vgl. dort). Danach sollen versiegelte automatische Seismographen zur Kontrolle von Kernexplosionen in den USA und der UdSSR installiert werden.[30]

GENF BRITISCHE ATOMTEST-STOPP-VORSCHLÄGE

In Brunei im Norden Borneos bricht, von Indonesien angestiftet, ein Aufstand unter Führung von Scheich A. Mohar Azahari gegen die britische Verwaltung aus. Der Scheich proklamiert die „Vereinigten Staaten von Borneo", die in einem engen Bündnis mit Indonesien stehen sollen. Da jedoch Brunei nach wie vor britisches Protektorat ist (auch nicht, wie die Nachbargebiete Sarawak und Saban, in die Malaysische Föderation eingegliedert wird), werden britische Truppen am 20. Dezember den Aufstand niederwerfen.

BRUNEI AUFSTAND GEGEN BRITISCHE VERWALTUNG

7. Dezember 1962

In Marokko wird eine Volksabstimmung durchgeführt, die nahezu einstimmig für die vorgelegte Verfassung entscheidet. Danach wird Marokko zu einer konstituionellen Monarchie, in der der König eine starke Position einnimmt, das Land aber dennoch nach demokratischen und sozialen Richtlinien regiert wird. Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und das Recht zum Streik sind verfassungsmäßig anerkannt. Hassan II. wird die Regierung mit einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Männern seines Vertrauens führen, ohne Zugeständnisse an die Opposition zu machen.

MAROKKO VOLKS-ABSTIMMUNG FÜR MONARCHIE HASSAN II.

8. Dezember 1962

Der XII. Parteikongreß der tschechoslowakischen KP in Prag geht zu Ende. In den fünf Tagen seines Verlaufs hat die Oppo-

PRAG KPC

XII. PARTEIKONGRESS OPPOSITION

sition, insbesondere aus den Reihen des slowakischen Schriftsteller- und Journalistenverbandes, die Regierung und Parteiführung offen stalinistischer Verbrechen und nationalistischer Unterdrückung (des slowakischen Bevölkerungsteiles) bezichtigt und u. a. eine Revision der Schauprozesse gegen Slansky und Clementis sowie Eigenständigkeit der slowakischen Wirtschaft gefordert.

9. Dezember 1962

TANGANJIKA REPUBLIK WESTDEUTSCHE ENTWICKLUNGSHILFE

Tanganjika nimmt die Staatsform einer Republik an, bleibt aber weiterhin Mitglied im British Commonwealth of Nations. Julius Nyerere versucht, außenpolitisch einen Kurs zwischen Ost und West zu steuern. Seit dem 11. September leistet insbesondere der westdeutsche Teilstaat Entwicklungshilfe in Tanganjika, u. a. durch den Bau einer Bahn ins südliche Hochland, wo Musterfarmen angelegt werden sollen.

12. Dezember 1962

UNO-KRIEG GEGEN KATANGA NEUER ANGRIFF

UNO-Generalsekretär U Thant ruft die Mitgliedstaaten der UNO zum wirtschaftlichen Boykott gegen Katanga auf, das sich vom Kongo gelöst hat (vgl. 3. und 28. August 1961). Gleichzeitig treten die UNO-Streitkräfte zu einem erneuten Angriff auf Katanga an. Den Ausschlag gibt eine Militär„mission" der USA. Damit wird die Regierung Katangas gezwungen, sich wieder in den Kongo eingliedern zu lassen, in dem nach wie vor chaotische Zustände herrschen. So verwirklicht die UNO das Selbstbestimmungsrecht der Völker (vgl. 5., 11. und 21. Dezember 1961).

KONFERENZ VON COLOMBO GRENZKONFLIKT CHINA—INDIEN

Zur Beendigung des *chinesisch-indischen* Grenzkonflikts (seit August 1959) tritt in *Colombo* auf Ceylon eine Konferenz zusammen, an der sich Burma, Ceylon, die Volksrepublik China, Ghana, Indien, Indonesien, Kambodscha und die VAR (Ägypten) beteiligen. Die Konferenz kann den Regierungen der beiden Kontrahenten lediglich Vorschläge unterbreiten, die im westlichen, mittleren und östlichen Abschnitt der Grenze beiderseits annehmbare Demarkationslinien benennen.[31]

17. Dezember 1962

SÜDKOREA NEUE VERFASSUNG

In Südkorea wird durch Volksabstimmung eine neue Verfassung angenommen, die zwar ein Mehrparteiensystem vorsieht, das Parlament aber in bemerkenswerter Weise entmachtet. Ministerpräsident und auch die Minister werden nämlich unmittelbar vom Staatspräsidenten ernannt, und dieser selbst wird direkt vom Volke gewählt. Die Nationalversammlung kann dem Staatspräsidenten die Entlassung einer Regierung oder einzelner Minister lediglich vorschlagen.

18. Dezember 1962

In Nordkorea stellt sich das Zentralkomitee der Partei der Arbeit in dem ideologischen Streit zwischen Volksrepublik China und UdSSR auf die Seite Chinas, vermeidet aber außenpolitisch einen Bruch mit der UdSSR. Man hält Ideologie und Realpolitik auseinander.

NORDKOREA FÜR CHINA

Österreich und Bulgarien schließen einen Vertrag, durch den Österreich für Vermögensverluste, die es in Bulgarien während der Kriegs- und Nachkriegszeit erlitten hat, Entschädigung erhält.

ÖSTERREICH BULGARIEN VERTRAG ÜBER ENTSCHÄDIG.

20. Dezember 1962

In Bukarest werden die 17. Tagung des Rates des COMECON und zugleich die 3. Tagung des Exekutivkomitees mit je einem Communique abgeschlossen. Das Exekutivkomitee empfiehlt ein System der multilateralen Verrechnungen im Handel zwischen den Mitgliedsländern sowie die Gründung einer Bank der sozialistischen Länder und leitet die Schaffung eines gemeinsamen Güterwagenparkes ein. Die Spezialisierung der einzelnen Volkswirtschaften und ihre Koordinierung sollen weiterentwickelt werden. Albanien, nicht eingeladen, erklärt den Abbruch aller Beziehungen zum COMECON.[32]

BUKAREST COMECON-TAGUNG

In der Dominikanischen Republik finden die ersten freien Wahlen seit 1924 statt. Juan *Bosch* Gavino wird zum Präsidenten gewählt und wird sein Amt am 27. Februar 1963 antreten.

DOM. REPUBLIK PRÄSIDENTENWAHL / BOSCH

Die Monrovia-Gruppe der selbständig gewordenen afrikanischen Staaten nimmt in einer erneuten Außenministerkonferenz in Lagos die am 3. Juni ebenfalls in Lagos entworfene Charta der Afro-Madagassischen Union durch Unterzeichnung an. Sie soll beim UNO-Sekretariat registriert und außerdem — laut einer zusätzlichen Resolution der Konferenz — noch einer allgemeinen afrikanischen Konferenz vorgelegt werden, die nach Addis Abeba einberufen werden soll. Jeder unabhängige afrikanische Staat mit einheimischer Regierung kann seinen Beitritt erklären.[33]

AFRIKA-KONFERENZ VON LAGOS MONROVIA-GRUPPE NIMMT UAM-CHARTA AN

21. Dezember 1962

In Nassau auf den Bahamas beenden Großbritannien und die USA eine Viertagekonferenz über die Neuregelung der atomaren Bewaffnung innerhalb der NATO, an der John F. Kennedy und Harold Macmillan teilnahmen. Man einigte sich auf Verwendung amerikanischer Polarisraketen sowohl durch eine multilaterale Atomstreitmacht als auch durch britische U-Boote. Im

GROSSBRITANNIEN USA KONFERENZ VON NASSAU KERNWAFFEN

letzteren Falle soll Großbritannien die atomaren Sprengköpfe für die Polarisraketen bereitstellen und die so ausgerüsteten U-Boot-Verbände ebenfalls der NATO zur Eingliederung überstellen.[34]

26. Dezember 1962

CHINA MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK GRENZVERTRAG

In Peking unterzeichnen Tschou En-lai für die Volksrepublik China und Y. Zedenbal für die Mongolische Volksrepublik (unter Einfluß der UdSSR, seit 7. Juni 1962 Mitglied des COMECON) einen Grenzvertrag, der den genauen Grenzverlauf, insbesondere auch in Flußgebieten, die sich ständig verändern, festlegt. Er trennt etwa 1,4 Millionen Mongolen, die südlich und südöstlich der Grenze auf chinesischem Gebiet beheimatet sind, von der Mongolischen Volksrepublik ab. Eine gemeinsame Grenzkommission soll die Markierung vornehmen.[35]

31. Dezember 1962

SYRISCHE SUBVERSION IM LIBANON

Von Syrien aus werden wiederum Unruhen in den Libanon hineingetragen. Seit Syrien aus der VAR ausgeschieden ist (vgl. 28. September 1961), zielt es auf eine Union mit dem Libanon hin, auch auf dem Wege subversiver Tätigkeit im Nachbarlande. Die Regierung des Libanon sucht diese Aktionen abzuwehren und außerhalb der innerarabischen Gegensätze zu bleiben.

PANAFRIKANISCHE BEWEGUNG KONFERENZ VON LEOPOLDVILLE

In Leopoldville (Kongo) findet eine viertägige Konferenz der Panafrikanischen Befreiungsbewegung für Ost-, Mittel- und Südafrika ihr Ende, an der u. a. Obote, Kenyatta, Kaunda und Mboya teilnahmen. Den Vorsitz führte der Ministerpräsident des Kongo Adoula. Eine Resolution fordert die sofortige Wiedereingliederung Katangas in den Kongo und vorbehaltlose Durchführung des Kongoplanes von UNO-Generalsekretär U Thant (vgl. 21. Februar 1961). Weitere Resolutionen fordern die Unabhängigkeit von Ost-, Zentral- und Südafrika.[36]

1963

1. Januar 1963

KATANGA TSCHOMBÉ BITTET UM WAFFEN-STILLSTAND

Moise *Tschombé,* der Regierungschef von Katanga, vor dem Gesamtangriff der UNO-Truppen nach Rhodesien geflüchtet, erklärt sich zu Verhandlungen bereit und bittet um Waffenstillstand. Er erhält zur Antwort, zu Verhandlungen sei es nunmehr zu spät, er habe nur noch den „Vorschlägen" der UNO, d. h. der geforderten Eingliederung Katangas in den Kongo, zuzustimmen. Daraufhin wird er am 3. Januar die Hintergründe der UNO-Aktion gegen Katanga aufdecken und als „amerikanischen Neokolonialismus" brandmarken.

MOTIVE DER KONGO-POLITIK DER USA

Die USA, die am 1. Januar die Einrichtung einer „Luftbrücke" für *Kriegsmaterial* nach dem Kongo bekanntgaben, beabsichtigen — nach Tschombé —, die Kupfer- und Kobaltgruben Katangas unter ihre Kontrolle zu bringen (d. h. hier das Erbe Belgiens anzutreten). Katangas Kobaltproduktion macht mit jährlich 8200 t über 50 Prozent der Weltproduktion aus. Die Kupfererzproduktion erreicht mit jährlich 300 000 t nahezu ein Drittel der amerikanischen. Tschombés Erklärung kommt dem wirklichen Sachverhalt sehr nahe. Das wird ihm nicht verziehen werden.[1]

3. Januar 1963

FRANKREICH LEHNT RAKETEN-ANGEBOT DER USA AB

Um zu vermeiden, daß die neugebauten französischen Atombomben-Geschwader dem NATO-Kommando SACEUR unterstellt und damit der alleinigen Verfügung Frankreichs entzogen werden, lehnt Charles de Gaulle ein Angebot des Präsidenten der USA, Kennedy, ab, Polaris-Raketen zur Verfügung zu stellen, wenn die taktischen Atomwaffen in die NATO eingegliedert würden. Großbritannien hatte ein entsprechendes Angebot am 21. Dezember 1962 (vgl. dort) anläßlich der Bahama-Konferenz in Nassau angenommen.

7. Januar 1963

USA UDSSR UNO KUBAKRISE BEENDET

Der 1. stellvertr. Außenminister der UdSSR, Kuznezow, und der ständige Vertreter der USA bei der UNO, Stevenson, richten ein gemeinsames Schreiben an den Generalsekretär der UNO und danken ihm für seine vermittelnde Hilfe bei der Beilegung der Kubakrise (vgl. 20. November 1962). Der Grad der zwischen ihnen erzielten Verständigung lasse nunmehr eine weitere Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates in dieser Angelegenheit nicht mehr notwendg erscheinen. Der Vertreter Kubas schreibt am gleichen Tage, seine Regierung erblicke in dem Übereinkommen keine zufriedenstellende Lösung der Krise.[2]

9. Januar 1963

RAKETEN FÜR FINNLAND UDSSR SCHWEDEN

Ein bemerkenswerter Erfolg der Außenpolitik Finnlands ist es, daß ihm von den Signatarstaaten des Friedensvertrages vom 10. Februar 1947 (vgl. dort) das Recht zuerkannt wird, für seine Verteidigung Raketenwaffen zu erwerben. Die UdSSR ist sich offenbar ihres Einflusses in Finnland sicher genug, um es außenpolitisch an der langen Leine zu führen. Auch wünscht man in Moskau durch eine großzügige Behandlung Finnlands, Schweden bei seiner Neutralität zu erhalten, die für die sowjetischen Pläne in Nordeuropa nützlich ist.

13. Januar 1963

TOGO OLYMPIO ERMORDET

Der Präsident von Togo, Sylvanus Olympio, seit dem 9. April 1961 im Amt, wird bei einem Putsch entlassener Söldner, die in französischem Dienst in Algerien gekämpft hatten, ermordet. Er wird ein Opfer der verbreiteten Enttäuschung darüber, daß mit der „Befreiung vom Kolonialismus" nicht auch sogleich und sprunghaft ein erheblich höherer Lebensstandard erreicht werden kann.

GRUNITZKY

Der Oppositionsführer Nicolas Grunitzky kehrt aus dem Exil in Dahome zurück und tritt am 16. Januar die Nachfolge Olympios an. Er wird am 5. Mai in diesem Amt bestätigt werden.

14. Januar 1963

KATANGA KAPITULIERT

Die Regierung Katangas gibt, durch die militärische Intervention von Streitkräften der UNO gezwungen (vgl. 1. Januar 1963) eine Erklärung ab, mit der sie in die von U Thant geforderte Wiedereingliederung Katangas in den Kongo einwilligt (vgl. weiter 6. Februar 1963).

16. Januar 1963

SCHWEDEN ERLANDER IN PARIS UND LONDON EWG

Der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander beendet einen dreitägigen Besuch in Paris, wo er mit de Gaulle und Pompidou anläßlich des gescheiterten EWG-Beitritts Großbritanniens und damit auch der anderen EFTA-Staaten über die Notwendigkeiten gesprochen hat, eine Konfliktsituation zwischen EWG und EFTA unter allen Umständen zu vermeiden. Bei Gesprächen in London vom 4. bis 7. März wird Erlander dasselbe Anliegen vorbringen.

21. Januar 1963

KATANGA

Moise Tschombé (vgl. 1. Januar 1963) übergibt den Truppen der UNO den letzten bedeutenden Stützpunkt Katangas, die Stadt Kolwezi. Der Präsident der USA „begrüßt" noch am selben Tage

die Wiedervereinigung Katangas, d. h. die Zerschneidung der letzten Wirtschaftsverbindungen zu Belgien, und entsendet eine amerikanische Wirtschaftskommission in den Kongo (vgl. 1. März 1963), der nunmehr wieder ungeteilt unter Kontrolle der UNO steht.[3]

TSCHOMBÉ ÜBERGIBT KOLWEZI

22. Januar 1963

In Paris unterzeichnen Charles de Gaulle und Konrad Adenauer einen Vertrag über (west-)*deutsch-französische Zusammenarbeit,* in dem regelmäßige Konsultationen in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik, Koordinierung der Entwicklungshilfeprogramme, der Wirtschaftspolitik, der strategischen Konzeptionen, der Rüstung sowie ihrer Finanzierung, Personalaustausch zwischen den Streitkräften sowie Jugendaustausch in einem besonderen Förderungswerk und Zusammenarbeit im Erziehungswesen wie in der wissenschaftlichen Forschung vereinbart werden. Der Vertrag wird am 2. Juli 1963 in Kraft treten.[4]

FRANKREICH WEST-DEUTSCHLAND VERTRAG ÜBER ZUSAMMEN-ARBEIT

24. Januar 1963

Der belgische Senat faßt einstimmig eine Resolution, mit der die Regierung Belgiens aufgefordert wird, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Anschluß Großbritanniens an die EWG möglich zu machen, d. h. also, den Widerstand Frankreichs innerhalb der EWG gegen diesen Anschluß zu überwinden. Man fürchtet in Belgien ein Übergewicht Frankreichs im Verein mit dem westdeutschen Teilstaat, genauer gesagt: eine Synthese des ungebrochenen französischen Nationalbewußtseins mit dem erheblichen Gewicht der westdeutschen Wirtschaft zu lasten der übrigen EWG-Mitglieder. Der Beitritt Großbritanniens soll das bedrohte Gleichgewicht wiederherstellen, also eine neue balance of power herstellen, nunmehr unter Einbeziehung Großbritanniens selbst.

BELGIEN RESOLUTION FÜR AUFNAHME GROSS-BRITANNIENS IN DIE EWG

27. Januar 1963

Im Iran (Persien) wird eine Volksabstimmung durchgeführt, erstmals unter Beteiligung der Frauen, die über das Sechs-Punkte-Reformprogramm der Regierung entscheiden soll. Es handelt sich vor allem um Aufteilung von Großgrundbesitz an Landarbeiter und um 20prozentige Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Industriebetrieben. Das Programm erhält eine klare Mehrheit der Stimmen. Dagegen stimmen die Großgrundbesitzer, also die alte Feudalschicht, ferner die mohammedanische Geistlichkeit und die Kommunisten. Initiator des Programms ist der Schah selbst, und nur er kann es durchsetzen.

IRAN VOLKSABSTIMMUNG ÜBER BODENREFORM

29. Januar 1963

BRÜSSEL EWG-MINISTERTAGUNG AUFNAHME GROSSBRITANNIENS SCHEITERT

In Brüssel endet die 17. Ministertagung der EWG-Mitgliederstaaten und Großbritanniens, die über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG verhandelt hat, mit dem Abbruch der Verhandlungen und einer Anzahl von Erklärungen dazu. Frankreich stellt — durchaus zutreffend — fest, daß Großbritannien aufgrund der notwendigen Rücksichtnahme auf den Landwirtschaftsexport einiger seiner Dominien für eine Einfügung in die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der sechs EWG-Mitgliedstaaten noch nicht reif sei.[5]

31. Januar 1963

LUNS (NIEDERLANDE) ÜBER BRÜSSEL

Der niederländische Ministerpräsident Luns erklärt nach der Rückkehr von Brüssel (vgl. 29. Januar 1963) mit Bezug auf das Scheitern des EWG-Beitritts Großbritanniens, Frankreichs Haltung werde die politische und wirtschaftliche Spaltung Europas verursachen, und die anderen fünf EWG-Partner müßten nun „ihre Beziehungen zu Großbritannien noch enger gestalten" als zuvor. Offenbar hegt man in den Niederlanden dieselben Befürchtungen wie in Belgien (vgl. 24. Januar 1963) und fühlt sich ohnehin mehr an Großbritannien gebunden als an Frankreich und Italien, vom westdeutschen Teilstaat ganz abgesehen.

3. Februar 1963

ROM MACMILLAN FANFANI VERSTÄRKUNG DER BRITISCH-ITALIENISCHEN KONTAKTE BEDAUERN ÜBER BRÜSSEL

In Rom erzielen der britische und der italienische Ministerpräsident, Macmillan und Fanfani, eine Übereinkunft, künftig enge Kontakte über alle Fragen von gemeinsamem Interesse zu pflegen und die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern intensiver zu gestalten. Beide bedauern das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG und bejahen die Errichtung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO. Diese Übereinkunft richtet sich deutlich gegen Frankreich und ist von der Sorge über den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 (vgl. dort) diktiert. Italien und die Benelux-Länder fürchten ein deutsch-französisches Übergewicht innerhalb der EWG. Es wird ein Kommuniqué über den britischen Besuch in Rom und die erzielte Übereinstimmung herausgegeben.[6]

5. Februar 1963

KANADA STURZ DER REGIERUNG DIEFENBAKER

Das kanadische Parlament bringt durch ein Mißtrauensvotum die Regierung des Ministerpräsidenten Diefenbaker zum Sturz, die sich zuvor geweigert hat, die Streitkräfte Kanadas mit Atomwaffen auszurüsten und mit dieser Weigerung eine Kritik der

USA herausgefordert hat. Die Regierungskrise ist tags zuvor durch den Protestrücktritt des Verteidigungsministers Harkness ausgelöst worden. (Vgl. weiter 22. April und 16. August 1963.)

6. Februar 1963

Die Loslösung Katangas als selbständiger Staat vom Kongo wird durch die Streitkräfte der UNO gewaltsam beendet. Eines der Hauptkriegsziele des Generalsekretärs der UNO, U Thant, war die Teilung der Einkünfte aus den Bergbaukonzessionen Katangas zwischen der Zentralregierung des Kongo und der Provinzialregierung Katangas. Das bedeutet zugleich eine weitere Minderung des belgischen Einflusses im Bergbaugebiet. Die letzten UNO-Truppen werden Katanga erst am 30. Juni 1964 verlassen. (Vgl. auch 1. Januar 1963).

KATANGA UNO-KRIEGSZIEL

8. Februar 1963

Im *Irak* beseitigt ein Militärputsch unter Führung von General Abd as-Salim Muhammed *Arif* die Regierung Abd al-Karim *Kassems,* des Mörders König Faisals II. (vgl. 14. Juli 1958). Kassem wird standrechtlich erschossen. Er hat sich fast alle arabischen Staaten zu Feinden gemacht und noch im Januar 1963 Ansprüche auf Maskat und Oman sowie die Bahrein-Inseln angemeldet. Arif, einst Mitarbeiter Kassems, später kaltgestellt, betreibt eine panarabische Politik. Mit ihm kommt der irakische Flügel der Bath-Partei an die Regierung, die aber weder mit Ägypten noch mit Syrien eine gemeinsame Basis findet, zudem durch innere Machtkämpfe zerrissen und zu einem Faktor innenpolitischer Unsicherheit werden wird. Daher wird Arif am 18. November 1963 die Bath-Partei von der Regierung ausschließen und ein Präsidialregime einleiten.

IRAK STURZ UND TOD KASSEMS REGIERUNG ARIF PRÄSIDIAL-REGIME

Die USA sperren die Finanzhilfe für Ceylon als Repressalie für die Verstaatlichung amerikanischer Ölfirmen. Ceylon hat mit dieser Maßnahme seine Zusage vom Vorjahr gebrochen. Es wird auch die Verstaatlichung trotz mehrfacher Proteste der USA (5. und 24. Juli 1963) nicht rückgängig machen.

CEYLON SPERRUNG DER US-FINANZHILFE

10. Februar 1963

In Moshi/Tanganjika wird die 3. Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz beendet, bei der man noch einmal versucht hat, den Geist der Bandung-Konferenz vom 18. bis 24. April 1955 (vgl. dort) zu beschwören. Doch sind die Differenzen zwischen den über 70 in Moshi vertretenen Staaten nicht mehr zu überbrücken. Die indische Delegation hat bereits am 7. Februar unter Protest die Tagung verlassen, was einem erheblichen diplomatischen

MOSHI AFRO-ASIATISCHE SOLIDARITÄTS-KONFERENZ

Sieg der Volksrepublik China gleichkommt. Es werden eine allgemeine Erklärung und 30 Einzelresolutionen angenommen, meist gegen den Kolonialismus gerichtet.[7]

12. Februar 1963

WESTDEUTSCHLAND FREITOD DR. RÜHSENS, GEESTHACHT HESSENAUER

Der Direktor des Gymnasiums von Geesthacht bei Hamburg, Dr. Rühsen, sucht in der zugefrorenen Elbe den Tod, weil die Pressehetze gegen ihn anläßlich einer Fragestunde einer Oberklasse seiner Schule mit Großadmiral Karl Dönitz zwei Wochen zuvor für ihn unerträglich geworden ist. Die bösartigste Rolle in dieser Angelegenheit spielte der Beauftragte für Erwachsenenbildung im schleswig-holsteinischen Kultusministerium Kiel, Dr. Ernst Hessenauer (CDU), ein im Kriege vorbestrafter Mann (Aktenzeichen J I 66/43, Urteil vom 27. April 1943).[8]

WAGADUGU UAM-KONFERENZ GEMEINSAME STREITMACHT

In Wagadugu beschließt eine Konferenz der Afro-Madagassischen Union mit zwölf Teilnehmerstaaten die Aufstellung einer gemeinsamen Streitmacht, zu der jeder Teilnehmerstaat ein Bataillon abstellen soll. Diese gemeinsame Truppe soll gegen Umsturzversuche in den Staaten der Union eingesetzt und mit Transportflugzeugen an den jeweiligen Einsatzort geflogen werden. Die Konferenz steht im Zeichen des Argwohns gegen Kwame Nkrumah aus Ghana, den man verdächtigt, die Ermordung Sylvanus Olympios, des Präsidenten von Togo, veranlaßt zu haben.[9]

13. Februar 1963

RABAT MAGHREB-KONFERENZ DER AUSSENMINISTER

Die Außenminister von Algerien, Marokko und Tunesien beenden eine Konferenz in Rabat, bei der eine Koordinierung der Politik der drei „Maghreb"-Länder gegenüber der EWG, ihrer Entwicklungspläne, Handelspolitik und kulturellen und technischen Zusammenarbeit besprochen wurde. Auch eine Vereinheitlichung des Rechts- und des Unterrichtswesens wird erwogen. Doch besteht wenig Aussicht auf Verwirklichung solcher Pläne, da jeder der drei Staatschefs die beiden anderen als nicht ebenbürtig ansieht.[10]

20. Februar 1963

VENEZUELA USA VEREINBARUNG GEGEN KUBANISCHE SUBVERSION

In Washington unterzeichnen die Präsidenten Kennedy und Betancourt (Venezuela) ein Kommuniqué, das den Inhalt ihrer Vereinbarungen im Hinblick auf die von Kuba aus gesteuerte subversive Bedrohung der Regierungen Venezuelas und anderer lateinamerikanischer Staaten wiedergibt. Die USA sagen Hilfe bei der Abwehr kommunistischer Angriffe auf die bestehenden Regierungen zu, ebenso die Abnahme eines Großteils des in Venezuela produzierten Erdöls.[11]

22. Februar 1963

In Oslo trennen sich 35 Minister und 69 Parlamentarier aus Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden nach einer einwöchigen Tagung des *Nordischen Rates*. Anlaß war das vorläufige Scheitern der Aufnahme Großbritanniens — und damit auch der anderen EFTA-Staaten — in die EWG (vgl. 29. Januar 1963). Die EFTA soll nicht zu einer Kampforganisation gegen die EWG werden. Der norwegische Ministerpräsident Gerhardsen empfiehlt technische Zusammenarbeit mit der UdSSR auf der „skandinavischen Nordhaube". Für die Zusammenarbeit innerhalb des Nordischen Rates werden den beteiligten Regierungen eine Reihe von Einzelempfehlungen unterbreitet, darunter z. B. gemeinsame Bemühungen zur Steigerung des Fremdenverkehrs, gemeinsame Untersuchung der Minderheitenprobleme am Nordkap, Einführung einer gemeinsamen Sommerzeit, Zusammenarbeit im Fischexport und ähnliches mehr.[12]

OSLO TAGUNG DES NORDISCHEN RATS KEIN KAMPF EFTA GEGEN EWG

1. März 1963

In Brüssel vereinbaren Belgien und seine ehemalige Kolonie, der Kongo, nach der gewaltsamen Wiedereingliederung Katangas durch einen Feldzug der UNO (vgl. 21. Januar 1963) technische, finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch dies letztlich im Interesse der USA, die „die Last der Entwicklungshilfe für das Kongo-Gebiet mit anderen Staaten, vor allem den Mitgliedern der EWG, zu teilen" wünschen. Belgien soll also seine frühere Kolonie entwickeln helfen, damit die Erben, die USA, mehr Nutzen daraus ziehen können.[13]

BELGIEN ENTWICKLUNGSHILFE FÜR KONGO

2. März 1963

In Peking schließen die Volksrepublik *China* und *Pakistan* ein Abkommen zur Festlegung der gemeinsamen Grenze, deren Verlauf genau beschrieben und in die beiderseitigen Karten eingetragen wird. Das vielfach unzugängliche Hochgebirgsgelände macht die Festlegung schwierig. Auf den Pässen soll jeweils die Wasserscheide, bei Flußläufen die Mitte des Flußbettes maßgebend sein. Vermessungen an Ort und Stelle sollen das unzulängliche Kartenmaterial korrigieren. Politischer Hintergrund des Abkommens ist der Streit zwischen Pakistan und Indien um das Kaschmirgebiet.[14]

PEKING ABKOMMEN CHINA— PAKISTAN GRENZFESTLEGUNG

7. März 1963

In Warschau schließen Polen und der westdeutsche Teilstaat („BRD") ein Handelsabkommen, nachdem der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Beitz, mit Wirtschaftsverhandlungen

WARSCHAU

HANDELSABKOMMEN POLEN—WESTDEUTSCHLAND

die Wege geebnet hat. Es werden Warenlisten vereinbart und die Errichtung einer westdeutschen Handelsvertretung in Warschau beschlossen, die das auf drei Jahre befristete Abkommen abwickeln soll. Eine entsprechende polnische Handelsvertretung in der „BRD“ besteht bereits. Das jährliche Handelsvolumen — Import plus Export — wird auf 858 Millionen DM veranschlagt.[15]

8. März 1963

CHINA FORDERT REVISION DER „UNGLEICHEN VERTRÄGE“

Die Volksrepublik China fordert öffentlich eine Bereinigung der „ungelösten Probleme der Vergangenheit“. Gemeint ist die Rückgabe der an das zaristische Rußland abgetretenen Gebiete von Wladiwostok, Chabarowsk, Amur u. a., die in den „ungleichen Verträgen“ von 1858, 1860 und 1881 abgetreten werden mußten.

14. März 1963

SOMALIA BRUCH MIT GROSSBRITANNIEN

Somalia bricht die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien ab, da dieses bei den Vorverhandlungen über die Unabhängigkeit Kenias die Ansprüche Somalias auf die von Somalis bewohnten Gebiete im Nordosten Kenias nicht berücksichtigen will (vgl. auch 16. Juli 1963, 12. Dezember 1963 und 9. Februar 1964).

19. März 1963

SAN JOSÉ ZENTRALAMERIKANISCHE ERKLÄRUNG

In San José (Kostarika) treffen sich die Präsidenten der USA und der sechs mittelamerikanischen Staaten zu einer Konferenz bei der die mittelamerikanischen Präsidenten eine gemeinsame Erklärung abgeben, die sog. „Zentralamerikanische Erklärung“. Darin wird die Errichtung einer Zollunion angekündigt, ebenso die einer Währungsunion. Die USA versprechen wie üblich Finanzhilfe. Auch die Abwehr kommunistischer Infiltration und Subversion wird behandelt. Die Erklärung insgesamt ist ebenso lang wie arm an Fakten und von der in dieser Weltgegend üblichen eitlen Phrasenhaftigkeit erfüllt.[16]

21. März 1963

MEXIKO MATEOS FÜR ATOMWAFFENFREIE ZONE

Der Präsident Mexikos, López Mateos, richtet an die Regierungen von Bolivien, Brasilien, Chile und Ecuador die Aufforderung, ganz Lateinamerika, also Mexiko, Mittel- und Südamerika samt den Inselgruppen um das Karibische Meer, zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Sein Appell wird den gewünschten Erfolg haben (vgl. 29. April 1963).

26. März 1963

In Washington verhandeln Staatssekretär Dean Rusk und der Botschafter der UdSSR, Dobrynin, auf Vorschlag der Sowjetunion erneut über *Berlin*. Dobrynin will erreichen, daß die Truppen der drei Westmächte in West-Berlin durch solche der UNO ersetzt werden. Rusk läßt durchblicken, daß die Anwesenheit von UNO-Truppen dort allenfalls zusätzlich, aber nicht anstelle der Streitkräfte der Westmächte in Betracht käme. Fünf Tage später wird das Gespräch wiederholt werden, ohne Einigung. Dobrynins Vorschlag, West-Berlin einer UNO-Aufsicht zu unterstellen, wird von Rusk zurückgewiesen.[17]

WASHINGTON VERHANDLUNGEN USA—UDSSR ÜBER BERLIN

König Saud von Saudiarabien, bzw. sein Bruder Faisal, der seit 1960 die Regierungsgeschäfte führt, diktieren der Arabian American Oil Company (ARAMCO) neue Förderbedingungen, mit denen 1.) das Gebiet der exklusiven Schürfrechte der ARAMCO um 590 000 auf 325 000 Quadratkilometer beschränkt, 2.) das Gebiet der bevorzugten Schürfrechte der ARAMCO an Saudiarabien zurückgegeben, 3.) die Einkommensteuer der ARAMCO wesentlich erhöht, 4.) eine Abgabe für den Öltransport durch die Transarabische Pipeline erhoben wird (täglich 35 000 Dollar).[18]

SAUDIARABIEN NEUREGELUNG DER ÖL-KONZESSIONEN

29. März 1963

Japan schließt mit Burma in Rangun einen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit bei gleichzeitig endgültiger Regelung der Reparationen, die Japan zu leisten hat. Der neue Vertrag tritt an die Stelle des im November 1954 geschlossenen (vgl. 14. Juni 1955). Japan wird nunmehr vom 16. April 1965 an zwölf Jahre lang unentgeltlich einen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Burmas im Werte von jährlich 11,7 Millionen Dollar in Form von Kapitalgütern leisten. Burma wird in Japan eine besondere Mission mit den üblichen diplomatischen Privilegien errichten.[19]

JAPAN BURMA WIRTSCHAFTSVERTRAG REPARATIONEN

30. März 1963

In Guatemala stürzen Armeeoffiziere den Präsidenten Ydigoras Fuentes. Sie werfen ihm vor, er habe gegenüber der von Kuba aus gesteuerten subversiven Tätigkeit nicht entschlossen genug gehandelt. Die Regierungsgewalt wird von dem Obersten Enrique Peralta Azudia übernommen, der an seiner Regierung auch Vertreter rechtsextremer Kreise beteiligt. Er wird am 24. Juli 1963 die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abbrechen, weil dieses durch Gewährung der Autonomie für Britisch-Honduras die Souveränitätsrechte Guatemalas verletzt habe.

GUATEMALA STURZ FUENTES' REGIERUNG PERALTA AZUDIA

1. April 1963

PORTUGAL VERWEIGERT UNO-KOMMISSION EINREISE

Die Regierung Portugals gewährt einer Untersuchungskommission der UNO nicht die Einreisegenehmigung in die portugiesischen Besitzungen in Afrika. Gleichzeitig bietet sie den afrikanischen Nachbarstaaten der portugiesischen Territorien Nichtangriffspakte und Zusammenarbeit an, stößt aber damit auf Ablehnung. Fast alle afrikanischen Staaten brechen die diplomatischen Beziehungen zu Portugal ab und boykottieren portugiesische Waren. (Vgl. 18. Juli 1963.)

SÜDARABISCHE FÖDERATION ZOLLUNION GEMEINSAMER MARKT

Die Mitgliedstaaten der südarabischen Föderation und das Sultanat Ober-Aluqui heben zwischen sich die Zollgrenzen auf und führen einen gemeinsamen Außenzolltarif ein. Aden bleibt Freihafen. Der Verlust, den die Teilnehmer an fortfallenden Zolleinnahmen haben, wird von Großbritannien durch einen jährlichen Zuschuß ausgeglichen, der für 1963/64 200 000 Pfund Sterling betragen soll. Damit ist der südarabische Gemeinsame Markt in Kraft.[20]

4. April 1963

TSCHECHOSLOWAKEI „STALINISTEN" AMTSENTHOBEN

In der Tschechoslowakei enthebt das Zentralkomitee der KPC in einer Geheimsitzung „Stalinisten", d. h. Vertreter des harten, terroristischen Kurses, in gehobener Position ihrer Ämter. Die Initiative zu diesem Schritt geht von den slowakischen Mitgliedern des ZK aus. Auch auf dem ideologischen Sektor wird das einst von Stalin vertretene Dogma einer sich steigernden Kritik unterzogen. Dabei schließen sich auch Tschechen der slowakischen Opposition an (vgl. auch 21. September 1963).

6. April 1963

WASHINGTON ABKOMMEN GROSSBRITANNIEN —USA POLARIS-RAKETEN

Großbritannien und die USA unterzeichnen in Washington ein Abkommen über die Lieferung amerikanischer Polarisraketen an Großbritannien, das auch bei der weiteren Entwicklung dieser Waffe mitwirken wird. Auch werden die USA U-Boote aus britischer Produktion mit Polaris-Raketen ausrüsten, einschließlich der dazugehörigen Sprengköpfe. Großbritannien verpflichtet sich, Waffen, Zurüstung und Informationen niemandem weiterzugeben. Es wird die normalen Kontraktpreise zahlen und sich auch an den Entwicklungskosten beteiligen.[21]

7. April 1963

JUGOSLAWIEN

Jugoslawien gibt sich eine neue Verfassung als „Sozialistische Föderative Republik". Darin behält zwar die kommunistische Partei als „leitende Kraft" die Kontrolle der Staats- und Kommunal-

behörden, aber es wird auch die Dezentralisation sowie die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Betrieben beibehalten. Die Betriebe werden also von der Belegschaft verwaltet. Daneben gibt es noch Privateigentum von Handwerkern und selbständigen Einzelbauern.

NEUE VERFASSUNG SOZIALISTISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK

10. April 1963

In Paris wird bei einer Sitzung des ständigen NATO-Rates beschlossen, daß die britischen strategischen Bombenflugzeuge und die amerikanischen Polaris-U-Boote im Mittelmeer dem NATO-Oberkommando (SACEUR) unterstellt werden. An der strategischen Planung des europäischen NATO-Kommandos hinsichtlich der „Interallied Nuclear-Forces" (IANF) werden künftig die beteiligten europäischen Verbündeten mitwirken können, zuerst Griechenland, Italien, die Niederlande und die Türkei. Doch bleiben die Atomwaffen dieser Verbände unter amerikanischem Verschluß.[22]

PARIS NATO-RAT SACEUR POLARIS-U-BOOTE

11. April 1963

Papst Johannes XXIII. richtet die Enzyklika „Pacem in terris" erstmalig nicht nur an die katholische Christenheit, sondern an „alle Menschen guten Willens" und ruft darin zur Toleranz auf gegenüber geistigen Strömungen außerhalb des Katholizismus. Auch setzt er sich für ein Verbot von Atomwaffen, für eine kontrollierte Abrüstung und für die allgemeine Anerkennung der Menschenrechte ein.

VATIKAN ENZYKLIKA „PACEM IN TERRIS"

12. April 1963

Sowohl Saudiarabien als auch die VAR (Ägypten) versichern in an den Generalsekretär der UNO, U Thant, gerichteten Schreiben, daß sie die im *Jemen* kämpfenden Parteien künftig nicht mehr unterstützen. Die VAR wird ihre Truppen „möglichst bald" und in Etappen abziehen und weitere Luftangriffe auf saudiarabische Städte unterlassen. Es wird vereinbart, daß beiderseits der saudiarabisch-jemenitischen Grenze eine entmilitarisierte Zone von 20 Kilometer Breite unter Kontrolle einer Beobachtergruppe der UNO geschaffen wird (vgl. 30. April 1963).[23]

SAUDIARABIEN VAR KRIEG IM JEMEN UNO-KONTROLLE

17. April 1963

In Kairo wird wieder einmal eine Vereinigte Arabische Republik gegründet, zwischen Ägypten, Syrien und dem Irak. Die alte VAR vom 1. Februar 1958 (vgl. dort) war infolge des Staatsstreichs der syrischen Armee vom 28. September 1961 (vgl. dort) auseinandergefallen. Ägypten hatte nur den Namen beibehal-

NEUE VAR MIT SYRIEN UND IRAK TOTGEBOREN

ten. Die neue VAR unter Einschluß des Iraks soll „auf demokratischer und sozialistischer Grundlage“ leben, wird aber auch nicht verwirklicht werden, da Ägyptens Führungsanspruch weder im Irak noch in Syrien eine Mehrheit findet. Insbesondere die syrische Baath-Partei leistet aktiven Widerstand.[24]

20. April 1963

DJAKARTA LIU SCHAO-CHI SUKARNO GEGENSEITIGE UNTERSTÜTZUNG DER FORDERUNGEN CHINAS UND INDONESIENS

In Djakarta kommen das Staatsoberhaupt der Volksrepublik China, Liu Schao-chi, der sich zu einem Staatsbesuch in Indonesien aufhält, und Achmed Sukarno überein, daß China die Ansprüche Indonesiens auf West-Neuguinea, Indonesien seinerseits die Ansprüche Chinas auf Taiwan und die Vertretung Chinas in der UNO unterstützt. Der indisch-chinesische Grenzkonflikt soll in direkten Verhandlungen zwischen China und Indien ohne Einmischung Dritter beigelegt werden. Dem stimmt auch Sukarno zu, verzichtet also auch seinerseits auf Mitsprache.[25]

JORDANIEN HUSSEIN II. WIRFT AUFSTAND NIEDER

In Jordanien brechen Unruhen aus, die mit Demonstrationen für einen Anschluß an die VAR (Ägypten) verbunden sind und damit verraten, von wo die Unruhen angezettelt wurden. Es gelingt König Hussein II., den Aufstand mit Hilfe königstreuer Beduinenstämme und auch von Einheiten der Armee niederzuschlagen. Er wird in den folgenden zehn Jahren eine lange Kette ähnlicher Situationen zu meistern wissen, die insbesondere durch das Problem der Palästina-Flüchtlinge und palästinensischen Befreiungsorganisationen in ihrem Kampf gegen Israel entstehen.

22. April 1963

KANADA REGIERUNG PEARSON GEGEN ATOMBEWAFFNUNG

In Kanada bildet der liberale Lester Bowles *Pearson* als Ministerpräsident die neue Regierung (vgl. 5. Februar 1963), nachdem die Wahlen am 8. April den Liberalen die einfache Mehrheit eingebracht haben. Auch diese neue Regierung wird zunächst, am 7. Juni und nochmals am 3. Juli 1963, sowohl die Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO als auch die Aufstellung einer nationalen mit Atomwaffen ausgerüsteten Truppe ablehnen, aber nur bis zum 16. August (vgl. dort).

26. April 1963

LIBYEN KÖNIG IDRIS HEBT BUNDESSTAATSVERFASSUNG AUF

In Libyen hebt König Idris I. die Verfassung des Bundesstaates auf und verkündet einen Einheitsstaat, der von einer Zentralregierung gelenkt wird. Das Zweikammerparlament bleibt bestehen. Erstmals erhalten die Frauen das Wahlrecht. Das Bemühen Ägyptens, Einfluß auf die libysche Außenpolitik zu gewinnen, steigert sich ständig. Es trägt dazu bei, daß Libyen sich

nicht mehr einseitig nach dem Westen orientiert, sondern auch diplomatische Beziehungen zum Ostblock aufnimmt (vgl. 9. März 1964).

29. April 1963

SÜDAMERIKA MEXIKO VERTRAG ÜBER ATOMWAFFENFREIE ZONE

Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador und Mexiko schließen einen Vertrag, in dem sie sich verpflichten, auf ihrem Territorium Atomwaffen und Atomwaffenträger weder herzustellen noch zu lagern oder zu erproben, auch nicht von außerhalb zu beziehen. Der Vertrag entspricht dem Vorschlag und Appell des mexikanischen Präsidenten Mateos vom 21. März 1963 (vgl. dort). Vier Tage später, am 2. Mai, wird Mateos alle lateinamerikanischen Staaten auffordern, diesem Vertrag beizutreten.

30. April 1963

SAUDIARABIEN VAR KRIEG IM JEMEN FORTGESETZT

Da sich weder Ägypten (VAR) noch Saudiarabien an das Jemen-Abkommen vom 12. April 1963 (vgl. dort) halten, sondern beide die kämpfenden Parteien im Jemen weiter unterstützen, entsendet die UNO eine Beobachterkommission und verlangt erneut die Einstellung jeder ausländischen Hilfe sowohl für die monarchistische als auch für die republikanische Seite.

1. Mai 1963

WEST-NEUGUINEA IN INDONESIEN EINVERLEIBT

Gemäß Abkommen vom 15. August 1962 (vgl. dort) wird das westliche Neuguinea unter der Bezeichnung West-Irian in Indonesien eingegliedert und verfällt damit einer primitiven Kolonialherrschaft seitens der indonesischen Verwaltung, die weder willens noch in der Lage ist, der Bevölkerung West-Neuguineas zu einer angemessenen bzw. angepaßten Entwicklung zu verhelfen. Aber die alte Kolonialherrschaft der Niederländer ist beseitigt. Darauf allein kommt es der UNO und den USA an. Die mit den Niederlanden vertraglich vereinbarte Volksabstimmung in West-Neuguinea wird von der indonesischen Verwaltung niemals durchgeführt werden.

SÜDAFRIKA MASSNAHMEN GEGEN SUBVERSION

Die Regierung Südafrikas sieht sich gezwungen, weitere wirksame Maßnahmen gegen die Untergrundtätigkeit sowohl kommunistischer als auch „liberaler“, gegen die Politik getrennter Entwicklung gerichteter Tendenz zu ergreifen. Nachdem ein Jahr zuvor, am 29. Juni 1962, bereits das Sabotagegesetz in Kraft trat, das verdächtige Personen von der Versammlungs- und Veröffentlichungsfreiheit ausschließt, wird nunmehr auch die Verhaftung Verdächtiger und Aufhebung des Postgeheimnisses in solchen Fällen gesetzlich zugelassen. Alle Maßnahmen richten sich gegen Schwarze und Weiße in gleicher Weise.

15. Mai 1963

MÉRIDA KONFERENZ FRANCO-SALAZAR BEZIEHUNGEN ZU USA

In Mérida findet eine Konferenz des spanischen Staatschefs Franco mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten Salazar statt. Gesprächsgegenstand sind das amerikanisch-iberische Abkommen vom 26. Juli 1956 (vgl. dort), das die Stützpunktverträge der USA mit Portugal und Spanien sowie den spanisch-portugiesischen Vertrag vom 17. März 1939 (vgl. dort) zusammenfaßte, ferner die Afrikapolitik beider Staaten und das Verhältnis der EFTA zur EWG.

17. Mai 1963

MAROKKO WAHLSIEG DER KÖNIGSPARTEI

In Marokko finden Parlamentswahlen statt. Die meisten Stimmen erhält die Königspartei, Front de Défense des Institutions Constitutionelles (FDIC), aber sie kann nicht die absolute Mehrheit erringen. Sie wird eine Außenpolitik unabhängig von der Casablanca-Gruppe und von der VAR vertreten und bestrebt sein, die Grenzen Marokkos auf Kosten Algeriens auszuweiten, so daß es Anfang Juli 1963 zu den ersten Grenzzwischenfällen kommen wird (vgl. 30. Oktober 1963).

18. Mai 1963

INDONESIEN SUKARNO AMTSZEIT AUF LEBENSZEIT KAMPF GEGEN MALAYSIA

Achmed Sukarno, Staatspräsident von Indonesien, verlängert seine Amtszeit auf Lebenszeit, wirft sich damit nicht nur zum Diktator Indonesiens auf, sondern erstrebt darüber hinaus die Führung eines panmalaiischen Staates einschließlich Nordborneos. Daher wird er den Kampf gegen das neugegründete Malaysia (vgl. 16. September 1963) auf diplomatischem Wege, wirtschaftlich und auch militärisch aufnehmen.

20. Mai 1963

UDSSR VORSCHLAG MITTELMEER ATOMWAFFEN-FREI

Die UdSSR schlägt eine atomwaffen- und raketenfreie Zone im Mittelmeer vor in der Absicht, die amerikanischen Polarisraketen, die auf U-Booten installiert sind, damit aus dem Mittelmeer zu verdrängen. Diese sind an die Stelle der von den Amerikanern vereinbarungsgemäß geräumten Stützpunkte in Italien und der Türkei getreten und weitaus schwieriger zu bekämpfen als ortsfeste Abschußrampen. Die USA werden daher auf den sowjetischen Vorschlag nicht eingehen.

USA BUNDESGERICHT GEGEN SEGREGATION

Das Oberste Bundesgericht der USA erklärt die Segregation, das heißt den getrennten Schulbesuch von Kindern weißer und schwarzer Hautfarbe, für verfassungswidrig. Präsident Kennedy schickt Bundestruppen nach Alabama, um — gegen die Entscheidung des dortigen Gouverneurs — die Aufnahme von Ne-

gerkindern in Schulen zu erzwingen, die ihnen bisher verschlossen waren. Pädagogisch bedeutet das, daß um eines ideologischen Dogmas willen Kinder in eine Lerngemeinschaft gezwungen werden, in der die einen gehemmt, die anderen ständig überfordert werden, weil ihr Lernwille, ihre Lernfähigkeit und ihr Lerntempo von Natur aus (genetisch) verschieden sind.[26]

22. Mai 1963

GRIECHENLAND UNRUHEN RÜCKTRITT KARAMANLIS' PERMANENTE REGIERUNGS-KRISE

In Griechenland kommt Grigoris Lambrakis, ein führender Politiker der kommunistischen Tarnorganisation EDA, durch einen Unfall ums Leben. Da die Linke hinter diesem Unfall ein politisches Attentat vermutet, kommt es zu Unruhen und Protestdemonstrationen. Es wird der Rücktritt des Ministerpräsidenten Karamanlis und seiner Regierung gefordert. Der Rücktritt wird am 11. Juni erfolgen, und während des ganzen restlichen Jahres 1963 wird keine arbeitsfähige Regierung mehr gebildet werden können. Auch die Wahlen vom 3. November werden nicht zur Überwindung der chronischen Regierungskrise führen.

24. Mai 1963

OTTAWA NATO-MINISTERRAT

Die Außenminister der NATO-Staaten beenden in Ottawa/Kanada eine dreitägige Ministerratstagung, bei der sich u. a. US-Staatssekretär Rusk „gegen Spekulationen über Bemühungen der USA und der UdSSR um eine allgemeine Entspannung" wandte. (So war das damals.) Im übrigen wurden die Pariser Entschlüsse vom 10. April 1963 (vgl. dort) gebilligt und in Kraft gesetzt. Doch bedauert man im Schlußkommuniqué, „daß Mittel für militärische Zwecke verwendet werden müssen . . ." Ambivalenz im Westen steht ungebrochenem Machtwillen im Osten gegenüber.[27]

CASTRO IN MOSKAU

Der kubanische Regierungschef Fidel Castro beendet einen Besuch in der UdSSR und bringt eine Garantie mit nach Hause, daß Kuba im Falle einer militärischen Intervention der USA von der Sowjetunion unterstützt wird. Zuvor hat Castro Beschwerde darüber geführt, daß die UdSSR während der Kubakrise (vgl. 26. Oktober 1962) Entscheidungen getroffen habe, ohne Kuba vorher zu konsultieren.

26. Mai 1963

ADDIS ABEBA AFRIKANISCHE GIPFEL-KONFERENZ

In Addis Abeba wird eine Gipfelkonferenz von 29 Staatsoberhäuptern arabisch- und schwarzafrikanischer Staaten unter Leitung von Kaiser Haile Selassi mit der Annahme der Charta der „Organisation der afrikanischen Einheit" (OUA bzw. OAU) und von sechs weiteren Resolutionen abgeschlossen. Marokko hat

CHARTA DER OAU ANGENOMMEN

nicht teilgenommen, weil es immer noch Anspruch auf Mauretanien erhebt, wird aber der Charta am 21. September 1963 ebenfalls beitreten. Kwame Nkrumah hat sich nicht durchsetzen können, sondern ist der gemäßigten Richtung unterlegen, die eine lockere Organisationsform vertritt.[28]

1. Juni 1963

KENIA REGIERUNG KENYATTA AUTONOMIE

In *Kenia* bildet Jomo *Kenyatta* vom Stamme der Kikuyu, der sich in den fünfziger Jahren der Mau-Mau-Bewegung und ihrer perversen Rituale für seine Unabhängigkeitspolitik bediente und von den Engländern interniert wurde, nach einem Wahlsieg der von ihm gegründeten Kenya African National Union (KANU) die Regierung. Großbritannien spricht Kenia die innere Autonomie zu. Der britische Gouverneur, Malcolm Macdonald, delegiert einen Teil seiner Kompetenz (Außenpolitik und Verteidigung) auf Widerruf an Kenyatta (vgl. 12. Dezember 1963).

7. Juni 1963

IRAN ARMEE WIRFT AUFSTAND NIEDER

Es gelingt der persischen Regierung mit Hilfe der Armee, einen drei Tage währenden Aufstand im Iran niederzuwerfen, der die Durchführung des Reformprogramms der Regierung (vgl. 27. Januar 1963) verhindern sollte. Adel, Kommunisten und die Geistlichkeit des Islam hatten sich gemeinsam gegen das Programm des Schahs gewandt.

9. Juni 1963

BAMAKO ABKOMMEN MALI-SENEGAL SENGHOR KEITA

Mali und Senegal schließen in Bamako fünf Abkommen miteinander. Die nach Austritt Senegals aus der Mali-Föderation am 23. September 1960 entstandenen Spannungen werden damit abgebaut, die Eisenbahnverbindung wieder aufgenommen und Mali die Mitbenutzung der Häfen Senegals eingeräumt. Während in Senegal Senghor als Staatspräsident nach Einführung einer Präsidialverfassung auch die Funktion des Ministerpräsidenten übernommen hat, bricht im Norden Malis ein Aufstand der Tuareg-Nomaden aus, deren Feudalordnung mit dem Staatssozialismus Modibo Keitas nicht zu vereinbaren ist.

11. Juni 1963

MANILA MAPHILINDO-KONFERENZ

In Manila nimmt eine viertägige Konferenz der Außenminister von Indonesien, Malaya und den Philippinen ihr Ende, bei der man sich grundsätzlich über die Bildung einer Konföderation (Maphilindo) einigte. Malaya hat zugestanden, daß sowohl über die philippinischen als auch die indonesischen Ansprüche durch Volksabstimmungen unter UNO-Schutz entschieden werden soll.

Die erste Stufe zur geplanten Föderation soll ein Organ für ständige Konsultationen auf Regierungsebene bilden. Im Juli 1963 sollen dann die drei Staatsoberhäupter zusammentreffen (vgl. 5. August 1963).[29]

14. Juni 1963

CHINA IDEOLOGIE-KRIEG GEGEN UDSSR

Das Zentralkomitee der chinesischen Kommunistischen Partei beschuldigt in einem Offenen Brief die Kommunistische Partei der UdSSR, sie habe die Sache des Marxismus-Leninismus verraten und fördere die „Restaurierung des Kapitalismus". Hinter diesen ideologischen Vorwürfen steht der realpolitische Anspruch auf Rückgabe der in den „ungleichen Verträgen" abgetretenen Gebiete (vgl. 8. März 1963).

16. Juni 1963

ISRAEL RÜCKTRITT BEN GURIONS REGIERUNG ESCHKOL

In Israel tritt Ben Gurion von seinem Amt als Ministerpräsident zurück. Ursache seines Rücktritts sind Auseinandersetzungen innerhalb der Mapai-Partei im Zusammenhang mit der Verfolgung Lavons durch Ben Gurion (vgl. Mitte November 1954, 18. Februar 1955). Acht Tage später wird Levi Eschkol (ebenfalls von der Mapai) eine neue Regierung bilden.

20. Juni 1963

USA UDSSR ABKOMMEN ÜBER „HEISSEN DRAHT"

Die Regierungen der USA und der UdSSR schließen ein Abkommen über die Installierung einer direkten Fernsprech- und Fernschreibverbindung zwischen Weißem Haus in Washington und Kreml in Moskau. Die Verbindung soll dazu dienen, bei irrtümlicher Auslösung eines Atomwaffen-Alarms eine Katastrophe nach Möglichkeit zu verhindern. Die Bekanntgabe dieser Maßnahme bringt es weiten Kreisen erst zum Bewußtsein, in welcher tödlichen Gefahr sich die Völker in jeder Sekunde befinden.

21. Juni 1963

MITTEL-DEUTSCHLAND RIEGELT WESTBERLIN AB

West-Berlin wird von seiten der Regierungsorgane des mitteldeutschen Sowjetsatelliten mit einer Sperrzone umgeben, um die Fluchtmöglichkeiten nach West-Berlin noch weiter zu verringern. Trotzdem unternehmen einzelne immer wieder das Wagnis, unter Lebensgefahr die Hindernisse zu überwinden, um dem als unerträglich empfundenen seelischen Druck des Daseins unter kommunistischen Verhältnissen zu entrinnen. Nicht jeder kann ohne individuelle Entfaltungsmöglichkeit seiner Persönlichkeit leben und auf eigenes Denken verzichten.

VATIKAN PAPSTWAHL PAUL VI. (MONTINI)

Achtzehn Tage nach dem Tode Papst Johannes' XXIII. (am 3. Juni 1963) wird der Kardinal von Mailand, Giovanni Battista *Montini* als *Paul VI.* zum Papst gewählt. Er stammt aus der diplomatischen Schule Pacellis (Pius' XII.), dessen Stellvertreter als Kardinalstaatssekretär er 1937 wurde, und wird einen einsamen Kampf um die Erhaltung der hierarchischen Ordnung gegenüber wachsenden „demokratisierenden", d. h. auflösenden Tendenzen innerhalb der katholischen Kirche zu führen haben.[30]

VERHANDLUNG BRUNEI-MALAYA SCHEITERT

In Kuala Lumpur verhandelt der Sultan von Brunei, dem britischen Protektorat im Norden Borneos, Sir Omar Saifuddin, mit Abdul Rahman, dem Regierungschef von Malaya, über den Beitritt Bruneis zur geplanten Föderation Malaysia. Die Verhandlungen scheitern daran, daß der Sultan die Einkünfte aus den Ölkonzessionen Bruneis auch nach Ablauf von zehn Jahren nicht der Regierung der Föderation überlassen will. Rahman erklärt, Malaysia werde auch ohne Brunei zustande kommen.[31]

25. Juni 1963

KENNEDY IN FRANKFURT, BERLIN, DUBLIN, LONDON, ROM

Der Präsident der USA, John F. Kennedy, spricht in der Frankfurter Paulskirche und versichert, daß sich die USA auch weiterhin in Europa engagieren werden. Damit ist offenbar sowohl die militärische Anwesenheit als auch Kapitalinvestierung gemeint. Tags darauf wird er in West-Berlin von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt werden und sich als „Berliner" bezeichnen. Weitere Stationen seiner Reise sind Irland, Großbritannien und Italien. Eine Privataudienz des (katholischen) Präsidenten bei Papst Paul VI. schließt die Reise ab.

3. Juli 1963

ZENTRAL-AFRIKANISCHE FÖDERATION AUFLÖSUNGS-BESCHLUSS

In Victoria Falls (am Sambesi) wird eine Konferenz beendet, bei der die Auflösung der von Großbritannien erzwungenen Zentralafrikanischen Föderation auf den 31. Dezember gleichen Jahres festgesetzt wurde. Nordrhodesien und Njassaland werden 1964 selbständige, unabhängige Staaten werden, Südrhodesien wird sich 1965 selbst unabhängig erklären, da ihm Großbritannien die Unabhängigkeit verweigert (vgl. 11. November 1965).

9. Juli 1963

LONDON VERTRAG ÜBER GRÜNDUNG MALAYSIAS (OHNE BRUNEI)

In London unterzeichnen die Regierungschefs von Großbritannien, Malaya und Singapur einen Vertrag über die Gründung der *Föderation Malaysia,* in die auch die britischen Protektorate Sarawak und Sabah im Norden der Insel Borneo einbezogen werden, nicht aber Brunei, dessen Sultan die Unterschrift verwei-

gert (vgl. 21. Juni 1963). Das Verteidigungsabkommen zwischen Großbritannien und Malaya vom 12. Oktober 1957 (vgl. dort sowie 31. August 1957) wird auf Malaysia ausgedehnt. Großbritannien behält seine Stützpunkte und sonstigen militärischen Rechte in Singapur.[32]

10. Juli 1963

INDIEN ABKOMMEN MIT USA UND GROSS-BRITANNIEN ÜBER LUFT-VERTEIDIGUNG

Indien schließt mit Großbritannien und den USA ein Abkommen über gemeinsame Luftverteidigung für den Fall, daß der Grenzkonflikt zwischen Indien und der Volksrepublik China, der seit der Konferenz von Colombo (vgl. 12. Dezember 1962) noch nicht endgültig beigelegt ist, zu einem neuen Angriff Chinas auf indisches Gebiet führen sollte.

11. Juli 1963

MITTEL-DEUTSCHLAND „NEUES ÖKO-NOMISCHES SYSTEM"

Das Parteipräsidium im mitteldeutschen Sowjetsatelliten beschließt die Einführung eines „Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft". Darin wird — nach dem Vorbild der UdSSR — bestimmt, daß Einzelbetriebe und Kombinate künftig nach dem Rentabilitätsprinzip geleitet werden, die Betriebsführer Eigenverantwortlichkeit übernehmen und die Löhne nach Leistung und Produktionsqualität des Betriebes gestaffelt werden sollen, lauter Zugeständnisse an die kapitalistische Praxis.

ECUADOR STURZ AROSEMENAS REGIERUNG CASTRO JIJON

Der Präsident von Ecuador, Arosemena, wird wegen mangelnder Eignung von einer Militärjunta unter Führung von Ramón Castro Jijón gestürzt, die tags darauf die Kommunistische Partei verbietet und die Verfassung außer Kraft setzt. Weitere vier Tage später, am 16. Juli, wird sie ein Kabinett ernennen, in dem die Mehrzahl der Minister nicht dem Militär angehören. Es wird zwei Jahre an der Regierung bleiben und u. a. eine Bodenreform sowie die Entwicklung der Industrie in Angriff nehmen.

14. Juli 1963

KPDSU ANTWORTET KP-CHINA

Das Zentralkomitee der KPdSU äußert sich in einem Offenen Brief zu den Vorwürfen der Volksrepublik China, bzw. der chinesischen KP in der ideologischen Auseinandersetzung. Es erklärt darin, zu den geschichtlichen *Aufgaben des Kommunismus* gehöre die Verhinderung eines atomaren Weltkrieges, unter dessen Folgen ja auch die sozialistischen Länder zu leiden hätten. Der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus müsse nicht unbedingt kriegerisch ausgetragen werden, es sei auch ein friedlicher Übergang zum Sozialismus möglich.

16. Juli 1963

ÄTHIOPIEN KENIA BEISTANDSPAKT

Äthiopien und Kenia schließen einen militärischen Beistandspakt, der sich gegen Somalia und die von dort geschürten Unruhen der Somalis in beiden Ländern richtet. Der Pakt wird nach der Unabhängigkeitserklärung Kenias (vgl. 12. Dezember 1963) ratifiziert werden.

18. Juli 1963

PORTUGIESISCH GUINEA GUERILLAKÄMPFE

In Portugiesisch Guinea beginnen Aufstände illegaler Unabhängigkeitsorganisationen, die von Guinea aus unterstützt werden und über die Grenze wechseln. Doch kann Portugal diese Guerillakämpfe in Schranken halten, weil es in Angola wieder Herr der Lage ist und weil an der Grenze zu Senegal Ruhe herrscht. Senghor duldet in seinem Lande keine Stützpunkte für subversive Tätigkeit beim Nachbarn. Er hat allerdings die diplomatischen Beziehungen zu Portugal abgebrochen.

20. Juli 1963

ASSOZIIERUNG 18 AFRIKANISCHER STAATEN AN DIE EWG

In Jaunde/Kamerun unterzeichnen Ahmadou Ahidjo für die afrikanischen Staaten Burundi, Dahomey, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, beide Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Rwanda, Senegal, Somali, Togo, Tschad und die Zentralafrikanische Republik, Walter Hallstein und J. Luns für die EWG ein Abkommen über die Assoziierung der genannten achtzehn afrikanischen Staaten an die EWG, schrittweisen Abbau der Zölle, Finanzhilfe und ständige Organe (Assoziationsrat, Parlamentarische Konferenz).[33]

26. Juli 1963

MOSKAU COMECON-TAGUNG

In Moskau wird eine zweitägige Tagung der Mitgliedstaaten des COMECON beendet, bei der eine weitgehende Zusammenfassung der einzelnen nationalen Volkswirtschaften durch Änderung der Statuten angestrebt wurde. Die Entscheidung des COMECON-Rates sollten für alle Mitglieder bindende Wirkung haben. Rumänien hat diese Änderung abgelehnt und damit innerhalb des kommunistischen Blocks die polyzentrische Entwicklung gefördert.

28. Juli 1963

PERU BELAUNDE TERRY PRÄSIDENT

In Peru tritt der am 9. Juni gewählte Präsident Fernando Belaúnde *Terry* sein Amt an. Er strebt soziale Reformen an und findet dabei die Zustimmung sowohl des Offizierkorps als auch der Kommunisten. Es geht ihm insbesondere um die Indiobevölkerung des Berglandes, der durch eine Bodenreform geholfen

werden soll. Terry wird ferner die Erdölkonzessionen der USA-Firma International Petroleum Company (seit 1922) aufheben, wie vor der Wahl versprochen, will aber andererseits die Beziehungen zu den USA nicht aufs Spiel setzen.

31. Juli 1963

CHINA MAO TSE-TUNG GEGEN TESTSTOPP-ABKOMMEN

Mao Tse-tung lehnt für die Volksrepublik China das Moskauer Abkommen Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 5. August 1963 (vgl. dort) über die teilweise Beendigung der Kernwaffenversuche grundsätzlich ab und brandmarkt dieses Abkommen als ein Arrangement mit dem Kapitalismus. Er bezeichnet die Atombombe als einen „Papiertiger" und schlägt seinerseits eine Weltkonferenz mit dem Ziel des Verbotes und der Vernichtung von Kernwaffen vor.

5. August 1963

MOSKAU ATOMTEST-STOPP-ABKOMMEN

In Moskau unterzeichnen Gromyko, Dean Rusk und Lord Home einen Vertrag über das *Verbot von Kernwaffenversuchen* in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Unterirdische Explosionen sind von diesem Verbot noch nicht erfaßt, China und Frankreich sind an dem Vertrag ohnehin nicht beteiligt, vor allem aber enthält er nichts über wirksame Kontrollen seiner Einhaltung durch die drei Vertragspartner. Zudem wird sich in den folgenden Jahren zeigen, daß die Gefahr der radioaktiven Strahlenverseuchung durch die zahlreichen Atomenergie-Kraftwerke nicht minder groß ist als durch die Bombentests.[34]

DEKLARATION VON MANILA MAPHILINDO

In Manila wird eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs von Malaya (Abdul Rahmen), Indonesien (Sukarno) und den Philippinen (Macapagal) beendet, bei der man sich über die Gründung der Föderation Malaysia zu einigen suchte. Sukarno hat durchgesetzt, daß die UNO darüber entscheiden soll, ob in Nordborneo, auf das Indonesien Anspruch erhebt, eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit zu Malaysia durchgeführt werden soll oder jedenfalls eine Beobachtergruppe der UNO unter Beteiligung der drei Konferenzteilnehmer an Ort und Stelle die Stimmung ermitteln soll. Außerdem einigten sich die drei Staatsoberhäupter über die Gründung von „Maphilindo" (vgl. 11. Juni 1963) und unterzeichneten die „Deklaration von Manila". Diese „enthält ihre gemeinsamen Ziele und den Beschluß der Regierungsoberhäupter, Maphilindo auf der Basis regelmäßiger und häufiger Konsultationen zu errichten".[35]

HAITI

Haitianer, die in die Dominikanische Republik emigriert sind, fallen von dort aus in Haiti ein und versuchen, Duvalier zu stür-

PUTSCH-VERSUCH GEGEN DUVALIER

zen. Doch gelingt es diesem, mit Hilfe seiner Privatarmee bereits zwei Tage darauf den Angriff abzuschlagen. Die OAS wird am 15. August einen Untersuchungsausschuß nach Haiti entsenden und zu den USA werden vorübergehend (bis zum 12. November) die diplomatischen Beziehungen unterbrochen. An der totalen Verelendung des Landes durch Duvalier ändert sich nichts.

7. August 1963

UNO-SICHERHEITS-RAT GEGEN SÜDAFRIKA

Der Sicherheitsrat der UNO verurteilt aus einer hier bereits mehrfach gekennzeichneten ideologischen Voreingenommenheit die Politik der getrennten Entwicklung (Apartheid) in *Südafrika,* eine Politik, die dem schwarzen Bevölkerungsteil ein Vielfaches an Förderung und Entwicklungsmöglichkeiten zukommen läßt, wie im übrigen „befreiten" Afrika, um ihn schrittweise auf die Anforderungen der internationalen hochindustrialisierten Weltwirtschaft vorzubereiten. Was der Sicherheitsrat und auch die UNO-Vollversammlung verlangen, würde praktisch, wie auch in Rhodesien, auf einen Selbstmord des weißen Bevölkerungsteiles und in der Folge eine Verelendung des farbigen Bevölkerungsteiles hinauslaufen. Beide würden dem Dogma von der Gleichheit der Menschen geopfert werden.

15. August 1963

KONGO (BRAZZAVILLE) RÜCKTRITT YOULOUS MASSAMBA-DÉBAT

Im Mittelkongo (Brazzaville) wird der 1961 direkt vom Volke gewählte Präsident Abbé Fulbert *Youlou,* der sein Land dem kommunistischen Einfluß *nicht* geöffnet hat, durch einen Aufstand der Gewerkschaften zum Rücktritt gezwungen und unter Hausarrest gestellt. Tags darauf bildet Alphonse Massamba-Débat eine Übergangsregierung. Er wird zu den Wahlen am 8. Dezember 1963 nur die Mouvement National pour la Révolution (MNR) zulassen und von dieser am 19. Dezember zum Präsidenten gewählt werden.

16. August 1963

KANADA-USA ABKOMMEN ÜBER ATOM-SPRENGKÖPFE

Kanada und die USA schließen ein Abkommen, das die Ausrüstung der kanadischen Luftverteidigung mit Atomsprengköpfen für die Raketen vorsieht. Die Kontrolle über diese Sprengköpfe üben Kanada und USA gemeinsam aus. Darüber hinaus gestattet die Regierung Kanadas die Lagerung von Atomwaffen für Truppen der USA auf kanadischem Territorium. Damit ist ihr Widerstand gegen Beteiligung an einer NATO-Atomstreitmacht sowie gegen Aufstellung von eigenen Atomstreitkräften (vgl. 22. April 1963) umgangen. Das Abkommen wird erst am 9. Oktober bekanntgemacht werden.

28. August 1963

In den USA veranstalten etwa 200 000 Neger einen Protestmarsch nach Washington. Sie fordern die Aufhebung jeder Rassentrennung und jedes Bezuges auf die naturgegebene (genetische) rassische Verschiedenheit — „Diskriminierung“ genannt — in Schulen und Behörden sowie einen Mindeststundenlohn von zwei Dollar, Umschulung von Arbeitslosen und Arbeitsbeschaffung. Auf den unterschiedlichen Arbeitswillen wird in diesen Forderungen nicht Bezug genommen.

USA NEGERPROTESTMARSCH NACH WASHINGTON

1. September 1963

In Belgien werden drei Gesetze zur Regelung der Sprachgrenze zwischen Flandern (flämisches Niederländisch) und Wallonien (Französisch) verabschiedet, die auch die kulturelle Autonomie beider Volkstumsgruppen bestätigen. Diese seit einem halben Jahrhundert überfällige Regelung wurde von den Flamen durch Protestdemonstrationen erzwungen, bei denen es zu Zusammenstößen mit Wallonen kam. Das flämische Element will die französische Vorherrschaft in Belgien nicht länger hinnehmen, nachdem es in beiden Weltkriegen rücksichtslos unterdrückt wurde.

BELGIEN FLÄMISCH-WALLONISCHE SPRACHGRENZE

15. September 1963

In Algerien wird *Ben Bella* aufgrund der neuen Verfassung vom 8. September zum Staatspräsidenten gewählt, ein Jahr nachdem die Nationalversammlung ihn zum Ministerpräsidenten gemacht hat. Er hat nicht die Absicht, den Vertrag von Evian (vgl. 18. März 1962) einzuhalten, hat schon am 29. März 1963 die zwei bedeutendsten französischen landwirtschaftlichen Unternehmen in Algerien enteignen lassen, ist aber durch die wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich gebunden (vgl. 1. Oktober 1963).

ALGERIEN BEN BELLA PRÄSIDENT

16. September 1963

Die am 9. Juli 1963 (vgl. dort) in London beschlossene und vereinbarte Gründung der Föderation *Malaysia* tritt nunmehr in Kraft, obgleich Indonesien seinen Anspruch auf Nordborneo noch nicht aufgegeben hat (vgl. 5. August 1963) und im indonesischen Teil Borneos Truppen mobilisiert. Brunei bleibt außerhalb der Föderation britisches Protektorat. Die Beobachtergruppe der UNO in Nordborneo hat zuvor erklärt, daß die Bevölkerungsbefragung dort korrekt durchgeführt wurde. Sie hat eine Mehrheit für den Anschluß an Malaysia ergeben.[38]

MALAYSIA IN KRAFT

Am selben Tage wird in Djakarta, der Hauptstadt Indonesiens auf Java, die britische Botschaft gestürmt, werden britische Betriebe unter indonesische staatliche Verwaltung gestellt, als Ge-

INDONESIEN ANTIBRITISCHE AUSSCHREITUNGEN

MALAYSIA genaktion gegen die Gründung Malaysias. Erst zwei Monate später, nachdem auch malaiische Betriebe enteignet wurden, werden die USA ihre Militärhilfe für Indonesien einstellen, eine bezeichnende Tatsache für die Einstellung der USA gegenüber Großbritannien.

17. September 1963

BRUCH MIT INDONESIEN Der neugebildete Bundesstaat Malaysia (siehe oben) bricht die diplomatischen Beziehungen zu Indonesien ab, das, ebenso wie die Philippinen, Malaysia nicht anerkennt. Zwei Tage später wird die Regierung Malaysias im Grenzgebiet von Sarawak (Nordborneo) eine Teilmobilmachung der Streitkräfte anordnen, nachdem es dort zu Grenzzwischenfällen gekommen ist (vgl. weiter 17. August 1964).

18. September 1963

NIEDERLANDE GEGEN WESTDEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERTRAG Mit einer Erklärung ihres Ministerpräsidenten Luns melden die Niederlande Vorbehalte gegen den westdeutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 (vgl. dort) an, da dieser Vertrag Klauseln enthalte, die eine gemeinsame Beschlußfassung aller sechs EWG-Mitglieder erschwere. Gemeint ist offensichtlich die Präambel, die das westdeutsch-französische Übereinkommen deutlich aus dem EWG-Bündnis heraushebt, sowie insbesondere Kapitel II, Absatz 4 des Vertrages, der eine verstärkte Zusammenarbeit beider Partner „im Rahmen des Gemeinsamen Marktes“ vorsieht. (Vgl. hierzu auch 24. Januar 1963.)[37]

21. September 1963

UDSSR WEIST CHINESISCHE GEBIETSANSPRÜCHE ZURÜCK Die Regierung der UdSSR weist Gebietsansprüche der Chinesischen Volksrepublik zurück und bestreitet die chinesische Auffassung, daß diese Gebiete am linken Amur-Ufer durch „ungleiche Verträge“, das heißt rechtswidrig, China abgenommen worden seien. Gemeint sind die Verträge von 1858 und 1860, die damit von der Sowjetregierung hundert Jahre später ausdrücklich sanktioniert werden, ein klassisches Beispiel dafür, daß Realpolitik unabhängig von allen Ideologien kontinuierlich durch die Jahrhunderte gleiche Ziele verfolgt. Der Ideologiestreit zwischen China und der UdSSR entpuppt sich als Fassade vor sehr realen Gebiets- und Machtstreitigkeiten (vgl. 14. Juli 1963).

TSCHECHOSLOWAKEI In der Tschechoslowakei setzt das Zentralkomitee der KPC im Zuge der „Entstalinisierung“ (vgl. 4. April 1963) den Ministerpräsidenten Siroky und einige Mitglieder seines Kabinetts ab. Die neue Regierung wird von dem Slowaken Josef Lenárt geleitet. Doch wird sich bei der ZK-Sitzung am 18./19. Dezember zeigen,

daß die „Revisionisten“ noch keineswegs völlig freie Bahn haben, sondern daß eine Reihe eingefleischter „Stalinisten“ ihre Positionen halten können, nicht zuletzt der Staatspräsident und Erste Sekretär der KPC Antonin Novotny.

„ENTSTALINISIERUNG“

25. September 1963

In der Dominikanischen Republik (auf Haiti) wird der Präsident Juan *Bosch* Gavino, am 20. Dezember 1962 gewählt und erst seit sieben Monaten im Amt, von Offizieren der Armee gestürzt. Als Grund wird angegeben, daß das Land kommunistisch unterwandert worden sei. Doch spielt sicherlich auch mit, daß Bosch versucht hat, dem Offizierkorps wirtschaftliche Privilegien zu nehmen, die nach europäischen Begriffen (früher) bereits als Korruption anzusehen sind. Die Generäle Wessin, Barreras und Cabral bilden eine Drei-Mann-Regierungsjunta.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK STURZ BOSCH GAVINOS

26. September 1963

Spanien und die USA verlängern ihr Verteidigungs- und Stützpunktabkommen vom 26. September 1953 (vgl. dort) um weitere fünf Jahre und vereinbaren gleichzeitig einen amerikanisch-spanischen Konsultativausschuß für Fragen der Verteidigung. Auch werden die USA weiterhin bei der Modernisierung der spanischen Streitkräfte mithelfen. Einziger Stützpunkt auf dem europäischen Festland für Polaris-Raketen-U-Boote der 6. US-Flotte wird Rota an der spanischen Atlantikküste.

SPANIEN—USA STÜTZPUNKTABKOMMEN

1. Oktober 1963

Algerien verstaatlicht den letzten noch vorhandenen französischen Landbesitz, ebenso die letzten Besitzungen mohammedanischer Feudalherren. Frankreich protestiert schon tags darauf und erhält die Zusicherung, daß eine Entschädigung gezahlt wird. Da Frankreich Hauptabnehmer des algerischen Exports ist, muß Ben Bella widerwillig Zugeständnisse machen (vgl. 13. März 1964).

ALGERIEN VERSTAATLICHT LANDBESITZ

Genau drei Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit nimmt *Nigeria* die Staatsform einer Republik an, verbleibt aber im britischen Commonwealth of Nations. In den drei Regionen ergeben sich Verschiedenheiten der Entwicklung und gefährden den Zusammenhalt. In der nach der Volkszählung des Jahres bevölkerungsreichsten Nordregion behält die überlieferte Einrichtung der Häuptlingsversammlung das Hauptgewicht, während in der West- und Ostregion der Einfluß der Parlamentsabgeordneten überwiegt. Letztere fechten daher das Ergebnis der Wahlen von 1963 an, bei denen die Partei der Nordregion, der Northern

NIGERIA REPUBLIK VIER REGIONEN STAMMESGEGENSÄTZE

Peoples Congress (NPC) unter Führung von Sir Ahmadou Bello gesiegt hat. Jede Region hat ihre eigene Partei, die sich mit dem dort vorherrschenden Stamm identifiziert, während die Minderheiten aus dem der Nachbarregion zugehörenden Stamm die Opposition bilden. Sie setzen schließlich die Errichtung einer vierten, der Mittelwestregion, durch. Der erste Präsident der Republik Nigeria, *Azikiwe*, hat angesichts dieser Entwicklung von Anfang an einen schweren Stand.

3. Oktober 1963

HONDURAS
STURZ VILLEDA MORALES'
LOPEZ AVELLANO

In Honduras wird Präsident Villeda Morales durch den Staatsstreich einer Militärjunta gestürzt, die die Regierungsgewalt im Lande übernimmt. Zwei Tage später wird Oberst Osvaldo López *Avellano* vorläufig Staatsoberhaupt. Er bildet eine neue Regierung aus parteifreien Mitgliedern. Die USA werden daraufhin vorübergehend ihre Militär- und Wirtschaftshilfe unterbrechen, allerdings nur bis zum 14. Dezember 1963. Am 13. Oktober, also zehn Tage nach dem Staatsstreich, wird Honduras die Beziehungen zu Kuba abbrechen.

BRUCH MIT KUBA

4. Oktober 1963

KUBA VERSTAATLICHT ZUCKERFARMEN
USA-EMBARGO

Auf Kuba werden auch die Farmen mittlerer Größe verstaatlicht mit dem Erfolg, daß die Insel binnen kurzer Zeit ihren Zuckerexportverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann und wirtschaftlich nicht mehr lebensfähig ist. Kredite der UdSSR und der COMECON-Mitgliedstaaten müssen den Ausgleich schaffen. Die USA haben ihr Embargo gegen Kuba am 3. Februar 1963 verschärft und setzen auch die Luftaufklärungsflüge über der Insel fort.

8. Oktober 1963

SYRIEN—IRAK MILITÄRUNION
SPALTUNG DER BATH-PARTEI

Syrien und der Irak (vgl. 8. Februar 1963) schließen eine Militärunion, nachdem bereits am 2. September eine Wirtschaftsunion vereinbart wurde. Gleichzeitig bestimmt in Damaskus der Kongreß der Bath-Partei die künftige Politik der beiden Länder, in der die Sozialisierung der Produktionsmittel und der Landwirtschaft einen Schwerpunkt bilden soll. Doch wird sich an diesen Programmpunkten die Bath-Partei in einen radikal-sozialistischen und einen panarabischen Flügel spalten. Der syrische Ministerpräsident al-Bitar gehört dem letzteren an.

10. Oktober 1963

UGANDA REPUBLIK

Der ostafrikanische Staat Uganda erklärt sich ein Jahr nach Erlangung der Unabhängigkeit zur Republik, bleibt aber Mitglied des britischen Commonwealth of Nations. Der Kabaka von Bu-

ganda, Mutesa II., wird Staatsoberhaupt. Milton Obote bleibt weiterhin Regierungschef und weiß sich trotz der fortgesetzten Quertreibereien Bugandas gegen die Zentralregierung zu behaupten.

MUTESA II.
MILTON OBOTE

12. Oktober 1963

Auf dem Hohen Meißner, südöstlich von Kassel, führen zum 50. Jahrestag des Meißnerfestes von 1913 (vgl. 11./13. Oktober 1913) 26 junge Bünde der deutschen Jugendbewegung ein lebendiges, stilvolles Lager durch. Es wirkt wie ein letztes Aufflammen dieser so kennzeichnend deutschen Lebensform, die dann in den folgenden Jahren rasch nahezu ganz zum Erlöschen kommen wird. Noch einmal zeigt sich, welche Aufgabe der Jugend in einem Volke zukommen könnte, um das gesamte Volk innerlich jung zu erhalten.[38]

WESTDEUTSCHLAND
JUGENDBEWEGUNG
HOHER MEISSNER

15. Oktober 1963

Die Räumung Bisertas (Tunesien) von französischen Truppen wird abgeschlossen. Sie ist von Frankreich am 20. Juli 1962 nach Beendigung des Algerienkrieges zugestanden worden und stellt die letzte Stufe der endgültigen und vollständigen Unabhängigkeit Nordafrikas dar. Am 2. März 1963 hat Tunesien in einem Abkommen mit Frankreich den Ankauf von Landbesitz französischer Siedler geregelt.

TUNESIEN
FRANKREICH
RÄUMUNG BISERTAS

Im westdeutschen Teilstaat tritt Konrad Adenauer als Bundeskanzler zurück. Sein Nachfolger wird der bisherige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard. Damit beginnt eine Entwicklung, die in den folgenden zehn Jahren die politische Stärke des westdeutschen Teilstaates ständig schwinden lassen und zudem seine schrittweise Lösung aus dem westlichen Bündnissystem zugunsten einer zunehmenden Unterwerfung unter den Sowjetimperialismus einleiten wird, da die erforderliche Kraft zur Behauptung einer echten Neutralität bei weitem nicht ausreicht.

WESTDEUTSCHLAND
RÜCKTRITT ADENAUERS
LUDWIG ERHARD

17. Oktober 1963

Rumänien und der westdeutsche Teilstaat vereinbaren in Bukarest in Form eines Protokolls die Errichtung gegenseitiger Handelsvertretungen. Dabei billigt die rumänische Delegation, daß die westdeutsche Handelsvertretung auch die Handelsinteressen West-Berlins mit wahrnimmt. Trotz der grundlegenden Umwälzungen in beiden Ländern seit 1944/45 spielt bei dieser Vereinbarung die Erinnerung an den umfassenden deutsch-rumänischen Handels- und Wirtschaftsvertrag vom 23. März 1939 (vgl. dort) mit. Rumänien ist wirtschaftlich zu weit entwickelt, um sich reibungslos in die Ostblockwirtschaft einzufügen.

RUMÄNIEN—WESTDEUTSCHLAND
HANDELSVERTRETUNGEN

18. Oktober 1963

GROSS-BRITANNIEN SITTEN-SKANDAL REGIERUNGS-WECHSEL

Aufgrund eines Sittenskandals in London, in den der britische Heeresminister Profumo und der russische Militärattaché Iwanow verwickelt sind, tritt die Regierung Macmillan zurück. Der bisherige Außenminister Lord Home bildet zwei Tage später ein neues, ebenfalls konservatives Kabinett. Er wird sich künftig — unter Verzicht auf seinen Adelstitel — Sir Alec Douglas-Home nennen.

23. Oktober 1963

DAHOME RÜCKTRITT MAGAS REGIERUNG SOGLO

In Dahome wird der Präsident Hubert Maga von den Gewerkschaften und von den Streitkräften zum Rücktritt gezwungen. Der „Chef des Generalstabes“ (!) Soglo übernimmt die Regierungsgewalt. Seine erste Amtshandlung ist die Auflösung des Parlaments. Dahome wird eines der ersten Länder in Afrika, in denen der außenpolitische Einfluß der Chinesischen Volksrepublik maßgeblich ist (vgl. 12. November 1964).

30. Oktober 1963

MAROKKO—ALGERIEN WAFFENSTILL-STANDS-ABKOMMEN VON BAMAKO

Nachdem es zwischen Marokko und Algerien seit dem 6. Juli 1963 zu Grenzzwischenfällen (vgl. 17. Mai 1963) und seit dem 8. Oktober zu schweren Grenzkämpfen kam, kommt durch Vermittlung Äthiopiens und Malis ein Waffenstillstandsabkommen zustande, das von König Hassan II. und Ben Bella in Bamako unterzeichnet wird. Die beiden Vermittlerstaaten übernehmen die Kontrolle über eine entmilitarisierte Zone beiderseits der Grenze, deren endgültige Regelung später durch ein Schiedsgericht der OUA getroffen werden soll (vgl. 20. Februar 1964).

2. November 1963

SÜDVIETNAM BUDDHISTEN-AUFSTAND TOD NGO DINH DIEMS

Nachdem in Südvietnam bereits seit dem Mai ein Aufstand der Buddhisten gegen die Diktatur der katholischen Familie Ngo schwelt, mit Selbstverbrennungen buddhistischer Mönche und Nonnen als Demonstrationsmittel, stürzt eine Militärjunta unter Führung von General Duong van Minh die Regierung. Der Präsident Ngo Dinh Diem wird dabei getötet. Die Schwäche seiner häufig wechselnden Nachfolger wird dazu führen, daß die USA sich in den folgenden zehn Jahren immer stärker militärisch im Vietnamkonflikt engagieren.

8. November 1963

USA

Der Staatssekretär (Außenminister) der USA, Dean Rusk, erklärt die Anwesenheit von USA-Truppen in *Süd-Vietnam* als Folge der kommunistischen Aggression aus Nord-Vietnam. Eine Neu-

tralität Süd-Vietnams setze voraus, daß das Land wirklich unabhängig und gegen Angriffe von außen gesichert sei (vgl. 2. November 1963). Tatsächlich ist durch den Umsturz in Süd-Vietnam die Verteidigungspolitik der USA in Südostasien in Frage gestellt.

INTERVENTION IN SÜDVIETNAM

12. November 1963

Kambodscha verzichtet ausdrücklich auf amerikanische Militärhilfe (vgl. 20. August 1962) und ersucht gleichzeitig um französische und chinesische Hilfe. Prinz Sihanouk sagt: „Amerikaner will ich nicht im Land haben; die ziehen den Kommunismus an wie der Zucker die Ameisen." Er will lieber selbst und in Frieden Verbindung zur Volksrepublik China pflegen, als sein Land zum Aggressionsziel werden lassen wie Laos und Südvietnam. Doch denken nicht alle so in seiner Regierung (vgl. weiter 12. Mai 1964).[39]

KAMBODSCHA LEHNT USA-MILITÄRHILFE AB

15. November 1963

Die argentinische Regierung unter dem Präsidenten Arturo Umberto *Illía*, der sein Amt am 12. Oktober angetreten hat, kündigt sämtliche Verträge mit in- und ausländischen Erdölgesellschaften in der Hoffnung, durch eigene staatliche Regie die Wirtschaftskrise beheben zu können. Die besonders betroffenen USA protestieren. Man fragt sich dort, wozu eigentlich Perón gestürzt wurde, wenn nun doch wieder ein wirtschaftsautarker Kurs gesteuert wird.

ARGENTINIEN KÜNDIGT ERDÖLGESELLSCHAFTEN

22. November 1963

Der Präsident der USA, John F. Kennedy, wird in Dallas anläßlich einer Besuchsreise ermordet. Ein sogleich ergriffener Täter, Lee Harvey Oswald, Kommunist und einige Zeit in der UdSSR gewesen, wird vor Abschluß der Ermittlungen, zwei Tage nach dem Attentat, ebenfalls erschossen werden, und zwar von einem Jack Ruby, dem sich sofort eine Vielzahl von Anwälten zur Verfügung stellt. Die tatsächlichen Zusammenhänge sind bis heute nicht aufgeklärt, auch durch die Warren-Kommission nicht. Nachfolger Kennedys wird der bisherige Vizepräsident Lyndon Baines *Johnson*.

USA KENNEDY ERMORDET TÄTER ERMORDET

26. November 1963

In Südkorea finden Parlamentswahlen statt, bei denen die Republikanisch-Demokratische Partei des General Park Tschung-hi die absolute Mehrheit der Sitze erhält. Park hat anderthalb Jahre zuvor, am 22. März 1962, vorläufig das Amt des zurückgetrete-

SÜDKOREA

WAHLSIEG PARK TSCHUNG-HIS

nen Staatspräsidenten Bo Sun übernommen. Er wurde am 15. Oktober 1963 offiziell zum Staatspräsidenten gewählt und wird am 17. Dezember, einen Tag nach Auflösung der Militärjunta, dieses Amt antreten. Seine autoritäre Amtsführung wird in der intellektuellen Schicht auf zunehmende Opposition stoßen.

28. November 1963

ALGERIEN— TUNESIEN ERDÖL-ABKOMMEN

Algerien und Tunesien schließen ein Abkommen über die gemeinsame Ausbeute algerischer Erdöl- und Erdgasvorkommen. Vorausgegangen ist am 1. September 1963 ein Abkommen über die Erweiterung der allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Damit sind die Spannungen überwunden, die aus der Forderung Tunesiens nach einem Anteil an der algerischen Sahara (den alten „Südterritorien") entstanden waren.

1. Dezember 1963

VENEZUELA PRÄSIDENTEN-WAHL LEONI

In Venezuela werden die Präsidentschaftswahlen durchgeführt, obgleich die von Kuba aus gesteuerten kommunistischen Banden mit Terrormaßnahmen gedroht haben. Anstelle des scheidenden Präsidenten Betancourt wird dessen engster Mitarbeiter Raul Leoni gewählt. Er wird sein Amt am 13. Februar 1964 antreten und im Sinne seines Vorgängers regieren.

3. Dezember 1963

OAS UNTERSUCHT SUBVERSION IN VENEZUELA

Der Rat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) setzt einen Untersuchungsausschuß ein, der die kommunistische Unterwanderung insbesondere Venezuelas von Kuba aus ans Licht bringen soll. Zuvor hat vom 11. bis 16. November der Wirtschafts- und Sozialrat der OAS in São Paulo konferiert und ebenfalls einen Ausschuß gebildet, dessen Aufgabe es sein soll, den Einfluß der USA bei der Verwendung der von diesen geleisteten Entwicklungshilfe einzuschränken. Man möchte über diese Gelder frei verfügen können.

4. Dezember 1963

UNO-SICHERHEITS-RAT WAFFEN-EMBARGO GEGEN SÜDAFRIKA

Der Sicherheitsrat der UNO verabschiedet eine Resolution, mit der ein Waffenembargo gegen *Südafrika* verhängt, d. h. also der Verkauf von Waffen an Südafrika verboten wird. Zwei Wochen später wird Südafrika aus der UNO-Unterorganisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) ausscheiden, da die übrigen Mitglieder gegen die weitere Mitgliedschaft Südafrikas protestieren (vgl. 7. August 1963).

6. Dezember 1963

Die südafrikanische Regierung erhebt das vom Bantustamm der Xhosa bewohnte Gebiet des Transkei nach langjähriger Vorbereitung und gründlicher Ausbildung des eingeborenen Verwaltungspersonals zur ersten Autonomen Region innerhalb Südafrikas mit eigenem Parlament. Weiße dürfen dort kein Land besitzen. Zur Entwicklung des Transkei steuert die südafrikanische Regierung im Rahmen eines Fünfjahresplanes 57 Millionen Pfund (650 Millionen DM) bei. Gesetze, die das Transkei-Parlament beschließt, bedürfen lediglich noch der Gegenzeichnung durch den Präsidenten der Republik.[40]

SÜDAFRIKA AUTONOME REGION TRANSKEI

10. Dezember 1963

Die ostafrikanische Insel *Sansibar* erhält ihre Unabhängigkeit und bleibt Mitglied des britischen Commonwealth of Nations. Bereits seit dem 1. Juli 1963 ist der Sultan Sajid Dschamschid ibn 'Abd Allah Staatsoberhaupt, wird es aber aufgrund des rasch sinkenden Einflusses des Islam und starker Kuba-kommunistischer Agitation und Subversion in einer um das fünffache überlegenen Suahelibevölkerung nur noch einen Monat lang sein (vgl. 12. Januar 1964).

SANSIBAR UNABHÄNGIG

12. Dezember 1963

Der ostafrikanische Staat Kenia erhält seine Unabhängigkeit im Rahmen des britischen Commonwealth of Nations. Gouverneur Macdonald bleibt Vertreter der britischen Krone, Jomo Kenyatta (vgl. 1. Juni 1963) Ministerpräsident. Er wird zwei Wochen später in der Grenzzone zu Somalia den Ausnahmezustand verhängen. Zwar hat Sansibar auf die Oberherrschaft in dem Küstenstreifen verzichtet, die noch auf die Zeit der Sultane von Oman zurückging, aber dafür unterstützt Somalia die Unruhen der Somalis im nördlichen Grenzbezirk.

KENIA UNABHÄNGIG KENYATTA MINISTER-PRÄSIDENT

17. Dezember 1963

Erstmalig seit Errichtung der Berliner Mauer werden für die Dauer der Weihnachtszeit Verwandtenbesuche von West-Bernern in Ost-Berlin (nicht umgekehrt) gestattet, und zwar aufgrund eines besonderen Passierscheinverfahrens, das in einem Protokoll zwischen dem West-Berliner Senat und den Behörden des mitteldeutschen Sowjetsatelliten ausgehandelt wurde. 1,2 Millionen Passierscheine werden ausgegeben werden bis zum 5. Januar 1964. Dann sind die Übergänge wieder geschlossen.

BERLIN PASSIER-SCHEINE WEST—OST

21. Dezember 1963

ZYPERN VERFOLGUNGS-WELLE GEGEN TÜRKEN MAKARIOS

Auf der Insel Zypern beginnen griechische Freischärler der EOKA mit der Durchführung einer gewalttätigen Verfolgungswelle gegen den türkischen Bevölkerungsteil Zyperns, die von langer Hand vorbereitet ist. Zweieinhalb Wochen zuvor hat Makarios offiziell erklärt, daß er sich nicht mehr an die Verfassung und an das Zypernabkommen vom 19. Februar 1959 (vgl. dort) gebunden fühle. Britische Truppen werden am 30. Dezember die Überwachung einer neutralen Zone zwischen dem griechischen und dem türkischen Siedlungsgebiet übernehmen (vgl. 1. Januar 1964).

28. Dezember 1963

VATIKAN PAUL VI. EMPFÄNGT GRIECHISCH-ORTHODOXE DELEGATION

Papst Paul VI. (vgl. 21. Juni 1963) empfängt erstmalig nach einer Unterbrechung von 524 Jahren (Konzil von Florenz 1439) eine Delegation der Griechisch-orthodoxen Kirche, d. h. der Ostkirche, die in Konstantinopel das Erbe Ost-Roms angetreten hatte. Zuvor hat eine panorthodoxe Kirchenkonferenz am 29. September 1963 beschlossen, das Gespräch mit der Römisch-katholischen Kirche wieder aufzunehmen. Die erfolgreiche atheistische Agitation in den kommunistisch regierten Staaten wie auch die Auflösungserscheinungen im liberalen Westen zwingen zur Zusammenarbeit.

31. Dezember 1963

CHRUSCHTSCHOW AN ALLE REGIERUNGEN: GEWALT VERZICHT

Der Erste Parteisekretär und Ministerpräsident der UdSSR, Nikita Chruschtschow, wendet sich zum Jahresende an die Regierungschefs aller Staaten mit dem Vorschlag, ein internationales Abkommen über den *Verzicht auf Gewaltanwendung* zur Lösung territorialer Konflikte zu schließen. Gleichzeitig lehnt er eine Revision der durch den 2. Weltkrieg ausgelösten Grenzverschiebungen und veränderten Einflußzonen ab und erklärt die Frage einer Wiedervereinigung geteilter Länder zur Angelegenheit der betroffenen Völker. Gemeint ist damit nur der jeweils kommunistische Teil dieser Völker.

1964

1. Januar 1964

Nachdem auf Zypern tags zuvor britische Truppen eine neutrale Zone zwischen griechischen und türkischen Siedlungen besetzt haben, um ein weiteres Abschlachten der Türken durch die EOKA zu verhindern, wendet sich Erzbischof Makarios offiziell an „alle Staatsoberhäupter" der Erde und kündigt den Garantie- und Allianzvertrag Zyperns mit Großbritannien, Griechenland und der Türkei (vgl. 19. Februar 1959) mit der Begründung, die Türkei habe sich in die inneren Angelegenheiten Zyperns eingemischt (!). Makarios scheint es darauf angelegt zu haben, die NATO zu spalten.

ZYPERN MAKARIOS KÜNDIGT GARANTIE-VERTRAG

Die Zentralafrikanische Föderation (vgl. 1. August 1953) löst sich auf, wie es dem Wunsche der eingeborenen Politiker von Nordrhodesien und Njassaland entsprechend auf der Konferenz von Victoria Falls beschlossen wurde (3. Juli 1963). Südrhodesien, das die Föderation erhalten wollte, findet bei der britischen Regierung kein Gehör. Diese verweigert sogar Südrhodesien die Unabhängigkeit, die sie Njassaland (Malawi) und Nordrhodesien (Sambia) noch im gleichen Jahre geben wird (vgl. 6. Juli 1964 und 24. Oktober 1964). Südrhodesien soll erst seine Eingeborenenpolitik ändern, d. h. die Weißen sollen sich unterwerfen. (Vgl. 13. April 1964.)

ZENTRAL-AFRIKANISCHE FÖDERATION AUFGELÖST GROSS-BRITANNIEN GEGEN SÜD-RHODESIEN

4. Januar 1964

Papst Paul VI. bricht zu einer Pilgerreise nach Israel und Jordanien auf, die u. a. auch zu Begegnungen mit dem griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem, Benediktos, und mit dem ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Athenagoras, führt. Der Papst wird von der arabisch-mohammedanischen Bevölkerung mit bemerkenswerter Sympathie begrüßt und von den Regierungen protokollarisch wie ein Staatsoberhaupt behandelt. Insbesondere König Hussein von Jordanien widmet sich ihm eingehend und aufmerksam.

PAPST PAUL VI. IN ISRAEL UND JORDANIEN

6. Januar 1964

Die britische Regierung gewährt ihrer mittelamerikanischen Besitzung Britsch-Honduras, zwischen Guatemala und Yukatan (Mexiko) an der Küste des Karibischen Meeres gelegen, die „innere Autonomie". D. h., das Land erhält eine Verfassung, ein Parlament mit zwei Kammern, ein eigenes Kabinett. Staatsoberhaupt bleibt die britische Krone, vertreten durch einen Gouver-

BRITISCH HONDURAS AUTONOM

neur. Erster Ministerpräsident wird George Price von der Vereinigten Volkspartei, die auch im folgenden Jahr, am 2. März 1965, die Wahlen zur Nationalversammlung gewinnen wird.

10. Januar 1964

PANAMA BRUCH MIT USA FLAGGENSTREIT

Die Regierung des mittelamerikanischen Staates Panama bricht die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab, nachdem es schon tags zuvor aus Anlaß eines Flaggenstreites in der Kanalzone dort zu schweren Unruhen gekommen ist. Bei den Kämpfen haben beide Seiten Tote zu beklagen. Der Sicherheitsrat der UNO tritt zusammen. Einem Schlichtungsausschuß der OAS wird bereits fünf Tage später, am 15. Januar, eine Einigung gelingen: es werden künftig in der Kanalzone beide Flaggen gehißt, die von Panama und die der USA. (Vgl. auch 24. September 1965.)

12. Januar 1964

SANSIBAR STURZ DES SULTANS KARUME PROKLAMIERT VOLKSREPUBLIK

Auf der ostafrikanischen Insel Sansibar wird im Rahmen eines von *kubanischen* Agenten angezettelten Pogroms gegen den arabischen und indischen Bevölkerungsteil der seit dem 1. Juli 1963 als Staatsoberhaupt amtierende Sultan Sajid Dschamschis ibn 'Abd Allah mitsamt seiner Regierung gestürzt. An seine Stelle tritt Schaich Obaid Karume, Führer der 1957 gegründeten Afro-Shirazi Party, die den schwarzen Bevölkerungsteil vertritt. Karume wird sechs Tage später die *Volksrepublik* Sansibar proklamieren. Am 8. März wird seine Regierung den gesamten Grundbesitz verstaatlichen (vgl. weiter 27. April 1964).

13. Januar 1964

KUBA — UDSSR CASTRO IN MOSKAU HILFE-GARANTIE

Fidel Castro, der kommunistische Regierungschef von Kuba, trifft zu einem zehntägigen Besuch in Moskau ein. Die Regierung der UdSSR wird ihm auf seinen Wunsch hin erneut die bereits am 24. Mai 1963 gegebene Garantie ihrer Hilfeleistung gegen eine etwaige militärische Intervention der USA bestätigen. Castro rechnet offenbar mit dieser Intervention, weil er annimmt, daß die USA die von Kuba gesteuerte kommunistische Subversion in Südamerika auf die Dauer nicht hinnehmen wird. Dennoch wird er nach seiner Rückkehr den USA die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen vorschlagen.

14. Januar 1964

ITALIEN SEGNI IN USA

Der italienische Staatspräsident Segni besucht den Präsidenten der USA Johnson im Zuge der Bemühungen Italiens um das Zustandekommen einer NATO-Atomstreitmacht, wie sie von den USA vorgeschlagen wurde. Die italienische Außenpolitik

verfolgt das Ziel einer Partnerschaft zwischen EWG und USA sowie der Schaffung eines vereinigten (auch politisch vereinigten) Europa innerhalb der NATO, das den USA ein gleichgewichtiger Partner sein könnte.

NATO-ATOM-STREITMACHT

15. Januar 1964

Der kanadische Ministerpräsident Pearson kommt zu einem Besuch nach Frankreich und führt mit de Gaulle Gespräche über die Beziehungen zum Ostblock und über die Vorgänge im Fernen Osten. Die beiden Politiker vereinbaren für die Zukunft regelmäßige Konsultationen. Damit hofft Pearson unter anderem auch, den von de Gaulle moralisch unterstützten Autonomiebestrebungen der Francokanadier in der Provinz Quebec den Wind aus den Segeln zu nehmen.

KANADA
PEARSON IN PARIS
DE GAULLE
QUEBEC

16. Januar 1964

Die Staatsoberhäupter bzw. Regierungschefs der Arabischen Liga beenden eine Zusammenkunft in Kairo, bei der, auf Einladung Abd en-Nassers, Gegenmaßnahmen gegen den Plan Israels erörtert wurden, das Jordanwasser zur Bewässerung des Negev-Gebietes abzuleiten. Doch ist man noch zu keinem konkreten Entschluß gekommen. Anfang September 1964 wird in Alexandrien und Anfang Januar 1965 wieder in Kairo weiter darüber verhandelt werden.

ARABISCHE LIGA
GIPFEL-KONFERENZ IN KAIRO
JORDANWASSER

21. Januar 1964

Unter Ausnutzung des allgemeinen Chaos, das der UNO-Krieg gegen Katanga im vormals belgischen Kongo angerichtet hat (vgl. 12. Dezember 1962, 14. Januar 1963), stacheln Christophe Gbenye und Pierre Mulele die im nördlichen Kasai und im Kwilu ansässigen Stämme zum blutigen Aufruhr auf. Ihre Banden terrorisieren die Bevölkerung und bedienen sich dabei des dort noch herrschenden fetischistischen Zauberglaubens, der auch Menschenopfer kennt. In Stanleyville und Paulis werden außer Regierungsbediensteten auch Weiße umgebracht. (Vgl. weiter 22. Juni 1964.)

KONGO
AUFRUHR IN NORD-KATANGA
GBENYE
MULELE

23./24. Januar 1964

Noch in Ostafrika stationierte britische Truppen müssen sowohl in Kenia als in Uganda Meutereien einheimischer Truppen dieser eben erst unabhängig gewordenen Staaten niederschlagen. Ursache der Meuterei ist hier wie dort das Begehren nach mehr Sold und schnellerer Beförderung bei totaler Verständnislosigkeit gegenüber den Startschwierigkeiten, denen so junge Staatswesen

KENIA
UGANDA
MEUTEREIEN

notwendig ausgesetzt sind. Eine Meuterei also der Primitiven, Teil der Tragödie verfrüht und unreif in die Unabhängigkeit entlassener Stämme. Man verspricht höheren Sold, und schon ist die Meuterei beendet.

27. Januar 1964

USA ATOM-RÜSTUNGSSTAND

Der Verteidigungsminister der USA McNamara gibt eine Erklärung über den Rüstungsstand der „strategischen Verteidigungskräfte" (gemeint sind die fernwirkenden Atomwaffen) ab. Das Programm sei soweit durchgeführt, daß die „vorgeplanten Ziele in der UdSSR" auch dann vernichtet werden könnten, wenn die USA zunächst „einen ersten, überraschenden Angriff hinnehmen müssen". Die Verteidigungsausgaben können nunmehr herabgesetzt werden. Das ist ein Argument für die Abrüstungsgespräche in Genf.

8. Februar 1964

LONDON ZYPERN-KONFERENZ SCHEITERT

In London scheitert die Zypern-Konferenz. Erzbischof Makarios hat den Plan Großbritanniens und der USA abgelehnt, die Aufrechterhaltung der Ordnung auf der Insel NATO-Streitkräften zu übertragen. Großbritannien benötigt Zypern als Truppenstützpunkt nicht mehr und wünscht sich der undankbaren Aufgabe dort als Friedenshüter zwischen Griechen und Türken zu entledigen. Die Angelegenheit wird nunmehr vor den Sicherheitsrat der UNO gebracht (vgl. 27. März 1964).

10. Februar 1964

TAIWAN BRUCH MIT FRANKREICH

CHINA

Die nationalchinesische Regierung Tschiang Kai-schek auf Formosa (Taiwan) bricht die Beziehungen zu Frankreich ab, nachdem die französische Regierung Ende Januar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Chinesischen Volksrepublik binnen drei Monaten angekündigt hat. De Gaulle begründet diesen Schritt mit der realpolitischen Feststellung, das kontinentale China müsse notwendigerweise einmal „in die Weltgemeinschaft zurückkehren, und Frankreich wolle ihm helfen, Kontakte aufzunehmen".

13. Februar 1964

GROSSBRITANNIEN WEISSBUCH ZUR VERTEIDIGUNG

Die britische Regierung veröffentlicht ein Weißbuch zur Landesverteidigung, das einen Schwerpunkt mit der unabhängigen britischen Kernwaffenstreitmacht setzt, und zwar vordringlich im Bereich der Flotte. Sie soll natürlich nur der Abschreckung dienen, und so gibt die Regierung gleichzeitig bekannt, die Produktion von spaltbarem Material (also der „Munition" für die Kern-

waffen) werde nunmehr eingeschränkt. Hier wird die Schizophrenie der abschreckenden Entspannung oder entspannten Abschreckung anschaulich demonstriert.

20. Februar 1964

Algerien und Marokko legen endgültig, auf der Grundlage des Waffenstillstandes vom 30. Oktober 1963, den seit dem Juli 1962 bestehenden Grenzkonflikt um das von Marokko beanspruchte Eisenerzlager bei Tindouf und Kohlevorkommen bei Colomb-Béchar bei. Die beiderseitige entmilitarisierte Zone bleibt bestehen.

ALGERIEN— MAROKKO GRENZ-KONFLIKT BEIGELEGT

22. Februar 1964

Die Regierung des vormals französischen Kongo (Brazzaville) mit Massamba Debat als Präsidenten und Pascal Lissouba als Ministerpräsidenten nimmt anläßlich eines Besuches Massamba Debats in Peking diplomatische Beziehungen zur Chinesischen Volksrepublik auf und schließt eine Reihe von Wirtschafts- und Kulturabkommen mit ihr. Vier Wochen später werden auch zur UdSSR diplomatische Beziehungen hergestellt. Doch laufen bei der Radikalisierung der kongolesischen Innenpolitik und blutigen Verfolgung gemäßigter Gruppen die chinesischen „Berater" den Sowjets den Rang ab.

KONGO (BRAZZAVILLE) CHINA UDSSR BEZIEHUNGEN

28. Februar 1964

Der dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag beendet einen Besuch in der UdSSR. Bei diesem Besuch wurde nicht nur eine Steigerung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vereinbart, sondern auch ein Abkommen unterzeichnet, das die beiderseitigen finanz- und vermögensrechtlichen Ansprüche in den von der UdSSR annektierten baltischen, westukrainischen und ostpreußischen Gebieten regeln soll. Der dänische Export in den Westen wird durch die EWG-Bestimmungen empfindlich eingeschränkt.

DÄNEMARK UDSSR WIRTSCHAFTS-BEZIEHUNGEN

EWG-FOLGE

6. März 1964

In Griechenland stirbt König Paul I., zwei Wochen nachdem er Georg Papandrëu von der bürgerlich liberalen Zentrumsunion erneut mit der Regierungsbildung beauftragt hat. Diese Partei konnte bei den Wahlen am 16. Februar 53,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Nachfolger Pauls wird sein Sohn Konstantin II., dem Papandrëu bereits ein Jahr später den Gehorsam verweigern wird (vgl. 15. Juli 1965).

GRIECHEN-LAND TOD PAULS I. KONSTANTIN II. PAPANDREU

BULGARIEN WESTDEUTSCHLAND WARENAUSTAUSCH

Zwei Wochen nach einem Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR schließt Bulgarien mit dem *west*deutschen Teilstaat ein Abkommen über Warenaustausch im Werte von jährlich 460 Millionen DM sowie über den entsprechenden Zahlungsverkehr und die beiderseitige Errichtung von Handelsniederlassungen.

8. März 1964

SAUDIARABIEN KUWAIT TEILUNG DER „NEUTRALEN ZONE"

Saudiarabien und Kuwait teilen unter sich durch Vertragsabschluß die „Neutrale Zone" auf, die 1922 durch Verträge mit dem Irak geschaffen wurde und in der seit 1948 die American Independent Oil Co. und die Getty Oil Co. im Konzessionesvertrag Öl gewinnen. Über die Ölvorkommen, ihre entscheidende Einnahmequelle, einigen sich die arabischen Staaten durchweg auf gütlichem Wege. Kuwait ist zudem in der Lage, mehreren anderen arabischen Staaten Darlehen zu gewähren, darunter (eine Woche nach dem Vertragsabschluß mit Saudiarabien) auch Ägypten.

SENEGAL SENGHOR IN GUINEA BEI TOURÉ

Der Staatspräsident von Senegal, Leopold S. Senghor, trifft zu einem Besuch in Guinea bei Sékou Touré ein und schlägt diesem eine Wirtschaftsunion zwischen Guinea, Mali, Mauretanien und Senegal vor. Doch gelangt er mit diesem Vorschlag bei Touré, dessen Mißtrauen an Verfolgungswahn grenzt und der zudem in sozialistischen Illusionen von einer klassenlosen Gesellschaft befangen ist, offensichtlich an die falsche Adresse.

9. März 1964

LIBYEN ERSUCHT UM AUFLÖSUNG DER STÜTZPUNKTE

Die libysche Regierung ersucht auf Veranlassung Ägyptens (VAR), also Nassers, die USA und Großbritannien, ihre militärischen Stützpunkte, die sie noch in Libyen unterhalten, aufzulösen. Beide Mächte werden der libyschen Bitte grundsätzlich zustimmen, wenn auch erst nach Ablauf eines halben Jahres, am 22. August.

13. März 1964

FRANKREICH ALGERIEN ATOMTESTGELÄNDE

In einem gemeinsamen Kommuniqué des französischen und des algerischen Staatspräsidenten, de Gaulles und Ben Bellas, wird Frankreich die weitere Verwendung seines Versuchsgeländes für nukleare Explosionen zugestanden, befristet bis zum 1. Juli 1967. Dafür wird sich Frankreich nicht in die eigentumsfeindliche Innenpolitik Ben Bellas einmischen. Bis zum 15. Juni 1964 wird Frankreich seine noch in Algerien unterhaltenen Garnisonen auflösen.

Der brasilianische Staatspräsident João Belchoir Marques Goulart verfügt eine Bodenreform zugunsten landloser Bauern und gleichzeitig auch die Verstaatlichung privater Ölraffinerien in Fortsetzung der Enteignung nordamerikanischer Unternehmen, die bereits 1962 begann. Goulart hebt außerdem das Verbot der Kommunistischen Partei auf und bemüht sich um eine Verfassungsänderung, die seine Wiederwahl ermöglichen soll. Doch damit wird er den Bogen überspannen (vgl. weiter 31. März 1964).

BRASILIEN GOULART BODENREFORM VERSTAATLICHUNG VON ÖLRAFFINERIEN

23. März 1964

König Konstantin von Griechenland (vgl. 6. März 1964), der soeben die Nachfolge seines Vaters angetreten hat, erklärt in seiner Thronrede, die Abkommen von Zürich und London, Zypern betreffend, hätten sich als undurchführbar erwiesen. Die griechische Regierung Papandrëu hat bereits am 12. März offiziell angekündigt, sie werde einer etwaigen Intervention der Türkei auf Zypern nicht untätig zusehen. Sie lehnt aber auch direkte Verhandlungen mit der Türkei und ebenso eine Vermittlung der NATO ab. Nur die UNO erkennt sie als zuständig an.

GRIECHENLAND KONSTANTIN ÜBER ZYPERNKONFLIKT

27. März 1964

Auf Beschluß des von Großbritannien angerufenen Sicherheitsrates der UNO übernehmen auf Zypern UNO-Truppen die Sicherungsaufgaben, die zuvor britischen Truppen oblagen. Das Ergebnis wird überzeugend sein: 1. Juni allgemeine Wehrpflicht der Griechen auf Zypern. 13. August: Der griechische General Grivas übernimmt den Oberbefehl über die zyprische Nationalgarde, die bereits eine Woche zuvor, am 6. August, die türkischen Ortschaften angegriffen und besetzt hat. Die Regierung Makarios verhängt über diese Ortschaften gleichzeitig eine Sperre der Lebensmittel- und Wasserzufuhr.

ZYPERN UNO-TRUPPEN GRIVAS BESETZT TÜRKISCHE ORTSCHAFTEN

LEBENSMITTELSPERRE

30. März 1964

In Chartum kommen die Verhandlungen zwischen Äthiopien und Somalia zum Abschluß, mit denen die Feindseligkeiten um das Ogaden-Gebiet (seit 8. Februar 1964) nach vergeblichen Vermittlungsversuchen der OUA einstweilen beigelegt werden. Beide Parteien kommen überein, ihre Truppen bis zu 15 Kilometer hinter die alte Grenze zurückzuziehen. Eine Einigung über die Zugehörigkeit des Ogadengebietes wird jedoch nicht erzielt.

ÄTHIOPIEN SOMALIA BEILEGUNG DES OGADENSTREITS

31. März 1964

Die brasilianische Armee stürzt unter dem Beifall der Massenmedien in den USA den Präsidenten Goulart und seine Regie-

BRASILIEN

STURZ GOULARTS

rung. Der Unwille der Offiziere (und der USA) richtet sich gegen die am 13. März (vgl. dort) verfügten Maßnahmen. Goulart flieht zwei Tage später nach Uruguay. Sein Sturz wurde durch den Widerstand einiger brasilianischer Bundesstaaten vorbereitet, als deren Wortführer Carlos Lacerda auftrat.

2. April 1964

ÖSTERREICH REGIERUNG KLAUS

In Österreich bildet Josef Klaus von der Österreichischen Volkspartei eine neue Koalitionsregierung, nachdem das Kabinett Gorbach am 25. Februar zurückgetreten ist. Anlaß zu dem Rücktritt waren parteiinterne Differenzen in der ÖVP, die auch durch die neue Regierungsbildung nicht gänzlich ausgeräumt werden können. Doch bleibt der außenpolitische Kurs der gleiche wie bisher: Neutralität, Zusammenarbeit mit der EWG und Verhandlungen mit Italien über Südtirol.

3. April 1964

HAITI DUVALIER PRÄSIDENT „AUF LEBENSZEIT"

François Duvalier, der Präsident von Haiti aus eigener Machtvollkommenheit, läßt bekanntgeben, daß er sich *als auf Lebenszeit gewählt* betrachte, und beruft sich dabei auf den „Volkswillen", dem er durch den nackten Terror seiner „Leibgarde" entsprechend nachhilft. Eine Verfassung gibt es schon lange nicht mehr, und das *jährliche* Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung von Haiti ist unter Duvaliers „Regierung" auf unter 60 Dollar gesunken. Den größten Teil des Ernteertrages der Kleinstbauern schöpfen die Priester des Voudou-Kultes ab, den der „Präsident" fördert, da er daran partizipiert.[1]

5. April 1964

USA TOD MACARTHURS

In den USA stirbt General Douglas MacArthur (geb. 1880), Oberkommandierender der USA im Pazifik- und im Koreakriege und Kronzeuge aus eigenstem Erleben für die antiamerikanische, prokommunistische Politik der Präsidenten Roosevelt und Truman im Fernen Osten. Er hinterläßt seine historisch und politisch gleich bedeutsamen Aufzeichnungen seinem Sohn gleichen Namens, Douglas MacArtur (II), damals US-Botschafter in Brüssel, später parlamentarischer Staatssekretär im State Department.[2]

6. April 1964

ITALIEN SARAGAT IN ÄGYPTEN

Der italienische Außenminister, Guiseppe Saragat, kehrt von einem Besuch in Ägypten (VAR) zurück, wo er Gespräche über wirtschaftliche und technische Hilfe für Ägypten geführt hat. Den Hintergrund bildet eine zwanzigprozentige Kapitalbeteili-

gung der italienischen staatlichen Ölagentur an der International Egyptian Oil Company.

9. April 1964

AFRIKA TREFFEN DER STAATSCHEFS DER FRANKOPHONEN

Auf Einladung des Staatspräsidenten der Elfenbeinküste Félix Houphouet-Boigny treffen die Staatschefs von Guinea (Sékou Touré), Mali (Modibo Keita), Obervolta (Maurice Yaméogo) und Niger (Hamani Diori) in Bouaké zusammen, um die Zusammenarbeit unter den Französisch sprechenden Staaten Afrikas zu erörtern und dem RDA (Rassemblement Démocratique Africain, vgl. 18. Oktober 1946) eine neue Grundlage zu geben, den veränderten Verhältnissen angepaßt. Dabei versucht Houphouet-Boigny, in Sorge um den wachsenden Einfluß der Chinesischen Volksrepublik, mäßigend auf Guinea und Mali einzuwirken.

11. April 1964

BRASILIEN REGIERUNG CASTELLO BRANCO BRUCH MIT KUBA

In Brasilien (vgl. 31. März 1964) übernimmt General Humberto Castelo Branco die Regierung. Er erfreut sich starker Sympathien in den USA, wird in den folgenden Wochen die Beziehungen zu Kuba abbrechen, etwa 500 brasilianischen Politikern ihre politischen Rechte entziehen, Offiziere entlassen, die den geflohenen Expräsidenten Goulart unterstützt haben, und alle der kommunistenfreundlichen Subversion Verdächtigen verhaften bzw. deportieren lassen. (Vgl. weiter 5. Oktober 1964.)

13. April 1964

RHODESIEN SMITH MINISTERPRÄSIDENT

In Südrhodesien (vgl. 1. Januar 1964) wird Ian Smith Ministerpräsident. Seit Auflösung der Zentralafrikanischen Föderation tritt er mit seiner Rhodesian Front Party für die — von Großbritannien verweigerte — Unabhängigkeit Südrhodesiens ein. Smith stammt aus einer schottischen Familie und wurde im 2. Weltkrieg als britischer Jagdflieger über Afrika abgeschossen. Er bemüht sich um Loyalität gegenüber Großbritannien, solange es möglich ist, wird aber nicht die Zukunft der weißen Bevölkerung Rhodesiens dem schicken Selbstmordtrend und kolonialen Reuekomplex der Nachkriegsengländer opfern.[3]

20. April 1964

USA AUSSENPOLIT. ERKLÄRUNG JOHNSONS

In den USA gibt Präsident Johnson eine außenpolitische Grundsatzerklärung ab, in der zwar weiterhin Widerstand gegen die Expansionsbestrebungen der kommunistischen Mächte, Kampf für die Freiheit im Fernen Osten und Unterstützung der neu gebildeten Staaten in Asien und Afrika, andererseits aber auch Bemühungen um einen dauerhaften Frieden speziell durch Ver-

besserung der Beziehungen zur UdSSR angekündigt werden. Wie das miteinander zu vereinbaren sein soll, bleibt das Geheimnis der Staatskunst Johnsons.

UDSSR ERKLÄRUNG CHRUSCHTSCHOWS PLUTONIUM „ENTSPANNUNG"

Gleichzeitig mit der außenpolitischen Grundsatzerklärung des amerikanischen Präsidenten Johnson (siehe oben) wird auch eine Erklärung Chruschtschows bekanntgegegeben, die besagt, die UdSSR werde die Erzeugung von spaltbarem Material für Atomwaffen drosseln und den Bau von zwei zur Plutoniumgewinnung bestimmten Reaktoren einstellen. Diese Entspannungsgeste ist weitgehend durch die wachsende Spannung zu China zu erklären, die ein halbes Jahr später zum Sturze Chruschtschows führen wird.

27. April 1964

TANSANIA (TANGANJIKA PLUS SANSIBAR)

Julius Nyerere, der Präsident des ostafrikanischen Staates Tanganjika (unabhängig seit 1961), und Karume, Staatspräsident der Volksrepublik Sansibar (vgl. 12. Januar 1964), schließen ihre beiden Staaten zu einer Union zusammen, die am 29. Oktober den Namen *Tansania* annehmen wird. Präsident dieser Union wird Nyerere, Vizepräsident Karume, dessen Osthörigkeit die neue Union in beträchtliche außenpolitische Schwierigkeiten bringen wird. (Vgl. auch 20. Februar 1965.)

4. Mai 1964

GENF KENNEDY-RUNDE

In Genf beginnt im Rahmen des GATT (vgl. 31. Oktober 1947) die sogenannte Kennedy-Runde, d. h. die Verhandlungen um eine weitere Stufe der Zollsenkungen sowie Abbau nicht zollbedingter Handelshemmnisse, die zunehmend an die Stelle der Zollschranken getreten sind. In bezug auf den Agrarexport aus den USA bestehen Interessengegensätze zwischen diesen und der EWG und erschweren eine Einigung.

12. Mai 1964

KAMBODSCHA RUFT SICHERHEITSRAT UNO AN SIHANOUK IN FRANKREICH

Kambodscha beschuldigt die USA und Südvietnam, deren Truppen bei der Verfolgung von Vietkong-Einheiten mehrfach kambodschanisches Gebiet berührt haben, der Aggression und ruft deswegen den Sicherheitsrat der UNO an. Norodom Sihanouk, der Staatspräsident und frühere König von Kambodscha, wird am 24. Juni nach Frankreich reisen und dort die Zusicherung militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung erhalten, ohne daß daran irgendwelche politischen Bedingungen geknüpft werden.

Tunesien enteignet die französischen Grundbesitzer im Widerspruch zu einem Abkommen mit Frankreich vom 2. März 1963, das den Ankauf des Grundbesitzes französischer Siedler durch die tunesische Regierung vorsah. Die plötzliche Enteignung erfolgt zunächst entschädigungslos. Erst ein halbes Jahr später wird (am 15. Oktober 1964) wenigstens denjenigen Siedlern, die eigenes Kapital investiert haben, eine Entschädigung zugestanden werden (vgl. 15. Oktober 1963).

TUNESIEN ENTEIGNET FRANZÖSISCHEN GRUNDBESITZ

13. Mai 1964

In Ägypten (VAR) wird in Gegenwart des Ministerpräsidenten der UdSSR Chruschtschow der erste Bauabschnitt des Nil-Staudammes von Assuan eingeweiht. Er ist mit sowjetischer Hilfe fertiggestellt worden. Chruschtschow hält eine Rede und greift darin den arabischen Nationalismus an. An seine Stelle müsse die Einheit der arbeitenden Klasse treten (gemeint ist die Anerkennung der UdSSR als Führungsmacht). Abd en-Nasser wird sich daraufhin nach einem Gegengewicht gegen den sowjetischen Einfluß noch weiter östlich umsehen. (Vgl. 21. Dezember 1964.)

ÄGYPTEN ASSUAN-STAUDAMM CHRUSCHTSCHOW GEGEN ARABISCHEN NATIONALISMUS

14. Mai 1964

Im Haag erklärt der Ministerrat der NATO im Rahmen seiner Tagung dort, die westdeutsche Bundesregierung sei die allein rechtmäßige deutsche Regierung. Bei dieser Auffassung werden die NATO-Minister kein weiteres Jahrzehnt mehr bleiben, da die westdeutsche Bundesregierung selbst den Anspruch auf ihre Alleinvertretung des deutschen Volkes aufgeben wird.

HAAG NATO-MINISTERRAT ÜBER DEUTSCHLAND

Der Außenhandelsminister der UdSSR, Anastas Mikojan (zwei Monate später wird er Staatsoberhaupt sein), trifft zu einem Besuch in Japan ein. Bei dieser Gelegenheit fordert der japanische Ministerpräsident Hayato Ikeda (seit 15. Juli 1960) erneut einen Friedensvertrag mit der UdSSR und die Rückgabe der Kurilen-Inseln Habomai und Schikotan. Die UdSSR wird diese Forderung am 15. September ablehnen mit der Begründung, die Inseln würden bei Rückgabe dem „US-Imperialismus" als strategische Basen gegen die UdSSR dienen.

UDSSR MIKOJAN IN JAPAN KURILEN

27. Mai 1964

In Neu-Delhi stirbt Pandit Jawaharlal Nehru, Indiens Ministerpräsident, Außenminister und Führer der National-Kongreß-Partei, Initiator der Bandung-Konferenz als Gremium einer dritten Kraft zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Mit ihm verliert die internationale Politik einen hervorragenden Kopf, eine echte Führungskraft und eine der letzten Persönlich-

INDIEN TOD NEHRUS NACHFOLGER SHASTRI

keiten, auf die das Wort „Staatsmann“ noch anwendbar ist. Nachfolger als indischer Ministerpräsident und Parteiführer wird am 2. Juni Lal Bahadur Shastri. Er wird zum Jahresende (30. Dezember) alle Führer des indischen Kommunismus verhaften lassen.

1. Juni 1964

ISRAEL ESCHKOL IN WASHINGTON STATUS QUO IM ORIENT

Der Ministerpräsident Israels, Eschkol, trifft zu einem Besuch in den USA ein. Er wird dort die Zusage erhalten, daß die USA ein Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo im Vorderen Orient, also auch an der Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen Israels, haben. Um den Nahen Osten gegen kommunistische Einflüsse immun zu machen, drängen die USA auf einen Ausgleich der israelisech-arabischen Spannungen. Drei Tage später, am 4. Juni, wird Israel ein Handelsabkommen mit der EWG schließen, das ihm Zollkonzessionen für die Ausfuhr seiner Produkte in EWG-Länder einbringt.

USA—RUMÄNIEN HANDELS-ABKOMMEN

In Washington unterzeichnet eine Delegation aus Rumänien ein Handelsabkommen mit den USA, das den Warenaustausch und die Auswertung von Patenten erheblich fördert. Beide Partner dieses Abkommens geben ihren diplomatischen Vertretungen den Rang von Botschaften. Bereits am 22. April hat das Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei dokumentiert, daß jeder kommunistische Einzelstaat das Recht habe, seine eigenen Interessen zu verfolgen.

5. Juni 1964

USA—TÜRKEI BRIEF JOHNSONS AN INÖNÜ „ENTSPAN-NUNG“ SCHWÄCHT NATO

Der Präsident der USA, Johnson, schreibt dem türkischen Ministerpräsidenten Inönü, die USA und die NATO seien nicht eo ipso verpflichtet, der Türkei militärischen Beistand zu leisten, wenn diese durch eine Intervention auf Zypern (zum Schutze der türkischen Minderheit dort) ein Eingreifen der UdSSR verursache. Das bedeutet, daß es dem Erzbischof Makarios gelungen ist, durch seine Anlehnung an die UdSSR den Zusammenhalt in der NATO aufzulösen. Die Türkei muß nun ihrerseits ihre Beziehungen zur UdSSR zu verbessern suchen. Das hat Johnson mit seinem Brief zweifellos auch beabsichtigt.

11. Juni 1964

WESTDEUTSCH-LAND ERHARD IN NEW YORK VOR DEM CFR

In New York erklärt der westdeutsche Bundeskanzler Erhard in einer Rede vor dem CFR (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „CFR“), das Münchner Abkommen von 1938 (vgl. 30. September 1938) sei nicht mehr „existent“ und der westdeutsche Teilstaat „habe keine territorialen Forderungen“ gegenüber der

CSR. Der Sozialdemokrat Kurt Schumacher hätte eine solche Erklärung sicherlich nicht abgegeben, schon gar nicht vor dem CFR, aber der ist schon lange tot.

12. Juni 1964

MITTEL-DEUTSCHLAND —UDSSR FREUND-SCHAFTSAB-KOMMEN

Der mitteldeutsche Teilstaat schließt wieder einmal ein Freundschafts- und Beistandsabkommen mit der UdSSR und läßt sich von dieser die „Unantastbarkeit der Staatsgrenzen" garantieren. West-Berlin wird in dem Abkommen eine „selbständige politische Einheit" genannt. Auch werden die alten Vorschläge zu einer Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands unter sowjetischem Einfluß wiederholt. Nur von einem separaten Friedensvertrag ist nicht mehr die Rede.

15. Juni 1964

LAOS US-BOMBEN-ANGRIFFE AUF PATHET-LAO-STELLUNGEN

In Laos greifen amerikanische Bombenflugzeuge in der Ebene der Tonkrüge (Plaine des Jarres) Stellungen des kommunistischen Pathet Lao an, die dieser am 16. Mai den neutralistischen Truppen abgenommen hat. Vierzehn Tage später werden die Signatarmächte des Genfer Laosabkommens (vgl. 21. Juli 1954) Feuereinstellung und Abzug des Pathet Lao aus allen seit dem 1. Februar 1964 besetzten Gebieten fordern. Diese Forderung wird der Pathet Lao am 1. Juli ablehnen, und die UdSSR wird am 3. Juli gegen die amerikanischen Bombenangriffe protestieren.

16. Juni 1964

GENF UNO-KONFERENZ HANDEL UND ENTWICKLUNG

ONE WORLD

In Genf wird die Konferenz der UNO über Handel und Entwicklung abgeschlossen, an der 120 Staaten sowie erstmalig auch die EWG, die EFTA und der COMECON teilgenommen haben. Es wurde unter anderem über die Finanzierung von Investitionen in den Entwicklungsländern verhandelt. Die Schlußakte der Konferenz betont die Notwendigkeit einer weltweiten Arbeitsteilung und empfiehlt den Abschluß eines internationalen Rohstoffabkommens, in dem die Industrienationen auf die Subventionierung von Grundstoffexporten künftig verzichten. Die Konferenz soll alle drei Jahre zusammentreten und als Organ einen ständigen Rat für Handel und Entwicklung erhalten.

20. Juni 1964

POLEN IV. PARTEITAG

GOMULKA

In Warschau geht der IV. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zu Ende. Nach schweren Auseinandersetzungen haben die stalinistischen Parteifunktionäre alle Führungspositionen räumen müssen. Aber auch der liberale Flügel konnte nur vier Sitze im Zentralkomitee behaupten, alle anderen nimmt die mittlere Fraktion unter Führung von Gomulka ein.

22. Juni 1964

KONGO NORDKATANGA

TERRORISTEN IN ALBERTVILLE

ABZUG DER UNO-TRUPPEN

Im vormals belgischen Kongo besetzen die Terrorbanden Christophe Gbenyes und Pierre Muleles (vgl. 21. Januar 1964) die Hauptstadt von Nordkatanga, Albertville. Weder die Truppen der „Regierung" in Leopoldville noch die der UNO können sie daran hindern. Die UNO hält es vielmehr nunmehr für an der Zeit, ihre Truppen aus dem Kongo zurückzuziehen, nachdem es gelungen ist, in Katanga ein blühendes Gemeinwesen zugrunde zu richten und einen funktionierenden Wirtschaftskörper zu zerstören. Bis zum 30. Juni werden ihre letzten Einheiten abgereist sein. Auch die „Regierung" Adoula wird zurücktreten. Das Chaos, das man angerichtet hat, bleibt nunmehr sich selbst überlassen. (Vgl. weiter 10. Juli 1964.)

27. Juni 1964

CHRUSCHTSCHOW IN SCHWEDEN UND NORWEGEN

Der Ministerpräsident der UdSSR Chruschtschow reist aus Schweden, wo er einen siebentägigen Staatsbesuch unternahm, nach Norwegen weiter. Er bezeichnet die schwedische Neutralitätspolitik als einen wertvollen Beitrag zur Stabilität in Nordeuropa. Tatsächlich kommt die schwedische Neutralität den sowjetischen Plänen in Nordeuropa sehr gelegen, und das entgegenkommende Verhalten der UdSSR gegenüber Finnland dient weitgehend der Erhaltung eben dieser schwedischen Neutralität.

30. Juni 1964

PALÄSTINA-FLÜCHTLINGE AUS ISRAEL

In den Nachbarstaaten Israels, insbesondere in Jordanien, sind bis zu diesem Tage insgesamt 1 246 585 arabische Palästinaflüchtlinge („Palästinenser") registriert. Sie können nicht ausreichend untergebracht und versorgt werden. Ihre Flüchtlingslager stellen riesenhafte Elendsquartiere dar. Ihre städtischen oder ländlichen Besitzungen sind in die Hände jüdischer Einwanderer in Israel übergegangen. 388 Städte und Dörfer, darunter Jaffa, Haifa, Acre, Lydda, Ramleh, Beisan, Majdal sind fast ganz von Arabern verlassen.[4]

2. Juli 1964

USA BÜRGERRECHTSGESETZ CHANCENGLEICHHEIT FÜR NEGER

Der Präsident der USA Johnson unterzeichnet das von seinem ermordeten Vorgänger Kennedy am 19. Juni 1963 dem Kongreß vorgelegte *Bürgerrechtsgesetz*. Es soll der Gleichberechtigung und Chancengleichheit der farbigen Bevölkerung dienen und verfügt im einzelnen ihre Zulassung und Bedienung in öffentlichen Einrichtungen, Aufhebung der Rassentrennung in den Schulen (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „Segregation"), verbesserte Be-

rufsausbildung und Bereitstellung von Arbeitsplätzen sowie einen Schlichtungsdienst in den Gemeinden mit weiß- und dunkelhäutiger Bevölkerung.

4. Juli 1964

Der Ministerpräsident der UdSSR, Chruschtschow, kehrt von einem sechstägigen Besuch in Norwegen aus Oslo zurück. Er hat dort u. a. eine gemeinsame Ausbeute der Bodenschätze Spitzbergens vorgeschlagen und damit an Vereinbarungen in den Vorjahren über ähnliche Gemeinschaftsprojekte angeknüpft. Norwegen hatte im Februar 1963 aus dem Scheitern der britischen Beitrittsverhandlungen zur EWG die entsprechenden Konsequenzen gezogen und sich dem Osten zugewandt.

UDSSR CHRUSCHTSCHOW IN NORWEGEN GEMEINSCHAFTSPROJEKTE EWG

Frankreich schließt mit seiner ehemaligen Kolonie Kambodscha einen Wirtschafts- und Finanzvertrag und räumt dem Lande Kredite in Höhe von 160 Millionen Neuen Franc ein. Bereits vorher, am 3. April 1964, hat Frankreich zugesagt, es werde sich für die Einberufung einer internationalen Konferenz einsetzen, bei der die Neutralität Kambodschas angesichts des Bürgerkriegs in Vietnam und Laos bestätigt bzw. garantiert werden soll. Sihanouk hat eine solche Konferenz bereits am 20. August 1962 vorgeschlagen.

KAMBODSCHA-FRANKREICH WIRTSCHAFTSVERTRAG KREDITE NEUTRALITÄT

In London unterzeichnen die britische Regierung, Vertreter der zur Südarabischen Föderation zusammengeschlossenen (vgl. 11. Februar 1959) Sultanate und Adens ein Abkommen, in dem die Unabhängigkeit dieser Gebiete seitens Großbritanniens für spätestens das Jahr 1968 zugesagt wird. Dabei soll Aden dann die gleichen Rechte erhalten wie die anderen Kleinstaaten dieses bisherigen britischen Protektoratsgebietes. Doch wird es bei dieser Entwicklung noch Rückschläge geben (vgl. 25. September 1965).

LONDON SÜDARABIEN ADEN ABKOMMEN ÜBER KÜNFTIGE UNABHÄNGIGKEIT

6. Juli 1964

Die britische Regierung gewährt Njassaland in Ostafrika die Unabhängigkeit. Das Land gibt sich den Namen Malawi und verbleibt als Monarchie im britischen Commonwealth of Nations. Staatsoberhaupt bleibt also die Königin von Großbritannien. Das Parlament hat nur eine Kammer mit 53 Sitzen. Ministerpräsident bleibt Hastings Banda, der sein Land von Ostbindungen ebenso frei hält wie von panafrikanischen Wunschvorstellungen. Gegen eine osthörige Minderheit im Kabinett weiß er sich durchzusetzen.

MALAWI (NJASSALAND) UNABHÄNGIG HASTINGS BANDA

9. Juli 1964

BULGARIEN-GRIECHENLAND NORMALISIERUNG DER BEZIEHUNGEN

Bulgarien und Griechenland unterzeichnen in Athen ein Abkommen über die Regelung des Zahlungsverkehrs sowie über die Normalisierung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, die durch die Einmischung Bulgariens in den griechischen Bürgerkrieg von 1946—49 gestört wurden. Hinsichtlich der Verwaltung der Grenzbezirke einigt man sich auf künftige Zusammenarbeit.

10. Juli 1964

KONGO TSCHOMBÉ MINISTERPRÄSIDENT

Moise Tschombé (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II), der von der machtlosen Regierung Adoula am 26. Juni aus dem Exil in den vormals belgischen Kongo zurückgerufen wurde, wird vom Präsidenten Kasavubu als Ministerpräsident vereidigt. Seit seiner Rückkehr hat er sich bemüht, die nichtradikalen Parteien in dem nicht von den Aufständischen besetzten Teil des Kongo für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Anfang August wird er die USA und Belgien um militärische Hilfe gegen die Aufständischen (vgl. 21. Januar 1964, 22. Juni 1964) ersuchen und damit Protestnoten Pekings und Moskaus auslösen (vgl. 24. Nov. 1964).

15. Juli 1964

UDSSR MIKOJAN STAATSOBERHAUPT BRESCHNEW 2. SEKRETÄR

Anastas Mikojan wird Staatsoberhaupt der UdSSR. Sein Vorgänger, Leonid Breschnew, soll sich „ausschließlich dem Amt des 2. Sekretärs des Zentralkomitees widmen", offensichtlich um sich auf das Amt des Ersten Sekretärs vorzubereiten (vgl. 14. Oktober 1964). Für Breschnew war die Position des Staatsoberhauptes lediglich ein Warteposten auf dem Wege zur eigentlichen Macht.[5]

17. Juli 1964

AFRIKA OUA-KONFERENZ IN KAIRO

In Kairo beginnt eine viertägige Konferenz der afrikanischen Staats- und Regierungschefs (natürlich ohne Südafrika und Südrhodesien), bei der die vielfachen Gegensätze zwischen und auch innerhalb der selbständig gewordenen und zum Teil hilflos sich selbst überlassenen Staaten zutage treten. Insbesondere die noch im Fluß befindliche Entwicklung im ehemals belgischen Kongo, die Einsetzung Tschombés zum Ministerpräsidenten dort eine Woche zuvor führt zu heftigen Meinungsverschiedenheiten. Aber immerhin werden die bestehenden Grenzen anerkannt und Kenia und Malawi in die OUA aufgenommen.

SÜDTIROL

In Mailand werden der Südtiroler Sprengstoffattentäter Josef Kerschbaumer und seine Kameraden zu Freiheitsstrafen verurteilt. Ihre Absicht war es, durch ihre Anschläge die Aufmerksam-

keit der Weltöffentlichkeit darauf zu richten, daß den Südtirolern immer noch das Selbstbestimmungsrecht über ihre Staatszugehörigkeit vorenthalten wird. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der italienischen und der österreichischen Regierung war für die Betroffenen enttäuschend.

PROZESS IN MAILAND KERSCHBAUMER

19. Juli 1964

König Hassan II. von Marokko und die Staatspräsidenten von Algerien und Tunis, Ben Bella und Burgiba, vereinbaren in Kairo anläßlich der afrikanischen Gipfelkonferenz (vgl. 17. Juli 1964) eine schrittweise Vereinigung der drei Maghrebstaaten. Sie wird zehn Jahre später ebensowenig verwirklicht sein wie alle anderen Fusionspläne zwischen arabischen Staaten, allen voran die „VAR". Das Bewußtsein der Gemeinsamkeit erweist sich stets als nicht stark genug, um die mühsam errungene Selbständigkeit der einzelnen Staaten zu überwinden.

MAGHREB-GIPFEL-KONFERENZ IN KAIRO

26. Juli 1964

In Washington geht die IX. Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu Ende. Die Außenminister der Mitgliedstaaten haben festgestellt, daß die Einmischung der kubanischen Regierung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas (gemeint ist die kommunistische Subversion dort) alle Mitglieder angeht und haben den Abbruch der diplomatischen und Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba empfohlen. Auch wird „kollektive Notwehr" einschließlich Waffengewalt vorgesehen. 15 Staaten haben dieser Resolution zugestimmt, Bolivien, Chile, Mexiko und Uruguay *nicht* (vgl. 3. August 1964).

WASHINGTON IX. OAS-KONFERENZ RESOLUTION BRUCH MIT KUBA

31. Juli 1964

Der rumänische Ministerpräsident Ion Georghe Maurer (seit 1961) kehrt von einem fünftägigen Staatsbesuch in Frankreich zurück. Er hat mit der französischen Regierung eine verstärkte Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet vereinbart. Die Reise unterstreicht den Anspruch Rumäniens, eine selbständige Außenpolitik, unabhängig von den Weisungen der UdSSR, zu treiben.

RUMÄNIEN MAURER IN FRANKREICH

1. August 1964

Der Besuch des niederländischen Ministerpräsidenten Luns in Indonesien, dem ehemaligen Niederländisch Indien, wird mit einem Kommunique abgeschlossen, das die Zusage technischer und wirtschaftlicher Hilfe von seiten der Niederlande enthält. Deren Kapitulation in West-Neuguinea scheint bereits vergessen. Es gilt,

NIEDERLANDE LUNS IN INDONESIEN

wirtschaftliche Positionen zu halten, wo die politischen verlorengingen. Bereits am 4. April wurde im Haag ein Abkommen über technische „Zusammenarbeit" unterzeichnet.

2. August 1964

GOLF VON TONGKING ANGRIFF AUF US-FLOTTE VERGELTUNG „ESCALATION"

Im Golf von Tongking greifen nordvietnamesische Seestreitkräfte Einheiten der US-Flotte an. Zwei Tage später wird sich der Vorgang wiederholen. Daraufhin werden die Amerikaner einen Vergeltungsangriff gegen nordvietnamesische Hafenanlagen unternehmen. Dies wiederum wird am 6. August von der nordvietnamesischen Regierung offiziell als „erster" Schritt zur Ausweitung des Krieges (seitdem Modewort „Escalation") bezeichnet werden. Zugleich erklärt die Chinesische Volksrepublik, sie werde dem amerikanischen Angriff „nicht untätig zusehen".

3. August 1964

MEXIKO GEGEN BRUCH MIT KUBA

Mexiko lehnt den Vorschlag der OAS-Konferenz in Washington (vgl. 26. Juli 1964), die diplomatischen und Handelsbeziehungen zu Kuba abzubrechen, ab und verlangt, der Internationale Gerichtshof im Haag (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I) möge ein Gutachten über die Verbindlichkeit der Washingtoner Vorschläge bzw. Beschlüsse erarbeiten.

7. August 1964

USA INTERVENTIONSRECHT DES PRÄSIDENTEN IN SÜDOSTASIEN

Unter dem Eindruck des Tongking-Zwischenfalls (vgl. 2. August 1964) faßt der Senat der USA eine Resolution, mit der dem Präsidenten das Recht zugestanden wird, in Südostasien „unbeschränkt" militärisch zu intervenieren. Damit ist das Signal zur Ausweitung des Vietnamkrieges gegeben, der die USA nahezu ein Jahrzehnt lang einen ungeheuren Aufwand und unverhältnismäßig hohe Verluste kosten wird und doch für die Bolschewisierung des südlichen Landesteils von Vietnam nur aufschiebende Wirkung hat.

UNO-SICHERHEITSRAT TONGKING-ZWISCHENFALL NORDVIETNAM LEHNT AB

Der Sicherheitsrat der UNO tritt auf Veranlassung der USA zusammen und lädt sowohl Nord- wie Südvietnam zur Berichterstattung über den Zwischenfall im Golf von Tongking (siehe oben) ein. Nordvietnam lehnt die Einladung ab und verweigert auch die Einreisegenehmigung für einen Vertreter der UNO, der sich an Ort und Stelle ein Bild von den Geschehnissen machen soll. Der Generalsekretär der UNO, U Thant, bleibt bemüht, einen Abzug der beiderseitigen Streitkräfte aus dem Kampfgebiet zu erwirken.

9. August 1964

VATIKAN ENZYKLIA „ECCLESIAM SUAM ..."

Papst Paul VI. läßt seine erste Enzyklia veröffentlichen „Ecclesiam suam". Sie ermahnt zum Gespräch der Kirche mit der „Welt", d. h. mit den anderen christlichen Gemeinschaften ebenso wie mit den nichtchristlichen Religionen und darüber hinaus auch den „Ungläubigen", womit vor allem die areligiösen kommunistischen Staaten gemeint sein dürften. Es geht um die Erkenntnis, daß die römisch-katholische Kirche sich nach außen öffnen muß, wenn sie nicht isoliert werden und entscheidend an Einfluß verlieren will. Hierin setzt Paul VI. die Linie Johannes XXIII. fort.

GRIECHENLAND PAPANDREU DROHT DER TÜRKEI

MAKARIOS

Der griechische Ministerpräsident Papandrëu schreibt dem türkischen Ministerpräsidenten Inönü, sollte die Türkei Zypern angreifen, so werde Griechenland Zypern militärisch unterstützen. Erzbischof Makarios hat eine entsprechende Zusage der griechischen Regierung bereits im April anläßlich eines Besuches in Athen erhalten und erhält sie aufs neue eine Woche nach dem Brief Papandrëus. Dennoch wird er sich auch um ein Hilfeversprechen der UdSSR bemühen (vgl. 1. Oktober 1964) und damit den NATO-Staat Griechenland in Verlegenheit bringen.

13. August 1964

KAIRO GEMEINSAMER ARABISCHER MARKT

In Kairo unterzeichnen Ägypten (VAR), Irak, Jordanien, Kuwait und Syrien ein Abkommen, mit dem der Gemeinsame Arabische Markt begründet wird. Darin wird die Erleichterung des Warenverkehrs, schrittweise Herabsetzung der Zölle und sonstigen Importbeschränkungen, gegenseitige Meistbegünstigung und der Zahlungsverkehr geregelt. Die anderen arabischen Staaten sind zum Beitritt eingeladen. Das Abkommen wird am 1. Januar 1965 in Kraft treten. Wieweit es praktisch wirksam werden wird, hängt von der Entwicklung des arabischen Gemeinschaftsbewußtseins ab.

17. August 1964

INDONESIEN INTERVENTION IN MALAYSIA VETO DER UDSSR GEGEN VERURTEILUNG IM SICHERHEITSRAT

Indonesische Guerillas setzen von Sumatra aus über die Malakkastraße und landen in Johore (Malaysia), nordwestlich Singapur. Zwei Wochen später werden indonesische Fallschirmjäger folgen. Der Krieg geht um das von Indonesien beanspruchte Nord-Borneo. In Malaysia wird am 11. September der Ausnahmezustand verkündet werden. Auch wendet sich das Land an den Sicherheitsrat der UNO. Doch wird am 17. September dort das Veto der UdSSR eine Verurteilung des indonesischen Angriffs auf Malaysia verhindern. Nur Großbritannien, Australien und Neuseeland vereinbaren militärische Unterstützung Malaysias.

26. August 1964

RHODESIEN AUFLÖSUNG DER EINGEBORENEN-PARTEIEN STAATSNOTSTAND

In (Süd-)Rhodesien sieht sich die Regierung Smith (vgl. 13. April 1964) gezwungen, die Parteien der Eingeborenen aufzulösen, da durch die Gewährung der Unabhängigkeit an Njassaland (Malawi) (vgl. 6. Juli 1964) seitens der britischen Regierung und die Verweigerung der Unabhängigkeit für Südrhodesien naturgemäß eine Welle der Unzufriedenheit in der rhodesischen Bevölkerung ausgelöst und ein Staatsnotstand geschaffen wurde. (Vgl. weiter 5. November 1964.)

2. September 1964

UDSSR WEIST CHINESISCHE KLAGE ÜBER „UNGLEICHE VERTRÄGE" ZURÜCK

Die Regierung der UdSSR weist das Hauptargument, mit dem China eine Grenzrevision verlangt, nämlich den Hinweis auf die „ungleichen Verträge", die Chinea seinerzeit aufgezwungen wurden, mit der Erklärung zurück, der jetzige Grenzverlauf zwischen China und der UdSSR sei „historisch entstanden". Bereits im Mai 1964 wurden die am 24. Februar 1964 begonnenen Grenzverhandlungen zwischen beiden Mächten ergebnislos abgebrochen, ebenso wie ein Jahr zuvor das Ideologie-Gespräch zwischen den beiden kommunistischen Parteien.

4. September 1964

CHILE FREI GEWINNT PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

In Chile gewinnt der Kandidat der Christlichen Demokraten Eduardo *Frei* Montalva die Präsidentschaftswahlen. Seine Gegner, die verschiedenen linksgerichteten Parteien, hatten sich zur Volksfront (FRAP) vereinigt, erleiden aber nun dennoch eine Niederlage (Salvador Allende). Frei hat ihnen durch sein realistisches Sozialprogramm den Wind aus den Segeln genommen. Er war übrigens 1941 Mitbegründer und Präsident der chilenischen Falangisten, die nach spanischem Vorbild einen ehrlichen Sozialismus auf nationaler und christlich-katholischer Grundlage zu verwirklichen suchten. Frei wird sein Amt am 4. November antreten. (Vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II.)

RHODESIEN SMITH IN PORTUGAL

Der Ministerpräsident Südrhodesiens Ian Smith trifft zu einem Besuch der portugiesischen Regierung in Lissabon ein. Diejenigen Regierungen, die „the white mans burden" in Afrika auch weiterhin zu tragen entschlossen sind und die Eingeborenen dort nicht ihren Stammeskämpfen untereinander und dem politischen und wirtschaftlichen Chaos überlassen wollen (siehe Kongo), sind gezwungen, untereinander Fühlung aufzunehmen, da sie die gesamte UNO gegen sich haben.

6. September 1964

Das politische Testament des am 21. August in Jalta verstorbenen Führers der italienischen kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti (geb. 1893, vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II) wird veröffentlicht. Darin lehnt Togliatti ideologische Diskussionen ab, betont die „Autonomie und Souveränität" der einzelnen kommunistischen Parteien im Sinne des „Polyzentrismus" (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I) und empfiehlt für die Zukunft „Konsultativtreffen" der kommunistischen Parteien zur Herstellung der „Aktionseinheit".

ITALIEN TESTAMENT TOGLIATTIS AUTONOMIE KOMMUNISTISCHER PARTEIEN

15. September 1964

Die kommunistische Regierung Ungarns und Vertreter des Vatikans unterzeichnen in Budapest mehrere Protokolle, darunter eines über die Zuständigkeit bei der Ernennung katholischer Bischöfe und über den Treueid katholischer Geistlicher zum ungarischen Regime.

UNGARN-VATIKAN PROTOKOLLE

17. September 1964

Jugoslawien schließt ein Abkommen mit dem COMECON, das den Zahlungsausgleich, den Außenhandel und den Beitrag der jugoslawischen Metallindustrie zur Gesamtproduktion der COMECON-Mitgliedstaaten betrifft. Auch wird vereinbart, daß Jugoslawien künftig einen ständigen Vertreter bei den Ratstagungen des COMECON haben wird.

JUGOSLAWIEN-COMECON ABKOMMEN AUSSENHANDEL METALL-INDUSTRIE

21. September 1964

Die Insel Malta erhält von Großbritannien die Unabhängigkeit, bleibt Mitglied des britischen Commonwealth und behält auch einen Generalgouverneur als Vertreter der britischen Krone. Gleichzeitig mit der Unabhängigkeitserklärung werden auch ein Verteidigungs- und ein Finanzabkommen mit Großbritannien unterzeichnet, in dem für die Dauer von zehn Jahren eine britische Finanzhilfe in Höhe von 50 Millionen Pfund zugesichert wird, davon in den ersten drei Jahren 19 Millionen geschenkt.

MALTA UNABHÄNGIG BRITISCHE FINANZHILFE

1. Oktober 1964

Die südafrikanische Regierung errichtet im Tswanaland, im Grenzgebiet zwischen Westtransvaal und Kapprovinz die zweite Autonome Region (vgl. 6. Dezember 1963) mit Selbstregierung und eigenem Parlament. Diese Bantu-„Heimländer" werden Zug um Zug, jeweils wenn genügend ausgebildetes Verwaltungspersonal zur Verfügung steht, auf eigene Füße gestellt. Die Politik

SÜDAFRIKA 2. AUTONOME REGION TSWANALAND

der „getrennten Entwicklung“, die der unterschiedlichen Mentalität der Großrassen Rechnung trägt, findet somit schrittweise eine realistische Lösung.

ZYPERN KYPRIANU IN MOSKAU MAKARIOS WERKZEUG GEGEN NATO

Der Außenminister der Regierung des Erzbischofs Makarios auf Zypern, Spyros Kyprianu, kehrt aus Moskau zurück. Er hat mit der Regierung der UdSSR ein Übereinkommen erzielt, das Einzelheiten über die Art und Weise enthält, in der die UdSSR der Regierung Makarios „bei der Verteidigung ihrer Freiheit und territorialen Integrität“ ihre Unterstützung geben wird. Die Spitze dieses Übereinkommens richtet sich sowohl gegen die Türkei als auch gegen Griechenland (da Makarios Zypern nicht an Griechenland anschließen will), auf jeden Fall gegen die NATO.

5. Oktober 1964

BRASILIEN BODENREFORM

In Brasilien nimmt General Castelo Branco (vgl. 11. April 1964) das Bodenreformprogramm seines geflohenen Vorgängers Goulart wieder auf. Der gegen Entschädigung enteignete Grund und Boden wird neu verteilt, um seine Nutzung zu gewährleisten und einen Agrarmittelstand entstehen zu lassen. Am Jahresende wird die Landeswährung abgewertet werden, um die Inflation zu kaschieren.

10. Oktober 1964

KAIRO KONFERENZ DER BANDUNG-STAATEN SPALTUNG

In Kairo wird eine Konferenz der blockfreien Staaten beendet, bei der Gegensätze zwischen der prochinesischen Gruppe unter Führung Indonesiens und einer gemäßigteren Gruppe mit Indien und Jugoslawien als Sprechern aufgetreten sind. Letztere halten am Koexistenzprogramm der UdSSR fest. Auch unter den afrikanischen Staaten gab es Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise, wie der Kampf gegen Portugal, Rhodesien und Südafrika geführt werden soll.

12. Oktober 1964

ISRAEL ÄGYPTEN PROTESTE GEGEN WEST-DEUTSCHLAND

Israel protestiert erneut bei dem westdeutschen Teilstaat (am 4. Mai schon einmal), weil westdeutsche Konstrukteure in Ägypten (VAR) Flugzeuge und Raketen entwickeln. Ägypten beantwortet den Protest mit einem eigenen gegen die Waffenlieferungen der westdeutschen Regierung an Israel, die vom Bundeskanzler unter Ausschaltung des Auswärtigen Amtes veranlaßt wurden. Das AA wird deswegen am 9. November beim Bundeskanzleramt vorstellig werden.

13. Oktober 1964

GROSSBRITANNIEN ELISABETH II. IN KANADA DEMONSTRATIONEN DER FRANCOKANADIER

Königin Elisabeth II. von Großbritannien verläßt nach einem neun Tage währenden Staatsbesuch Kanada. Der Besuch wurde durch Protestdemonstrationen der Francokanadier aus der Provinz Quebec gestört (vgl. auch 15. Januar 1964), die für eine Autonomie ihrer Provinz eintreten und darüber hinaus jede Betonung der Zugehörigkeit Kanadas zum britischen Commonwealth of Nations als Herausforderung betrachten.

14. Oktober 1964

UDSSR STURZ CHRUSCHTSCHOWS

BRESCHNEW KOSSYGIN

In der UdSSR enthebt das Politbüro Nikita Chruschtschow seiner Ämter in Staat und Partei. Er wird Rentner. Der Anlaß ist einerseits die unglückliche Entwicklung des Verhältnisses zu China, andererseits der wirtschaftspolitische Mißerfolg. Der eigentliche Grund aber ist das Machtstreben Leonid Breschnews, der sich das Amt des Ersten Sekretärs des ZK nimmt (vgl. 15. Juli 1964). Ministerpräsident wird Alexej Nikolajewitsch Kossygin.[6]

16. Oktober 1964

CHINA ATOMBOMBE

In der Volksrepublik China wird die erste Atombombe zur Entzündung gebracht. Die beteiligten chinesischen Kernphysiker haben ihre Ausbildung im Westen erhalten. Die Regierung erklärt, China breche nunmehr das Monopol der (bisherigen) Atommächte und mache die von diesen ausgeübte Erpressung durch Kernwaffen unwirksam. Gleichzeitig fordert die chinesische Regierung (Tschu En-lai) erneut die Einberufung einer Weltkonferenz, die das Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen beschließen soll.[7]

GROSSBRITANNIEN REGIERUNGSWECHSEL WILSON

In Großbritannien tritt die konservative Regierung des Sir A. Douglas-Home aufgrund des Wahlergebnisses vom Vortage zurück, das der Labourparty den Sieg brachte. Die Königin beauftragt Harold Wilson, den Führer der Labourparty, mit der Regierungsbildung. Sein Programm sieht innenpolitisch die Wiederverstaatlichung der Stahlindustrie, außenpolitisch u. a. die Beteiligung der Chinesischen Volksrepublik an den internationalen Abrüstungsgesprächen vor.

24. Oktober 1964

SAMBIA UNABHÄNGIG

KAUNDA PRÄSIDENT

Die britische Regierung gewährt Nord-Rhodesien die Unabhängigkeit (Süd-Rhodesien, das eine Regierung von Weißen hat, nicht). Das Land nimmt den Namen Sambia an, wird Republik mit Präsidialverfassung und verbleibt im britischen Commonwealth of Nations. Staatspräsident wird der bisherige Minister-

präsident (seit 22. Januar 1964) Kenneth Kaunda. Außer der Nationalversammlung besteht als Oberhaus eine Häuptlingskammer mit 26 Sitzen. Kaunda wird sich um eine neutrale und blockfreie Außenpolitik bemühen.

27. Oktober 1964

GROSSBRITANNIEN ERHÖHT EINFUHRZÖLLE

Die neue Labour-Regierung in Großbritannien (Wilson) erhöht, um die passive Zahlungsbilanz auszugleichen, die Einfuhrzölle auf Fertigwaren um 15 Prozent und nimmt damit den EFTA-Partnern fast alle Vorteile, die sie aus dem vereinbarten Zollabbau hinsichtlich Großbritannien schöpfen sollten, d. h. sie stellt den Zweck der EFTA in Frage.

31. Oktober 1964

SÜDKOREA-SÜDVIETNAM ABKOMMEN GEGEN KOMMUNISTISCHE AGGRESSION

Die Regierungen Südkoreas und Südvietnams treffen ein Übereinkommen mit dem Ziel, die „kommunistische Aggression zurückzuweisen und den internationalen Frieden und die Sicherheit in der Region wiederherzustellen". Doch wird es noch fast ein Jahr dauern, bis Südkorea aufgrund dieser Übereinkunft beschließt, südkoreanische Truppeneinheiten nach Südvietnam zu entsenden (Beschluß der südkoreanischen Nationalversammlung vom 12. August 1965).

2. November 1964

SAUDIARABIEN RÜCKTRITT SAUDS KÖNIG FAISAL

König Saud von Saudiarabien, der Sohn des Begründers dieses Staatswesens, tritt zugunsten seines Bruders Faisal zurück, der bereits seit dem 31. Oktober 1962 aus Anlaß der Revolution im benachbarten Jemen mit der Führung der Regierung beauftragt war. Faisal erweist sich als überlegener Diplomat und wird zunächst den innerarabischen Konflikt um den Jemen zu entschärfen suchen (vgl. 24. August 1965). Bereits am 8. November 1964, sechs Tage nach Faisals Thronbesteigung, wird im Jemen zwischen den Bürgerkriegsparteien ein Waffenstillstand geschlossen mit dem Ziel, eine jemenitische Nationalkonferenz einzuberufen.

3. November 1964

USA WIEDERWAHL JOHNSONS GOLDWATER ABGESCHLAGEN

Bei den Präsidentschaftswahlen in den USA wird Johnson mit 61,6 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Der Gegenkandidat der Republikaner, Führer des rechten Flügels dieser Partei, Barry M. Goldwater (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II) wurde abgeschlagen. Damit verliert die konservative Bewegung in den USA, insbesondere in der studentischen Jugend vertreten, auf lange Sicht jede Chance, ihren Zielen Geltung zu verschaffen. Auch ein konsequenter Antikommunismus in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik wird weiterhin vereitelt.

In Bolivien revoltiert die Armee, nachdem schon Tage zuvor die Minenarbeiter in den Streik getreten und unter den Studenten Unruhen ausgebrochen sind. Der Präsident Paz Estenssoro, der im Jahre zuvor eigens die Verfassung ändern ließ, um seine Wiederwahl zu ermöglichen, und am 7. August 1964 seine neue Amtsperiode begann, flieht am 4. November nach Peru. Tags darauf wird eine Militärjunta unter der Leitung von General René Barrientos Ortuño einen Revolutionsrat bilden (vgl. weiter 17. Mai 1965).

BOLIVIEN STURZ PAZ ESTENSSOROS NACHFOLGER BARRIENTOS ORTUNO

5. November 1964

Der Ministerpräsident der Chinesischen Volksrepublik Tschu En-lei kommt zu einem achttägigen Besuch nach Moskau, um sich davon zu überzeugen, ob durch den Sturz Chruschtschows eine Beilegung des Konfliktes zwischen China und der UdSSR möglich geworden ist. Aber obgleich die neue Sowjetregierung zumindest einen „Burgfrieden" will, lassen sich die beiderseitigen Standpunkte weder im ideologischen Bereich noch in der Grenzfrage annähern.

CHINA TSCHU EN-LEI IN MOSKAU

Die weiße Bevölkerung (Süd-)Rhodesiens stimmt in einem Volksentscheid für die Unabhängigkeit, nachdem zwölf Tage zuvor die britische Regierung Nordrhodesien (Sambia) die Unabhängigkeit gegeben hat. Auch ein Teil der südrhodesischen Stammeshäuptlinge spricht sich für die Unabhängigkeit aus. Sie wollen gegenüber ihrem nördlichen Nachbarn nicht benachteiligt („diskriminiert") werden. Doch wird Smith noch ein Jahr warten, bevor er die Unabhängigkeit proklamiert, warten in der vergeblichen Hoffnung, daß die britische Regierung Vernunft annimmt.

RHODESIEN VOLKSENTSCHEID FÜR UNABHÄNGIGKEIT

Die Regierung der Zentralafrikanischen Republik unter dem Präsidenten David Dacko (einem Neffen Bogandas) nimmt diplomatische Beziehungen zur Chinesischen Volksrepublik auf. Sie folgt damit dem Beispiel Frankreichs und sucht gleichzeitig der linksgerichteten schwarzen „Intelligenzia" im Lande den Wind aus den Segeln zu nehmen (vgl. auch 12. November 1964, Dahome).

ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK BEZIEHUNGEN ZU CHINA

12. November 1964

In Luxemburg dankt die Großherzogin Charlotte ab und überläßt den Thron ihrem Sohne Jean. Er hatte bereits dreieinhalb Jahre zuvor etliche Regierungsvollmachten übertragen bekommen. Das Amt des regierenden Landesfürsten hat nach der luxemburgischen Verfassung nicht nur repräsentativen Charakter, son-

LUXEMBURG THRONFOLGE GROSSHERZOG JEANS

dern der Großherzog hat in der Legislative das gleiche Gewicht wie das Parlament und kann Gesetzen seine Zustimmung versagen. Auch ernennt er den jeweiligen Ministerpräsidenten.

TSCHECHOSLOWAKEI WIEDERWAHL NOVOTNYS

In der Tschechoslowakei wird der Staatspräsident Novotny wiedergewählt. Er ist der einzige noch amtierende Politiker stalinistischer Prägung in der Regierung, die bereits seit 1963 bestrebt ist, die Beziehungen zum Westen zu normalisieren und innenpolitisch einen „sozialistischen Humanismus“ an die Stelle des stalinistischen Terrors zu setzen.

DAHOME ANERKENNT CHINESISCHE VOLKSREPUBLIK

Die Regierung von Dahome (Staatspräsident: Sourou Migan Apithy, Ministerpräsident: Justin Ahomadegbé-Tométin) erkennt die Chinesische Volksrepublik an, ein Beispiel für die erfolgreiche diplomatische Arbeit Tschu En-lais in den unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten. Diese Wirksamkeit wird allerdings durch die chinesische „Kulturrevolution“ einen empfindlichen Rückschlag erleiden und danach wieder erneut beginnen müssen.

16. November 1964

ARGENTINIEN ZULASSUNG VON PERONISTEN UND KOMMUNISTEN

Die argentinische Regierung unter dem Präsidenten Illía hebt das Gesetz vom 16. Juli des Vorjahres wieder auf, mit dem peronistische und kommunistische Propaganda und Organisationen verboten wurden. Seitdem betrachtet das Offizierkorps der argentinischen Armee die Maßnahmen der Regierung mit zunehmendem Argwohn.

20. November 1964

WESTDEUTSCHLAND BITTET UM MATERIAL ÜBER NAT.-SOZ. VERBRECHEN

Die Regierung des westdeutschen Teilstaates wendet sich offiziell an alle Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen der Erde mit der Bitte, ihr Material über noch nicht verfolgte Verbrechen zur Verfügung zu stellen, die angeblich von Deutschen während der nationalsozialistischen Regierungszeit begangen sein sollen. Diese Bitte ergeht nicht etwa in der Absicht, derartige Vorwürfe von Fall zu Fall zu widerlegen, sondern im Gegenteil, sie der westdeutschen Staatsanwaltschaft zur Klageerhebung zuzuleiten. Der Vorgang ist deswegen erwähnenswert, weil er in der Weltgeschichte einmalig dasteht.[8]

24. November 1964

BELGIEN

Die belgische Regierung gibt bekannt, daß belgische Truppen (Fallschirmjäger) in Stanleyville/Kongo gelandet sind, um das Leben der Weißen zu retten, die in der Gewalt der Aufständischen Christophe/Gbenyes sind. Dies sei keine militärische Ak-

tion, sondern ein Akt der Menschlichkeit. (Tatsächlich hatte Tschombé bereits am 2. August belgische Militärhilfe erbeten.) Eine Protestnote der UdSSR wird Belgien am 25. November zurückweisen, da sie unwahre Behauptungen enthalte. Die Aufweichung des neu-europäischen Denkens ist bereits soweit fortgeschritten, daß man sich militärischer Aktionen schämen zu müssen glaubt.

FALLSCHIRMJÄGER IM KONGO

25. November 1964

Um das britische Pfund zu stützen, dessen Verfall das westliche Währungssystem gefährdet, müssen die elf stärksten nationalen Zentralbanken der Erde (ohne Ostblock) der Bank von England kurzfristige Kredite zur Verfügung stellen, Beträge bis zu drei Milliarden Dollar. Einen der höchsten Beiträge leistet die Zentralbank des westdeutschen Teilstaates. Das Verhältnis von Sieger und Besiegtem kehrt sich um, doch versteht man in Großbritannien immer noch nicht, daß dies eine Folge des Verlustes des Empire und dieser Verlust wiederum eine Folge der Kriegstreiberei Churchills ist.

GROSSBRITANNIEN WÄHRUNGSVERFALL

27. November 1964

Die nationalchinesische Regierung Tschiang Kai-scheks auf der Insel Formosa (Taiwan) schließt einen Freundschaftsvertrag mit Südkorea und erhält von dort die Zusage der Regierung des Staatspräsidenten Park, man werde die nationalchinesischen Ansprüche gegenüber der Volksrepublik China unterstützen. Es kann sich dabei nur um eine moralische Unterstützung handeln, doch weiß die Regierung Tschiang Kai-scheks in ihrer verzweifelten Lage auch diese zu schätzen.

TAIWAN SÜDKOREA FREUNDSCHAFTSVERTRAG

Der Außenminister Jugoslawiens, Koča Popovič (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II), kehrt von einem diplomatischen Besuch aus Frankreich zurück, wo er im Sinne des im Juni 1964 geschlossenen Kulturabkommens auf die Intensivierung der französisch-jugoslawischen Beziehungen hingewirkt hat. Als Bankierssohn levantinischer Herkunft, der in Frankreich Literaturwissenschaften studiert und 1932 in Paris promoviert hat, sowie als Verfasser französischer Gedichte und Essays eignet er sich vorzüglich für diese Mission.[9]

JUGOSLAWIEN POPOVIC IN PARIS

2. Dezember 1964

In seinem Bestreben, die römisch-katholische Kirche nicht passiv im Strom der Entwicklung treiben zu lassen, sondern selbst wieder die Initiative zu ergreifen, reist Papst Paul VI. nach Indien und nimmt in Bombay au Eucharistischen Weltkongreß teil.

VATIKAN PAPST PAUL VI. IN INDIEN

EUCHARISTISCHER WELTKONGRESS

Auch empfängt er bei dieser Gelegenheit Vertreter nahezu aller religiösen Gemeinschaften Indiens. Die Kurie kann sich von dem allgemeinen Bestreben nach einer Verständigung der Religionen untereinander nicht ausschließen. Der Druck des ständig um sich greifenden in seinen Auswirkungen unmenschlichen Rationalismus wird zu stark.

8. Dezember 1964

ZENTRALAFRIKANISCHE WIRTSCHAFTS- UND ZOLLUNION (UDEAC)

Die in den Vorjahren unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten Gabon, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Tschad und Zentralafrikanische Republik beschließen die Gründung einer Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Zollunion (UDEAC). Man will einen gemeinsamen Markt bilden, die Steuerpolitik aufeinander abstimmen und die Industrialisierung gemeinsam planen. Diese Union wird am 1. Januar 1966 wirksam werden. Für die Zentralafrikanische Republik ergibt sich daraus der besondere Vorteil eines Anschlusses an die Trans-Kamerun-Bahn und damit eines Verbindungsweges zum Meer.

12. Dezember 1964

JUGOSLAWIEN VIII. PARTEITAG

In Belgrad wird der VIII. Parteitag der jugoslawischen KP (Bund der Kommunisten Jugoslawiens) mit einer Schlußresolution beendet, die besonders die Blockfreiheit Jugoslawiens, die Politik der „friedlichen Koexistenz" und die „Anerkennung der verschiedenen Wege zum Sozialismus" hervorhebt. Es wird sogar darin erklärt, daß die Einrichtung einer internationalen Zentrale für den Kampf der Arbeiterbewegung geschichtlich überholt sei. Die UdSSR wird sich solche Parolen nur noch vier Jahre anhören.

KENIA REPUBLIK KENYATTA

ODINGA

Der ostafrikanische Staat Kenia erklärt sich am Jahrestag seiner Unabhängigkeit (12. Dezember 1963) zur Republik, verbleibt aber weiterhin im britischen Commonwealth of Nations. Jomo Kenyatta wird Staatspräsident, bleibt gleichzeitig Regierungschef und Außenminister. Der britische Gouverneur Malcolm Macdonald reist ab, mit ihm die letzten britischen Truppen. Der zum Sozialismus tendierende Innenminister Oginga Odinga, der die Stämme der Luo vertritt, wird Vizepräsident und tritt in scharfe Opposition zu Kenyatta, der mehr westlich orientiert ist und dem die Stämme der Kikuyu folgen.

14. Dezember 1964

BRITISCH GUYANA

Die britische Regierung setzt den Ministerpräsidenten von Britisch Guyana (nördliche Atlantikküste Südamerikas, zwischen Vene-

zuela und Surinam), Cheddi Jagan, ab, der bei den Wahlen eine Woche zuvor nicht die erforderliche Mehrheit erlangte, sich aber geweigert hatte, zurückzutreten. Jagan ist Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, die die Interessen der stärksten Bevölkerungsgruppe, der *Inder* (nicht Indios!) vertritt. An seiner Stelle bildet L. Forbes S. Burnham vom Nationalen Volkskongreß die neue Regierung.

JAGAN ABGESETZT BURNHAM

15. Dezember 1964

Der Ministerrat der EWG kommt nach zähen Verhandlungen zu einer Einigung über die künftigen Getreidepreise, die ab 1. Juli 1967 für alle Mitgliedstaaten verbindlich sein sollen. Italien, Luxemburg und der westdeutsche Teilstaat sollen bis 1970 eine gemeinschaftlich aufzubringende Ausgleichszahlung erhalten, da die vereinbarten Preise in ihren Landwirtschaften nicht kostendeckend sind.

EWG GETREIDE-PREISE AUSGLEICHS-ZAHLUNGEN

21. Dezember 1964

Die chinesische Volksrepublik gewährt Ägypten (VAR) eine Kredithilfe in Höhe von 80 Millionen Dollar. Abd en-Nasser hat diese Hilfe bewußt in Anspruch genommen, um ein Gegengewicht gegen die Hilfe der UdSSR beim Bau des Assuan-Staudammes zu bilden, die mit politischem Druck gekoppelt ist (vgl. 13. Mai 1964). China beweist mehr diplomatischen Takt als die UdSSR, insbesondere als es Chruschtschow tat.

CHINA KREDITHILFE FÜR ÄGYPTEN

28. Dezember 1964

In Italien wird Guiseppe Saragat zum Staatspräsidenten gewählt, und zwar mit den Stimmen der Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und auch eines großen Teiles der Christlichen Demokraten. Saragats Vorgänger, Segni, hat am 6. Dezember seinen Rücktritt erklärt.

ITALIEN SARAGAT PRÄSIDENT

noch 1964 (ohne nähere Datierung)

In der ostafrikanischen Besitzung Portugals, Mocambique, kommt es in dem an Tansania angrenzenden Gebiet zu Unruhen. Sie werden von der Frente de Libertaçao de Mocambique (FRELIMO) geschürt, dem Instrument, das sich Eduardo Modlane für seinen subversiven Kampf gegen Portugal geschaffen hat. Er wird dabei in dem nun folgenden Jahrzehnt von allen möglichen europäischen Organisationen Hilfe erhalten, unter anderem auch von der Evangelischen Kirche des westdeutschen Teilstaates. Mit den für diese Hilfsgelder beschafften Waffen werden Anschläge auf die weiße Bevölkerung in Mocambique verübt werden.

MOCAMBIQUE AUFRUHR DER FRELIMO (MODLANE)

7. Januar 1965

Indonesien tritt aus der UNO aus. Die Regierung Sukarno will mit diesem drastischen Schritt gegen die befristete Aufnahme Malaysias in den Sicherheitsrat der UNO protestieren, da sie Malaysia nach wie vor nicht anerkennt. Sowohl die Chinesische Volksrepublik als auch Nordkorea werden im Laufe des Monats Januar Indonesien Militärhilfe zusichern, falls es zu einem militärischen Konflikt mit Malaysia kommen sollte. Gleichzeitig verlangt der Führer der indonesischen kommunistischen Partei (chinesischer Richtung) Aidit am 11. Januar die Aufstellung bewaffneter Arbeiter- und Bauernverbände als „Volksarmee".

INDONESIEN VERLÄSST DIE UNO WEGEN MALAYSIA

12. Januar 1965

Der japanische Ministerpräsident Eisaku Sato trifft zu einem Besuch in Washington ein. Präsident Johnson wird im Verlauf der Verhandlungen einer verbindlicheren Fassung der amerikanischen Sicherheitsgarantien für Japan zustimmen. Zugleich wird es Sato, der am 9. November 1964 Ikeda abgelöst hat, gelingen, für die japanische Außen- und Wirtschaftspolitik in Ostasien, insbesondere gegenüber der Volksrepublik China, eine größere Unabhängigkeit von den USA zu erzielen.

JAPAN SATO IN WASHINGTON SICHERHEITS-GARANTIE

13. Januar 1965

Das State Department der USA gibt bekannt, daß die Türkei an der multilateralen Atomstreitmacht der NATO nicht beteiligt sein wird. Das ist eindeutig eine Folge des Briefes von Präsident Johnson an Inönü (vgl. 5. Juni 1964) und zugleich ein persönlicher Erfolg des Staatsoberhauptes von Zypern, Erzbischof Makarios, dessen ehrgeiziges Streben darauf gerichtet ist, in der internationalen Politik eine maßgebende Rolle zu spielen.

USA: TÜRKEI AN NATO-ATOM-STREITMACHT NICHT BETEILIGT

19. Januar 1965

Die westafrikanischen Staaten Dahome und Niger beenden einen zwei Jahre zuvor ausgebrochenen Grenzkonflikt um die Insel Lete, die im Flußlauf des Niger liegt. Diese Einigung ist die logische Folge und zugleich der Schlußakt der Internationalisierung des Flusses durch das Abkommen vom 25. November 1964, mit dem die Staaten Elfenbeinküste, Guinea, Mali, Niger, Nigeria, Obervolta und Tschad eine Niger-Flußkommission errichtet haben.

DAHOME NIGER ENDE DES GRENZ-KONFLIKTS NIGER-FLUSS-KOMMISSION

20. Januar 1965

TREFFEN DER WARSCHAUER-PAKT-STAATEN

In Warschau findet ein zweitägiges Treffen der Mitglieder des Warschauer Paktes sein Ende, bei dem „Schutzmaßnahmen" gegen die NATO-Planung einer multilateralen Atomstreitmacht angekündigt und erneut ein Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt vorgeschlagen wurden. Letzterer soll die Grundlage eines „Europäischen Sicherheitssystems" werden.

28. Januar 1965

PRAG COMECON-KONFERENZ

In Prag beginnt eine Konferenz des COMECON-Rates (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I). Sie wird die Fünfjahrespläne der Mitgliedstaaten aufeinander abstimmen und das Abkommen mit Jugoslawien (vgl. 17. September 1964) billigen. Außerdem wird die Konferenz ausdrücklich feststellen, daß die „nationalen Interessen" der einzelnen Mitgliedstaaten zu achten sind.

5. Februar 1965

CHINA PARTISANEN NACH THAILAND MILITÄR-ABKOMMEN THAILAND—USA

Die Pekinger Volkszeitung berichtet, daß in Südchina, im Grenzgebiet zu Thailand (Siam), eine 10 000 Mann starke Partisanengruppe unter dem Namen „Patriotische Front von Thailand" aufgestellt worden sei. Das bedeutet, daß sich die kommunistische Expansion nach Vietnam und Laos nun auch gegen Thailand richten wird. Daher wird zwischen Thailand und den USA ein Geheimes Militärabkommen geschlossen, der Contingency-Plan, das im Falle eines Angriffs auf Thailand durch Dritte in Kraft treten soll.

6. Februar 1965

BELGIEN KONGO ZAHLUNGS-ABKOMMEN

In Brüssel unterzeichnen Paul Henri Spaak und der Ministerpräsident des Kongo (Leopoldville) ein Abkommen über den Zahlungsausgleich zwischen Belgien und seiner ehemaligen Kolonie. Insbesondere regelt das Abkommen die Übernahme der Anteile des belgischen Staates an privaten Unternehmungen im Kongo durch die kongolesische Regierung. Für den Schaden, der belgischen Staatsangehörigen seit der Unabhängigkeit im Kongo entstanden ist, wird Belgien selber aufkommen.

7. Februar 1965

US-BOMBEN-ANGRIFFE AUF NORDVIETNAM KOSSYGIN HO CHI-MIN KOMMUNIQUÉ

Da die Partisanentätigkeit des Vietkong in Südvietnam nachweislich von Nordvietnam aus gelenkt und unterstützt wird, richten die Luftstreitkräfte der USA Bombenangriffe gegen Nordvietnam. Drei Tage nach Beginn dieser Angriffe fordern der Ministerpräsident der UdSSR, Kossygin, und der Staatspräsident von Nordvietnam, Ho Chi-min, in einem gemeinsamen Kommu-

niqué den Abzug der US-Truppen aus Südvietnam und die Wiederherstellung des Zustandes nach dem Indochinaabkommen von 1954 als Voraussetzung für den Eintritt in Verhandlungen. Inzwischen nehmen die Kampfhandlungen an Umfang und Heftigkeit zu.

9. Februar 1965

FRANKREICH— RUMÄNIEN HANDELSABKOMMEN

Frankreich und Rumänien schließen ein Handelsabkommen, in dem für einen mehrjährigen Zeitraum die Steigerung des bisherigen Warenaustauschs vereinbart wird. Es ist bei dieser Gelegenheit an die Bedeutung Rumäniens für die Erschließung des südosteuropäischen Wirtschaftspotentials zu erinnern, die unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg Anlaß zum Abschluß des damaligen deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrages war.

12. Februar 1965

WESTDEUTSCHLAND DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN ZU ISRAEL

Der westdeutsche Bundeskanzler Erhard erklärt zwar, der westdeutsche Teilstaat werde keine Waffen mehr nach Israel liefern, sondern diese Lieferungen durch andere Leistungen „abgelten", wird aber am 7. März — offensichtlich auf den sofortigen Protest Israels hin — die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ankündigen und damit die beabsichtigte Besänftigung der arabischen Staaten wieder zunichte machen (vgl. 13. Mai 1965).

18. Februar 1965

GAMBIA UNABHÄNGIG ABKOMMEN MIT SENEGAL

Der kleine westafrikanische Staat Gambia, einst britische Enklave im französischen Kolonialafrika, erhält die Unabhängigkeit und verbleibt im britischen Commonwealth of Nations. Staatsoberhaupt bleibt die Königin von Großbritannien. Doch schließt Gambia noch am selben Tage ein Abkommen mit dem benachbarten Senegal über eine enge gemeinsame Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik mit dem Ziel einer späteren Assoziierung beider Länder. Gambia allein ist nicht lebensfähig.

20. Februar 1965

TANSANIA— CHINA FREUNDSCHAFTSVERTRAG MITTELDEUTSCHES GENERALKONSULAT

Der ostafrikanische Staat Tansania (Tanganjika + Sansibar) schließt einen Freundschaftsvertrag mit der Chinesischen Volksrepublik, nachdem tags zuvor in Dar-es-Salaam ein Generalkonsulat des mitteldeutschen kommunistischen Teilstaates errichtet wurde. Der westdeutsche Teilstaat wird daraufhin am 26. Februar die Militärhilfe und am 1. März 1965 die Entwicklungshilfe für Tansania abbrechen, obgleich er bereits am 28. Januar offiziell von der bevorstehenden Errichtung des mitteldeutschen Generalkonsulats unterrichtet wurde mit der ausdrücklichen Versicherung, dies bedeute keine Anerkennung.

USA MALCOLM X ERSCHOSSEN „BLACK MUSLIM“

21. Februar 1965

In New York wird einer der bedeutendsten Negerführer, Malcolm X (Little), Leiter einer schwarz-mohammedanischen Moschee im Negerviertel Harlem, bei einer Ansprache erschossen, wahrscheinlich von Anhängern der starken „Black Muslim“-Bewegung, von der sich Malcolm X 1963 getrennt hat, um mit jungen Aktivisten die „Organization of Afro-American Unity“ zu gründen. In ihr verbindet sich der Kampf der amerikanischen Neger um volle Gleichberechtigung „Freedom now“ mit dem Freiheitsrausch „uhuru“ der unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten.[1]

MITTELDEUTSCHLAND ULBRICHT IN KAIRO GENERALKONSULATE

24. Februar 1965

Der Staats- und Parteichef des mitteldeutschen kommunistischen Teilstaates Walter Ulbricht trifft zu einem Besuch in Kairo ein, wo er zur Durchführung des zweiten ägyptischen Fünfjahresplanes eine Finanzbeihilfe in Höhe von 36 Millionen ägyptischen Pfund verspricht. Als Gegenleistung erklärt sich Ägypten mit der Einrichtung mitteldeutscher Generalkonsulate einverstanden. Diese Entwicklung ist eine offensichtliche Folge der israelhörigen antiarabischen Politik der westdeutschen Bundesregierung, insbesondere der Waffenlieferungen an den Staat Israel, die nun erst eingestellt werden.[2]

LAOS VERSUCH DEN BÜRGERKRIEG ZU BEENDEN

26. Februar 1965

In Laos (Indochina) fordert Ministerpräsident Souvanna Phouma den kommunistischen Pathet Lao auf, den Bürgerkrieg zu beenden und in Verhandlungen einzutreten. Der Führer des Pathet Lao, Prinz Souphanouvong, ein Stiefbruder Souvanna Phoumas (beide sind Söhne König Sisavang Vongs), antwortet zustimmend, allerdings unter der Voraussetzung, daß die US-Luftstreitkräfte ihre Angriffe auf das vom Pathet Lao beherrschte Gebiet, d. h. auf den „Ho Chi-Min-Pfad“, die Nachschubstraße für den Vietkong, einstellen. Souphanouvong weiß, daß sein Bruder diese Forderung nicht erfüllen kann.

BETSCHUANALAND UND BASUTOLAND AUTONOM

1. März 1965

In dem britischen Kolonialgebiet Betschuanaland, zwischen der Südafrikanischen Republik und Süd-Rhodesien gelegen, tritt die autonome Verfassung in Kraft, nach der neben das nicht mehr nach Rassen gegliederte Parlament als Oberhaus die Häuptlingskammer tritt. Zwei Monate später, am 30. April, wird Großbritannien auch dem ganz von der Südafrikanischen Republik umschlossenen Basutoland die innere Autonomie gewähren. Die

vollständige Unabhängigkeit erhalten beide erst später, da Großbritannien befürchtet, daß sie dann unter südafrikanischen Einfluß geraten könnten, d. h. unter den Einfluß einer weißen Regierung (vgl. 30. September und 4. Oktober 1966).

In Moskau beginnt ein „Konsultativtreffen" der kommunistischen Parteien im Sinne Togliattis (vgl. 6. September 1964) anstelle der nicht zustandegekommenen „Gipfelkonferenz" des Weltkommunismus. Es nehmen nur 18 Parteien teil. Die kommunistischen Parteien Albaniens, Chinas, Indonesiens, Japans, Nordkoreas, Nordvietnams und sogar Rumäniens bleiben dem Treffen fern. Es zeigt sich, daß der Konflikt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China nicht nur ideologischer, sondern realpolitischer (imperialistischer) Natur ist, auch, daß der „Polyzentrismus" sich durchsetzt.

MOSKAU KONSULTATIV-TREFFEN KOMMUNISTISCHER PARTEIEN

14. März 1965

In Argentinien finden Neuwahlen zum Parlament statt. Die meisten Stimmen erhält dabei die Radikale Volkspartei. Doch auch die beiden Fraktionen der gespaltenen Peronistenbewegung gehen stark aus den Wahlen hervor (mit zusammen 51 Sitzen). Die Regierung des Präsidenten Arturo Umberto Illia (seit 31. Juli 1963) steuert wirtschaftspolitisch planmäßig einen Inflationskurs, um damit das bleibende Defizit im Staatshaushalt zu verdecken. Die Lage unterscheidet sich nur wenig von der in Uruguay (vgl. noch Oktober 1965).

ARGENTINIEN PARLAMENTS-WAHLEN

19. März 1965

In Rumänien stirbt Gheorghe Gheorghiu-Dej, der 1952 Anna Pauker ablöste. Sein Nachfolger als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wird am 22. März Nicolae Ceausescu (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I), der in den folgenden Jahren die Unabhängigkeit Rumäniens gegenüber der UdSSR bei jeder Gelegenheit betonen wird, ohne aber den Warschauer Pakt zu verlassen. Vorsitzender des Staatsrates wird am 24. März Chivu Stoica. Ministerpräsident bleibt Ion Gheorghe Maurer.

RUMÄNIEN TOD GHEORGHIU-DEJS CEAUSESCU STOICA MAURER

20. März 1965

Der greise König von Libyen, Mohammed Idris es-Senussi, macht den libyschen Außenminister Hussain Maziq zum Ministerpräsidenten. Mit der Einsetzung eines Regierungschefs macht Idris ein Zugeständnis an den demokratischen Zeitgeist, der auch die libysche Jugend ergriffen hat. Vier und ein halbes Jahr später

LIBYEN KONSTITUTIONELLE MONARCHIE MAZIQ

wird er sein Entgegenkommen mit dem Verlust seines Thrones bezahlen müssen, einer der letzten Vertreter der arabischen Beduinen-Aristokratie.

25. März 1965

USA SÜDVIETNAM JOHNSON SIEBEN-PUNKTE-ERKLÄRUNG

Der Präsident der USA Johnson erklärt (in einer sogenannten Sieben-Punkte-Erklärung), die USA würden Südvietnam so lange militärisch unterstützen, bis der kommunistische Angriff aus dem Norden unter Kontrolle gebracht sei. Aber gerade das wird den USA trotz gewaltigen personellen und materiellen Einsatzes nicht gelingen. Die US-Truppen selbst sind von dem Sinn und Wert ihres Kampfes gegen Nordvietnam und gegen den Vietkong nicht überzeugt. Sie sind ideologisch nicht entfernt so gerüstet, wie sie es zwanzig Jahre zuvor im Kampf gegen Deutschland waren.

WESTDEUTSCHLAND AUSSETZUNG DER VERJÄHRUNGSFRIST

Der westdeutsche Bundestag beschließt ein Gesetz zur Aussetzung der Verjährungsfrist *nur* für „Verbrechen des Nationalsozialistischen Regimes" um zunächst viereinhalb Jahre. Der Beschluß wird mit 364 gegen 96 Stimmen bei 4 Enthaltungen gefaßt, unter erheblichem außenpolitischem Druck und gröbster Einmischung in die inneren Angelegenheiten des westdeutschen Teilstaates, insbesondere von seiten Israels und der Organe des internationalen Judentums. (Vgl. hierzu 20. November 1964!)

27. März 1965

TSCHU EN-LEI IN ALBANIEN

Der Ministerpräsident der Chinesischen Volksrepublik, Tschu En-lei, trifft zu einem erneuten Besuch in Albanien ein. Zu Beginn des Jahres 1964 war er schon einmal dort. Er betont „die völlige Einheit im Denken und Handeln" der beiden kommunistischen Parteien. Die Erklärung richtet sich sowohl gegen den Westen als auch gegen den „Revisionismus" im kommunistischen Osten, dessen sich nach chinesischer Auffassung ja auch die UdSSR, d. h. die KPdSU, schuldig macht. Enver Hodscha teilt diese Auffassung allerdings eher aus realpolitischen als aus ideologischen Beweggründen.

31. März 1965

SCHWEDEN NILSSON IN DER SCHWEIZ NEUTRALITÄT

Anläßlich des Besuchs des schwedischen Außenministers Nilsson in Bern beschließen Schweden und die Schweiz eine gemeinsame Haltung bei künftigen Friedensaktionen der UNO und stellen ihre übereinstimmende Auffassung von ihrer außenpolitischen Neutralität fest. Allerdings läßt sich die internationale Bedeutung der schwedischen Neutralität weder in geschichtlicher noch in geographischer Hinsicht mit der der Schweiz vergleichen. Sie

ist weitgehend nur für Schweden selbst von Bedeutung. Die traditionelle Neutralität der Schweiz kommt in Konfliktsituationen auch den Großmächten zugute.

1. April 1965

Auf Kuba legt der engste Mitarbeiter Fidel Castros, Dr. Ernesto („Che") Guevara, seine sämtlichen Ämter nieder und verzichtet sogar auf die kubanische Staatsangehörigkeit, die er erst seit 1959 besitzt, um sich hinfort ganz der Verbreitung des kubanischen Kommunismus auf dem südamerikanischen Kontinent mit Hilfe eines ausgedehnten Guerillakrieges zu widmen. Sein erstes Ziel wird Bolivien sein.[3]

KUBA GUEVARA SCHEIDET AUS NACH BOLIVIEN

3. April 1965

Anläßlich eines Besuches des britischen Premierministers Wilson in Paris einigt man sich über die Notwendigkeit, die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu verbessern, sowie über eine gemeinsame britisch-französische Flugzeugproduktion. Hierbei geht es insbesondere um das Projekt der „Concorde". Raketenwaffen werden zu diesem Zeitpunkt bereits gemeinsam entwikkelt.

GROSS-BRITANNIEN WILSON IN PARIS

6. April 1965

Auf Zypern verlangt General Grivas, der Führer der EOKA und Kommandeur der Nationalgarde, die Absetzung von Erzbischof Makarios, da dieser den von ENOSIS und EOKA angestrebten Anschluß Zyperns an Griechenland hintertreibt und angeordnet hat, daß die Nationalgarde dem zyprischen Verteidigungsministerium unterstellt wird. Daraufhin wendet sich Makarios, Dekkung suchend, der UNO zu und erklärt sich am 8. April mit den Vorschlägen des UN-Beauftragten für Zypern, G. Plaza, einverstanden, allerdings nur „prinzipiell". Plaza will der türkischen Minderheit auf Zypern UNO-Garantien zukommen lassen.

ZYPERN GRIVAS GEGEN MAKARIOS UNO-VORSCHLÄGE

8. April 1965

Die Mitgliedstaaten der EWG schließen einen Vertrag, mit dem für EWG, Europäische Atomgemeinschaft und Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) ein gemeinsamer Rat und eine gemeinsame Kommission eingesetzt werden. Damit wird die bereits am 2. März beschlossene Fusion der Komissionen der drei Gemeinschaften untermauert. (Vgl. auch 1. Juli 1965.)

EWG EURATOM MONTAN-UNION GEMEIN-SAMER RAT

POLEN—UDSSR ERNEUERUNG DES BEISTANDS-PAKTS ODER-NEISSE-GRENZE

Polen und die UdSSR erneuern ihren Freundschafts- und Beistandspakt vom 21. April 1945. Im neu gefaßten Artikel 5 wird die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze Polens als eine der wichtigsten Voraussetzungen der europäischen Sicherheit bezeichnet. Ein Angriff auf diese Grenze soll von beiden Vertragspartnern schon vorbeugend unmöglich gemacht werden. Die UdSSR spielt ihre Satellitenstaaten gegeneinander aus, da ja ein Angriff auf die polnische Grenze nur von dem mitteldeutschen kommunistischen Teilstaat aus gedacht werden könnte.

10. April 1965

ODECA KONFERENZ IN ANTIGUA

Die Mitgliedstaaten der ODECA (Organisation der mittelamerikanischen Staaten) treten in Antigua (Guatemala) zu einer Konferenz zusammen und beschließen, ein gemeinsames regionales Planungsorgan zu schaffen sowie ihre Steuersysteme binnen fünf Jahren aneinander anzugleichen. Ihr gemeinsamer Markt hat bereits dazu geführt, daß das Exportangebot dieser Organisation vielschichtiger geworden ist und nicht mehr in dem Maße vom Verkauf einzelner Produkte aus Monokulturen abhängt wie früher.

13. April 1965

GROSS-BRITANNIEN WALKER IN SÜDOSTASIEN

Der britische Außenminister Patrick Gordon Walker beginnt eine Besuchsreise durch die südostasiatischen Staaten mit dem Ziel, im Vietnamkrieg zu vermitteln. Doch wird seinen Bemühungen der Erfolg versagt bleiben. Nicht einmal eine Konferenz zur Beendigung der Kämpfe wird er durchsetzen können, da die UdSSR einen derartigen Vorschlag von britischer Seite nicht akzeptiert. Großbritanniens Versuch, sich diplomatisch wieder in den Kreis der politisch entscheidenden Großmächte einzuschalten, muß scheitern. Es ist zu spät.

21. April 1965

TUNESIEN BURGIBA FÜR ANERKENNUNG ISRAELS BRUCH ÄGYPTENS MIT TUNESIEN

Das Staatsoberhaupt von Tunesien, Habib Burgiba, erklärt sich für eine Anerkennung des Staates Israel, und zwar in den Grenzen des ersten Teilungsplanes der UNO für Palästina vom 29. November 1947. Als Preis für die Anerkennung solle Israel die arabischen Palästinaflüchtlinge wieder ansiedeln. Wenige Tage später, am 27. April, wird Bourgiba in einem Brief an Nasser betonen, daß die arabischen Staaten für eine Lösung des Problems mit militärischen Mitteln nicht gerüstet seien. Nasser wird die Annahme dieser Botschaft Bourgibas verweigern und die diplomatischen Beziehungen zu Tunesien abbrechen.

22. April 1965

Der 70jährige Präsident des westafrikanischen Staates Liberia, William V. S. Tubman, verurteilt in einer scharf formulierten Erklärung den wachsenden Einfluß der chinesischen Volksrepublik im „befreiten“ Afrika und erinnert an die Wirtschaftshilfe, die Nationalchina (Formosa) seinem Lande geleistet hat.

LIBERIA TUBMAN GEGEN EINFLUSS PEKINGS

24. April 1965

In der Dominikanischen Republik auf der Insel Haiti erheben sich die Anhänger des gestürzten Präsidenten Juan *Bosch* Gavino (vgl. 25. September 1963) und seiner 1939 gegründeten Revolutionären Dominikanischen Partei gegen die Regierung der Militärjunta. Auch Offiziere revoltieren gegen ein Mitglied der Junta. Der Aufstand greift um sich, gerät aber nicht unter die Kontrolle der Kommunisten. Vier Tage später, nachdem das Parlament einen der Führer der Aufständischen, den Obersten Francisco *Caamaño* Deño zum Präsidenten gewählt hat, greifen die USA militärisch ein (vgl. weiter 7. Mai 1965).

DOMINIKANISCHE REPUBLIK AUFSTAND GEGEN MILITÄR-JUNTA CAAMANO PRÄSIDENT

29. April 1965

Die Regierung Australiens schickt ein Infanteriebataillon nach Südvietnam und demonstriert damit, daß sie die Vietnampolitik der USA grundsätzlich bejaht. Einen Monat später, am 27. Mai, wird auf ein südvietnamesisches Hilfeersuchen hin auch der Ministerpräsident von Neuseeland, Holyoake, die Entsendung eines Truppenkontingents zusagen.

AUSTRALIEN BATAILLON NACH SÜDVIETNAM NEUSEELAND

30. April 1965

Im ehemals belgischen Kongo (Leopoldville) enden die allgemeinen Wahlen mit einem Sieg der Confédération Nationale Congolaise (CONACO), eines Zusammenschlusses von vierzig kongolesischen Parteien und Organisationen unter Führung von Moise Tschombé, den Präsident Kasavubu am 10. Juli 1964 (vgl. dort) zum Regierungschef berufen hat. Doch scheint Kasavubu nach dem Wahlerfolg Tschombés diese Berufung schon wieder zu bereuen. Inzwischen legt die Regierung die kleinen Provinzen des Kongo zu größeren, lebensfähigen Verwaltungseinheiten zusammen (vgl. auch 13. Oktober 1965).

KONGO WAHLSIEG TSCHOMBÉS

3. Mai 1965

Die Regierung des Prinzen und ehemaligen Königs von *Kambodscha* Norodom Sihanouk bricht die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab, weil US-Luftstreitkräfte im Zuge der Bekämpfung des Ho Chi-min-Pfades, der Nachschubstraße des

KAMBODSCHA SIHANOUK BRICHT MIT USA

Vietkong, auch kambodschanische Grenzdörfer mit Bomben belegt haben. Fünf Tage später wird Prinz Sihanouk auch die Aufhebung der Schutzgarantien für Kambodscha durch die am 8. September 1954 gegründete South East Asia Treaty Organization (SEATO) verlangen, d. h. sich deutlich vom Westen lösen.

6. Mai 1965

OAS INTERAMERIKANISCHE STREITMACHT

Der Ministerrat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beschließt mit 14 gegen 5 Stimmen die von den USA gewünschte und beantragte Gründung einer interamerikanischen Streitmacht, die naturgemäß aufgrund militärischer und organisatorischer Überlegenheit der USA zu einem Organ der USA-Politik werden muß. Die lateinamerikanischen Staaten, die gegen den Antrag stimmen, weisen nach, daß die Errichtung einer solchen Streitmacht der AOS-Charta widerspricht und zu fortgesetzten Einmischungen in die inneren Angelegenheiten einzelner amerikanischer Staaten führen muß.

7. Mai 1965

DOMINIKANISCHE REPUBLIK REGIERUNG IMBERT US-BESATZUNG

In der Dominikanischen Republik auf Haiti bildet der sehr unbeliebte General Antonio *Imbert* Barreras, auf USA-Truppen gestützt (vgl. 24. April 1965), eine „nationale Regierung des Wiederaufbaus" mit fünf Mitgliedern.Die USA haben ihre Besatzungstruppe von 400 auf 30 000 Mann verstärkt und sich durch diesen plumpen Akt der Einmischung, der weder mit der UNO noch mit der OAS abgesprochen war, internationaler Kritik ausgesetzt. Die „Allianz für den Fortschritt" ist damit unglaubwürdig geworden (vgl. weiter 2. Juni 1965).

SÜDARABIEN OLOS

Ein Teil der südarabischen Oppositionsgruppen gegen den noch verbliebenen britischen Einfluß, und zwar die weniger radikalen, bilden in Taiss im Jemen die Organization for the Liberation of the Occupied South (OLOS). Zuvor hat die Arabische Liga bereits im März 1965 eine Einigung unter diesen Gruppen herbeizuführen versucht. Doch war dieser Versuch an den zum Kommunismus tendierenden Radikalen gescheitert.

13. Mai 1965

ISRAEL—WESTDEUTSCHLAND DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN BRUCH DER ARABISCHEN

Auf die offizielle Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und dem westdeutschen Teilstaat hin brechen die arabischen Staaten ihrerseits die Beziehungen zu diesem ab, ausgenommen Libyen, Marokko und Tunesien. Der westdeutsche Außenminister Schröder sowie die Botschafter der drei Westmächte hatten Anfang März ausdrücklich vor dieser

Entwicklung gewarnt. Aber die Israelhörigkeit der Mehrzahl der westdeutschen Kabinettsmitglieder einschließlich des Bundeskanzlers selbst gab wieder einmal den Ausschlag. (Vgl. auch 24. Februar 1965.)[4]

STAATEN MIT WESTDEUTSCHLAND

Die Luftangriffe der USA auf Nordvietnam (vgl. 7. Februar 1965) werden fünf Tage lang unterbrochen, nachdem sowohl die UdSSR als auch die Chinesische Volksrepublik am 17. bzw. 29. April sich hinter die Forderungen Nordvietnams gestellt haben. Sie lauten: Abzug der US-Truppen aus Südvietnam, Einstellung aller Kampfhandlungen gegen Nordvietnam und Regelung der inneren Angelegenheiten Südvietnams nach den Vorstellungen des Vietkong, d. h. also Nordvietnams. Eine eindeutige Kapitulationsforderung. Nach der Fünftagefrist nehmen die USA die Luftangriffe wieder auf (bis zum 25. Dezember 1965).

UNTERBRECHUNG DER US-LUFTANGRIFFE AUF NORDVIETNAM

16. Mai 1965

Der italienische Außenminister Fanfani trifft zu einem Besuch in Mexiko ein. Er wird dort die Einsetzung einer gemischten italienisch-mexikanischen Wirtschaftskommission vereinbaren und darüber hinaus Besprechungen über das künftige Verhältnis der lateinamerikanischen Staten zur EWG führen. Daran sind insbesondere die seit dem 18. Februar 1960 (vgl. dort!) in der LAFTA (Latin American Free Trade Association) zusammengeschlossenen Staaten Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Paraguay und Uruguay interessiert.

ITALIEN FANFANI IN MEXIKO LAFTA—EWG

17. Mai 1965

In Bolivien verweist die Militärregierung unter General Barrientos Ortuño (vgl. 3. November 1964) den Führer der Bergarbeitergewerkschaft, Juan Lechín Oquendo, außer Landes. Daraufhin kommt es zu Unruhen. Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand, die Gewerkschaft antwortet am 19. Mai mit dem Generalstreik. Es kommt zu Kämpfen zwischen dem Militär und Lechins COB (Central Obrera Boliviana), der Einheitsgewerkschaft. Eine Woche darauf, am 26. Mai, wird die Staatsführung den beiden Generälen Barrientos und Alfredo Ovandio Candia übertragen.

BOLIVIEN GENERALSTREIK REGIERUNG BARRIENTOS-OVANDIO

19. Mai 1965

Der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, General Torsten Rapp, setzt sich für die Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen ein angesichts der Tatsache, daß Schweden auch seinerseits jederzeit einem Kernwaffenangriff ausgesetzt sein kann.

SCHWEDEN RAPP FÜR TAKTISCHE ATOMRÜSTUNG

Doch setzt sich Rapp mit seiner Auffassung, die Entscheidung für die Bereitstellung solcher taktischer Atomwaffen müsse *rechtzeitig* getroffen werden, gegenüber seiner Regierung nicht durch.

30. Mai 1965

KAIRO RATSTAGUNG DER ARABISCHEN STAATEN KEIN ANGRIFF AUF ISRAEL

In Kairo beendet der Rat der arabischen Staats- bzw. Regierungschefs eine fünftägige Tagung, bei der man die Vorschläge Bourgibas (vgl. 21. April 1965) abgelehnt hat. Andererseits muß selbst Abd en-Nasser im Anschluß an diese Beratungen eingestehen, daß man sich ein militärisches Vorgehen gegen Israel nicht leisten könne, ebensowenig die erwogene Ableitung der Zuflüsse zum Jordanfluß (vgl. auch 17. September 1965).

noch Mai 1965

UDSSR SUSLOW IN BULGARIEN HILFE FÜR SCHIWKOFF

Der Chefideologe der KPdSU, Michail Andreewitsch Suslow, reist nach Bulgarien, um dem bulgarischen Regierungs- und Parteichef, Todor Schiwkoff, zu versichern, daß die UdSSR in den innerbulgarischen Auseinandersetzungen hinter ihm stehe. Im April haben dort sowohl liberale als auch prochinesische Gruppen einen Putschversuch gegen die sowjethörige Regierung unternommen. Der Kreml will unter allen Umständen verhindern, daß nach Albanien, Jugoslawien und Rumänien nun auch Bulgarien die Bindung an Moskau löst.

TRIPOLIS WIRTSCHAFTS-KONFERENZ DER MAGHREB-STAATEN

In Tripolis treten die Wirtschaftsminister von Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien zu einer Konferenz zusammen, in deren Verlauf der Export der vier Länder an Agrarerzeugnissen koordiniert wird. Die ständige Regelung und Abwicklung wird eine gemeinsame Zentralagentur in Algerien übernehmen, die zu diesem Zweck errichtet wird. Sie erhält ihre Direktiven vom Außenhandelsausschuß des ständigen Konsultativkomitees der vier Maghrebstaaten, der im März erstmals zusammengetreten ist.

2. Juni 1965

OAS „FRIEDENS-STREITMACHT“ NACH HAITI (DOMINIK. REPUBLIK)

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beschließt mit knapper manipulierter Mehrheit, eine interamerikanische „Friedensstreitmacht“ in die Dominikanische Republik auf Haiti zu entsenden. Kontingente stellen die USA, Brasilien, Costa Rica, Honduras und Nicaragua. Das Kommando erhält der brasilianische General Hugo Pamasco Alvim. Es wird zu Kämpfen mit den Anhängern Caamaños (vgl. 24. April 1965) kommen, und die Agitation der Radikalen wird daraus den Nutzen ziehen. Inzwischen hat eine OAS-Kommission in dem von Imbert (vgl. 7. Mai 1965) kontrollierten Teil der Dominikanischen Republik zahlreiche Fälle von Folterungen und Hinrichtungen ohne Ver-

fahren festgestellt. Die USA, die Imbert in den Sattel gehoben haben, werden daraufhin seinen Rücktritt erzwingen. Die anderen vier Mitglieder seiner Regierung bleiben. Das Ganze (vgl. 24. April und 7. Mai 1965) ist ein Musterbeispiel für den US-amerikanischen Führungsstil im lateinamerikanischen Raum. Imperialistische Politik will zumindest gekonnt sein. (Vgl. noch 31. August 1965.)

USA ERZWINGEN RÜCKTRITT IMBERTS

4. Juni 1965

Der Ministerpräsident der Chinesischen Volksrepublik, Tschu En-lei, trifft zu einem fünftägigen Besuch in Tansania, in Dar-es-Salaam ein. Bei dieser Gelegenheit erklärt der Präsident von Tansania, Julius Nyerere, es könne nicht nur ein einziges System Gültigkeit haben. Offensichtlich meint er damit den Kommunismus, vertritt aber andererseits im eigenen Lande das Einparteiensystem der TANU, das einen Monat später, am 5. Juli, von der Nationalversammlung ausdrücklich in der provisorischen Verfassung verankert wird.

CHINA TSCHU EN-LEI IN TANSANIA NYERERE EINPARTEI-SYSTEM

7. Juni 1965

In Marokko verhängt König Hassan II. den Ausnahmezustand, übernimmt persönlich die Regierung und bildet tags darauf ein neues Kabinett, dem er selber vorsitzt, nachdem der Ministerpräsident Bahnini zurückgetreten ist. Den Anlaß zu dieser Entwicklung gab die Spaltung der Königspartei, der Front de Défense des Institutions Constitutionelles (FDIC), die sich im Parlament gegenüber der vereinigten Opposition nicht mehr durchsetzen kann. (Vgl. auch 28. Oktober 1965.)

MAROKKO AUSNAHME-ZUSTAND HASSAN II. BILDET NEUE REGIERUNG

10. Juni 1965

Die drei ostafrikanischen Staaten Kenia, Tansania und Uganda kommen überein, die noch aus der Zeit der britischen Verwaltung stammende Währungsunion aufzulösen. Den Anstoß zu diesem Entschluß hat Tansania gegeben. Künftig wird jedes der drei Länder seine eigene Währung prägen. Damit entfällt aber eine wesentliche Voraussetzung für den gemeinsamen ostafrikanischen Markt und somit auch für die Ende 1961 gebildete East African Common Services Organisation (EASCO).

WÄHRUNGS-TRENNUNG VON KENIA, TANSANIA UND UGANDA

11. Juni 1965

Das Parlament des westafrikanischen Staates Ghana wählt Kwame Nkrumah erneut zum Staatspräsidenten. Doch sind die Abgeordneten dieses Parlaments ihrerseits nicht gewählt, sondern ernannt und gehören sämtlich der einzigen bestehenden Partei, der Convention Peoples Party (CPP) an. Da Nkrumah in Ghana

GHANA WIEDERWAHL NKRUMAHS

sogenannte „Befreiungstruppen“ ausbilden läßt, die außerhalb Ghanas zum Einsatz kommen sollen, wird seine Regierung von den anderen afrikanischen Staaten mit erheblichem Mißtrauen beobachtet.

19. Juni 1965

ALGERIEN STURZ BEN BELLAS BOUMEDIENNE VERBIETET KOMMUNISTISCHE PARTEI

Die algerische Armee unternimmt einen Staatsstreich und stürzt den Staatspräsidenten Algeriens Ben Bella. An seine Stelle tritt ein Revolutionsrat unter Führung des bisherigen Verteidigungsministers Houari Boumedienne. Er entläßt politische Gefangene und verbietet die Kommunistische Partei, die unter Ben Bella frei bestehen und agitieren konnte. Boumedienne erklärt, Algerien werde seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen und auch die blockfreie Außenpolitik fortsetzen.

SÜDVIETNAM VAN THIEU PRÄSIDENT KY MINISTERPRÄSIDENT

In Südvietnam wird nach einer Kette von Regierungsneubildungen und Militärrevolten Nguyen Van Thieu Leiter des Nationalen Verteidigungsrates, d. h. Staatspräsident und General Nguyen Cao Ky Vorsitzender des Exekutivrates, d. h. Ministerpräsident. Ky wird sich drei Tage später bereit erklären, auf die Hilfe ausländischer Streitkräfte zu verzichten, vorausgesetzt, daß der Vietkong aufgelöst wird, eine seltsam wirklichkeitsfremd anmutende Vorstellung. Am 8. Juli 1965 wird der US-Botschafter in Saigon aufgrund der ausweglos verfahrenen Situation zurücktreten. Nachfolger wird Henry Cabot Lodge.

22. Juni 1965

JAPAN— SÜDKOREA FINANZVERTRAG

Japan und Südkorea schließen einen Vertrag, in dem Japan die südkoreanische Regierung als die „allein gesetzmäßige“ anerkennt und eine einmalige Finanzhilfe in Höhe von 300 Millionen Dollar leistet, außerdem ein langfristiges Darlehen in Höhe von weiteren 200 Millionen Dollar gewährt. Als Gegenleistung verzichtet Südkorea auf Fischereirechte im Japanischen Meer, auf die es zuvor Anspruch erhob. Der Vertrag, in dem auch die Rechtsstellung der in Japan lebenden Koreaner geregelt wird, kam durch US-Vermittlung und erst nach langwierigen Verhandlungen zustande.

1. Juli 1965

FRANKREICH EWG GEMEINSAMER MARKT

Die französische Regierung gibt eine Erklärung ab, sie werde an den Vorhaben der EWG zunächst nicht mehr teilnehmen. Erst müsse der bereits geschaffene Gemeinsame Markt für Industrieerzeugnisse durch einen entsprechenden Gemeinsamen Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse ergänzt werden. Tags zuvor war eine Einigung im EWG-Ministerrat über die Dauer der Subven-

tionierung des Exports von Agrarprodukten nicht zustande gekommen. Jedes der beteiligten Länder steht vor der Notwendigkeit, seine eigene Landwirtschaft am Leben zu erhalten, und Frankreich setzt sich für die seine besonders unnachgiebig ein.

FÜR AGRARPRODUKTE

2. Juli 1965

Die Verteidigungsminister der mittelamerikanischen Staaten El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua kommen überein, einen Zentralamerikanischen Verteidigungsrat zu schaffen. Damit soll eine gemeinsame Abwehr eines Angriffes auf einen oder mehrere der beteiligten Staaten vorbereitet werden, den man offensichtlich von Kuba aus für möglich hält, ebenso die gemeinsame Abwehr der kommunistischen Subversion.

ZENTRALAMERIKANISCHER VERTEIDIGUNGSRAT

4. Juli 1965

Die Regierung von Peru verhängt über das Land den Ausnahmezustand, zunächst auf 30 Tage befristet. Der Anlaß ist die Bekämpfung kommunistischer Guerillabanden, die mit Unterstützung Kubas in Peru tätig geworden sind. Peru und Bolivien sind die Hauptangriffspunkte für die Ausdehnung des kubanischen Kommunismus auf den südamerikanischen Kontinent (vgl. 1. April 1965). Die Entwicklung in Peru ist diesem Vorhaben insofern günstig, als am 14. September eine neue Regierung gebildet werden wird, an der Mitglieder der sozialrevolutionären APRA (Haya de la Torre) beteiligt sind.

PERU AUSNAHMEZUSTAND KAMPF GEGEN GUERILLABANDEN

6. Juli 1965

Hastings Banda, der Ministerpräsident des ostafrikanischen Staates Malawi (Njassaland), gibt eine Erklärung ab, Malawi werde sich nicht an einem wirtschaftlichen Boykott gegen Süd-Rhodesien beteiligen, da es seine eigene Wirtschaft nicht zugrunde richten wolle. Vier Monate später wird Banda auch militärische Maßnahmen jeder Art gegen Südrhodesien strikt ablehnen. Doch wird er am 17. November 1965 von Großbritannien gezwungen werden (Malawi ist noch Monarchie im Rahmen des britischen Commonwealth), das Handelsabkommen mit Südrhodesien zu kündigen, sehr zum Nachteil der Lebenshaltung in Malawi.

MALAWI KEINE BETEILIGUNG AN MASSNAHMEN GEGEN RHODESIEN

8. Juli 1965

Mauretanien scheidet aus der Organisation der afrikanischen Staaten französischer Sprache (OCAM) (vgl. auch 21. Oktober 1965) aus, nachdem Kongo (Leopoldville) unter der Regierung Moise Tschombés in diese Organisation aufgenommen wurde. Am 26. Juli wird Mauretanien diplomatische Beziehungen zur

MAURETANIEN AUSTRITT AUS DER OCAM

Chinesischen Volksrepublik herstellen. Beide Schritte sind als Zugeständnisse an die mohammedanischen Führungskreise Mauretaniens zu verstehen.

SUDAN AL-ASHARI STAATSOBERHAUPT REGIERUNG MAHDSCHUB

Im ostafrikanischen Sudan wird von der Verfassunggebenden Versammlung Ismail al-Ashari, der Führer der Nationalen Unionspartei, zum Staatsoberhaupt gewählt, das heißt: zum Präsidenten des Staatsrates. Einen Monat zuvor hat Muhammad Ahmad Mahdschub eine neue Regierung gebildet. Die zum Teil christlich missionierten Negerstämme im Süden des Sudans, die etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmachen, wehren sich gegen die Regierungspolitik, die ihnen den Islam und die arabische Sprache aufzuzwingen sucht und Ende Februar 1964 die Missionare ausgewiesen hat.

15. Juli 1965

GRIECHENLAND RÜCKTRITT UND OBSTRUKTION PAPANDREUS

König Konstantin von Griechenland entläßt auf Verlangen des griechischen Ministerpräsidenten Georg Papandrëu den Verteidigungsminister Petros Garonfalias, überläßt dieses Ministerium aber nicht Papandrëu selbst, der offensichtlich einen Keil zwischen Königshaus und Armee treiben will. Daraufhin tritt Papandrëu zurück. Die Folge ist eine langanhaltende Regierungskrise. Papandrëu wiegelt die Bevölkerung zu Demonstrationen auf. (Vgl. weiter 25. September 1965.)

17. Juli 1965

LIMA LATEINAMERIKANISCHES PARLAMENT WIRTSCHAFTSPOLITISCHE INTEGRATIONSPLÄNE

In Lima (Peru) treten Delegierte von 13 Staaten zu einem Lateinamerikanischen Parlament zusammen und setzen eine Kommission ein, die eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenfassung der lateinamerikanischen Staaten vorbereiten soll. Sogar eine gemeinsame Handelsflotte wird in Aussicht genommen. Doch stoßen solche Pläne auf die eingewurzelten Vorbehalte der Regierungen, insbesondere Argentiniens und Brasiliens, gegenüber supranationalen Organisationen und Organen.

24. Juli 1965

RUMÄNIEN PARTEITAG INDUSTRIALISIERUNG STATUT DER STREITKRÄFTE

In Bukarest nimmt der Parteitag der Rumänischen Arbeiterpartei sein Ende, bei dem diese in Kommunistische Partei Rumäniens umbenannt wurde. Im Bericht des Zentralkomitees wurde die Notwendigkeit weiterer Industrialisierung hervorgehoben und besonders die nationale Unabhängigkeit und Souveränität als davon abhängig dargestellt. Zugleich erhalten die rumänischen Streitkräfte ein neues Statut, in dem ebenfalls die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit betont und der Warschauer Pakt nicht erwähnt wird. Der anwesende Breschnew gibt dieser Entwicklung die Zustimmung der UdSSR (vgl. 19. März 1965).

28. Juli 1965

Sékou Touré, der Präsident des westafrikanischen Staates Guinea, trifft zu einem dreitägigen Besuch in Moskau ein und führt Gespräche mit den Sowjetführern über die Frage der afrikanischen Einheit sowie über den Kampf gegen „Imperialismus und Kolonialismus". Mit diesen Schlagworten sind die letzten nichtfarbigen Regierungen im afrikanischen Raum gemeint, die sich ausnahmslos in der Defensive befinden. Sékou Touré bevorzugt offensichtlich den handfesten Sowjetimperialismus.

GUINEA TOURÉ IN MOSKAU „IMPERIALISMUS"

29. Juli 1965

Algerien schließt ein Erdölabkommen mit Frankreich, das ihm Eigentums- und Mitspracherecht an den bereits vorhandenen wie auch künftigen französischen Ölgewinnungsvorhaben zusichert. Die Gewinnbeteiligung Algeriens wird erhöht, und zwar in Gestalt einer Besteuerung des Reinertrages der französischen Unternehmen. Ferner enthält das Abkommen eine Schutzklausel zugunsten Algeriens für den Fall des Absinkens der internationalen Ölpreise.

ALGERIEN—FRANKREICH ERDÖL-ABKOMMEN

noch Juli 1965

Die USA setzen die unterbrochene Finanzhilfe für *Ceylon* fort, nachdem dort von der neuen Regierung Senanáyake die enteigneten US-Unternehmen entschädigt wurden. Die Enteignung war Anfang Februar 1963 von der Regierung Bandaranaike vorgenommen worden, die durch die Parlamentswahlen vom 22. März 1965 abgelöst wurde. Außenpolitisch setzt Dudley Senanáyake den Neutralitätskurs seines Vorgängers fort.

USA—CEYLON WIEDERAUFNAHME DER FINANZHILFE

6. August 1965

Der Präsident der USA, Johnson, unterzeichnet das neue Wahlrechtsgesetz, das u. a. die Qualifikationsprüfung von Negern vor Eintragung in die Wahllisten aufhebt. Eine Woche später wird die Nationalgarde Schießbefehl erhalten, um gegen blutige Ausschreitungen von Negern in Los Angeles vorgehen zu können, die mit ihrem geringeren Durchschnittseinkommen gegenüber der weißen Bevölkerung unzufrieden sind.

USA WAHLRECHTSGESETZ NEGER-UNRUHEN IN LOS ANGELES

9. August 1965

Singapur scheidet aus dem Bundesstaat Malaysia wieder aus, nachdem der malaysische Ministerpräsident Abd ur-Rahman Putra sich außerstande sah, dem chinesischen Bevölkerungsteil (der in Singapur überwiegt) in Malaysia eine angemessene politische Vertretung zu gewährleisten. Zudem beabsichtigte die Re-

SINGAPUR SCHEIDET AUS MALAYSIA AUS

gierung, die Zollfreiheit im Hafen von Singapur abzuschaffen. Das malaysische Bundesparlament wird dem Ausscheiden Singapurs seine Zustimmung geben.

17. August 1965

TÜRKEI ÜRGÜPLÜ IN MOSKAU ZYPERN

Zum Abschluß des achttägigen Besuches des türkischen Ministerpräsidenten Ürgüplü in Moskau wird ein gemeinsames Kommunique veröffentlicht. Darin versichert die Regierung der UdSSR, daß sie gegenüber der Türkei keine Gebietsansprüche hat. Für Zypern wird die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und die Berücksichtigung der Rechte beider Volksgruppen gefordert. Gleichzeitig aber unterstützt die UdSSR den Erzbischof Makarios, der dem türkischen Bevölkerungsteil auf Zypern die Wasser- und Lebensmittelzufuhr abschneiden läßt (vgl. 27. März 1964).

18. August 1965

SÜDVIETNAM KY IN TAIWAN USA LEHNEN MILITÄRHILFE AUS TAIWAN AB

Anläßlich eines Besuchs des südvietnamesischen Ministerpräsidenten Nguyen Cao Ky auf Formosa (Taiwan) sagt die nationalchinesische Regierung Tschiang Kai-schek die Entsendung eines Truppenkontingentes nach Südvietnam zur Unterstützung im Kampf gegen den Vietkong zu. Doch lehnt das State Department der USA dieses Anerbieten Nationalchinas ab. Wie schon im Koreakrieg, will die US-Regierung alles vermeiden, was zu einem Konflikt mit der Chinesischen Volksrepublik führen könnte, die ja mit der politischen Hilfe der USA entstand (vgl. 9. Januar 1946, Ende Juli 1946, 15. November 1946).

23. August 1965

SYRIEN NATIONALRAT MIT ZIEL: „VOLKSDEMOKRATIE“

In Syrien bildet sich der Revolutionsrat, der seit dem 27. Juli 1963 unter Vorsitz von General Amin al-Hafis das Land regiert und am 27. April 1964 das Bündnis mit dem Irak gekündigt hat, in einen *Nationalrat* um. Er hat 95 Mitglieder, mehrheitlich vom gemäßigten Flügel der Bath-Partei. In einem Aktionsprogramm dieser Partei wird die Gründung einer „Volksdemokratie“ in Aussicht gestellt, in der die „Gleichheit aller Bürger“ gewährleistet sein werden (176 Jahre nach der Französischen Revolution).

24. August 1965

ÄGYPTEN—SAUDIARABIEN

Der ägyptische Staatschef Abd en-Nasser und König Faisal von Saudiarabien vereinbaren in Dschidda, sich künftig nicht mehr an dem Bürgerkrieg im Jemen zu beteiligen. Saudiarabien hatte die Anhänger des Imam unterstützt, Ägypten die republikanische Regierung. Nunmehr soll ein Volksentscheid über die Staatsform

im Jemen entscheiden. Ägypten und Saudiarabien sollen die Feuereinstellung überwachen. Nasser wird sich jedoch an diese Vereinbarung nur formal halten und ihre Durchführung verhindern. Der Jemen bleibt geteilt. Der Abzug der ägyptischen Truppen wird erst am 23. November beginnen.

EINIGUNG ÜBER JEMEN

25. August 1965

Die Regierung der Chinesischen Volksrepublik erklärt das von ihren Truppen seit fünfzehn Jahren besetzte und unter Anwendung von Genocidmaßnahmen gewaltsam bolschewisierte *Tibet* zur „autonomen Region". Zuvor ist konsequent alles beseitigt worden, was die Anwendung des Begriffes Autonomie rechtfertigen könnte. Noch im Vorjahre ist auch der Pantschen-Lama, letzte Erinnerung an den tibetanischen Lama-Buddhismus, aber schon williges Werkzeug der chinesischen Eroberungspolitik, von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender des „vorbereitenden Volkskongresses" abberufen worden.

CHINA TIBET „AUTONOME REGION" PANTSCHEN-LAMA „ABBERUFEN"

30. August 1965

Zwischen Indien und Pakistan bricht ein Krieg aus, nachdem indische Truppen die Waffenstillstandslinie vom 30. Juni überschritten haben. Beide Seiten setzen ihre Luftwaffe ein. Die Chinesische Volksrepublik erklärt sich auf seiten Pakistans, greift aber nicht in die Kämpfe ein. USA und UdSSR wahren strikte Neutralität. Der Generalsekretär der UNO, U Thant, wird am 9. September zu einer Reise in beide kriegführenden Länder aufbrechen, um den Konflikt beizulegen, ohne Erfolg. (Vgl. weiter 25. Oktober 1965.)

INDIEN—PAKISTAN KRIEGSAUSBRUCH

U THANT

31. August 1965

Eine „dominikanische Versöhnungsakte" wird unterzeichnet (vgl. 7. Mai und 2. Juni 1965), eine Art modus vivendi für eine Übergangsregierung der Dominikanischen Republik nach dem erzwungenen Rücktritt Imberts. Sie wird vier Tage später von Hector Garcia *Godoy* Caceres gebildet werden, von den USA und anderen anerkannt und soll bis zu binnen neun Monaten anzusetzenden Neuwahlen im Amt bleiben.

DOMINIK. REPUBLIK „VERSÖHNUNGSAKTE" REGIERUNG GODOY

2. September 1965

In dem ostafrikanischen Staat Kenia löst die Regierung Kenyatty sowohl den westlich als auch den kommunistisch orientierten Gewerkschaftsbund auf und setzt an beider Stelle die staatlich gelenkte Central Organisation for Trade Unions, um Einflüsse des West- und Ostblocks abzuschirmen. Bereits im Juli wurde

KENIA STAATLICHE GEWERKSCHAFT

DISTANZ ZU CHINA

der Botschafter der Chinesischen Volksrepublik zur persona non grata erklärt, die Beziehungen zu Peking jedoch nicht abgebrochen. Kenyatta will deutlich machen, daß er keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kenias duldet.

17. September 1965

CASABLANCA GIPFELKONFERENZ DER ARABISCHEN LIGA

KEINE AGITATION MEHR GEGENEINANDER

In Casablanca findt eine Gipfelkonferenz der Arabischen Liga ihr Ende mit der Unterzeichnung eines Solidaritätsabkommens. Darin verpflichten sich die beteiligten Staatsoberhäupter, sich künftig nicht mehr in die inneren Angelegenheiten eines anderen arabischen Staates einzumischen, sich jeder subversiven Agitation zu enthalten, ebenso der Unterstützung von oppositionellen Kräften in den Partnerstaaten des Abkommens. Schließlich macht sich noch in dem Verzicht auf sofortige Unternehmungen gegen Israel der Einfluß Bourgibas bemerkbar (vgl. 30. Mai 1965).

20. September 1965

PORTUGAL RHODESIEN GROSSBRITANNIEN

Portugal erkennt den Anspruch der südrhodesischen Regierung Ian Smith auf Unabhängigkeit Südrhodesiens an. Der Protest Großbritanniens gegen die Beglaubigung des rhodesischen Botschafters in Lissabon vom 23. September wird von der portugiesischen Regierung am 1. Oktober zurückgewiesen werden mit dem Hinweis, der Status des Botschafters (Harry Reedman) entspreche dem politischen Status seines Landes. Zu diesem Zeitpunkt hat Ian Smith die Unabhängigkeit Südrhodesiens noch nicht proklamiert (vgl. 11. und 12. November 1965).

24. September 1965

USA PANAMA KANALZONE

Die Präsidenten der USA und Panamas, Johnson und Robles, erklären nach langwierigen Verhandlungen, daß der Vertrag über die Kanalzone vom Jahre 1903 durch einen neuen Vertrag abgelöst werden wird. Die Kanalzone wird in das Staatsgebiet von Panama eingegliedert werden. Für den Fall, daß an anderer Stelle ein neuer Kanal (ohne Schleusen) fertiggestellt wird, kann der neue Vertrag kurzfristig aufgehoben werden.

25. September 1965

ADEN GROSSBRITANNIEN ÜBERNIMMT REGIERUNGSGEWALT

Nach dem Scheitern der Londoner Verfassungskonferenz für die Südarabische Föderation am 7. August sieht sich die britische Regierung nunmehr genötigt, die Verfassung von Aden für ungültig zu erklären und die Regierungsgewalt dort dem britischen Oberkommissar zu übertragen. Als Begründung wird angegeben, Aden habe dem Terrorismus nicht Einhalt geboten, soll heißen, sich linksradikalen Einflüssen geöffnet.

In Griechenland kommt mit knapper Mehrheit im Parlament wieder eine Regierung zustande, das Kabinett Stephanos Stephanopulos. Damit ist der politische Erpressungsversuch des Georg Papandrëu (vgl. 15. Juli 1965) vorerst gescheitert. Der König ordnet an, daß das Parlament bis zum 15. Oktober in Urlaub geht. Es hat sich mehr als zwei Monate lang als unfähig erwiesen, eine Regierung zu stützen, d. h. einen Staat zu tragen. Die Verhältnisse erinnern an Südamerika, auch was den Mischungsgrad der Bevölkerung anbetrifft.

GRIECHENLAND REGIERUNG STEPHANOPULOS PARLAMENT IN URLAUB

30. September 1965

In Indonesien unternehmen die kommunistischen Teile der Armee einen von langer Hand vorbereiteten Aufstand und schlachten in der Nacht zum 1. Oktober eine Gruppe von Offizieren in den bedeutendsten Schlüsselpositionen auf viehische Weise ab. Die Aufständischen nennen sich „Bewegung des 30. September". Sie geht von der Palastgarde Sukarnos aus, und es besteht der begründete Verdacht, daß Sukarno selbst insgeheim mit den Kommunisten konspiriert. Trotzdem kann der Aufstand nach einigen Tagen von nichtkommunistischen Streitkräften niedergeschlagen werden, die nunmehr ihrerseits eine Kommunistenjagd veranstalten werden, verbunden mit einer blutigen Verfolgung des chinesischen Bevölkerungsteiles. Sukarno wird sich genötigt sehen, am 11. Oktober General *Suharto* zum Generalstabschef zu ernennen und in die Regierung aufzunehmen. Er wird damit seiner eigenen Diktatur ein nahes Ende vorbereiten.[5]

INDONESIEN KOMMUNISTENAUFSTAND NIEDERGESCHLAGEN

SUHARTO

2. Oktober 1965

In Moskau beschließt der Oberste Sowjet, also das „Parlament" der UdSSR, daß die Regierung künftig aus dem Ministerpräsidenten (Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare), seinem Ersten Stellvertreter, den 47 Ministern (Volkskommissaren), den Vorsitzenden von 15 Kommissionen und den Ministerpräsidenten der 15 Sowjetrepubliken der Union bestehen soll. Das ist ein Gremium von 79 Personen und mithin so schwerfällig, daß dieses Regierungsorgan nach einer starken Hand geradezu verlangt. Der Wille zur kollektiven Führung verkehrt sich wie stets in die Diktatur eines einzelnen, hier des Ersten Sekretärs der Partei.

UDSSR NEUE REGIERUNGSSTRUKTUR

3. Oktober 1965

Der Präsident der USA unterzeichnet ein neues Einwanderergesetz. Darin werden die Einwanderungsquoten nicht mehr wie bisher nach Herkunftsländern spezifiziert. Von Quoten ist nicht mehr die Rede. Der einzelne Antrag auf Einwanderungsgeneh-

USA NEUES EINWANDERUNGSGESETZ

migung wird nunmehr nach den persönlichen Voraussetzungen des Bewerbers beurteilt und entschieden, also nicht mehr nach genotypischen, sondern nach phänotypischen Gesichtspunkten. Der bis dahin vorwiegend nordeuropäisch bestimmte Charakter der nordamerikanischen Bevölkerung wird künftig nicht mehr gewährleistet sein.

4. Oktober 1965

PAPST PAUL VI. VOR DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG

Papst Paul VI. hält anläßlich einer Reise in die USA eine Ansprache vor der Vollversammlung der UNO und mahnt alle Regierungen der Erde eindringlich zum Frieden sowie zur Abrüstung und Verwendung der damit einzusparenden Mittel für eine menschenwürdige Lebensführung. Der Papst ist das einzige globale Oberhaupt einer Religionsgemeinschaft, dem Gelegenheit gegeben wird, vor der UNO zu sprechen, ebenso das einzige, das die dazu notwendige Autorität besitzt. Dennoch muß sein Friedensappell vergeblich bleiben.

CHILE ASSOZIATION MIT US-KUPFERGESELLSCHAFTEN

Mit dem Gesetz über die „Chilenisierung", also Nationalisierung der großen Kupferbergwerke geht die Regierung Chiles unter dem christlich-demokratischen Präsidenten Eduardo *Frei* Montalva neue Wege. Die Bergwerke werden nicht enteignet, sondern der chilenische Staat assoziiert sich mit den nordamerikanischen Kupfergesellschaften Anaconda Company und Kennecott Copper. Diesen werden ihre Rechte auf 20 Jahre gesichert. Dafür investieren sie etwa 400 Millionen Dollar in Verhüttungsanlagen innerhalb Chiles und räumen Chile ein Mitspracherecht bei der Verwaltung der Minen ein.

12. Oktober 1965

NORWEGEN BÜRGERLICHE REGIERUNG BORTEN

Norwegen erhält nach 30 Jahren sozialdemokratischer Vorherrschaft zum ersten Mal wieder eine bürgerliche Regierung. Aufgrund der Wahlen vom 12. und 13. September, bei denen die bürgerlichen Parteien gewannen, wird Per Borten von der Zentrumspartei (Landwirte) Ministerpräsident und vom König mit der Regierungsbildung beauftragt.

13. Oktober 1965

KONGO TSCHOMBÉ ABGESETZT REGIERUNG KIMBA

Im vormals belgischen Kongo (Leopoldville) setzt Präsident Kasavubu Moise Tschombé und sein Kabinett ab. Dem Parlament ist keine Gelegenheit gegeben worden, sich zu diesem Vorhaben zu äußern. Anstelle Tschombés beruft Kasavubu fünf Tage später Evariste Kimba zum Ministerpräsidenten und gräbt sich damit selbst sein politisches Grab (vgl. 25. November 1965).

14. Oktober 1965

Der italienische Staatspräsident Guiseppe Saragat trifft zu einem Staatsbesuch in Warschau ein, im Zuge der Bestrebungen Italiens, die Beziehungen zu osteuropäischen und Balkanstaaten enger zu gestalten. Saragat gibt bei diesem Anlaß seiner Meinung Ausdruck, daß sich alle Gegensätze unter europäischen Staaten durch Verhandlungen lösen ließen, auch die Frage der deutsch-polnischen Grenze. Zum Verlauf dieser Grenze äußert er sich nicht.

ITALIEN SARAGAT IN WARSCHAU

15. Oktober 1965

Der Staatspräsident des ehemals französischen Kongo (Brazzaville), Alphonse Massamba-Débat, trifft zu einem Besuch in Paris ein. Die französische Regierung verlangt von ihm einen wirksamen Schutz der noch im Kongo lebenden französischen Staatsbürger sowie ihres Eigentums und droht ihm mit Einstellung der Entwicklungshilfe. Die Folge wird sein, daß der kongolesische Ministerpräsident Pascal Lissouba seine kommunistischen Neigungen in der Außen- und Innenpolitik etwas weniger unverblümt praktizieren wird.

KONGO (BRAZZAVILLE) MASSAMBA-DÉBAT IN PARIS SCHUTZ DER FRANZÖSISCHEN STAATSBÜRGER

17. Oktober 1965

Der dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag verläßt nach zehntägiger Besuchsreise die UdSSR. Er hat bei dieser Gelegenheit das sowjetische Angebot von Sicherheitsgarantien für die nordischen Staaten dankend abgelehnt und erklärt, man könne auch ohne derartige Vereinbarungen gute Beziehungen zueinander unterhalten und der Ostseeraum solle auch weiterhin ein Raum des Friedens sein. (Vgl. auch 28. Februar 1964.)

DÄNEMARK KRAG IN MOSKAU SICHERHEITS-GARANTIEN ABGELEHNT

21. Oktober 1965

In Accra (Ghana) tritt die Gipfelkonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit (OUA) zusammen. Doch bleiben ihr fast alle Staaten der OCAM (Organisation Commune Africaine et Malgache) fern, die sich am 12. Februar in Nouakchott gebildet hat, die Staaten französischer Sprache also. Es wird über Südrohdesien verhandelt, das unmittelbar vor seiner einseitigen Unabhängigkeitserklärung steht (vgl. 11. November 1965). Man droht mit Gewaltanwendung und fordert Großbritannien auf, die Regierung in Rhodesien zu übernehmen.

ACCRA GIPFEL-KONFERENZ DER OUA

25. Oktober 1965

Auf die Bemühungen der UNO hin, den Krieg zwischen Indien und Pakistan zu beenden, erklärt die Regierung von Pakistan, bei etwaigen Waffenstillstandsverhandlungen müsse auch zugleich eine politische Lösung des Kaschmir-Problems erörtert

PAKISTAN KASCHMIR-KONFLIKT INDIEN

werden. Zwei Tage später wird Indien diese Forderung zurückweisen. Für die indische Regierung existiert kein Kaschmir-Problem. Sie hält den bestehenden Zustand dort für rechtens. Indessen gehen die Kämpfe weiter.

27. Oktober 1965

BRASILIEN CASTELLO BRANCO VERFASSUNGSÄNDERUNG

In Brasilien ordnet Präsident Castello Branco aufgrund des voraufgegangenen Wahlsieges der Arbeiterpartei und der Sozialen Demokraten vom 3. Oktober eine Verfassungsänderung an, die ihm das Recht verschafft, Parlamentstagungen auszusetzen und Mandate von Abgeordneten aufzuheben. Ferner verfügt der Präsident die Auflösung der politischen Parteien und setzt für den Oktober 1966 eine Präsidentschaftswahl durch das bestehende Parlament an. Die Maßnahmen richten sich gegen die Anhängerschaft der Amtsvorgänger im Präsidentenamt, Kubitschek, Quadros und Goulart.

28. Oktober 1965

MAROKKO FRANKREICH ERMORDUNG BEN BARKAS IN PARIS

In Paris wird einer der Führer der marokkanischen Opposition, Mehdi Ben Barka, von Angehörigen des marokkanischen Geheimdienstes unter Mitwissen französischer Instanzen getötet. Die Aufklärung der Aktion führt zu diplomatischen Spannungen zwischen Frankreich und Marokko. König Hassan II. weist die Verdächtigung zurück, daß sein Innenminister General Oufkir, ein persönlicher Gegner Ben Barkas, an dem Attentat beteiligt gewesen sei.

noch Oktober 1965

URUGUAY GENERALSTREIK AUSNAHMEZUSTAND

In Uruguay rufen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf, nachdem Wirtschaftskrise und Inflation seit 1964 ständig verheerendere Ausmaße angenommen haben. Die Regierung beantwortet den Generalstreik mit der Verkündung des Ausnahmezustandes, der jedoch an den bestehenden Zuständen nichts ändern kann. Auch die Abwertung des uruguayischen Pesos auf ein Drittel seines Wertes hält die Inflation nicht auf, und das Parlament ist nicht in der Lage, einen klärenden Beschluß zu fassen.

3. November 1965

MONTEVIDEO LAFTA-AUSSENMINISTERKONFERENZ

In Montevideo (Uruguay) tritt die Außenministerkonferenz der LAFTA (vgl. 18. Februar 1960 und 16. Mai 1965) zusammen. Es wird beschlossen, diese Konferenz zu einer ständigen Einrichtung zu machen, d. h. also, einen Ministerrat einzusetzen und darüber hinaus eine Studiengruppe für unterentwickelte Märkte zu bilden. Das Fernziel ist ein gemeinsamer Markt der LAFTA-Mitgliedstaaten. Die gegenwärtige Situation jedoch wird am besten

durch die Zustände im Gastgeberland Uruguay selbst (siehe oben) demonstriert.

6. November 1965

KUBA USA VEREINBARUNG ÜBER EMIGRATION

Eine Vereinbarung zwischen Kuba und den USA tritt in Kraft, nach der Kubanern, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, die legale Einreise in die USA möglich ist. Die Vereinbarung ist durch Vermittlung der Schweiz zustande gekommen. Castro und seine Regierung sind daran interessiert, auf diese Weise einen Teil der Opposition abschieben zu können. Außerdem besteht die Möglichkeit, unter die Auswandernden subversive Agitatoren des kubanischen Kommunismus einzustreuen, die von den USA aus nach Mittel- und Südamerika weiterreisen.

9. November 1965

PHILIPPINEN WAHLSIEG MARCOS'

Auf den Philippinen finden Präsidentschaftswahlen statt. Aus ihnen geht der Führer der Nationalistischen Partei, Fernando Edralin *Marcos* als Sieger hervor. Er wird das Präsidentenamt am 30. Dezember antreten. Unter seiner Regierung werden die Philippinen ihre Beziehungen zu Malaysia normalisieren und auch Indonesien wieder nähertreten, nachdem dort der Kommunismus beseitigt ist. Aber die Pläne einer Großmacht „Maphilindo" (Malaysia-Philippinen-Indonesien) sind endgültig zu den Akten gelegt.

11. November 1965

SÜD-RHODESIEN UNABHÄNGIG

Ministerpräsident Ian Smith von Süd-Rhodesien gibt die einseitige Unabhängigkeitserklärung seines Landes bekannt, mit der schon seit der Volksbefragung am 5. November 1964 zu rechnen war. Der Gouverneur der britischen Krone, Sir Humphrey Vicary Gibbs, wird fünf Tage später in seiner Residenz interniert, nachdem er die Regierung Smith für „abgesetzt" erklärt hat. An seine Stelle tritt als „Regent" am 25. November Clifford Walter Dupont, von Smith eingesetzt. Zuvor sind im Oktober 1965 zwei Gespräche zwischen Premierminister Wilson und Ian Smith ergebnislos geblieben. Wilson will keine Regierung von Weißen britischer Abstammung in Rhodesien. Der koloniale „Schuld"-Komplex der Sozialisten treibt groteske Blüten. Acht und einhalb Jahre später wird Smith immer noch an der Regierung sein und Wilson gerade wieder. Doch wird letzterer dann andere Sorgen haben als die Regierung in Rhodesien. Es wird dann um das Überleben Großbritanniens gehen. Die langfristigen Folgen der Kriegspolitik Churchills und Halifax' zeichnen sich immer deutlicher ab. Nur in Großbritannien selbst will man sie nicht also solche erkennen.

12. November 1965

GROSSBRITANNIEN ERSUCHT UNO UM „VERURTEILUNG" DER UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG SÜDRHODESIENS

Die britische (Labour-)Regierung Wilson ersucht die UNO, diese möge die einseitige Unabhängigkeitserklärung Südrhodesiens „verurteilen", nachdem sie bereits am Tage zuvor ergebnislos die Amtsenthebung der südrhodesischen Regierung Smith erklärt hat. Das britische Parlament wird zwei Tage später ein Gesetz beschließen, daß die Regierung zur Übernahme der Exekutive und Legislative in Südrhodesien ermächtigt. Alles das hat keinerlei Erfolg und genügt daher den afrikanischen Commonwealth-Staaten auch nicht. Ghana und Tansania brechen die Beziehungen zu Großbritannien ab.

15. November 1965

SUDAN VERBOT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI PERMANENTER BÜRGERKRIEG

Im ostafrikanischen Sudan (vgl. auch 8. Juli 1965) beschließt das Parlament die Auflösung und das Verbot der Kommunistischen Partei. Doch sind damit die vielfachen inneren Kämpfe im Lande keineswegs überwunden. Nicht nur der Gegensatz zwischen der arabisch-mohammedanischen Mehrheit und der Neger-Minderheit in den Südprovinzen, sondern auch religiöse Konflikte unter den verschiedenen islamischen Sekten und der politische Gegensatz zu den radikalen Kräften werden gewaltsam ausgetragen, und es herrscht nach wie vor ein Bürgerkrieg mit zahlreichen Fronten.

16. November 1965

ÄTHIOPIEN HAILE SELASSI GEGEN „PRIVILEGIERTE SCHICHTEN"

Der Kaiser von Äthiopien, Haile Selassi, bringt in der Thronrede aus Anlaß der Parlamentseröffnung zum Ausdruck, daß es künftig in Äthiopien keine privilegierten Schichten im überlieferten Sinne mehr geben könne. Wer einen überdurchschnittlichen Lebensstandard erstrebe, könne dies nur durch harte Arbeit erreichen. Natürlich bleibt diese Grundsatzerklärung theoretisch. Der Adel und allen voran die kaiserliche Familie selbst verzichtet nicht so bald auf die überlieferten Vorrechte.

25. November 1965

KONGO STAATSSTREICH MOBUTUS KASAVUBU UND KIMBA ABGESETZT

Im vormals belgischen Kongo (Leopoldville) unternimmt „General" Mobutu (vgl. 14. September 1960 und Polit. Lexikon a.a.O., Teil II) seinen zweiten Staatsstreich, setzt den Präsidenten Kasavubu und den Ministerpräsidenten Kimba (vgl. 13. Oktober 1965) ab, macht sich selbst zum Staatspräsidenten und einen „Obersten" Léonard Mulamba zum Ministerpräsidenten. Anlaß war, daß Kimba nach einer Niederlage im Parlament am 14. November im Amt blieb, Verbindung zum vormals französischen Kongo (Brazzaville) aufnahm und Veränderungen im Offizierkorps vorzunehmen suchte.

29. November 1965

Der Staatspräsident von Chile, Eduardo *Frei* Montalva, trifft zu Besprechungen mit dem argentinischen Präsidenten Illia in Buenos Aires ein und versucht, diesen für eine stärkere wirtschaftliche Zusammmenfassung der lateinamerikanischen Staaten, für einen Ausbau und eine Intensivierung der LAFTA (vgl. 18. Februar 1960) zu gewinnen. Doch ist Illia nur bereit, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Argentinien und Chile zu erweitern (vgl. 17. Juli 1965). So werden beispielsweise vier neue Verbindungsstraßen über die Anden geplant.

CHILE PRÄSIDENT FREI IN BUENOS AIRES FÜR INTENSIVIERUNG DER LAFTA

30. November 1965

In Rio de Janeiro wird die Zweite außerordentliche Interamerikanische Konferenz beendet, bei der die Charta der OAS einer Revision unterworfen und die Konferenz selbst zum ständigen Organ der OAS erhoben wurde, das alljährlich zusammentritt. Außerdem wurde die „Allianz für den Fortschritt" in die OAS einbezogen. Die USA haben sich bindend zur Wirtschaftshilfe für die lateinamerikanischen Staaten verpflichtet, d. h. ihren wirtschaftlichen Einfluß auf diese Staaten zementiert. Das Ziel ist ein gemeinsamer amerikanischer Markt.

RIO DE JANEIRO ZWEITE AUSSERORDENTLICHE INTERAMERIKANISCHE KONFERENZ REVISION DER OAS-CHARTA

2. Dezember 1965

Die chilenische Regierung des christlich-demokratischen Präsidenten Eduardo *Frei* Montalva (vgl. 4. Oktober 1965) teilt mit, daß sie diplomatische Beziehungen zur UdSSR aufgenommen hat. In den darauffolgenden Monaten wird sie solche Beziehungen auch zu weiteren Staaten des Ostblocks herstellen. Freis Bestreben geht offensichtlich dahin, sich durch Schaffung eines außenpolitischen Gegengewichts von einer einseitigen Bevormundung durch die USA zu befreien. Darum plädiert er auch für eine beiden Seiten gerecht werdende Lösung des Kubakonflikts.

CHILE DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN ZUR UDSSR

3. Dezember 1965

Der mitteldeutsche (kommunistische) Teilstaat schließt ein neues Handelsabkommen mit der UdSSR. Darin wird ein Warenumschlag im Werte von 60 Milliarden DM (Ost) vereinbart, bzw. von der UdSSR diktiert. Das sind 43 Prozent mehr als im abgelaufenen Handelsvertrag. Kurz vor Abschluß hat sich der Vorsitzende der mitteldeutschen Staatlichen Planungskommission, Erich Apel, das Leben genommen, da er bei Erfüllung der Bedingungen des neuen Vertrages keinen Weg für die Aufrechterhaltung der mitteldeutschen Volkswirtschaft mehr sieht und durch seinen Tod ein Signal geben will.

MITTELDEUTSCHLAND —UDSSR HANDELSABKOMMEN

FREITOD APELS

ROM
ENDE DES ZWEITEN VATIKANISCHEN KONZILS
AUSSÖHNUNG MIT DER GRIECHISCH-ORTHODOXEN KIRCHE

8. Dezember 1965

In Rom findet das Zweite Vatikanische Konzil sein Ende (eröffnet durch Johannes XXIII. am 11. Oktober 1962). Zu seinen wesentlichen Ergebnissen gehört die Aufhebung des Vorwurfs der Kollektivschuld des jüdischen Volkes am Tode Christi mit entsprechender Änderung der Liturgischen Texte sowie der Widerruf der Bannbulle vom Jahre 1054 gegen die Griechisch-orthodoxe Kirche. Letzterer Beschluß hat auch die Aufhebung des Bannes gegen die Römisch-katholische Kirche seitens des griechisch-orthodoxen Patriarchen Athenagoras in Istanbul zur Folge.

SAUDIARABIEN
KÖNIG FAISAL IN TEHERAN
GESPRÄCH ÜBER ÖL-STAATEN AM PERSISCHEN GOLF

König Faisal von Saudiarabien trifft zu einem einwöchigen Staatsbesuch im Iran (Persien) ein. Am Ende seiner Gespräche mit dem Schah (14. Dezember) wird ein Kommunique veröffentlicht, das die Einladung aller Staaten islamischen Glaubensbekenntnisses zu einer Konferenz enthält. Außerdem werden die „Rechte des Volkes von Palästina", d. h. der palästinensischen Araber hervorgehoben und auch die Rechte des Volkes vom Jemen (auf Selbstbestimmung seiner künftigen Staatsform). Hauptanliegen des Besuches aber war, einen Konflikt um die Öl fördernden Scheichtümer am Persischen Golf zu vermeiden.

SAMBIA
KAUNDA FORDERT BRITISCHE TRUPPEN AN ZUM SCHUTZ DES SAMBESI-KRAFTWERKES

Der Präsident von Sambia (Nordrhodesien), Kenneth Kaunda, verlangt, Großbritannien solle Truppen nach Südrhodesien entsenden, um von dort aus den Kariba-Staudamm zu besetzen und die Stromversorgung Sambias durch das Sambesi-Kraftwerk zu sichern. Kaunda hat bereits vorher mehrfach britische Truppen zum Schutze dieses Kraftwerks angefordert und läßt nunmehr durchblicken, daß er sich gegebenenfalls auch an andere Mächte wenden könne. Er scheint ernstlich zu befürchten, daß ihm die Regierung Ian Smith den Strom abschaltet.

9. Dezember 1965

UDSSR
RÜCKTRITT MIKOJANS
PODGORNY

Das Staatsoberhaupt der UdSSR, Anastas Mikojan (vgl. 15. Juli 1964), tritt zurück. Jedenfalls wird sein Rücktritt vom Obersten Sowjet bekanntgemacht und auch gleich der Nachfolger genannt: Nikolaj Viktorowitsch Podgorny (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II). Dieser wird sich in der Ausübung seines Amtes nicht auf die Repräsentation beschränken, sondern aktiv an der Außenpolitik der UdSSR mitwirken.

14. Dezember 1965

Im Verlauf der Säuberung der indonesischen Armee von kommunistischen Elementen nach dem Aufstand vom 30. September 1965 (vgl. dort) wird das Oberste Operationskommando auch zur Schaltstelle für die wirtschaftlichen Kräfte und somit zur eigentlichen Exekutivzentrale Indonesiens ausgestaltet. Damit wächst der Einfluß des Generalstabschefs Suharto. Demgegenüber wird Sukarno noch eine Woche später erklären, er werde an seiner Synthese von Nationalismus, Kommunismus und gewissen religiösen Vorstellungen in Gestalt des NASAKOM festhalten. Er wird es nur noch ein halbes Jahr können.

INDONESIEN WACHSENDER EINFLUSS SUHARTOS

15. Dezember 1965

König Faisal von Saudiarabien reist vom Iran kommend weiter nach Kuwait. Dort ist am 24. November, nach dem Tode seines Bruders Abd Allah, Sabbach as-Salim as-Sabbach Scheich und Staatsoberhaupt geworden. Mit ihm bespricht Faisal, wie zuvor mit Schah Resa Pahlewi, die Möglichkeiten, Konflikte um die Öl produzierenden Scheichtümer am Persischen Golf zu vermeiden, nachdem Großbritannien sich aus dem Persischen Golf zurückgezogen hat (vgl. auch 8. Dezember 1965).

SAUDIARABIEN FAISAL IN KUWAIT SABBACH AS-SALIM AS SABBACH

16. Dezember 1965

Die Bank von England muß erneut ausländische Finanzhilfe in Anspruch nehmen und erhält Stützungszusagen von den Landeszentralbanken wie auch von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die ihr bereits vorher kurzfristige Kredite zur Verfügung gestellt haben. Die andauernden Finanzschwierigkeiten Großbritanniens rühren großenteils von der Umstellung von der Großraumwirtschaft des britischen Empire auf die begrenzte Volkswirtschaft der britischen Inseln her. Weite Kreise verschließen sich dieser Erkenntnis, weil sie sich sonst auch über die Ursachen der Zerstörung des Empire Rechenschaft ablegen müßten.

GROSSBRITANNIEN ERNEUTE AUSLÄNDISCHE FINANZHILFE

19. Dezember 1965

Im zweiten Wahlgang (Stichwahl) der Präsidentenwahlen in Frankreich gewinnt de Gaulle vor Mitterand mit 55,2 Prozent der abgegebenen Stimmen (84 Prozent Wahlbeteiligung) und ist damit für weitere sieben Jahre Präsident. Doch wird er diese Amtsperiode nicht mehr voll zu Ende führen. Beim ersten Wahlgang am 5. Dezember konnte er nur 44,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen.

FRANKREICH WAHLSIEG DE GAULLES

22. Dezember 1965

DAHOME SOGLO PRÄSIDENT UND REGIERUNGS-CHEF

In dem westafrikanischen Staate Dahome übernimmt der Armeeführer Christophe Soglo das Amt des Staatspräsidenten, nachdem der Ende November von ihm mit der Führung der Geschäfte beauftragte Präsident der Nationalversammlung, Tairou Congacou, des Machtkampfes der drei Regionen — Norden, Mitte und Süden — gegeneinander nicht Herr werden konnte. Soglo führt die Präsidialregierung ein, d. h. er übernimmt auch die Leitung der Regierung. Er wird am 3. Januar 1966 die am 12. November 1964 aufgenommenen Beziehungen zur Chinesischen Volksrepublik abbrechen.

25. Dezember 1965

UDSSR KPDSU GEGEN CHINAS NORDVIETNAM POLITIK

Die Kommunistische Partei der UdSSR macht der Volksrepublik China zum Vorwurf, sie habe die Hilfsmaßnahmen der UdSSR für Nordvietnam unwirksam gemacht und eine gemeinsame Intervention aller kommunistischen Staaten und Parteien für Nordvietnam (d. h. also gegen Südvietnam) verhindert. China wolle offensichtlich erreichen, daß sich aus dem Vietnamkrieg ein Krieg zwischen den USA und der UdSSR entwickle, um selbst daraus den Nutzen zu ziehen. Dieser Vorwurf enthüllt, wie so oft, die geheimen eigenen Absichten und Wünsche.

29. Dezember 1965

JEMEN VERSUCH ZUR BEENDIGUNG DES BÜRGER-KRIEGES SCHEITERT

Im Jemen scheitert mit dem Ende sechstägiger Verhandlungen der Versuch, den Bürgerkrieg zwischen Republikanern und Monarchisten nach dem Waffenstillstand vom 8. November 1964 nunmehr endgültig zu beenden. Der Ministerpräsident der Republikaner, Muhammad Achmad Numan, kündigte am 9. Mai 1965 eine Volksabstimmung über die Verfassung des Jemen an, verlangt aber nunmehr bereits *vor* dieser Volksabstimmung eine Garantie der republikanischen Staatsform. Dem können die Monarchisten natürlich nicht zustimmen. Der Bürgerkrieg wird noch fünf Jahre andauern.

noch Dezember 1965

UNO-RESOLUTION GEGEN BRITISCHE POLITIK IN MASKAT UND OMAN

Die Vollversammlung der UNO nimmt eine Resolution an des Inhalts, daß die „koloniale Präsenz“ Großbritanniens im südostarabischen Imanat Oman es der Bevölkerung dort verwehre, ihr Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen und die Unabhängigkeit zu erlangen. Der britische Einfluß müsse vollständig beseitigt werden. Gemeint ist der Freundschaftsvertrag Großbritanniens mit dem Sultanat Maskat von 1951. Der Sultan läßt eine Selbständigkeit Omans nicht gelten.

1966

1. Januar 1966

In der Zentralafrikanischen Republik unternimmt die mit dem rasch wachsenden Einfluß der Chinesischen Volksrepublik unzufriedene Armee unter Führung ihres „Generalstabschefs" Jean Bédel Bokassa einen Staatsstreich und stürzt den Präsidenten David Dacko, der zahlreiche chinesische Experten ins Land geholt hat. Bokassa stellt seinen Vetter Dacko unter Hausarrest, hebt die Verfassung auf, regiert mit Hilfe von Dekreten und ordnet an, daß alle Chinesen die Zentralafrikanische Republik binnen 24 Stunden zu verlassen haben. Er gibt damit ein Signal, das auch andere afrikanische Staaten veranlassen wird, ihre wachsende Abhängigkeit von Peking zu überprüfen.[1]

ZENTRAL-AFRIKANISCHE REPUBLIK STURZ DACKOS BOKASSA WEIST CHINESEN AUS

3. Januar 1966

In dem westafrikanischen Staat Obervolta führen die Gewerkschaften einen Staatsstreich herbei, sind aber nicht in der Lage, selbst eine Regierung zu stellen. An die Stelle des gestürzten ersten Präsidenten des Landes, Maurice Yameogo, tritt daher eine Militärregierung unter Führung des „Generalstabschefs" Sangoulé Lamizana. Er tut dasselbe wie sein gestürzter Vorgänger Yameogo, erhöht die Steuern und kürzt die Einkommen, auch die der Regierungsmitglieder, und zahlt die Staatsschulden ab, um Obervolta wieder kreditwürdig zu machen.

OBERVOLTA STAATS-STREICH DER GEWERK-SCHAFTEN REGIERUNG LAMIZANA

In Havanna auf Kuba beginnt eine zweiwöchige Konferenz, an der Vertreter von 82 afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern teilnehmen. Die Konferenz richtet sich in erster Linie gegen die USA und deren Verbündete. Sie beschließt die Gründung einer „Solidaritätsorganisation der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas" mit einem ständigen Sekretariat in Havanna. Gleichzeitig wird von den Delegierten aus lateinamerikanischen Ländern die Gründung der OLAS (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I) beschlossen, ebenfalls mit Sitz in Havanna, die der kommunistisch-subversiven Tätigkeit Castros in Lateinamerika Rückhalt geben soll.

HAVANNA KONFERENZ VON 82 STAATEN GRÜNDUNG DER OLAS

Die Regierung des Präsidenten Johnson in den USA veröffentlicht ein 14-Punkte-Programm für die Friedensregelung in Vietnam, während sie gleichzeitig die Kriegführung dort intensiviert. Die 14 Punkte enthalten: Verhandlungen ohne Vorbedingungen; Einstellung der Feindseligkeiten; Diskussion der Bedingungen Nordvietnams; Abbau der US-Stützpunkte in Südostasien nach Friedensschluß; freie Wahlen in Südvietnam und Wie-

USA 14-PUNKTE-PROGRAMM FÜR VIETNAM

dervereinigung Vietnams aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes; Beteiligung des Vietkong an den Verhandlungen; Einstellung der Luftangriffe auf Nordvietnam; US-Wirtschaftshilfe für Südostasien (vgl. 7. Januar 1966).

7. Januar 1966

UDSSR— NORDVIETNAM HILFE-ABKOMMEN

In Nordvietnam trifft eine Regierungsdelegation der UdSSR ein. In den folgenden Tagen wird ein Abkommen über zusätzliche Hilfe für Hanoi geschlossen werden. Doch bindet sich Nordvietnam damit nicht einseitig an die UdSSR, sondern hält sich in dem russisch-chinesischen Konflikt neutral und weiß ihn zum eigenen Vorteil zu nutzen. Den 14-Punkte-Vorschlag der USA für eine Friedensregelung lehnt die nordvietnamesische Regierung ab, da er ihrer Auffassung nach einer Kapitulation gleichkäme (vgl. 3. Januar 1966).

10. Januar 1966

TASCHKENT: UDSSR INDIEN PAKISTAN KOSSYGIN VERMITTELT IM KATSCH-KONFLIKT TOD SHASTRIS

Der Ministerpräsident der UdSSR, Kossygin, vermittelt in Taschkent in dem schweren Konflikt zwischen Indien und Pakistan (vgl. 30. August 1965), der zu den Kämpfen im Rann von Katsch geführt hat. Er hat bereits im September 1965 zu dieser Konferenz eingeladen, die am 4. Januar begann. Es gelingt ihm, eine Vereinbarung zustande zu bringen, derzufolge die Kämpfe eingestellt werden. Indien ist bei diesen Verhandlungen durch den Ministerpräsidenten Shastri vertreten, Pakistan durch Ayub Khan. Beide unterzeichnen die Deklaration von Taschkent. Tags darauf stirbt Shastri. Seine Nachfolgerin wird die Tochter Pandit Nehrus, Indira Gandhi.[2]

12. Januar 1966

UDSSR— MONGOLISCHE VOLKS-REPUBLIK BEISTANDS-PAKT BRESCHNEW IN ULAN BATOR

Der Erste Sekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, trifft zu einem Besuch in der Mongolischen Volksrepublik ein. Während dieses Besuches wird in Ulan Bator ein Freundschafts- und Beistandspakt zwischen der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik unterzeichnet werden, der das Verhältnis noch enger als bisher schon gestaltet und infolgedessen den chinesischen Einfluß in der Äußeren Mongolei so gut wie ganz ausschaltet. Bei den kommenden wachsenden Konflikten zwischen Chinesischer Volksrepublik und UdSSR wird die Mongolische Volksrepublik auf seiten der UdSSR stehen (vgl. auch 13. November 1967).

15. Januar 1966

NIGERIA

Im westafrikanischen Staat Nigeria wird anläßlich eines Militärputsches der Ministerpräsident Balewa mit anderen führenden Politikern vom Stamme der Hausa ermordet. Der Putsch

wird von Offizieren des Ibo-Stammes getragen, der bei den vorausgegangenen Wahlen durch Manipulation und durch Wahlterror benachteiligt wurde. Die Regierung übernimmt der Oberbefehlshaber der Armee, General Aguiyi-*Ironsi*, der dem Ibo-Stamm angehört. Er setzt in allen Teilen Nigerias Militärgouverneure ein.

ERMORDUNG BALEWAS DURCH IBO-OFFIZIERE REGIERUNG IRONSI

16. Januar 1966

Der japanische Außenminister Etsusaburo Shiina trifft in Moskau ein und wird dort nach einwöchigen Verhandlungen ein Handels- und Zahlungsabkommen mit der UdSSR unterzeichnen. Das Abkommen hat eine Laufzeit von fünf Jahren, doch wird bereits nach zwei Jahren das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern auf 642 Millionen Dollar angewachsen sein. Im Juli 1966 wird der sowjetische Außenminister Gromyko anläßlich eines Gegenbesuches in Tokio dort ein Konsularabkommen mit Japan unterzeichnen. Damit beginnen sich die Beziehungen beider Staaten wieder zu normalisieren.

JAPAN

SHIINA IN MOSKAU HANDELS-ABKOMMEN MIT UDSSR

24. Januar 1966

In Indien wird als Nachfolger für den verstorbenen Ministerpräsidenten Lal Bahadur Shastri (vgl. 10. Januar 1966) im Parlament die Tochter Pandit Nehrus, Indira Gandhi, zum Ministerpräsidenten gewählt. Ihre Regierung ist durch die Vereinbarung von Taschkent von dem Konflikt mit Pakistan entlastet. Dieser Konflikt ist einem internationalen Schiedsgericht in Genf zur Entscheidung übertragen worden. Die Entscheidung über den umstrittenen Rann von Katsch wird am 19. Februar 1968 zugunsten Indiens fallen.

INDIEN INDIRA GHANDI MINISTER-PRÄSIDENT

27. Januar 1966

König Faisal von Saudiarabien trifft zu einem Besuch in Jordanien ein. Er und König Hussein, beide direkte Nachkommen des Propheten Mohammed, erklären sich für ein Bündnissystem der islamischen Staaten. Zwei Wochen später wird König Faisal in Kuwait gemeinsam mit Scheich as-Sabbah wiederum die Bedeutung einer geistigen Bindung zwischen den Ländern islamischen Bekenntnisses betonen. Dagegen wird sich Abd en-Nasser mit heftigen Gegenerklärungen wenden (vgl. 22. März 1966, 9. Juni 1966).

SAUDIARABIEN FAISAL IN JORDANIEN UND KUWAIT

3. Februar 1966

Den Raumflugbehörden der UdSSR gelingt es erstmalig, einen unbemannten Raumflugkörper, die Luna 9, weich, das heißt unzerstört, auf der Mondoberfläche landen zu lassen.

UDSSR LUNA 9 AUF DEM MOND

6. Februar 1966

HONOLULU TREFFEN JOHNSON MIT VAN THIEU UND KY (SÜDVIETNAM)

Auf Honolulu trifft der Präsident der USA, Johnson, mit dem Staats- und dem Ministerpräsidenten von Südvietnam, van Thieu und Ky, zusammen. In einer gemeinsamen Deklaration wird eine Steigerung der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe der USA für Südvietnam angekündigt. Der Angriff Nordvietnams auf Südvietnam soll „bestraft", das Eindringen des Kommunismus (in Gestalt des Vietkong) in Südvietnam verhindert werden. Das wird nicht gelingen. Die Bombenangriffe der US-Luftstreitkräfte auf Nordvietnam sind bereits am 31. Januar wieder aufgenommen worden.[3]

12. Februar 1966

CHINA—RUMÄNIEN KULTUR-ABKOMMEN

Die Chinesische Volksrepublik und Rumänien schließen ein Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Im Zusammenhang mit der demonstrativen Betonung der rumänischen Unabhängigkeit gegenüber der UdSSR und dem Warschauer Pakt (vgl. 7. Mai 1966, 16. Juni 1966, 4. Juli 1966) kommt diesem Abkommen besondere Bedeutung zu. Aus dem vom italienischen Kommunistenführer Togliatti vertretenen „Polyzentrismus" (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I) entwickelt sich eine Polarität Moskau—Peking.

17. Februar 1966

RHODESIEN VERFASSUNG ANGENOMMEN

In Süd-Rhodesien, das sich am 11. November 1965 (vgl. dort) unabhängig erklärt hat, beschließt das Parlament ein Gesetz über die Zustimmung zur verfassungsmäßigen Grundlage des unabhängigen Staates. Die britische Labourregierung Wilson verzichtet auf Gewaltanwendung gegenüber der rhodesischen Regierung Smith, da sie damit die konservative Opposition in Großbritannien stärken würde. Smith erklärt sich zu Verhandlungen bereit, allerdings nicht über die mittlerweile Tatsache gewordene Unabhängigkeit, sondern nur über das künftige Verhältnis der beiden Länder zueinander. (Vgl. 2. Dezember 1966).

22. Februar 1966

GROSS-BRITANNIEN WEISSBUCH ZUR VERTEIDIGUNG RÜCKZUG AUS DEM OSTEN

Die britische Regierung veröffentlicht ein Weißbuch zur Landesverteidigung. Darin wird der Rückzug Großbritanniens aus allen Positionen „östlich von Suez", also aus dem gesamten Nahen und Fernen Osten angekündigt. Auch sollen keine Flugzeugträger mehr gebaut werden, obgleich die Hauptlast der Verteidigung auf den Luftstreitkräften ruht. Die konventionellen Streitkräfte sollen nicht verstärkt werden, um ein Wettrüsten in Europa zu vermeiden. Der Warschauer Pakt-Block wird sich davon kaum beeindrucken lassen. Dort wird weitergerüstet.

24. Februar 1966

Der Staatspräsident und Diktator von Ghana, Kwame Nkrumah, wird in Abwesenheit, nämlich während einer Reise in die Chinesische Volksrepublik, von einem „Nationalen Befreiungsrat", der sich aus Armee- und Polizeioffizieren zusammensetzt und unter Führung des Generals Joseph Arthur Ankrah steht, abgesetzt. Die neue Regierung verbietet parteipolitische Tätigkeit im Lande, wirbt um Vertrauen bei den afrikanischen Nachbarstaaten und pflegt mehr Kontakte zum Westen als zum Osten.

GHANA STURZ NKRUMAHS ANKRAH

2. März 1966

Sekou Touré, der Staatspräsident von Guinea, nimmt den in Ghana gestürzten Kwame Nkrumah (vgl. 24. Februar 1966) bei sich auf und erkennt ihm die Würde eines „Ehrenpräsidenten" zu, versucht auch, einen Feldzug gegen Ghana zustande zu bringen, der allerdings daran scheitern wird, daß Mali eine Teilnahme ablehnt. Immerhin wird Sekou Touré am 10. März eine Kriegserklärung an Ghana richten und auch gegen die Elfenbeinküste Drohungen aussprechen. Trotz alledem und trotz weiterer Beweise seiner staatsmännischen Unzulänglichkeit wird sich Touré auch weiterhin in Guinea an der Regierung halten können.

GUINEA TOURÉ NIMMT NKRUMAH AUF UND ERKLÄRT GHANA DEN KRIEG

6. März 1966

In Österreich löst der Wahlsieg der Österreichischen Volkspartei über die Sozialisten bei den Wahlen zum Nationalrat eine zwanzigjährige Epoche der großen Koalition zwischen beiden Parteien ab. Josef Klaus bildet eine neue Regierung, ausschließlich aus Mitgliedern der ÖVP, und die Sozialisten gehen in die Opposition. Damit wird aus der sogenannten „unvollendeten Republik" nunmehr nach den Spielregeln des Parlamentarismus eine „vollendete". Doch werden Österreichs Probleme damit nicht geringer (vgl. 14. November 1966).

ÖSTERREICH WAHLSIEG DER ÖVP REGIERUNG KLAUS

7. März 1966

Der französische Staatspräsident General de Gaulle gibt dem Präsidenten der USA, Johnson, bekannt, daß Frankreich mit sofortiger Wirkung aus den militärischen Körperschaften der NATO ausscheidet, hingegen in den politischen verbleibt. De Gaulle will mit diesem Schritt ein Zusammenspiel der USA mit der UdSSR auf Kosten Europas verhindern und zugleich Frankreich zur Führungsmacht eines von Ost und West unabhängigen Europa machen, dessen Bestand und Unverletzlichkeit er dann sogar von beiden, USA und UdSSR, garantieren lassen möchte. Offenbar überschätzt er wieder einmal Frankreichs Möglichkeiten.

FRANKREICH VERLÄSST MILITÄRISCH DIE NATO

14. März 1966

IRAK
ARIF IN TEHERAN
VEREINBARUNG ÜBER PERSISCHEN GOLF

Der Staatspräsident des Irak, Abd as-Salim Muhammad Arif, trifft (einen Monat vor seinem tödlichen Hubschrauberabsturz) zu einem Staatsbesuch des Iran in Teheran ein. Er wird mit Schah Resa Pahlewi vereinbaren, daß über die Ausbeutung der unterseeischen Ölfelder vor der Küste im Persischen Golf sowie über Grenzkorrekturen zwischen Irak und Iran verhandelt werden soll. Doch wird zwei Jahre später der Staatsstreich der Armee im Irak mit dem anschließenden antifeudalistischen radikalen Regierungskurs (vgl. 17. Juli 1968) diese Vereinbarungen gegenstandslos machen und die Beziehungen der beiden Staaten zueinander verschlechtern.

22. März 1966

ÄGYPTEN

TRUPPEN BLEIBEN IM JEMEN

NASSER GEGEN DIE ARABISCHEN MONARCHIEN

Entgegen der klaren Vereinbarung mit König Faisal von Saudiarabien vom 24. August 1965 (vgl. dort) erklärt Abd en-Nasser nunmehr, die ägyptischen Truppen im Jemen würden notfalls noch zwanzig Jahre dort bleiben, um den Bestand der Republik zu verteidigen. Gleichzeitig bezeichnet er die arabischen Monarchien als „reaktionäre Elemente", behauptet, sie würden den Islam lediglich als Vorwand benutzen, um ihre Völker auszubeuten, und sagt ihnen den Kampf an mit der Formulierung, er, Nasser, werde die Einheit der arabischen Regierungen durch die „Einheit der revolutionären Kräfte" ersetzen.

23. März 1966

ELFENBEINKÜSTE
HOUPHOUET-BOIGNY STÜTZT NEUE GHANA-REGIERUNG

Der Staatspräsident der Elfenbeinküste, Houphouet-Boigny, kündigt an, er werde die neue Regierung in Ghana (nach dem Sturz Kwame Nkrumahs) gegen jeden Interventionsversuch von seiten Guineas (Sekou Touré) schützen (vgl. 24. Februar 1966, 2. März 1966).

24. März 1966

VATIKAN
PAPST EMPFÄNGT ERZBISCHOF VON CANTERBURY

Der Erzbischof von Canterbury, Michael Ramsay, wird im Vatikan in Rom von Papst Paul VI. empfangen. Es ist die erste Begegnung zwischen dem römisch-katholischen und dem anglikanischen Kirchenoberhaupt seit 430 Jahren. In einer gemeinsamen Erklärung rufen beide zu sozialem Frieden, sozialer Gerechtigkeit und zur Förderung gemeinsam-christlicher (ökumenischer) Vorhaben auf.

29. März 1966

In Ecuador wird zur Abwechslung auch einmal eine Militärjunta von Zivilisten gestürzt und außer Landes getrieben, und zwar die seit 1963 regierende Junta unter Rámon Castro Jijón. Voraus gingen blutige Unruhen in Guayaquil und Quito. Eine Woche nach dem Umsturz, am 4. April, wird eine Übergangsregierung gebildet, die allgemeine Wahlen für den Herbst ausschreibt. Diese Wahlen einer Verfassunggebenden Versammlung werden am 16. Oktober tatsächlich durchgeführt werden, und wieder einen Monat später wird dann die Verfassunggebende Versammlung einen Präsidenten wählen — für anderthalb Jahre.

ECUADOR MILITÄRJUNTA GESTÜRZT ÜBERGANGS-REGIERUNG

6. April 1966

In Tokio finden auf Einladung Japans Besprechungen von Wirtschaftsdelegationen Japans, Laos', Malaysias, der Philippinen, Singapurs, Siams (Thailands) und Süd-Vietnams statt, bei denen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Südostasiens geplant wird. Japan verspricht, ein Prozent seines Nationaleinkommens für Entwicklungshilfe in Südostasien auszugeben, und wächst somit mehr und mehr in die Rolle der wirtschaftspolitisch führenden Macht Südostasiens hinein.

TOKIO SÜDOST-ASIATISCHE WIRTSCHAFTS-BESPRECHUNGEN

8. April 1966

Nach zehn Konferenztagen geht der XXIII. Parteitag der KPdSU in Moskau zu Ende. Wichtigster Beschluß ist die Wiedereinführung des Politbüros und des Amtes des ZK-Generalsekretärs sowie die Rehabilitierung Stalins. Mit anderen Worten: Breschnew strebt die gleiche Machtvollkommenheit an, die Stalin besessen hat. Noch steht ihm Kossygin als Ministerpräsident zur Seite, und die brutalen Ausrottungsmethoden sind nicht mehr zeitgemäß. Aber das Ziel der Ein-Mann-Diktatur ist erkennbar.

UDSSR XXIII. PARTEITAG BRESCHNEW-DIKTATUR

18. April 1966

König Faisal von Saudiarabien trifft zu einem siebentägigen Staatsbesuch in Pakistan ein. Am Ende der Besuchswoche wird ein Kommunique veröffentlicht werden, in dem Ayub Khan und Faisal die Solidarität der Staaten islamischen Bekenntnisses betonen. Auch Ayub Khan stellt sich im arabisch-israelischen Konflikt, wie Indien, auf die arabische Seite, aber nicht auf die Seite der sozialrevolutionären Staaten Ägypten und Syrien.

SAUDIARABIEN FAISAL IN PAKISTAN ISLAM-SOLIDARITÄT

24. April 1966

Ein Volksentscheid in der gesamten Schweiz erbringt eine Mehrheit *gegen* das allgemeine Stimmrecht der Frauen. Es wäre ein Fehler, daraus ableiten zu wollen, daß die Mehrzahl der Schwei-

SCHWEIZ

VOLKSENTSCHEID GEGEN FRAUENSTIMMRECHT

zer ihre Frauen für unmündig hält. Man hat sich dort lediglich den Sinn für die natürliche Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau erhalten und zeigt sich erstaunlich unabhängig vom allgemeinen Zug der Zeit zur Gleichmacherei auf allen Gebieten. Die Schweiz war vom Anfang ihrer staatlichen Selbständigkeit an eine Demokratie. Doch sie beweist, daß Demokratie nicht unbedingt gleichbedeutend sein muß mit Nivellierung.

27. April 1966

VATIKAN PAPST EMPFÄNGT UDSSR-AUSSENMINISTER

Papst Paul VI. empfängt den Außenminister der UdSSR, Andreij Andrejewitsch Gromyko, der seit zehn Jahren im Amt ist, den Sturz Chruschtschows überdauert hat und noch mindestens weitere acht Jahre im Amt bleiben wird. Der Empfang findet im Rahmen des von der Kirche seit Johannes XXIII. gesuchten Gesprächs mit den kommunistischen Ländern — „nicht mit dem Irrtum, aber mit den Irrenden" — statt, das der Verbesserung der politischen Atmosphäre und der Daseinserleichterung für die in kommunistischen Ländern lebenden Katholiken dienen soll.[4]

3. Mai 1966

THAILAND SENDET SCHIFFE UND FLUGZEUGE NACH SÜDVIETNAM

Die thailändische (siamesische) Regierung kündigt die Entsendung von Transportschiffen und -flugzeugen nach Südvietnam an und begründet diese Maßnahme mit der Sorge um die eigene Sicherheit. Tatsächlich sind im Norden Thailands bereits kommunistische Partisanenverbände aufgetreten und haben einen Aufstand der Bergbevölkerung angezettelt. In Südvietnam sind etwa 12 000 thailändische Soldaten an den Kämpfen beteiligt, in Thailand selbst sind rund 47 000 Mann US-Truppen stationiert. Von neun Stützpunkten fliegen US-Bomber gegen Nordvietnam. Das Land erhält jährlich 75 Millionen Dollar Militärhilfe.

7. Mai 1966

RUMÄNIEN CEAUSESCU KRITISIERT KOMINTERN BRESCHNEW IN BUKAREST

Generalmajor Nicolae *Ceausescu*, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Rumäniens, übt in einer Rede Kritik an dem Vorgehen der einstigen KOMINTERN und erklärt, eine zentrale Leitung aller Kommunistischen Parteien sei nicht mehr möglich. Darüber hinaus äußert er sich auch gegen das Bestehen von Militärblöcken, d. h. also auch gegen den Warschauer Pakt. Schon drei Tage nach dieser Rede wird Leonid Breschnew inoffiziell in Bukarest eintreffen. Sein Besuch erscheint um so dringlicher, da Ceausescu auch die freundschaftlichen Beziehungen Rumäniens zur Chinesischen Volksrepublik besonders hervorgehoben hat (vgl. 16. Juni 1966).

9. Mai 1966

Anläßlich eines Besuchs des australischen Außenministers Hasluck beim Premierminister von Neuseeland, Sir Keith Jacka Holyoake, betonen beide die Notwendigkeit eines militärischen Einsatzes in Nordvietnam. Soziale und Wirtschaftshilfe genüge nicht. Beide Regierungen bejahen eine konsequente Bekämpfung des Kommunismus, dessen Ausbreitung nach Süden sie als eine Bedrohung auch ihrer Länder erkennen. Allerdings hält sich die neuseeländische Militärhilfe für Südvietnam in bescheidenen Grenzen. Das entsandte Truppenkontingent hat 150 Mann Stärke.[5]

AUSTRALIEN HASLUCK IN NEUSEELAND KAMPF GEGEN NORDVIETNAM

12. Mai 1966

In Bonn unterzeichnen Staatssekretär Lahr und der israelische Botschafter Ben-Nathan ein Abkommen über eine westdeutsche Wirtschaftshilfe an Israel in Höhe von 160 Millionen DM. Das Darlehen bleibt zum Teil zinslos, zum anderen Teil wird es mit 3 Prozent verzinst bei einer Laufzeit von 20 bis 25 Jahren. Alljährlich soll über weitere Zahlungen in jährlich mindestens gleicher Höhe verhandelt werden. Tags darauf, am 13. Mai, erkennt Israel in einer Note an Polen die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze an.[6]

WEST-DEUTSCHLAND-ISRAEL WIRTSCHAFTS-HILFE

ODER-NEISSE-GRENZE

16. Mai 1966

Anläßlich des Wirtschaftshilfeabkommens zwischen dem westdeutschen Teilstaat und Israel vom 12. Mai 1966 (vgl. dort) erklärt in Washington der Ehrenpräsident des Komitees der amerikanischen Juden, Jacob Blaustein, der westdeutsche Staat habe in den vergangenen zwölf Jahren, also seit 1955, 6,5 Milliarden Dollar (26 Milliarden DM) an Wiedergutmachung an Israel gezahlt. Nach Blausteins Auffassung sollten diese Zahlungen auf 10 Milliarden Dollar (40 Milliarden DM) gesteigert werden.[7]

BLAUSTEIN ÜBER WEST-DEUTSCHE WIEDERGUT-MACHUNG AN ISRAEL

18. Mai 1966

Der Verteidigungsminister der USA, Robert Strange McNamara, erklärt, die Anzahl der US-Stützpunkte in Europa und die zahlenmäßige Stärke ihres Truppenkontingents dort könnten ohne Gefahr eingeschränkt werden, da auf dem Luftwege („Big Lift") jederzeit größere Einheiten im Ernstfalle wieder nach Europa gebracht werden könnten. Da das ein Abrücken vom Gedanken der „Vorwärtsverteidigung" und eine Verlagerung der atomaren Abschrekung in die USA bedeutet, löst die Erklärung Beunruhigung bei den NATO-Verbündeten aus (vgl. 7. Juni 1966).

USA MCNAMARA ÜBER EIN-SCHRÄNKUNG DER TRUPPEN-PRÄSENZ IN EUROPA

24. Mai 1966

NIGERIA REGIERUNG IRONSI POGROME MASSENFLUCHT

Im westafrikanischen Staat Nigeria hebt die neue Regierung Ironsi (vgl. 15. Januar 1966) die bundesstaatliche Verfassung auf, bildet die bisher autonomen Regionen mit ihren stammestümlich geprägten Eigenheiten zu Provinzen um und löst die politischen Parteien und Organisationen auf. Die Maßnahmen wecken erbitterten Widerstand im Norden des Staates, der vom Haussa-Stamm geprägt ist. Eine Welle von blutigen Pogromen gegen die im Norden lebenden Angehörigen des Ibo-Stammes führt zu einer Massenflucht. Die Armee spaltet sich (vgl. 29. Juli 1966).

UGANDA STURZ UND FLUCHT KÖNIG MUTESAS OBOTE PRÄSIDENT

Im ostafrikanischen Staat Uganda, einem Bundesstaat aus mehreren Königreichen, läßt der Ministerpräsident der Unionsregierung, Milton Obote, den Palast des Königs von Buganda, Mutesa II., in der Hauptstadt Kampala durch Bundestruppen stürmen. Mutesa kann nach Großbritannien entkommen. Er hat tags zuvor die Maßnahme Obotes dadurch provoziert, daß er ultimatig verlangte, die Bundesregierung solle Buganda verlassen. Kampala ist zugleich Hauptstadt Bugandas und des Bundes. Obote übt künftig die Pflichten, Befugnisse und Aufgaben eines Staatspräsidenten aus.

26. Mai 1966

BELGIEN-KONGO ABKOMMEN ÜBER INDUSTRIE-BETRIEBE

PUTSCH KIMBAS

Belgien und die Regierung des vormals belgischen Kongo schließen in Brüssel ein Abkommen über die künftige Verwaltung der Kupferminen in Katanga und anderer Konzerne. Der Verwaltungssitz soll von Belgien in den Kongo verlegt werden. Doch wird das Abkommen bereits am 6. Juni überholt sein, an dem Mobutu alle Konzessionen für ungültig erklären läßt, die noch aus der Kolonialzeit stammen. Inzwischen versucht der frühere Ministerpräsident Evariste Kimba am 29. Mai einen Putsch gegen Mobutu, der niedergeschlagen wird. Kimba wird am 2. Juni hingerichtet werden.[8]

27. Mai 1966

FINNLAND VOLKSFRONT-REGIERUNG PAASIO RUSK UND KOSSYGIN IN HELSINKI

In Finnland bildet der Sozialdemokrat Rafael Paasio eine ausgesprochene Volksfrontregierung mit Vertretern des Zentrums (Bauern), der Linkssozialisten und der Kommunisten, erhält aber den Neutralitätskurs des Landes aufrecht, an dem sowohl die USA wie die UdSSR interessiert sind. So trifft bereits vier Tage später der Außenminister der USA, Dean Rusk, zu einem Dreitagebesuch in Helsinki ein. Zehn Tage nach seiner Abreise, am 13. Juni, kommt der Ministerpräsident der UdSSR, Kossygin, der mit dem finnischen Staatspräsidenten Kekkonen nahezu befreundet ist, und bleibt eine Woche.

Auf Kuba nimmt Fidel Castro einen Grenzzwischenfall am US-Stützpunkt Guantanamó zum Anlaß, das gesamte öffentliche Leben mehr und mehr zu militarisieren. Mit dem ausdrücklichen Ziel der „Permanenz der Revolution“ im Sinne Trotzkis (bzw. Parvus-Helphands) werden Arbeits- und Landwirtschaftsbrigaden gebildet, ähnlich wie in der Chinesischen Volksrepublik während des „Großen Sprungs“. Neben der Armee wird eine freiwillige Volksmiliz aufgebaut.

KUBA MILITARISIERUNG VOLKSMILIZ

31. Mai 1966

In Bangkok findet auf Einladung Thailands (Siams), das im Konflikt um Nordborneo (Sabah) zwischen Indonesien, Malaysia und den Philippinen vermittelt hat, eine Konferenz der vier genannten Staaten statt. Die Voraussetzungen dazu wurden durch den Sturz Sukarnos und durch den Regierungswechsel auf den Philippinen gegeben. Es entstand ein verhandlungsfreundliches Klima. Man vereinbart in Bangkok die Errichtung einer „südostasiatischen Union der Zusammenarbeit“ ohne betont antikommunistische Tendenz, wie es dann vierzehn Tage später in Seoul mit der Gründung der ASPAC — allerdings ohne Indonesien — verwirklicht werden wird (vgl. 14. Juni 1966).

BANGKOK KONFERENZ VON THAILAND INDONESIEN MALAYSIA PHILIPPINEN

4. Juni 1966

Der Senat der Philipppinen verabschiedet ein Gesetz, mit dem die Entsendung eines Truppenkontingents in Stärke von 2000 Mann nach Südvietnam zur Beteiligung am Vietnamkrieg verfügt wird. Der Schritt widerspricht dem Geist der Zusammenkunft in Tokio vom 6. April 1966 (vgl. dort), wo Japan Wert darauf legte, jede Provokation der Chinesischen Volksrepublik zu vermeiden. Zehn Tage später, bei der Konferenz in Seoul (vgl. 14. Juni 1966) wird Japan diesen Standpunkt nochmals bekräftigen. Doch befinden sich die Philippinen in weitgehender Abhängigkeit von den USA.

PHILIPPINEN 2000 MANN NACH SÜDVIETNAM JAPAN NICHT EINVERSTANDEN

5. Juni 1966

Scheich as-Sabbah von Kuwait trifft zu einem Besuch im Irak in Bagdad ein. Es gelingt ihm, die seit Jahrzehnten andauernden Grenzstreitigkeiten zu beenden und den Grenzverlauf gemeinsam mit dem Staatspräsidenten des Irak, Abd ar-Rahman Arif, der seinem am 13. April tödlich verunglückten Bruder im Amt nachfolgte, endgültig festzulegen. Bei dieser Gelegenheit erklären sich sowohl as-Sabbah als auch Arif für einen „Abbau der Meinungsverschiedenheiten zwischen einigen arabischen Ländern“, d. h. gegen die Hetze, die von Ägypten und Syrien gegen die arabischen Monarchien betrieben wird.

KUWAIT AS-SABBAH IM IRAK GRENZ-FESTLEGUNG

6. Juni 1966

WESTAFRIKA ZOLLUNION UDEAO

Die afrikanischen Staaten Dahome, Elfenbeinküste, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta und Senegal gründen eine Westafrikanische Zollunion (UDEAO) mit gegenseitigen Zollsenkungen für alle selbst produzierten Waren und mit einem gemeinsamen Außenzolltarif. Diese Zollunion wird am 15. Dezember 1966 verwirklicht werden, allerdings nur für die Dauer von vier Jahren, weil die Ergebnisse für die Beteiligten unbefriedigend sind. An die Stelle der UDEAO wird daher im Herbst 1970 eine Wirtschaftsgemeinschaft (CEAO) treten.

7. Juni 1966

BRÜSSEL NATO-KONFERENZ DÄNEMARK FÜR ALLGEM. EUROPÄISCHE SICHERHEITS-KONFERENZ

In Brüssel tritt eine NATO-Konferenz zusammen, die im Zeichen der Sorge um eine etwaige Einigung zwischen USA und UdSSR in der Frage des Atomwaffeneinsatzes „über die Köpfe der Europäer hinweg“ steht (vgl. 18. Mai 1966). Unter diesem Gesichtspunkt stößt der Vorschlag des dänischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag vom 27. Mai 1966 einer allgemeinen europäischen Sicherheitskonferenz von West- und Osteuropa, der den Vorstellungen des Sowjetblocks entgegenkommt, auf die Zustimmung der NATO-Mitgliedstaaten. Der dänische Außenminister Per Haekkerup hat dazu am 4. Juni in einem Interview nähere Erklärungen gegeben.

9. Juni 1966

SYRIEN REGIERUNGS-DELEGATION IN KAIRO GEGEN „ISLAMISCHEN PAKT“

Eine syrische Regierungsdelegation trifft in Kairo ein. Am Ende der einwöchigen Besprechungen wird ein Kommunique veröffentlicht werden, in dem Ägypten und Syrien einen „Islamischen Pakt“ ablehnen, da er nur einen Versuch des „Imperialismus“ darstelle, die „arabische Revolution“ aufzuhalten. Nassers Antipathie gegen den überlieferten und religiös fundierten arabischen Feudalismus, insbesondere gegen Saudiarabien, gegen das er auch weiterhin im Jemen zu Felde zieht, verhindert die arabische Einigung und gibt Israel Zeit, seine Verteidigungsbereitschaft zu stärken.

14. Juni 1966

JORDANIEN HUSSEIN GEGEN PLO GUERILLA-KRIEG

König Hussein von Jordanien bricht die Verbindung zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ab, nachdem diese den Sturz der Monarchie in Jordanien und die Einreihung Jordaniens in die Front der „revolutionären Kräfte“ als Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen Israel bezeichnet hat. Ägypten (VAR) und Syrien betreiben daraufhin mit der PLO Agitation gegen den „Verräter Hussein“. Zugleich verstärkt die PLO den Guerillakampf von jordanischem Gebiet aus gegen Israel (vgl. 13. November 1966).

In der südkoreanischen Hauptstadt Seoul beginnt eine Wirtschaftskonferenz Australiens, Japans, Malaysias, Neuseelands, der Philippinen, Südkoreas, Südvietnams, Taiwans (Nationalchinas) und Thailands (Siams). Bei dieser Konferenz wird der ASPAC gegründet, der Asian-Pacific- Council, der auch politischen Gesprächen dienen soll, aber keine militärischen Vereinbarungen treffen wird. Laos nimmt nur als Beobachter an der Konferenz teil, und die USA halten sich bewußt fern, um die beteiligten Bandungmächte nicht zu verprellen. Trotz Beteiligung Australiens und Neuseelands soll der ASPAC blockfrei bleiben.[9]

SEOUL SÜDOST-ASIATISCHE WIRTSCHAFTS-KONFERENZ GRÜNDUNG DER ASPAC

16. Juni 1966

Der Ministerpräsident der Chinesischen Volksrepublik, Tschu En-lei, trifft zu einem Besuch in Rumänien ein und erklärt auf dem Flughafen von Bukarest, er habe Hochachtung davor, daß das rumänische Volk „gegen die von außen kommenden Versuche der Kontrolle und Einmischung kämpft“ (vgl. hierzu 12. Februar 1966, 7. Mai 1966, 4. Juli 1966).[10]

CHINA TSCHU EN-LEI IN BUKAREST

23. Juni 1966

Der westdeutsche Bundestag beschließt ein Gesetz, das Funktionäre der mitteldeutschen kommunistischen SED befristet von der *Strafverfolgung* im Gebiet des westdeutschen Teilstaates freistellt. Dieses Gesetz erregt bei den mitteldeutschen Partei- und Regierungsstellen immerhin verständliche Empörung, da es ja den erwarteten bzw. eingeladenen Funktionären ihre An-sich-Kriminalität ausdrücklich und parlamentsnotorisch bescheinigt. Was sich die Erfinder dabei gedacht haben, bleibt unerfindlich. Jedenfalls wird es nun vorerst nicht zu den erhofften Gesprächen kommen.

WEST-DEUTSCHLAND KEINE STRAF-VERFOLGUNG MITTELDEUT-SCHER SED-FUNKTIONÄRE

27. Juni 1966

In Tananarivo auf Madagaskar geht eine dreitägige Konferenz der OCAM, der bereits am 12. Februar 1965 gegründeten Organisation Commune Africaine et Malgache, zu Ende, bei der die „Charta“ dieser Organisation von den vierzehn anwesenden Staatsoberhäuptern und Regierungschefs beschlossen wird. Man will sich ständig gegenseitig in außenpolitischen Fragen konsultieren und mit gemeinsamen Maßnahmen einer von anderen afrikanischen Staaten ausgehenden Untergrundtätigkeit entgegentreten, auch dem vormals belgischen Kongo helfen, mit der Rebellion dort fertig zu werden. Präsident der OCAM wird Diori (Niger).

MADAGASKAR OCAM-KONFERENZ CHARTA GEGEN UNTERGRUND-TÄTIGKEIT

28. Juni 1966

ARGENTINIEN STURZ ILLIAS NACHFOLGER ONGANIA „DIKTATUR FÜR UNBESTIMMTE ZEIT“

In Argentinien ist es einmal wieder soweit. „Die Armee“, d. h. also der jeweils einflußreichste Teil der Generalität, ist der Auffassung, daß der Präsident gewechselt werden muß. Also tritt an die Stelle des abgesetzten Arturo Umberto Illia (seit 1963) General Juan Carlos *Onganía*. Die Nationalversammlung und auch die Parlamente der Provinzen werden aufgelöst, ebenso die Parteien. Ein „Revolutionsstatut“ wird veröffentlicht, das offen die „Diktatur für unbestimmte Zeit“ proklamiert. Die gesetzgeberische Gewalt übernimmt der Präsident. Auch ist wieder einmal von „nationaler Erneuerung“ die Rede.

30. Juni 1966

FRANKREICH DE GAULLE IN MOSKAU ODER-NEISSE-GRENZE ENDGÜLTIG

Anläßlich eines Staatsbesuches General de Gaulles in der UdSSR (vom 20. Juni bis 1. Juli 1966) wird eine gemeinsame französisch-sowjetische Erklärung veröffentlicht. Darin wird die Oder-Neiße-Linie (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I) als die endgültige Grenze zwischen (Mittel-)Deutschland und Polen bezeichnet und eine Beteiligung Westdeutschlands an der Atombewaffnung abgelehnt. Die Regierungen in Paris und Moskau sollen künftig durch eine direkt geschaltete Telefonverbindung miteinander sprechen können.

1. Juli 1966

JUGOSLAWIEN RÜCKTRITT RANKOVICS TITO ÜBT KRITIK AM STAATSSICHERHEITSDIENST

In Jugoslawien tritt der Vizepräsident Aleksander Rankovič zurück, nachdem Marschall Tito scharfe Kritik am Vorgehen des jugoslawischen Staatssicherheitsdienstes geübt hat, dem noch im gleichen Jahr (am 25. November) seine bisherigen Privilegien als politische Geheimpolizei aberkannt werden. Rankovič gehört der serbischen Nationalität an, die — wie die tschechische in der Tschechoslowakei — einen Führungsanspruch in Jugoslawien stellt. Rankovičs Gegenspieler, die „Reformer“, sind zumeist Kroaten und Slowenen, stammen also aus den wirtschaftlich besser entwickelten Gebieten.

4. Juli 1966

BUKAREST KONFERENZ DER WARSCHAUER PAKT-MÄCHTE CEAUSESCU PROVOZIERT UDSSR

In Bukarest beginnt, knapp zwei Monate nach dem inoffiziellen Besuch Breschnews dort (vgl. 7. Mai 1966), und zwei Wochen nach dem Besuch Tschu En-lais (vgl. 16. Juni 1966) eine Konferenz der Warschauer-Pakt-Mächte, und zwar des Politischen Beratenden Ausschusses. Die UdSSR kann dort keine wesentliche Straffung der Bindungen innerhalb des Paktes durchsetzen, obgleich sie in diesem Bestreben von den Vertretern Polens, der Tschechoslowakei und des mitteldeutschen Teilstaates unterstützt

wird. Ceausescu als Gastgeber benutzt auch hier jede Gelegenheit, um die Unabhängigkeit Rumäniens gegenüber Moskau zu betonen, bis in Einzelheiten des diplomatischen Protokolls hinein.[11]

5. Juli 1966

INDONESIEN SUKARNO NICHT MEHR „AUF LEBENSZEIT“

Der indonesische Volkskongreß in Djakarta auf Java erkennt Sukarno die Eigenschaft eines „Präsidenten auf Lebenszeit“ ab. Er steht in dem begründeten Verdacht, den Kommunistenaufstand vom 30. September 1965 (vgl. dort) zumindest begünstigt zu haben. Doch ist General Suharto zu klug, Sukarno bereits völlig zu entmachten. Die innere Konsolidierung des jungen Staates Indonesien bedarf noch einer „Vater- und Symbolfigur“. Aber Anfang 1967 werden sich dann die Verdachtsmomente gegen Sukarno häufen (vgl. 12. März und 12. Mai 1967).[12]

6. Juli 1966

MALAWI REPUBLIK BANDA PRÄSIDENT EUROPÄER IM PARLAMENT

Der ostafrikanische Staat Malawi erklärt sich zur Republik, verbleibt aber im britischen Commonwealth of Nations. Staatspräsident wird Hastings Banda, der Führer der Malawi Congress Party, der einzigen bestehenden Partei. Banda steuert einen europafreundlichen Kurs, schon um sich die weißen Fachkräfte zu erhalten, auf die sein Land angewiesen ist. Von den 60 Sitzen des Parlaments sind 10 Europäern vorbehalten. Das ist ein einzig dastehender Fall unter den jungen Staaten Afrikas.

7. Juli 1966

AUSTRALIEN HOLT IN LONDON KRITIK AN DER MANGELNDEN UNTERSTÜTZUNG DER USA IN VIETNAM

Der australische Ministerpräsident Harold Holt, der am 25. Januar 1966 Robert Gordon Menzies abgelöst hat, kommt zu einem Besuch nach London und wird dort Kritik an der Haltung der britischen Regierung üben, weil diese sich von den Bombenangriffen der USA auf Nordvietnam distanziert hat. Holt macht dem Westen insgesamt mangelnde Solidarität mit den USA im Vietnamkrieg zum Vorwurf, erkennt aber offenbar auch die Ambivalenz in der amerikanischen Kriegführung (Bombenstop) selbst. Holt scheint noch zu den wenigen Politikern zu gehören, die wissen, daß man den Kommunismus nur total oder gar nicht bekämpfen kann und daß jede Halbheit hier zur Niederlage führen muß. Noch am 10. März 1966 hat er durch seinen Außenminister Hasluk im Parlament erklären lassen, Australiens Teilnahme am Vietnamkrieg geschehe nicht auf Veranlassung eines bestimmten Staates (USA), sondern aus eigenem Entschluß. Anderthalb Jahre später, am 17. Dezember 1967, wird er vom Schwimmen im Meer nicht zurückkehren und verschollen bleiben.[13]

TOD HOLTS

Mitte Juli 1966

INTERNATIONALER GERICHTSHOF WEIST KLAGE GEGEN SÜDAFRIKA AB BETR. SÜDWESTAFRIKA

Der Internationale Gerichtshof im Haag weist mit der entscheidenden Stimme seines Präsidenten, Sir Percy C. Spender, eine Klage Abessiniens und Liberias gegen Südafrika aus dem Jahre 1960 ab. Die Kläger warfen Südafrika vor, entgegen dem Mandatsvertrag über die frühere deutsche Kolonie Südwestafrika die Bevölkerung dieses Gebietes zu „unterdrücken und auszubeuten" und verlangten die Übertragung des Mandats an die UNO. Sir Percy Spender erkannte den politischen (nicht völkerrechtlichen) Charakter der Klage. Die Abweisung erfolgt nunmehr mit der Begründung, daß die Kläger nicht in eigener Sache klagen. Unter den Richtern, die für die Kläger sprechen, befindet sich auch der aus den USA, unter denen, die gegen die „legale Berechtigung" der Klage stimmen, sind u. a. die Richter aus Australien und Frankreich. Die Stimmen stehen sieben zu sieben. Sir Percy Spender besitzt den persönlichen Mut, entgegen der gemachten Meinung der „Weltöffentlichkeit" als Präsident mit seiner Stimme den Ausschlag gegen die Klage zu geben und damit Südwestafrika vor dem Schicksal des Kongo zu bewahren.[14]

SIR PERCY SPENDER

17. Juli 1966

NORDVIETNAM TEILMOBILMACHUNG KEINE CHINESISCHEN „FREIWILLIGEN"

Nordvietnam gibt die Mobilisierung eines Teils seiner Streitkräfte als Gegenmaßnahme gegen die Luftangriffe der USA auf Hanoi und Haiphong bekannt. Doch bedarf es dieser Mobilisierung nicht mehr, denn tatsächlich befinden sich die nordvietnamesischen Streitkräfte schon im Einsatz, solange es einen Ho-Tschi-minh-Pfad, die bekannte Nachschubstraße nach Südvietnam, gibt. Auch der Vietkong ist natürlich mit nordvietnamesischen Streitkräften durchsetzt. Dagegen lehnt Ho Tschi-minh die angebotene Entsendung chinesischer „Freiwilliger" nach Nordvietnam ab.

20. Juli 1966

TUNESIEN BURGIBA FÜR FRANCOPHONE SOLIDARITÄT

Der tunesische Staatspräsident Habib Burgiba setzt sich auf einer Pressekonferenz ausdrücklich für einen engeren Zusammenschluß der französisch sprechenden afrikanischen Länder untereinander sowie auch für ihren engeren Anschluß an Frankreich und den Westen ein, lehnt jedoch eine Bindung an ein westliches Bündnissystem (Blockbildung) ebenso ab wie an ein östliches, auch eine „Politik der Erpressung" durch ein Ausspielen von Ost und West gegeneinander. Das richtet sich offensichtlich gegen Nasser, denn Burgiba wendet sich gleichzeitig auch gegen jeden Hegemonieanspruch innerhalb der arabischen Länder.

29. Juli 1966

In dem westafrikanischen Staat Nigeria unternehmen Offiziere vom Stamme der Haussa (vgl. 24. Mai 1966) einen Staatsstreich, stürzen und ermorden den Präsidenten Ironsi (vgl. 15. Januar 1966) und veranlassen Meutereien gegen Offiziere vom Stamme der Ibo. Drei Tage später, am 1. August, erklären sie den Obersten Yakubu Gowon zum Chef der Militärregierung. Dieser wird am 31. August die von Ironsi abgeschaffte bundesstaatliche Ordnung wieder einführen. Doch wird der Militärgouverneur der nigerianischen Ostregion, Oberst Ch. Odumegwu Ojukwu, die Regierung Gowons und ihre Maßnahmen nicht anerkennen. Ojukwu ist Ibo (vgl. weiter 1. Oktober 1966).

NIGERIA ERMORDUNG IRONSIS REGIERUNG GOWON (HAUSSA) OPPOSITION OJUKWU (IBO)

1. August 1966

In Peking beginnt eine zwei Wochen andauernde Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, bei der Mao Tsetung, gestützt auf die Armee unter Führung Lin Piaos, einen heftigen Kampf gegen das Funktionärstum in Partei und Staat eröffnen, den Staatspräsidenten Liu Schao-tschi zum Volksfeind erklären und die „Große Proletarische Kulturrevolution" verkünden wird. Sie wird China drei Jahre lang auf das schwerste erschüttern, den Bestand des Staatswesens gefährden und u. a. die jahrzehntelange außenpolitische Aufbauarbeit Tschu En-leis weitgehend zunichte machen. Mao Tse-tung selbst als Urheber dieses politischen Amoklaufs befindet sich dabei teils unter dem Einfluß seiner sehr viel jüngeren, ehrgeizigen dritten Frau, einer ehemaligen Schauspielerin, teils ist er offenbar von einer Torschluß-Panik ergriffen, sieht seinen Einfluß schwinden und den Schwung der chinesischen Revolution im Funktionärstum von Staat und Partei versiegen. Es zeigt sich nun, daß er die „permanente Revolution" will (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „Revolution") und jede Konsolidierung als das Ende der Revolution betrachtet (vgl. 18. August 1966).

CHINA „KULTUR-REVOLUTION"

6. August 1966

In Bolivien tritt der Führer des Militärputsches vom 5. November 1964, General René Barrientos Ortuño, der am 3. Juli zum Präsidenten gewählt wurde, sein Amt an (vgl. 17. Mai 1965). Er wird die Bergarbeiterlöhne herabsetzen, die Gewerkschaften auflösen und die Produktion in den unrentablen Zinnminen der Aufsicht der Armee unterstellen. Unter solchen Umständen hält Dr. Ernesto Guevara (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II) Bolivien für den geeigneten Ansatzpunkt für den von Kuba geplanten Guerillakrieg zur Durchsetzung der kommunistischen Revolution in Lateinamerika (vgl. 3. Oktober 1967).

BOLIVIEN PRÄSIDENTSCHAFT BARRIENTOS ORTUNO PROVOZIERT GUERILLAKRIEG GUEVARAS

11. August 1966

INDONESIEN MALAYSIA ABKOMMEN ÜBER EINSTELLUNG DER FEINDSELIGKEITEN

In Djakarta auf Java schließen Indonesien und Malaysia ein Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten und über Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Bereitschaft zu diesem Schritt hat Indonesien bereits am 4. April 1966 durchblikken lassen, nachdem General Suharto mit der Niederwerfung des Kommunistenaufstandes vom 30. September 1965 entscheidenden Einfluß gewonnen und die Diktatur Sukarnos de facto beendet hatte. Nunmehr steht endgültig fest, daß Nordborneo (Sarawak und Sabah) zu Malaysia gehört, obgleich dort noch erhebliche innenpolitische Schwierigkeiten zu überwinden sind.

12. August 1966

NORDKOREA ARBEITERPARTEI BETONT UNABHÄNGIGKEIT

Das amtliche Organ der nordkoreanischen Arbeiterpartei gibt angesichts der beginnenden Wirren der „Kulturrevolution" in China (vgl. 1. und 18. August 1966) der Meinung der Regierung Nordkoreas Ausdruck und schreibt, Kommunisten könnten sich in ideologischer Hinsicht an niemanden fesseln lassen. Die Führung einer kommunistischen Partei müsse geistig unabhängig bleiben und eigenständig entscheiden, mit welchen Mitteln sowohl der Revisionismus als auch der Dogmatismus zu bekämpfen sei. Diese Distanzierung von UdSSR und China hat Nordkorea mit Nordvietnam gemeinsam.

15. August 1966

JORDANIEN HUSSEIN IN MAROKKO ZWEIKÖNIGS-KOMMUNIQUE FAISAL IN MAROKKO

König Hussein von Jordanien trifft zu einem Besuch in Marokko ein. Es wird ein gemeinsames Kommunique der beiden Könige veröffentlicht, in dem sie auf die Gefahr hinweisen, daß innerarabische Streitigkeiten (wie die von Nasser forcierten zwischen Republikanern und Monarchisten) die Lösung der Palästinafrage verhindern. Einen Monat später, beim Besuch Faisals von Saudiarabien in Marokko, wird König Hassan sich mit Faisal gemeinsam gegen Hegemonialansprüche innerhalb der arabischen Staaten, das heißt gegen die offene Kampfansage Nassers (vgl. 22. März 1966) wenden.

USA MONDUMLAUF ORBITER 1

Ein halbes Jahr nach der UdSSR-Sondenlandung auf dem Mond (vgl. 3. Februar 1966) gelingt es den USA, ihren Mondsatelliten Orbiter 1 in eine Mond-Umlaufbahn zu bringen und per Fernsehen die ersten Direktbilder von der Mondoberfläche zu erhalten. Doch wird dieser Erfolg am 24. Dezember 1966 (vgl. dort) wieder von der UdSSR überrundet werden.

18. August 1966

CHINA KULTUR-REVOLUTION „ROTE GARDEN"

In der Chinesischen Volksrepublik wird der Kommunistische Jugendverband, der sich gegen Mao Tse-tungs „Kulturrevolution" stellt (vgl. 1. August 1966), von den „Roten Garden" abgelöst, einer Art Miliz aus Jugendlichen im Alter von 12 bis 20 Jahren. Sie werden bis zum Dezember etwa 22 Millionen Jugendliche mit sich reißen, aus den Familien, aus den Schulen und Ausbildungsstätten in einen großen Marsch nach Peking, werden alle chinesischen Überlieferungen sowie jegliche Institutionen leidenschaftlich bekämpfen und China in kurzer Zeit in ein Chaos verwandeln. Eine totale Anarchie breitet sich aus, im Namen Mao Tse-tungs und geschürt von seiner jungen Frau. Es ist einer der seltenen Augenblicke in der Geschichte, da die Jugend zu einem politischen Machtfaktor wird, selbst Macht entfaltet, aber sie — natürlich — weder sinnvoll anzuwenden noch zu behalten vermag. Könnten sich nicht Tschu En-lei und Lin Piao behaupten, so würde China in dieser chaotischen Zeit wieder in seine Provinzen oder noch kleinere Verbände auseinanderfallen. (Vgl. auch 2. Januar 1967 und 8. Februar 1967.)[15]

25. August 1966

FRANKREICH SOMALILAND DE GAULLE IN DSCHIBUTI

General de Gaulle trifft zu einem Besuch Französisch-Somalilands in Dschibuti ein (am Ausgang des Roten Meeres, gegenüber von Aden). Die Bevölkerung demonstriert heftig für ihre Unabhängigkeit, die ja Britisch- und Italienisch-Somaliland bereits 1960 erhalten haben. Tags darauf wird de Gaulle erklären, Demonstrationen seien kein hinreichender Ausdruck des Volkswillens, das Territorium habe sich 1958 in einer Volksabstimmung für Frankreich entschieden. Es wird das 1967 wieder tun (vgl. 19. März 1967).

6. September 1966

LONDON COMMON-WEALTH-KONFERENZ SÜDRHODESIEN

In London beginnt die Commonwealth-Konferenz, die vorwiegend im Zeichen der Südrhodesienfrage stehen wird. Die unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten verlangen, Großbritannien solle militärisch gegen Südrhodesien vorgehen, die an Ian Smith gerichteten Forderungen genügten nicht. Man einigt sich auf einen Kompromiß: wenn die Regierung Smith bei ihrer einseitigen Unabhängigkeitserklärung bleibt, soll der Sicherheitsrat der UNO die UNO-Mitgliedstaaten zu Sanktionen gegenüber Südrhodesien verpflichten. Im übrigen kann die Konferenz weder den Gegensatz zwischen Indien und Pakistan noch den zwischen Malaysia und Singapur ausräumen.

SÜDAFRIKA ERMORDUNG VERWOERDS

OPFER DER WELTWEIT GELENKTEN HETZE

FELDZUGSPLAN FÜR UNO-KRIEG

Der südafrikanische Ministerpräsident und Führer der bei den Parlamentswahlen am 30. März weiteren Stimmenzuwachs gewinnenden National Party, Hendrik French Verwoerd, wird im Parlament von dem eingeschleusten Parlamentsboten Stephianos erstochen. Dieser zweite Mordanschlag auf Verwoerd anläßlich der beginnenden Londoner Commonwealth-Konferenz (siehe oben) ist, wie der erste, das Ergebnis der weltweiten Hetze gegen die Politik der getrennten Entwicklung verschiedener Großrassen, das heißt gegen eine Politik, die den biologischen Gegebenheiten Rechnung trägt. Der Berliner „Telegraf“ wird den Ermordeten „eine der verabscheuungswürdigsten Personen für Weiß und Schwarz“ nennen, und am 9. September wird in London der südafrikanische Konsulatsbeamte Jan van der Doel niedergestochen werden. In den USA hat die „Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden“ bereits im vorausgegangenen Herbst einen bis ins Detail ausgearbeiteten Feldzugsplan zu einem UNO-Krieg gegen Südafrika *veröffentlicht* (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „CFR“). Nachfolger Verwoerds wird am 14. September 1966 Balthazar Johannes Vorster, der die Politik seines Vorgängers zunächst noch unbeirrt fortsetzen wird.[16]

7. September 1966

KONGO MOBUTU GEGEN CHINA HINRICHTUNG KIMBAS

Der Staatspräsident des vormals belgischen Kongo, Joseph Désiré Mobutu, beschuldigt zwei Tage nach Eröffnung des neuen kongolesischen Parlaments die Chinesische Volksrepublik, sie habe sich in innerkongolesische Konflikte eingemischt. Mobutu hat am 2. Juni einige Minister aus der Zeit der Präsidentschaft Kasavubus hinrichten lassen, unter ihnen den früheren Ministerpräsidenten Everiste Kimba (vgl. 26. Mai 1966).[17]

15. September 1966

UNO U THANT BEKLAGT MANGELNDE VOLLMACHTEN

Der Generalsekretär der UNO, der Birmenser Sithu U Thant, führt in seinem Rechenschaftsbericht Klage darüber, daß es Mitglieder in der UNO gäbe, die ihm das Recht bestritten, selbst die politische Initiative zu ergreifen. Damit ist das Kernproblem der UNO angesprochen, das auch schon das Problem des Völkerbundes war. Insbesondere bezieht sich U Thant auf den Krieg in Vietnam, zu dessen Beendigung er am 18. Juli ein Drei-Punkte-Programm entwickelt hat, und weist auf die paradoxe Vorstellung hin, durch Kriegsausweitung einen Friedenszustand erzwingen zu wollen.

30. September 1966

BETSCHUANALAND

Das in Südafrika gelegene Protektorat Betschuanaland erhält die uneingeschränkte Unabhängigkeit, nimmt die Staatsform

und Verfassung einer Präsidialdemokratie und den Namen Botswana an und verbleibt im britischen Commonwealth of Nations. Staatspräsident und zugleich Regierungschef wird Sir Seretse Khama, der Führer der Betschuana Democratic Party. Er stammt aus der ältesten Häuptlingsfamilie des Bamangwato-Stammes und kann sich auf die weißen Siedler stützen. Großbritannien wird Botswana drei Jahre lang jährlich 13 Millionen Pfund Sterling Finanzhilfe leisten.

UNABHÄNGIG BOTSWANA

SERETSE KHAMA

1. Oktober 1966

In der Nordregion des westafrikanischen Staates Nigeria werden 30 000 Angehörige des Ibo-Stammes abgeschlachtet, ein klassisches Beispiel von Völkermord, mit Hilfe von Großbritannien gelieferter Waffen. Die Folge des Pogroms ist eine Massenflucht von etwa 2 Millionen Ibo aus den übrigen Teilen Nigerias in ihre Heimatregion im Osten des Landes, die sich unter der Regierung Ojukwus (vgl. 29. Juli 1966) von Nigeria lösen wird (vgl. 30. Mai 1967).[18]

NIGERIA GENOCID AN 30 000 IBO MASSENFLUCHT NACH OSTEN

3. Oktober 1966

Vom brasilianischen Kongreß wird der ehemalige Kriegsminister, Marschall Arturo de Costa e Silva, zum Präsidenten gewählt. Er wird am 31. März 1967 Castelo Branco ablösen, dessen Amtszeit dann regulär abgelaufen ist. Castelo Branco wird die ihm verbleibende Zeit nützen, um am 20. Oktober das Parlament nach Hause zu schicken und bis zu den Neuwahlen am 15. November die Legislative selbst auszuüben. Zu diesen Neuwahlen wird neben der Regierungspartei nur noch eine Oppositionspartei zugelassen werden, der Movimiento Democratico Brasileiro. Damit ist der Regierung eine Zweidrittelmehrheit sicher.

BRASILIEN PRÄSIDENTENWAHL DE COSTA E SILVA

4. Oktober 1966

Nach Betschuanaland (Botswana, vgl. 30. September 1966) erhält nun auch das britische Territorium Basutoland die volle Unabhängigkeit und bleibt ebenfalls Mitglied des britischen Commonwealth of Nations. Staatsoberhaupt wird allerdings nicht die britische Krone, sondern der einheimische Paramount Chief, König Moshoeshoe II. Ministerpräsident wird der Führer der gemäßigten konservativen National Party, der Häuptling Joseph Leabua Jonathan. Er pflegt gute Zusammenarbeit mit Südafrika, ohne die der neue Staat Lesotho (Basutoland) nicht existieren kann. König Moshoeshoe wird binnen kurzem einen Staatsstreich versuchen (vgl. 5. Januar 1967).

BASUTOLAND UNABHÄNGIG LESOTHO LEABUA JONATHAN KÖNIG MOSHOESHOE

21. Oktober 1966

DELHI KONFERENZ INDIEN ÄGYPTEN JUGOSLAWIEN

BLOCKFREIHEIT PROBLEMATISCH

In Delhi beginnt eine Konferenz Indiens mit Ägypten (VAR) und Jugoslawien. Sie soll die einst zwischen den Staatsmännern Nehru, Nasser und Tito persönlich geknüpften engen Beziehungen der drei Länder erneuern. Die Verbindung Nehrus mit Nasser ging noch auf die Zeit der Bandung-Konferenz (vgl. 18. bis 24. April 1955) zurück, die Verbindung Nassers mit Tito beruht weitgehend auf persönlicher Sympathie. Doch ist, wie nun von indischer Seite dargelegt wird, das alte Ziel der Blockfreiheit so problematisch geworden, daß nur noch jeder Staat für sich allein dazu Stellung beziehen kann. Seit Bandung hat sich vor allem das Verhältnis Ägyptens wie auch insbesondere Indiens zur Chinesischen Volksrepublik grundlegend gewandelt. Die Gemeinsamkeit Nehrus und Tschu En-leis war schon zu Nehrus Lebzeiten zerbrochen. Im Konflikt der arabischen Staaten mit Israel vertritt Indien den arabischen Standpunkt.

26. Oktober 1966

KONGO MOBUTU AUCH REGIERUNGSCHEF

Im vormals belgischen Kongo ändert Mobutu (vgl. 7. September 1966) den verfassungsmäßigen Status des Landes und errichtet ein Präsidialregime, in dem er selbst auch das Amt des Ministerpräsidenten übernimmt, zunächst auch das des Verteidigungsministers. Doch wird er das später Mulamba überlassen. Gleichzeitig engt er die Kompetenzen der Provinzgouverneure ein und löst mehrere von ihnen ab.[19]

13. November 1966

ISRAEL ZERSTÖRUNG JORDANISCHER GRENZDÖRFER

JORDANIEN ALLGEMEINE WEHRPFLICHT

Israelische Streitkräfte zerstören drei jordanische Grenzdörfer, darunter Samu, von denen aus die PLO (vgl. 14. Juni 1966) ihre Partisanentätigkeit betrieben hat. Daraufhin kommt es im westlichen Jordanien zu Demonstrationen gegen die abwartende Haltung der Regierung König Husseins und zu Unruhen, die von der Polizei und der Armee bekämpft werden. Am 23. November wird die allgemeine Wehrpflicht und am 26. die Bewaffnung der Grenzdörfer angeordnet werden. Zugleich wendet sich die jordanische Regierung gegen die Agitation Ägyptens und Syriens, die ihre Position erheblich erschwert.

14. November 1966

UDSSR PODGORNY IN WIEN

Das Staatsoberhaupt der UdSSR, Podgorny, trifft zu einem achttägigen Besuch in Wien ein. Er wird der österreichischen Regierung gegenüber die Besorgnis der Sowjets zum Ausdruck bringen, daß die seit 1955 verfassungsgemäße Neutralität Österreichs, die ausdrücklich von den vier Mächten (Frankreich, Großbritannien,

USA, UdSSR) anerkannt wurde, durch ein Abkommen mit der EWG über Assoziierung beeinträchtigt werden könnte. Gerade diese Neutralität aber gibt Österreich seine Unabhängigkeit, auch gegenüber der UdSSR und den Warschauer Paktstaaten.

NEUTRALITÄT ÖSTERREICHS UND EWG

17. November 1966

Die Vollversammlung der UNO ermächtigt Großbritannien, die Regierung Ian Smith von Südrhodesien gegebenenfalls unter Anwendung von Gewalt abzusetzen. Diese Ermächtigung widerspricht ihrer eigenen „Deklaration über die Unzulässigkeit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten" vom 21. Dezember 1965. Darum wird diese Deklaration am 30. November 1966 eigens eingeschränkt werden durch „den Anspruch der kolonialen Völker, in ihrem Kampf um nationale Indentität und Selbstbestimmung *jede* Hilfe zu suchen *und zu erhalten*". Die Regierung Smith läßt sich durch alles das nicht erschüttern.

UNO ERMÄCHTIGT GROSSBRITANNIEN ZUR GEWALT GEGEN SÜDRHODESIEN AD-HOC-ÄNDERUNG DER DEKLARATION VON 1965

21. November 1966

In Stockholm schließen Vertreter der Regierungen Dänemarks, Finnlands, Norwegens und Schwedens einen Vertrag über ihre gemeinsame Haltung bei den bevorstehenden Zollsenkungsverhandlungen der Kennedyrunde. Bereits zwei Tage später werden sie einen gemeinsamen Vorschlag zur Senkung der Industriezölle vorlegen. Dagegen kommt es zu keinem Einvernehmen über den Beitritt zur EWG. Dänemark möchte sich in dieser Beziehung Großbritannien anschließen, Norwegen ist sich noch nicht schlüssig und Schweden glaubt, einen Beitritt nicht mit seiner Neutralität vereinbaren zu können.

STOCKHOLM VERTRAG DER NORDISCHEN STAATEN ZUR KENNEDY-RUNDE

22. November 1966

In Spanien verkündet der Staatschef Franco ein neues Verfassungsgesetz, die „Ley Organica del Estado". Es trennt die Ämter des Staatschefs und des Regierungschefs voneinander, gibt dem Nationalrat erweiterte Kompetenzen, verfügt, daß jedes sechste Mitglied der Cortes gewählt wird, und läßt erstmals auch andere Religionsbekenntnisse als das christlich-katholische zu. Ihre Gemeinschaften werden künftig beim Justizministerium registriert. Ein Volksentscheid über dieses verfassungsändernde Gesetz am 14. Dezember wird 96 Prozent Ja-Stimmen erbringen.[20]

SPANIEN VERFASSUNGSÄNDERUNG VOLKSENTSCHEID

Anläßlich und im Rahmen der 20. Vollversammlung der UNO wird eine neue Unterorganisation gegründet, die UNIDO (United Nations Industrial Development Organization). Sie soll alle industriellen Entwicklungshilfemaßnahmen koordinieren, insbe-

UNO 20. VOLLVERSAMMLUNG

GRÜNDUNG DER UNIDO

sondere Entsendung von Fachkräften, Gewährung von Studienbeihilfen, ist aber nur auf freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten angewiesen. Mitglieder werden zunächst 25 Entwicklungsländer, 15 westliche und 5 östliche Industriestaaten. Der Sitz der neuen Organisation soll Wien sein.

URUGUAY VOLKSENTSCHEID WIEDER PRÄSIDIALSYSTEM PRÄSIDENT DIEGO GESTIDO STADTGUERILLAKAMPF DER TUPAMAROS

27. November 1966

In Uruguay wird durch Volksentscheid das Präsidialsystem wieder eingeführt, nachdem das Neunmännerkollegium des Nationalrates der Wirtschaftskrise nicht Herr werden konnte. Staatspräsident wird General Oscar Diego Gestido. Er wird sein Amt am 1. März 1967 antreten und am 6. Dezember gleichen Jahres sterben. Inzwischen gewinnt in Uruguay die Untergrundorganisation der Tupamaros an Einfluß. Sie führen einen städtischen Guerillakampf gegen Regierung, Banken, Warenhäuser und Vertreter der einheimischen Hochfinanz.

28. November 1966

BURUNDI STAATSSTREICH GEGEN NTARE V. MICOMBERO PRÄSIDENT

Im ostafrikanischen Staat Burundi unternehmen Linksintellektuelle gemeinsam mit Emigranten vom Stamme der Batutsi aus Rwanda einen Staatsstreich gegen den Mwami Ntaré V., der erst am 8. Juli 1966 seinen in der Schweiz lebenden Vater Mwambutsa IV. abgesetzt und die Nachfolge angetreten hat. Burundi wird zur Republik erklärt. Michel Micombero wird Staatspräsident. Er war vorher Ministerpräsident unter Ntaré und gehört dem Stamm der Batutsi an, hat aber nicht nur die Bahutu-Landbevölkerung, sondern auch die alten Familien des eigenen Stammes gegen sich.

1. Dezember 1966

WESTDEUTSCHLAND KOALITIONSREGIERUNG CDU—SPD KIESINGER-BRANDT

Im westdeutschen Teilstaat bildet, einen Tag nach dem Rücktritt Ludwig Erhards als Bundeskanzler, Kurt Georg Kiesinger von der Christlich Demokratischen Union eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten, in der der bisherige Regierende Bürgermeister von (West-)Berlin, Willy Brandt (eigentlich: Herbert Karl Frahm), Außenminister wird. Seitdem entzieht sich die westdeutsche Bundesregierung ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Auch weicht seitdem der antikommunistische Kurs in der Innen- und Außenpolitik zunehmend auf.

WEHNER

Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen in der neuen Regierung des westdeutschen Teilstaates übernimmt ausgerechnet Herbert Wehner, ein Mann, der den größten Teil seines Lebens im

Dienste der KOMINTERN gestanden hat, einem Dienst also, aus dem man bekanntlich nicht lebend aussteigen kann. Dementsprechend wird diese neue Regierung zunehmend Bereitschaft zu „Kontakten" mit dem mitteldeutschen, kommunistischen Teilstaat und mit der UdSSR zeigen.

GESAMTDEUTSCHE FRAGEN

2. Dezember 1966

Auf dem britischen Kreuzer „Tiger" treffen der britische und der südrhodesische Premierminister, Wilson und Smith, zusammen. Wilson fordert: Rückkehr zur „verfassungsmäßigen Regierungsform" (nach britischer Auffassung), d. h. Einsetzung eines britischen Gouverneurs; Hinzuziehung von Afrikanern (Negern) zur Regierung Smith; Volksabstimmung über eine Verfassung, die den Afrikanern 25 Prozent der Parlamentssitze einräumt. Smith wird am 5. Dezember insbesondere die zweite Forderung ablehnen.[21]

GROSSBRITANNIEN-SÜDRHODESIEN GESPRÄCH WILSON-SMITH

7. Dezember 1966

Der Außenminister der USA, Dean Rusk, trifft zu einem Besuch National-Chinas in Taipeh auf Taiwan (Formosa) ein und verspricht der Regierung Tschiang Kai-scheks den Beistand der USA für den Fall, daß die Volksrepublik China einen Atomwaffenangriff auf Taiwan unternehme. Das Versprechen ist kaum mehr als unverhüllter Hohn, denn im Augenblick eines solchen Angriffs auf die Insel würde sich jede Hilfe bereits erübrigt haben. Zudem würde Taiwan mit seiner hoch entwickelten Wirtschaft nach einem solchen Angriff auch für den Angreifer selbst wertlos und uninteressant geworden sein.

USA RUSK IN TAIPEH BEISTAND BEI ATOMWAFFENANGRIFF

8. Dezember 1966

Die syrische Regierung, seit dem Staatsstreich vom 23. Februar vom linken Flügel der Bathpartei unter General Salah Dschadid gestellt, beschlagnahmt sämtliche Anlagen der International Petroleum Company und läßt die Pipeline sperren, die zum Hafen Banyas führt. Gleichzeitig fordert sie die Regierung des Irak auf, entsprechende Maßnahmen gegen die „imperialistischen Verschwörer" zu treffen. Aber die IPC wird einen Kompromiß aushandeln.

SYRIEN BESCHLAGNAHMT IPC-ANLAGEN KOMPROMISS

14. Dezember 1966

Im Rahmen der NATO bilden Großbritannien, Italien, Kanada, die Niederlande, die Türkei, die USA und der westdeutsche Teilstaat einen gemeinsamen „Ausschuß für nukleare Verteidigungsangelegenheiten". Gleichzeitig wird eine „Nukleare Planungs-

NATO NUKLEARE PLANUNGSGRUPPE

gruppe“ geschaffen und zwei Wochen später, am 28. Dezember, entsprechende Abkommen über den Aufbau des NATO-Luftverteidigungs- und Frühwarnsystems unterzeichnet. Doch geben bei alledem die USA keine Atomwaffen aus der Hand und haben noch am 25. Juli 1966 in Paris ihre NATO-Partner eindeutig auf eine Verteidigung mit konventionellen Waffen festgelegt.

17. Dezember 1966

UNO KONVENTIONEN ÜBER WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE, KULTURELLE MENSCHENRECHTE

Die Vollversammlung der UNO beschließt die Konventionen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. Doch wird auch dieser UNO-Beschluß nur theoretische Bedeutung haben, da keine Machtmittel bestehen, um die Einhaltung der Konventionen durchzusetzen. Die Mitgliedstaaten der UNO sind lediglich gehalten, über ergriffene Maßnahmen und erzielte Fortschritte im Sinne der Konventionen zu *berichten*. Gegen Verletzungen der Konventionen ist die UNO machtlos. Für politische und Bürgerrechte wird ein Menschenrechtsausschuß eingesetzt (zur Vorgeschichte vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I und Teil III, „Menschenrechte“).

24. Dezember 1966

UDSSR MONDSONDE LUNA 13

Die vollautomatische Mondsonde Luna 13 der UdSSR landet ferngelenkt und unbeschädigt auf der Mondoberfläche und wird tags darauf beginnen, photographische Aufnahmen durch Fernsehübertragung zur Erde zurückzusenden (vgl. 15. August 1966).

31. Dezember 1966

KONGO AUFLÖSUNG DER BELGISCHEN UNION MINIERE

GECOMIN

Im vormals belgischen Kongo löst die Regierung Mobutu (vgl. 26. Oktober 1966) die belgische Minengesellschaft Union Minière auf, die zuvor, ohne die Regierung zu konsultieren, die Kupferpreise erhöht hat. Die Vermögenswerte werden von der neu gegründeten Société Générale Congolaise des Minerais (GECOMIN) übernommen, an der der kongolesische Staat mit 60 Prozent beteiligt ist und über eine entsprechende Mehrheit im Verwaltungsrat verfügt. Die belgische Regierung und die Union Minière werden in den ersten Januartagen 1967 Protest einlegen (vgl. 16. Februar 1967).

1967

1. Januar 1967

Innerhalb der Europe Free Trade Association (EFTA), der die europäischen Nicht-EWG-Mitglieder angehören, und des an die EFTA angeschlossenen Finnland tritt die am 13. Mai 1966 beschlossene Vollständige Zollfreiheit für gewerbliche Güter in Kraft. Ausgenommen sind landwirtschaftliche und Fischerei-Produkte. Etwa gleichzeitig suchen die EFTA-Mitgliedstaaten in Einzelverträgen mit der EWG die landwirtschaftliche Spaltung des westlichen Europa zu überwinden. Diese Verträge sehen eine Übergangsfrist für die entsprechende Anpassung vor. Vgl. auch 10. Mai 1967.[1]

EFTA

ZOLL-FREIHEIT

2. Januar 1967

Im Zuge der chinesischen „Kulturrevolution" (vgl. 1. und 18. August 1966!) wird der Allchinesische Gewerkschaftsbund samt seinen Arbeitermilizen durch die „Revolutionären Arbeiterrebellen", eine Nebenerscheinung der „Roten Garden", von einem Tag zum anderen unwirksam gemacht (ein anschauliches Beispiel für die Dynamik revolutionärer Vorgänge). In den Provinzen, den Städten und Dörfern kämpfen Arbeiter und Bauern erbittert gegen diese anarchistischen Horden. Wirtschaft und Verwaltung sind in kurzer Zeit zerrüttet. Drei Wochen später, am 23. Januar, wird *Mao Tse-tung* die Armee zur Unterstützung der „revolutionären Fraktion" auffordern, doch bleibt dabei unklar, wen er damit eigentlich meint. Offensichtlich wächst ihm die Entwicklung über den Kopf. Am 8. Februar werden die „Roten Garden" aufgefordert werden, wieder in ihre Heimatorte und an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Der Ministerpräsident *Tschou En-lai* wird allmählich die Vorgänge wieder in die Hand bekommen und eine neue Konsolidierungsphase einleiten. *Parvus Helphands* und *Trotzkis* Gedanke von der „Permanenten Revolution" (vgl. Polit. Lexik., Teil I), der Mao und seiner zweiten Frau offenbar vorschwebt, führt sich in gigantischem Ausmaß wieder einmal ad absurdum.

CHINA

KULTUR-REVOLUTION

ABLÖSUNG DER GEWERK-SCHAFTEN

HEIMKEHR DER ROTEN GARDEN

13. Januar 1967

In Togo übernimmt der „Generalstabschef" Etienne *Eyadema*, der im Jahre 1963 vermutlich an der Ermordung des Staatspräsidenten Sylvanus *Olympio* beteiligt war (vgl. 13. Januar 1963), am Jahrestag dieser Ermordung die Regierung, nachdem

TOGO

STURZ GRUNITZKYS *EYADEMA*

er den Nachfolger Olympios, *Grunitzky*, anläßlich eines erneuten Putschversuchs der Olympio-Anhänger gestürzt hat. Drei Monate später, am 14. April 1967, wird Eyadema auch das Amt des Staatspräsidenten übernehmen und sich darin behaupten.

16. Januar 1967

USA

FUSION EATON—ROCKEFELLER

SOWJET-HANDEL

New York Times berichtet auf der Titelseite: „Eaton verbindet sich mit den Rockefellers, um den Handel mit den Roten anzukurbeln. Eine Allianz des Familienvermögens, verbunden mit Wall Street und Midwest, schickt sich an, Wirtschaftsbrücken zwischen der freien Welt und dem kommunistischen Europa zu bauen. Die International Basic Economic Corporation, von den Gebrüdern Rockefeller kontrolliert, und die Tower International Inc., geleitet von Cyrus S. Eaton jr., Cleveland-Finanzier, planen eine Zusammenarbeit zur Förderung des Handels mit den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang, einschließlich der Sowjetunion." Cyrus Eaton sen., der Vater, ist einer der maßgebenden Initiatoren der Pugwash-Konferenzen (vgl. Polit. Lexikon, Teil I, „Pugwash"). Damit ist der Zusammenhang eindeutig. Zweidreiviertel Jahre später, am 20. Oktober 1969, wird die obengenannte Rockefeller-Firma IBEC bekanntgeben, daß N. M. Rothschild & Söhne, London, ihre Partner geworden sind. Für diese Kreise hat es niemals einen West-Ost-Gegensatz gegeben. Hier herrschte immer schon die totale „Entspannung".[2]

27. Januar 1967

WELTRAUM-VERTRAG

Die USA, die Sowjetunion und Großbritannien schließen den Vertrag zur friedlichen Erforschung und Nutzung des Weltraumes. Er enthält Vereinbarungen über die Freiheit der Raumforschung, über den Verzicht auf Souveränitätsrechte der vertragschließenden Mächte im Weltraum und über das Verbot, Massenvernichtungsmittel oder sonstige militärische Anlagen im Weltraum oder auf den Himmelskörpern unterzubringen. Die Schwäche dieses Vertragswerkes liegt wieder, wie beim Atomteststoppabkommen von 1963 in der Schwierigkeit der Kontrolle.

30. Januar 1967

PODGORNY BEI PAPST PAUL VI.

Das Staatsoberhaupt der Sowjetunion, Nikolai V. *Podgornyj*, erscheint in Privataudienz bei Papst *Paul VI.* im Vatikan; der Papst gibt diesem Empfang die Form einer diplomatischen Arbeitskonferenz, bei der über die Lage der christlichen Kirchen und der christlichen Gläubigen in der UdSSR verhandelt wird.

Stalins einstige Frage: Über wie viele Divisionen verfügt der Papst? gewinnt in dieser Arbeitskonferenz im Vatikan eine tiefgründigere Bedeutung: politische Rücksicht auf die religiöse Mobilisierbarkeit von Sowjetbürgern.

31. Januar 1967

RUMÄNIEN

DIPLOM. BEZIEHUNGEN ZUR BRD

Rumänien nimmt volle diplomatische Beziehungen zum westdeutschen Teilstaat auf und wird drei Tage später die Vorwürfe, die deswegen vom mitteldeutschen Sowjetsatelliten erhoben werden, mit Schärfe zurückweisen. Parteichef *Ceausescu* und Ministerpräsident Maurer (beide vgl Polit. Lexikon, Teil II) lehnen eine Bindung ihrer Außenpolitik an Moskauer Maximen ab und werden daher auch der Karlsbader Konferenz (vgl. 24. April 1967) fernbleiben. Dafür wird Maurer im Sommer 1967 diplomatische Besuche in Moskau, Washington, Paris und Peking abstatten.[3]

14. Februar 1967

LATEIN-AMERIKA

VERTRAG VON TLATELOLCO

Vierzehn lateinamerikanische Staaten schließen in Tlatelolco einen Vertrag, mit dem südlich des 35. Breitengrades nördl.Br., ausgenommen die Südstaaten der USA, eine kernwaffenfreie Zone errichtet wird. Dort sind die Herstellung, Erprobung und Lagerung von Atomwaffen verboten, die friedliche Nutzung der Atomenergie zugelassen. Die Initiative zu diesem Vertrag ging von Mexiko und Brasilien aus. Bis zum 31. Januar 1968 werden ihn 21 lateinamerikanische Staaten ratifiziert haben. Damit wird er in Kraft treten.

20. Februar 1967

DDR

GESETZ ÜBER STAATSBÜRGERSCHAFT

In dem mitteldeutschen Satellitenstaat der UdSSR wird ein „Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik" verfügt. Danach ist Staatsbürger dieses Teilstaates, wer zur Zeit seiner Gründung in ihm seinen ständigen Wohnsitz hatte, die deutsche Staatsangehörigkeit besaß und diese seither nicht verlor. Die Staatsangehörigkeit kann auch verliehen werden. Dem Gesetz liegt das Bestreben zugrunde, die Eigenstaatlichkeit des Sowjetsatelliten gegenüber Gesamtdeutschland in jeder Hinsicht hervorzuheben.

1. März 1967

POLEN—CSSR

Die beiden Sowjetsatelliten Polen und Tschechoslowakei schließen untereinander einen Freundschafts- und Beistandspakt, der keinen anderen Sinn hat, als eine Souveränität in außenpoli-

BEISTANDS-PAKT

tischen Fragen vorzutäuschen, die in Wirklichkeit keiner von beiden hat. Tatsächlich bestimmt die UdSSR, und zwar die Parteiführung der UdSSR die Außenpolitik aller Warschauer-Pakt-Mitglieder. Doch soll nach außen hin der Anschein erweckt werden, als handle es sich um selbständige Staaten. Der 21. August 1968 wird die tatsächlichen Verhältnisse enthüllen.

12. März 1967

INDONESIEN

SUHARTO AMTIERENDER PRÄSIDENT

Der indonesische Volkskongreß, der sich aus dem Parlament und den Vertretern der Stände und Regionen zusammensetzt, ernennt den General *Suharto* (vgl. 30. September 1965 und 5. Juli 1966) zum „amtierenden Präsidenten". Am 12. Mai wird *Sukarno* (vgl. Polit. Lexik., Teil II) abgesetzt, am 27. März 1968 Suharto offiziell für fünf Jahre zum Staatspräsidenten gewählt werden und bereits tags darauf von Djakarta nach Tokio fliegen, um sich um japanische Kredite zu bemühen. Die verstaatlichten Plantagen werden ihren ursprünglichen ausländischen Besitzern zu 49 % der Aktien zurückgegeben werden.

FRANKREICH

WAHLSIEG DER KOMMUNISTEN

Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung kann die Kommunistische Partei ihre Sitze sprunghaft von 41 auf 73 vermehren. Dementsprechend verlieren die Regierungsparteien (Gaullisten und Unabhängige Republikaner) von ihren zuvor 284 Sitzen 40. Die vereinigte Demokratische und Sozialistische Linke (FGDS) erhält 116 Sitze. Trotzdem wird de Gaulle seinen patriarchalischen Regierungsstil kraft seiner Persönlichkeit noch ein Jahr lang beibehalten können. Vgl. 3. Mai 1968.

13. März 1967

INDIEN

INDIRA GANDHI ERNEUT MINISTER-PRÄSIDENT

Die indische Kongreßpartei, die bei den Parlamentswahlen acht Tage zuvor erhebliche Verluste hat hinnehmen müssen und in acht Bundesstaaten nicht mehr die Regierungen bilden kann, wählt *Indira Gandhi* (vgl. Polit. Lexik., Teil II), die Tochter *Nehrus*, erneut zum Ministerpräsidenten. Zwei Monate später wird die Amtszeit des indischen Staatspräsidenten *Sarvapalli Radhakrishnan*, des überragenden Philosophen und Geistesgeschichtlers, ablaufen. Zum Nachfolger wird der Mohammedaner *Zakir Husain* gewählt werden.

MALAWI

Das kleine südostafrikanische Land Malawi am Westufer des Njassasees schließt ein Handelsabkommen mit Südafrika, das ihm die lebensnotwendige technische und finanzielle Entwicklungshilfe leisten wird, und zwei Tage später in Lissabon ein

Abkommen mit Portugal über den Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Malawi und Mozambique. Staatspräsident Hastings *Banda* rechtfertigt beides damit, daß nur durch fortschreitende Kontakte zwischen Schwarzafrikanern und Weißen Vorbehalte und Mißtrauen abgebaut werden könnten. Am 1. Januar 1968 wird Malawi auch diplomatische Beziehungen zu Südafrika aufnehmen.

HANDELSABKOMMEN MIT SÜDAFRIKA

14. März 1967

KLAUS IN MOSKAU

Der österreichische Bundeskanzler *Klaus* trifft zu einem Staatsbesuch in Moskau ein und wird eine Woche dort bleiben. Bei seinen Verhandlungen vertritt er den Standpunkt, daß die Neutralität, zu der sich Österreich im Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 (Anschlußverbot) bzw. in seiner Bundesverfassung vom 26. Oktober 1955 verpflichtet habe, den Entschluß zu einem Anschluß an die EWG nicht ausschließe. Er beruft sich dabei auf die Anerkennung der EWG als politischer und wirtschaftlicher Realität seitens der UdSSR am 28. August 1962.

ÖSTERREICH UND EWG

15. März 1967

POLEN—DDR

Der mitteldeutsche Sowjetsatellit schließt einen „Freundschafts- und Beistandsvertrag" mit Polen, bzw. dem polnischen Sowjetsatelliten, und wird zwei Tage später einen gleichlautenden Vertrag mit der Tschechoslowakei schließen. In beiden Verträgen wird die „Staatsgrenze" der „DDR" garantiert (ohne daß die Westmächte gegen diese unzulässige Grenzfestlegung noch Einspruch erheben) und die Anerkennung der Existenz zweier „souveräner" (!) deutscher Staaten sowie die „Normalisierung" ihrer Beziehungen zueinander als dienlich für die „europäische Sicherheit" bezeichnet. In dem Vertrag mit Polen wird ferner der Verzicht auf die Hallstein-Doktrin (vgl. Polit. Lexikon, Teil I) und die völkerrechtliche Anerkennung des mitteldeutschen Teilstaates durch den westdeutschen Teilstaat als Voraussetzung für „normale" Beziehungen zwischen Warschau und Bonn bezeichnet, außerdem auch die derzeitige polnische Westgrenze, die Oder-Neiße-Linie, durch Pankow garantiert. Auch hiergegen erheben die USA und Großbritannien keinen Einspruch mehr. Die Willkür Stalins und seiner Nachfolger wird nunmehr vom Westen stillschweigend anerkannt.[4]

BEISTANDSPAKT

GARANTIE DER ODER-NEISSE-GRENZE

23. März 1967

SÜDTIROL

In Südtirol stimmt die Südtiroler Volkspartei, die Partei der deutschstämmigen und deutschsprachigen Bevölkerung, mehr-

ZUSTIMMUNG ZU MONTREUX

heitlich unter Führung von Silvius *Magnano* dem Verhandlungsergebnis von Montreux zwischen Österreich und Italien zu, wo sich Österreich mit einer zukünftigen Erweiterung der Autonomie Südtirols zufriedengab. Gegen die Opposition innerhalb der Südtiroler Bevölkerung, die aus bitteren Erfahrungen an italienische Zusagen nicht glaubt, gehen italienische Polizeiorgane mit Terror und Folterungen vor, insbesondere nachdem eine Reihe von Sprengstoffanschlägen (ohne Personenschäden) erfolgt sein wird. Vgl. auch 16. Dezember 1969.

19. April 1967

RHÖNDORF

TOD ADENAUERS

In Rhöndorf am Rhein verstirbt der ehemalige westdeutsche Bundeskanzler Konrad *Adenauer*. Er hat kraft persönlicher Überlegenheit und durch entsprechende Bindungen entscheidend zur Konsolidierung des westdeutschen Teilstaates beigetragen und durch seinen Staatsbesuch in Moskau im September 1955 nahezu zehntausend deutschen Kriegsgefangenen zur Heimkehr verholfen. Seine Außenpolitik verzichtete auf eine Diplomatie zwischen West und Ost und verhärtete damit die Spaltung Deutschlands bis zur Gefahr der geschichtlichen Unwiderruflichkeit. Er hatte nicht Europa im Auge, sondern nur ein Westeuropa.[5]

21. April 1967

GRIECHENLAND

STAATSSTREICH DER ARMEE

PAPADOPULOS

In Griechenland reißt eine Offiziersjunta unter Führung von Georgios *Papadópulos* und Stylianos *Patakos* die Regierungsgewalt an sich, um zu verhindern, daß — wie im gesamten Westen — die totale liberalistische Aufweichung einer kommunistischen Machtübernahme den Weg bereitet. Die „Öffentliche Meinung" (vgl. Polit. Lexik., Teil I) in den westlichen Demokratien wird dann auch in Übereinstimmung mit der Sowjetpresse die neue griechische Führungsgruppe leidenschaftlich verurteilen und sich in groben Akten der Einmischung in die inneren Verhältnisse Griechenlands überbieten. Vgl. 14. Dezember 1967.[6]

24. April 1967

KARLSBAD

KONFERENZ DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN

In Karlsbad/CSSR beginnt eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiter-Parteien Europas, bei der der Polyzentrismus (vgl. Polit. Lexikon, Teil I) dieser Parteien deutlich werden wird. So wird von jugoslawischer Seite der Standpunkt vertreten, Entspannung und Sicherheit Europas sei Sache der Regierungen und aller politischen Kräfte, nicht ausschließlich der kommunistischen.

Auch der Führer der italienischen KP, Luigi Longo, spricht sich dagegen aus, dieses Ziel auf ideologischem Wege erreichen zu wollen. Solche mehr einer Realpolitik zuneigenden Gedanken müssen in der UdSSR als gefährliche Aufweichung verstanden werden, insbesondere da in der Schlußerklärung der Konferenz (26. April) die Eigenverantwortung jeder einzelnen kommunistischen oder Arbeiter-Partei hervorgehoben wird.

2. Mai 1967

NATO

TRUPPEN-REDUZIERUNG

Im Dreierausschuß der NATO einigen sich die USA, Großbritannien und die westdeutsche Bundesrepublik über die Truppenreduzierung auf dem Kontinent. Die USA werden im sogenannten „Rotationssystem" 35 000 Mann nach Amerika zurückverlegen, Großbritannien wird mit Wirkung vom 1. Januar 1968 schrittweise 5000 Mann seiner Rheinarmee auf die Insel zurücknehmen. Eine Woche später, am 9. Mai, entschließt sich der NATO-Rat zur Strategie der „flexiblen Antwort", einer Mischung von Abschreckungs- und Mobilisierungsstrategie.

4. Mai 1967

ACCRA

WESTAFRIKANISCHE KONFERENZ

GEMEINSAMER MARKT

In Accra/Ghana geht eine westafrikanische Konferenz zu Ende, auf der die Staaten Dahomey, Elfenbeinküste, Ghana, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Obervolta, Senegal, Sierra Leone und Togo beschließen, einen gemeinsamen Markt zu begründen. Zuerst sollen Transportwege, Nachrichtenverbindungen, Energieversorgung und Landwirtschaft koordiniert werden. Ein Rat der beteiligten Regierungen, nach Fachgebieten untergliedert, soll die Vereinbarungen im einzelnen ausarbeiten. Die treibende Kraft dabei ist *Senghor*, der Präsident von Senegal.

10. Mai 1967

GROSSBRITANNIEN ANTRAG ZUR AUFNAHME IN DIE EWG

Die britische Regierung Wilson beantragt die Aufnahme Großbritanniens in die europäischen Gemeinschaften EWG, EURATOM und EGKS (Montanunion). Eine Woche zuvor hat Wilson vor dem britischen Unterhaus erklärt, Großbritannien könne durch seine Bindungen an seine Dominions dazu beitragen, daß Europa die Rolle in der Welt spiele, die ihm jetzt noch versagt sei. Er vergißt dabei, daß Großbritannien selbst in der Welt keine ausschlaggebende Rolle mehr spielt, daß die Dominions eigene Wege gehen und daß die Rolle Europas in der Welt nicht zuletzt durch den Zusammenbruch des britischen Empire die Bedeutung verlor, die sie einst hatte.

11. Mai 1967

DÄNEMARK ANTRAG ZUR AUFNAHME IN DIE EWG

Die dänische Regierung ersucht offiziell um Aufnahme Dänemarks in die Europäischen Gemeinschaften EWG, EURATOM und EGKS (Montanunion). Sie wird am 18. Juli ein Memorandum an die EWG-Kommission richten des Inhalts, der Beitritt Dänemarks solle gemeinsam mit dem Großbritanniens erfolgen (d. h. also von diesem abhängig sein). Für Grönland und die Faröer (letztere gehören ab 1. Januar 1968 zur EFTA) sollen Sonderregelungen getroffen werden. Da sich der EWG-Ministerrat über den dänischen Antrag nicht einig werden kann, kommt es vorerst nicht zu Verhandlungen mit Dänemark.

21. Mai 1967

JORDANIEN—SYRIEN

KRIEGSZUSTAND

König *Hussein* von Jordanien (vgl. Polit. Lexik., Teil II) läßt die jordanisch-syrische Grenze sperren und wird drei Tage später den Kriegszustand verkünden, nachdem die syrische Regierung offen zu seinem Sturz aufgerufen hat. Bereits Anfang Januar hat er das Büro der palästina-arabischen Flüchtlingsorganisation PLO in Westjordanien schließen lassen, von wo aus ebenfalls auf seinen Sturz hingearbeitet wurde. Am 30. Mai aber wird er einen Beistandspakt mit Ägypten schließen, der sich gegen Israel richtet. Er balanciert ständig auf schmalem Grat. Vgl. 5. Juni 1967.

22. Mai 1967

ÄGYPTEN SPERRT GOLF VON AKABA

BEISTANDSPAKT MIT JORDANIEN UND IRAK

Ägyptische Truppen sperren den Golf von Akaba für die israelischen Schiffe, nachdem sie tags zuvor die am 19. Mai von den UNO-Truppen geräumten Stellungen an der Südspitze der Sinai-Halbinsel Scharm as-Schaich besetzt haben. Am 28. Mai wird *Nasser* erklären, er werde den Suez-Kanal für jeden Staat sperren, der für Israel Partei ergreift, am 30. Mai wird er einen Beistandspakt mit Jordanien schließen, dem sich der Irak am 4. Juni anschließen wird. Damit scheint die Existenz des Staates Israel ernstlich gefährdet. Vgl. 5. Juni 1967.

29. Mai 1967

ECUADOR

27. VERFASSUNG SEIT 1830

Ecuador gibt sich unter der vorläufigen Präsidentschaft von Otto *Arosemena Gómez* (seit 16. November 1966) eine neue Verfassung. Das sei hier nur deswegen erwähnt, weil es die 27. (!) Verfassung ist, die das Land seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1830 erhält.[7]

30. Mai 1967

Im westafrikanischen Staate Nigeria erklärt der Militärgouverneur der Ostregion, Oberst Ch. Odumegwu *Ojukwu,* diese Region für unabhängig und gibt ihr den Namen „Republik Biafra". In ihr leben etwa zwölf Millionen Menschen, rund die Hälfte davon vom Stamme der Ibo, einschließlich der zwei Millionen Ibo-Flüchtlinge, die nach dem Massenschlachten vom 1. Oktober 1966 (vgl. dort) aus dem Norden gekommen sind. Die bedeutendsten Erdölvorkommen Nigerias, im Besitz von Shell und BP, liegen in dieser Region. Am 7. Juli wird die nigerianische Zentralregierung *(Gowon)* Truppen in Biafra eindringen lassen.

NIGERIA

UNABHÄNGIGKEITS-ERKLÄRUNG BIAFRAS

OJUKWU

5. Juni 1967

Israel beginnt den Krieg gegen Ägypten, Jordanien und Syrien (vgl. 22. Mai 1967). In wenigen Tagen besetzen israelische Truppen den Gazastreifen und die Halbinsel Sinai bis zum Suezkanal, erobern den jordanischen Teil von Jerusalem und das Hinterland bis zum Jordanfluß sowie im Norden die Golanhöhen. Bereits am 6. Juni wird der Sicherheitsrat der UNO die Feuereinstellung anordnen, doch wird die Waffenruhe an der ägyptischen (Sinai-)Front erst am 9. Juni in Kraft treten. Am 1. Juli wird der Kampf am Suezkanal erneut ausbrechen und am 17. Juli durch am Kanal stationierte UNO-Beobachter beendet werden.

ISRAEL

KRIEG GEGEN ÄGYPTEN, JORDANIEN UND SYRIEN

BESETZUNG VON GAZA UND SINAI

Algerien erklärt Israel den Krieg und wird ein Truppenkontingent von 2000 Mann nach Ägypten entsenden. Tags darauf wird es die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien und den USA abbrechen sowie die Öllieferungen an beide Staaten einstellen. Nach Beendigung des Israelkrieges wird es — von den Kämpfen kaum berührt — dessen Fortsetzung fordern. Doch bestehen innerhalb der algerischen Armee ernste Konflikte zwischen den ehemaligen aktiven Teilnehmern am Befreiungskrieg gegen Frankreich und den Exil-Algeriern, zu denen auch *Boumedienne* selbst (vgl. Polit. Lexik., Teil II) gehört.

ALGERIEN KRIEGS-ERKLÄRUNG AN ISRAEL

9. Juni 1967

Syrische Truppen, die in Israel bis nach Nordgalilea vorgedrungen sind, werden von den israelischen Streitkräften bis hinter die Golanhöhen zurückgeworfen, auf denen die Israelis sich festsetzen. Syrien hat vor dem Junikrieg den Standpunkt vertreten, die palästina-arabischen Kampfeinheiten sollten Palästina von den „zionistischen Kolonialisten" befreien, und hat ihnen

GOLANHÖHEN

SYRISCHE NIEDERLAGE

auf syrischem Boden Ausbildungsmöglichkeiten gegeben. Auch hat Syrien bereits am 7. April 1967 sechs Flugzeuge in einem Luftkampf mit israelischen Flugzeugen verloren.[8]

11. Juni 1967

ISLAND
WAHLEN ZUM ALTHING

Auf Island finden Wahlen zum Althing statt. Da die beiden Regierungsparteien, Unabhängigkeitspartei und Sozialdemokraten, ihren Stimmenanteil behalten, bleibt auch die Regierung des Ministerpräsidenten Bjarni Benediktsson im Amt. Sie setzt sich für die weitere Mitgliedschaft Islands in der NATO ein und stellt auch weiterhin den militärischen Flugstützpunkt Keflavik den USA-Luftstreitkräften zur Verfügung.

23. Juni 1967

GLASSBORO
TREFFEN JOHNSON—KOSSYGIN

In dem kleinen Ort Glassboro in den USA treffen Präsident *Johnson* und der Ministerpräsident der UdSSR, *Kossygin*, zusammen. Hinsichtlich des Vietnam- und des Israelkrieges bleiben die entgegengesetzten Standpunkte unverändert. Allerdings sind beide Mächte daran interessiert, daß sich keiner dieser lokalen Kriege zu einem neuen Weltkrieg entwickelt. Im übrigen einigt man sich in Glassboro über den Text des Atomwaffensperrvertrages (vgl. 1. Juli 1968). Das Treffen wird am 25. Juni beendet.

30. Juni 1967

WESTDEUTSCHE VERSCHULDUNG

Das westdeutsche Bundesfinanzministerium weist eine Bundesschuld von 42,4 Milliarden DM aus. Die Verschuldung der westdeutschen Bundesländer wird mit 43,36 Milliarden DM angegeben. Ursache ist die Tendenz der westdeutschen Wirtschaftspolitik, Auslandskapital aufzunehmen und damit dem Ausland zu einer Vorrangstellung vor den Interessen der eigenen Volkswirtschaft zu verhelfen, die durch die hohen Zinslasten — vom Steuerzahler aufzubringen — behindert wird.[9]

1. Juli 1967

ALGIER
AFRO-ASIATISCHE SOLIDARITÄTS-ORGANISATION

In Algier tritt eine Sonderkonferenz der „Afro-asiatischen Solidaritätsorganisation" zusammen. Sie fordert den Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten, Entschädigung für die materiellen Verluste der Araber, wirtschaftlichen Boykott Israels und Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Auch die Schließung aller Häfen und Flugplätze für Schiffe und Flugzeuge der USA, Großbritanniens und der westdeutschen Bundesrepublik wird gefordert. Die südamerikanischen Staaten erzwin-

gen durch Boykottdrohung Sitz und Stimme für die Republik Korea, doch ist die Konferenz nicht bereit, die Sicherheit der südkoreanischen Delegation zu garantieren.

5. Juli 1967

ZAIRE

SÖLDNER-AUFSTAND

Im ehemals belgischen Kongo, dem heutigen Zaire, erheben sich die europäischen Söldner unter Führung des Belgiers Jean *Schramme*, die *Mobutu* in seine Armee eingereiht hat, und mit ihnen die eingeborenen Gendarmen aus Katanga, werden am 9. August die Stadt Bukavu erobern und die Freilassung Moise *Tschombes* fordern, der am 30. Juni aus seinem Exil in Spanien nach Algerien entführt wurde und dort gefangengehalten wird (vgl. 29. Juni 1969). Am 10. August 1967 werden die Aufständischen den kongolesischen Oberst Léonard *Monga* zum Chef einer Gegenregierung in Bukavu machen. Vgl. weiter 5. November 1967.

24. Juli 1967

KANADA

PROVOKATION DE GAULLES

„FREIES QUEBEC"

Der französische Staatspräsident General *de Gaulle* provoziert bei einem Besuch im französisch sprechenden Teil Kanadas die kanadische Regierung, indem er von den „Franzosen beiderseits des Atlantik" und vom „freien Quebec" spricht. Tags darauf wird der kanadische Premierminister *Pearson* gegen den Versuch, die staatliche Einheit Kanadas zu zerstören, Protest erheben. Daraufhin wird de Gaulle nach Frankreich zurückkehren, ohne die Regierung in Ottawa besucht zu haben. Ende November wird er seine Forderung nach einem „freien Quebec" in Paris bei einer Pressekonferenz noch einmal wiederholen.[10]

26. Juli 1967

SCHWEDEN

VERHANDLUNGEN MIT EWG

FOLGEN DER NEUTRALITÄTSPOLITIK

Die schwedische Regierung ersucht die Europäischen Gemeinschaften (EWG, EURATOM, EGKS) um Aufnahme von Verhandlungen in einem Rahmen, der mit der schwedischen Neutralität zu vereinbaren ist. Da vorauszusehen ist, daß früher oder später — trotz des französischen Widerstandes — Großbritannien und die EFTA-Staaten der EWG beitreten werden, besteht die Gefahr einer wirtschaftlichen Isolierung Schwedens eben infolge seiner Neutralitätspolitik, an deren Aufrechterhaltung andererseits die UdSSR stark interessiert ist. Unter „Neutralität" versteht die schwedische Regierung z. B. die Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegungen in Angola und Mozambique, unberufene Kritik an der Apartheidpolitik Südafrikas und eifrige Befürwortung des Ausschlusses Griechenlands aus

dem Europarat. Das alles sind Tendenzen, die man in Moskau zu schätzen weiß. Aber eine wirtschaftliche Anlehnung an die UdSSR oder den COMECON bedeutet für Schweden keine Hilfe und würde zudem die konservativen Kräfte im Lande wachrütteln. Vgl. 15. September 1968.

28. Juli 1967

KENIA

EINWANDERUNGSGESETZGEBUNG

Im ostafrikanischen Kenia wird durch ein Einwanderungsgesetz die Arbeitserlaubnis für Ausländer drastisch erschwert. Insbesondere die eingewanderten Inder und Pakistaner, die auf die ihnen angebotene Staatsbürgerschaft von Kenia verzichtet haben, verlieren ihre Tätigkeit und Existenzgrundlage und müssen das Land verlassen. Soweit sie britische Pässe besitzen, wandern sie nun in Großbritannien ein und belasten den dortigen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Asiaten sinkt in Kenia von 186 000 im Jahre 1965 auf 31 000 im Jahre 1969.

30. Juli 1967

IRAN, PAKISTAN, TÜRKEI FÜR RÜCKZUG ISRAELS AUS SINAI

Der Iran, Pakistan und die Türkei kommen in Ramsar überein, zum Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten eine gemeinsame Haltung einzunehmen. Sie halten einen Rückzug Israels aus den von ihm besetzten arabischen Gebieten und die Durchführung der entsprechenden UNO-Beschlüsse für die Voraussetzung der Wiederherstellung des Friedens wollen sich aber selber aus dem Konflikt heraushalten, zumal sie alle drei durch eigene innere Probleme in Anspruch genommen sind, die Türkei zusätzlich durch den Zypernkonflikt mit Griechenland.

8. August 1967

BANGKOK

ASEAN

In Bangkok wird unter Beteiligung Indonesiens, Malaysias, der Philippinen, Singapurs und Thailands die Organisation ASEAN gegründet. Sie soll eine Zusammenarbeit in bestimmten Regionen auf wirtschaftlichem, technischem, sozialem und verwaltungstechnischem Gebiet ermöglichen. Um auch Burma und Kambodscha zum Anschluß bewegen zu können, werden politische und Sicherheitsfragen außenvor gelassen, obgleich gerade diese durch den Rückzug der USA aus Vietnam und Großbritanniens aus Südostasien überhaupt besondere Dringlichkeit erhalten.

11. August 1967

NIGERIA

Die nigerianische Zentralregierung *(Gowon)* verkündet den „totalen Krieg“ gegen Biafra (vgl. 30. Mai 1967), da die Truppen

Ojukwus bereits in die Mittelwestregion Nigerias eingedrungen sind. Drei Tage später wird auch diese Region von der Zentralregierung in Lagos abfallen und einen eigenen Staat mit der Hauptstadt Benin proklamieren. Ojukwus Streitkräfte gelangen bis etwa 250 Kilometer vor Lagos. Dann wird aufgrund britischer Intervention die Wende eintreten. Am 23. September wird Gowon die Mittelwestregion zurückerobern. Vgl. weiter 4. Oktober 1967.

„TOTALER KRIEG" GEGEN BIAFRA

29. August 1967

In Chartum/Sudan beginnt eine arabische Gipfelkonferenz, die beschließen wird, den anläßlich des Israelkrieges am 5. Juni in Bagdad beschlossenen Ölboykott gegen alle araberfeindlichen Mächte wieder aufzuheben, um die damit verbundenen finanziellen Einbußen der Öl-Staaten zu beenden. (Der Iran hatte an dem Boykott ohnehin nicht teilgenommen.) Dafür wird ein Hilfsfond gegründet, aus dem Ägypten und Jordanien für die im Israelkrieg erlittenen Schäden entschädigt werden sollen, Ägypten auch für den Ausfall der Suezkanalgebühren. Der weitere Kampf gegen Israel wird aufgeschoben, ein Beschluß, den die Palästinenser-Araber als „Verrat an den arabischen Interessen" verurteilen werden. Ägypten und Saudiarabien einigen sich über den Abbruch des Jemenkonfliktes. (Vgl. 9. Dezember 1967.)

CHARTUM

ARABISCHE GIPFEL-KONFERENZ

6. September 1967

Der französische Staatspräsident Charles *de Gaulle* trifft zu einem siebentägigen Staatsbesuch in Polen ein. Er wird im Verlauf seines Aufenthalts mehrfach erklären, daß für ihn die Oder-Neiße-Linie die endgültige polnische Westgrenze sei. Das heißt, daß auch de Gaulle die von Stalin im Vorgriff auf eine endgültige Friedensregelung geschaffenen vollendeten Tatsachen nunmehr anerkennt. Es gibt niemanden mehr, der ein Interesse daran hätte, diese Frage noch einmal aufzurollen, nicht einmal die Regierung des westdeutschen Teilstaates.

DE GAULLE IN POLEN

ODER-NEISSE-GRENZE ENDGÜLTIG

8. September 1967

Im ostafrikanischen Uganda (zwischen Kenia und Kongo) beseitigt die Unionsregierung Milton *Obotes* nach Buganda (vgl. 24. Mai 1966) nunmehr auch die übrigen Königreiche und damit zugleich die gewachsene Stammesordnung. Obote übernimmt das Amt des Präsidenten nun auch formal. Das Land wird in 18 Verwaltungsbezirke eingeteilt, die Zentralgewalt gestärkt. Der

UGANDA

ZENTRAL-REGIERUNG

OBOTE

Präsident ist zugleich auch Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, als deren „Generalstabschef" der „Oberst" Idi *Amin Dada* fungiert. Der Ausnahmezustand für Buganda bleibt bestehen.[11]

11. September 1967

KINSHASA

VIERTE GIPFELKONFERENZ DER OUA

In Kinshasa, dem ehemaligen Leopoldville (Kongo), wird die 4. Gipfelkonferenz (Staatsoberhäupter) der Organisation der afrikanischen Einheit (OUA) eröffnet. Kaiser *Haile Selassie* von Äthiopien, der in diesem Gremium das unbestrittene höchste Ansehen genießt, bedauert in seiner Ansprache die zahlreichen innenpolitischen Krisen in den unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten, die einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg verhindern. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *U Thant*, fordert die Anwesenden zur Beilegung der innerafrikanischen Streitigkeiten auf, insbesondere in Nigeria.

16. September 1967

UDSSR—KUBA

KERNENERGIE-ABKOMMEN

Die Sowjetunion schließt mit Kuba ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, obgleich *Fidel Castro* seit der erzwungenen Rücknahme sowjetischer Raketenabschußbasen von der Insel (vgl. 22., 26. und 28. Oktober 1962) die alte trotzkistische Formel von der „Permanenten Revolution" wieder aufgegriffen hat, sie mit dem Partisanenkampf als Instrument einer „totalitären Demokratie" verbindet und von dieser Warte eines angeblich eigenen kubanischen Kommunismus ständig Kritik an Moskau und Peking übt. Die UdSSR läßt ihn gewähren. Kuba vor der USA-Küste ist ihr das wert.

noch September 1967

RIO DE JANEIRO

WELTWÄHRUNGSKONFERENZ

SONDERZIEHUNGSRECHTE AN STELLE VON GOLDWÄHRUNG

Anläßlich der Weltwährungskonferenz in Rio de Janeiro werden die im August in London bei der Tagung des Internationalen Währungsfonds beschlossenen „Sonderziehungsrechte" (Special Drawing Rights, SDR), d. h. gegenseitige Ziehungsrechte in nationaler Währung beim IWF als eine neue Form gänzlich abstrakten Buchgeldes einerseits und Ansatz zu einer (manipulierbaren) multinationalen Weltwährung andererseits, einer Sonderkommission zur endgültigen Ausführung zugewiesen. Sie sind damit Wirklichkeit geworden und sollen offenbar allmählich die (nicht so manipulierbare Goldwährung ablösen (vgl. 18. März 1968). Jedenfalls dienen sie eindeutig den One World Bestrebungen der Kreise um den CFR.[12]

4. Oktober 1967

NIGERIA

EROBERUNG ENUGWUS

Die Hauptstadt von Biafra (vgl. 30. Mai und 11. August 1967), Enugwu, wird von Truppen der nigerianischen Zentralregierung erobert, die mit Hilfe britischer Waffenlieferungen erfolgreich operieren. Der Krieg wird mit beispielloser Grausamkeit geführt. Das Ziel des Haussastammes ist, die Ibo gänzlich auszurotten. Diese wehren sich daher mit dem Mute der Verzweiflung. Auch die UdSSR unterstützt die Zentralregierung, während Biafra von Frankreich, Portugal und Spanien Hilfe erhält. So werden sich die Kämpfe noch über mehr als zwei Jahre hinziehen.

8. Oktober 1967

BOLIVIEN

GUEVARA ERSCHOSSEN

Der argentinische Arzt Ernesto „Che" *Guevara* (vgl. Politisches Lexikon, Teil II), der 1965 aus der kubanischen Regierung Fidel Castros ausschied, um als erfahrener Guerilla-Taktiker Unruheherde in Bolivien zu schaffen, wird dort erschossen, nachdem er verwundet in Gefangenschaft bolivianischer Streitkräfte gefallen ist. Seine Leiche wird der Presse gezeigt, dann verbrannt. Die Pressefotos und das bei dem Gefangenen gefundene Tagebuch bestätigen die Identität. Castro wird auf Kuba eine dreitägige Staatstrauer anordnen, die UdSSR-Regierung wird offiziell ihr Beileid aussprechen.[13]

18. Oktober 1967

UDSSR VENUSSONDE „WEICH" GELANDET

Der Raumfahrtbehörde der UdSSR gelingt es, die Weltraumsonde Venus 4 „weich", das heißt abgebremst und voll funktionsfähig auf dem Planeten Venus landen zu lassen, fünf Jahre nachdem die USA ihre Sonde Mariner II erstmals mit Hilfe unterwegs korrigierter Flugbahn in die Nähe der Venus lenken konnten. Zwölf Tage nach der Landung von Venus 4, am 30. Oktober, werden zwei russische Raumkapseln zum erstenmal auf einer Erdumlaufbahn mittels Fernsteuerung aneinandergekoppelt werden. Der Wettlauf der beiden Raumfahrt-Mächte um die Priorität bei weiteren Unternehmungen dauert an.

24. Oktober 1967

CHARTA VON ALGIER

Achthundert Delegierte aus 77 Entwicklungsländern verabschieden im Rahmen der „Afro-asiatischen Solidaritätskonferenz" die *Charta von Algier*, die sich in erster Linie gegen das Ergebnis der Kennedy-Runde wendet. Auch wird lebhafte Kritik an den Bestimmungen der Ostblockstaaten geübt, daß von diesen gewährte Kredite nur innerhalb dieses Blocks genutzt werden können und Importe aus den Entwicklungsländern zu über-

AFRO-ASIATISCHE SOLIDARITÄTS-KONFERENZ

höhten, den Absatz behindernden Preisen weiterverkauft werden. Die Charta fordert allgemeine Zollvergünstigungen für Importe von Rohstoffen, Halbfertig- und Fertigwaren aus den Entwicklungsländern und eine Entwicklungshilfe in Höhe von 1 % des Bruttosozialprodukts der Industriestaaten.

26. Oktober 1967

IRAN

KRÖNUNG DES SCHAHS

ALTPERSISCHE TRADITION

Im Iran zelebriert Schah *Mohammed Risa Pehlewi* eine Krönungsfeierlichkeit mit orientalischem Prunk und aufwendigen historischen Festspielen, bei denen bewußt an die Tradition der persischen Großkönige des klassischen Altertums, insbesondere des Kyros († 529 v. Chr.) erinnert wird, an dessen noch erhaltenem Grab in Pasargadä ein Teil der Veranstaltungen stattfindet. Der Schah hat mit dieser offiziellen Krönung bewußt so lange gewartet, bis der Iran innen- und außenpolitisch einen sicheren Grad der Konsolidierung erreicht hat. Künftig wird er besonders die Beziehungen zur UdSSR pflegen.

31. Oktober 1967

CSSR

DUBCEK FORDERT RÜCKTRITT NOVOTNYS

In der Tschechoslowakei fordert *Dubcek*, der in Moskau ausgebildete Parteisekretär der Slowakei, den Rücktritt des Staatspräsidenten und Parteichefs Antonin *Novotny*, eines Stalinisten alten Stils, der diktatorische Willkürherrschaft mit Mißwirtschaft verbindet und die Schuld am Niedergang den „Klassenfeinden" zuschiebt. Zudem werden die Slowaken wie seit eh und je, auch schon vor dem 2. Weltkrieg, gegenüber den Tschechen benachteiligt. Die Folge sind Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten „Reformern", d. h. Anhängern Dubceks, und den „Orthodoxen", den Anhängern Novotnys. Letztere werden vom sowjetrussischen Botschafter in Prag, *Tscherwonenko*, unterstützt. Auch der russische Parteichef *Breschnew* wird nach Prag reisen und vergeblich versuchen, Novotny zu halten. Vgl. weiter 5. Januar 1968.

BURMA KÜNDIGT ABKOMMEN MIT CHINA

Burma kündigt das Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China und fordert die Abberufung der chinesischen Experten, nachdem es bereits im Juni in Rangun zu schweren Ausschreitungen gegen die Chinesen in der Stadt gekommen ist. Diese haben sich spontan der chinesischen Kulturrevolution angeschlossen. China seinerseits unterstützt die burmesischen Kommunisten und die rebellierenden Bergstämme, insbesondere die Katschin und Karen, die Befreiungsarmeen gebildet haben und die Grenzgebiete beherrschen.

5. November 1967

Einen Tag nachdem im ehemals belgischen Kongo (Zaire) Regierungstruppen *Mobutus* die Stadt Bukavu zurückerobert haben (vgl. 5. Juli 1967), treten die europäischen Söldner und die eingeborenen Gendarmen aus Katanga über die Grenze auf das Gebiet von Rwanda. Mobutu wird ihre Auslieferung verlangen und, da Rwanda auf seine Forderung nicht eingeht, die diplomatischen Beziehungen zu diesem Nachbarstaat abbrechen. Danach wird er sein Regiment mit harten Maßnahmen festigen und auch außenpolitisch stetig an Ansehen gewinnen. Vgl. 3. November 1969.[14]

ZAIRE

SÖLDNER TRETEN NACH RWANDA ÜBER

MOBUTU FESTIGT SEIN REGIME

13. November 1967

Die Ministerpräsidenten der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik, *Kossygin* und *Tsedenbal,* unterzeichnen in Moskau ein Abkommen, das der Mongolischen Volksrepublik für die Jahre 1968 bis 1970 weitere zusätzliche Wirtschaftshilfe der Sowjetunion sichert. Der engen Bindung an die UdSSR entspricht eine Verschlechterung der Beziehungen zu China, dessen Regierung im Mai 1969 das Grenzabkommen von 1962 für ungültig erklären und Gebietsforderungen an die Mongolische VR stellen wird. 1970 werden mehrere sowjetische Divisionen in der Mongolischen VR stationiert sein.

UDSSR—MONGOLEI

WIRTSCHAFTS-ABKOMMEN

18. November 1967

Die britische Regierung wertet das Pfund um 14,3 % ab. Gleichzeitig soll der Import nach Möglichkeit eingeschränkt werden, um eine erträglichere Handelsbilanz zu erreichen. Das bedeutet, daß sich auch der wohlhabende Bürger in seinen Kaufwünschen einschränken, also seinen Lebensstil den seit dem 2. Weltkrieg veränderten Verhältnissen anpassen soll. Das Mittel dazu wird eine erhebliche Steuererhöhung am 19. März 1968 sein. Importeure werden dann vor jeder Wareneinfuhr die Hälfte des Kaufpreises hinterlegen müssen.

GROSS-BRITANNIEN

PFUND-ABWERTUNG
STEUER-ERHÖHUNG
IMPORT-ERSCHWERUNG

22. November 1967

Der Sicherheitsrat der UNO nimmt eine von der britischen Delegation entworfene Resolution an, nach der der Kriegszustand zwischen Israel und den arabischen Staaten beendet, Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der beteiligten Staaten anerkannt, die freie Schiffahrt in dem betroffenen Raum wiederhergestellt, das Flüchtlingsproblem „gerecht“ geregelt und eine entmilitarisierte Zone geschaffen werden sol-

UNO-RESOLUTION ZUM ISRAEL-KRIEG

len. Über den entscheidenden Punkt, die Räumnung der von Israel besetzten Gebiete, kann aber infolge Textverschiedenheit in der britischen und französischen Fassung keine Klarheit erzielt werden.

30. November 1967

ADEN UNABHÄNGIG

Die ehemals britische Kronkolonie Aden samt Hinterland erhält die uneingeschränkte Unabhängigkeit. Zehn Tage zuvor sind in Genf die Bedingungen ausgehandelt worden, nachdem die britische Regierung die nationalistischen Gruppen (einschließlich der NLF) als legitime Vertretung der Gesamtbevölkerung anzuerkennen bereit war. Der Name des neuen Staates ist „Volksrepublik Südjemen". Dazu gehören 16 Scheichtümer, Sultanate, Emirate und eine Republik des westlichen und drei Fürstentümer des östlichen Protektorats Aden. Staatspräsident wird Quahtan Muhammed *asch-Schabi.* Er wird Mitte 1969 wieder gestürzt werden.

2. Dezember 1967

GRIECHISCH-TÜRKISCHES ZYPERN-ABKOMMEN

Der griechische Außenminister *Pipinéllis* schließt mit der Türkei ein Abkommen zur Beendigung des Zypernkonfliktes, nachdem er zuvor den General *Grivas,* der sich am 15. November mehrerer zyperntürkischer Dörfer bemächtigt und damit ein Ultimatum der Türkei ausgelöst hatte, nach Athen zurückbeordert hat. In dem Abkommen wird vereinbart, daß binnen anderthalb Monaten alle griechischen und türkischen Streitkräfte bis auf die 1960 festgesetzten Kontingente von der Insel abgezogen werden und daß die zyprische Nationalgarde entwaffnet werden soll.

9. Dezember 1967

JEMEN

ABZUG DER LETZTEN ÄGYPTISCHEN TRUPPEN

Die letzten ägyptischen Truppen verlassen den Jemen, nachdem die arabische Niederlage im Israelkrieg eine Fortführung des Bürgerkrieges zwischen den von Saudiarabien unterstützten Monarchisten und den von Ägypten unterstützten Republikanern unmöglich gemacht hat. Einen Monat vor dem Abzug der letzten Ägypter, am 4. November, wurde der von ihnen ausgehaltene Präsident des republikanischen Jemen Abd Allah *as-Sallal* in Abwesenheit gestürzt. Nachfolger wird Abd *ar-Rahman al-Irjani,* der sich mit den Monarchisten verständigt.

13. Dezember 1967

BRD

Frankreich, Großbritannien und die USA erklären sich bereit, ihre Befugnisse, in der westdeutschen Bundesrepublik den Not-

stand zu erklären, (vgl. Deutschlandvertrag 1952), auf diese zu übertragen. Voraussetzung dazu ist — in Abänderung des westdeutschen Grundgesetzes — eine Notstandsverfassung, die die Sicherheit der in Westdeutschland stationierten Verbände der drei Mächte gewährleistet. Gegen eine solche Notstandsverfassung erhebt sich eine leidenschaftliche Opposition liberaler und extrem sozialistischer Kräfte, die in jeder Stärkung der Staatsgewalt eine Gefahr für ihr ordnungsfeindliches und volkszersetzendes Treiben erblicken. Vgl. auch 29. Mai 1968.

NOTSTANDS-VERFASSUNG

SICHERHEIT DER STATIONIERTEN VERBÄNDE

14. Dezember 1967

König *Konstantin II.* von Griechenland geht außer Landes, nachdem tags zuvor ein Staatsstreich gegen die Offiziersjunta um Papadópulos (vgl. 21. April 1967) mißlungen ist. Mit dem König geht auch Ministerpräsident Kollias nach Rom. Die Regentschaft übernimmt General Georgios *Zoitákis*, das Amt des Regierungschefs Papadópulos selbst, das Innenministerium Patakos. Die USA schränken daraufhin ihr militärisches Hilfsprogramm für Griechenland ein und schwächen damit die NATO an einer entscheidenden Stelle. Die sowjetrussische Flotte wird sich im Mittelmeer festsetzen.

GRIECHENLAND

KÖNIG KONSTANTIN GEHT AUSSER LANDES

noch 1967 (ohne nähere Datierung)

Im ostasiatischen Teil der Sowjetunion werden ausgedehnte Siedlungen angelegt mit dem Ziel, eine wachsende Bevölkerungszahl in diesen Gebieten zu binden, damit gegenüber dem zunehmenden Bevölkerungsdruck auf der chinesischen Seite der Grenze kein Vakuum entsteht. In der Mongolischen Volksrepublik, die durch Verträge an die UdSSR gebunden ist, hat diese Abschußrampen für Mittelstreckenraketen mit bis zu 4500 Kilometern Reichweite errichtet. Sie zielen nach Osten, auf die hochindustrialisierte chinesische Mandschurei. Vgl. 2. März 1969.

UDSSR

SIEDLUNGSPROJEKT IN OSTASIEN

In dem westafrikanischen Staate Niger werden Uranvorkommen entdeckt, deren Mächtigkeit auf etwa 20 000 Tonnen geschätzt wird. Zur Ausbeute der Lagerstätten bei Arlit im Air-Gebirge wird eine Minengesellschaft gegründet, an der außer Frankreich als Hauptaktionär auch die westdeutsche Bundesrepublik und — mit zwanzig Prozent des Kapitals — sogar Niger selbst beteiligt sind. Niger soll laut Vertrag 53 % der Gewinne und die Einkünfte aus den Steuern erhalten. Der Abbau wird im Jahre 1971 begonnen werden.

NIGER

URANVORKOMMEN

1968

1. Januar 1968

Die kommunistische Parteiführung in Ungarn verändert die wirtschaftliche Struktur im Inneren in einer Weise, die den von Fachleuten geleiteten Betrieben eine gewisse Selbständigkeit zuerkennt. Sie dürfen künftig Produktion und Absatz selber planen. Für ein Drittel des Warenangebots werden die Preise freigegeben. Entscheidungen über Investitionen können etwa zur Hälfte von den Betrieben getroffen werden. In der Landwirtschaft werden künftig die kollektivierten Bauern nicht mehr nur nach ihrer Arbeitsleistung, sondern auch nach dem Wert des Bodens entlohnt, den sie ins Kollektiv eingebracht haben.

UNGARN

UMBAU DER BETRIEBS-ORGANISATION

5. Januar 1968

In Prag wählt das Zentralkomitee der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei den Parteichef Antonin *Novotny* nach einer offen geführten Debatte ab und den Slowaken Alexander *Dubcek* (vgl. 31. Oktober 1967) zu seinem Nachfolger. Dieser traut es sich zu, obgleich in Moskau ausgebildet, Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewähren zu können, wenig später sogar die Menschenrechte (!) zur Grundlage des Verhältnisses von Bürger und Staat erklären zu können. Vgl. weiter 22. März 1968.

CSSR

ABWAHL NOWOTNYS

11. Januar 1968

Der Außenminister der USA *Dean Rusk* wirft seinem britischen Kollegen *George Brown* bei einem Gespräch im State Department in Washington „europäischen Isolationismus" vor und bezieht sich damit auf den Entschluß der britischen Labour-Regierung *Wilson,* alle britischen Positionen östlich des Suezkanals zu räumen. Mit dieser Ersparnis soll offenbar das Defizit von 200 Millionen Pfund ausgeglichen werden, das durch das unmittelbar zuvor beschlossene Waffenembargo gegen Südafrika entsteht. „Großbritannien dankt endgültig als Weltmacht ab, nur um dem weißen Südafrika keine Kriegsschiffe liefern zu müssen", schreibt Juan Maler darüber. Das Vacuum, das Großbritannien damit im Indischen Ozean schafft, wird von der Sowjetunion ausgefüllt werden.[1]

USA

KRITIK AM BRITISCHEN „ISOLATIONISMUS"

WAFFEN-EMBARGO GEGEN SÜDAFRIKA

23. Januar 1968

Patrouillenboote der „Volksdemokratischen Republik" Korea (Nordkorea) bringen das Aufklärungsschiff der USA „Pueblo" auf, da es angeblich die Zwölfmeilenzone verletzt habe. Das

NORDKOREA KAPERT US-AUFKLÄRUNGSSCHIFF „PUEBLO"

Schiff ist mit neuesten elektronischen Meßanlagen ausgerüstet, deren Kenntnis für den Osten von entsprechender Bedeutung ist. Da Nordkorea sich weigert, es wieder herauszugeben und die UdSSR im Sicherheitsrat den nordkoreanischen Standpunkt vertreten werden, sind die USA gezwungen, mit Nordkorea diplomatische Verbindungen aufzunehmen. Die Verhandlungen werden am 2. Februar in Panmunjon (Demarkationslinie) beginnen.

29. Januar 1968

NORDVIETNAM GROSS-OFFENSIVE

HUE GENOMMEN

Unter dem Oberbefehl des nordvietnamesischen Generals *Vo Nguyen Giap* beginnt eine Großoffensive nordvietnamesischer Streitkräfte und Vietkongverbände in Gesamtstärke von etwa 300 000 Mann in Südvietnam, in dessen Hauptstadt Saigon es zu erbitterten Straßenkämpfen kommt. Die Stadt Hué wird genommen und bleibt bis zum 23. Februar in kommunistischer Hand. Aber erst am 19. Juni wird die südvietnamesische Regierung *Thieu* die Generalmobilmachung der südvietnamesischen Streitkräfte anordnen. Südvietnam bleibt auf Jahre hinaus Kriegsgebiet.

1. Februar 1968

DÄNEMARK

REGIERUNG BAUNSGAARD

Eine Woche nach den Wahlen zum dänischen Folketing, bei denen die bürgerlichen Parteien eine Mehrheit errungen haben, bildet der radikal-liberale Hilmar *Baunsgaard* eine Koalitionsregierung aus Konservativen, Nationalliberalen und Radikal-Liberalen. Fünf Tage später wird er in seiner Regierungserklärung die Mitgliedschaft Dänemarks in der NATO, einschließlich „Kündigungsbestimmungen", die von der UdSSR betriebene europäische Sicherheitskonferenz mit Beteiligung der USA und Kanadas sowie als deren Ausgangspunkt die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als künftiger polnischer Westgrenze betonen.

17. Februar 1968

OSLO

NORDISCHE WIRTSCHAFTS-UNION

In Oslo treten Delegationen des Nordischen Rates (vgl. Polit. Lexikon, Teil I) zusammen und befürworten während ihrer einwöchigen Tagung die Bildung einer *nordischen Wirtschaftsunion (NORDEK)*. Der Plan geht auf eine Anregung aus dem Jahre 1954 zurück und wird nun wieder aktuell, da sich die Verhandlungen über den möglichen Beitritt Dänemarks und Norwegens zur EWG (im Anschluß an den Beitritt Großbritanniens) in die Länge ziehen. Man will die Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen. Die Volkswirtschaften der einzelnen Länder sind auf eine Zusammenarbeit angewiesen. Vgl. auch 22. April 1968.

22. Februar 1968

BRITISCHES WEISSBUCH ÜBER AKTIONSRAUM DER STREITKRÄFTE

Die britische Regierung veröffentlicht ein Weißbuch über die künftige Stärke und den künftigen Aktionsraum der britischen Streitkräfte. Bis Ende 1971 sollen demnach alle britischen Stützpunkte in Südostasien und am Persischen Golf geräumt sein. Auch ein Luftwaffeneinsatz in diesen Gebieten wird nicht mehr möglich sein, da ein Auftrag an die USA über Lieferung von Überschall-Jagdbombern vom Typ F-111 zurückgezogen werden muß. Die Gesamtzahl der Streitkräfte soll von 417 000 auf 342 000 verringert werden. Dieses Weißbuch macht vollends deutlich, daß es kein britisches Empire mehr gibt.

26. Februar 1968

BUDAPEST

KONSULTATIVTREFFEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN

In Budapest beginnt ein einwöchiges Konsultativtreffen, zu dem die UdSSR in zunehmender Sorge um ihre zentrale Führungsrolle alle kommunistischen Parteien der Erde geladen hat. Es erscheinen jedoch nur 64 Delegationen, unter denen zudem sehr abweichende Auffassungen von der Internationalität des Kommunismus vertreten werden. Die rumänische Delegation verläßt sogar demonstrativ die Konferenz, nachdem die Kritik der syrischen Delegation an der rumänischen Israelpolitik nicht auf allgemeine Ablehnung stößt. Angesichts solcher Auflösungserscheinungen reift bei der russischen Parteiführung die Erkenntnis von der Notwendigkeit, in Kürze ein abschreckendes Beispiel zu setzen (vgl. 14./15. Juli 1968).[2]

29. Februar 1968

BRITISCHES EINWANDERUNGSGESETZ

Das britische Unterhaus beschließt mit 145 gegen 41 Stimmen ein neues Einwanderungsgesetz. Es begrenzt den Zuzug von Commonwealth-Bürgern nichtweißer Hautfarbe auf jährlich 1500. Selbst mit dieser beschränkten Zahl bürdet die Insel ihren Großstädten soziale, hygienische und damit auch wirtschaftliche Lasten auf, trotz des warnenden Beispiels der USA, die mit der allgemeinen britischen Wirtschaftslage kaum vereinbar sind. Von der biologischen Seite dieses Problems darf nicht gesprochen werden. Das verbietet ein späteres Gesetz vom 10. Juli 1968 gegen „Rassendiskriminierung“. Es verhängt u. a. Gefängnisstrafen für „Aufwiegelung zum Rassenhaß“. Und darunter wird auch der Hinweis auf unerfreuliche Verhaltensweisen der nichtweißen Einwanderer verstanden. Selbstmord einer Nation.

GEFÄNGNIS FÜR „RASSENDISKRIMINIERUNG“

noch Februar 1968

UDSSR—INDIEN

Die UdSSR schließt einen Geheimvertrag mit Indien, in dem vereinbart wird, daß der indische Handelshafen von Marmago

GEHEIM-VERTRAG ÜBER STÜTZPUNKTE

verlegt und der Sowjetunion überlassen, die Küsteninseln San Jorge und Morcego als getarnte Luftaufklärungsstützpunkte ausgebaut werden sollen. Hinter diesem Vertrag wird der Wettstreit zwischen China und Rußland um den Einfluß im Indischen Ozean erkennbar. China pflegt seine Beziehungen zu Pakistan, die Sowjetunion stellt sich zunehmend hinter Indien, nachdem sie noch am 10. Januar 1966 (vgl. dort) in Taschkent zwischen Indien und Pakistan vermittelt hat.

8. März 1968

POLEN

STUDENTEN-UNRUHEN

MACHTKAMPF IN DER ARBEITER-PARTEI

In Warschau und anderen polnischen Universitätsstädten kommt es zu Studentenunruhen, die sich am tschechoslowakischen Beispiel entzünden und ebenso utopische Parolen wie etwa: „Sozialismus — Demokratie — Freiheit", alles in einem Atemzug, verkünden. Sie führen zu schweren Zusammenstößen mit Polizei- und Milizeinheiten. Der Staats- und Parteiführung wird Verrat an den Idealen des Polnischen Oktobers vorgeworfen. Innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei wird ein Machtkampf zwischen Altkommunisten und den überlebenden Partisanen gegen die deutsche Besetzung im 2. Weltkrieg ausgetragen. Letztere stehen unter Führung von Mieczyslaw *Moczar.* Auch gegen den Zionismus wird (schon seit 1967) agitiert. Bis zum Ende des Jahres werden etwa 12 000 polnische Juden das Land verlassen haben. Vgl. auch 9. April 1968.

18. März 1968

USA

ENDE DER GOLD-WÄHRUNG

GETEILTER GOLDMARKT

Der Präsident der USA, *Johnson,* unterzeichnet ein Gesetz, das die Golddeckung der amerikanischen Währung aufhebt. Der Dollar wird binnenwirtschaftlich gänzlich vom Golde gelöst. Das bedeutet, daß der Goldpreis im freien Handel freigegeben wird. Im internationalen Verkehr gilt das bisherige Verhältnis: eine Unze Feingold = 35 Dollar nur noch zwischen den Notenbanken. Der Goldmarkt ist also zweigeteilt. An die Stelle einer festen Goldwährung sollen offenbar nun als Ersatz die „Sonderziehungsrechte" beim Internationalen Währungsfond treten.[3]

22. März 1968

CSSR

RÜCKTRITT NOVOTNYS

Drei Wochen nachdem der tschechoslowakische Staatspräsident Novotny vergeblich versucht hat, durch einen Militärputsch die Führung in der Partei (vgl. 5. Januar 1968) zurückzuerobern und im Zusammenhang damit der General Jan Sejna in die USA (!) geflohen ist, muß ersterer auch als Staatspräsident zurücktreten. Tags darauf werden in Dresden, in der Konferenz

der Warschauer-Pakt-Staaten, unter Wortführung Ulbrichts, die entscheidenden Vorwürfe und Drohungen gegen die Prager Reformpolitiker ausgesprochen, mit denen fünf Monate später die gewaltsame Invasion begründet werden wird.

In Finnland bildet der Sozialdemokrat Mauno *Koivisto* eine neue Regierung, in der neben den Parteien der „Volksdemokratischen Union" (Zentrum, Sozialdemokraten, Linkssozialisten und Kommunisten) nunmehr auch die Schwedische Volkspartei vertreten ist. Zwei Monate zuvor, am 16. Januar 1968, ist Staatspräsident Urho *Kekkonen,* der das volle Vertrauen der sowjetrussischen Führung genießt, wiedergewählt worden. Seine strenge Neutralitätspolitik findet die Zustimmung der großen Mehrheit und sichert Finnland gegen einschneidende russische Interventionen.

FINNLAND

REGIERUNG KOIVISTO

KEKKONEN WIEDERGEWÄHLT

30. März 1968

In Prag wird vom Präsidium der Nationalversammlung der General Ludvîk *Svoboda* zum Nachfolger des zurückgetretenen Staatspräsidenten Novotny (vgl. 22. März 1968) gewählt. Er trägt, von 1948 her, die Auszeichnung „Held der Sowjetunion", wird sich aber binnen weniger Monate mit dieser in einer Auseinandersetzung buchstäblich auf Leben und Tod befinden. Indessen träumen die Reformpolitiker um Dubcek ihren Traum vom wahren Kommunismus a la Karl Marx, von einer „Selbstverwirklichung des Menschen" und ähnlichem weiter und wekken mit solchen Ideen allmählich das Interesse der gebildeten Schichten in der tschechoslowakischen Bevölkerung. In Moskau reift zugleich der Entschluß zum Einschreiten. Zur Quellenkritik siehe im Anmerkungsteil.[4]

CSSR

SVOBODA STAATSPRÄSIDENT

31. März 1968

Der Präsident der USA, *Johnson,* bietet in öffentlicher Rede an, die Luftangriffe auf Nordvietnam nördlich des 20. Breitengrades einzustellen, falls sich die nordvietnamesische Regierung zu Waffenstillstandsverhandlungen bereit erkläre. Doch wird es erst einer Einflußnahme der Sowjetregierung auf Nordvietnam bedürfen, um es zur Verhandlungsbereitschaft zu bewegen. Die Vorgespräche werden am 10. Mai 1968 in Paris beginnen, wobei man sich zunächst wochenlang nur um die Form des Verhandlungs*tisches* streitet, während die Kämpfe in Vietnam weitergehen. Mit der Tischform bzw. Tischanordnung wird nämlich über die Rolle entschieden, die einerseits die Delegation Süd-Vietnams, andererseits die der kommunistischen „Befreiungs"-

USA

JOHNSON BIETET EINSTELLUNG DER LUFTANGRIFFE AUF NORDVIETNAM AN

Bewegung in Südvietnam FLN bei den Gesprächen spielen sollen. Die eigentlichen Verhandlungen werden erst am 16. Januar 1969 (!) beginnén.

6. April 1968

CSSR

RÜCKTRITT DER REGIERUNG LENART

In der Tschechoslowakei tritt die Regierung Jozef *Lenárt* zurück, nachdem tags zuvor das gewählte Zentralkomitee der Partei zur obersten Autorität erklärt und beschlossen wurde, die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten von Regierung und Parlament im Staate wiederherzustellen, sogar zu erweitern. Gewerkschaften und bäuerliche Organisationen sollen künftig aktiv am politischen Leben teilnehmen. Die Opfer des Stalinismus sollen rehabilitiert, die Bürgerrechte garantiert werden ebenso wie das Eigenleben der nationalen Minderheiten. Zwei Tage später wird Oldrich *Cernik* eine neue Regierung bilden.

9. April 1968

POLEN

RÜCKTRITT OCHABS

Der polnische Staatspräsident Edward *Ochab* tritt zurück im Rahmen der umfangreichen Säuberungsaktionen in der Partei- und Staatsführung, die durch *Moczar* und seine „Partisanen" (vgl. 8. März 1968) veranlaßt wurden. Nachfolger Ochabs wird Marian *Spychalski*. Den Säuberungen fallen vor allem liberale Anhänger des Parteichefs *Gomulka* zum Opfer, der die Schuld an den studentischen Unruhen im März „fanatisch antisowjetischen Reaktionären" zugeschoben hat. Damit dürften die Revisionisten gemeint sein.

NEUE DDR-VERFASSUNG

In dem mitteldeutschen Sowjetsatellitenstaat tritt eine neue Verfassung in Kraft, die in der Präambel und in Artikel 8 den Anspruch der kommunistischen Parteiführung erhebt, für das gesamte deutsche Gebiet westlich der Oder-Neiße-Linie verantwortlich zu sein. Im Artikel 1 ist von einem „sozialistischen Staat deutscher Nation" die Rede, ein Begriff, auf den man sieben Jahre später ebenfalls verzichten wird, nachdem sich die Vorstellung von einer „deutschen Nation" als für die Klassenkampfhetze unbrauchbar erwiesen haben wird.

20. April 1968

KANADA

REGIERUNG TRUDEAU

In Kanada tritt der Liberale Pierre Elliot *Trudeau* (vgl. Polit. Lexik., Teil II) die Nachfolge des zurückgetretenen Premierministers Pearson an, in dessen Kabinett er 1966 Parlamentssekretär und 1967 Justizminister wurde. Zu Trudeaus außenpolitischen Zielen gehören eine Überprüfung der bisherigen ka-

nadischen NATO-Politik, eine Revision des Verhältnisses zu den USA und die Anerkennung der Volksrepublik China. Zwei Monate später wird seine Partei mit diesem Programm bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit gewinnen (25. Juni).[5]

22. April 1968

KOPENHAGEN

NORDISCHER RAT FÜR ZOLLUNION

In Kopenhagen beginnt eine zweitägige Konferenz der Regierungschefs der Länder des Nordischen Rates (vgl. 17. Februar 1968). Sie werden sich grundsätzlich für eine Nordische Zollunion bei Annäherung der Zollsätze an das Niveau der EWG aussprechen, ferner für eine engere Zusammenarbeit auf dem Agrarmarkt, insbesondere beim Export in Drittländer, zur Überbrückung der Zeit bis zur Aufnahme in bzw. dem Anschluß an die EWG. Am 19. Oktober 1968 werden diese Gespräche in Stockholm fortgesetzt werden.

24. April 1968

CSSR

REGIERUNGSERKLÄRUNG CERNIK

In der Tschechoslowakei gibt, eine Woche nachdem Josef *Smrkovsky* Parlamentspräsident geworden ist, die neue Regierung Cernik ihre Regierungserklärung ab, das Aktionsprogramm des *„demokratischen Sozialismus"* (vgl. 6. April 1968). Es findet Zustimmung in breiten Kreisen der politisch interessierten Bevölkerung, gibt aber wohl auch in Moskau den Ausschlag zum Entschluß, einzuschreiten. Es werden Truppen an die tschechoslowakische Grenze gelegt und die Möglichkeit eines Einmarsches erörtert. Der russische Ministerpräsident *Kossygin* wird bereits am 17. Mai nach Prag reisen und Vorstellungen erheben, ohne etwas auszurichten. Inzwischen sind die Anhänger Novotnys aus fast allen Ämtern entfernt worden. Vgl. auch 14./15. Juli 1968.

3. Mai 1968

PARIS

STRASSENKÄMPFE

GENERALSTREIK

Mit der gewaltsamen Räumung der Pariser Universität Sorbonne durch die Polizei schlägt die antigaullistische, antiautoritäre Studentendemonstration in eine offene Revolte mit Straßenschlachten und Verhaftungen um. Zehn Tage später werden sich die Kommunistische Partei und die kommunistisch gelenkte Gewerkschaftsorganisation CGT mit den aufständischen Studenten solidarisieren und zum *Generalstreik* aufrufen, der weitere drei Tage später, am 16. Mai, von Paris ausgehend auf die Provinzen übergreift. *De Gaulle* wird seine Rumänienreise abbrechen, eine Volksabstimmung ankündigen und am 30. Mai die französische Nationalversammlung auflösen (vgl. 30. Juni 1968).

14. Mai 1968

DE GAULLE IN RUMÄNIEN

Der französische Staatspräsident *de Gaulle* trifft zu einem fünftägigen Staatsbesuch in Rumänien ein. Bei dieser Gelegenheit werden sich er und der rumänische Parteichef und Staatsratsvorsitzende *Ceausescu* gegen die Teilung Europas in Militärblöcke (NATO und Warschauer Pakt) aussprechen. Ergebnis des Besuches ist die Einsetzung einer gemischten Kommission beider Länder für eine engere wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit. Ceausescu sieht in Nationalismus und Kommunismus keinen Widerspruch und rechtfertigt mit dieser Auffassung die rumänischen Beziehungen zum Westen.

GEMISCHTE KOMMISSION

29. Mai 1968

WESTDEUTSCHE NOTSTANDSVERFASSUNG

Der westdeutsche Bundestag nimmt in dritter Lesung mit 384 gegen 100 Stimmen die Notstandsverfassung (vgl. 13. Dezember 1967) an, die das Grundgesetz der Bundesrepublik verändert. Sie sieht für den Fall, daß die „demokratische Grundordnung" oder die Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet sind und der Bundestag diesen Tatbestand zunächst mit Zweidrittelmehrheit festgestellt hat (!), vor: Aufhebung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, Einsatz der Bundeswehr bei „innerem Notstand", Beschränkung der Freizügigkeit. Der Verteidigungsfall soll demnach vorliegen, wenn die Bundesrepublik angegriffen wird oder ein bewaffneter Angriff auf sie unmittelbar droht. Auch darüber muß sich der Bundestag erst mit Zweidrittelmehrheit schlüssig werden, d. h. der Verteidigungsfall kann erst erklärt werden, wenn der gegnerische Angriff bereits rollt und eine Verteidigung nicht mehr oder nur noch mit allen Nachteilen des „zu spät" möglich ist. — Zwei Tage zuvor haben die drei Westmächte zwar ihre Vorbehaltsrechte aus dem Deutschlandvertrag von 1952 (vgl. 13. Dezember 1967) als erloschen erklärt, aber zugleich auch nochmals betont, daß die Bundesrepublik wirksame Maßnahmen zum Schutze der in Westdeutschland stationierten Streitkräfte zu ergreifen habe, daß die alliierten Rechte für Deutschland als Ganzes und für Berlin nicht berührt werden, und daß, vom Notstand abgesehen, jeder Militärbefehlshaber auf westdeutschem Boden zum Schutz seiner Streitkräfte im Falle einer Bedrohung entsprechende Maßnahmen zu ergreifen berechtigt sei. Das ist — 23 Jahre nach Kriegsende — der wirkliche Inhalt der westdeutschen „Souveränität".

15. Juni 1968

Die Mehrheit des norwegischen Storting spricht sich für den Verbleib Norwegens in der NATO auch über das Jahr 1969 hinaus

aus. Ein Antrag auf frühestmöglichen Austritt erhält nur sechs Stimmen. Im Weißbuch der Regierung zur Landesverteidigung wird die Mitgliedschaft Norwegens in der NATO als ein Beitrag zur „relativen Stabilität“ im Norden bezeichnet. Aber auch die norwegische Regierung glaubt an eine „Entspannung“ durch Kontaktpflege mit osteuropäischen Staaten, obgleich unschwer zu erkennen ist, daß diese gleichzeitig „Kontakte pflegen“ *und* ihren Angriff vorbereiten können.

NORWEGISCHES STORTING FÜR VERBLEIB IN DER NATO

Anläßlich eines Besuches der tschechoslowakischen Funktionäre Cernik und Dubcek in Budapest schließen Ungarn und die Tschechoslowakei ein Freundschafts- und Beistandsabkommen, das aber zwei Monate später, bei der militärischen Invasion der Warschauer-Pakt-Streitkräfte in Prag, nicht zum Tragen kommen wird. Zwar wird der ungarische Parteichef Kádár (angeblich) einen Vermittlungsversuch unternehmen, aber dann vor dem eindeutig genug demonstrierten Führungsanspruch der UdSSR zurückweichen.

UNGARN—CSSR BEISTANDSPAKT

20. Juni 1968

Dem brasilianischen Kongreß wird ein Bericht vorgelegt, in dem es unter anderem heißt: „Im südlichen Teil des Staates Rio Grande do Sul wurden die Indianer bis auf die Haut entkleidet, in schneebedeckte Gebiete geführt, dort angebunden und zu Tode gefoltert.“ (1968 !) Ausgerechnet Beamte des „Schutzdienstes“ für die Indianer haben diese aus den ihnen zugesprochenen Gebieten im Interesse von Bodenspekulanten verjagt, niedergeschossen oder vergiftet, zum Teil auch gekreuzigt. Die Regierung zieht die Schuldigen zur Rechenschaft. Der „Schutzdienst“ wird aufgelöst.[6]

BRASILIEN

INDIANER-AUSROTTUNG 1968

30. Juni 1968

Bei den Neuwahlen zur französischen Nationalversammlung (vgl. 3. Mai 1968), vor denen es zu neuen Streiks und (am 10. Juni) sogar zu Barrikadenkämpfen in Paris gekommen ist, müssen die Linksparteien Verluste hinnehmen. Die Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken (FGDS) fällt auseinander. Am 13. Juli wird Maurice *Couve de Murville* aus Mitgliedern der bisherigen Regierungsparteien eine neue Regierung bilden. *De Gaulle* zieht aus den Ereignissen den Schluß, daß eine neue Regionalordnung Frankreichs nicht weiter hinausgeschoben werden kann. Vgl. 28. April 1969.

FRANKREICH

WAHLVERLUSTE DER LINKEN

NEUE REGIONALORDNUNG

1. Juli 1968

ATOMWAFFEN-SPERRVERTRAG

INTERNATIONALE KONTROLLE DER „FRIEDLICHEN NUTZUNG"

USA, Großbritannien und Sowjetunion schließen einen Vertrag über die Nichtverbreitung (non-proliferation) von Atomwaffen, der diesen drei Mächten ein Monopol für die Herstellung und Lagerung dieser Waffen sichern soll. Sie verpflichten sich darin, Atomwaffen weder direkt noch indirekt weiterzugeben. Diejenigen Staaten, die keine Atomwaffen besitzen und dem Vertrag beitreten, verpflichten sich, Atomwaffen und Atomsprengkörper weder anzunehmen, noch zu erwerben, zu lagern oder selber herzustellen. Die „friedliche" Nutzung von Atomenergie wird davon nicht betroffen aber internationaler Kontrolle unterstellt werden. Der Vertrag wird am 5. März 1970 in Kraft treten. Vgl. auch 28. September 1968.[7]

EWG

ZOLLUNION IN KRAFT

Innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ist nunmehr die Zollunion der Mitgliedstaaten verwirklicht. Für gewerbliche und Industriegüter sind unter ihnen die Binnenzölle aufgehoben, die Steuergrenzen allerdings noch nicht. Der gemeinsame Zolltarif der EWG gegenüber Nichtmitgliedstaaten tritt damit in Kraft. Zwei Fünftel der in der Kennedy-Runde gegenüber den USA zugestandenen Zollsenkungen erhalten gleichzeitig Gültigkeit. Auch das Ziel eines gemeinsamen Agrarmarktes innerhalb der EWG-Staaten ist für mehr als die Hälfte der bedeutendsten Produkte durch entsprechende Marktordnungsvereinbarungen erreicht. Vgl. 10. Dezember 1968.

DDR

NEUES STRAFGESETZBUCH

Im mitteldeutschen Sowjet-Satellitenstaat wird das alte deutsche Strafgesetzbuch von 1871 durch eine Reihe von am 12. Januar verfügten Gesetzen über ein „sozialistisches Strafrecht" ersetzt, die den „Schutz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung" gewährleisten sollen, d. h. dazu bestimmt sind, die Diktatur der kommunistischen Parteifunktionäre auch juristisch abzusichern. Gegen sie und ihre Maßnahmen ist ein strafrechtliches Vorgehen nun auch dem Buchstaben des Gesetzes nach nicht mehr möglich. Praktisch war es das ohnehin nicht mehr.

4. Juli 1968

NASSER IN MOSKAU

MILITÄRHILFE

Der ägyptische Staatschef Abd an-*Nasser* trifft zu einem siebentägigen Besuch in Moskau ein, wo ihm „umfassende politische und wirtschaftliche Unterstützung" sowie auch Militärhilfe zugesagt wird. Tatsächlich hat aber die UdSSR bereits unmittelbar nach dem Junikrieg, in der zweiten Junihälfte 1967, die

hohen ägyptischen Materialverluste an Panzern und Flugzeugen ersetzt, und zwar unter gleichzeitiger Einschleusung sowjetischer Berater und Ausbilder an diesen Waffensystemen. Vor der arabischen Welt versucht Nasser sein angeschlagenes Prestige durch die wiederholte Beteuerung wiederherzustellen, Israel müsse „geschlagen" werden.

8. Juli 1968

POLEN

ZK-VOLL-VERSAMMLUNG

AGITATION GEGEN ZIONISMUS EINGESTELLT

In Warschau beginnt die Vollversammlung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. In ihr wird beschlossen werden, die Agitation gegen den Zionismus zu beenden. Dafür wird der „Revisionismus" verurteilt mit Bezug auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei. Der Führer der „Partisanen" aus der Zeit des 2. Weltkrieges, Mieczyslaw *Moczar*, der den Kampf gegen die Revisionisten auf seine Fahnen geschrieben hat, wird Mitglied des Parteipräsidiums.

14./15. Juli 1968

WARSCHAU KONFERENZ DER PAKT-STAATEN

WARNUNG AN DIE CSSR

In Warschau findet eine Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten statt, die sich besonders mit dem Reformkurs in der tschechoslowakischen Parteiführung (Dubcek) befaßt. Außer der russischen warnen auch die bulgarische, mitteldeutsche, polnische und ungarische Delegation die Tschechoslowakei vor den Gefahren einer „Konterrevolution" und vor einer angeblich geplanten Intervention von seiten „imperialistischer" Mächte: „Wir werden es niemals zulassen, daß der Imperialismus . . . das Kräfteverhältnis in Europa zu seinen Gunsten verändert." In Wirklichkeit zeigt sich die Schwäche und innere Unterwanderung der Westmächte eben gerade in der Tatsache, daß sie die Reformbereitschaft in der Tschechoslowakei *nicht* nutzen und die Gelegenheit, der Expansion des Kommunismus entgegenzuwirken, *nicht* wahrnehmen.

17. Juli 1968

IRAK

MILITÄR-PUTSCH

HASAN AL BAKR

Im Irak, der sich ein Jahr zuvor voll am Krieg gegen Israel beteiligt hat, findet wieder ein Machtwechsel statt. Nach einem Militärputsch übernimmt ein „Rat des Kommandos der Revolution" unter General Sajid Ahmed *Hasan al Bakr* die Staatsgewalt, der zunächst das Amt des Staatspräsidenten und am 31. Juli auch das des Ministerpräsidenten übernehmen wird. Er gilt als Vertreter des konservativen rechten Flügels der Bath-Partei und wurde deswegen von *Arif* (vgl. 14. März 1966) von politischem Einfluß ausgeschlossen.

18. Juli 1968

DUBCEK AN DIE KPDSU

KRITIK AM STALINISMUS

STATIONIERUNG SOWJETISCHER TRUPPEN

In einem Schreiben an die russische Parteiführung verwahren sich die tschechoslowakischen Reformpolitiker gegen die Warnung vor der Konterrevolution, dem Schreckgespenst für jeden überzeugten Kommunisten (vgl. 14./15. Juli 1968), und antworten mit dem Hinweis auf die Folgen des entarteten Sozialismus unter der Diktatur Novotnys. Darin liegt eine Kritik am Stalinismus, und Moskau wird nunmehr am 23. Juli fordern, sowjetrussische Streitkräfte an der tschechischen *West*grenze, also innerhalb der Tschechoslowakei zu stationieren, erklärt sich allerdings zuvor noch zu zweiseitigen Gesprächen bereit (vgl. 29. Juli 1968).

29. Juli 1968

SOWJETISCH-TSCHECHISCHE GESPRÄCHE

In Cierna nad Tisou findet bis zum 3. August eine Aussprache zwischen der russischen und der tschechoslowakischen Parteiführung statt (vgl. 18. Juli 1968), bei der sich die Russen offenbar den Anschein geben, als seien sie bereit, die innenpolitischen Reformen Dubceks und Cerniks zu billigen. Jedenfalls fassen es diese so auf. Es wird aber eine weitere Konferenz in Bratislava für den 3. August (vgl. dort) vereinbart.

noch Juli 1968

UDSSR-STÜTZPUNKT. IN ALGERIEN

Der Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall *Gretschko*, besichtigt den ehemaligen französischen Kriegshafen und Flottenstützpunkt Mers el-Kebir bei Oran an der algerischen Küste, den Frankreich erst im Jahr zuvor zugunsten Algeriens geräumt hat. Die Sowjetunion tritt auch hier das Erbe der alten Kolonialmächte an, die ihre Positionen aus ideologiebedingter Schwäche aufgeben. Die ehemaligen Kolonialvölker, in diesem Falle Algerien, sind nicht in der Lage oder auch gar nicht willens, den Zugriff der Sowjets abzuwehren. Und diese Tatsache ist in den westlichen Hauptstädten durchaus bekannt.[8]

MOHAMMED ALI FÜR RASSENTRENNUNG IN DEN USA

Mohammed Ali (Cassius Clay), Führer der farbigen Mohammedaner in den USA (später außerdem Weltmeister im Schwergewichtsboxen), sagt: „Wir Black Muslims glauben an die Trennung der Rassen [Apartheid oder Segregation]. Genauso, wie ein Mann und eine Frau, die sich nur dauernd streiten und nicht miteinander auskommen, sich schließlich scheiden lassen, so müssen auch wir diese Scheidung [zwischen schwarz und weiß in den USA] erzwingen. Das allerletzte, was wir uns wünschen, ist die Heirat mit irgendeinem Mitglied der weißen Rasse. Wir wollen nicht Teil einer Integration sein."[9]

3. August 1968

Anläßlich einer russisch-tschechoslowakischen Konferenz in Bratislava verpflichtet sich die tschechoslowakische Delegation, die führende Rolle der Kommunistischen Partei gemeinsam mit den Bruderparteien in den anderen Warschauer-Pakt-Staaten zu stärken und in der europäischen und internationalen Politik den gemeinsamen Kurs einzuhalten. Dafür erhält sie die Garantie der Gleichberechtigung, Souveränität und territorialen Unverletzlichkeit der Tschechoslowakei. Auch wird ihr ausdrücklich das Recht zuerkannt, nationalen Besonderheiten im Rahmen der Entwicklung des Sozialismus Rechnung zu tragen. An diese Garantien wird sich die russische Parteiführung keine drei Wochen halten.

BRATISLAVA

SOWJETISCH-TSCHECHISCHE KONFERENZ

GARANTIE DER „GLEICHBERECHTIGUNG"

15. August 1968

Sechs Tage vor der sowjetischen militärischen Invasion in der Tschechoslowakei trifft der rumänische Staatsratsvorsitzende *Ceausescu* zu einem offiziellen Besuch in Prag ein und schließt mit der Regierung *Cernik* einen Freundschafts- und Beistandsvertrag ab. Um so schärfer wird er eine Woche darauf die Invasion verurteilen und sie als „flagrante Verletzung" der „Prinzipien, die den Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten zugrunde liegen", bezeichnen, außerdem unverzüglich mit der Aufstellung einer nationalen Volksarmee beginnen.

CEAUSESCU IN PRAG

In Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, beginnt der *Eucharistische Weltkongreß* der katholischen Christen aller Erdteile, an dem auch Papst *Paul VI.* persönlich teilnimmt. Er wird dort am 23. Juli zwei Ansprachen halten, in denen er eine Wandlung der sozialen Verhältnisse zwar befürwortet, aber das Mittel der Revolution, eine solche Wandlung herbeizuführen, ablehnt. Sie sei nur durch Gerechtigkeit und Liebe, die christliche Nächstenliebe, zu erreichen. Aber der niedere katholische Klerus, der sozusagen „an der sozialen Front" steht, kennt die vielfache Enttäuschung der Massen und neigt daher dazu, sich selbst an die Spitze revolutionärer, unter Umständen sogar marxistischer Bewegungen zu setzen.[10]

BOGOTA

EUCHARISTISCHER WELTKONGRESS

PAUL VI.

Äthiopien und der Sudan legen in einem Abkommen den Konflikt bei, der durch beiderseitige Partisanenunterstützung im jeweils anderen Lande entstanden ist. Im Sudan wurde ein Ausbildungslager der Eritrean Liberation-Front unterhalten, die für die Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien kämpft. Äthiopien

ÄTHIOPIEN—SUDAN

FRIEDENSABKOMMEN

seinerseits unterstützte die Rebellion im nicht-mohammedanischen Südsudan. Es wird nunmehr seine Streitkräfte mit amerikanischer Hilfe modernisieren. Die USA unterhalten in Eritrea den Stützpunkt Asmara.

20. August 1968

CSSR

EINMARSCH DER SOWJETS

DUBCEK VERHAFTET UND VERSCHLEPPT

Aus vorangegangenen Manövern an der tschechoslowakischen Grenze entwickelt sich der Einmarsch von Streitkräften des Warschauer Paktes (ausgenommen Rumänien). In der Nacht zum 21. August werden auf dem Prager Flughafen mit Transportmaschinen sowjetrussische Panzer eingeflogen, die die Stadt besetzen. Dubcek, Cernik, Smrkovsky und andere Reformpolitiker werden verhaftet und in die UdSSR verschleppt. Die Prager Stadtbevölkerung versucht passiven Widerstand zu leisten. Es gibt Tote. Staatspräsident Svoboda mahnt zur „Ruhe und Besonnenheit".

22. August 1968

CSSR

AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG

KEINE HILFE AUS DEM WESTEN

In einem geheimgehaltenen Gebäude in Prag tagt ein außerordentlicher Parteitag der tschechoslowakischen kommunistischen Partei, legt ein klares Bekenntnis zum verhafteten und verschleppten Parteichef Dubcek an, fordert den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen und die Wiederherstellung der vier Monate zuvor (vgl. 24. April 1968) verkündeten allgemeinen Rechte und Freiheiten. Dies ist genau der Zeitpunkt, zu dem die von der UdSSR geargwöhnte Hilfsaktion aus dem Westen die größtmögliche Aussicht auf Erfolg hätte. Sie findet nicht statt und war auch nicht geplant, ebensowenig wie im Oktober 1956 in Ungarn. Es zeigt sich wiederum, daß die tatsächlichen Machthaber im Westen nach wie vor nicht gewillt sind, etwas Entscheidendes gegen die Expansion des Kommunismus zu unternehmen. Im Januar und Februar 1976 wird sich dieselbe Tatsache noch einmal am Beispiel Angola nachweisen lassen. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch das politische Geschehen von 1904 (vgl.: noch 1904 und 22. Januar 1905) bis zur Gegenwart. „Freiheit" und „Selbstbestimmungsrecht" der Völker sind demgegenüber nur eine leere Redensart. Auch die Zeit des sogenannten „Kalten Krieges" war nur eine Täuschung.

23. August 1968

SVOBODA ERZWINGT IN MOSKAU

Der Staatspräsident der Tschechoslowakei, General *Svoboda*, reist nach Moskau und erzwingt durch die Drohung, sich das Leben zu nehmen, daß auch die verhafteten und verschleppten

Dubcek, Cernik und Smrkovsky herbeigebracht und an den Verhandlungen mit Breschnew und Kossygin beteiligt werden. Svoboda verpflegt sie vorsichtshalber aus mitgebrachten Lebensmitteln. Als „Held der Sowjetunion" weiß er offenbar, was in solchen Fällen möglich ist. In viertägigen zähen Verhandlungen erreicht er die Zusage eines schrittweisen Abzugs der Besatzungstruppen und wird am 27. August mit den drei Genannten nach Prag zurückkehren.

FREILASSUNG DUBCEKS UND ZUSAGE SCHRITTWEISEN ABZUGS

28. August 1968

Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik (Kiesinger) reagiert auf die Intervention der Warschauer Paktstaaten in der Tschechoslowakei mit der wahrhaft heroischen Erklärung, sie werde weiterhin alle offenen oder strittigen Fragen unter Verzicht auf Gewalt ausschließlich mit friedlichen Mitteln „lösen", d. h. also ungelöst lassen. Offiziere und Mannschaften der Bundeswehr müssen sich unter diesen Umständen fragen, wozu sie eigentlich den Verteidigungsfall üben. Nur aus den USA ist zu hören, eine Intervention des Ostblocks in Westdeutschland werde automatisch den militärischen Gegenschlag des Westens auslösen. Aber der Schlag gegen die Tschechoslowakei hat gar nichts ausgelöst.

WESTDEUTSCHE GEWALTVERZICHTSERKLÄRUNG

Der Staatspräsident des Tschad, François *Tombalbaye*, ersucht Frankreich offiziell um Entsendung von Truppen zum Schutz gegen den Guerillakrieg der im Sudan sitzenden islamischen Exilregierung, die eine Front de Libération du Tschad gebildet hat. Dem Ersuchen wird noch am selben Tage entsprochen. Bis zum Jahre 1970 wird Frankreich etwa 2500 Soldaten, vor allem Fallschirmjäger und Fremdenlegionäre, im Tschad einsetzen. Erst Ende 1970 wird es, zumindest vorübergehend, zu einer Aussöhnung zwischen Tombalbaye und dem Stamm der Tibbu kommen.

TSCHAD

TOMBALBAYE FORDERT FRANZÖSISCHE HILFE AN

5. September 1968

Die „Kulturrevolution" in China (vgl. 1. und 18. August 1966, 2. Januar 1967 !) kann mit diesem Tage als abgeschlossen gelten. In 29 Provinzen sind „Revolutionskomitees" gebildet worden, die weitgehend die Aufgaben der vorherigen Verwaltungsbehörden übernehmen. Insgesamt sind etwa 15 Prozent der Funktionärsstellen neu besetzt. Die Armee hat sich als stabiler Ordnungsfaktor erwiesen. Das letzte Opfer der „Kulturrevolution" wird im Oktober 1968 der Staatspräsident *Liu Schao-tschi* werden. Das Zentralkomitee der Partei wird ihn absetzen.

CHINA

ABSCHLUSS DER „KULTURREVOLUTION"

ADDIS ABEBA

VERHANDLUNGEN NIGERIA—BIAFRA SCHEITERN

In Addis-Abeba scheitern Verhandlungen zwischen der nigerianischen Zentralregierung und Biafra, die einen Monat zuvor auf Betreiben Kaiser Haile Selassis zustande kamen. *Gowon* verlangt als Voraussetzung zu einem Waffenstillstand den Widerruf der Unabhängigkeit Biafras. *Ojukwu* verweigert diesen Widerruf vor einem Waffenstillstand, weil damit die Ausrottung der Ibo zu einer „Inner-nigerianischen Angelegenheit" würde, in die sich kein auswärtiger Staat mehr einmischen könnte. Inzwischen haben nur Elfenbeinküste, Gabun, Sambia und Tansania Biafra völkerrechtlich anerkannt. Die Kämpfe um den bereits von der Atlantikküste abgeschnittenen Rest Biafras werden sich noch das ganze Jahr 1969 über hinziehen. Der internationale illegale Waffenhandel macht dabei das große Geschäft.

13. September 1968

ALBANIEN VERLÄSST DEN WARSCHAUER PAKT

Die Regierung Albaniens unter Enver *Hodscha* (vgl. Polit. Lexik., Teil II) erklärt offiziell den Austritt Albaniens aus dem Warschauer Pakt. Sie hat bereits am 21. August gegen die Invasion in der Tschechoslowakei protestiert. Am 29. September wird der albanische Verteidigungsminister nach Peking reisen, und im Dezember 1968 wird der chinesische Generalstabschef Huang Yung-schen in Tirana eintreffen, offensichtlich um einem ähnlichen Schicksal Albaniens, wie es Prag erlitten hat, vorzubeugen. Die Pressekampagne gegen Jugoslawien wird eingestellt werden.

ALGIER

FÜNFTE GIPFELKONFERENZ DER OUA

In Algier beginnt die 5. Gipfelkonferenz der OUA. Wiederum, wie schon auf der 4. Konferenz (vgl. 11. September 1967), weist der Generalsekretär der UNO, *U Thant,* die versammelten afrikanischen Staatsoberhäupter auf ihre Pflicht hin, in Nigeria Frieden zu stiften. In der Konferenz ist nur Lagos vertreten, Biafra nicht. Es werden aber in dieser Frage nur Resolutionen gefaßt, die angesichts der tatsächlichen Vorgänge in Nigeria geradezu peinlich wirken müssen. Auch in bezug auf den israelisch-arabischen Konflikt bleibt es bei wirkungslosen Appellen, zumal Israel in Malawi, Lesotho, Elfenbeinküste, Liberia, Uganda und Ghana erfolgreiche Entwicklungshilfe, z. T. auch auf militärischem Gebiet, leistet und entsprechend gute Beziehungen zu diesen Staaten unterhält.[11]

15. September 1968

SCHWEDEN

Bei den Wahlen zum schwedischen Reichstag erhalten die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit mit Hilfe zahlreicher zu-

vor kommunistischer Wähler, die durch die Ostblockinvasion in der Tschechoslowakei verschreckt sind. Schon im Sommer des Vorjahres hatte sich außerdem die „Kommunistische Union der Marxisten-Leninisten" von der schwedischen Kommunistischen Partei gelöst. Ein engerer Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien scheitert an der Ablehnung von seiten der Zentrumspartei, die bei der Wahl Stimmen gewonnen hat.

WAHLSIEG DER SOZIAL-DEMOKRATEN

16. September 1968

Die französische Regierung erklärt, daß sie eine Erweiterung der EWG sowie die Übertragung von Souveränitätsrechten der einzelnen Mitgliedstaaten an übernationale Körperschaften ablehnt. Damit behindert sie entscheidend die Entwicklung eines politischen europäischen Zusammenschlusses über die wirtschaftliche Zusammenarbeit hinaus. Demgegenüber wird der belgische Außenminister Pierre Harmel eine elastische Zusammenarbeit Westeuropas auch in der Außen- und Verteidigungspolitik vorschlagen, elastisch insofern, als die einzelnen Mitgliedstaaten der EWG von Fall zu Fall darüber entscheiden können, ob und wieweit sie an dieser politischen Zusammenarbeit teilnehmen.

FRANKREICH GEGEN EUROPAUNION

BELGIEN FÜR „ELASTISCHE" ZUSAMMEN-ARBEIT

18. September 1968

Der österreichische Bundeskanzler *Klaus* erklärt namens seiner Regierung aus Anlaß der gewaltsamen Intervention der UdSSR und ihrer Satellitenstaaten in der Tschechoslowakei, sie werde die Integrität und Freiheit des Landes Österreich nach Kräften schützen. Gleichzeitig wird die Verteidigungsbereitschaft an der tschechischen Grenze erhöht, über die in der darauffolgenden Zeit ein Strom von tschechischen und slowakischen Flüchtlingen nach Österreich kommen wird. Vgl. auch 16. November 1968.

ÖSTERREICH

KLAUS WILL UNABHÄNGIG-KEIT SCHÜTZEN

26. September 1968

In Portugal löst Marcelo *Caetano* den schwer erkrankten 79jährigen Staats- und Regierungschef Antonio de Oliveira *Salazar* nach 36jähriger Regierungszeit ab. Der Amtsübergang führt zu keinen Veränderungen im Mutterland oder in den afrikanischen Besitzungen. Allerdings wird Caetano innenpolitisch die Zügel ein wenig lockern, er wird sogar die Oppositionsgruppen, CEUD unter Mario *Soares* und CDE unter Pereira de *Moura*, zu den Wahlen zur Nationalversammlung im folgenden Jahre zulassen. Doch finden diese wenig Anhang in den breiten Bevölkerungsschichten.[12]

PORTUGAL

CAETANO LÖST SALAZAR AB

NEUE WESTDEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI „DKP"

In der westdeutschen Bundesrepublik wird wieder eine kommunistische Partei gegründet, die DKP, obgleich die alte Partei, die KPD, als verfassungsfeindlich verboten ist. Die Gründer der neuen DKP haben sich zuvor vom westdeutschen Justizminister, Gustav Heinemann, beraten lassen, wie sie es anstellen müßten, um nicht ebenfalls verboten zu werden. Natürlich wechselt der größte Teil der bisherigen KPD-Mitglieder in die neue, zugelassene Partei über. Heinemann, der spätere Bundespräsident, ist so sehr vom Geist der parlamentarischen Demokratie durchdrungen, daß er offenbar eine kommunistische Partei im parlamentarischen Rahmen für ungefährlich hält.

MIT HILFE HEINEMANNS

TUNESIEN VERLÄSST ARABISCHE LIGA

Tunesien tritt aus der arabischen Liga aus, nachdem Staatspräsident *Bourgiba* die arabische Kriegführung gegen Israel verurteilt hat und ihm von Syrien deshalb der Vorwurf des „Verrats" gemacht wurde. Ein viertel Jahr später, am 14. Januar 1969, wird Bourgiba die arabischen Staaten vor einer zu engen Bindung an die Sowjetunion, lediglich um mit deren Hilfe an Israel Rache zu nehmen, warnen, und kurz darauf Tunesien an die EWG assoziieren. Die Hälfte des tunesischen Exports wird ab September 1969 in die EWG-Länder geleitet.

BOURGIBA GEGEN ISRAEL-KRIEG

28. September 1968

GENF

KONFERENZ DER ATOMWAFFENFREIEN STAATEN

In Genf wird eine Konferenz der atomwaffenlosen Staaten, die unter Beteiligung von 92 Ländern am 29. August begann (unmittelbar nach der Invasion der Warschauer Paktstaaten in der Tschechoslowakei), mit einer gemeinsamen Erklärung abgeschlossen. Darin werden eine Reihe von Forderungen für die Sicherheit der atomwaffenlosen Staaten erhoben, von deren Erfüllung sie ihren Beitritt zum Atomwaffen-Sperrvertrag von 1. Juli 1968 (vgl. dort) abhängig machen, insbesondere auch der Zugang zu spaltbarem Material und zu Informationen der Atomenergie-Technologie im Rahmen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA).

2. Oktober 1968

MEXIKO

UNTERDRÜCKUNG DER STUDENTENUNRUHEN

In Mexiko finden die bereits vor den olympischen Sommerspielen Ende Juli begonnenen Studentenunruhen gegen die seit vierzig Jahren bestehende Herrschaft der Regierungspartei ein blutiges Ende. Nachdem sich Innenminister *Echeverrîa Alvárez* — er wird zwei Jahre später Präsident von Mexiko sein — zu Gesprächen mit den Studenten bereit erklärt hat, richten Einheiten der Armee und der Bereitschaftspolizei (granaderos) unter

den Versammelten ein Massaker an. Danach ist der Ruf nach „mehr Demokratie“ in Mexiko vorerst zum Schweigen gebracht.

10. Oktober 1968

RHODESIEN

TREFFEN WILSON—SMITH ERGEBNISLOS

Der britische Premierminister *Wilson* und der rhodesische Ministerpräsident Ian *Smith* treffen erneut auf einem britischen Kriegsschiff, der „Fearless“, zusammen. Es kann aber keine Einigung erzielt werden, weil die Erfüllung der britischen Forderungen für die weiße Bevölkerung Rhodesiens Selbstmord bedeuten würde. Die britische Labourpartei-Regierung hat in ihrer ideologischen Umnebelung aus der Entwicklung in Kenia, Tansania und dem Kongo nichts gelernt. Sie will weiter blindwütig das Werk von Cecil *Rhodes* zerstören. Die rhodesische Regierung wird am 22. Oktober die britischen Forderungen ablehnen.

12. Oktober 1968

SPANISCH-GUINEA UNABHÄNGIG

Spanisch Guinea, zwischen Kamerun und Gabun knapp nördlich des Äquator gelegen, erhält gemeinsam mit der Insel Fernando Póo die uneingeschränkte Unabhängigkeit, wird also unter dem Namen Äquatorial-Guinea ein souveräner Staat, nachdem eine Beobachtergruppe der UNO am 22. September die Parlamentswahlen überwacht hat. Staats- und zugleich Ministerpräsident wird Francisco *Macîas Nguema* vom Stamme der Fang. Er wird sich in dem ein halbes Jahr später einsetzenden politischen Chaos durchsetzen. Die noch ansässigen Spanier werden ausgewiesen oder müssen fliehen.

MACIAS NGUEMA

16. Oktober 1968

CSSR—UDSSR

TRUPPENSTATIONIERUNGSVERTRAG GEGEN „WESTDEUTSCHE MILITARISTEN“

In Prag diktieren die Sowjets der tschechoslowakischen Regierung einen Truppenstationierungsvertrag. Danach sollen die Warschauer-Pakt-Streitkräfte binnen zwei Monaten zurückgezogen werden, dagegen ein sowjetrussisches Truppenkontingent in nicht genannter Stärke „zeitweilig“ im Lande bleiben. Standorte werden nicht genannt. Als Begründung wird die Sicherung des Ostblocks gegen die „revanchistischen Bestrebungen der westdeutschen Militaristen“ angegeben, natürlich eine freie Erfindung, denn bei den „westdeutschen Militaristen“, sprich: Bundeswehrführung, rührt sich nichts, was auch nur entfernt nach „revanchistischen Bestrebungen“ aussehen könnte. Dafür sorgt allein schon das Konzept der „inneren Führung“ des Grafen Baudissin sowie das ganze reeducation-Programm. — Zwei Tage später bereits wird im tschechoslowakischen Parlament (Nationalrat) über die Ratifizierung dieses Truppenstationierungs-

vertrages abgestimmt. Von 300 Abgeordneten enthalten sich 10 der Stimme, vier wagen offen dagegen zu stimmen, 58 bleiben der Abstimmung fern.

5. November 1968

USA

KNAPPE MEHRHEIT FÜR NIXON

Bei den Präsidentenwahlen in den USA erhält der Kandidat der Republikaner, Richard M. *Nixon*, eine sehr knappe Mehrheit der Stimmen vor dem Demokraten *Humphrey*. Er wird das Amt im März 1969 antreten, ist aber nicht mehr der Nixon der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse der fünfziger Jahre gegen „unamerikanische", sprich: kommunistische Umtriebe, sondern inzwischen in Abhängigkeit von Nelson *Rockefeller* geraten und damit ein Werkzeug des CFR (Council on Foreign Relations, vgl. Polit. Lexik., Teil I) geworden.[13]

11. November 1968

WARSCHAU

FÜNFTER PARTEITAG DER POLNISCHEN ARBEITERPARTEI

„REVISIONISTEN"

In Warschau beginnt in Gegenwart des russischen Ersten Parteisekretärs Leonid Breschnew der V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Er wird die Auseinandersetzung mit den „Revisionisten" (vgl. 8. Juli 1968) fortsetzen, die aber zu stark sind, um einfach mattgesetzt zu werden. Schließlich wird man sich auf einen Kompromiß einigen. Doch wird damit die Kritik an der Parteiführung nicht verstummen. Folge der Auseinandersetzungen wird u. a. die Ersetzung des Außenministers Adam *Rapacki* (Rapacki-Plan) durch Szczepan *Jedrychowski* sein (20. Dezember 1968).

12. November 1968

BRESCHNEW-DOKTRIN

Der erste Sekretär der russischen Kommunistischen Partei, Leonid *Breschnew*, gibt anläßlich seines Besuches in Polen die Erklärung ab, daß sozialistischen Staaten im Falle einer Gefahr für den internationalen Sozialismus nur eine begrenzte Souveränität zugestanden werden könne. Dieselbe These *(Breschnew-Doktrin)* wurde sechs Tage zuvor von dem russischen Politbüromitglied Masurow und bereits am 26. September 1968 in einem Artikel der Moskauer Prawda vertreten. Mit ihr soll nicht nur nachträglich die Intervention in der Tschechoslowakei gerechtfertigt, sondern auch ein Gegengewicht gegen den Polyzentrismus (vgl. Polit. Lexikon, Teil I) überhaupt geschaffen werden. Zumindest die Mitglieder des Warschauer Paktes sollen wieder zuverlässige Instrumente der sowjetrussischen Großmachtpolitik werden und sich dieser einfügen.

15. November 1968

BRÜSSEL

NATO-TAGUNG

ABLEHNUNG DER „FEINDSTAATEN-KLAUSEL“

In Brüssel beginnt eine zweitägige Tagung der NATO. Man einigt sich auf eine Verurteilung der Ostblockstaaten-Invasion in der Tschechoslowakei und auf eine Verbesserung der konventionellen Bewaffnung der Streitkräfte. Auch wird der Anspruch der Sowjetunion auf Interventionsrecht in der westdeutschen Bundesrepublik aufgrund der „Feindstaatenklausel“ in den Artikeln 53 und 107 der UN-Charta zurückgewiesen (damit aber keineswegs außer Kraft gesetzt. Die UdSSR wird diesen Anspruch auch weiterhin aufrechterhalten). Die Verurteilung des Einfalls in die Tschechoslowakei bleibt natürlich ohne jede praktische Folge. Die Sowjetunion hat wieder einmal vollendete Tatsachen geschaffen.

16. November 1968

ÖSTERREICH

WALDHEIM VERLANGT VON DER NATO GARANTIE DER UNABHÄNGIGKEIT

Der österreichische Außenminister Kurt *Waldheim*, der spätere Generalsekretär der UNO, erklärt anläßlich der NATO-Tagung in Brüssel, der österreichische Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 verpflichte die Unterzeichnermächte dieses Vertrages, die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit Österreichs zu beachten. Er vertraue darauf, daß diese Verpflichtung auch künftig eingehalten werde. Die Erklärung bezieht sich auf die äußerst gespannte Lage, die durch die militärische Besetzung der benachbarten Tschechoslowakei durch die Warschauer-Pakt-Streitkräfte entstanden ist.

19. November 1968

MALI

STAATSSTREICH DER ARMEE

MOUSSA TRAORÉ

In dem westafrikanischen Staate Mali unternimmt die Armee einen Staatsstreich. Der Staatspräsident Modibo *Keita* wird verhaftet und ein „Militärkomitee für nationale Befreiung“ unter Vorsitz des Leutnants Moussa *Traoré* gebildet, das die Regierung des Landes übernimmt und die Verfassung außer Kraft setzt, eine neue in Aussicht stellt. Zu der Auflösung der unrentablen Staatsbetriebe, auf die französische Finanzberater drängen (Frankreich kontrolliert die Notenbank Malis), kann sich die neue Regierung nur zögernd entschließen, da sie die Opposition der Gewerkschaften fürchten muß.

10. Dezember 1968

EWG

Der Niederländer Sicco Mansholt, Vizepräsident der Gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften, trägt dem Ministerrat der EWG in Brüssel ein Reformprogramm für die

Landwirtschaft der sechs EWG-Länder vor. Danach sollen binnen zehn Jahren (von 1970—1980) von rund zehn Millionen in der Landwirtschaft Beschäftigten die Hälfte in anderen Berufen untergebracht, die verbleibenden Betriebe umgestellt und zusammengelegt, die bisher an die Landwirtschaft geleisteten Subventionen eingeschränkt werden. Mit diesem *Mansholtplan* soll gleichzeitig der Überproduktion landwirtschaftlicher Güter und der wirtschaftlichen Benachteiligung der Landwirte abgeholfen werden, unter Vernachlässigung der Bedeutung der bäuerlichen Bevölkerung für das Gesamtvolk. Näheres vgl. Polit. Lexikon, Teil I, „Mansholtplan".[14]

MANSHOLT-PLAN

13. Dezember 1968

BRASILIEN

MILITÄR-DIKTATUR

RADIKALE VERBRECHENS-BEKÄMPFUNG

Offiziere der brasilianischen Armee errichten unter der Präsidentschaft Marschall Arturo da *Costa e Silvas* eine uneingeschränkte Militärdiktatur. Sie haben dabei das abschreckende Beispiel der chaotischen Zustände in Argentinien und Uruguay vor Augen. Das Parlament wird geschlossen, die Presse zensiert, Verhaftungen auch ohne gerichtlichen Beschluß durchgeführt. Die Maßnahmen lassen sich nicht nach europäischen Maßstäben beurteilen. Zur radikalen Verbrechensbekämpfung bilden sich innerhalb der brasilianischen Polizei besondere Hinrichtungskommandos. Trotz alledem kann nicht verhindert werden, daß Bodenspekulanten im Norden des Landes an die 40 000 brasilianische Indianer ausrotten, um sich des diesen gehörenden Bodens zu bemächtigen.

24./25. Dezember 1968

USA

BEMANNTE UMRUNDUNG DES MONDES

In den Weihnachtstagen umkreisen die amerikanischen Weltraumfahrer F. Borman, J. A. Lovell und W. A. Anders in der Raumkapsel Apollo 8 den Mond auf einer Bahn 111 Kilometer über der Mondoberfläche und nehmen geeignete Gebiete für spätere Landungen in Augenschein. Der eigentliche Erfolg des Unternehmens besteht in dem geglückten Wiedereintritt in die Erdatmosphäre in genau dem Winkel, der sowohl ein Verglühen als auch ein Abprallen der Kapsel vermeidet. Alle drei Raumfahrer überstehen das Unternehmen ohne gesundheitliche Schäden.

1969

1. Januar 1969

In der Tschechoslowakei tritt die am 28. Oktober 1968 beschlossene Föderationsverfassung in Kraft, d. h. die Tschechische Sozialistische und die Slowakische Sozialistische Republik bilden hinfort einen Bundesstaat mit gemeinsamem Staatsoberhaupt (Bundespräsident) und Zweikammerparlament. Die Volkskammer wird in Direktwahl in der gesamten Tschechoslowakei gewählt, die Kammer der Nationen hat je 75 in den beiden Teilstaaten gewählte Abgeordnete. Die Sprachen sollen hinfort gleichberechtigt sein.

CSSR BUNDESVERFASSUNG

16. Januar 1969

In Ifrane/Marokko unterzeichnen König *Hassan* und der algerische Staatspräsident *Boumedienne* (beide vgl. Polit. Lexik., Teil II) einen „Vertrag über Solidarität und Zusammenarbeit" und verpflichten sich, sich an keinen der beiden Weltmachtblöcke zu binden. Allerdings wird Marokko zehn Wochen später, am 31. März 1969, ein Assoziierungsabkommen mit der EWG schließen, das am 1. September mit zunächst fünfjähriger Laufzeit in Kraft treten wird. Danach erhält es Zollfreiheit für alle gewerblichen Ausfuhren in EWG-Länder und erhebliche Zollerleichterungen für landwirtschaftliche Produkte.

MAROKKO—ALGERIEN

VERTRAG ÜBER SOLIDARITÄT

28. Januar 1969

Die italienische Regierung Moro unterzeichnet den Atomwaffensperrvertrag (vgl. Polit. Lexikon, Teil I und Teil III) und übermittelt den Regierungen der Atomwaffenmächte Großbritannien, USA und UdSSR gleichzeitig eine „zusätzliche Erklärung". Darin fordert sie, daß den nicht Atomwaffen besitzenden Staaten das Material und die Forschungsergebnisse zugänglich gemacht werden, die zur friedlichen Nutzung der Atomenergie notwendig sind. Es solle umgehend zwischen der internationalen Atomenergiebehörde IAEA und EURATOM dafür ein geeignetes Kontrollverfahren vereinbart werden.

ITALIEN

ATOMWAFFENSPERRVERTRAG

11. Februar 1969

In Jugoslawien wird ein Gesetz erlassen, mit dem die gesamte Bevölkerung (nicht nur die Streitkräfte) im Falle eines Angriffes zu anhaltendem bewaffneten Widerstand, also zum Partisanenkampf *verpflichtet* wird. Einen Monat später, am 11. März, wird

JUGOSLAWIEN

GESETZ ÜBER WIDERSTAND GEGEN ANGRIFFE

Marschall Tito auf dem IX. Parteikongreß des Bundes der Kommunisten die „Demokratisierung der Gesellschaft“ proklamieren, im Gegensatz zum sowjetischen autoritären System. Die Folge wird eine langanhaltende Agitationswelle der Warschauer Pakt-Staaten gegen Jugoslawien sein.

noch Februar 1969

MOZAMBIQUE

ERMORDUNG MONDLANES (FRELIMO)

NACHFOLGER MACHEL

In Mozambique wird im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Unabhängigkeitsbewegungen der Eingeborenen Eduardo C. *Mondlane,* Führer der auch in sich zerstrittenen FRELIMO, umgebracht. Sein Nachfolger wird Samora Moises *Machel.* Der Häuptling des Makonde-Stammes, Lazaro *Kavandame,* wird sich am 16. März 1969 mit den portugiesischen Behörden einigen. Der portugiesische Ministerpräsident *Caetano* wird am 20. April bei einem Besuch in Laurenço Marques dem Territorium die Verwaltungs- und Finanzautonomie zusagen.

1. März 1969

STOCKHOLM

VERHANDLUNGEN ÜBER NORDEX

In Stockholm werden die Verhandlungen über die Bildung einer nordischen Wirtschaftsunion (NORDEX, vgl. 17. Februar 1968) aufgenommen. Island nimmt nicht daran teil. Der Plan soll auch dann weiterverfolgt werden, wenn Dänemark und Norwegen Vollmitglieder der EWG werden, während Schweden und Finnland sich aus Neutralitätsgründen lediglich handelspolitisch der EWG assoziieren. Die Verhandlungen werden im November 1969 fortgesetzt werden, im Dezember wird Finnland um Aufschub bitten mit Rücksicht auf die EWG-Konferenz in Den Haag. Vgl. weiter 7. Februar 1970.

2. März 1969

USSURI GRENZGEFECHTE

An der Ostgrenze der chinesischen Mandschurei zur sowjetischen Küstenprovinz kommt es auf den Ussuri-Inseln Damanskij zu Gefechten zwischen russischen und chinesischen Grenztruppen. Die beiden Mächte beschuldigen sich gegenseitig. Am 29. März wird die UdSSR chinesische Gebietsansprüche zurückweisen und neue Grenzverhandlungen verlangen. Hinter den ideologischen Gegensätzen zwischen dem sowjetischen und dem chinesischen Kommunismus wird der alte realpolitische Machtkampf zwischen Rußland und China wieder deutlich erkennbar. Die Außenpolitik gewinnt wieder Übergewicht über die Innenpolitik.

4. März 1969

Großbritannien, die Niederlande und die westdeutsche Bundesrepublik schließen einen Vertrag über die gemeinsame Herstellung von angereichertem Uran für den Betrieb von Atomreaktoren mit Hilfe von Gaszentrifugen-Ketten. Zu dieser Zeit arbeiten solche Anlagen in Almelo in den Niederlanden und in Capenhurst in Großbritannien. In Westdeutschland befindet sich die Gastrennung durch Zentrifugenketten noch im Entwicklungsstadium.

GROSS-BRITANNIEN—NIEDERLANDE—BRD:

GEMEINSAME URAN-TRENNUNG

5. März 1969

Als Nachfolger für den scheidenden Bundespräsidenten Heinrich Lübke wird in der westdeutschen Bundesrepublik der bisherige Justizminister Gustav *Heinemann* zum Präsidenten gewählt. Er hat sich für diese Rolle dadurch qualifiziert, daß er nacheinander drei verschiedenen Parteien angehört (zuletzt SPD), im Strafvollzug seine Fürsorge und Anteilnahme den Straftätern, nicht ihren Opfern zugewandt und die Kommunisten beraten hat, wie sie ungehindert eine neue Partei anstelle der alten verbotenen gründen könnten (vgl. 26. September 1968).

BRD

HEINEMANN BUNDES-PRÄSIDENT

14. März 1969

In Israel tritt Frau Golda *Meir* die Nachfolge des Ende Februar verstorbenen Ministerpräsidenten *Eschkol* an. (Sie war von 1956 bis 1966 israelischer Außenminister.) Zwei Wochen später können bei den Parlamentswahlen die beiden Regierungsparteien Mapei und Mapam zusammen nicht die absolute Mehrheit erreichen. Doch splittern sich die übrigen Sitze zwischen zehn weiteren Parteien auf. Außenpolitisch ergeben sich starke Differenzen zu den USA und anderen Westmächten über die Lösung der durch den Junikrieg 1967 entstandene Lage, insbesondere die Räumung der von Israel besetzten Gebiete (vgl. 22. November 1967).

ISRAEL

GOLDA MEIR MINISTER-PRÄSIDENTIN

17. März 1969

In Budapest tagt der Politische Beratende Ausschuß der Warschauer-Pakt-Staaten und beschäftigt sich vorwiegend mit militärischen Fragen. Das Ergebnis sind mehrere Geheimdokumente über die Umgestaltung der militärischen Organisation. So wird ein Ausschuß der Verteidigungsminister geschaffen und werden Grundsätze über die Vereinten Streitkräfte und das Vereinte Kommando im Warschauer-Pakt-System aufgestellt. Der Welt-

BUDAPEST

WARSCHAUER-PAKT-TAGUNG

Öffentlichkeit gegenüber wird der Vorschlag einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz wiederholt, auf die die UdSSR seit langem hinzielt, um ihre Territorialgewinne in Europa aus dem Zweiten Weltkrieg und den Jahren danach zu sichern.

25. März 1969

PAKISTAN

RÜCKTRITT AYUB KHANS

NACHFOLGER YAHYA KHAN

Der Staatspräsident von Pakistan, *Ayub Khan*, erklärt seinen Rücktritt, nachdem sowohl in Ost-Pakistan (Bengalen) als auch im westlichen Teil die jüngere Generation jahrelang gegen sein Regime revoltiert und sich zunehmend auch organisiert hat. In Ostpakistan ist es bereits am 7. Juni 1967 zu einem Generalstreik gekommen, und im November 1968 mußte über das gesamte Pakistan der Ausnahmezustand verhängt werden. Ayub Khan übergibt nunmehr die Staatsgewalt an den Oberbefehlshaber der Armee, den General Aga Mohammed *Yahya Khan*, der am 31. März Staatspräsident wird.

28. März 1969

PRAG

STURM AUF „AEROFLOT"-BÜRO

FREISPRUCH DER NOVOTNY-FUNKTIONÄRE

Anläßlich eines Eishockeyspiels, bei dem die tschechoslowakische Mannschaft über die sowjetische siegt, bricht sich der aufgestaute Haß der tschechoslowakischen Bevölkerung gegen die russischen Invasoren Bahn. Besonders erbitternd hat gewirkt, daß Smrkovsky nicht Präsident der neuen Volkskammer werden durfte (vgl. 1. Januar 1969), sowie die Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach auf dem Prager Wenzelsplatz am 16. Januar. Am 29. März wird das Prager Büro der russischen Fluglinie Aeroflot gestürmt. Damit ist das Schicksal Dubceks, trotz Distanzierung des Zentralkomitees seiner Partei von den Ausschreitungen, endgültig besiegelt. Die Besatzungsstreitkräfte führen innerhalb der Tschechoslowakei Manöver durch, die UdSSR droht, ein Besatzungsregime zu errichten, und der sowjetrussische Verteidigungsminister, Marschall *Gretschkow*, setzt durch, daß Funktionäre der Novotny-Ära, gegen die Anklage erhoben wurde, von den nunmehr angeblich „unbegründeten Vorwürfen" freigesprochen werden. Dubcek sieht sich in der eigenen Partei einer wachsenden Zahl von Gegnern gegenüber (vgl. 17. April 1969).

1. April 1969

PEKING

IX. PARTEITAG DER KPCH

In Peking beginnt der IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Bei der Neuwahl des Parteipräsidiums wird *Mao Tse-tung* wieder zum Vorsitzenden, *Lin Piao* zum Stellvertreter und *Tschou En-lai* zum Generalsekretär der Partei gewählt wer-

den. Im Zentralkomitee wird die Armee eine Mehrheit bilden. Die oberste Instanz bildet der Ständige Ausschuß des Politbüros mit fünf Mitgliedern, unter ihnen maßgebend Mao und Tschou. Der durch die „Kulturrevolution“ (vgl. 2. Januar 1967, 5. September 1968) zerstörte Parteiapparat in den Provinzen wird wieder aufgebaut werden. Ebenso die außenpolitischen Positionen Chinas (Afrika !).

LIN PIAO STELLVERTRETER MAOS

Die Regierung Südafrikas verkündet ein Gesetz, die South West Africa Affairs Act, mit dem Südwestafrika, die ehemalige deutsche Kolonie, danach Mandatsgebiet des Völkerbundes, verwaltungsmäßig in die Südafrikanische Republik eingegliedert wird. Mit Rücksicht auf die zahlreichen dort lebenden Deutschen wird Deutsch zur zweiten Amtssprache neben dem niederländischen Afrikaans erklärt. Das Gesetz berücksichtigt nicht den Anspruch der UNO auf das ehemalige Völkerbundsmandat, ebensowenig die Verurteilung der südafrikanischen Haltung in dieser Frage durch die UNO-Vollversammlung am 12. Juni 1968.

SÜDAFRIKA

EINGLIEDERUNG SÜDWESTAFRIKAS

3. April 1969

In Helsinki beginnt der Parteikongreß der finnischen Kommunisten, bei dem es zum offenen Bruch zwischen der revisionistischen Mehrheit unter Führung des Parteivorsitzenden Aarne *Saarinen* und der stalinistischen Minderheit kommen wird. Er wird erst ein Jahr später, im Februar 1970, auf sowjetrussisches Drängen hin durch einen Kompromiß überbrückt werden, um die Entstehung von zwei kommunistischen Parteien zu vermeiden. Es ist bereits zur Tradition sowjetrussischer Außenpolitik geworden, Finnland behutsam zu behandeln.

HELSINKI

PARTEIKONGRESS DER FINNISCHEN KOMMUNISTEN

SPALTUNG DER PARTEI

10. April 1969

In Washington tagt die NATO aus Anlaß ihres zwanzigjährigen Bestehens. Die Tagungsteilnehmer erklären bei dieser passenden Gelegenheit friedliche Ost-West-Beziehungen zu ihrem eigentlichen politischen Ziel. Sie beabsichtigen, in enger gegenseitiger Fühlungnahme bei der UdSSR und den anderen Ostblockstaaten nach „konkreten“ Verhandlungsgrundlagen Nachfrage zu halten. Mit anderen Worten: Die NATO stellt nach zwanzigjähriger Unentschlossenheit die Notwendigkeit ihrer Existenz in Frage und gibt sich — die meisten der anwesenden Vertreter wissentlich — naiv-utopischen außenpolitischen Vorstellungen hin.

WASHINGTON

ZWANZIG JAHRE NATO

15. April 1969

LUSAKA

MANIFEST ÜEBR DAS SÜDLICHE AFRIKA

In Lusaka/Sambia wird auf einer Konferenz der ost- und zentralafrikanischen Staaten ein „Manifest über das südliche Afrika" unterzeichnet. Darin wird für alle Völker des südlichen Afrika das Recht gefordert, eigene Regierungssysteme zu bilden. Angeblich solle damit keine „Rassenpolitik mit umgekehrtem Vorzeichen" eingeleitet und Gewalt „nach Möglichkeit" vermieden werden. Dieses Manifest wird ein halbes Jahr später, am 20. November 1969, den Beifall der UNO-Vollversammlung finden. Doch werden sich 1970 die Unterzeichner selber wieder davon distanzieren, da sich Südafrika und Portugal nicht dazu

17. April 1969

CSSR

ABSETZUNG DUBCEKS

NACHFOLGER HUSAK

In der Vollversammlung des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei wird unter sowjet-russischem Druck *Dubcek* von seinen ins Zentralkomitee zurückgekehrten Gegnern gezwungen, das Amt des Ersten Sekretärs abzugeben. Sein Nachfolger wird Gustav *Husák*, bisher Chef der slowakischen KP, selbst unter Novotny verfolgt und erst 1968 rehabilitiert. Er überschaut offensichtlich die Machtverhältnisse und Möglichkeiten besser, als es Dubcek und seine Freunde taten, und beginnt sogleich mit einer konsequenten Beseitigung der von diesen eingeführten Reformen (vgl. 6. April 1968).

23. April 1969

ÄGYPTEN

ENDE DES WAFFENSTILLSTANDES MIT ISRAEL

Ägypten erklärt den Waffenstillstand mit Israel (vgl. 5. Juni 1967) für beendet und verkündet den Beginn eines langfristigen „Abnutzungskrieges". Er wird sich in der Folgezeit vor allem in Gestalt von gegenseitigen Kommandounternehmen am Suezkanal abspielen. Ägyptisches Kriegsziel ist der Abzug der israelischen Truppen aus den im Junikrieg 1967 besetzten Gebieten. Dafür will Ägypten dann die Integrität Israels in den vorherigen Grenzen anerkennen und sogar die Durchfahrt israelischer Schiffe durch den Suezkanal gestatten. Andererseits wird Nasser am 1. Mai 1969 die Rechte der palästinensischen Araber zur Sache seiner Regierung erklären.

28. April 1969

FRANKREICH

RÜCKTRITT DE GAULLES

In Frankreich tritt Staatspräsident Charles *de Gaulle* zurück, nachdem tags zuvor der von ihm geforderte Volksentscheid über die neue Regionalordnung Frankreichs (vgl. 30. Juni 1968)

52,4 % Neinstimmen ergeben hat. De Gaulle erblickt darin ein Mißtrauensvotum. Aus den zwei Wahlgängen für den Nachfolger wird am 15. Juni Georges *Pompidou* als Sieger hervorgehen und am 20. Juni das Amt des Staatspräsidenten antreten. Er ist aus dem Hause Rothschild hervorgegangen. Die neue Regierung aus Gaullisten, Unabhängigen Republikanern und Zentrumspartei wird Jacques *Chaban-Delmas* bilden.

NACHFOLGER POMPIDOU

5. Mai 1969

USA

Der Finanzminister der USA, *David M. Kennedy*, antwortet auf die Frage, ob er die jüngsten Krediteinschränkungsmaßnahmen gutheißen könne: „Es ist nicht meine Aufgabe, das zu billigen oder nicht. Das ist Angelegenheit der Federal Reserve." Damit bestätigt er die Feststellung des Vorsitzenden des Kongreß-Banking-Comitees, *Wright Patman:* „In den Vereinigten Staaten gibt es heute in Wirklichkeit zwei Regierungen . . . die ordnungsgemäß verfassungsmäßige Regierung . . . [und] eine unabhängige, unkontrollierte, nicht koordinierte Regierung im Federal Reserve System, welche [tatsächlich] die Finanzgewalt ausübt, die nach der Verfassung dem Kongreß vorbehalten ist." Bereits 1967 berichtete die New York Times, daß sich die Federal Reserve Banken allen Versuchen *Wright Patmans*, ihre Tätigkeit zu überprüfen, mit Erfolg widersetzt haben. Dabei stieg dann die nationale Verschuldung der USA auf 455 Milliarden Dollar, jährlich zu verzinsen mit weiteren 22 Milliarden.[1]

FEDERAL RESERVE-BANKEN ALS ZWEITE REGIERUNG

VER-SCHULDUNG

17. Mai 1969

CECLA

In Vina del Mar beschließt die Sonderorganisation für Lateinamerikanische Staaten CECLA (ohne USA) den sogen. *Lateinamerikanischen Konsens*. Darin wird festgestellt, daß die bisherigen interamerikanischen Vereinbarungen zu keinem befriedigenden Ergebnis für die Lateinamerikaner geführt haben. Insbesondere müßten künftig politische und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sein. Der chilenische Außenminister *Valdés* wird diesen Konsens am 11. Juni dem USA-Präsidenten Nixon übermitteln und dazu erklären, daß bisher die lateinamerikanischen Staaten mehr gegeben als empfangen hätten. Gleichzeitig wird eine Reise Nelson *Rockefellers* (vgl. Gary Allen, Die Insider, Wiesbaden 1974) durch zwanzig lateinamerikanische Staaten eine Welle von anti-nordamerikanischen Demonstrationen auslösen, so daß Rockefeller selbst in seinem Be-

„LATEIN-AMERIKANISCHER KONSENS"

WIDERSTAND GEGEN ROCKEFELLER

richt gegen Ende des Jahres eine grundsätzliche Änderung der Lateinamerika-Politik der USA empfehlen wird (sogar erhöhte Militärhilfe für antikommunistische Regierungen um der „Stabilität" des Waffengeschäftes willen).

25. Mai 1969

SUDAN

STAATSSTREICH AN-NUMAIRIS

Im Sudan unternehmen die Streitkräfte einen Staatsstreich. Ein Revolutionsrat unter Oberst Dschafar Mohammed *an-Numairi* übernimmt die Regierungsgewalt, und verbietet alle politischen Parteien. Während im Süden des Landes die Kämpfe gegen die nicht-mohammedanischen „Rebellen" anhalten, die sich gegen planmäßige Ausrottung wehren, muß sich Numairi auch gegen die mohammedanischen Bruderschaften im Norden gewaltsam durchsetzen. Der Imam, das frühere geistliche und weltliche Oberhaupt, wird Ende März 1970 „auf der Flucht" erschossen werden.

5. Juni 1969

MOSKAU

DRITTE KOMMUNISTISCHE WELTKONFERENZ

In Moskau beginnt die 3. kommunistische Weltkonferenz, die bis zum 17. Juni andauern wird. Es nehmen 75 Delegationen teil. Nicht vertreten sind: Albanien, Jugoslawien sowie ein Großteil der asiatischen und afrikanischen kommunistischen Parteien, z. B. Japan, Nordkorea und Nordvietnam. Die Konferenz ist überhaupt nur unter der Bedingung zustande gekommen, daß die Autonomie der Einzelparteien berücksichtigt wird, keine bindenden Richtlinien verabschiedet und Beschlüsse nur mit Vorbehalt gefaßt werden. Demgemäß wird im Verlauf der Konferenz die Breschnew-Doktrin (vgl. 12. November 1968) auch nicht zum Grundsatz erhoben, vielmehr ausdrücklich erklärt, daß es kein „leitendes Zentrum" im Weltkommunismus gäbe. Die „friedliche Koexistenz" wird als außenpolitischer Weg im „Kampf gegen den Imperialismus" empfohlen.

KEIN „LEITENDES ZENTRUM" MEHR

10. Juni 1969

SÜDVIETNAM

PROVISORISCHE REVOLUTIONSREGIERUNG DES VIETKONG

In Südvietnam bildet der Vietkong — auf den Tag genau ein Jahr nach Ablösung des amerikanischen Generals *Westmoreland* durch General Creighton C. *Abrams* — eine „Provisorische Revolutionsregierung der Republik Vietnam". Ministerpräsident dieser Gegenregierung gegen Van Thieu wird Frau *Nguyen Thi Binh*. Sie erhält die Anerkennung nicht nur der Ostblock- sondern auch mehrerer blockfreier Staaten und erklärt, sie werde nach Abzug der USA-Truppen einen neutralen Staat bilden,

also sich nicht in Abhängigkeit von China oder der UdSSR begeben.

24. Juni 1969

In Peru macht Präsident *Velasco Alvarado* (seit 4. Oktober 1968 im Amt), ehemaliger Armeegeneral, mit der Bodenreform Ernst. Am „Tage des Indio" verkündet er ein Gesetz, nach dem Grundbesitz von mehr als 150 ha Nutzfläche an der Küste und von mehr als 55 ha Nutzfläche im Hochland enteignet wird. Er wird an Kleinbauern, Landarbeiter und Pächter verteilt, die ihn in landwirtschaftlichen Genossenschaften unter Anleitung von Fachkräften bebauen. Ein Jahr später wird Velasco Alvarado ein Industriegesetz erlassen, das ausländische Anteile an peruanischen Unternehmen auf ein Drittel beschränkt, ausländische Gewinne unter staatliche Kontrolle stellt und die Grundstoffindustrie dem peruanischen Staat vorbehält. Außerdem setzt er darin eine zehnprozentige Gewinnbeteiligung der Belegschaft von Industrieunternehmen fest. Hauptleidtragender dieser Gesetze ist die US-amerikanische Petroleumgesellschaft IPC. Die USA werden ihre Militärhilfe für Peru zeitweilig aussetzen.

PERU

BODENREFORM

GEWINNBETEILIGUNG IN INDUSTRIEBETRIEBEN

29. Juni 1969

In einem Gefängnis in Algier „stirbt" der ehemalige Ministerpräsident des größeren Kongo (Kinshasa), des heutigen Zaire, Moise *Tschombé* (vgl. Polit. Lexik., Teil II), zweifellos einer der befähigtsten Politiker Schwarz-Afrikas. Er wurde am 13. März 1967 auf Betreiben *Mobutus* in Abwesenheit zum Tode „verurteilt", am 30. Juni aus Spanien, wo er im Exil lebte, nach Algerien entführt (!) aber nicht an Mobutu ausgeliefert. Zwei Jahre in einem algerischen Gefängnis genügen offensichtlich auch so. Die belgischen Firmen, in deren Interesse Tschombé einst Katanga vom Kongo trennte, retten ihn auch nicht.

ALGIER

TOD TSCHOMBÉS

Im Weißen Haus in Washington hält der Rabbiner Louis *Finkelstein,* Talmudlehrer des früheren Obersten Richters der USA *Earl Warren,* einen Gottesdienst für die Familien des Präsidenten *Nixon* und des neuen Obersten Richters (Nachfolgers Earl Warrens) Warren *Burger.* Es ist das erste Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten, daß ein Rabbiner im Weißen Haus Gottesdienst hält, und es kennzeichnet ungemein klar die Situation.[2]

WASHINGTON

MOSAISCHER GOTTESDIENST IM WEISSEN HAUS

8. Juli 1969

BELGRAD

KONSULTATIV-KONFERENZ BLOCKFREIER STAATEN

51 blockfreie Staaten folgen der Einladung Jugoslawiens zu einer Konsultativkonferenz in Belgrad, wo eine blockfreie Politik der „Nichteinordnung" als Widerstand gegen eine Politik der Ungleichheit und Vorherrschaft einzelner Mächte ausgelegt wird. Trotz Meinungsverschiedenheiten über den Vietnam- und den Nahostkonflikt werden sich die blockfreien Staaten am 27. September 1969 aus Anlaß der UNO-Vollversammlung in New York dahin einigen, eine Vorbereitungskonferenz für den 13. April 1970 nach Dar-es-Salaam einzuberufen.[3]

14. Juli 1969

HONDURAS

KRIEG MIT SAN SALVADOR

Am 180. Gedenktag des Sturms auf die Bastille, mit dem die französische Revolution begann, entzündet sich an einem Fußballspiel zwischen den mittelamerikanischen Staaten Honduras und El Salvador der Krieg. Der Vorgang ist kennzeichnend für die Atmosphäre, in der in den lateinamerikanischen Staaten mit ihrer seit Jahrhunderten bunt gemischten Bevölkerung „Politik" gemacht wird. Die eigentliche Ursache zum Kriege ist die Ausweisung von salvadorianischen Siedlern aus Honduras im April 1969. Nach Eindringen von salvadorianischen Streitkräften in Honduras wird die OAS einen Waffenstillstand vermitteln.

21. Juli 1969

USA

ERSTE BEMANNTE MONDLANDUNG (ARMSTRONG—ALDRIN)

Die amerikanischen Raumfahrer N. A. Armstrong und E. E. Aldrin landen mit einer Mondfähre auf dem Erdsatelliten und betreten (um 3.57 mitteleuropäischer Zeit) als erste Menschen seine Oberfläche, während M. Collins die Raumkapsel Apollo 11 auf einer Umlaufbahn hält, um die Fähre später in einem Koppelungsmanöver wieder aufzunehmen. Es werden Meßinstrumente mit eigenen Sendeanlagen auf der Mondoberfläche aufgestellt und Gesteinsproben mitgenommen, die vor allem der Ermittlung des geologischen Alters des Mondes dienen sollen. Die strenge Isolierung (Quarantäne) der drei Raumfahrer nach ihrer glücklichen Rückkehr und Wasserung aus Vorsorge gegen Einschleppung eventueller unbekannter Bakterien oder Viren von der Mondoberfläche wird sich später als unnötig erweisen.

22. Juli 1969

SPANIEN

Der spanische Staatschef General *Franco* erklärt den Prinzen *Juan Carlos* aus dem Hause Bourbon zu seinem Nachfolger mit dem „Titel eines Königs". Tags darauf werden die Cortes dieser

Designation zustimmen. Ein Vierteljahr darauf, am 29. Oktober 1969, werden bei einer Kabinettsumbildung die letzten Mitglieder der Falange aus der Regierung entfernt werden, dreißig Jahre nachdem Franco mit Hilfe dieser nationalrevolutionären Bewegung die Regierungsgewalt in Spanien übernehmen konnte. Er selbst war niemals Falangist. Inzwischen hat die Opus Dei-Organisation, eine Art katholischer Großloge, die Falange in Staat und Wirtschaft aus ihren letzten Positionen verdrängt. Der neue Außenminister *López Bravo* und der neue Entwicklungminister *López Radó* gehören der Opus Dei-Bewegung an. Damit ändert sich auch die vormals eindeutig antikommunistische Haltung der Regierung. Mit Polen und Ungarn werden konsularische Beziehungen aufgenommen und der Sowjetunion auf den Kanarischen Inseln Stützpunkte eingeräumt werden.

PRINZ JUAN CARLOS ZUM NACHFOLGER FRANCOS BESTIMMT

FALANGISTEN AUS DER REGIERUNG ENTFERNT

„OPUS DEI"

29. Juli 1969

In Jaunde/Kamerun wird das im Jahre 1963 geschlossene Assoziierungsabkommen der selbständig gewordenen afrikanischen Staaten mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erneuert. Der in dem abgelaufenen Vertrag von 1963 vereinbarte Gesamtbetrag für Entwicklungshilfe wird auf 4 Milliarden DM erhöht. Dafür hat der Entwicklungsfond der EWG bereits am 19. Mai 70 Millionen DM als nicht rückzahlbaren Zuschuß zur Verfügung gestellt. Das neue Abkommen wird mit dem 1. Januar 1971 in Kraft treten.

JAUNDE

ASSOZIIERUNG AFRIKANISCHER STAATEN AN DIE EWG

2. August 1969

Der Präsident der USA, Richard *Nixon*, trifft zu einem zweitägigen Besuch in Rumänien ein und bestätigt damit den Erfolg der rumänischen Selbständigkeitsbestrebungen gegenüber der UdSSR und dem Warschauer Pakt. Ceausescu hat sich bereits Anfang Februar 1969 mit Nachdruck gegen Breschnews These von der „begrenzten Souveränität" sozialistischer Staaten gewandt und am 10. April die Anwesenheit „ausländischer Truppen" auf rumänischem Gebiet abgelehnt. Er wird sich auch geplanten Manövern des Warschauer Paktes in Rumänien widersetzen. Vgl. 7. Juli 1970.

NIXON IN RUMÄNIEN

11. August 1969

Der Staatspräsident von Sambia, Kenneth *Kaunda*, läßt alle bis dahin vergebenen Bergbaukonzessionen widerrufen und ordnet an, daß 51 Prozent des Aktienkapitals jeder Minengesellschaft

SAMBIA

WIDERRUF ALLER BERGBAU-KONZESSIONEN STAATS-BETEILIGUNG

im Besitz des Staates Sambia zu sein haben. Die bisherigen Besitzer, insbesondere die Anglo-American Corporation werden als Pächter zugelassen und sollen aus zukünftig ausgeschütteten Dividenden entschädigt werden. Ein Jahr später wird sich Sambia auch an den vier großen ausländischen Bankinstituten mit 51 Prozent beteiligen.

22. August 1969

CSSR

SONDER-GESETZ GEGEN DEMONSTRA-TIONEN

In der Tschechoslowakei wird nach schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten mit Polizei und Miliz aus Anlaß des Jahrestages der sowjetrussischen Invasion am Tage zuvor ein Sondergesetz zum Schutze der öffentlichen Ordnung erlassen, das strengste Strafen verhängt. Als Beweismittel für die Anklageerhebung genügen polizeiliche Protokolle. Bereits drei Monate zuvor hat das Zentralkomitee die Rückverwandlung der Kommunistischen Partei unter Wiederherstellung der früheren Machtverhältnisse durchzuführen beschlossen. Vgl. 26. September 1969.

1. September 1969

LIBYEN

KÖNIG IDRIS GESTÜRZT

AL-KADDHAFI PROKLAMIERT REPUBLIK

ENTEIGNUNG ITALIENISCHER SIEDLER

Der greise König *Idris* von Libyen wird in Abwesenheit durch einen Militärputsch junger Armeeoffiziere gestürzt. Der Stabschef der Armee, Muammer *al-Kaddhafi*, proklamiert als neues Staatsoberhaupt die Republik und wird innerhalb eines Jahres Großbritannien und die USA zur Aufgabe ihrer Stützpunkte und zum Abzug ihrer Truppen veranlassen, eine libysche Beteiligung von 51 % an allen ausländischen Unternehmen (Banken und Ölfirmen) durchsetzen, die italienischen Siedler in Tripolis enteignen und — 13 000 an der Zahl — ausweisen. Diese Entwicklung wird bis zum 17. Oktober 1970 abgeschlossen sein.

3. September 1969

NORDVIETNAM

TOD HO TSCHI MINHS

NACHFOLGER TON DUC THANG

In Hanoi stirbt der Staatspräsident Nordvietnams *Ho Tschi Minh* (seit 1954 im Amt, vgl. Polit. Lexik., Teil II) neun Tage nachdem er in Beantwortung eines Schreibens des USA-Präsidenten *Nixon* vom 15. Juli den vollständigen Abzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam erneut zur Voraussetzung von Friedensverhandlungen erklärt hat. Wie aus seinem Testament hervorgeht, hat er mit einer langen Kriegsdauer und schweren Opfern für Vietnam gerechnet, die jedoch um des endgültigen Sieges willen ertragen werden müßten. Nachfolger wird am 23. September *Ton Duc Thang*.

6. September 1969

Die sechste Gipfelkonferenz der OUA in Addis Abeba wendet sich ebenso wirkungslos wie die 4. und 5. (vgl. 11. September 1967 und 13. September 1968) gegen den Stammeskrieg in Nigeria, gegen die Regierung Ian Smith in Rhodesien sowie gegen die Politik der getrennten Entwicklung (apartheid) in Südafrika, obgleich dort die farbige Bevölkerung besser auf eine künftige Selbstverwaltung vorbereitet wird, als das in irgendeinem anderen Teil Afrikas der Fall war. Gerade darum müssen ja diese Konferenzen der afrikanischen Regierungschefs so wirkungslos bleiben, weil ihre Staaten mangelhaft vorbereitet in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Ihre leitenden Politiker sind zum großen Teil einfach überfordert, was die innerafrikanische oder gar internationale Diplomatie angeht.[4]

ADDIS ABEBA

SECHSTE GIPFEL-KONFERENZ DER OUA

8. September 1969

Bei den Wahlen zum norwegischen Storting schrumpft die Mehrheit der bürgerlichen Regierungskoalition vom Jahre 1965 auf zwei Sitze zusammen (76 von 150). Und das, obgleich die Sozialistische Volkspartei gar keinen Sitz mehr erringen kann. Sie hat unter dem Eindruck der Invasion in Prag fast alle Wähler verloren. Aber eine auch nur annähernd einheitliche Willensbildung scheint in Norwegen besonders schwer zu sein. Auch in der Frage des Beitritts zur EWG sind die Meinungen gespalten.

NORWEGEN

WAHL-VERLUSTE DER REGIE-RUNGS-KOALITION

9. September 1969

Der japanische Außenminister *Kiichi Aichi* beendet einen sechstägigen Besuch in Moskau, ohne in der Frage der Rückgabe der Kurilen etwas erreicht zu haben. Die Regierung der UdSSR vertritt den Standpunkt, die Territorialfrage sei bereits gelöst und brauche daher nicht weiter erörtert zu werden. Eine Revision würde anderenorts sonst ähnliche Forderungen zur Folge haben! Dagegen wird zwei Monate später, am 20. November 1969, US-Präsident *Nixon* bei einem Besuch des japanischen Ministerpräsidenten *Eisaku Sato* in Washington einwilligen, daß Okinawa wieder der japanischen Souveränität unterstellt wird. (Durchgeführt 15. Mai 1972.)

JAPANS AUSSEN-MINISTER IN MOSKAU

KEINE RÜCKGABE DER KURILEN

12. September 1969

Einen Monat nachdem es erneut zu Kämpfen zwischen sowjetischen und chinesischen Grenztruppen (vgl. 2. März 1969) gekommen ist, diesmal im Grenzgebiet von Sinkiang und der

PEKING

AUSSPRACHE TSCHOU EN-LAI—KOSSYGIN

Mongolischen Volksrepublik, findet in Peking eine mehrstündige Aussprache zwischen dem chinesischen und dem sowjetrussischen Ministerpräsidenten, *Tschou En-Lai* und *Kossygin,* statt mit dem Ziel, die gewaltsame Austragung der bestehenden Gegensätze künftig zu verhüten und das Verhältnis der beiden Mächte zueinander soweit möglich zu normalisieren.

15. September 1969

DDR

EVANGELISCHE KIRCHE SCHEIDET AUS EKD AUS

Die Führung der Evangelischen Kirche im mitteldeutschen Sowjet-Satellitenstaat löst sich aus der gesamtdeutschen EKD und gründet einen „Bund der evangelischen Kirchen in der DDR". Sie folgt damit dem Druck der kommunistischen Parteiführung, die Eigenstaatlichkeit des mitteldeutschen Teilstaates bei jeder nur denkbaren Gelegenheit hervorzuheben und alle noch verbliebenen Gemeinsamkeiten mit dem westdeutschen Teilstaat der Reihe nach abzubauen. Die Erinnerung daran, daß es einmal ein Deutsches Reich gegeben hat, soll, wenn dieses nicht unter kommunistischer Diktatur neu zu errichten ist, folgerichtig beseitigt werden. Daran wirkt nun auch die Evangelische Kirche mit.[5]

26. September 1969

CSSR

INVASION „NOTWENDIG"

AUSSCHLUSS DUBCEKS AUS PARTEI-PRÄSIDIUM

Das Zentralkomitee der tschechoslowakischen KP hebt die Protestentschließung des Parteipräsidiums vom 21. August 1968 gegen die Invasion der Warschauer-Pakt-Streitkräfte auf, erklärt diese Invasion nunmehr als zur „Verteidigung des Sozialismus" notwendig und schließt gleichzeitig Dubcek aus dem Parteipräsidium aus. Die CSSR ist unter Parteisekretär Husák wieder zu einem fügsamen Satelliten der UdSSR geworden. Letzter Widerstand unter den Gebildeten, die in großer Zahl aus der Partei ausgetreten sind, wird mit bewährten Methoden gebrochen.

29. September 1969

BRD

REGIERUNG SPD—FDP

TREND ZUM OSTEN

Bei den Wahlen zum westdeutschen Bundestag erhalten CDU/CSU 46,1 %, SPD 42,7 % und FDP 5,8 % der gültigen Stimmen. Die Folge wird sein, daß sich einen Monat später, am 22. Oktober, eine sozial-liberale Koalitionsregierung bilden wird, mit Willy *Brandt* als Bundeskanzler und Walter *Scheel* als Außenminister. Damit wird endgültig der Weg frei für eine Politik der einseitigen Zugeständnisse an die Forderungen der UdSSR und ihrer Satelliten, die in den folgenden Jahren zunehmend auf einen Frontwechsel der westdeutschen Bundes-

republik von West nach Ost hinzielt. Die politische Vergangenheit Brandts, Wehners und einiger ihrer engsten Mitarbeiter macht sich geltend.

3. Oktober 1969

IMF UND WELTBANK

JAHRESTAGUNG

„SONDERZIEHUNGSRECHTE"

Die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank (beide vgl. Politisches Lexikon, Teil I) findet ihren Abschluß. Sie widmete sich der Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen Westeuropa, Amerika und Japan und stimmte der Schaffung von „Sonderziehungsrechten" aus dem IMF zu, wie sie bereits am 29./30. März 1968 in Stockholm vom sogenannten „Zehnerklub" (vgl. Polit. Lexikon, Teil I) beschlossen worden war. Damit wird tatsächlich eine neue Währung geschaffen, die noch fiktiver ist als das „Buchgeld". Die Inanspruchnahme dieser Sonderziehungsrechte wird für die folgenden drei Jahre auf 9,5 Milliarden Dollar begrenzt.

9. Oktober 1969

SCHWEDEN

RÜCKTRITT ERLANDERS

PALME

In Schweden zieht sich der Ministerpräsident und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Tage *Erlander,* aus Altersgründen zurück. Nachfolger wird in beiden Ämtern Sven Olof *Palme,* dem die „Entspannung" durch „Kontaktpflege" mit den Staaten des Warschauer Paktes ganz besonders am Herzen liegt und der sich darin mit dem neuen westdeutschen Bundeskanzler Willy Brandt gut verstehen wird. Diese Einmütigkeit läßt sich kaum noch lediglich durch gemeinsamen Mangel an politischem Überblick erklären. Innenpolitisch neigt Palme zu weitgehenden Sozialreformen auf Kosten der freien Einzelinitiative.

25. Oktober 1969

USA—UDSSR

ANKÜNDIGUNG DER „SALT"-GESPRÄCHE

SOWJETISCHER VORBEHALT

Die Regierungen der USA und der UdSSR geben gleichzeitig bekannt, daß sie in Kürze Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen (*SALT:* Strategic Arms Limitation Talks) aufnehmen werden (vgl. 17. November 1969). Allerdings kündigt die Sowjetregierung sogleich an, daß sie keine Unterlegenheit ihrer strategischen (sprich: Atom-)Streitkräfte gegenüber den USA hinnehmen werden, sondern jeden Versuch, sie auf diesem Gebiet zu überholen, mit der entsprechenden Verstärkung der eigenen Kräfte beantworten wolle. Breschnew wird das am 13. April 1970 in Charkow noch einmal ausdrücklich betonen.

3. November 1969

ZAIRE

MOBUTU IN BELGIEN

ZUVOR IN RUMÄNIEN, JUGOSLAWIEN, USA

Der Staatspräsident des ehemals belgischen Kongo, *Mobutu*, trifft zu einem offiziellen Besuch in Belgien ein. Dabei werden die aus dem Katanga-Konflikt herrührenden Spannungen abgebaut, vier Monate nachdem Mobutu durch das Investitionsgesetz vom 24. Juni 1969 ausländischen Unternehmern Steuererleichterungen und Gewinntransfer in ihre Ursprungsländer zugestanden hat. Besuche in Rumänien und Jugoslawien gingen Ende August dem in Belgien voraus, nachdem Mobutu in den ersten Augusttagen eine Reise in die USA unternommen hatte.

8. November 1969

BRD

FORSCHUNGSSATELLIT „AZUR"

VAN-ALLEN-GÜRTEL

Von Vandenberg aus wird der in der westdeutschen Bundesrepublik gebaute Forschungssatellit „Azur" in eine Umlaufbahn um die Erde geschossen. Er soll der Erforschung der Korpuskularstrahlen der Sonne, der damit verbundenen Nordlichterscheinungen und des Van-Allen-Gürtels dienen, jenes vom Erdmagnetfeld gebildeten Strahlungsgürtels der Erde, der durch einen der von Professor Teller, USA, forcierten Wasserstoffbombentests in der Stratosphäre vorübergehend gestört wurde und Sonnenpartikel auf die Erdoberfläche durchließ, ein kennzeichnendes Beispiel für das verantwortungslose, wenn nicht lebensfeindliche Experimentieren von Leuten von der Herkunft eines Teller, Szillard, Strauss usw.

12. November 1969

INDIEN

INDIRA GANDHI UMSTRITTEN

SPALTUNG DER KONGRESS-PARTEI

Die indische Ministerpräsidentin *Indira Gandhi* (vgl. 13. März 1967) wird aus der Kongreßpartei durch deren rechten Flügel ausgeschlossen, kann sich aber weiterhin auf die Parlamentsfraktion der Kongreßpartei und auf die beiden gesamtindischen sozialistischen Parteien stützen. Bei den darauffolgenden Neuwahlen zu den Länderparlamenten wird der sie stützende Flügel der Kongreßpartei sogar mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Auch die Kommunisten russischer und chinesischer Richtung bieten ihr Unterstützung an. Doch verzichtet Frau Gandhi darauf.

17. November 1969

HELSINKI

VORGESPRÄCHE ZU „SALT"

In Helsinki beginnen Gerard C. Smith für die USA und Wladimir S. Semjonow für die UdSSR Vorgespräche zu den folgenden Verhandlungsrunden um ein angestrebtes sogenanntes „SALT"-Abkommen. Dabei geht es um den beiderseitigen Verzicht auf bestimmte Raketenabwehrsysteme, deren Auf- und Ausbau für beide Mächte mit untragbar hohen Kosten verbun-

den ist. Die Herstellung eines strategischen Gleichgewichts wird sich aber im Zuge der Verhandlungsrunden aufgrund der verschieden wirkenden Waffensysteme als kaum durchführbar erweisen. Hinzu kommt wieder die strikte Ablehnung jeder Kontrolle seitens der UdSSR.

STRATEGISCHES GLEICHGEWICHT KAUM HERSTELLBAR

24. November 1969

USA

ZWEITE BEMANNTE MONDLANDUNG (CONRAD, BEAN)

Die amerikanischen Raumfahrer Charles Conrad, Alan Bean und Richard Gordon kehren von der zweiten bemannten Mondlandung mit der Raumkapsel Apollo 12 wohlbehalten zurück. Sie bringen außer Gesteinsproben auch Teile des unbemannten Mondaufklärers Surveyor III mit, der im April 1967 „weich" im „Meer der Stürme" gelandet ist und seitdem über 6000 Bilder zur Erde gesendet hat. Von der Untersuchung dieser Teile, die zweieinhalb Jahre lang den Verhältnissen auf der Mondoberfläche ausgesetzt waren, verspricht sich die Forschung weitere Aufschlüsse über eben diese Verhältnisse.[6]

30. November 1969

FINNLAND—UDSSR

KONSULTATIONSKLAUSEL

Der finnische Staatspräsident *Kekkonen* erklärt mit Bezug auf die umstrittene Konsultationsklausel im finnisch-russischen Beistandspakt von 1948 (vgl. 6. April 1948), beide Vertragspartner hätten das Recht, im Falle einer unmittelbaren Bedrohung militärische Konsultationen (Ersuchen um Beratung) vorzuschlagen, doch liege die Initiative hierzu „in erster Linie" bei Finnland. Diese Auslegung, der die Sowjets nicht widersprechen werden, dient wiederum der finnischen Neutralität.

1./2. Dezember 1969

DEN HAAG

EWG-GIPFELKONFERENZ

ERWEITERUNG UND GEMEINSAMER MARKT

Auf einer Gipfelkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten in Den Haag stimmt der französische Ministerpräsident Pompidou nunmehr grundsätzlich einer Erweiterung der EWG zu, vorausgesetzt, daß gleichzeitig der Gemeinsame Markt nach innen ausgebaut und vervollständigt wird. Die westdeutsche Bundesrepublik will nur zustimmen, wenn der Finanzausgleich gesichert wird für die Verluste, die der westdeutschen Landwirtschaft durch die gemeinsame Marktordnung entstehen. Die anwesenden Chefs der Regierungen beschließen, daß die Gemeinschaft nunmehr in den letzten Abschnitt ihrer Entwicklung eintreten, eine gemeinsame Handelspolitik führen und auch künftig eigene Einnahmen aus den Zöllen erhalten soll.[7]

6. Dezember 1969

EURATOM

Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften einigt sich darauf, das Forschungs- und Ausbildungsprogramm von EURA-

FORSCHUNGS-PROGRAMM VERLÄNGERT

TOM um eine Frist von bis zu drei Jahren zu verlängern und auch nicht atomare Technologien in dieses Programm einzubeziehen. Damit stehen die im Rahmen von EURATOM geschaffenen Forschungsstätten vor der Aufgabe, rechtzeitig Alternativlösungen zu der vielfach lebensbedrohenden, durch Kernspaltung gewonnenen Atomenergie zu entwickeln. Sie werden an diese Aufgabe aber in verhältnismäßig unzulänglicher Weise herangehen, da industrielle Großunternehmen bereits erhebliche Mittel in die Entwicklung und in den Bau von Kernspaltungsanlagen investiert haben und eine starke lobby bilden, die sich auch in einer täuschungsreichen Öffentlichkeitsarbeit auswirken wird.

16. Dezember 1969

ÖSTERREICH

BILLIGUNG DER UNZUREICHENDEN SÜDTIROL-ERGEBNISSE

Eine Mehrheit des österreichischen Parlaments (Nationalrats) billigt die zuvor lebhaft umstrittenen Ergebnisse der österreichisch-italienischen Verhandlungen über Südtirol. Danach soll Italien binnen vier Jahren (!) der Provinz Südtirol die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft, des Verkehrswesens, des sozialen Wohnungsbaus, des Handels, der Industrie und öffentlichen Arbeit übertragen, die deutsche Sprache der italienischen gleichstellen und Stellen im öffentlichen Dienst zu zwei Dritteln mit Südtirolern besetzen. In diesen vier Jahren verzichtet Österreich darauf, internationale Instanzen mit dem Südtirolproblem zu befassen. Das bedeutet praktisch: vier Jahre lang bleibt in Südtirol nicht nur alles wie es war, sondern die italienischen Behörden können durch planmäßige Ansiedlung italienischer Familien in diesen vier Jahren das Bevölkerungsverhältnis weiter zu ihren Gunsten verschieben, um dann anschließend auch die Stellenbesetzung im öffentlichen Dienst diesem veränderten Verhältnis entsprechend vorzunehmen. Südtirol ist ein Musterbeispiel für die tatsächliche Handhabung des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker".

30. Dezember 1969

FRANZÖSISCH-KONGO

VOLKS-REPUBLIK

Im ehemaligen französischen Kongo (Brazzaville) wird unter dem neuen Staatspräsidenten Marien *Ngouaby* (seit 1. Januar 1969), der eine Kongolesische Partei der Arbeit als Einheitspartei gegründet hat, eine neue Verfassung angenommen. An die Stelle eines Parlamentes treten danach Arbeiterräte, regional gegliedert, ein Zentralkomitee und ein Politbüro. Die höchste Exekutivgewalt liegt beim Staatsrat. Gleichzeitig wird die „Volksrepublik Kongo" proklamiert.

10. Januar 1970

BIAFRA KAPITULIERT

Die letzte provisorische Hauptstadt Biafras, Owerri, wird von den Streitkräften der nigerianischen Zentralregierung in Lagos zurückerobert. *Ojukwu* geht außer Landes und erhält Asyl in Elfenbeinküste. Fünf Tage nach dem Fall Owerris wird General Philipp *Effiong* die bedingungslose Kapitulation Biafras unterzeichnen, dessen Restgebiet damit an Nigeria zurückfällt. Ausländische Missionare werden ausgewiesen, Hilfsorganisationen kaum eingelassen werden. Das Sterben in den Ibo-Gebieten geht weiter. *Gowon* kann seine Regierungsgewalt in der Folgezeit entscheidend zentralisieren.

23. Januar 1970

ELFENBEINKÜSTE GEWÄHRT OJUKWU ASYL

Der Staatspräsident der westafrikanischen Elfenbeinküste, *Houphouet-Boigny*, gewährt dem Staatschef des besiegten und aufgelösten Biafra, *Ojukwu*, politisches Asyl. Er hat bereits am 14. Mai 1968 Biafra als unabhängigen Staat anerkannt und die Einmischung nichtafrikanischer Mächte in den Kampf zwischen Nigeria und Biafra verurteilt. Sein Argument war, die Proteste der afrikanischen Staaten gegen die weißen Regierungen in Angola, Mozambique, Rhodesien und Südafrika würden unglaubwürdig, wenn nicht auch gegen die Einmischung in Nigeria protestiert würde.

28. Januar 1970

CSSR

RÜCKTRITT CERNIKS

STROUGAL MINISTERPRÄSIDENT

Der Ministerpräsident der Tschechoslowakei, *Cernik*, muß zurücktreten. Es hat ihm nichts genützt, daß er sich zuvor gegen die von ihm selbst mit eingeleitete innere Reform gewandt hat. Sein Nachfolger wird Lubomir *Strougal*, ein Mann der Novotny-Ära. Damit ist der Versuch der Utopisten, eine menschenwürdige Form des Kommunismus, bzw. einen „demokratischen" Sozialismus einzuführen, endgültig an der harten Wirklichkeit gescheitert, die der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Lembke Anfang Februar 1976 in die Worte fassen wird: Freiheit und Sozialismus sind unvereinbar.

noch Januar 1970

ÄGYPTEN

Die Regierung der UdSSR liefert Ägypten Luftabwehrraketen des Typs SAM-3, die nur von sowjetrussischem Personal bedient werden können, und greift damit erstmals unmittelbar ak-

SOWJETISCHE MILITÄRHILFE

WELTKRIEGSGEFAHR

tiv in den Nahostkonflikt ein. Ende April 1970 werden sowjetrussische Piloten auch operative Einsätze für Ägypten fliegen. Die israelischen Streitkräfte werden mit entsprechenden Vergeltungsangriffen und Waffensystem amerikanischer Herkunft antworten. Es besteht latente Weltkriegsgefahr. Daher werden sich die USA energisch vermittelnd einschalten (Rogers-Plan, vgl. 8. August 1970).

3. Februar 1970

JAPAN

BEITRITT ZUM ATOMWAFFENSPERRVERTRAG

Die japanische Regierung *Sato* beschließt den Beitritt Japans zum Atomwaffensperrvertrag (vgl. Polit. Lexik., Teil I und Teil III) und erklärt angesichts des Widerstandes der Opposition, daß durch den Beitritt die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht eingeschränkt und überhaupt keine Benachteiligung derjenigen Staaten, die über keine Atomwaffen verfügen, die Folge sein dürfe. Bereits wenige Jahre später wird sich dieses Problem aufgrund des beim Betrieb der sogenannten „Schnellen Brüter" anfallenden Plutoniums ganz anders darstellen.

7. Februar 1970

REYKJAVIK

NORDISCHER RAT

NORDEK

In Reykjavik tritt die Vollversammlung des Nordischen Rats (vgl. Polit. Lexikon, Teil I) zusammen und billigt in sechstägigen Verhandlungen den Vertragsentwurf für eine nordische Wirtschaftsunion (NORDEK, vgl. 17. Februar 1968, 1. März 1969). Vom 1. Januar 1972 an soll zwischen Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden schrittweise eine Zollunion gebildet werden. Auf Wunsch Finnlands wird jedoch die Klausel aufgenommen, daß jeder Teilnehmer mit einjähriger Kündigungsfrist wieder austreten kann, wenn er den Europäischen Gemeinschaften beitreten will. Vgl. 6. August 1970.

21. Februar 1970

LAOS

KOMMUNISTEN EROBERN EBENE DER TONKRÜGE

In Laos erobern Truppen der kommunistischen Pathet Lao gemeinsam mit nordvietnamesischen Verbänden zum zweiten Mal die Ebene der Tonkrüge. Hinter den beiden verfeindeten Halbbrüdern und Prinzen *Souvanna Phouma*, Chef der Regierung in Vientiane, und *Souvanouphong*, Führer des kommunistischen Pathet Lao, (beide vgl. Polit. Lexik., Teil II), stehen einerseits die USA, andererseits Nordvietnam. Eine Einigung über die Benutzung des Ho-Tschi-Minh-Pfades als Nachschubstraße für den Vietkong ist daher nicht möglich.

27. Februar 1970

Knapp vier Wochen nach der japanischen (vgl. 3. Februar 1970) unterzeichnet nunmehr auch die australische Regierung *Gorton* den Atomwaffensperrvertrag, und zwar unter den gleichen Vorbehalten, die auch Japan anmeldete, deren Berücksichtigung seitens der Atommächte jedoch völlig ungewiß ist. Ministerpräsident John Grey *Gorton* ist seit dem 26. Februar 1968 Nachfolger des beim Schwimmen im Meer am 17. Dezember 1967 verschollenen Harold *Holt*. Er beließ 1969 australische Streitkräfte in Malaysia und Singapur, um diese gegen „kommunistische Infiltration und Subversion" zu schützen.

AUSTRALIEN

BEITRITT ZUM ATOMWAFFEN-SPERRVERTRAG

MINISTER-PRÄSIDENT GORTON

1. März 1970

Island wird Vollmitglied der EFTA, der auch Islands Partnerstaaten im Nordischen Rat angehören. Eine Mitgliedschaft in der EWG kommt nicht in Betracht, weil die Insel die Fischerei in ihren Hoheitsgewässern als ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage alleine betreiben muß und anderen Staaten keinen unbeschränkten Zugang zu diesen Fischgründen gestatten kann. Damit verteidigt Island gleichzeitig, über das eigene Landesinteresse hinaus, die Fischbestände in seinem Gebiet gegen kurzsichtigen Raubbau und Vernichtung durch die britische und deutsche Fischverarbeitungsindustrie.

ISLAND

MITGLIED DER EFTA

SCHUTZ DER FISCH-BESTÄNDE

Bei den Wahlen zum österreichischen Parlament (Nationalrat) gewinnen die Sozialisten (SPÖ) 81 Mandate, die Christdemokraten (ÖVP) nur noch 79. Infolgedessen wird der österreichische Bundespräsident, Franz *Jonas*, am 3. März den (jüdischen) Vorsitzenden der SPÖ, Bruno *Kreisky*, mit der Regierungsbildung beauftragen. Da eine Koalition mit den Liberalen (FPÖ) nicht zustande kommt, wird Kreisky am 20. April desselben Jahres ein Minderheitenkabinett aus Sozialisten aufstellen und entsprechende „Reformen" ankündigen (z. B. Verkürzung der Wehrdienstzeit).

ÖSTERREICH

PARLAMENTS-WAHLEN

REGIERUNG KREISKY

2. März 1970

Rhodesien, das sich im Mai 1969 eine neue Verfassung gegeben hat, erklärt sich nunmehr zur Republik und löst sich damit auch formal von der britischen Krone. Der von der Regierung Ian Smith eingesetzte Gouverneur Clifford *Dupont* wird Staatspräsident. Die von der britischen Regierung über das Land verhängten Sanktionen und Boykottmaßnahmen können sich nicht

RHODESIEN WIRD REPUBLIK

auswirken, da der rhodesische Außenhandel über Mozambique und Südafrika abgewickelt wird. Allerdings wird die neue Republik von keinem anderen Staat völkerrechtlich anerkannt, ausgenommen von Südafrika.

7. März 1970

THAILAND—MALAYSIA

MILITÄR-ABKOMMEN

Thailand (Siam), das sich im Juni 1968 unter König *Rama IX. Phumiphol* eine aristokratisch-parlamentarische Verfassung gegeben hat, schließt mit Malaysia ein Militärabkommen zur gemeinsamen Bekämpfung kommunistischer Partisanen im beiderseitigen Grenzgebiet. Zwei Tage später ersucht die thailändische Regierung die USA um weitere Waffenlieferungen, da im nördlichen Laos kommunistische Kampfverbände auf die thailändische Grenze zu im Anmarsch sind. Das Ersuchen wird Anfang Juli abgelehnt werden. Thailand wird Ende August sein Expeditionskorps aus Südvietnam abziehen.

11. März 1970

IRAK

WAFFENSTILL-STAND MIT DEN KURDEN BARZANI

Die irakische Regierung *Hasan al Bakr's* (vgl. 17. Juli 1968) schließt, durch innenpolitische Schwierigkeiten gezwungen, ein Friedensabkommen mit dem Führer der Kurden, Mustafa *Barzani,* und unterbricht damit den schon Jahrzehnte währenden Ausrottungsfeldzug und Völkermord an diesem nicht assimilierbaren Volke im irakisch-iranischen Grenzgebiet. Sie verspricht Barzani Autonomie innerhalb des Irak und eine der noch überlebenden Volkszahl der Kurden angemessene Vertretung in einem künftigen Parlament. Sogar das Amt des stellvertretenden Staatspräsidenten soll künftig von einem Kurden eingenommen werden. Barzani geht auf die unglaubhaften Versprechungen ein, um seinem Volke eine Atempause zu verschaffen.

16. März 1970

FINNLAND

WAHLVERLUST DER REGIERUNGS-KOALITION

ÜBERGANGS-KABINETT

Bei den Wahlen zum finnischen Reichstag verliert die Regierungskoalition vom 22. März 1968 (vgl. dort!) 28 Mandate, in die sich die Nationale Sammlungspartei und die Finnische Landpartei, zwei ausgesprochen nationalkonservative Gruppen, teilen. Dieser starke Rechtsruck ist vermutlich durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei und in Polen verursacht worden. Staatspräsident Kekkonen wird ihn dadurch auffangen, daß er zunächst ein Übergangskabinett aus Fachleuten mit Teuvo *Aura* als Ministerpräsidenten bilden läßt. Vgl. weiter 15. Juli 1970.

18. März 1970

In Kambodscha wird Prinz *Norodom Sihanouk* (vgl. Polit. Lexik., Teil II), von dem das Wort stammt: „Amerikaner will ich nicht im Lande haben. Sie ziehen den Kommunismus an wie der Zucker die Ameisen", in Abwesenheit auf Betreiben des von den USA geförderten Ministerpräsidenten *Lon Nol* durch die Nationalversammlung abgesetzt. Damit wird das jahrzehntelang erfolgreiche Bemühen dieses großen Diplomaten, sein Land durch Balance zwischen China, USA und UdSSR neutral und soweit möglich aus dem Indochinakrieg herauszuhalten, mit einem Schlage zunichte gemacht. Schon am 29. April 1970 werden südvietnamesische Streitkräfte in Kambodscha einrücken, tags darauf auch amerikanische Bodentruppen und Luftwaffenverbände, um das Hauptquartier des Vietkong zu bekämpfen, das aber nicht aufgefunden wird. Dafür besetzen nordvietnamesische Truppen zwölf von 19 kambodschanischen Provinzen. Das Land wird voll in die Kämpfe einbezogen und entsprechend verwüstet werden. *Sihanouk* bleibt nichts anderes übrig, als in China die Entwicklung abzuwarten, um nach Kriegsende zu versuchen, die Selbständigkeit Kambodschas zu retten.

KAMBODSCHA

SIHANOUK MIT US-HILFE ABGESETZT

LON NOL

ENDE DER NEUTRALITÄT

19. März 1970

Die Regierungschefs der beiden deutschen Teilstaaten, Stoph und Brandt, treffen in Erfurt zusammen. Es geht vor allem um die völkerrechtliche Anerkennung des Sowjetsatelliten durch den westdeutschen Teilstaat. Da aber dort die „Öffentliche Meinung" der Wählerschaft noch nicht weit genug umgestellt ist, kann Brandt noch keine bindenden Zusagen geben. Das Treffen wird am 21. Mai in Kassel wiederholt werden, wo Brandt eine Kompromißlösung in Gestalt eines 20-Punkte-Memorandums vorlegt, das aber den Ansprüchen Stophs nicht genügt. Doch sind mit diesen Gesprächen die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt.

ERFURT

TREFFEN BRANDT—STOPH

WIEDERHOLUNG IN KASSEL

26. März 1970

In Berlin beginnen Viermächteverhandlungen zwischen den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR um den zukünftigen Status West-Berlins, im einzelnen um Verbesserung bzw. Wiederherstellung des freien Personen-, Güter-, Post- und Telefonverkehrs zwischen West-Berlin und der westdeutschen Bundesrepublik, bzw. innerhalb der geteilten Stadt. Die Anregung zu diesen Verhandlungen ging am 6. Au-

BERLIN

VIERMÄCHTEVERHANDLUNGEN

gust 1969 von den drei Westmächten aus. Die UdSSR ging am 12. September 1969 darauf ein.

31. März 1970

GUATEMALA

GRAF SPRETI ERMORDET

In Guatemala entführen Stadt-Guerilleros, um den Amtsantritt des am 1. März bei etwa zehnprozentiger Wahlbeteiligung „gewählten" Präsidenten *Arana Osorio* zu verhindern, den Botschafter der westdeutschen Bundesrepublik, Karl Graf *Spreti*. Nachdem Osorio die Forderung der Entführer, 25 gefangene Guerilleros freizulassen, abgelehnt hat, wird Spreti ermordet werden. Am 6. April wird daraufhin der westdeutsche Bundesstaat die diplomatischen Beziehungen zu Guatemala „suspendieren", eine Maßnahme ohne praktische Bedeutung.

7. April 1970

DDR

SED-MITGLIEDER ÜBERPRÜFT

Das Zentralkomitee der „Sozialistischen Einheits-Partei" (SED), d. h. also der Kommunistischen Partei im mitteldeutschen Sowjetsatelliten, beschließt, im September und Oktober desselben Jahres alle Mitgliedsbücher von Mitgliedern und Anwärtern der Partei einzuziehen und nach entsprechender Überprüfung neue auszugeben. Damit soll das „Bildungsniveau der Parteimitglieder und aller Werktätigen" erhöht und ihre „politisch-ideologische Standhaftigkeit" gestärkt werden.

16. April 1970

WIEN

SALT-BEGINN

In Wien beginnen die eigentlichen Verhandlungen zwischen USA und UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (vgl. 17. November 1969). Die erste Verhandlungsrunde wird bis zum 14. August andauern, die zweite, wieder in Helsinki, wo bereits die Vorgespräche stattfanden, vom 2. November bis zum 18. Dezember 1970. Die Ergebnisse werden nicht bekanntgegeben, doch läßt sich aus der fortgesetzten Aufrüstung beider Mächte auf dem Gebiet der Raketen und Raketenabwehr darauf schließen, daß keine Einigung erzielt werden kann. Trotzdem werden die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Die Kosten der Rüstung zwingen dazu.

6. Mai 1970

CSSR

Die neue tschechoslowakische Regierung Strougal (vgl. 28. Januar 1970) schließt mit der UdSSR einen Vertrag über Freundschaft und gegenseitigen Beistand, mit dem die totale Unterwerfung nochmals besiegelt wird. Zur Grundlage des Ver-

trages wird der sozialistische Internationalismus im Sinne der Breschnew-Doktrin (vgl. 12. November 1968) erklärt. Art. 5 stellt fest, es bestehe die rechtliche Verpflichtung, innenpolitisch die „sozialistischen Errungenschaften“, d. h. in diesem Zusammenhang die Diktatur der Parteifunktionäre zu schützen. In Artikel 6 wird das Münchner Abkommen von 1938 über die sudetendeutschen Gebiete als „von Anfang an ungültig“ erklärt. Darüber hat aber bekanntlich weder die UdSSR noch die CSSR zu befinden, sondern ausschließlich die Signatarmächte jenes Münchner Abkommens, genauer: der britisch-französischen Londoner Übereinkunft vom 18./19. September 1938 (vgl. dort), zu der das Münchner Abkommen lediglich die Durchführungsbestimmungen erbrachte. — In einem Kommuniqué, das aus Anlaß der Unterzeichnung des neuen Freundschafts- und Beistandsabkommens veröffentlicht wird, bezeichnet man die Invasion vom 21. August 1968 nunmehr als „brüderliche internationale Hilfe“ zur Verhütung eines „konterrevolutionären Umsturzes“ in der Tschechoslowakei. Es ist ein anschauliches Beispiel für die „Neusprach“, wie sie Orwell in seinem Buch „1984“ geschildert hat.[1]

BEISTANDSPAKT MIT UDSSR

ERKLÄRUNG ZUM MÜNCHNER ABKOMMEN VON 1938

INVASION „BRÜDERLICHE HILFE“

ORWELL

In Amman beschließen Vertreter der verschiedenen palästina-arabischen Kampforganisationen (Fedajin), ihr politisches und militärisches Vorgehen künftig zu koordinieren. Hinter dieser (vorübergehenden) Einigung steht die Enttäuschung über das unzulängliche Ergebnis der Außenministerkonferenz von 22 mohammedanischen Staaten, die vom 23. — 26. März in Dschidda stattfand. Die nicht-arabischen Staaten islamischer Konfession waren dort nicht zum Abbruch der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Israel zu bewegen.

AMMAN

KOORDINIERUNGSBESCHLUSS DER FEDAJIN

28. Mai 1970

König *Hassan* von Marokko und Staatspräsident *Boumedienne* von Algerien schließen in Tlemcen ein Abkommen, mit dem der Grenzstreit zwischen beiden Ländern beigelegt, gemeinsame Ausbeute der Erzvorkommen im bislang umstrittenen Gebiet und Koordinierung der beiderseitigen Maßnahmen zur „Entkolonisierung“ der Spanischen Sahara vereinbart werden. Elf Tage später wird König Hassan in Casablanca einen entsprechenden Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit sowie Nichteinmischung mit Muchtar *Ould Daddah* (vgl. Polit. Lexik., Teil II) von Mauretanien schließen.

MAROKKO—ALGERIEN

GRENZABKOMMEN VON TLEMCEN

MAURETANIEN

31. Mai 1970

CEYLON

ZWEITE VOLKSFRONT-REGIERUNG

ABBRUCH DER BEZIEHUNGEN ZU ISRAEL

Auf Ceylon bildet vier Tage nach den Parlamentswahlen, bei denen die „Freiheitspartei" gewonnen hat, Frau Sirimavo *Bandaranaike* zum zweitenmal eine Volksfrontregierung, an der auch kommunistische und sogar trotzkistische Minister beteiligt sind. Das Regierungsprogramm ist nationalistisch. Banken und Plantagen werden verstaatlicht, Grundbesitz und Einzelhandel werden Ceylonesen vorbehalten, die Beziehungen zu Israel abgebrochen, die zu Nordkorea und Nordvietnam aufgenommen. Westmächte leisten weiterhin finanzielle Entwicklungshilfe.

8. Juni 1970

ARGENTINIEN

STURZ ONGANIAS

LEVINGSTON PRÄSIDENT

Der Staatspräsident von Argentinien, Juan Carlos *Onganía*, (seit Ende Juni 1966 im Amt, Nachfolger des abgesetzten Illia) wird von einer Militärjunta gestürzt, die zehn Tage später den General Roberto (Marcelo) *Levingston* zum Präsidenten macht. Onganía hat angesichts des innen- und wirtschaftspolitischen Chaos versucht, sich mit der Peronistenpartei zu verständigen. Das Chaos herrscht auch nach seinem Sturz weiter. „Politische" Raubüberfälle und Morde, denen u. a. auch der frühere Präsident Aramburu zum Opfer fällt, sind an der Tagesordnung.
In Spanien wartet Juan *Peron*.

18. Juni 1970

BRD

WAHLALTER 18 JAHRE

In der westdeutschen Bundesrepublik wird durch ein von der sozial-liberalen Regierung eingebrachtes Gesetz das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre, das Alter für die Wählbarkeit von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt. Die Spekulation auf die größere emotionale Beeinflußbarkeit und den geringeren sachlichen Durchblick der damit gewonnenen jugendlichen Wählermassen ist deutlich. Sie kann und wird der extremen Linken zugute kommen, die ohnehin auf ein utopisches, mit der Lebenswirklichkeit nicht vereinbares Menschenbild ausgerichtet ist, dem unerfahrene aber ideologie-besessene junge Menschen zuneigen.

21./22. Juni 1970

BUDAPEST

WARSCHAUER PAKT-KONFERENZ

In Budapest findet eine Außenministerkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Sie geht auf die Annäherungswünsche der „nützlichen Idioten" anläßlich der NATO-Jubiläumstagung in Washington (vgl. 10. April 1969) mit einjähriger Verspätung ein und nimmt die Erörterung einer ausgewo-

genen Truppenverminderung auf beiden Seiten als Verhandlungsthema an. Von einer gleichzeitigen Auflösung des östlichen und des westlichen Bündnissystems ist nicht mehr die Rede. An der seit langem geforderten gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz sollen auch die USA und Kanada teilnehmen. Dort soll über einen multilateralen Gewaltverzicht — auf dem Papier — verhandelt werden.

22. Juni 1970

SPANIEN—FRANKREICH

MILITÄR-ABKOMMEN

SKEPSIS GEGENÜBER NATO

Spanien und Frankreich schließen ein Militärabkommen, das eine weitgehende Zusammenarbeit beider Staaten, insbesondere ihrer Streitkräfte und ihrer Rüstungsindustrie vorsieht, einschließlich des Exports ins Ausland. Auch regelmäßige Zusammenkünfte der zuständigen Minister und der Generalstäbe werden vereinbart. Grundlage des Abkommens ist eine tiefgehende Skepsis beider Regierungen gegenüber der NATO im Allgemeinen und gegenüber den USA im Besonderen. Trotzdem wird Spanien am 6. August einen Kooperationsvertrag mit den USA schließen, deren Mitwirken sogar an einer spanischen Atomindustrie geplant wird.

24. Juni 1970

USA

EINSCHRÄNKUNG DES INTERVENTIONSRECHTS DES PRÄSIDENTEN IN INDOCHINA

Der Senat der USA widerruft die sogenannte „Tonking-Resolution" des amerikanischen Kongresses vom 7. August 1964 (vgl. dort !), die dem Präsidenten in Südostasien „unbeschränktes" militärisches Interventionsrecht zugestand, untersagt darüber hinaus in einem Zusatzantrag dem Präsidenten eine nochmalige Intervention in Kambodscha (vgl. 30. Juni 1970) und verbietet auch Finanzhilfe für militärische Operationen ausländischer (also z. B. südvietnamesischer) Streitkräfte in Kambodscha. Damit wird auch dieses Land dem Kommunismus ausgeliefert, wenn auch das Repräsentantenhaus den Zusatzantrag am 9. Juli ablehnen wird.

30. Juni 1970

KAMBODSCHA

ABZUG DER US-TRUPPEN

MILITÄRHILFE FÜR LON NOL

Die USA-Streitkräfte, die am 30. April in Kambodscha eingerückt sind, um die in Südvietnam kämpfenden amerikanischen Einheiten vor dem Abgeschnittenwerden zu schützen, verlassen zum angekündigten Termin Kambodscha wieder. Die Luftangriffe auf die von den roten Khmer besetzten Teile des Landes werden fortgesetzt. Die kambodschanische Regierung *Lon Nol* erhält für das laufende Haushaltsjahr von den USA vierzig Millionen Dollar Militärhilfe. Das alles wird lediglich dazu

12 PROVINZEN IN DER HAND DER KOMMUNISTEN

führen, daß von 19 kambodschanischen Provinzen 12 von nordvietnamesischen Streitkräften und Einheiten der südvietnamesisch kommunistischen Nationalen Befreiungsfront (FLN) beherrscht werden und wieder ganz Indochina in den Krieg einbezogen ist.

BRÜSSEL

BEITRITTSVERHANDLUNGEN ZUR EWG

In Brüssel beginnen die Beitrittsverhandlungen Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens mit der EWG. Großbritannien wünscht seine Commonwealthverpflichtungen mit in die Gemeinschaft einzubringen, was diese sprengen würde. Dänemark möchte die skandinavischen und die EFTA-Handelsbeziehungen im Rahmen der EWG erhalten wissen. Norwegen fordert erhebliche Sonderregelungen für seine Landwirtschaft, insbesondere für die kleinen Bergbauernhöfe im Norden, die auch aus strategischen Gründen erhalten werden müssen. Es ist nahezu unmöglich, alle diese Gesichtspunkte auf einen Nenner zu bringen.

7. Juli 1970

RUMÄNIEN

BEISTANDSPAKT MIT DER UDSSR

Obgleich die rumänische Regierung am 5. Februar 1970 eine Einbeziehung rumänischer Streitkräfte in die Verbände des Warschauer Paktes abgelehnt hat, schließt sie nunmehr einen Freundschafts- und Beistandspakt mit der UdSSR, ohne sich allerdings auf die Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten festzulegen. Sie verpflichtet sich in dem Vertrag zur Hilfeleistung gegen „Imperialismus, Militarismus und Revanchismus" (von seiten der Opfer des sowjetischen Imperialismus und Militarismus), aber nur im Rahmen ihrer tatsächlichen Möglichkeiten. Der Schutz der „sozialistischen Errungenschaften" im Inneren des Landes, wie ihn die UdSSR der Tschechoslowakei zur Pflicht gemacht hat, wird in diesem Vertrag nicht erwähnt. Die Sowjetführung läßt sich die realpolitische Unabhängigkeit Rumäniens offenbar gefallen, solange Ceausescu in der ideologischen Theorie linientreu bleibt. Darin liegt offensichtlich eine Schwäche des Sowjetsystems.

15. Juli 1970

FINNLAND

REGIERUNG KARJALAINEN

KEKKONEN

In Finnland bildet Ahti *Karjalainen* von der Zentrumspartei eine Koalitionsregierung mit Vertretern des Zentrums, der Kommunisten, der Schwedischen Volkspartei und der Liberalen Volkspartei. Die Sozialdemokraten als stärkste Partei des Landes gehen in die Opposition. Auch die Nationale Sammlungspartei wird trotz ihres Wahlerfolges (vgl. 16. März 1970) nicht

an der Regierung beteiligt, um die Sowjetunion nicht zu provozieren. Fünf Tage nach dieser Regierungsbildung wird Staatspräsident *Kekkonen* in Moskau den Beistandspakt vom 6. April 1948 (vgl. dort!) um weitere zwanzig Jahre verlängern.

IN MOSKAU BEISTANDSPAKT VERLÄNGERT

20. Juli 1970

Die konservative Regierung *Heath* in Großbritannien beschließt, das Waffenembargo gegen Südafrika aufzuheben und die Lieferungen wieder aufzunehmen, nicht zuletzt, um sich den britischen Flottenstützpunkt Simonstown bei Kapstadt (Abkommen vom 4. Juli 1955) zu erhalten und damit auf der Schiffahrtsroute um das Kap der guten Hoffnung präsent zu bleiben. Der Sicherheitsrat der UNO spricht sich gegen diesen britischen Regierungsbeschluß aus, da er geeignet ist, die politische Isolierung Südafrikas zu lockern. Dieses beschleunigt inzwischen den Ausbau seiner Luftwaffe und Flotte.

GROSSBRITANNIEN

ENDE DES WAFFENEMBARGOS GEGEN SÜDAFRIKA

31. Juli 1970

In Uruguay werden zwei US-amerikanische Regierungsberater, Daniel A. *Mitrione*, Experte für die Bekämpfung von Guerilleros, und Claude L. *Fly*, Landwirtschaftsexperte, außerdem der brasilianische Generalkonsul *Dias Gomide* von Tupamaros (Stadt-Guerilleros) entführt. Da Präsident *Pacheco Areco* die von den Entführern geforderte Freilassung von 150 politischen Gefangenen ablehnt, wird Mitrione erschossen. Daraufhin wird der Kongreß von Uruguay dem Präsidenten diktatorische Vollmachten übertragen. Es wird diesem aber nicht gelingen, die Organisation der Tupamaros gänzlich auszuheben. Es bleibt ein Kern bestehen.

URUGUAY

DIPLOMATENENTFÜHRUNG

MORD AN MITRIONE

6. August 1970

In Trondheim treffen sich die Regierungschefs der skandinavischen Staaten einschließlich Islands zu Beratungen über die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit. Man muß wieder von vorne beginnen, da Finnland den NORDEK-Vertrag (vgl. 7. Februar 1970) inzwischen hat scheitern lassen. Es verspricht sich offenbar mehr von den Beitrittsverhandlungen der EFTA-Mitgliedstaaten mit der EWG, ist außerdem durch die Rücksichtnahme auf die UdSSR behindert. Damit rückt auch für die skandinavischen Staaten der EWG-Beitritt wieder in den Vordergrund ihrer Überlegungen.

TRONDHEIM

SKANDINAVISCHES GIPFELTREFFEN

NORDEK AN FINNLAND GESCHEITERT

8. August 1970

ÄGYPTEN—ISRAEL

ROGERS-PLAN

WAFFENRUHE

Aufgrund des sogenannten Rogers-Planes der USA tritt zwischen Ägypten und Israel eine zunächst bis zum 5. November 1970 befristete Waffenruhe ein, die aber in der Folgezeit nicht konsequent eingehalten werden wird. Die ägyptische Regierung wird schließlich am 15. September den Rogers-Plan für erledigt erklären, d. h. sie wird sich von der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit keine dauerhafte Lösung des Konfliktes mehr versprechen. Vgl. weiter 28. September 1970.

12. August 1970

BRD—UDSSR

VERTRAG ÜBER „GEWALTVERZICHT"

ANERKENNUNG DES SOWJET-LANDRAUBS

In Moskau unterzeichnet der westdeutsche Außenminister Walter Scheel einen Vertrag zwischen der UdSSR und der westdeutschen Bundesrepublik, in dem diese die bestehenden Grenzen, d. h. die Fortnahme Ostdeutschlands anerkennt und sich zum Gewaltverzicht verpflichtet. Inwieweit auch die UdSSR ihrerseits auf die Anwendung der sogenannten „Feindstaatenklauseln" (Artikel 53 und 107 der UN-Charta) verzichten, die ihr *auch nach einer Gewaltverzichtserklärung* ein Interventionsrecht in Westdeutschland zugestehen, bleibt eine Frage der Auslegung des Vertragstextes. Noch am 5. Juli 1968 hat die UdSSR ausdrücklich erklärt, daß die westdeutsche Bundesrepublik diesbezüglich, hinsichtlich Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, *keinen Anspruch auf die gleiche Stellung habe* wie andere europäische Staaten.

1. September 1970

ADDIS ABEBA

OUA-GIPFELTREFFEN

„AUSSÖHNUNG" MIT NIGERIA

In Addis Abeba tritt wieder einmal die Gipfelkonferenz der OUA zusammen (vgl. 6. September 1969). Nachdem Biafra und ein großer Teil seiner Bevölkerung nicht mehr existieren, wird in der Konferenz die „Aussöhnung" Nigerias mit Tansania, Sambia, Elfenbeinküste und Gabun verkündet, die auf seiten Biafras gestanden haben. *U Thant* ist auch wieder erschienen und gibt Südafrika die Schuld an dem Mißtrauen der afrikanischen Staaten untereinander. Damit stellt er bewußt die Tatsachen auf den Kopf. Die Konferenz erschöpft sich in den üblichen Resolutionen.

2. September 1970

ARGENTINIEN

Anläßlich der Wahl des Volksfront-Kandidaten Salvador *Allende* zum Staatspräsidenten von Chile veröffentlicht die Argentinische Großloge der Freimaurer in der Zeitung „La Razon"

(Buenos Aires) eine Erklärung, in der sie zur Brandmarkung *Allendes* als „Atheist, Marxist und Freimaurer" in Presseorganen Stellung nimmt und versucht, diese drei Begriffe säuberlich voneinander zu trennen, so daß sie nicht mehr auf ein und dieselbe Person anwendbar erscheinen sollen. Der Versuch ist lesenswert. (Vgl. 24. Oktober 1970.)[2]

GROSSLOGE ÜBER ALLENDE (CHILE) UND FREIMAURERREI

8. September 1970

In Lusaka beginnt die 3. Gipfelkonferenz der block- bzw. bündnisfreien Staaten, von denen 54 vertreten sind. Auch Befreiungsbewegungen und Provisorische Regierungen noch nicht selbständiger Staaten oder Gebiete sind zugelassen, nicht dagegen die beiden feindlichen Delegationen Kambodschas, die Vertreter des Prinzen Norodom Sihanouk und die Lon Nols. Gesprochen wird vor allem über Möglichkeiten, sich der nachkolonialen wirtschaftlichen Ausbeutung durch die ehemaligen Kolonialmächte oder ihre Nachfolger zu entziehen. Eine abschließende Resolution (am 10. September) setzt sich für eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten sowie für eine möglichst vielseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit ein.

LUSAKA

GIPFELKONFERENZ DER BLOCKFREIEN

14. September 1970

König *Hassan* von Marokko und die Staatspräsidenten *Boumedienne* und *Ould Daddah* von Algerien und Mauretanien treffen in Nouadibou zusammen und vereinbaren, künftig ihre Schritte zur „Entkolonialisierung" von Spanisch Sahara, einem Gebiet, an dem sie gemeinsam interessiert sind, aufeinander abzustimmen. Doch wird es sich erweisen, daß jeder der drei Partner alleine das Erbe Spaniens in der Sahara antreten möchte und das Gebiet ein Konfliktgegenstand ersten Ranges zwischen den drei Ländern wird.

MAROKKO—ALGERIEN—MAURETANIEN

VEREINBARUNGEN ÜBER SPANISCH-SAHARA

17. September 1970

In Jordanien bricht ein verlustreicher Bürgerkrieg zwischen den palästina-arabischen Kampfeinheiten (fedajin) und der jordanischen Armee aus, nachdem Jassir *Arafat* (vgl. Polit. Lexik., Teil II), der Führer der El Fatach, gefordert hat, die Palästina-Araber müßten in Jordanien die Befehlsgewalt übernehmen. Mit Hilfe der ihm treu ergebenen Beduinen-Truppenteile gewinnt König *Hussein* in den erbitterten Kämpfen die Oberhand. Nachdem Ägypten vermittelnd eingreift, wird am 27. September in Kairo ein Waffenstillstand zustande kommen mit Räumung der Stadt Amman und beiderseitiger Freilassung der Gefangenen.

JORDANIEN

BÜRGERKRIEG MIT FEDAJIN

SIEG DER BEDUINEN-TRUPPE

20. September 1970

SCHWEDEN
VERFASSUNGS-ÄNDERUNG
EINKAMMER-PARLAMENT

In Schweden tritt eine Verfassungsänderung in Kraft, die das bisherige Zweikammersystem in ein Einkammerparlament verwandelt. Von den 350 Abgeordneten werden 310 direkt gewählt, die restlichen 40 Sitze werden unter den Parteien mit mehr als 4 % der gültig abgegebenen Stimmen verteilt. Am Tage des Inkrafttretens werden auch gleich Reichstagswahlen nach dem neuen System durchgeführt, bei denen die Sozialdemokraten ihre absolute Mehrheit verlieren, Zentrum, Liberale und Kommunisten dagegen Stimmen gewinnen.

21. September 1970

MALAYSIA
ABD UL-HALIM
STAATSOBER-HAUPT
ABD UR-RAZZAQ
REGIERUNGS-CHEF

In Malaysia wählt die Sultankonferenz den Sultan von Kedah, *Abd ul-Halim*, zum Staatsoberhaupt (als Nachfolger von Ismail *Nasir ud'Din*). Am selben Tage tritt auch der Ministerpräsident *Abd ur-Rahman Putra* aufgrund erneuter schwerer und blutiger Zusammenstöße zwischen Malaien und Chinesen (im Mai 1970) zurück. Die Nachfolge tritt *Abd ur-Razzaq* an, der Vorsitzende des am 16. Mai eingesetzten, fast ausschließlich malaischen „Nationalen Exekutivrates".

26. September 1970

KOPENHAGEN
WELTBANK-KONFERENZ ZUR BEKÄMPFUNG DER INFLATION

In Kopenhagen geht eine Tagung des Internationalen Währungsfonds (IMF, vgl. Polit. Lexikon, Teil I) und der Weltbank zu Ende. Das Tagungsthema war die Bekämpfung der Inflation, die ja aber in einer Wachstumswirtschaft unvermeidlich, „systemimmanent" ist. Die meisten Teilnehmerstaaten haben sich für ein festes Wechselkurssystem ausgesprochen, gleichzeitig aber eine Erweiterung der „Bandbreiten" bei den Wechselkursen befürwortet. Die Entwicklungsländer haben die Inanspruchnahme der „Sonderziehungsrechte" aus dem IMF (vgl. 3. Oktober 1969) für Zwecke der Entwicklungshilfe verlangt.[3]

28. September 1970

HELIOPOLIS
TOD NASSERS
NACHFOLGER ANWAR AS-SADAT

In Heliopolis stirbt überraschend das ägyptische Staatsoberhaupt Gamal *Abd an-Nasser*, einen Tag nachdem er einen Waffenstillstand zwischen Jordanien und den palästina-arabischen Fedajin unter Führung Arafats vermittelt hat. Die Trauer der ägyptischen Bevölkerung über den plötzlichen Tod Nassers nimmt zum Teil ekstatische Formen an. Nachfolger wird Vizepräsident Anwar *as-Sadat*. Eine Volksabstimmung wird ihn am 15. Oktober als Staatspräsidenten bestätigen und er wird sich in diesem Amt auch behaupten können.

6./7. Oktober 1970

In Bolivien ereignet sich innerhalb von 24 Stunden dreimal ein Militärputsch. Zuerst stürzt der reformfeindliche General Rogelio *Miranda* den reformfreudigen Präsidenten General Alfredo *Ovando Candía*, der selber erst am 26. September 1969 durch einen Putsch zur Macht gekommen ist. Dann stürzt dieser noch am selben Tage wieder den General Miranda, wird aber tags darauf seinerseits und endgültig (?) von General Juan José *Torres Gonzales* gestürzt, der angeblich Bauern, Bergarbeiter, Studenten, die jungen Offiziere der Armee und die Kirche hinter sich hat! Es ist zu hoffen, daß *alle* Beteiligten genügend Humor besitzen.

BOLIVIEN

PUTSCH-REKORD

13. Oktober 1970

Die kanadische Regierung *Trudeau* (vgl. 20. April 1968) nimmt diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China auf, erkennt die Regierung in Peking als die „einzige rechtmäßige Regierung Chinas" an und nimmt dabei zur Kenntnis, daß nach Auffassung Pekings Taiwan (Formosa) ein „unveräußerlicher Teil des Territoriums der Volksrepublik China" ist. Gleichzeitig wird in Quebec der dortige Arbeitsminister, Pierre *Laporte*, entführt und — nach Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Regierung — ermordet. Hinter der Tat steht die „Befreiungsfront von Quebec" (FLQ), der linksradikale Flügel der französischen Separatisten.

KANADA

DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN ZU PEKING

ERMORDUNG LAPORTES IN QUEBEQ

24. Oktober 1970

Das chilenische Parlament beschließt, dem Sozialisten Salvador *Allende Gossens* die Präsidentschaft zu übertragen, der bei den Wahlen am 4. September zwar die meisten Stimmen aber nicht die absolute Mehrheit erhalten hat. Damit wird Allende am 3. November (Amtsantritt) der erste gewählte sozialistische Präsident Südamerikas. Er kündigt an, er werde einen „Sozialismus in Freiheit" verwirklichen, dabei aber Verfassung und Parlament nicht ausschalten. Tatsächlich aber wird Allende einen Staatsstreich vorbereiten, der vom Militär in letzter Stunde verhindert werden kann. (Vgl. auch 2. September 1970.)

CHILE

ALLENDE WIRD PRÄSIDENT

26./27. Oktober 1970

In Moskau findet eine Konferenz russischer und amerikanischer Weltraum-Experten statt. Erörtert wird vor allem die sogenannte Docking-Technik, d. h. ein Verfahren russische und amerikanische Weltraumkapseln aneinanderzukoppeln, um sich bei Unfällen im Weltraum gegenseitig Rettungsdienste leisten

MOSKAU

WELTRAUM-KONFERENZ MIT US-EXPERTEN

zu können. Doch wird es noch fünf Jahre dauern, bevor tatsächlich ein solches Koppelungsmanöver zwischen Raumkapseln der unterschiedlichen Bauart der beiden Weltraum-Mächte durchgeführt wird.

27. Oktober 1970

UNGARN—BRD

HANDELS-ABKOMMEN

Ungarn und die westdeutsche Bundesrepublik schließen ein neues zweiseitiges Handelsabkommen in Ausweitung der Abkommen von 1958 und 1963. Der bereits vorher zufriedenstellende Warenaustausch soll danach in der Zeit von 1971 — 1975 noch verstärkt werden. Auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen zum westdeutschen Teilstaat verzichtet der ungarische Parteichef Kádár, nachdem ihm die UdSSR — auf Drängen des polnischen und des mitteldeutschen Sowjetsatelliten hin — davon „abgeraten" hat. Dafür wird er sich innenpolitisch einige Freiheiten erlauben können.

3. November 1970

FINNLAND

KEKKONEN LEHNT DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN ZUR DDR AB

Der finnische Staatspräsident *Kekkonen* lehnt es ab, zu dem mitteldeutschen Sowjetsatelliten „normale" diplomatische Beziehungen herzustellen. Zur Begründung seiner Ablehnung verweist er auf die Neutralitätsverpflichtung Finnlands. Um aber eine nachhaltige Verstimmung der Sowjets zu vermeiden, wird die finnische Regierung drei Wochen später, am 24. November, in gleichlautenden Noten alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada zu ersten Kontakten für eine europäische Sicherheitskonferenz (im Sinne der UdSSR) nach Helsinki einladen, ohne vorerst einen Termin zu nennen.

4. November 1970

BRÜSSEL

KONFERENZ ÜBER WELTRAUM-FORSCHUNG UND NACHRICHTEN-SATELLITEN

In Brüssel nehmen 15 europäische Länder sowie Vertreter Australiens, Brasiliens und Kanadas an einer *Konferenz über Weltraumforschung* teil und erörtern ihre künftige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschungs- und Übertragungssatelliten, des Baus der dazugehörigen Trägerraketen und einer möglichen Beteiligung an der Fortsetzung des Apollo-Raumkapsel-Programms der USA. Großbritannien schließt sich von einer Mitwirkung an den beiden zuletzt genannten Planungen aus. Tatsächlich bleibt man auf die Verwendung von USA-Trägerraketen angewiesen.

6. November 1970

CHINA—ITALIEN

Die Regierung der Volksrepublik China und die italienische Regierung erklären offiziell, daß zwischen ihnen die vollen

diplomatischen Beziehungen aufgenommen werden. Vorbedingung dazu war, daß die italienische Regierung offiziell zur Kenntnis nimmt, daß Taiwan (Formosa) von der Regierung in Peking als unveräußerlicher Teil der Volksrepublik China betrachtet wird, daß also nicht gleichzeitig diplomatische Beziehungen zur nationalchinesischen Regierung auf Taiwan unterhalten werden können.

DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN

9. November 1970

In den Haag tritt die Versammlung der NATO-Staaten zusammen und beschäftigt sich vor allem mit dem Verbleiben amerikanischer Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent. Das setzt einen erhöhten Finanzbeitrag der europäischen NATO-Mitglieder voraus. Ferner wird die Absicherung der NATO-Flanken gegen den Flottenaufmarsch der UdSSR im Mittelmeer sowie in der Nord- und Ostsee erörtert, ebenso die Abstimmung der Streitkräfte der Mitgliedstaaten in Ausbildung und Aufbau. Grundsätzlich einigt man sich auch auf ein Programm „beiderseitig ausgewogener" Truppenverminderung und setzt dabei offenbar voraus, daß auch die Warschauer-Pakt-Staaten zu einer solchen Truppenverminderung bereit sind.[4]

DEN HAAG

NATO-KONFERENZ

STATIONIERUNGSFRAGEN

FLANKENSICHERUNG

19. November 1970

Die außenpolitische Zusammenarbeit der EWG-Mitgliedstaaten beginnt mit einer ersten Konsultationskonferenz der Außenminister in München. Erörtert werden u. a. der arabisch-israelische Konflikt, für den eine besondere Gruppe von Sachkennern gebildet wird, ferner die von der UdSSR nachdrücklich gewünschte europäische Sicherheitskonferenz (die den sowjetischen Territorialgewinn und Machtzuwachs seit 1945 unabänderlich machen soll), die neue Ostpolitik der westdeutschen Regierung Brandt (die diesem Bestreben der UdSSR weitgehend entgegenkommt) und der umstrittene Status von West-Berlin.

MÜNCHEN

EWG-AUSSENMINISTER-KONFERENZ FÜR POLITISCHE KONSULTATIONEN

Der rumänische Staatsratsvorsitzende *Ceausescu* und der bulgarische Parteichef und Ministerpräsident *Schiwkoff* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II !) unterzeichnen in Sofia einen Vertrag über Freundschaft, Beistand und Zusammenarbeit ihrer beiden Länder, erklären den Balkan zu einem künftigen Gebiet des Friedens und der guten Nachbarschaft und setzen sich für eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan ein. Der Vertrag ist um so erwähnenswerter, als Schiwkoff im Gegensatz zu Ceausescu durchaus moskauhörig ist.

RUMÄNIEN—BULGARIEN

BEISTANDSPAKT

22. November 1970

GUINEA
UNRUHEN
TOURÉ FÜHLT SICH VERFOLGT

In der Hauptstadt des westafrikanischen Staates Guinea, Conakry, brechen Unruhen und Straßenkämpfe aus. Der Staatspräsident *Sékou Touré* behauptet, es seien ausländische Söldner beteiligt, die ihn stürzen wollten, und beschuldigt Portugal der „Mittäterschaft". Bereits drei Tage später wird eine Untersuchungskommission der UNO in Guinea eintreffen. Portugal wird — beteiligt oder nicht — vom Sicherheitsrat der UNO verurteilt werden. Aber damit nicht genug, wird Sékou Touré auch den westdeutschen Botschafter *Lankes* der „Komplicenschaft" beschuldigen und am 19. Dezember bei der UNO gegen einen angeblich geplanten Einmarsch in sein Land von Portugiesisch Guinea aus protestieren, Einheimische und Ausländer verhaften und einen Volksgerichtshof einsetzen lassen. Sein Verhalten läßt auf eine Art Verfolgungswahn schließen.

23. November 1970

BUDAPEST
X. PARTEITAG
KADAR
BRESCHNEW

In Budapest beginnt der X. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, auf dem Parteichef Kádár seine Innen- und Außenpolitik erläutern wird. Außerdem wird der Parteitag beschließen, die geheime Abwahl von Funktionären wegen „Machtmißbrauchs" oder „Unterdrückung der Kritik" zuzulassen, und den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes billigen, das es theoretisch jedem Ungarn ermöglichen soll, sich um das Amt eines Volksvertreters zu bewerben. Der russische KP-Chef Breschnew, der an dem Parteitag teilnimmt, wird diese Entwicklung gutheißen.

24. November 1970

DÄNEMARK
HARTLING IN MOSKAU

Der dänische Außenminister *Hartling* trifft zu einem einwöchigen Besuch in Moskau ein. Auch er und seine Regierung (Baunsgaard) glauben daran, es trage zur „Entspannung" zwischen West und Ost bei, wenn man nur „im Gespräch bleibe", obschon doch die ständige Aufrüstung trotz aller Gespräche eine ständig wachsende Spannung erzeugt. Lenins Wort von den „nützlichen Idioten" ist zwar allgemein bekannt, aber niemand gesteht sich ein, daß er selber dazu gehört und ebenfalls auf allen Vieren dem Kommunismus entgegenkriecht. Nur wenige tuen das bewußt.

26. November 1970

Papst Paul VI., der bereits im Vorjahre eine Afrikareise unternahm, bricht erneut zu einer Weltreise auf, die ihn in zehn Tagen nach Dacca, Manila, Pago Pogo (Samoa), Sydney, Djakarta,

Honkong und Colombo führen wird. Es geht ihm dabei um die Begegnung mit dem Islam und dem Buddhismus und mit den Vorposten des Christentums in deren Bereich. In Colombo nimmt der Papst an der Konferenz der asiatischen Bischöfe teil, bei der die tatsächlichen Lebensverhältnisse in diesem Raum zur Sprache kommen.

PAPST PAUL VI. AUF WELTREISE

2. Dezember 1970

Der portugiesische Ministerpräsident *Caetano* erklärt, daß die Territorien in Afrika, Angola, Mozambique und Portug. Guinea, „autonome Regionen innerhalb des portugiesischen Einheitsstaates" werden sollen. Der jahrelange Guerillakrieg gegen die verschiedenen, sich auch untereinander befehdenden Unabhängigkeitsbewegungen in diesen Gebieten kostet etwa 40% der Staatsausgaben und hält 120 000 Mann im Einsatz, deren Glauben daran, die Besitzungen auf die Dauer halten zu können, allmählich schwindet.

PORTUGAL

„AUTONOME REGIONEN" IN AFRIKA

7. Dezember 1970

In Warschau unterzeichnen der westdeutsche Bundeskanzler *Brandt* und Außenminister Walter *Scheel* einen Vertrag zwischen dem polnischen Sowjetsatelliten und der westdeutschen Bundesrepublik, in dem letztere die Oder-Neiße-Grenze „nicht mehr in Frage stellt", d. h. ohne jede Gegenleistung von polnischer Seite sich mit dem Verlust Ost- und Westpreußens, Posens und Schlesiens einverstanden erklärt. Die aus diesen Gebieten Vertriebenen sind gegen eine solche „Außenpolitik" der sozial-liberalen Bundesregierung machtlos, da ihre Verbände sich schon anderthalb Jahrzehnte zuvor politisch haben entmannen lassen. Die Verfasser des Nachkriegs-Ploetz bemerken: „Die Verträge von Moskau und Warschau finden in der Weltöffentlichkeit allgemeine Zustimmung." Es ist die Frage, wer das ist, „die Weltöffentlichkeit", bzw. wer sie *macht*. Vgl. Polit. Lexikon, Teil I, „Öffentliche Meinung".

Der offizielle Titel des Vertrages lautet: „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen." Er ist ebenso nichtssagend wie lang, verschleiert den eigentlichen Inhalt, den Verzicht, und kennzeichnet in jeder Hinsicht den vollständigen Verfall der europäischen Diplomatie.

WARSCHAU

BRD—POLEN

„NORMALISIERUNG"

ANERKENNUNG DER ODER-NEISSE-GRENZE

14. Dezember 1970

In Polen führt die Preiserhöhung für Lebensmittel des täglichen Bedarfs zum offenen Aufruhr, der mit dem Streik der Danziger

POLEN

AUFRUHR IN DEN DEUTSCHEN STÄDTEN

Werftarbeiter beginnt und auf Zoppot, Gdingen, Stolp, Stettin und Köslin sich ausdehnt, also genau auf das Gebiet, auf das Brandt und Scheel eine Woche zuvor vertraglich verzichtet haben (vgl. 7. Dezember 1970). Polnische Miliz wird eingesetzt, es gibt Tote und Verwundete. Ein Regierungsaufruf zur Ruhe mit Anspielung auf das Schicksal der Tschechoslowakei bleibt wirkungslos. Vgl. 20. Dezember 1970.

20. Dezember 1970

CHINA—UDSSR

SCHIFFAHRTS-PROTOKOLL AUF DEN GRENZFLÜSSEN

Eine gemischte sowjetisch-chinesische Kommission verfaßt und unterzeichnet ein Protokoll über die zukünftige Regelung der Schiffahrt auf den Grenzflüssen Argun, Amur, Ussuri und Sunghuakiang (Sungatscha) sowie auf dem Chanka-See zwischen Mandschurei und Küstenprovinz. Das Protokoll soll künftigen Konflikten nach Möglichkeit vorbeugen. Unberührt davon bleiben die Streitigkeiten über den Grenzverlauf. Eine bereits im Oktober 1969 eingesetzte Konferenz von Fachleuten beider Seiten ist noch zu keinem Ergebnis gekommen.

POLEN

RÜCKTRITT GOMULKAS

NACHFOLGER GIEREK

Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei tritt zu einer Sondersitzung zusammen, um des Aufruhrs in den ostdeutschen Städten (vgl. 14. Dezember 1970) Herr zu werden. Der Erste Sekretär der Partei, *Gomulka,* tritt zurück und scheidet aus dem Politbüro aus. Nachfolger wird Edward *Gierek* aus Kattowitz, ein Nationalkommunist und Verwaltungsfachmann. Der Führer der „Partisanen", *Moczar* (vgl. 8. März 1968), wird in das Politbüro aufgenommen. Auch der Staatspräsident wird ausgewechselt. An die Stelle Spychalskis tritt *Cyrankiewicz.* Drei Tage später wird Pjotr *Jaroszewicz* als Ministerpräsident eine neue Regierung bilden. Alles das geschieht vierzehn Tage nach dem endgültigen vertraglichen Verzicht der westdeutschen Bundesregierung auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie.[5]

29. Dezember 1970

CHILE

BESETZUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER GÜTER

Die chilenische Zeitung „La Prensa", Osorno, berichtet von der Besetzung der landwirtschaftlichen Güter in Südchile unter der Regierung *Allende:* „Stark bewaffnete Kontingente von mehr als 300 Polizisten und Soldaten besetzten ohne Voranmeldung die Güter und befahlen den Eigentümern, in einer halben Stunde den Hof unter Zurücklassung allen Besitzes zu verlassen." Juan Maler wird sich persönlich an Ort und Stelle von der Richtigkeit der Meldung überzeugen. Hinter dieser Maßnahme steht der Landwirtschaftsminister Jacques *Chonchol* und die landwirtschaftliche Kollektivierungsbehörde CORA unter ihrem Exekutivdirektor David Baytelman-Goldenberg.[6]

1971

5. Januar 1971

JÜDISCHE FINANZHILFE FÜR ISRAEL

Der Präsident der Organisation der Fonds für Israel in den USA, Sam *Rothberg*, gibt bekannt, die jüdischen Gemeinden der ganzen Welt würden im Laufe des Jahres 1971 dem Staate Israel eine Milliarde Dollar zukommen lassen, und zwar 600 Millionen Dollar als Geschenk, den Rest als langfristige Kredite. Mißt man die Opferfreudigkeit des Weltjudentums für Israel an dieser Summe, so wird die Bedeutung der westdeutschen Wiedergutmachungszahlungen an Israel sowie an einzelne Juden seit 1953 deutlich. Bis 1966 waren es insgesamt 27,6 Milliarden DM.[1]

7. Januar 1971

GROSS-BRITANNIEN—NIEDER-LANDE—BRD

URAN-TRENNUNG MIT GAS-ZENTRIFUGEN

Die Regierungen Großbritanniens, der Niederlande und des westdeutschen Teilstaates geben den geplanten Abschluß eines Übereinkommens bekannt, nach dem sie bei der Entwicklung und Nutzung eines Gaszentrifugenverfahrens zur Anreicherung von Uran für Atomkraftwerke zusammenarbeiten werden. Die Unterzeichnung des Übereinkommens soll erfolgen, sobald das in Artikel 103 des EURATOM-Vertrages vorgesehene Verfahren abgeschlossen ist. Der Beitritt weiterer Staaten ist möglich. Sitz des „Generalunternehmers" bei der Durchführung des Verfahrens soll die westdeutsche Bundesrepublik sein.

FRANKREICH

WASSERSTOFF-BOMBE ERHÄLT VORRANG

Die französische Regierung entscheidet, bis zum Jahre 1975 der Entwicklung der Wasserstoffbombe den Vorrang vor der Entwicklung von Interkontinentalraketen des MIRV-Systems zu geben, die etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen würde. Die Entscheidung wird mit der fortgesetzten Aufrüstung der USA und der UdSSR begründet. Für das französische Militärbudget 1971—1975 werden 93,5 Milliarden Fr. veranschlagt, davon mehr als 30 Milliarden für Kernwaffenentwicklung. Die Entscheidung wird durch den Staatspräsidenten Georges *Pompidou* bekanntgegeben.[2]

16. Januar 1971

BRASILIEN

Der Schweizer Botschafter in Brasilien, Dr. Giovanni Enrico *Bucher*, wird von Stadtguerilleros in Rio de Janeiro, die ihn am 7. Dezember 1970 entführt hatten, wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem die Forderung der Guerilleros auf Entlassung von 70 politischen Gefangenen von der brasilianischen Regierung er-

TUPAMAROS LASSEN SCHWEIZER BOTSCHAFTER FREI

füllt wurde. Am 14. Januar sind die entlassenen Gefangenen in Chile eingetroffen. Außerdem mußte ein „Manifest des Volkes" der hinter dieser Entführung stehenden Kräfte durch Presse, Rundfunk und Fernsehen verbreitet werden, in dem u. a. die Verstaatlichung ausländischer Unternehmen gefordert wird.

22. Januar 1971

SINGAPORE

COMMONWEALTH-KONFERENZ GEGEN „RASSISCHE VORURTEILE"

In Singapore wird die Konferenz der Präsidenten bzw. Premierminister der Staaten des *British Commonwealth of Nations* mit einem gemeinsamen Kommuniqué und einer gemeinsamen Deklaration abgeschlossen. Darin heißt es u. a.: „Wir anerkennen, daß rassisches Vorurteil eine gefährliche Krankheit ist, welche die gesunde Entwicklung der menschlichen Rasse [!] bedroht, und das rassische Diskriminierung ein unbedingtes Übel der Gesellschaft ist." Nach diesem Grundsatz hätte das britische Weltreich niemals geschaffen werden dürfen. Cecil *Rhodes* wird nachträglich zum „Kranken" erklärt. — Die Frage einer Wiederaufnahme britischer Waffenlieferungen an Südafrika wurde heftig umstritten. *Nyerere* (Tansania), *Kaunda* (Sambia) und *Obote* (Uganda) drohten, in diesem Falle aus dem Commonwealth auszuscheiden und Sanktionen gegen Großbritannien zur Anwendung zu bringen. Der britische Premierminister *Heath* vertrat die Wiederaufnahme der Lieferungen und begründete ihre Notwendigkeit mit der Präsenz der Sowjetflotte im Indischen Ozean.

25. Januar 1971

UGANDA

STURZ OBOTES

NACHFOLGER IDI AMIN DADA

Im ostafrikanischen Staat Uganda wird der Staatspräsident Milton Apollo *Obote* in Abwesenheit durch einen Staatsstreich des „Oberbefehlshabers der Streitkräfte", „Generalmajor" *Idi Amin Dada* abgesetzt, eine Woche später das Parlament aufgelöst und ein neues Kabinett eingesetzt. Am 5. Februar wird Idi Amin als Staatspräsident und Regierungschef vereidigt werden. Kabinettsmitglieder, die nicht Soldaten sind, werden in militärischer Kurzausbildung zu Offizieren befördert und müssen einen Treueeid auf die Republik und den neuen Präsidenten leisten.

28. Januar 1971

KOPENHAGEN

VERTRÄGE

In Kopenhagen unterzeichnen Delegationen Dänemarks, der westdeutschen Bundesrepublik und der Niederlande zwei bilaterale Verträge, mit denen die Grenzen der Anteile am Festlandssockel (Schelf) in der Nordsee festgelegt werden. Der west-

deutsche Anteil bildet nach diesen Verträgen künftig einen schmalen Keil in Richtung der Elbmündungsachse, dessen Spitze etwa auf dem 56. Breitengrad den britischen Schelfanteil berührt, dessen Flanken jedoch sowohl vom niederländischen als auch vom dänischen Anteil erheblich eingedrückt werden. Die Bedeutung dieser Anteile liegt in erster Linie in den Unterwasserbohrungen nach Erdöl.

ÜBER SCHELF-ANTEILE IN DER NORDSEE

2. Februar 1971

OAS

KONVENTION GEGEN ENTFÜHRUNGEN

Die Vollversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beschließt eine „Konvention zur Verhütung und Bestrafung verbrecherischer Terrorakte gegen Menschen und damit zusammenhängende Erpressung", soweit solche Akte völkerrechtlicher Natur sind. Man will damit der zunehmenden Zahl von erpresserischen Entführungen und sonstigen Anschlägen gegen Diplomaten einflußreicher Mächte entgegenwirken. Artikel 6 der Konvention: „Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als beeinträchtige es das Asylrecht" kennzeichnet die Schwäche solcher Vereinbarungen.

5. Februar 1971

USA

DRITTE BEMANNTE MOND-LANDUNG (SHEPARD, MITCHELL)

Die amerikanischen Astronauten Alan B. *Shepard* und Edgar D. *Mitchell* (Raumschiff Apollo 14) betreten die Mondoberfläche und führen an diesem sowie dem folgenden Tage zwei jeweils über vier Stunden dauernde Wanderungen sowie eine Reihe von Versuchen durch. Sie bauen Geräte und Stationen auf, die eine intensive Mondforschung von der Erde aus ermöglichen, und bringen 50 Kilogramm Gesteinsproben mit, die Rückschlüsse auf das geologische Alter des Mondes ermöglichen sollen. Sie werden am 9. Februar wohlbehalten im südlichen Pazifik wassern.

11. Februar 1971

GROSS-BRITANNIEN—USA—UDSSR

MEERESBODEN-VERTRAG

Großbritannien, UdSSR und USA unterzeichnen in den drei Hauptstädten einen „Vertrag über das Verbot der Placierung von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenvernichtung im Meeresbett, auf dem Meeresboden und dem Untergrund hiervon". Der Vertrag wird gleichzeitig in London von 36, in Moskau von 37 und in Washington von 59 weiteren Staaten durch deren dort beglaubigte Botschafter mitunterzeichnet, hat also von Anfang an 136 Vertragspartner, und ist für den Beitritt weiterer Staaten offen. Nur fehlen die Kontrollmöglichkeiten.[3]

12. Februar 1971

BULGARIEN—BRD

LANGFRISTIGES HANDELSABKOMMEN

In Bonn wird ein langfristiges Handelsabkommen zwischen Bulgarien und dem westdeutschen Teilstaat unterzeichnet, das *rückwirkend* ab 1. Januar 1970 in Kraft tritt. Durch dieses Abkommen wird eine gemischte Kommission aus Vertretern beider Regierungen eingesetzt, um die vereinbarte Zusammenarbeit auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet zu fördern. Für Waren mit Ursprung im Hoheitsgebiet des Vertragspartners räumen sich die beiden vertragschließenden Staaten gegenseitig die Meistbegünstigung ein, soweit dies mit bereits bestehenden anderweitigen Zugeständnissen vereinbar ist.

13. Februar 1971

TEHERAN

OPEC-STAATEN IM PERSISCHEN GOLF DIKTIEREN NEUE ÖLFÖRDERUNGSBEDINGUNGEN

In Teheran schließen nach 33tägigen Verhandlungen 22 westliche Ölfirmen mit den Mitgliedstaaten der OPEC (Organisation of Petroleum Exporting Countries) im Persischen Golf (Iran, Kuweit, Saudiarabien, Abu Dhabi und Quatar) ein neues Lieferungsabkommen, das den genannten Ländern für Lieferungen ab Persischer Golf einen erheblich höheren Ertrag sichert. Für die Dauer von zunächst fünf Jahren werden die Gewinne der Ölgesellschaften in den Golfländern mit mindestens 55 Prozent versteuert werden. Das Golföl macht etwa 28 Prozent der Weltproduktion aus und kann die Bedingungen diktieren.

16. Februar 1971

UDSSR

ERFOLGE DES MONDFAHRZEUGS LUNOCHOD

Das ferngesteuerte (unbemannte) Mondfahrzeug der UdSSR, Lunochod 1, das am 17. November 1970 mit der automatischen Station Luna 17 weich auf der Mondoberfläche gelandet ist, vollendet den fünften Kilometer seiner Fahrt. Es hat drei Monate lang mit zwei je vierzehntägigen Pausen die Ergebnisse zahlreicher wissenschaftlicher Messungen und eine Kette von Standfotos zur Erde gesendet, die von der sowjetischen Bodenstation abgerufen wurden. Sie dienen in erster Linie der topographischen und geologisch-morphologischen Untersuchung der Mondoberfläche. Frankreich ist an der Auswertung beteiligt.

24. Februar 1971

ALGERIEN ÜBERNIMMT 51 PROZENT DER FRANZÖSISCHEN ÖLFIRMEN

Der Präsident Algeriens, Houari *Boumedienne*, erklärt, daß der algerische Staat mit sofortiger Wirkung die französischen Erdölgesellschaften zu 51 Prozent übernimmt und die Erdgasvorkommen in der Sahara samt dem dazugehörigen Leitungsnetz nationalisiert. Eine Entschädigung der französischen Gesellschaften und weitere Belieferung des französischen Marktes zu

Weltmarktpreisen wird zugesagt. „Wenn man uns morgen sagt, daß unser Erdöl teuer ist, so werden wir sagen: kaufen Sie es nicht!“ Am 30. Juni wird die Compagnie Française des Pétroles mit der staatlichen algerischen Erdölgesellschaft ein dementsprechendes Abkommen schließen.

VATIKAN

CASAROLI IN MOSKAU

Der Kardinalstaatssekretär (Außenminister) des Vatikan, Erzbischof Agostino *Casaroli,* trifft zu einem Sechs-Tage-Besuch in Moskau ein, um im Auftrage des Papstes den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Er wird bei dieser Gelegenheit Gespräche mit dem stellvertr. Außenminister der UdSSR, Semjon *Kosyrjew,* dem Minister für Kirchenfragen, *Kurajedow,* und dem Metropolitien der russisch-orthodoxen Kirche in Moskau, *Pimen,* führen. Gesprächsthemen sind u. a., die Situation der Katholiken in den 1944/45 von der Sowjetunion annektierten Gebieten und ein möglicher Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung.

1. März 1971

JAPANISCHE HANDELS-DELEGATION IN PEKING

GEGEN JAPANISCHE REGIERUNG

In Peking werden zweiwöchige Gespräche einer japanischen Handelsdelegation mit Regierungsmitgliedern der Volksrepublik China mit einem gemeinsamen Kommuniqué beendet. Darin wird die Politik der japanischen Regierung Sato wegen ihrer Annäherung an die USA und Förderung Taiwans sowie Südkoreas scharf verurteilt. China lehnt es ab, mit solchen japanischen Firmen Handelsbeziehungen zu unterhalten, die diese japanische Regierungspolitik unterstützen, und die japanische Delegation stimmt dem ausdrücklich zu. Bei einem Essen für die japanische Delegation bietet *Tschou En-lai* Japan einen Freundschaftsvertrag an unter der Voraussetzung, daß Japan seinen Friedensvertrag mit der nationalchinesischen Regierung auf Taiwan (Formosa) von 1952 annuliere.

5. März 1971

TSCHOU EN-LAI IN NORDVIETNAM

Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, *Tschou En-lai,* trifft an der Spitze einer starken chinesischen Partei- und Regierungsdelegation zu einem Vier-Tage-Besuch in Nordvietnam ein. In einem gemeinsamen Kommuniqué über diesen Besuch wird es u. a. heißen: „Das chinesische Volk wird dem US-Imperialismus niemals gestatten, in Indochina Amok zu laufen und zu tun, was ihm beliebt.“ Bei Fortsetzung der amerikanischen Kampfhandlungen sei es entschlossen, „auch vor größten na-

tionalen Opfern nicht zurückzuschrecken", um den indochinesischen Völkern zum völligen Sieg über die US-Streitkräfte zu verhelfen.

9. März 1971

AUSTRALIEN

RÜCKTRITT GORTONS

NACHFOLGER MCMAHON

Der Ministerpräsident Australiens, John Gray *Gorton*, entscheidet im Parteivorstand der Liberalen Partei gegen sich selbst, um einen Mißtrauensantrag im Parlament zu vermeiden, und tritt auch als Parteivorsitzender zurück. Nachfolger wird tags darauf der bisherige Außenminister William *McMahon*, der Gorton zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und zum Verteidigungsminister ernennen wird. Allerdings wird er ihn am 12. August bereits auch aus diesen Ämtern wieder entlassen müssen, da Gorton offenbar zu eigenwillig ist.

15. März 1971

FRANZÖSISCH-SOWJETISCHES URAN-ANREICHERUNGS-ABKOMMEN

Das französische Ministerium für idustrielle und wissenschaftliche Entwicklung gibt bekannt, daß nach über einjährigen Verhandlungen ein Abkommen zwischen dem französischen Atomenergie-Kommissariat und der Außenhandelsstelle der Sowjetunion Technabexport über die Anreicherung französischen Natururans in der UdSSR zustande kam. Frankreich wird 1973 800 t Natururan liefern und von der Sowjetunion in den Jahren 1974 und 1975 80 t um drei Prozent angereichertes Uran zurückerhalten. Sie sind für das in Fessenheim am Rhein geplante Atomkraftwerk bestimmt.

23. März 1971

BRÜSSEL

BAUERN-UNRUHEN GEGEN EWG-AGRAR-POLITIK

In Brüssel demonstrieren etwa 100 000 Bauern aus allen EWG-Staaten und fordern sofortige Erhöhung der Agrarpreise um mindestens zehn Prozent. Es kommt zu schweren Zusammenstößen mit der Brüsseler Polizei mit 128 Verletzten und einem Toten. Die Demonstration findet anläßlich der Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaften statt, der über Agrarpreiserhöhungen zwischen drei und acht Prozent berät. Den Bauern geht es um eine Annäherung ihres Einkommen an die Industrielöhne, zum Teil auch um ihre bloße Existenz gegenüber den „Schrumpfungs"-Tendenzen der EWG-Politik.

12. April 1971

INDIEN

VOLKS-ZÄHLUNG

Das indische Innenministerium veröffentlicht das Ergebnis der vom Statistischen Zentralamt durchgeführten Volkszählung in Gesamtindien (per 1. April 1971). Danach beträgt die Gesamt-

einwohnerzahl aller indischen Staaten und Unionsgebiete 546 955 945. Sie hat seit 1961, also im letzten Jahrzehnt um 24,57 Prozent zugenommen (von 1951 bis 1961 um 21,64 Prozent) und entspricht nunmehr einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 182 Menschen pro Quadratkilometer. Die Beschleunigung in der Bevölkerungszunahme trotz schwerer Hungersnöte in Teilgebieten ist bemerkenswert.

14. April 1971

CHINA—USA

TISCHTENNIS-DIPLOMATIE

TSCHOU EN-LAI

Die Regierung der Volksrepublik China bereitet einer von ihr eingeladenen Tischtennismannschaft der USA einen betont freundlichen und gelockerten Empfang, bei dem *Tschou En-lai* sich entspannt und jovial gibt. „Er schüttelte allen die Hand, ließ sich mit jeder Delegation fotografieren, plauderte sich durch den Raum, stellte Fragen, lachte, scherzte, zitierte chinesische Sprichwörter, machte aus dem ganzen Empfang einen großen Auftritt.“ Sogar für die Hippies findet er verständnisvolle Worte und umwirbt mit alledem in erster Linie die Journalisten im Sinne künftig verstärkter chinesisch-amerikanischer Kontaktpflege. (Vgl. hierzu 5. März 1971 !) Noch am selben Tage gibt US-Präsident Richard *Nixon* in einer Erklärung wesentliche Erleichterungen im Handel und im Besucheraustausch mit der Volksrepublik China bekannt. Andererseits wird elf Tage später *Tschou En-lai* auf einem Bankett des kambodschanischen Prinzen Norodom *Sihanouk* sagen: „Der revolutionäre Sturm des amerikanischen Volkes gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der Nixon-Regierung schwillt gegenwärtig rasch und lebhaft an ...“

16. April 1971

CEYLON

BÜRGERKRIEG

NORD-KOREANER AUSGEWIESEN

Aus Ceylon werden 18 Nordkoreaner, darunter die Angehörigen der nordkoreanischen Botschaft, nach Moskau ausgeflogen. Die Regierung Ceylons unter der Ministerpräsidentin Frau Sirimawo Rattwate *Bandaranaike* macht sie für die Entfesselung des Bürgerkrieges verantwortlich, der sich seit dem 16. März aus dem Aufstand der Janathan Vimukthi Peramuna („Ché-Guevara-Bewegung“) entwickelt hat und beiderseits mit ausländischen Waffenlieferungen angeheizt wird. Am selben Tage erklärt die Regierung die Arbeit auf den Tee-, Gummi- und Kokosnußplantagen im Rahmen der Notverordnungen zum Pflichtdienst.

20. April 1971

SCHWEDEN

In einem an die Botschaft der UdSSR in Stockholm gerichteten Memorandum protestiert die schwedische Regierung gegen den

PROTEST GEGEN ATOMTEST DER UDSSR

unterirdischen Kernwaffentest der UdSSR vom 22. März im Raum von Semipalatinsk/Sibirien. Dieser Test verstoße gegen das Moskauer Abkommen über das Verbot derartiger Versuche. Er habe eine solche Gewalt gehabt, daß radioaktive Stoffe aus dem unterirdischen Sprengraum ausgetreten und mit der Luftbewegung über das südliche Schweden gelangt seien. Es sei dies nicht der erste solche Vorfall. Das Moskauer Abkommen verliere so seine Bedeutung.

21. April 1971

WIEN

SALT NUR ÜBER DEFENSIV-WAFFEN

Bei der 9. Sitzung im Rahmen der SALT-Gespräche in Wien, die am 15. März wiedereröffnet wurden, vereinbaren die beiden Delegationen der UdSSR und der USA, daß künftig nahezu täglich Expertengespräche stattfinden sollen. Zuvor haben die USA ein von der UdSSR vorgeschlagenes SALT-Abkommen, das nur auf defensive Waffen beschränkt sein soll, abgelehnt. Sie streben ein Abkommen an, das auch die offensiven Waffen abrüsten soll. (SALT = Strategic Arms Limitation Talks.) Doch werden sie sich damit nicht durchsetzen. Vgl. 20. Mai 1971.[4]

HAITI

TOD DUVALS

NACHFOLGER SEIN SOHN JEAN-CLAUDE

Auf Haiti stirbt der Diktator François *Duvalier* (vgl. Polit. Lexik. a.a.O., Teil II). Tags darauf wird sein von ihm zum Nachfolger bestimmter Sohn *Jean-Claude* als Präsident auf Lebenszeit vereidigt und ein neues Kabinett gebildet mit Adrien *Raymond* als Außenminister. Maßgeblichen Einfluß üben die Schwester des neuen Präsidenten *Marie-Denise*, ihr Mann, der Oberst Max *Dominique*, und der Oberbefehlshaber der Armee, Brigadegeneral Claude-Louis *Raymond*, aus. Jean-Claude Duvalier kündigt an, daß er einen scharf antikommunistischen Kurs steuern werde.

3. Mai 1971

DDR

RÜCKTRITT ULBRICHTS

NACHFOLGER HONECKER

Im mitteldeutschen Sowjet-Satellitenstaat tritt Walter *Ulbricht* anläßlich der 16. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei (SED) vom Amt des Ersten Sekretärs zurück, das er 18 Jahre lang (seit 1953) innegehabt hat. Zum Nachfolger wird auf seine Empfehlung hin, wie vorher im Politbüro beschlossen, Erich *Honecker* gewählt. Dieser war seit seinem 14. Lebensjahr aktiv in der kommunistischen Jugendorganisation im Saargebiet tätig, wurde mit 18 Jahren in die Schule der KJI nach Moskau gesandt, Anfang 1936 verhaftet und im Juni 1937

zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. 1946 übernahm er den Vorsitz der neugegründeten „Freien deutschen Jugend" (FDJ) im sowjetisierten Mitteldeutschland, 1956 studierte er in Moskau insbesondere Sicherheitsfragen (im Sinne des Staatssicherheitsdienstes).

17. Mai 1971

KANADA

TRUDEAU IN MOSKAU

Der kanadische Ministerpräsident Pierre Elliot *Trudeau* trifft zu einem zehntägigen offiziellen Besuch in der Sowjetunion ein und wird mit der Regierung der UdSSR regelmäßige Konsultationstreffen vereinbaren, mindestens einmal im Jahr. Besondere Betonung findet seitens der UdSSR die Notwendigkeit von Gesprächen mit der NATO über beiderseitige Truppenverminderung in Europa, seitens Kanadas die Gefahr der nachhaltigen Störung des ökologischen Gleichgewichts in den nördlichen Territorien bei Abbau der dort lagernden Bodenschätze. Eine Woche nach dem Besuch, am 4. Juni, wird bekannt, daß die UdSSR in Kanada 81,5 Millionen Bushel Weizen zum Preise von 145 Millionen Dollar gekauft hat.

UDSSR KAUFT KANADISCHEN WEIZEN

CHILE

OSTBLOCK-REISE ALMEYDA MEDINAS

Im Zuge der systematischen Vorbereitung der geplanten Auslieferung Chiles an den Kommunismus durch die Regierung *Allende* tritt der chilenische Außenminister Prof. Clodomiro *Almeyda Medina* eine Reise durch die europäischen Ostblockstaaten an (Ungarn, Rumänien, Polen, UdSSR, Jugoslawien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Mitteldeutschland). Er wird bis zum 12. Juni unterwegs sein und am 28. Mai in Moskau in einer Pressekonferenz erklären, Chile wolle sich im Zuge seiner Bemühungen um die Umwandlung in einen sozialistischen Staat nunmehr dem COMECON anschließen.

BEITRITTS-ABSICHT ZUM COMECON

20. Mai 1971

SALT

NIXON GIBT NACH

Der Präsident der USA, Richard M. *Nixon*, erklärt im Rundfunk, die Regierungen der USA und der UdSSR seien übereingekommen, die SALT-Gespräche in Wien (vgl. 21. April 1971) zunächst auf eine „Vereinbarung zur Begrenzung des Aufbaus von Raketenabwehrsystemen (ABMS) zu konzentrieren". Später sollen dann auch „gewisse Maßnahmen im Hinblick auf die Beschränkung der strategischen Offensivwaffen", also der eigentlichen Kernwaffen, vereinbart werden. Mit anderen Worten, der Standpunkt der UdSSR hat sich bei deren zäher Verhandlungsweise wieder einmal durchgesetzt.

1. Juni 1971

RUMÄNIEN

CEAUSESCU IN PEKING

GROSSER EMPFANG

AUCH IN NORDVIETNAM UND MONGOLEI

Der Staatspräsident und Parteichef von Rumänien, *Nicolae Ceausescu*, trifft zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Begleitung von *Georghe Maurer* und *Manea Manescu* in Peking ein, wo ihm von *Tschou En-lai* ein ausgesprochen herzlicher Empfang bereitet wird. Bereits Anfang des Jahres erhielt Rumänien ein langfristiges zinsfreies Darlehen von China zum Kauf vollständiger technischer Einrichtungen, im März wurde u. a. der Status chinesischer Experten in Rumänien vereinbart. Am 2. Juni wird *Ceausescu* auch mit Prinz *Norodom Sihanouk* von Kambodscha verhandeln, der in Peking im Exil lebt. Am 9. Juni wird er nach Nordkorea weiterreisen, von dort bis zum 24. Juni auch Nordvietnam und die Mongolei besuchen. Da er überall auf seiner Reise die Souveränität und Unabhängigkeit der einzelnen sozialistischen bzw. kommunistischen Staaten besonders betont, werden bei seinem Rückflug, den er in Moskau unterbricht, *Breschnew* und *Podgornyj* nicht zu seiner Begrüßung erscheinen.

17. Juni 1971

TOKIO

RÜCKGABE OKINAWAS AN JAPAN

VERTEIDIGUNGSPFLICHT

In Tokio unterzeichnet der japanische Außenminister *Aichi*, in Washington der US-Staatssekretär *Rogers* ein Abkommen über die Rückgabe der Inselgruppe Okinawa an Japan. Japan seinerseits genehmigt den USA weiterhin die Benutzung ihrer militärischen Anlagen auf der genannten Inselgruppe sowie des Senders „Voice of America“ und verpflichtet sich in einem Zusatzabkommen, die Verantwortung für die unmittelbare Verteidigung Okinawas mit genau vereinbarten Streitkräften und Waffen zu übernehmen. Dieses Zusatzabkommen wird erst nach den japanischen Wahlen vom 27. Juni bekanntgegeben werden, da es auf starke Opposition stößt. Das Abkommen wird in den USA erst am 10. November 1971 ratifiziert werden und damit in Kraft treten. Vgl. 15. Mai 1972.

21. Juni 1971

DEN HAAG

IG ENTSCHEIDET GEGEN SÜDAFRIKAS VERWALTUNG

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag gibt ein Gutachten (Advisory Opinion) über die rechtlichen Konsequenzen der fortgesetzten Anwesenheit Südafrikas in Südwestafrika ab, und zwar auf Ersuchen des Sicherheitsrates der UNO. Mit 13 Stimmen gegen die beiden Stimmen des britischen und des französischen Richters entscheidet der Gerichtshof, daß die Anwesenheit Südafrikas in Südwestafrika illegal und Südafrika

daher verpflichtet sei, seine Verwaltung aus Südwestafrika abzuziehen. Der südafrikanische Ministerpräsident Balthasar J. *Vorster* weist noch am selben Tage das Gutachten zurück.

VON SÜDWESTAFRIKA

30. Juni 1971

Der Oberste Gerichtshof der USA entscheidet mit sechs gegen drei Stimmen, daß der Versuch der Regierung, die Veröffentlichung der sogenannten „Pentagon Papers" zu verbieten, unzulässig sei, und bestätigt damit ein früheres Urteil der Distriktgerichte New York-Süd und Columbia im Falle der „New York Times" und der „Washington Post". Der vollständige Titel der „Pentagon Papers" ist: „History of US Decision Making Process on Vietnam-Policy". Die Arbeit umfaßt 3000 Druckseiten und 4000 Seiten Dokumente. Sie wurde 1967/68 im Auftrage des Verteidigungsministers Robert S. *McNamara* von 35 Regierungsautoren verfaßt und behandelt die Indochinapolitik der USA vom Ende des 2. Weltkrieges bis zum Beginn der Pariser Friedensgespräche im Mai 1968. Sie gilt als streng vertraulich (top secret), und ihre Veröffentlichung in der Presse muß eine zielgerichtete Außenpolitik der USA, insbesondere im südostasiatischen Raum weitgehend lähmen. Die drei Richter, die gegen die Entscheidung stimmen, beanstanden vor allem die unangemessene Hast, mit der das Verfahren durchgeführt wurde.

USA

OBERSTER GERICHTSHOF FÜR VERÖFFENTLICHUNG DER „PENTAGON PAPERS"

5. Juli 1971

Der französische Staatspräsident Georges *Pompidou* trifft zur Wahrnehmung der deutsch-französischen Konsultationen in Bonn ein. Mit ihm kommen Außenminister Maurice *Schumann*, Finanzminister Valéry *Giscard d'Estaing* und Industrieminister François Xavier *Ortoli*. Ministerpräsident Jacques *Chaban-Delmas* und Verteidigungsminister Michel *Debré* folgen. Die Gespräche mit der westdeutschen Bundesregierung drehen sich um das gespannte Währungsverhältnis, das durch die Freigabe des Wechselkurses der D-Mark entstanden ist, um die Erweiterung der EWG und um die Frage der west-östlichen Truppenverminderung.

FRANKREICH

POMPIDOU IN BONN

KONSULTATIONEN

14. Juli 1971

Eine Reihe europäischer Großfirmen (Konzerne) unterzeichnen mehrere Abkommen über Austausch von Lizenzen und „Knowhow" bei Entwicklung und Konstruktion von *Atomreaktoren* (sowohl der zu dieser Zeit bereits üblichen als auch der künftigen

INTEREUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

BEIM BAU VON ATOM-REAKTOREN

MORD AN DER ZUKUNFT

Generation der „schnellen Brüter"), über die Lieferung solcher Reaktoren an Drittländer und über Produktion und Lieferung von Brennstoffen. Beteiligt sind insbesondere die deutsche Kraftwerk-Union AG (K.W.U.), eine Tochtergesellschaft von Siemens und AEG-Telefunken, und die britische Nuclear Power Group (T.N.P.G.). Die Abkommen werden mit Zustimmung der betreffenden nationalen Atomenergiebehörden geschlossen. Sie bereiten einen entscheidenden Eingriff in die Lebensmöglichkeit künftiger Generationen von Pflanzen, Tieren und Menschen vor und kennzeichnen das vollständige Fehlen von Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem irdischen Leben überhaupt.

15. Juli 1971

NIXON VON TSCHOU EN-LAI NACH CHINA EINGELADEN

Der Präsident der USA, Richard *Nixon*, gibt in einer Fernsehansprache bekannt, daß er vom Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, *Tschou En-lai*, zu einem Besuch nach Peking eingeladen worden sei und diesen Besuch noch vor dem Mai 1972 durchführen werde. Sechs Tage zuvor ist der Sicherheitsberater, Henry *Kissinger*, von Pakistan aus insgeheim nach Peking geflogen, zwei Tage lang dort geblieben und hat etwa zwanzig Stunden mit *Tschou En-lai* konferiert. Vgl. hierzu 5. März und 14. April 1971! Kissinger ist sogar von *Mao Tse-tung* empfangen worden.

21. Juli 1971

BELGIEN

KULTURRÄTE FÜR FLAMEN UND WALLONEN

In Belgien werden gemäß der Verfassungsreform vom Dezember 1970 durch Gesetz Kulturräte sowohl für die wallonisch-frankophone als auch für die flämisch-niederländische Sprachgemeinschaft eingesetzt. Senat und Kammer nehmen das Gesetz mit großer Mehrheit an. Alle Abgeordneten von Kammer und Senat gehören künftig — entsprechend ihrer eigenen Sprachzugehörigkeit — einem dieser beiden Kulturräte an, die über kulturelle Belange im weitesten Sinne einschließlich Jugendpolitik, Sport und Reisen zu entscheiden haben werden. Diese Gegenstände werden im Gesamtparlament nicht mehr verhandelt werden.

5. August 1971

GENF

KONVENTIONS-ENTWURF

Der Genfer Abrüstungskonferenz (Komitee) unterbreiten die Delegierten der UdSSR und der USA den gemeinsamen Entwurf zu einer Konvention, durch die eine Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und

toxischen (chemischen) Waffen verboten und die Vernichtung solcher Waffen bestimmt werden soll. Der Text dieses Konventionsentwurfes sieht ausdrücklich eine unbehinderte Verarbeitung, Verwendung oder Produktion von bakteriologischen (biologischen) Wirkstoffen und Toxinen für friedliche Zwecke weiterhin vor.[5]

GEGEN B- UND C-WAFFEN

15. August 1971

Um einem erneuten Währungsverfall des US-Dollars zu begegnen, verkündet Präsident *Nixon* eine Sanierungsprogramm, das 1.) neue und bessere Arbeitsplätze schaffen, 2.) das weitere Ansteigen der Lebenshaltungskosten verhindern und 3.) den Dollar vor den Angriffen internationaler Währungsspekulanten schützen soll. U. a. wird die Konvertierbarkeit des Dollars in Gold ausgesetzt und ab 16. August eine zusätzliche Importabgabe in Höhe von zehn Prozent erhoben. Die Folge ist, daß sämtliche europäischen Devisenmärkte geschlossen werden. Eine einheitliche Haltung der EWG-Staaten kommt nicht zustande.

USA

SANIERUNGS-PROGRAMM GEGEN DOLLAR-VERFALL

22. August 1971

In Bolivien wird der Präsident Juan Josè *Torres* (seit Oktober 1970) durch einen Putsch der politischen Rechten gestürzt. Die Nachfolge tritt Oberst Hugo *Banzer Soares* an. Er bildet eine Regierung aus Offizieren sowie Angehörigen der Sozialistischen Falange und der Nationalrevolutionären Bewegung, mithin eine Regierung, die die Tendenz eines nationalen Sozialismus verfolgt. Banzer Soares hat im Januar schon einen Putschversuch unternommen, ist bei dessen Scheitern nach Argentinien geflohen und bei seiner Rückkehr am 19. August verhaftet worden. Das führte den Umsturz herbei.

BOLIVIEN

STURZ TORRES'

NACHFOLGER BANZER SOARES

31. August 1971

Der westdeutsche Teilstaat kauft in den USA für die Umrüstung der Bundesluftwaffe 175 Düsenflugzeuge vom Typ F-4F-Phantom zum Preise von insgesamt 3,9 Millarden D-Mark. Ein entsprechender Kaufvertrag wird in Washington unterzeichnet. Herstellerfirma der Flugzeuge ist McDonell in St. Louis. Die Maschinen sollen zum Teil den Typ F-104G (Starfighter) der Firma Lockhead ersetzen, mit dem zahlreiche westdeutsche Piloten abgestürzt und ums Leben gekommen sind. Die Firma Lockhead hat maßgebliche Persönlichkeiten bestochen, um sie für den Ankauf des Starfighter zu gewinnen.

BRD KAUFT IN USA 175 PHANTOM-JÄGER

3. September 1971

BERLIN

VIERMÄCHTE-ABKOMMEN

Im Gebäude des ehemaligen alliierten Kontrollrats in West-Berlin unterzeichnen die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR anläßlich ihres 35. Treffens ein Viermächteabkommen über Berlin, das den Verkehr zwischen Westberlin und dem westdeutschen Teilstaat sicherstellen und erleichtern soll. Es wird darin wiederum festgestellt, daß West-Berlin kein Bestandteil der westdeutschen Bundesrepublik ist und auch nicht von dieser regiert wird. Über den Charakter dieser Bindung sowie über den Verkehr zwischen West- und Ost-Berlin wird das Abkommen zu keiner klaren Entscheidung führen.

ANHALTENDER NOTENWECHSEL

Im Zusammenhang mit diesem Viermächteabkommen und zu dessen Auslegung im einen oder anderen Sinne werden in den darauffolgenden Wochen zwischen den beteiligten Regierungen eine Vielzahl von Noten, Mitteilungen und Briefen gewechselt werden, die aber in ihrer Gesamtheit die reale Substanz des Abkommens weder verändern noch bereichern können. Die grundsätzlichen Auffassungsunterschiede, die seinerzeit zur Auflösung des alliierten Kontrollrates geführt haben, finden auch in diesem Austausch von Schriftstücken ihren Niederschlag.

8. September 1971

ZAIRE (KONGO)

ISRAELISCHE MILITÄRHILFE

In Kinshasa, der Hauptstadt von Kongo (Zaire) wird ein Abkommen mit Israel über militärische Zusammenarbeit, das bedeutet: über israelische Militärhilfe unterzeichnet. Bei dieser Gelegenheit erklärt der Außenminister von Kongo, Mario *Cardoso,* das Abkommen normalisiere lediglich einen seit acht Jahren, also seit 1963 bestehenden Zustand, und erinnert an die Hilfe Israels bei „der Formierung der Elitetruppen der nationalen kongolesischen Armee“. Israel leistet auch anderen afrikanischen Staaten Militärhilfe, in denen die Araber noch aus der Zeit des Sklavenhandels her als der traditionelle Feind betrachtet werden.[6]

12. September 1971

CHINA

TOD LIN PIAOS

Der Verteidigungsminister der Volksrepublik China und designierte Nachfolger Mao Tse-tungs, Marschall *Lin Piao* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II), kommt bei einem Flugzeugabsturz in der Mongolischen Volksrepublik ums Leben. Nach offizieller chinesischer Darstellung soll er nach einem mißglückten Staatsstreich gegen Mao Tse-tung auf der Flucht in die UdSSR ge-

wesen sein. (In diesem Sinne soll Mao Tse-tung angeblich den französischen Außenminister Maurice Schumann am 10. Juli 1972 über den Vorfall unterrichtet haben.)[7]

17. September 1971

JAPANISCHE REGIERUNGSFEINDLICHE DELEGATION IN PEKING

Auf Einladung der China-Japan-Freundschafts-Gesellschaft in der Volksrepublik China trifft dort eine Delegation der japanischen Abgeordneten-Liga für die Wiederherstellung japanisch-chinesischer Beziehungen ein und wird bis zum 4. Oktober bleiben. Der Delegation gehören liberal-demokratische, sozialistische und sozialdemokratische japanische Parlamentarier an. In einem gemeinsamen Schlußkommuniqué werden Gastgeber und Gäste die „Wiederbelebung des japanischen Militarismus" verurteilen, die japanischen Gäste werden ihre Opposition gegen die Politik der japanischen Regierung *Sato* erklären.

22. September 1971

BRESCHNEW IN BELGRAD

Der Parteichef der UdSSR, Leonid *Breschnew*, trifft zu einem inoffiziellen Freundschaftsbesuch in Jugoslawien ein und führt dort laut Kommuniqué Gespräche mit Marschall Josip *Broz-Tito* „im Geist der Freundschaft, der kameradschaftlichen Offenheit und des gegenseitigen Verstehens". Bei einem abendlichen Festessen erklärt Breschnew die „Doktrin von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten" zum „Lügenmärchen" und die Einmarschbereitschaft sowjetischer Armeen in den Balkan zu „Gerüchten", beides offensichtlich auf ernste Vorstellungen *Titos* hin.

BRESCHNEW-DOKTRIN „LÜGENMÄRCHEN"

27. September 1971

JAPAN

AUSLANDSREISE KAISER HIROHITOS

Der japanische Kaiser *Hirohito* tritt mit der Kaiserin *Nagako* eine Auslandsreise an, die erste Auslandsreise eines japanischen Kaisers überhaupt, und trifft zunächst in Alaska mit dem US-Präsidenten Richard *Nixon* zusammen. Die Weiterreise wird ihn nach Dänemark, Belgien, Frankreich, Großbritannien, in die Niederlande, die Schweiz und den westdeutschen Teilstaat führen. Es wird verschiedentlich, insbesondere in den Niederlanden, zu Zwischenfällen kommen, da Hirohito ja auch während des zweiten Weltkriegs regierte. Die Reise wird bis zum 14. Oktober dauern.

28. September 1971

UNGARN—VATIKAN

Nach einer entsprechenden Vereinbarung zwischen der kommunistischen Regierung Ungarns und dem Vatikan verläßt der

KARDINAL MINDSZENTY MUSS NACH ROM

Kardinal *Mindszenty* auf heftiges Zureden des vatikanischen Staatssekretariats sein Exil in der US-Botschaft in Budapest, wo er seit dem Zusammenbruch des ungarischen Volksaufstandes von 1956 zugebracht hat, und reist über Wien nach Rom. Dort wird er vorübergehend im Vatikan Unterkunft zugewiesen erhalten (wie gerüchteweise verlautet, unter Verschluß). Seine Anwesenheit in Ungarn stand einem Abkommen des Vatikans mit der ungarischen (atheistischen) Regierung im Wege.

30. September 1971

USA—UDSSR

ABKOMMEN ÜBER „HEISSEN DRAHT"

In Washington unterzeichnen die Außenminister der USA und der UdSSR, *Rogers* und *Gromyko,* ein Abkommen zur Verringerung der Gefahr eines Kernwaffenkriegs und ein weiteres Abkommen über die Verbesserung der direkten Fernmeldeverbindung. Beide Abkommen sollen dem „Schutze gegen einen ungewollten oder unautorisierten Einsatz von Nuklearwaffen" dienen und eine noch rechtzeitige Verständigung zwischen Washington und Moskau, und zwar zwischen den jeweiligen Chefs der Regierungen, durch zusätzliche direkt geschaltete Leitungen technisch sicherstellen.

1. Oktober 1971

NATO

LUNS WIRD GENERAL-SEKRETÄR

Der Außenminister der Niederlande, Joseph M. A. H. *Luns,* tritt sein neues Amt als Generalsekretär der NATO an. Der Ministerrat der NATO hat ihn bei der Frühjahrstagung in Lissabon am 4. Juni gebeten, das Amt ab 1. Oktober zu übernehmen (als Nachfolger des Italieners Brosio). Luns, Jahrgang 1911, ist Jurist und Volkswirtschaftler und seit Mitte der dreißiger Jahre im diplomatischen Dienst der Niederlande tätig (Bern, Lissabon, London). 1952 wurde er stellvertr. Außenminister, 1956 Außenminister.

WASHINGTON

„BRETTON-WOODS"-JAHRES-TAGUNG

In Washington findet die Jahrestagung der „Bretton-Woods-Institute", darunter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, ihren Abschluß. An letzterem sind nunmehr 117 Staaten beteiligt, von denen 110 auch an den Sonderziehungsrechten teilhaben. Der Gesamtbetrag der Quoten ist im letzten Jahr von 21 auf 28 Millionen Dollar gestiegen, davon entfallen auf die USA 6,7, auf Großbritannien 2,8, auf die westdeutsche Bundesrepublik 1,6, auf Frankreich 1,5, auf Japan 1,2, auf Kanada 1,1 und auf Italien 1,0 Millionen Dollar.

6. Oktober 1971

Der Kaiser von Äthiopien, *Haile Selassie,* trifft zu einem offiziellen Acht-Tage-Besuch in der Volksrepublik China ein und wird zunächst von Ministerpräsident *Tschou En-lai,* am 8. Oktober auch von *Mao Tse-tung* empfangen. Am 7. Oktober trifft er mit dem im Exil lebenden Prinzen Norodom *Sihanouk* (Kambodscha) zusammen. Ergebnis des Besuches wird ein am 9. Oktober unterzeichnetes Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein Handelsabkommen Äthiopiens mit China sein, das u. a. die Zusage eines langfristigen Kredits von etwa 300 Millionen DM enthält.

ÄTHIOPIEN

HAILE SELASSI IN PEKING

11. Oktober 1971

Der oberste Rechnungshof der chilenischen Regierung *Allende Gossens* gibt bekannt, daß von den durch Verfassungsänderung vom 11. Juli verstaatlichten US-Firmen die Kennecott Copper Corp. keine Entschädigung erhalten werde, da sie dem chilenischen Staat über 310 Millionen Dollar schulde. Zehn Tage später wird US-Außenminister William P. *Rogers* gegenüber Vertretern betroffener Firmen erklären, die USA würden jegliche Finanzhilfe an Chile einstellen, falls dieses sich weiterhin weigere, Entschädigung für die Verstaatlichung zu zahlen.

CHILE US-FIRMA ENTSCHÄDIGUNGSLOS ENTEIGNET

12. Oktober 1971

Im Iran beginnen die Feierlichkeiten aus Anlaß des 2500jährigen Bestehens des persischen Kaiserreiches mit einer Kranzniederlegung am Grabmal Kyros' des Großen in Pasargardae durch den Schah *Mohammed Reza Pehlewi* und werden tags darauf in den Ruinen von Persepolis, wo eine Zeltstadt errichtet wurde, mit historischen Umzügen und folkloristischen Darbietungen größten Ausmaßes fortgesetzt. Zahlreiche ausländische Monarchen und Staatspräsidenten sind der Einladung des Schahs gefolgt und nehmen an den Festlichkeiten teil.

IRAN 2500 JAHRE PERSISCHES KAISERREICH

14. Oktober 1971

Der stellvertretende Innenminister der UdSSR, Boris *Schumilin,* gibt für das 1. Halbjahr 1971 die Anzahl der Juden, denen die Auswanderung aus der UdSSR genehmigt wurde, mit 4450 an. Es habe sich zum größten Teil um ältere Leute gehandelt, die dem israelischen Militärpotential nicht mehr zugute kommen könnten. Weitere Ausreisegenehmigungen an Juden würden von

UDSSR

JUDENAUSWANDERUNG

der israelischen Politik abhängig sein, die Schumilin gegenwärtig als negativ bezeichnet. Eine Änderung der israelischen Politik werde sich günstig auf die Lösung der Auswanderungsfrage auswirken.[8]

17. Oktober 1971

UDSSR

KOSSYGIN IN KANADA

ABKOMMEN ÜBER TECHNIK-AUSTAUSCH

Der Ministerpräsident der UdSSR, Alexj N. *Kossygin*, trifft zu einem zehntägigen Staatsbesuch in Kanada ein und erwidert damit den Besuch *Trudeaus* in Moskau (vgl. 17. Mai 1971). Aus dem Schlußkommuniqué dieses Gegenbesuches wird hervorgehen, daß sich die kanadische Regierung in weltpolitischen Fragen weitgehend die Auffassung der Sowjetregierung zu eigen gemacht hat. Am 20. Oktober wird ein Abkommen über wissenschaftlichen und technischen Austausch unterzeichnet werden. Eine gemischte Kommission beider Regierungen wird diese Zusammenarbeit fördern.

20. Oktober 1971

FRIEDENS-NOBELPREIS FÜR BRANDT

Das Nobel-Komitee des norwegischen Storting unter Vorsitz von Frau Aase *Lionaes* verleiht den Friedensnobelpreis für 1971 dem westdeutschen Bundeskanzler Willy Brandt (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil II). Die Verleihung erfolgt vor allem in Anerkennung der Verdienste, die sich Brandt um die Verträge des westdeutschen Teilstaates mit der UdSSR und Polen erworben habe. Dem norwegischen Komitee gehören mehrere der sozialdemokratischen Freunde Frahms aus seiner Exilzeit in Norwegen an, die ebenfalls möglichst enge Beziehungen zum Ostblock erstreben.

25. Oktober 1971

POLEN—BRD

WILLMANN IN BONN

KONSULTATIONEN

Der stellvertretende polnische Außenminister Adam *Willmann* trifft zu den im Dezember 1970 vereinbarten westdeutsch-polnischen Konsultationsgesprächen in Bonn ein. Wie aus einem Bericht hervorgeht, den Willmann nach seiner Rückkehr in Warschau geben wird, spricht man in Bonn über die Ratifizierung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 (vgl. dort), über eine Ausweitung des westdeutsch-polnischen Handels, der industriellen Zusammenarbeit, über die von Polen gewünschte Beseitigung des Senders „Freies Europa" und über Änderung der westdeutschen Geschichts- und Erdkunde-Schulbücher im polnischen Sinne.

26. Oktober 1971

Die Vollversammlung der UNO in New York stimmt mit 76 gegen 35 Stimmen bei 17 Enthaltungen für die Anerkennung der Volksrepublik China in Peking als *einzig legaler* Vertretung Chinas und dementsprechend für Aberkennung aller Vertretungsbefugnisse der nationalchinesischen Regierung *Tschiang Kaischeks* auf Taiwan (Formosa). Der Antrag zu dieser Resolution wurde vor Albanien eingebracht. Damit findet eine Entwicklung ihren Abschluß, die im wesentlichen vom USA-Präsidenten *Truman*, General *Marshall* und dem Institute of Pacific Relations eingeleitet wurde (vgl. Polit. Lexikon a.a.O., Teil I, „CFR").

UNO

ANERKENNUNG DER VOLKSREPUBLIK CHINA
TAIWAN NICHT MEHR VERTRETEN

28. Oktober 1971

Das britische Unterhaus stimmt nach sechswöchiger Debatte mit 356 gegen 244 Stimmen dem Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften (EWG, EURATOM und EGKS) zu, obgleich noch Anfang des Monats die Labour Party bei ihrer Jahreskonferenz in Brighton den Beitritt in einem Stimmenverhältnis von 5 : 1 abgelehnt hat. Das britische Oberhaus stimmt dem Beitritt noch am selben Tage mit 451 gegen 58 Stimmen zu. Damit findet ein zehnjähriger Entscheidungsprozeß in der britischen Meinungsbildung seinen Abschluß, und die europäischen Gemeinschaften werden zusätzlich mit den Problemen des britischen Wirtschaftsverfalls nach der Liquidation des Empire belastet.

GROSSBRITANNIEN

BEITRITT ZUR EWG, EURATOM, EGKS

Der Staatspräsident Jugoslawiens, Marschall *Josip Broz-Tito*, trifft zu einem offiziellen Drei-Tage-Besuch in den USA ein, führt dort Gespräche mit Präsident *Nixon*, bei denen er Jugoslawien unter die blockfreien Staaten einreiht. Tags darauf werden Verhandlungen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit geführt. Die Weiterreise führt Tito nach Kanada, wo (mit *Trudeau*) noch weitergehende Abschlüsse zustande kommen werden, und nach Großbritannien, wo er am 8. November von Königin *Elisabeth* empfangen werden und mit Premierminister *Heath* verhandeln wird.

JUGOSLAWIEN

TITO IN DEN USA UND KANADA

SOWIE GROSSBRITANNIEN

29. Oktober 1971

Die letzten britischen Streitkräfte verlassen Singapore, von 1819 bis 1959 einer der Angelpunkte des britischen Kolonialreiches, das in zwei Weltkriegen vertan wurde. An Stelle der britischen Truppen treten ANZUK-Verbände (Australian-New Zea-

SINGAPUR

ABZUG DER BRITISCHEN TRUPPEN

land-United Kingdom-Force), an denen noch ein schottisches Bataillon (Hochlandfüsiliere) beteiligt ist. Sie übernehmen aufgrund des Abkommens vom 10. April 1971 in London den Schutz Malaysias und Singapores. Das Abkommen tritt am 1. November in Kraft.

16. November 1971

JAPAN

ERSTE PRESSE-KONFERENZ DES TENNO

Kaiser *Hirohito* von Japan erklärt vor der Presse (erste Pressekonferenz eines japanischen Kaisers), die Demonstrationen während seiner Auslandsreise kämen in ähnlicher Form auch in Japan selber vor, würden aber hier wie dort nur von einer kleinen Minderheit getragen. Er sei bereit, nochmals ins Ausland zu reisen. Während des 2. Weltkrieges habe er als konstitutioneller Monarch gehandelt, im Sinne seines Großvaters *Mutsuhito* (Meiji). Die Entscheidung zur Kapitulation 1945 sei vom damaligen japanischen Ministerpräsidenten *Suzuki* ihm, dem Kaiser, überlassen, aber im Namen Suzukis verkündet worden.

24. November 1971

UNO

CHINA LEHNT WELTABRÜSTUNGS-KONFERENZ AB

Vor der Vollversammlung der UNO in New York lehnt der Vertreter der Volksrepublik China, der stellvertr. Außenminister *Chiao Kuang-Hua,* den Vorschlag der UdSSR zu einer Weltabrüstungskonferenz ab, bezeichnet die UdSSR und die USA als Komplicen einer nuklearen Weltbeherrschung und fordert eine Gipfelkonferenz zur Abschaffung der Nuklearwaffen. Er sagt unter anderem: „Wir [China] entwickeln Kernwaffen einzig und allein zum Zwecke der Selbstverteidigung und um das nukleare Monopol der Supermächte zu brechen und schließlich die nuklearen Waffen zu eliminieren.“

SALISBURY

BRITISCH-RHODESISCHES ABKOMMEN

In Salisbury unterzeichnen der rhodesische Ministerpräsident Ian *Smith* und der britische Commonwealthminister Sir Alec *Douglas-Home* ein Abkommen zur Lösung des durch die einseitige Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens (vgl. 11. November 1965) entstandenen Konflikts. Es enthält eine Reihe von Vorschlägen, die — unbefristet — eine schrittweise Angleichung der Parlamentssitze der Afrikaner an die der Weißen (über eine Angleichung der beiderseitigen Wahlberechtigungsbedingungen) herbeiführen sollen. Nach einem Test über die Annehmbarkeit dieser und einiger weiterer Vorschläge seitens der afrikanischen Bevölkerung durch eine umherreisende britische Kommission soll dann, wenn der Test positiv ausfällt, dem britischen Parla-

ment die Gewährung der Unabhängigkeit Rhodesiens vorgeschlagen und zehn Jahre lang eine Entwicklungshilfe von jährlich fünf Millionen Pfund für Verbesserung der Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten geleistet werden.

28. November 1971

KAIRO

ERMORDUNG DES JORDANISCHEN AUSSENMINISTERS

In Kairo wird der Ministerpräsident Jordaniens, Wasfi *at-Tall*, von drei Palästina-Arabern, Mitgliedern der Organisation „Hand des Schwarzen September", ermordet. Tags darauf werden die Täter vor dem Untersuchungsrichter erklären, die nächsten Opfer würden König *Hussein* und seine Familie sein sowie alle arabischen Führer, die die Palästina-Araber zu unterdrücken versuchten. Der von Hussein ernannte Nachfolger at-Talls, *el-Louzi*, wird am 5. Dezember erklären, am Ostufer des Jordans dürften künftig keine Stützpunkte der palästina-arabischen Fedajin mehr errichtet werden.

2. Dezember 1971

PERSISCHER GOLF

FÖDERATION DER ARABISCHEN EMIRATE

Die sechs Emirate am Persischen Golf: Abu Dhabi, Dubai, Sharjah, Fujairah, Ajman und Umm al Qawain verkünden ihren Zusammenschluß zur „Föderation der Arabischen Emirate". Gleichzeitig kündigen sie die bisherigen Protektoratsverträge mit Großbritannien und schließen gemeinsam als Föderation einen neuen Freundschaftsvertrag mit Großbritannien. Ägypten und Jordanien erkennen die neue Föderation, die insgesamt etwa 160 000 Einwohner hat, umgehend an. Sie ist unter der Bedrohung durch den Iran zustande gekommen, der am 30. November drei Inseln im Persischen Golf besetzt hat, um seinerseits einer sowjetischen Besitzergreifung zuvorzukommen. (Folgen des britischen Rückzuges.)

11. Dezember 1971

OST-BERLIN

ABKOMMEN DDR—BRD ÜBER TRANSIT-VERKEHR SOWIE ZOLL-ABFERTIGUNG

Im Hause des Ministerrates des mitteldeutschen Teilstaates in Ost-Berlin unterzeichnen die mittel- und westdeutschen Staatssekretäre *Kohl* und *Bahr* die Paraphierung eines Abkommens über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen dem westdeutschen Teilstaat und West-Berlin, der durch das Gebiet des mitteldeutschen Teilstaates geleitet wird. Die einzelnen Artikel dieses Abkommens sind als Ausführungsbestimmungen des Viermächteabkommens über Berlin vom 3. September 1971 (vgl. dort) zu verstehen. Eine Anlage regelt die Praxis der Zollabfertigung. Das Abkommen wird am 17. Dezember in Bonn unterzeichnet werden.

13. Dezember 1971

AZOREN

TREFFEN NIXON—POMPIDOU

WÄHRUNGS-ANPASSUNG

Auf der Azoreninsel Terceira treffen der Präsident der USA, Richard *Nixon*, und der französische Präsident Georges *Pompidou* zu einem Konsultationsgespräch zusammen, das tags darauf mit einer gemeinsamen Erklärung abgeschlossen wird. Danach ging es um eine baldige Neuanpassung der Währungsparitäten durch eine Abwertung des US-Dollars und eine Aufwertung „gewisser anderer Währungen“ (womit vor allem die D-Mark gemeint sein dürfte). „Die Präsidenten sind übereingekommen, daß die Diskussion in geeigneten Instanzen schnell eröffnet werden sollte ...“

16. Dezember 1971

DÄNEMARK

BEITRITT ZU DEN EG

Das dänische Folketing stimmt mit 141 gegen 32 Stimmen für den Beitritt Dänemarks zu den Europäischen Gemeinschaften EWG, EURATOM und EGKS (Montanunion). Die Gegenstimmen werden von der Sozialistischen Volkspartei (einer Abspaltung der Kommunisten) und von elf Abgeordneten der sozialdemokratischen Regierungspartei sowie von vier Radikalen abgegeben. Die Abgeordneten der Faröer und Grönlands sind der Abstimmung ferngeblieben. Die Verhandlungen mit Großbritannien, Irland und Norwegen, die dem Beitritt vorausgingen, wurden am 12. Dezember mit der Einigung über die Fischereifrage abgeschlossen.

17. Dezember 1971

INDIEN—PAKISTAN

WAFFENRUHE

LÖSUNG BENGALENS VON PAKISTAN „BANGLA DESH“

RÜCKTRITT YAHYA KHANS

Der am 3. Dezember ausgebrochene Krieg zwischen Indien und Pakistan wird mit der Feuereinstellung an der westpakistanischen Front beendet, nachdem die pakistanischen Truppen in Ostpakistan (Bengalen) tags zuvor kapituliert haben. Dieser Teil des Landes löst sich als „Volksrepublik Bangla Desh“ von Pakistan und wird von Indien als selbständiger Staat anerkannt. Er ist aber wirtschaftlich nicht lebensfähig und von Anfang an einer unausweichlichen Hungerkatastrophe ausgeliefert, vor der ihn auch Indien nicht retten kann. In Westpakistan wird drei Tage später *Yahya Khan* zurücktreten. Neuer Präsident wird Zulfiqar Ali *Bhutto* werden. (Vgl. 2. Juli 1972.)

22. Dezember 1971

UNO

Die Vollversammlung der UNO in New York wählt den Chef-Delegierten und früheren Außenminister Österreichs, Kurt *Waldheim*, als Nachfolger des Burmesen *U Thant* zum vierten

Generalsekretär der Vereinten Nationen. Seine Amtszeit dauert fünf Jahre und wird am 1. Januar 1972 beginnen. Waldheim steht seit 1945 im diplomatischen Dienst Österreichs, seit 1964 im Rahmen der UNO. Im Juni 1970 wurde er Vorsitzender des Sicherheitsausschusses der Internationalen Atomenergiebehörde. Im April 1971 kandidierte er für das Amt des österreichischen Staatspräsidenten und unterlag bei der Wahl gegen Jonas.

WALDHEIM GENERALSEKRETÄR

27. Dezember 1971

In Brüssel unterzeichnen Vertreter Brasiliens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Jugoslawiens, Portugals, Schwedens und des westdeutschen Teilstaates ein internationales Übereinkommen über die Haftung beim Seetransport von Kernmaterial. Es befreit die Schiffsreedereien von der Schadenshaftung bei solchen Transporten, *wenn* der Inhaber der Kernanlage, von der das Material stammt, zum Schadenersatz für auftretende Strahlungsschäden verpflichtet ist (nach dem Pariser Übereinkommen von 1960 oder dem Wiener Übereinkommen von 1963 der IAEO).

BRÜSSEL

ABKOMMEN ÜBER TRANSPORT VON STRAHLENDEM MATERIAL ZUR SEE

1972

1. Januar 1972

FÖDERATION ARABISCHER REPUBLIKEN

Die Föderation arabischer Republiken (FAR) aus Ägypten, Libyen und Syrien tritt mit feierlichen Flaggenhissungen in den drei Hauptstädten ofiziell in Kraft. Sie war von den drei Präsidenten bereits am 17. April 1971 beschlossen und durch Volksabstimmungen am 1. September 1971 gebilligt worden. Am 4. Oktober 1971 haben die drei Präsidenten den Eid auf die neue Föderation abgelegt und den Präsidenten Ägyptens, *as-Sadat*, zum Vorsitzenden des Präsidialrates gewählt, tags darauf Kairo zur Hauptstadt der Föderation bestimmt und am 25. Dezember die Zusammensetzung des künftigen Ministerrates festgelegt.[1]

8. Januar 1972

BANGLA DESH REPUBLIK

Der neue Staatspräsident von Pakistan, Zulfiqar *Ali Bhutto*, läßt Scheich *Mujibur Rahman* aus der Gefangenschaft frei und nach London fliegen, wo dieser Bangla Desh zur souveränen und demokratischen Republik erklärt. Tags darauf wird er nach Neu Delhi fliegen und am 10. Januar in Dacca erklären, daß nunmehr alle Bindungen an Pakistan gelöst seien. Am 12. Januar wird bekanntgemacht werden, daß Abu Sayed *Choudhury* Staatspräsident und *Mujibur Rahman* Ministerpräsident sowie Außenminister von Bangla Desh seien. Auch eine provisorische Verfassung wird bekanntgegeben werden. 5,7 Millionen ostbengalische Flüchtlinge werden nach Bangla Desh zurückkehren. Für die Rückführung weiterer vier Millionen wird der Flüchtlings-Hochkommissar der UNO, *Aga Khan*, die Regierungen aller Länder zu finanzieller Hilfe auffordern.[2]

RÜCKFÜHRUNG DER FLÜCHTLINGE

22. Januar 1972

EWG-ERWEITERUNG

In Brüssel unterzeichnen die Leiter der Delegationen der zehn Vertragsstaaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaften das Vertragswerk über den Beitritt Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens. Davon wird Norwegen nach der erforderlichen Volksabstimmung, die sich gegen den Beitritt aussprechen wird, wieder abspringen. Außerdem wird sich zeigen, daß diese Erweiterung die EG noch wesentlich handlungsunfähiger machen wird, als sie es ohnehin schon war. Der Sinn eines gemeinsamen Marktes geht verloren, wenn zu viele an seinen Vergünstigungen teilhaben wollen.[3]

28. Januar 1972

ADDIS ABEBA

TAGUNG DES SICHERHEITS-RATES

In Addis Abeba beginnt eine achttägige Sondertagung des Sicherheitsrates der UNO, die erste auf afrikanischem Boden, die am 4. Februar mit einer Reihe von Resolutionen abgeschlossen werden wird. Zwei davon verurteilten Südafrika wegen seines Verbleibens in Südwestafrika und wegen seiner Politik der getrennten Entwicklung, eine verurteilt Portugal wegen Bekämpfung der Unabhängigkeitsbewegungen in Angola und Mozambique und fordert zum Boykott Portugals auf. Eine weitere Resolution, die sich gegen die jüngsten britisch-rhodesischen Abmachungen wendet, scheitert am Veto Großbritanniens.[4]

noch Januar 1972

KERN-REAKTOREN IN WESTEUROPA

Von den 37 im Rahmen von EURATOM in Betrieb oder im Bau befindlichen westeuropäischen Kernreaktoren mit Stromerzeugung entfallen auf die westdeutsche Bundesrepublik 15, auf Frankreich 12, auf Italien fünf, auf Belgien drei und auf die Niederlande zwei. Unter ihnen sind zwei als Hochtemperatur-Reaktoren angelegt (Jülich und Schmehausen) und einer als „Schneller Brüter" (Cadarache/Frankreich). Zu dieser Zeit ist die Bevölkerung noch so gut wie gar nicht auf die mit Inbetriebnahme dieser Kernreaktoren verbundene Gefährdung des zukünftigen Lebens aufmerksam geworden, ebensowenig auf den (nicht zufällig) damit verbundenen Zwang zu weltweiter, unausgesetzter Kontrolle und Überwachung, die eine Weltregierung im Sinne der One World auf Kosten des Eigenlebens der Völker herbeiführen soll und muß.

8. Februar 1972

US-STÜTZPUNKT IN GRIECHEN-LAND

Das Außenminsiterium der USA gibt bekannt, daß aufgrund einer Vereinbarung mit der griechischen Regierung Einheiten der 6. US-Flotte künftig den Hafen von Piräus als Heimathafen benutzen dürften. Etwa 6000 Marinesoldaten und 3100 Familienangehörige von Mitgliedern eines Kampfverbandes der 6. Flotte würden zeitweise in Griechenland Unterkunft finden. Die UdSSR wird daraufhin durch ihre Botschafter in Athen und Washington warnende Erklärungen abgeben lassen, daß ein solcher Schritt die Spannungen in Europa verschärfen und entsprechende Reaktionen der UdSSR notwendig machen würde.[5]

21. Februar 1972

NIXON IN PEKING

Der Präsident der USA, Richard *Nixon*, trifft zu einem Staatsbesuch (auf Einladung *Tschou En-lais)* in Peking ein und wird

gleich am ersten Tag seines einwöchigen Aufenthalts von *Mao Tse-tung* empfangen. Es ist der erste Besuch eines amerikanischen Präsidenten in China überhaupt, und dementsprechend frühzeitig und gründlich vorbereitet worden. Im Abschluß-Kommuniqué vom 27. Februar wird auch die Taiwan-Frage erörtert werden. Nixon wird darin anerkennen, daß es nur *ein* China gebe, und den Abzug aller US-Streitkräfte von Taiwan als „Endziel" bezeichnen.

JAPAN—AUSTRALIEN

ATOM-ENERGIE-ABKOMMEN

Japan und Australien unterzeichnen ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Atomenergie. Danach wird Japan sowohl australisches Uranerz importieren als auch in Australien (mit französischer Hilfe) eine Anreicherungsanlage für Uran 235 errichten. Diese Form der Zusammenarbeit ist auch darum wegweisend, weil die weiten noch nahezu menschenleeren Flächen Nord- und West-Australiens von jeher für das übermäßig eng besiedelte Japan als natürliche Ausweichmöglichkeit angesehen und — eine solche Entwicklung seitens Australien gefürchtet wurde.[6]

15. März 1972

„VEREINIGTES ARABISCHES KÖNIGREICH" (JORDANIEN)

König *Hussein* von Jordanien veröffentlicht den Plan zu einem „Vereinigten arabischen Königreich", das aus Ostjordanien und dem seit 1967 von Israel besetzten Westjordanien bestehen soll. Westjordanien soll dabei eine weitgehende innere Autonomie zugestanden werden als einer „Region Palästina" mit Jerusalem als Hauptstadt. Der Plan wird sowohl von Israel als auch von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), außerdem auch von der Föderation Arabischer Republiken abgelehnt werden — Ägypten wird deswegen sogar die diplomatischen Beziehungen zu Jordanien abbrechen.[7]

23. März 1972

UGANDA

AUSWEISUNG DER ISRAELIS

IDI AMIN

Der Staatspräsident des ostafrikanischen Staates Uganda, *Idi Amin Dada,* weist alle israelischen Militärberater und Fallschirmspringer-Instruktoren aus Uganda aus, nachdem er erfahren hat, daß nahezu 700 Israelis in Uganda tätig sind, aber nur 50 auf den Listen der Einwanderungsbehörde stehen. Die anderen müssen seiner Meinung nach illegal ins Land gekommen sein und sollen nunmehr sofort abreisen. Auch die israelischen Bauprojekte in Uganda sollen eingestellt werden. Am 30. März läßt Idi Amin die israelische Botschaft schließen und verlangt die Abreise des Personals binnen dreißig Tagen.[8]

30. März 1972

VIETNAM

GROSS-OFFENSIVE

Reguläre nordvietnamesische Streitkräfte beginnen eine Großoffensive gegen Südvietnam, die den ganzen April über andauern wird. Sie richtet sich zunächst durch die entmilitarisierte Zone hindurch gegen die südvietnamesische Provinzhauptstadt Quang Tri. Der Präsident der USA, Richard *Nixon,* ordnet daraufhin verstärkte Bombenangriffe auf Nachschub-Basen und Einsatztruppen der Nordvietnamesen an und wird die eingesetzten Bomberverbände in der Folgezeit ständig vergrößern, jedoch keine amerikanischen Bodentruppen mehr in die Kämpfe eingreifen lassen.

10. April 1972

KONVENTION GEGEN BAKTERIOLOGISCHE WAFFEN

In London, Moskau und Washington unterzeichnen die drei Außenminister Großbritanniens, der UdSSR und der USA mit den jeweiligen Botschaftern und außerdem die Vertreter von über 70 Staaten eine Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen sowie über deren Vernichtung spätestens neun Monate nach Inkrafttreten der Konvention. Diese ist am 16. Dezember 1971 durch die Vollversammlung der UNO in New York mit Resolution 2826 angenommen worden. Frankreich und die Volksrepublik China unterzeichnen *nicht.*

13. April 1972

USA

BESCHRÄNKUNG DER BEFUGNISSE DES PRÄSIDENTEN

Auf dem Höhepunkt der nordvietnamesischen Großoffensive (vgl. 30. März 1972) spricht sich der Senat der USA mit 68 gegen 16 Stimmen für ein Kriegsrechtsgesetz aus, das die Befugnisse des Präsidenten beschränken soll, in Konfliktfällen Streitkräfte ohne Zustimmung des Kongresses einzusetzen. Diese Zustimmung soll er künftig binnen 30 Tagen nach erfolgtem Einsatz zur Fortführung der Aktion einholen müssen. Die Vorlage wird nach der Abstimmung an das Repräsentantenhaus weitergegeben. Im Senat übt der CFR (vgl. Polit Lexikon, Teil I) einen maßgebenden Einfluß aus.[9]

BRD

MISSTRAUENSANTRAG GEGEN BRANDT-SCHEEL

27. April 1972

Der westdeutsche Bundestag stimmt über einen von der CDU/CSU eingebrachten „konstruktiven Mißtrauensantrag" (nach Artikel 67 des Grundgesetzes) gegen die Regierung Brandt/Scheel ab. Der Antrag wird begründet mit den Ostverträgen (vgl. 12. August und 7. Dezember 1970), mit zerrütteten Staats-

finanzen und mit zunehmendem neomarxistisch-sozialistischem Trend innerhalb der Regierungspartei. Der Antrag wird abgelehnt , da zwei Stimmen zur erforderlichen Mehrheit fehlen. — Später wird monatelang in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen vertuscht werden, ob, bzw. daß die beiden fehlenden Stimmen durch gewöhnliche Bestechung gekauft wurden. Der Verdacht wird nicht ausgeräumt. Auch der CDU/CSU scheint nicht an einer Klärung gelegen. Die Atmosphäre, in der diese Untersuchungen stattfinden, ist durch vollständigen Mangel an persönlicher und politischer Sittlichkeit gekennzeichnet, wie den Umständen nach nicht anders zu erwarten. (Vgl. hierzu auch 17. Mai 1972.)

PARLAMENTARISCHE UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE

29. April 1972

In dem kleinen ostafrikanischen Staat Burundi (seit 1962 unabhängig, vormals belgisches Mandatsgebiet) geht der Staatspräsident von eigenen Gnaden, „Oberst" *Michel Micombero,* zur Alleinherrschaft über und entläßt sowohl die Regierung als auch die Führer der Regierungspartei. Die Folge ist ein Aufstand, dessen Bekämpfung durch das Militär sich zu schwersten Stammeskämpfen zwischen Hutu und Tutsi (Bahutu und Watussi) auswächst, wie schon Ende 1965, und mehrere tausend Tote, zumeist Bahutu, kosten wird. Weit über 10 000 fliehen über die Grenze, nach Zaire (Kongo).[10]

BURUNDI

MICOMBERO ALLEINHERSCHER

STAMMESKÄMPFE

3. Mai 1972

Der kubanische Partei- und Regierungschef Fidel *Castro* tritt eine politische Reise an, die ihn nacheinander nach Guinea, Sierra Leone, Algerien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, in den mitteldeutschen Sowjetsatellitenstaat, die Tschechoslowakei, schließlich nach Moskau und auf dem Rückflug noch nach Marokko führen wird. Das Fazit der Reise, die bis zum 6. Juli dauern wird, ist die Eingliederung Kubas in den von der Sowjetunion kontrollierten Ostblock und die Aufgabe eines eigenen kubanischen Kurses. Am 10. Juli wird Kuba als Vollmitglied in den COMECON aufgenommen werden.

KUBA

CASTRO AUF AUSLANDSREISE

KUBA IM COMECON

10. Mai 1972

Der Staatspräsident von Indonesien, General *Suharto* (vgl. Polit. Lexik., Teil II), trifft zu einem fünftägigen Besuch in Japan ein. Im Verlauf seiner Gespräche und Verhandlungen dort wird die japanische Regierung Indonesien einen langfristigen

INDONESIEN

SUHARTO IN JAPAN

Kredit zur Entwicklung der indonesischen Erdölindustrie in Höhe von 186 Millionen Dollar bewilligen. Damit festigt Japan seine Position als führende Finanz- und Wirtschaftsmacht im südostasiatischen Raum und wird auch für China zu einem noch unentbehrlicheren Partner.[11]

11. Mai 1972

USA

PIPELINE DURCH ALASKA

Die Regierung der USA beschließt den Bau einer Erdöl-Leitung (Pipeline) in Alaska von der Prudhoe Bay am Nördlichen Eismeer bis zum eisfreien Hafen Valdez am Golf von Alaska (Pazifik). Sie soll den Abtransport des in Nordalaska gefundenen Erdöls und Erdgases ermöglichen und wird etwa eine Länge von 1400 Kilometern haben. Der Bau wird durch ein Konsortium von sieben Ölgesellschaften durchgeführt werden. Das Alaska-Öl wird auf ein Viertel der Erdölreserven der USA geschätzt, die insgesamt den Eigenbedarf nicht decken können.[12]

15. Mai 1972

JAPAN

RÜCKGABE OKINAWAS

In Tokio wird die am 17. Juni 1971 (vgl. dort) vertraglich vereinbarte Rückgabe der Okinawa- (Ryukyu-)Inseln an Japan in Gegenwart von Kaiser *Hirohito* und US-Vizepräsident *Spiro Agnew* sowie der japanischen Regierung unter Führung von Ministerpräsident Eisaku *Sato* feierlich vollzogen. Die japanischen Linksparteien demonstrieren gleichzeitig gegen die weitere Anwesenheit von US-Streitkräften auf japanischem Boden. Am selben Tage versichert US-Außenminister William P. *Roger* in einem offiziellen Schreiben, daß auf den Okinawa-Inseln keine atomaren Waffen mehr gelagert sind, und Präsident *Nixon* eröffnet eine direkte Fernsprechverbindung zwischen dem Weißen Haus und der Residenz des japanischen Ministerpräsidenten in Tokio.[13]

17. Mai 1972

BRD

OSTVERTRÄGE RATIFIZIERT

CDU-STIMMEN-ENTHALTUNG

Der westdeutsche Bundestag stimmt in zweiter Lesung den Ratifizierungsgesetzen für die Verträge mit der UdSSR und mit Polen vom 12. August und 7. Dezember 1970 (vgl. dort!) zu, mit jeweils 248 Ja- und nur vereinzelten Nein-Stimmen. Die CDU-CSU-Fraktion enthält sich der Stimme, nachdem die beiden Schwesterparteien sich tags zuvor nicht über eine klare Entscheidung einigen konnten. D. h., die CDU/CSU unternimmt nichts, um den endgültigen und bindenden Verzicht auf die 1945 von der UdSSR annektierten und z. T. Polen überlassenen Gebiete zu verhindern, nicht einmal einen Versuch.

Zwei Tage später wird auch der westdeutsche Bundesrat den Ratifizierungsgesetzen für die beiden Verträge zustimmen. Auch hier werden sich die von CDU und CSU regierten Länder der Stimme enthalten. Eine gemeinsame Bundestagsresolution aller Parteien zu den Verträgen, die das schlechte Gewissen der westdeutschen Parlamentarier beruhigen, bzw. die Wähler beruhigen soll, wird von der polnischen Regierung als einseitig und völkerrechtlich unverbindlich erklärt werden.[14]

22. Mai 1972

CEYLON

REPUBLIK SRI LANKA

Auf Ceylon proklamiert Ministerpräsidentin Frau Sirimawo Rattwate *Bandaranaike* die Republik Sri Lanka im Rahmen des britischen Commonwealth of Nations. (Sri Lanka ist der alte Name Ceylons, den es als ununterbrochene Monarchie von 543 vor Chr. bis 1815, der Unterwerfung durch die Engländer führte.) Der bisherige Generalgouverneur der britischen Krone, Sir William *Gopallawa*, wird erster Präsident der Republik und noch am selben Tage von Frau Bandaranaike auf dieses Amt vereidigt. Die neue Verfassung enthält die Verpflichtung, „progressiven Fortschritt" auf dem Wege zur sozialistischen Demokratie zu erzielen und u. a. kollektive Eigentumsformen zu entwickeln. Doch bleibt immerhin dem Staat auch die Pflicht auferlegt, den Buddhismus zu schützen und zu fördern, bei zugesicherter Kultfreiheit für andere Religionen.[15]

26. Mai 1972

MOSKAU

USA—UDSSR ABM-ABKOMMEN

RAKETEN-ABKOMMEN

Der Präsident der USA, Richard *Nixon*, der sich seit dem 22. Mai in der UdSSR aufhält, unterzeichnet in Moskau eine Reihe von Abkommen, darunter den „Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung von ballistischen Raketenabwehrsystemen" (ABM-Systemen), der bei den letzten SALT-Runden in Wien und Helsinki ausgehandelt wurde, und das „Interimsabkommen zwischen der UdSSR und den USA über bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung von strategischen Offensivwaffen", in dem die beiderseitige Höchstzahl von Abschußvorrichtungen von Raketen zu Lande und auf U-Booten festgelegt wird.[15a]

1. Juni 1972

SÜDAFRIKA

Die südafrikanische Regierung gibt dem zweiten der Bantu-Heimatländer, Tswanaland, die Selbstregierung. Es erhält den Namen *Bophuthatswana*. Der Chefminister dieses Landes, Häuptling Lucas M. *Mangope* erklärt aus diesem Anlaß u. a.:

SELBST-REGIERUNG FÜR TSWANALAND

„Ich habe wiederholt meine Unterstützung für die positiven Aspekte der Politik der getrennten Entwicklung [Große Apartheid] bekräftigt, mit der Betonung auf dem Wort Entwicklung." Es sei dies die einzige Politik, die dem Tswana-Volk die entscheidende Mitsprache bei seinen eigenen Angelegenheiten gäbe.[16]

BRD

BAADER-MEINHOF-GRUPPE

Im westdeutschen Teilstaat werden Mitglieder einer terroristischen Anarchistengruppe, die sich „Rote Armee-Fraktion" nennt, der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe verhaftet. Es handelt sich um eine der Nachfolge-Organisationen der „Außerparlamentarischen Opposition" der sechziger Jahre, die sich die südamerikaenschen Tupamaros zum Vorbild genommen, aber keine politischen Zielvorstellungen hat. Die innere Aufweichung des parlamentarisch-demokratischen Staates fordert Gewalt und Terror geradezu heraus. Vage Vorstellungen von einer „permanenten Revolution" wie sie von Parvus Helphand, Trotzki und offensichtlich auch von Mao Tse-tung entwickelt wurden, spielen dabei mit. Am 16. Juni wird auch *Ulrike Meinhof* selbst verhaftet werden. Der Prozeß, u. a. wegen mehrfachen Mordes, wird erst Jahre später stattfinden und zu einer einzigartigen Bankrotterklärung des Staates werden.[17]

3. Juni 1972

BERLIN

SCHLUSS-PROTOKOLL ZUM VIER-MÄCHTE-ABKOMMEN

In Berlin unterzeichnen die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR das Schlußprotokoll zum Viermächte-Berlinabkommen vom 3. September 1971 (vgl. dort), das damit in Kraft tritt. Zugleich treten auch die dazugehörigen Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten über den Transitverkehr mit West-Berlin sowie den Besuchsverkehr zwischen West-Berlin und Ost-Berlin und den Austausch von Gebietsteilen in Kraft. Im Anschluß an die Unterzeichnung demonstriert der US-Außenminister *Rogers* die Gültigkeit des Viermächteabkommens für *ganz* Berlin durch eine Rundfahrt durch Ostberlin.

4. Juni 1972

BAMAKO

WEST-AFRIKANISCHE WIRTSCHAFTS-GEMEINSCHAFT

In Bamako (Mali) wird der Gründungsvertrag der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet (Comunauté économique de l'Afrique de l'Ouest = CEAO). Der Kern dieser Gemeinschaft, der sich bereits im Mai 1970 aus fünf Mitgliedstaaten der UDEAO bildete, hat sich nunmehr auf sieben Länder erweitert: Dahomey, Elfenbeinküste, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta und Senegal. Der Vertrag muß noch von den einzelnen Ländern ratifiziert werden.[18]

25. Juni 1972

Die französische Regierung läßt über dem Pazifik-Atoll von Mururoa in Französisch-Polynesien einen Atombomben-Versuch in der Atmosphäre durchführen, dem am 30. Juni und am 28. Juli zwei weitere folgen werden. USA und UdSSR sind längst von überirdischen Versuchen abgekommen. Aber der französische Verteidigungsminister *Michel Debre* wird auf die Protestschreiben von Australien und Neuseeland hin erklären, es gäbe bisher keinen Beweis dafür, daß diese Tests eine Gefährdung der Umwelt darstellten. Das ist kennzeichnend für die allgemein herrschende Verantwortungslosigkeit.[19]

MURUROA

FRANZÖSISCHER ATOMBOMBENTEST

DEBRE: „KEINE GEFAHR"

noch Juni 1972

William S. *Schlamm* erinnert sich in seiner Zeitschrift „Zeitbühne", Heft 1, in einer beißenden Kritik am derzeitigen westdeutschen Bundeskanzler Willy *Brandt,* an die Zeit vor 1933, als der junge *Frahm* die rechte Hand von Dr. Karl *Frank* (alias Paul Hagen, Willi Müller, „Miles"), *Schlamms* „Wiener Jugendfreund", in der ultralinken Geheim-Organisation „Neu Beginnen" (im Sinne der „Permanenten Revolution" Trotzkis, bzw. Parvus-Helphands) war. Schlamm ist der Auffassung, *Frahm-Brandt* habe diese Gruppe „nie verlassen". Ihr Ziel sei es gewesen (bzw. noch), alle vorhandenen, „soliden" Parteien zu unterwandern, und das sei Karl *Frank* und seinem getreuen Adlatus *Frahm-Brandt* auch weitgehend gelungen, in „höriger Treue" zu ihrer sozialistischen Konzeption mit dem Ziel: „Umsturz durch ‚Anpassung'" oder, wie es Egon *Bahr* formuliert habe, „Wandel durch Annäherung". Der Anpassungswille *Brandts* ginge so weit, schreibt *Schlamm,* daß er vielleicht sogar imstande sei, den Sozialismus mit Hilfe der Großindustrie zu verwirklichen oder sich der Sowjetunion mit amerikanischer Unterstützung anzunähern.[20]

SCHLAMM ÜBER FRAHM-BRANDT

„NEU BEGINNEN"

EGON BAHR: „WANDEL DURCH ANNÄHERUNG"

2. Juli 1972

In Simla/Himachal Pradesh (Nordindien) unterzeichnen Ministerpräsidentin *Indira Gandhi* und der neue Präsident von Pakistan, *Zulfiquar Ali Bhutto,* ein Abkommen über die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan in Anwesenheit des Schweizer Botschafters *Fritz Real,* der die pakistanischen Interessen in Indien vertritt. Das Abkommen beendet nach fünftägigen Friedensgesprächen den Kriegszustand zwischen beiden Staaten, anerkennt die Demarkationslinie des Waffenstillstandes vom 17. Dezember 1971 (vgl. dort) in Jammu und Kaschmir und regelt den Rückzug der beiderseitigen Streitkräfte.[21]

SIMLA/ HIMACHAL PRADESH

ABKOMMEN INDIEN—PAKISTAN

4. Juli 1972

NORDKOREA—SÜDKOREA

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Nordkorea und Südkorea veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung. Danach haben in Pjöngjang und in Seoul Gespräche über eine mögliche Wiedervereinigung des geteilten Landes stattgefunden, die ohne Einmischung Dritter, ohne Einsatz von Waffen durch Wiederherstellung der nationalen Bindungen erfolgen soll. Direkte Telefonverbindungen zwischen den beiden Regierungen sollen Zwischenfälle vermeiden helfen. Es wird ein Nord-Süd-Koordinierungskomitee mit den Direktoren *Kim* Yong Ju und *Li* Hu Rak als gemeinsamen Vorsitzenden gebildet, das die Wiedervereinigung vorbereiten soll. Vgl. 27. Dezember 1972.[22]

7. Juli 1972

ÄGYPTEN

AUSWEISUNG DER SOWJETS DURCH SADAT

Der Staatspräsident Ägyptens, *as-Sadat*, ordnet in Gegenwart des Botschafters der UdSSR *Winogradow* an, daß alle Militärexperten und Berater der Sowjetunion ihre Mission in Ägypten mit Wirkung vom 17. Juli beenden, daß alle Militärbasen der UdSSR an die ägyptischen Streitkräfte übergeben werden, daß alles sowjetische Militärmaterial entweder an Ägypten verkauft oder aus Ägypten abtransportiert wird und das zukünftige Verhandlungen über die ägyptisch-sowjetischen Beziehungen ausschließlich in Kairo stattfinden werden. Am 18. Juli wird as-Sadat diese Entscheidungen in gemildeter Form bekanntgeben und vor dem Zentralkomitee seiner Partei ausführlich begründen. Einer der Gründe ist eine vermutete Vereinbarung zwischen Nixon und Breschnew über Auswanderungserlaubnis aus der UdSSR nach Israel für jährlich bis zu 35 000 Juden.[23]

22. Juli 1972

BRÜSSEL

FREIHANDELSABKOMMEN EWG—EFTA-STAATEN

Im Egmont-Palais in Brüssel werden sechs Freihandelsabkommen zwischen der EWG und EGKS (Montanunion) einerseits und den Ländern Finnland, Island, Österreich, Portugal, Schweden und Schweiz andrerseits unterzeichnet, die sich in Einzelheiten — der Sonderwünsche der verschiedenen EFTA-Mitgliedstaaten wegen — voneinander unterscheiden. Mit Österreich wird außerdem ein Interimsabkommen unterzeichnet, das eine beiderseitige Zollsenkung um 30 Prozent bereits ab 1. Oktober 1972 — bei den anderen EFTA-Staaen erst ab Anfang 1973 — vorsieht.[24]

UDSSR

Die Instrumentenkapsel der interplanetaren automatischen (unbemannten) Station Venus 8 der UdSSR landet um 12.29 Uhr

weich auf der Oberfläche der Venus und übermittelt von dort 50 Minuten lang über eine Entfernung von etwa 60 Millionen Kilometern Meßdaten zur Erde. Es ist die erste Landung auf der Tagseite des Planeten, wo Temperaturen bis zu 500 Grad Celsius herrschen. Die Station ist am 27. März gestartet worden, war also 118 Tage unterwegs und legte in dieser Zeit mehr als 300 Millionen Kilometer zurück.[25]

LANDUNG DER STATION VENUS 8

28. Juli 1972

In Großbritannien entwickelt sich aus wilden Streiks von Dockarbeitern in London, Liverpool und Hull ein offizieller nationaler Streik, der bis zum 21. August andauern und Import wie Export weitgehend lahmlegen wird. Ausgelöst wurde der Streik nicht durch Lohnforderungen, sondern durch die rapide zunehmende Arbeitslosigkeit, die ihrerseits wieder durch die Automatisierung der Verlade- und Entladearbeiten in den Häfen (Container) verursacht wird und daher nicht rückgängig gemacht werden kann. Dennoch wird der Streik durch Arbeitsplatzgarantien eines gemischten Regierungs-Gewerkschaftskomitees beendet. Er wird etwa eine Millarde Pfund Sterling kosten. Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien wird gleichzeitig mit 930 123 Erwerbslosen ihren höchsten Stand seit 1939 (kurz vor Beginn des 2. Weltkrieges !) erreichen.[26]

GROSS-BRITANNIEN

HAFEN-ARBEITER-STREIK

31. Juli 1972

Die Staatspräsidenten Ägyptens und Libyens, Anwar *as-Sadat* und Omat Moammar *al-Kadhazfi,* treten in Benghasi zu einer dreitägigen Konferenz zusammen, bei der sie beschließen werden, ihre beiden Staaten bis zum 1. September 1973 schrittweise miteinander zu verschmelzen. Es wird aber dazu ebensowenig kommen wie zu allen anderen zuvor geplanten Vereinigungen. Syrien bleibt dieses Mal ohnehin außenvor, da Hafez *al-Assad* mit der Ausweisung der sowjetischen Militärexperten aus Ägypten (vgl. 7. Juli 1972) nicht einverstanden ist und *as-Sadat* deswegen Vorwürfe gemacht hat.

BENGHASI

ÄGYPTISCH-LIBYSCHER FUSIONSPLAN

4. August 1972

Der Staatspräsident von Uganda, *Idi Amin Dada,* ordnet an, daß alle Asiaten mit britischen Pässen das Land verlassen müssen. Zwei Wochen später wird er diese Anordnung auch auf die Staatsbürger Indiens, Pakistans und Bangla Deshs ausdehnen, im ganzen etwa 83 000 Menschen. Den Vorwurf des „Rassismus", den ihm daraufhin der britische Außenminister Sir Alec *Douglas-Home* macht, wird Idi Amin zurückweisen, er handle

UGANDA

IDI AMIN WEIST ASIATEN AUS

lediglich im Interesse der Wirtschaft Ugandas, die von den Asiaten zerrüttet würde. Großbritannien steht damit vor neuen, kaum noch lösbaren Einwanderungsproblemen.

8. August 1972

BRASILIEN

URANERZ-FUNDE

Der brasilianische Minister für Energie und Bergbau, Prof. Antonio *Dias Leite*, gibt bekannt, daß eine deutsch-brasilianische Prospektorengruppe im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais das bisher größte bekannte Uranerzlager der Welt sowie umfangreiche Eisenerz-, Gold- und Diamantenlager entdeckt habe, etwa 30 Kilometer südlich der Stadt Belo Horizonte, mithin in einem bereits weitgehend erschlossenen Gebiet. Die Folge wird ein starkes Interesse der brasilianischen Regierung an eigener Verwendung des Urans zur Gewinnung von Kernenergie sein.[27]

10. August 1972

UNO

CHINA LEHNT AUFNAHME BANGLA DESHS AB

Der Sicherheitsrat kann über den offiziellen Antrag Bangla Deshs um Aufnahme in die UNO nicht verhandeln, da die Volksrepublik China die Behandlung dieses Antrags zum gegenwärtigen Zeitpunkt ablehnt. Es stünden immer noch indische Truppen im Land, und über 90 000 pakistanische Kriegsgefangene seien trotz der diesbezüglichen Resolution des Sicherheitsrates noch nicht freigelassen worden. „Das sogenannte Bangla Desh droht sogar noch mit Kriegsverbrecherprozessen." Der Antrag wird daraufhin an den Mitgliederausschuß des Sicherheitsrates verwiesen.[28]

SYRIEN

ASSAD BEHÄLT SOWJETISCHE BERATER

LATAKIA SOWJETISCHE MARINEBASIS

Der syrische Staatspräsident *Hafez al-Assad* erklärt in einem Zeitungsinterview mit der libanesischen Zeitung Al-Anwar, die etwa 3000 Berater der Sowjetunion in Syrien würden nicht aufgefordert werden, das Land zu verlassen (wie in Ägypten), da sie zum Besten Syriens dort anwesend wären und benötigt würden. Die Ausweisung aus Ägypten sei eine rein innerägyptische Angelegenheit (d. h. beträfe die Föderation Arabischer Republiken nicht). Drei Wochen später wird bekannt werden, daß Syrien der III. Flotte der UdSSR als Ersatz für die ägyptischen Marinebasen den Hafen Latakia zur Verfügung gestellt hat als Gegenleistung für die Lieferung sowjetischer MIG-31-Kampfbomber und SAM-Boden-Luft-Raketen zur Abwehr israelischer Angriffe.[29]

16. August 1972

MAROKKO

König *Hassan II.* von Marokko wird bei der Rückkehr aus Paris in seinem Flugzeug von Jagdflugzeugen der eigenen Luft-

streitkräfte beschossen, erklärt über Bordfunk sich und den Piloten als tot und bewirkt damit eine Feuerpause, während der die Maschine in Rabat landen kann. Bei einem erneuten Feuerüberfall nach der Landung bleibt der König unverletzt. Der Anstifter des Attentats, der Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber *Mohammed Oufkir*, nimmt sich, vom König zur Rede gestellt, das Leben. Zwei beteiligte Offiziere, die nach Gibraltar geflohen sind, werden vom dortigen britischen Gouverneur an Marokko ausgeliefert. Die libysche Regierung wird gegen die Auslieferung in London protestieren und sich damit hinter das Attentat stellen. London wird den Protest zurückweisen und seinerseits gegen die Beschädigung der britischen Botschaft in Tripolis protestieren. Eine israelische Zeitung wird sich dahingehend äußern, der Tod General *Oufkirs* sei ein Verlust für die Juden. Darauf wird König *Hassan* erwidern, die marrokanischen Juden bedürften keines Oufkir zu ihrem Schutze. Der marokkanische Thron habe die Juden seit Jahrhunderten geschützt.

KÖNIG HASSAN ENTGEHT ATTENTAT SEINER LUFTWAFFE

17. August 1972

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag fällt in einer Vorverhandlung ein Interims-Urteil im Fischerei-Konflikt zwischen Großbritannien und Westdeutschland einerseits und Island andrerseits. Darin wird Island untersagt, Maßnahmen gegen britische und westdeutsche Fischereiboote zu ergreifen, die außerhalb der 12-Meilenzone und innerhalb der von Island am 1. September 1972 einseitig beanspruchten 50-Meilenzone fischen. Die isländische Regierung wird tags darauf dieses Urteil als nicht bindend bezeichnen. Der Konflikt wird weiterwirken, aber niemand scheint zu erkennen, daß es dabei nicht nur um die Existenzgrundlage Islands geht, sondern um die Erhaltung der Fischgründe überhaupt gegen den verantwortungslosen Raubbau der Fischindustrie, um die Ernährungsgrundlage für kommende Generationen, gegen den Augenblicksprofit.[30]

DEN HAAG

URTEIL GEGEN ISLAND IM FISCHEREI-KONFLIKT

RAUBBAU AN DEN FISCH-GRÜNDEN

22. August 1972

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) beschließt mit 36 gegen 31 Stimmen bei drei Enthaltungen den Ausschluß Rhodesiens von der Teilnahme an den XX. Olympischen Spielen in München. Der Präsident des IOC, Avery *Brundage*, erklärt dazu: „Zum ersten Mal in zwanzig Jahren hat das IOC gegen mich entschieden. Ich bin ins Herz getroffen . . . Es war politische Erpressung — nichts als nackte Erpressung —, und wir

OLYMPISCHES KOMITEE SCHLIESST RHODESIEN AUS

haben nachgegeben." Zuvor hatte sich Rhodesien bereit erklärt, wie noch 1964 in Tokio als britische Kolonie Südrhodesien unter der ehemaligen britischen Kolonialflagge an den Spielen teilzunehmen.[31]

23. August 1972

SICHERHEITSRAT

VETO CHINAS GEGEN AUFNAHME BANGLA DESHS

Im Sicherheitsrat der UNO scheitert die Aufnahme Bangla Deshs als Vollmitglied am Veto der Volksrepublik China. Das Veto des chinesischen Vertreters, Botschafter *Huang Hua*, richtet sich gegen Indien und die UdSSR, die, wie er ausführt, Bangla Desh lediglich deshalb in die UNO aufgenommen wissen wollten, um mit dessen Stimme Pakistan unter noch vermehrten Druck setzen zu können (in bezug auf den Kaschmirkonflikt). Es ist dies das erste wirksame Veto der Volksrepublik China im Sicherheitsrat. Der Antrag, die Aufnahme Bangla Deshs der Vollversammlung zu empfehlen, war von Großbritannien, Indien, Jugoslawien und der UdSSR eingebracht worden.

5. September 1972

MÜNCHEN

OLYMPISCHE SPIELE

TERRORANSCHLAG GEGEN ISRAELIS

In den Unterkünften der Teilnehmer an den Olympischen Spielen in München dringen acht palästina-arabische Terroristen von der Organisation „Schwarzer September" in das Quartier der israelischen Mannschaft ein, töten zwei der Teilnehmer und halten weitere neun als Geiseln fest. Sie verlangen die Freilassung von 200 namentlich genannten arabischen Freischärlern durch die israelische Regierung. Nach den ganzen Tag anhaltenden fruchtlosen Verhandlungen scheitert ein Versuch der deutschen Spezialpolizeimannschaft, die Geiseln auf dem Flugplatz gewaltsam zu befreien. Alle neun und fünf der Terroristen sowie ein deutscher Polizeiobermeister kommen ums Leben. Die drei überlebenden Terroristen werden verhaftet. Die Olympischen Spiele werden 24 Stunden unterbrochen. Der Führer der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), *Georges Habasch*, wird das Unternehmen der Terroristen und auch den Ausgang ausdrücklich gutheißen.[32]

8. September 1972

ISRAEL

VERGELTUNGSANGRIFFE

Die israelische Luftwaffe belegt sieben syrische und drei libanesische Dörfer, in denen sie Stützpunkte der Palästinaaraber vermutet, mit Bomben. Nach palästinensischen Angaben kommen dabei 66 Menschen, auch Frauen und Kinder, ums Leben, 220 werden verletzt. Nach einer israelischen Erklärung handelt es

sich um eine Vergeltungsmaßnahme für den Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München. Tags darauf werden bei einem Luftkampf über den Golanhöhen drei syrische Flugzeuge abgeschossen werden. Syrien wird daraufhin den Palästinaarabern bei ihren Unternehmungen freie Hand lassen.

9. September 1972

PEKING

KAUFVERTRAG MIT USA ÜBER FLUGZEUGE UND WEIZEN

In Peking wird ein Kaufvertrag zwischen der Volksrepublik China und den USA über den Ankauf von zehn Flugzeugen des Typs Boeing 707 im Werte von 150 Millionen Dollar unterzeichnet, im Rahmen der Handelserleichterungen, die Präsident Nixon bereits unmittelbar vor seiner Chinareise im Februar verfügt hat. Gleichzeitig verkaufen die USA auch 400 000 Tonnen Weizen an China, im Zuge der Regierungssubventionen für Agrarexporte. Bemerkenswert ist dabei, daß China diesen wie auch den kanadischen Weizen tatsächlich nötig hat.[33]

25. September 1972

JAPAN—CHINA

TANAKA IN PEKING

ERKLÄRUNG

Der japanische Ministerpräsident *Kakuei Tanaka* trifft zu einem Sechs-Tage-Besuch in Peking ein, auf Einladung Tschou En-lais. Sein Vorgänger, *Sato,* war in Peking als „unerwünscht" bezeichnet und wegen „Komplicentums mit den USA" gerade während des Nixon-Besuches (vgl. 21. Februar 1972) heftigen Angriffen ausgesetzt. Nun aber kommt es zu einer gemeinsamen Erklärung, in der Japan bedauert, was es dem chinesischen Volke im zweiten Weltkrieg angetan habe, und die Regierung der Volksrepublik China als die einzig legitime Regierung Chinas anerkennt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wird vereinbart.

26. September 1972

TLATELOLCO (MEXIKO)

XVI. KONFERENZ DER IAEO

KONTROLL-MASSNAHMEN GEGENÜBER EURATOM

In Tlatelolco (Mexiko) beginnt die XVI. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO, vgl. Polit. Lexikon, Teil I), der mit Abstand bedeutsamsten UNO-Behörde im Hinblick auf die künftige Weltregierung (One World). Die Konferenz wird acht Tage dauern und u. a. die Anwendung von Kontrollmaßnahmen gegenüber EURATOM billigen. Der IAEO-Generaldirektor Sigvard Eklund wird besonders die notwendige Förderung der Sicherheit und des Umweltschutzes bei Anwendung von Kernenergie betonen, also genau den Sachverhalt, der eine internationale Kontrollbehörde unvermeidlich macht (und machen soll).[34]

3. Oktober 1972

WASHINGTON

ABKOMMEN ÜBER BEGRENZUNG DER ABM-SYSTEME

In Washington unterzeichnen Präsident Richard *Nixon* und der Außenminister der Sowjetunion, Andrej A. *Gromyko*, nochmals das bereits am 26. Mai in Moskau (vgl. dort) unterzeichnete „Abkommen über die Begrenzung der ABM-Systeme" (ballistische Raketenabwehr). Gleichzeitig werden Briefe des Staatspräsidenten der UdSSR *Podgorny* und Nixons ausgetauscht, in denen das Inkrafttreten des „Interimsabkommens" zur Begrenzung strategischer Offensivwaffen festgestellt wird. Zuvor waren beide Abkommen am 29. und 30. September in Moskau und Washington ratifiziert worden.[35]

19. Oktober 1972

PARIS

GIPFELKONFERENZ DER ERWEITERTEN EWG

In Paris eröffnet Staatspräsident *Pompidou* eine Gipfelkonferenz der neun Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaften (EG). Zu den ursprünglichen sechs Mitgliedern sind Großbritannien, Irland und Dänemark neu hinzugetreten. Der ebenfalls vorgesehene Beitritt Norwegens war durch eine Volksabstimmung dort am 26. September verhindert worden, was den Rücktritt der Regierung *Bratteli* zur Folge hatte. Die Konferenz der neun Regierungschefs erörtert ein sehr weitgespanntes Arbeitsprogramm, dem jedoch nach wie vor eine mangelhafte Durchsetzkraft der Gemeinschaften gegenüber den Einzelmitgliedern entgegensteht.[36]

21. Oktober 1972

MOSKAU

VERTRAG MIT IRAN ÜBER ZUSAMMENARBEIT

Der Schah des Iran, *Mohammed Risa Pehlewi* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II), beendet einen elftägigen Aufenthalt in der UdSSR mit Unterzeichnung eines „Vertrages über die Entwicklung der ökonomischen und technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem Iran", der auf 15 Jahre befristet ist. Dabei liegt die Betonung auf der Herstellung des Gleichgewichts zwischen den beiderseitigen Lieferungen und Dienstleistungen im Zuge der Entwicklung und zunehmenden Industrialisierung des Iran. Eine ständige Sowjetisch-Iranische Kommission soll die Durchführung planen und den beiden Regierungen entsprechende Empfehlungen vorlegen.[37]

27. Oktober 1972

USA

Der Mars-Forschungssatellit der USA, Mariner 9 (Start: 30. Mai 1971), beendet seine Tätigkeit, nachdem er von seiner Umlaufbahn 7329 Nahaufnahmen der Marsoberfläche zur Erde ge-

sendet und damit eine nahezu vollständige Kartographie ermöglicht hat. Gleichzeitig haben die am 27. November und 2. Dezember 1971 gestarteten Sonden Mars 2 und 3 der UdSSR bis zum 23. August 1972 Temperaturen, atmosphärischen Druck, Höhenunterschiede und chemische Zusammensetzung der Marsatmosphäre (Kohlendioxyd) ermittelt.[38]

MARINER 9 BEENDET MARS-UMRUNDUNG

29. Oktober 1972

Zwei palästina-arabische Terroristen entführen ein Flugzeug der Deutschen Lufthansa mit 13 Passagieren und sieben Besatzungsmitgliedern nach Zagreb und erzwingen damit die Freilassung der drei überlebenden Terroristen vom Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München aus bayerischen Gefängnissen. Diese werden ihnen nach Zagreb zugeflogen und von dort mit der entführten Maschine nach Tripolis gebracht. Tags darauf wird Israel offiziell in der westdeutschen Bundesrepublik gegen die Freilassung der Terroristen protestieren, Libyen wird deren Bestrafung ablehnen.[39]

ZAGREB

PALÄSTINA-TERRORRISTEN ERZWINGEN FREILASSUNG DER MÜNCHNER ATTENTÄTER

10. November 1972

Die kanadische Regierung gibt bekannt, daß die Volksrepublik China bei ihr erneut 62,7 Millionen Bushel Weizen zum Preise von 150 Millionen Dollar gekauft habe. Die Lieferungen sollen zwischen April und Oktober 1973 erfolgen. 25 Prozent des Kaufpreises werden bei Beladung der Schiffe bezahlt, die restlichen 75 Prozent in 18 Monatsraten. (Die Höhe der Verzinsung wird nicht angegeben). Diese Weizenkäufe durch UdSSR und China, zwei ausgesprochene Getreideländer, widerlegen eindeutig das kommunistische Wirtschaftsystem.[40]

CHINA KAUFT KANADISCHEN WEIZEN

12. November 1972

Im norwegischen Sognefjord wird ein getauchtes U-Boot der sogenannten W (Whiskey)-Klasse festgestellt, am 15. November ein weiteres. Versuche der norwegischen Marine, durch Abwurf von Wasserbomben im Umkreis der Boote, diese zum Auftauchen zu zwingen, bleiben wirkungslos, da man nicht riskieren will, die Boote zu treffen. Das später erkannte Boot wird den Sognefjord um den 20. November, das ersterkannte erst am 24. November verlassen. NATO-Überwachungseinheiten werden es bis zu seiner Basis in einem Ostseehafen verfolgen und feststellen, daß es polnischer oder sowjetischer Herkunft ist.[41]

NORWEGEN

SOWJET-UBOOTE IM SOGNEFJORD

20. November 1972

PERON IN ARGENTINIEN

VERZICHT AUF KANDIDATUR

Der frühere argentinische Staatspräsident Juan Domingo *Peron* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II), zwei Tage zuvor aus Spanien nach Argentinien zurückgekehrt, empfängt in Vicente Lopez (einem Vorort von Buenos Aires) 28 Vertreter fast aller politischen Parteien und Organisationen, ausgenommen die extremen Nationalisten und Kommunisten. Das Ergebnis dieser Gespräche wird sein, daß Peron auf die Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im März 1973 verzichten wird, sowohl in Anbetracht seines hohen Alters (77) als auch mit Rücksicht auf das speziell gegen ihn gerichtete Kandidaturverbot der Regierung für Argentinier, die nicht seit dem 25. August 1972 ihren ständigen Wohnsitz im Lande hatten. Er wird am 14. Dezember 1972 über Paraguay und Peru nach Madrid zurückkehren.[42]

30. November 1972

CHILE

ALLENDE AUF AUSLANDSREISE

BEKENNTNIS ZUR „REVOLUTIONÄREN GEWALT“

Der chilenische Staatspräsident Salvador *Allende Gossens,* nach *Fidel Castro* das zweite Instrument des Kommunismus im lateinamerikanischen Raum, tritt eine Reise an, die ihn bis Mitte Dezember über Peru nach Mexiko, von dort in die Vollversammlung der UNO nach New York, dann über Algerien in die UdSSR und zum Schluß nach Kuba führen wird. Dort wird der Sinn der Reise deutlich. Allende spricht von einer neuen Gesellschaft, die das verrottete kapitalistische System zerstören werde, zunächst mit Hilfe des Gesetzes, dann mit revolutionärer Gewalt.[43]

10. Dezember 1972

UDSSR

ATOMWAFFENTESTS

Die UdSSR führt auf dem Versuchsgelände von Semipalatinsk ihren in diesem Jahr vierzehnten und fünfzehnten unterirdischen Atomwaffentest durch. Die beiden Explosionen werden wieder, wie auch die meisten vorausgegangenen, vom Seismologischen Institut der Universität Uppsala in Schweden mit einer Stärke von 5,9 und 7 Punkten auf der Acht-Punkte-Richterskala gemessen. Die Daten der vorangegangenen sowjetischen unterirdischen Tests waren: 9. Februar, 10. März, 28. März (5,7 Punkte), 7. Juni (5,7 Punkte), 20. August (Ural, 6 Punkte), 26. August (5,8 Punkte), 28. August (Nowaja Semlja, entspr. 1 Million t TNT), 4. September (Onega-Fluß, 4,8 Punkte), 3. Oktober (nordwestl. d. Kasp. Meeres, 6,2 Punkte), 2. November (Semipalatinsk, 7,1 Punkte entspr. fünf Megatonnen TNT), 25. November (südöstl. Ural).[44]

21. Dezember 1972

In Ostberlin unterzeichnen Egon *Bahr* für den westdeutschen und Michael *Kohl* für den mitteldeutschen, kommunistischen Teilstaat einen „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen" dieser beiden Teilstaaten, dessen Wortlaut bereits am 8. November von den beiden Unterzeichnern paraphiert worden ist. Die völkerrechtliche Bedeutung dieses Vertrages beruht auf der darin enthaltenen endgültigen Anerkennung der Teilung Deutschlands in zwei (bzw. mit Österreich und West-Berlin vier) selbständige Staaten. Diese ausdrückliche Anerkennung war politisch nicht notwendig und erschwert eine künftige Wiedervereinigung bis nahe an die Aussichtslosigkeit. Der nach der Unterzeichnung überreichte Brief *Bahrs* an *Kohl* „zur deutschen Einheit" hat keinerlei völkerrechtliche Bedeutung, sondern soll lediglich die westdeutsche CDU beruhigen. Diesen Zweck erfüllt er auch voll und ganz. *Kohl* wird bei der anschließenden Pressekonferenz äußern, einen solchen Brief kenne er nicht.[45]

BERLIN

„GRUND-VERTRAG" BRD—DDR

EGON BAHR—MICHAEL KOHL

BRIEF „ZUR DEUTSCHEN EINHEIT" UNBEKANNT

27. Dezember 1972

In Südkorea tritt eine neue Verfassung in Kraft, nach der eine „Nationale Wiedervereinigungskonferenz" gebildet wird, die ihrerseits den Präsidenten wählt. *Park* ist bereits vier Tage zuvor wiedergewählt worden. Die Delegierten der Wiedervereinigungskonferenz dürfen weder einer politischen Partei angehören noch ein öffentliches Amt innehaben. Der Zuschnitt dieser Verfassung läßt darauf schließen, daß *Park* auch Präsident eines wiedervereinigten Korea (vgl. 4. Juni 1972) zu werden gedenkt. In Nordkorea hat man offenbar andere Vorstellungen.

SÜDKOREA

NEUE VERFASSUNG

PARK WILL PRÄSIDENT VON GESAMT-KOREA WERDEN

1973

1. Januar 1973

Die britische Regierung teilt allen Mitgliedstaaten des British Commonwealth of Nations mit, daß die diesen bisher gewährten Handelsvergünstigungen beendet sind. Das war die Hauptbedingung für den Beitritt Großbritanniens zur EWG. Knapp vier Wochen später bereits, am 25. Januar wird die britische Regierung ostafrikanische Commonwealthregierungen vor weiteren umfangreichen Ausweisungen britischer Paßinhaber warnen müssen. Sie wird getrennte Einwanderungsregelungen für Commonwealth-Bürger und EWG-Angehörige ankündigen.

GROSS-BRITANNIEN

COMMON-WEALTH ENDE DER HANDELS-VERGÜNSTI-GUNGEN

9. Januar 1973

Die Regierung Rhodesiens schließt aufgrund verstärkter Guerillatätigkeit von Zambia aus die drei Grenzübergänge nach Zambia, ausgenommen für die sambesischen Kupfertransporte zur Mozambique-Küste. Daraufhin leitet der Präsident von Zambia, Kenneth *Kaunda*, die Kupfertransporte um (über Malawi und Zaire), erklärt den totalen Wirtschaftskrieg gegen Rhodesien und läßt bei der UNO eine dringliche Sitzung des Sicherheitsrates beantragen. Dieser wird am 2. Februar das „unrechtmäßige Regime" Rhodesiens wegen „der wirtschaftlichen Blokkade der Erpressung und militärischer Bedrohung gegen die Republik Zambia" verurteilen und damit, wie üblich, die Tatsachen auf den Kopf stellen.

RHODESIEN ZAMBIA

GRENZ-SCHLIESSUNG

UNO VERURTEILT RHODESIEN

27. Januar 1973

In Paris unterzeichnen die Außenminister der USA, Südvietnams, Nordvietnams und der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams ein „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam", mit dem der dreißigjährige Krieg um Indochina zugunsten des Kommunismus abgeschlossen werden soll. Zunächst werden allerdings die Kämpfe ungeachtet dieses Abkommen noch weitergeführt werden. Der Wortlaut des Abkommens wurde am 23. Januar von Henry A. *Kissinger* für die USA und *Le Duc Tho* für Nordvietnam paraphiert. Beide werden dafür den Friedens-Nobelpreis erhalten, der vom Parlament in Oslo mit Vorliebe für die Förderung der Ausbreitung des Kommunismus vergeben wird. Das Abkommen sieht eine Wiedervereinigung Vietnams vor, die unter den gegebenen Umständen nur eine Auslieferung

PARIS

WAFFENSTILL-STAND IN VIETNAM

FORTDAUER DER KÄMPFE

NOBELPREIS FÜR KISSINGER UND LE DUC THO

der südvietnamesischen Bevölkerung an den Kommunismus bedeuten kann. Zusätzliche Protokolle behandeln den Waffenstillstand, die Minenräumung, die Kontrollkommission, die Kriegsgefangenen. — Der Indochinakrieg hat die USA mindestens 137 Milliarden Dollar gekostet. Sie haben in acht Jahren über 14 Millionen Tonnen Munition verbraucht.[1]

21. Februar 1973

LAOS

FRIEDENS-ABKOMMEN

In der Hauptstadt von Laos, Vientiane, unterzeichnen Vertreter der königlichen Regierung und der kommunistischen „Patriotischen Kräfte" (Pathet Lao) ein „Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Herbeiführung der nationalen Eintracht". Es ist das Ergebnis von 18 Gesprächsrunden zwischen den Halbbrüdern Prinz Souvanna *Phouma* und Prinz *Souvannouvong* (seit Oktober 1972), soll die Einheit des Königreiches wiederherstellen und wird durch das Protokoll zur Verwirklichung dieses Abkommens vom 14. September 1973 in Kraft treten.[2]

27. Februar 1973

USA

INDIANER-AUFSTAND IN WOUNDED KNEE

Indianer vom Stamme der Sioux Oglala besetzen in den USA, in Süddakota, die Ortschaft Wounded Knee, wo am 27. Dezember 1890 dreihundert von ihnen, Männer, Frauen und Kinder umgebracht wurden (vgl. 14. Oktober 1880). Es geht ihnen immer noch um die Durchführung des Vertrages vom 6. November 1868 im Fort Laramie (und vom 11. Juni 1870 in Washington, vgl. 9. Juni 1870), 105 Jahre danach. Bis zum 8. Mai 1973 werden die Sioux in Wounded Knee bei Schießereien mit der Polizei vier Tote zu beklagen haben. Dann werden sie ihre Waffen niederlegen. Am 13. August wird in den USA eine neue Behörde innerhalb der Abteilung für Bürgerrecht im Justizministerium geschaffen werden. Sie soll nunmehr alle die Indianer betreffenden Angelegenheiten koordinieren. Leiter des neuen Indianeramtes wird Carl *Stoiber*, der auch an den ergebnislosen Verhandlungen mit den Besetzern von Wounded Knee beteiligt ist, werden.[3]

2. März 1973

PARIS

ENDE DER VIETNAM-KONFERENZ

In Paris endet die internationale Vietnamkonferenz mit Unterzeichnung der Schlußakte durch die Außenminister der zwölf beteiligten Staaten. Darin wird das Waffenstillstandsabkommen vom 27. Januar 1973 (vgl. dort) mitsamt den zugehörigen vier Protokollen von allen Signatarstaaten der Schlußakte anerkannt

und Unterstützung bei der Durchführung zugesichert. Das Selbstbestimmungsrecht des Vietnamesischen Volkes soll strikt berücksichtigt werden. D. h. in Wirklichkeit: die stärkere Seite, nämlich der kommunistische Norden, wird in absehbarer Zeit dem ganzen Land ihren Willen aufzwingen.[4]

SCHLUSSAKTE

11. März 1973

In Frankreich kostet der 2. Wahlgang der Wahlen zur Nationalversammlung die Gaullisten den Verlust von 97 Mandaten. Trotzdem behalten sie immer noch die erforderliche Regierungsmehrheit. Doch haben die Linken ihre Mandate mehr als verdoppelt. Allein die Kommunisten (KPF) haben ihre Sitze von 34 auf 73 gesteigert. Die Volksfrontgruppe (Union de la gauche socialiste et démocrate) hat mit den Kommunisten zusammen 176 Sitze errungen (von 490).

FRANKREICH

WAHLVERLUSTE DER GAULLISTEN

In New Dehli findet ein Massenübertritt von Hinduisten aus der Kaste der „Unberührbaren" zum Buddhismus statt. Kein Geringerer als die höchste lebende Inkarnation Buddhas selbst, das geistliche und weltliche Oberhaupt Tibets, der in Indien im Exil lebende *Dalai Lama* leitet (mit Genehmigung der indischen Regierung) die Zeremonie, an der 2000 Konvertiten teilnehmen. Zwar ist das Kastenwesen in Indien seit 1955 durch Verfassung und Gesetze abgeschafft, aber die „Unberührbaren" leben nach wie vor in gesellschaftlicher Isolierung. Es sind etwa 100 Millionen. Der Buddhismus öffnet ihnen neue Daseinsmöglichkeiten und den Weg zu einem gesteigerten Selbstbewußtsein, eine echte Alternative zum Kommunismus. Das weiß auch der *Dalai Lama* (Lhamo Döndrub, geb. 6. Juni 1935 in Tengtser, Prov. Amdo). Vgl. auch 30. September 1973.

INDIEN

DALAI LAMA LEITET ÜBERTRITT VON „UNBERÜHRBAREN" ZUM BUDDHISMUS

19. März 1973

In Ost-Berlin erklärt Albert *Norden,* Politbüromitglied des Zentralkomitees der SED und des mitteldeutschen „National-rat"-Präsidiums aus Anlaß der 125-Jahrfeier der Revolution von 1848 (vgl. dort) u. a., die Errichtung der „antifaschistischen Demokratie" und der „sozialistischen Macht des Volkes" sei „in voller Übereinstimmung mit dem Kommunistischen Manifest und den Forderungen des proletarischen Revolutionsprogramms von 1848" geschehen. Damit hat er zweifellos recht. Doch läßt sich die Linie noch weiter zurückführen. Vgl. hierzu das Vorwort zu Band I.[5]

OST-BERLIN

BEKENNTNIS ZU 1848

26. März 1973

ÄGYPTEN

SADAT AUCH MINISTERPRÄSIDENT

VORBEREITUNG ZUM NEUEN KRIEG

Der ägyptische Staatspräsident Mohammed Anwar *as-Sadat* übernimmt zusätzlich auch das Amt des Ministerpräsidenten und wird sich zwei Tage später auch zum Militärgouverneur für Ägypten ernennen (im Rahmen des 1967 von *Nasser* verfügten Ausnahmezustandes, der noch immer in Kraft ist). Diese Konzentration der Macht in einer Hand dient der Vorbereitung auf einen neuen Krieg gegen Israel, dessen Notwendigkeit *Sadat* in einem Interview mit Newsweek am 29. März aus der unzulänglichen Haltung der USA-Regierung gegenüber seinen Friedensplänen herleitet.[6]

29. März 1973

SÜDVIETNAM

ABZUG DER US-TRUPPEN

Die letzten Landstreitkräfte der USA verlassen Südvietnam. Gleichzeitig entlassen Nordvietnam und der Vietkong die letzten Kriegsgefangenen der USA. Südvietnam muß den Kampf gegen Nordvietnam und gegen den Vietkong nunmehr alleine weiterführen, ein von vornherein hoffnungsloses Unternehmen. An USA-Truppen stehen nunmehr noch: in Thailand (Siam) 48 000 Mann, bei der VII. Flotte (mit u. a. vier Flugzeugträgern) 30 000 Mann und auf Guam (mit u. a. 152 B-52-Bombenflugzeugen) 20 000 Mann. Auch sie werden den Verlust ganz Indochinas an den Kommunismus nicht verhindern können.[7]

3. April 1973

JAPAN—CHINA

BOTSCHAFTERAUSTAUSCH

In Peking überreicht der erste Botschafter Japans bei der Volksrepublik China, Heishiro *Ogawa*, sein Beglaubigungsschreiben dem amtierenden Vorsitzenden der Volksrepublik, *Tung Pi-wu*. Zwei Tage später wird der chinesische Botschafter in Japan, *Chen Chun*, in Tokio Kaiser *Hirohito* sein Beglaubigungsschreiben überreichen. Sein Anliegen wird es sein, eine Annäherung Japans an die UdSSR nach Möglichkeit zu verhindern. Er gilt als einer der besten chinesischen Kenner der UdSSR-Politik.[8]

UDSSR—FINNLAND

PODGORNIJ IN HELSINKI

Der Staatspräsident der UdSSR, Nikolai V. *Podgornij*, trifft zu einem fünftägigen offiziellen Besuch in Helsinki ein. Anlaß ist der 25. Jahrestag des finnisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 6. April 1948 (vgl. dort !). Aus diesem Anlaß wird der finnische Staatspräsident Urho K. *Kekkonen* am 4. April in einer großen Ansprache die Schuld für den finnisch-sowjetischen Winterkrieg 1939 ausschließlich Finnland zuschreiben, das den sowjetischen Entspannungs- (1939 !) und Freundschaftsangeboten Stalins mißtraut habe.

8. April 1973

SIKKIM WIRD INDISCH

Indien übernimmt die volle Regierungsgewalt in Sikkim, nachdem drei Tage vorher der Herrscher von Sikkim, Palden Thondup *Namgyal* (ein Halbtibeter) die indische Regierung um Intervention ersucht hat, um innenpolitischer Unruhen Herr zu werden. Etwa 70 Prozent der Bevölkerung sind aus Nepal eingewanderte Hinduisten, die zur Lama-Dynastie *Namgyals* kein Verhältnis finden. Beide Parteien erhoffen von Indien, das ohnehin seit 1950 Protektoratsmacht für Sikkim ist, die Lösung des Konflikts. Der bisherige Oberstadtdirektor von Neu-Delhi, S. B. *Das,* wird zum Chefadministrator von Sikkim ernannt. Genau einen Monat später, am 8. Mai 1973, werden der indische Außenminister Kewal *Singh,* der Herrscher von Sikkim *Namgyal* und die Führer der drei politischen Parteien Sikkims ein Abkommen unterzeichnen, das den Herrscher zwar im Amte beläßt, aber seinen Einfluß erheblich einschränkt.

14. April 1973

KAMBODSCHA

PRINZ SIHANOUK VOR DER PRESSE

Prinz *Sihanouk* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II), von einer Inspektionsreise durch den bereits kommunistisch kontrollierten Teil Kambodschas zurück, gibt in einer Pressekonferenz in Peking verschlüsselt zu verstehen, daß er seine Anhängerschaft in Kambodscha weitgehend verloren hat und selbst bei Wiederübernahme der Regierung nach Einstellung der Kämpfe nur noch ein rotes, „das erste rote Königreich der Welt ... unter der Herrschaft des Volkes“ werde repräsentieren können. Seine alte Prophezeiung ist in Erfüllung gegangen.[9]

15. April 1973

USA

FULLBRIGHT ÜBER DEN SENAT UND ISRAEL

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat der USA, der demokratische Senator J. William *Fullbright,* wirft dem Senat in einem Fernsehinterview vor, er hindere durch seine Beflissenheit gegenüber allen Forderungen und Wünschen Israels die Regierung der USA daran, durch die ihr gegebenen wirtschaftlichen Druckmittel gegen Israel die Situation im Nahen Osten zu verbessern. Rund 80 Prozent der Senatoren gehörten einer Israel-Lobby an und verhinderten jede Maßnahme, die nicht den Wünschen Israels entspreche (vgl. auch 10. Oktober 1974).[10]

18. April 1973

USA ENERGIE-PROGRAMM

Präsident *Nixon* legt dem Kongreß der USA ein vollständiges energiewirtschaftliches Programm vor. Darin verschiebt sich das

SCHWERPUNKT KOHLE

Schwergewicht der Forschung (im Haushalt für 1974) auf die Entwicklung *nicht*nuclearer Energiequellen, insbesondere auf die Kohleforschung. Vgl. auch 8. Juni 1973.[11]

24. April 1973

MEXICO

ECHEVERRIA IN PEKING

VERTRAG VON TLATELOLCO

Der Präsident von Mexiko, Luis *Echeverria Alvarez,* ein lebhafter Befürworter einer revolutionären „Dritten Welt" und engagierter Außenpolitiker, schließt seine Weltreise durch sechs Staaten (seit dem 28. März) mit einem fünftägigen Besuch in der Volksrepublik China ab. Dort ist es ihm gelungen, die Regierung *Tschou En-lai* zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls II zum Vertrag über das Verbot von Atomwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) zu bewegen (unbeschadet deren Ablehnung des Atomwaffensperrvertrages). Ergebnis und Bedeutung des Besuches werden in einem gemeinsamen Communique festgehalten.[12]

30. April 1973

USA

WATERGATE-SKANDAL

Der Präsident der USA, Richard *Nixon,* entläßt den Justizminister und einige seiner eigenen Berater im Zusammenhang mit der Verschleierung illegaler Wahlkampfmaßnahmen gegen die Demokratische Partei im Sommer 1972. Doch werden die weiteren Ermittlungen in dieser Sache (Watergate-Affaire) die totale Korruptheit eines großen Teiles des Staats- und Parteiapparates ergeben und ein Netz von Lügen zum Vorschein bringen, in das auch der Präsident selber verwickelt ist. Selbst seine scheinbaren Bemühungen, zur Aufklärung beizutragen, sind unwahrhaftig. Vgl. 9. August 1974.[13]

9. Mai 1973

DEN HAAG

VERBOTSANTRAG AUSTRALIENS UND NEUSEELANDS GEGEN FRANZÖS. ATOMTESTS

Die Regierungen von Australien und Neuseeland beantragen beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein Verbot der von der französischen Regierung angekündigten Kernwaffenversuche in der Atmosphäre über dem Mururoa-Atoll im Pazifik (vgl. 25. Juni 1972). Der australische Justizminister hat bereits im April in Paris vor der Presse erklärt, der radioaktive Ausfall (Staub) der bisherigen Versuche habe jede einzelne Person in Australien getroffen, jeder trage das radioaktive Material in seinem Körper als ständige Gefahr für die Gesundheit.[14]

12. Mai 1973

STRASSBURG

In Straßburg wählt die Internationale Paneuropa-Union Otto *Habsburg-Lothringen,* den ältesten Sohn des letzten öster-

reichisch-ungarischen Kaisers (Karl I), zu ihrem Präsidenten. Er tritt damit die Nachfolge des im Juli 1972 verstorbenen Begründers der Paneuropa-Union, des Grafen von Coudenhove-Kalergi an. Da diesem der zukünftige „Europäer" als ein eurasisch-negroider Mischling vorschwebte, muß seine Gründung, die zeitlich mit der Gründung des CFR (vgl. Polit. Lexikon, Teil I) zusammenfiel (1919) als eine Vorstufe zur „One World" verstanden werden.[15]

OTTO VON HABSBURG PRÄSIDENT DER PANEUROPA-UNION

14. Mai 1973

Schah Mohammed *Risa Pehlewi* begründet die Luftaufrüstung des Iran mit der Notwendigkeit, eine glaubwürdige Abschreckungskraft gegen „extremistische" (gemeint sind prokommunistische) Bestrebungen und Regierungen in den Erdölländern am gegenüberliegenden Ufer des persischen Golfs nach dem Rückzug Großbritanniens aus diesem Gebiet zu errichten. Er empfiehlt darüber hinaus einen gegenseitigen Beistandspakt der Anrainerstaaten des Golfs, der damit zum „Mare Nostrum" dieser Staaten gemacht werden könne, aus dem die Großmächte sich entfernt halten sollten.[16]

IRAN RÜSTET GEGEN PERSISCHEN GOLF

In Tripolis erklärt der libysche Staatspräsident Omar Moammar *al-Kadhzafi*, die Religion und der Nationalismus bildeten die Grundlage einer „Dritten Internationalen Theorie" als „Alternative zu kapitalistischem Materialismus und kommunistischem Atheismus". Ziel dieser Theorie sei es, „religiöse Tugenden zwischen Individuen und Nationen wiederzubeleben". Es sei sein Wunsch, „daß jede Nation sich an die Vorschriften ihrer Religion hält und an den ihr eigenen Tugenden festhält". Für die dritte Welt hält *al-Kadhzafi* den Islam als sozialrevolutionären dritten Weg für einzig sinnvoll.[17]

LIBYEN

KADHZAFI ÜBER RELIGION UND NATIONALISMUS

19. Mai 1973

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR, Leonid *Breschnew*, unterzeichnet anläßlich seines Besuches im westdeutschen Teilstaat in Bonn mit Bundeskanzler *Brandt* ein Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit, das entsprechend dem Viermächteabkommen vom 3. September 1971 (vgl. dort) auch auf West-Berlin ausgedehnt wird (Artikel 8). Es sieht vor allem die Neuerrichtung und die Modernisierung von Industrieanlagen vor, die der Rüstung der UdSSR zugutekommen werden. Eine gemeinsame Kommission wird mit der Durchführung beauftragt,

BRESCHNEW IN BONN

ABKOMMEN ÜBER ZUSAMMENARBEIT

RÜSTUNGSHILFE FÜR UDSSR

die im einzelnen dann von den zuständigen sowjetischen Organisationen und westdeutschen Unternehmen zu vereinbaren sind. Partner der westdeutschen Privatfirmen ist dabei immer der Staat der UdSSR. Am 21. Mai wird Breschnew zwanzig Minuten lang im westdeutschen Fernsehen zur Bevölkerung sprechen.

31. Mai 1973

REIKJAVIK

TREFFEN NIXON—POMPIDOU OHNE ERGEBNIS

Auf Island treffen die Präsidenten der USA und Frankreichs, Richard M. *Nixon* und Georges *Pompidou* zu einem Grundsatzgespräch zusammen. Keiner von beiden war bereit, in die Hauptstadt des anderen zu reisen. Über Dollar-Konvertibilität, USA-Importe in Europa, gemeinsamen Agrarmarkt USA—EWG und Zusammenarbeit in der Kernwaffenstrategie kann keine Einigung erzielt werden. Das Treffen in Reikjavik ist zum Scheitern verurteilt. Keiner der beiden Präsidenten kann den erhofften diplomatischen Erfolg mit nach Hause bringen.[18]

8. Juni 1973

MOSKAU

ÖLABKOMMEN MIT US-FIRMEN LAUFZEIT 25 JAHRE

In Moskau unterzeichnen die Vorsitzenden zweier US-amerikanischer Ölfirmen und der stellvertr. Außenhandelsminister der UdSSR, *Ossipow* ein Vorabkommen über die Lieferung von sibirischem Erdgas an die USA im Werte von 10 Millionen Dollar bei einer *Laufzeit von 25 Jahren* (!). Bei der Erforschung des Gasvorkommens (bei Yakutsk) sollen amerikanische Geologen mitwirken. Die Verflüssigung des Gases soll bei Wladiwostok erfolgen, von dort aus auch, etwa von 1980 an, die Verschiffung in die USA vorgenommen werden.[19]

SPANIEN

MINISTER-PRÄSIDENT CARRERO BLANCO

Der spanische Staatschef Francisco *Franco* y Bahamonde ernennt erstmalig einen Ministerpräsidenten und zwar den bisherigen Stellvertr. Ministerpräsidenten Admiral Luis *Carrero Blanco*. Dieser wird drei Tage später eine neue Regierung zusammenstellen, von deren 19 Ministern sechs dem Namen nach noch der Falange angehören und einer, der Außenminister Lopez *Rodo* dem Opus Dei. Die Falange ist aber nicht mehr die sozialrevolutionäre Bewegung *Primo de Riveras. Carrero Blanco* wird noch im selben Jahr, am 20. Dezember durch einen ferngelenkten Sprengstoffanschlag vom radikal-kommunistischen Flügel der baskischen Organisation ETA ermordet werden.[20]

18. Juni 1973

BRESCHNEW IN DEN USA

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR Leonid *Breschnew* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II) trifft zu einem achttägigen offiziellen Staatsbesuch in den USA ein. Während

dieser Tage werden acht Abkommen und drei Protokolle der beiden führenden Weltmächte unterzeichnet werden. Die wichtigsten sind das Abkommen zur Verhinderung eines Atomkrieges (durch rechtzeitige Konsultationen bei atomkriegsträchtigen Konflikten) und das Abkommen über friedliche Nutzung der Atomenergie (gemeinsame Forschung und Entwicklung). Beide Abkommen verringern den Bündniswert der USA für Dritte.[21]

8 ABKOMMEN

VERMEIDUNG EINES ATOM-KRIEGES

22. Juni 1973

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag beschließt mit acht gegen sechs Stimmen, Frankreich die Aussetzung der geplanten Kernwaffenversuche über der Pazifikinsel Mururoa bis zur endgültigen Urteilsverkündung zu empfehlen. Tags darauf wird das französische Außenministerium die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes in „Fragen der nationalen Sicherheit" bestreiten. Die Kernwaffenversuche selbst (überirdisch, in der Atmosphäre) werden über dem Mururoa-Atoll vom 21. Juli bis zum 29. August durchgeführt werden, insgesamt fünf Zündungen.

DEN HAAG EMPFIEHLT FRANKREICH AUSSETZUNG DER ATOMTESTS

26. Juni 1973

Das Repräsentantenhaus der USA beschließt, die Bombenangriffe in Kambodscha und Laos zu beenden, und verbietet weitere Ausgaben für diesen Zweck. Präsident *Nixon* wird tags darauf sein Veto gegen diesen Beschluß einlegen. Daraufhin wird der Kongreß am 29. Juni eine Gesetzesvorlage verabschieden, durch die sämtliche Mittel für den Einsatz der US-Streitkräfte in ganz Indochina mit Wirkung vom 15. August an gesperrt werden. Diese Vorlage wird *Nixon* am 1. Juli unterzeichnen müssen. Am 15. August werden die Bombenangriffe eingestellt werden, mit dem zu erwartenden Ergebnis.

USA

FINANZ-SPERRE FÜR INDOCHINA-KRIEG

27. Juni 1973

Die Volksrepublik China zündet eine Wasserstoffbombe (15. chinesischer Kernwaffentest) in der Atmosphäre über dem Versuchsgelände von Lop Nor mit einer Stärke von zwei bis drei Megatonnen TNT. Australien, Neuseeland und Japan werden offiziell gegen den neuen Versuch protestieren. In Frankreich dagegen wird man von einer weiteren Annäherung der französischen Diplomatie an China und von der Möglichkeit weiterer französischer Kernwaffentests im Pazifik sprechen. Von der Hauptsache, der Verkürzung der Lebensmöglichkeit auf der Erde durch jeden weiteren derartigen Versuch, spricht niemand.[22]

CHINA

WASSERSTOFF-BOMBENTEST

7. Juli 1973

HELSINKI

ERSTE PHASE DER KSZE

In Helsinki wird nach fünftägiger Dauer die erste Phase der eigentlichen Europäischen Sicherheitskonferenz (KSZE) abgeschlossen, bei der (mit Monaco) 33 europäische Staaten sowie Kanada und die USA vertreten waren. Den jahrelangen Vorbereitungen dieser Konferenz und ihren ungeheuren Kosten steht ein absolutes Nichts an praktischen Ergebnissen gegenüber. Dem Initiator, der UdSSR, ging es vor allem um Absicherung ihrer territorialen Gewinne aus dem 2. Weltkrieg. Man vertagt sich zur zweiten Phase der Konferenz auf den September in Genf.

17. Juli 1973

AFGHANISTAN

STAATSSTREICH PRINZ DAUDS

ABDANKUNG KÖNIG ZAHIRS

In Afghanistan führt in Abwesenheit von König *Mohammed Zahir* Schah dessen Vetter und Schwager Prinz Sardar *Mohammed Daud* Khan einen blutigen Staatsstreich durch, ruft die Republik aus und macht sich selbst zum Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten, Außen- und Kriegsminister, mithin zum Diktator. Er vertritt eine engere Anlehnung Afghanistans an die UdSSR, und diese wird auch als erster Staat bereits am 19. Juli die neue Republik anerkennen. König *Zahir* wird in Rom am 26. August seine Abdankung bekanntgeben.[23]

24. Juli 1973

SICHERHEITSRAT

USA VERHINDERN VERURTEILUNG ISRAELS

Im Sicherheitsrat der UNO bringt der Vertreter der USA einen Resolutionsentwurf durch sein Veto zum Scheitern, in dem Israel mangelnde Zusammenarbeit mit Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der UNO und die fortdauernde Besetzung der 1967 besetzten Gebiete vorgeworfen wird. Der US-Botschafter John *Scali* bezeichnet die Resolution als „höchst parteiisch und unausgewogen". Sie würde bei Annahme nur ein weiteres Hindernis gegen den Beginn ernsthafter Verhandlungen zwischen den Parteien, Israel und den arabischen Ländern, darstellen.[24]

29. Juli 1973

KUBA—CHILE

CASTRO AN ALLENDE

„REVOLUTION IN GEFAHR"

Der kommunistische Regierungschef von Kuba, Fidel *Castro*, schreibt einen Brief an den Präsidenten von Chile, Salvador *Allende* und kündigt diesem darin den Besuch der beiden Chefs des kubanischen Geheimdienstes, Carlos *Rafael Rodriguez* und Manuel Pineiro, den ersteren nur mit seinem Vornamen an. „Der tatsächliche Grund ist, mit Dir die Lage zu besprechen und Dir wie stets unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit anzubieten, um den Schwierigkeiten und Gefahren zu begegnen, die den Fortschritt verhindern und bedrohen . . ." Er rät

Allende, die Arbeiterschaft aufzurufen, die Revolution sei in Gefahr. Sie könne ein für allemal das Schicksal Chiles entscheiden. Dem wird die Armee zuvorkommen. Vgl. 11. September 1973.[25]

31. Juli 1973

Der II. Senat des westdeutschen Bundesverfassungsgerichtes verkündet sein Urteil vom 19. Juni dahingehend, daß das Ratifizierungsgesetz zum Grundvertrag zwischen den beiden deutschen Teilstaaten vom 21. Dezember 1972 (vgl. dort) mit dem westdeutschen Grundgesetz (Verfassung) vereinbar sei. Damit ist auch die Normenkontrollklage der bayerischen Staatsregierung gegen das Ratifizierungsgesetz abgewiesen und der Vertrag endgültig in Kraft. Die kommunistische Volkskammer des mitteldeutschen Teilstaates hat ihn bereits am 13. Juni ratifiziert. Die Teilung des Bismarckreiches ist Geschichte geworden, geschichtliche Wirklichkeit. Vgl. hierzu Polit. Lexikon, Teil I, „Deutsche Frage".[26]

BRD

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT FÜR „GRUNDVERTRAG"

10. August 1973

In Ottawa/Kanada findet eine Konferenz der Regierungschefs bzw. Premierminister von 32 Ländern des British Commonwealth of Nations ihren Abschluß mit einem umfangreichen Communiqué. Es hat die übliche, gegen Südafrika und Rhodesien gerichtete Tendenz und empfiehlt Einwirkung der Mitglieder auf Portugal zwecks Unabhängigkeit von Angola und Mozambique. Eine beigefügte Erklärung fordert die Einstellung aller Kernwaffenversuche. An der Frage der Kontrolle der Sanktionen gegen Rhodesien wäre die Konferenz beinahe gescheitert. Der kanadische Premier *Trudeau* soll sie und damit das Commonwealth durch die Einladung zu einer Tasse Tee, „diskrete Diplomatie" und „persönlichen Charme" gerettet haben. Der Präsident von Uganda, Idi *Amin Dada*, der nicht erschienen ist, rechtfertigt in einer schriftlichen Erklärung, die verlesen wurde, die Ausweisung der Asiaten aus seinem Lande. Wirkliche politische Bedeutung kommt bei alledem der Commonwealth-Konferenz kaum noch zu.[27]

OTTAWA

COMMONWEALTH-KONFERENZ

SANKTIONEN GEGEN RHODESIEN?

TRUDEAU RETTET DIE KONFERENZ

12. August 1973

In einem argentinischen Militärstützpunkt in der Antarktis führen sieben Minister der argentinischen Regierung und Frau Isabel Peron (die für die Vizepräsidentschaft kandidiert) eine Kabinettssitzung durch, um damit den Anspruch Argentiniens

ARGENTINIEN REGIERUNGSSITZUNG IN DER ANTARKTIS

auf den Sektor zwischen dem 30. und dem 70. Längengrad west. Länge, insbesondere auf Grahamland, zu demonstrieren. Dasselbe hat 1961 bereits Präsident Arturo *Frondici* getan.[28]

21. August 1973

CHINA UNTERZEICHNET IN MEXICO VERTRAG VON TLATELOLCO

Die Volksrepublik China läßt durch ihren Botschafter in Mexiko das Protokoll II des Vertrages von Tlatelolco unterzeichnen und tritt damit der atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika bei. Sie verpflichtet sich, gegen lateinamerikanische Länder, die keine Atomwaffen besitzen, und gegen die genannte Zone keine Kernwaffen einzusetzen oder mit dem Einsatz zu drohen, dort auch keine Kernwaffen zu erproben, herzustellen, zu lagern oder zu installieren, sowie keine Träger mit Kernwaffen über diese Zone zu senden, unbeschadet Chinas ablehnender Haltung gegenüber dem Atomwaffensperrvertrag von 1968 (vgl. Polit. Lexikon, Teil I und III).[29]

28. August 1973

NEU DELHI

ABKOMMEN ÜBER GEFANGENEN-RÜCKFÜHRUNG

In New-Delhi unterzeichnen Vertreter Indiens und Pakistans ein Abkommen über die Entlassung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten Bangla Deshs einerseits und Pakistans andererseits. Es handelt sich um etwa 90 000 Pakistaner und 200 000 Bengalen. Seit dem Waffenstillstand (vgl. 17. Dezember 1971) sind mehr als anderthalb Jahre vergangen. Bis zum Beginn der Rückführung der Überlebenden werden weitere Wochen vergehen. (19. September 1973). Bis Ende September werden erst anderthalb Prozent der Wartenden transportiert sein.

PEKING

X. PARTEITAG

„NOCH VIELE LIN PIAOS“

Der kurze, nur vier Tage währende X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas in Peking findet seinen Abschluß. Er diente vor allem der Ausmerze aller auf *Lin Piao* zurückgehenden ideologischen und programmatischen Einflüsse. In den beiden großen Berichten *Tschou En-lais* und *Wang Hung-wens* (der die revidierten Partei-Statuten vorlegt) wird *Lin Piao* als Beauftragter der Sowjetunion hingestellt und vorausgesagt, daß es noch zahlreiche innerparteiliche Kämpfe und Auseinandersetzungen geben wird, die die Widersprüche zwischen kapitalistischem und sozialistischem Weg widerspiegeln. „Lin Piaos werden immer wieder auftauchen.“[30]

3. September 1973

USA

Der Außenminister der USA, William Pears *Rogers*, tritt zurück, teils um sich von den Watergate-Vorgängen zu distan-

zieren, teils weil er den Eindruck gewonnen hat, daß die Außenpolitik der USA nicht mehr vorwiegend von seinem Ministerium geleitet wird. Mit der Nachfolge beauftragt Präsident *Nixon* dann auch seinen Sicherheitsberater, den 1938 aus Deutschland eingewanderten Juden Henry A. *Kissinger* (ursprünglich Heinz Alfred, geb. 27. Mai 1923 in Fürth), der 1964 als außenpolitischer Berater Nelson *Rockefellers* tätig war und über entsprechenden Einfluß im CFR (vgl. Polit. Lexik., Teil I) verfügt.[31]

RÜCKTRITT ROGERS'

NACHFOLGER KISSINGER

5. September 1973

Zur IV. Konferenz der bündnisfreien Staaten in Algier treffen die Delegationen von 75 Staaten ein, die Vollmitglieder der Ständigen Konferenz sind. Davon werden in Algier 42 durch ihre Staatsoberhäupter, 15 durch ihre Regierungschefs vertreten, der Rest durch Außenminister oder andere Regierungsmitglieder. Darüber hinaus sind neun Länder, darunter Brasilien und Mexiko, durch Beobachter vertreten, Finnland, Österreich und Schweden als Gäste und dreizehn Befreiungsbewegungen, u. a. aus Angola, Mozambique, Südwestafrika, Südafrika, Rhodesien, Palästina (PLO), Puerto Rico. Auch der Generalsekretär der UNO, *Waldheim,* nimmt an der Konferenz teil. Die Begrüßungsansprache hält Marschall Tito, Staatspräsident von Jugoslawien und letzter überlebender Gründer der Bewegung der Bündnisfreien. Es werden zahlreiche gemeinsame Resolutionen gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Zionismus und Imperialismus gefaßt werden. Die Vollmitglieder der Konferenz verfügen über die absolute Stimmenmehrheit auch in der UNO-Vollversammlung.[32]

ALGIER

IV. KONFERENZ DER BÜNDNISFREIEN STAATEN

BEGRÜSSUNG DURCH TITO

11. September 1973

In Chile stürzen die Oberbefehlshaber der drei Waffengattungen gewaltsam die sozialistisch-kommunistische Volksfrontregierung des Präsidenten Salvador *Allende Gossens* (seit Oktober 1970), kurz bevor dieser mit bewaffneten marxistischen Milizen (zum großen Teil Ausländern) nach osteuropäischen Vorbildern eine kommunistische Gewaltherrschaft errichten kann. Er hat bereits zur Besetzung strategisch wichtiger Privatbetriebe und zur „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften" notfalls mit der Waffe in der Hand aufgerufen. Während das Präsidentenpalais in Brand geschossen wird, gibt sich *Allende* mit einer Maschinenpistole den Tod. Präsident wird der Oberkommandierende des Heeres, General Augusto *Pinochet Ugarte.* Die

CHILE

STURZ UND TOD ALLENDES

PINOCHET

UDSSR BRICHT DIPLOM. BEZIEHUNGEN AB

Kämpfe gegen Widerstandsnester der kommunistischen Milizen werden noch Wochen andauern. Es wird eine große Zahl politischer Gefangener gemacht. Einem Teil von ihnen wird später die Ausreise gestattet werden. Brasilien wird die neue Regierung sofort anerkennen, die UdSSR wird die diplomatischen Beziehungen abbrechen. Das erhellt die Zusammenhänge. Die Regierung Pinochet übernimmt eine vollständig zerstörte Wirtschaft.[33]

12. September 1973

AFRIKA

SAHEL-ZONE DÜRRE-KATASTROPHE

RETTUNGS-PROGRAMM

Die Präsidenten der von der um sich greifenden Dürrekatastrophe in der afrikanischen Sahelzone bedrohten Staaten Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal und Tschad vereinbaren in Ouagadougou einen Programmentwurf für langfristige Rettungsmaßnahmen wie Dammbauten, Wiederaufforstung und ähnliches mehr. Das Programm wirkt angesichts der unmittelbaren Bedrohung von Millionen Menschenleben eigenartig wirklichkeitsfremd, von einer durchaus unangebrachten Fortschrittseuphorie getragen. Vgl. weiter: noch April 1974.

13. September 1973

DANZIG

KONVENTION ÜBER FISCHEREI-SCHUTZ IN DER OSTSEE

In Danzig unterzeichnen — auf Einladung Polens — die Vertreter der Ostsee-Anrainerstaaten eine Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Nahrungsreserven in der Ostsee und den Belten. Durch Delegationen sind Dänemark, die beiden deutschen Teilstaaten, Finnland, Polen, Schweden und die UdSSR vertreten. Es wird eine Internationale Kommission für die Fischerei in der Ostsee und den Belten mit Sitz in Warschau gebildet. U. a. wird die Festsetzung von Schonzeiten und Schongebieten vorgesehen, vermutlich für die Ostsee viel zu spät und weitgehend unverbindlich.

15. September 1973

SCHWEDEN

TOD KÖNIG GUSTAV VI.

CARL XVI. GUSTAV ENTRECHTET

In Helsingborg verstirbt König *Gustav VI. Adolf* von Schweden. Ihm folgt sein Enkel *Carl XVI. Gustav* auf den Thron, dem aber durch die Verfassungsänderung vom 6. Juni 1973 auch die letzten monarchischen Befugnisse entzogen sind. Er darf nicht mehr den Kabinettssitzungen vorsitzen, ist nicht mehr Oberbefehlshaber der Streitkräfte, und darf bei einer Regierungskrise nicht mehr den neuen Ministerpräsidenten bestimmen. Sollte er nur weibliche Nachkommen haben, so würde damit die Monarchie in Schweden auch formal erlöschen.[34]

18. September 1973

NEW YORK

BRD UND DDR UNO-MITGLIEDER

Die XXVIII. Session der UNO-Vollversammlung in New York beschließt die Aufnahme der beiden deutschen Teilstaaten in die UNO. Der mitteldeutsche Teilstaat wird 133., der westdeutsche 134. Vollmitglied. Damit ist die UNO nicht mehr als ein Instrument der Siegermächte des 2. Weltkrieges anzusehen. Der Antrag zur Aufnahme der beiden Staaten wurde von 75 Staaten eingebracht, unter ihnen von allen ehemaligen Gegnermächten. Der Protest Israels gegen die Aufnahme des mitteldeutschen Teilstaates wird zurückgewiesen. Dabei sagte der Vertreter Saudi-Arabiens u. a., man müsse gegen die Verbrechen an den Juden die Zerstörung Dresdens, Hiroshimas und Nagasakis stellen, und: „Wir sagen, es war falsch, das deutsche Volk aus ideologischen Gründen zu trennen", er protestiere im Namen der Selbstbestimmung dagegen, daß Deutschland, Vietnam, Korea und Palästina wegen der Großmachtpolitik der Interessensphären geteilt worden seien.[35]

PROTEST ISRAELS GEGEN DDR-AUFNAHME

23. September 1973

ARGENTINIEN

PERON ZUM PRÄSIDENTEN GEWÄHLT

ISABEL VIZE-PRÄSIDENTIN

Bei den Präsidentschaftswahlen in Argentinien (nach dem Rücktritt des Präsidenten *Hector Campora)* wird der 78jährige Juan Domingo Peron, der noch im Dezember 1972 auf die Kandidatur verzichtet hat (vgl. 20. November 1972), mit 61,8 Prozent der abgegebenen Stimmen und über 50 Prozent der Wahlberechtigten zum Präsidenten, seine dritte Frau Maria Estela *(Isabel) Martinez de Peron* zur Vizepräsidentin gewählt. Die Vereidigung und Amtsübernahme wird am 12. Oktober stattfinden. Das Kabinett bleibt unverändert.[36]

28. September 1973

ÖSTERREICH

KREISKY LÄSST DURCHGANGSLAGER FÜR JUDEN SCHLIESSEN

Der Anschlag von drei palästinensischen Terroristen auf einen Zug mit jüdischen Auswanderern aus der Sowjetunion nach Israel an der tschechisch-österreichischen Grenze bei Marchegg veranlaßt den (ebenfalls jüdischen) österreichischen Bundeskanzler Bruno *Kreisky*, das Durchgangslager für jüdische Auswanderer aus der Sowjetunion im Schloß Schönau bei Wien schließen zu lassen, da die Juden dort zu gefährdet seien. Mit dieser Maßnahme erreicht er die Freigabe der von den Terroristen genommenen Geiseln, zieht sich dafür aber die Kritik der israelischen Regierung und des Präsidenten der USA *Nixon* zu. Beide hätten offenbar lieber den Tod der jüdischen Geiseln in Kauf genommen. *Kreisky* wird zum Modellfall und das internationale politische Geschehen entartet zunehmend zum Tummelplatz innerjüdischer Querelen.[37]

30. September 1973

VATIKAN

PAUL VI. EMPFÄNGT DALAI LAMA

Im Vatikan in Rom empfängt Papst *Paul VI.* die höchste lebende Inkarnation Buddhas, das geistliche und weltliche Oberhaupt Tibets, den erst 38jährigen *Dalai Lama,* der seit der Annexion Tibets durch die Volksrepublik China 1959 in Indien im Exil lebt, und seine erste Europareise antritt. Sie wird ihn in die Schweiz, die Niederlande, nach Großbritannien, Irland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Westdeutschland und Österreich führen, ist aber privater Natur. Vgl. auch 11. März 1973.[38]

6. Oktober 1973

ÄGYPTEN UND SYRIEN IM KRIEG MIT ISRAEL

Ägyptische Streitkräfte überschreiten den Suezkanal und bilden zwei Brückenköpfe auf der Sinaiseite, durch die sie Panzerkräfte heranführen. Auch Syrien erklärt den Kriegszustand. Damit hat der vierte arabisch-israelische Krieg begonnen, der bis zum 24. Oktober morgens dauern und mit einem israelischen Sieg sowohl an der ägyptischen als auch an der syrischen Front enden wird. Um eine offenbar beabsichtigte Intervention der UdSSR zu verhindern, werden die USA eine Reihe von Militärstützpunkten am 25. Oktober in den Alarmzustand der 3. Stufe versetzen.

14. Oktober 1973

THAILAND

RÜCKTRITT KITTIKACHORNS

THAMMASAK MINISTERPRÄSIDENT

In Thailand (Siam) tritt nach blutigen Kämpfen zwischen demonstrierenden Studenten und Polizei die Militärregierung des Feldmarschalls *Kittikachorn* zurück. König *Bhumi-phol* ernennt den Rektor der Universität, Sanya *Thammasak* zum neuen Ministerpräsidenten, der zwei Tage später eine neue, zivile Regierung vorstellen wird. *Kittikachorn,* sein Sohn und der ehemalige Innenminister General Prapass *Charusathiara* müssen das Land verlassen. Ein Studentenrat gewinnt Einfluß auf die Landesregierung und verschafft der Jugend ungewöhnliche Autorität bei liberal-demokratischer Tendenz.[39]

16. Oktober 1973

ÄGYPTEN WÜNSCHT FRIEDENSKONFERENZ

FÜNF-PUNKTE-PLAN

Im Zuge des vierten Israelkrieges erklärt der ägyptische Staatspräsident *as-Sadat,* Ägypten strebe nicht die Vernichtung Israels an, und formuliert in einer offenen Botschaft an US-Präsidenten *Nixon* einen Fünf-Punkte-Friedensplan. Darin wird die Bereitschaft Ägyptens zur Teilnahme an einer Friedenskonferenz in der UNO und zur Räumung des Suezkanals erklärt, sobald sich die israelischen Truppen unter internationaler Aufsicht aus allen von ihnen besetzten arabischen Gebieten zu den Linien von vor dem 5. Juni 1967 zurückgezogen hätten.[40]

8. November 1973

Der Außenminister der USA, Henry *Kissinger*, trifft zum erstenmal mit König *Feisal* von Saudiarabien zusammen. Dieser erläutert ihm in seinem Palast in Riad seinen Standpunkt. Er sei erklärter Antikommunist und Antizionist, ein Gegner sowohl Rußlands als auch Israels. Für ihn seien Kommunisten und Juden „Eier im gleichen Nest". Die Juden kontrollierten den Kommunismus in Rußland, sie hätten die Revolution von 1917 inszeniert und schließlich die Sowjetunion errichtet. Dann hätten die Juden den Staat Israel ausgerufen und dessen „Politik der Aggression und Expansion" gefördert. Darauf blickt der König *Kissinger* unmittelbar ins Gesicht und fügt hinzu, jetzt seien die Juden „auf der ganzen Welt" dabei, sich „in Machtpositionen zu bringen" und versuchten die Welt zu regieren, aber er werde sie mit der Waffe seines Öls daran hindern. Nicht zufällig seien die Juden die einzigen Menschen, die im Koran unvorteilhaft erwähnt werden. *Kissinger* hört dem König schweigend zu. Anderthalb Jahre später (vgl. 25. März 1975) wird *Feisal* von einem umerzogenen Neffen (Diplom-Politologen) ermordet werden (vgl. 20. März 1974 und 25. März 1975).[41]

RIAD

KÖNIG FEISAL FORDERT KISSINGER HERAUS

STUNDE DER WAHRHEIT

JÜDISCHER WELTREGIERUNGSPLAN

KAMPFANSAGE

DIE ANTWORT

11. November 1973

Am Kilometerstein 101 auf der Straße Kairo — Suez unterzeichnen Generalmajor Aharon *Yariv* für Israel und Generalmajor Abdel Ghani *Gamassi* für Ägypten in Anwesenheit des finnischen Generals Ensio *Silasvuo* (UN) eine sechs Punkte umfassende Waffenstillstands-Vereinbarung. Sie ist durch Vermittlung des Außenministers der USA, Henry *Kissinger* zustandegekommen und zwei Tage zuvor von diesem dem Generalsekretär der UNO, *Waldheim*, mitgeteilt worden, mit der Bitte, das Treffen am Kilometerstein 101 zustandezubringen.[42]

WAFFENSTILLSTAND ÄGYPTEN—ISRAEL

Als letzter von 21 afrikanischen Staaten bricht Botswana die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Damit begonnen haben Niger, Rwanda und Dahomey bereits in den ersten Tagen des israelisch-arabischen Krieges, am 8. und 9. Oktober. Die betreffenden Staaten bekunden mit diesem Schritt weniger ihre Sympathie für die Sache der Araber als vielmehr ihre außenpolitische Bindung an die UdSSR. Lesotho, Malawi, Mauritius, Swasiland und auch Südafrika erhalten demgegenüber ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel aufrecht.

BOTSWANA

ABBRUCH DER DIPLOMAT. BEZIEHUNGEN ZU ISRAEL

22. November 1973

JAPAN *NEUE NAHOSTPOLITIK* *MIKI IN KAIRO*

Die japanische Regierung (energiepolitisch weitgehend abhängig von arabischen Erdöllieferungen) verabschiedet eine Erklärung über die Neuorientierung ihrer Nahostpolitik. Darin tritt sie für Abzug der israelischen Truppen aus allen im Kriege von 1967 besetzten Territorien und für Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes ein und fordert Israel auf, „diese Prinzipien einzuhalten". Drei Wochen später, am 14. Dezember, wird der stellvertr. japanische Ministerpräsident Takeo *Miki* als Sonderbotschafter seiner Regierung in Kairo eintreffen, dort denselben Standpunkt vertreten, Finanzhilfe beim Ausbau des Suezkanals anbieten und nach fünf Tagen in die arabischen Erdölländer weiterreisen.[43]

26. November 1973

ALGIER *ARABISCHE LIGA* *5. GIPFELKONFERENZ*

In Algier tritt die fünfte Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga zusammen, der jedoch die Präsidenten des Irak, Libyens und König Hussein von Jordanien fernbleiben. Die Konferenz wird u. a. beschließen, das Erdöl-Embargo auch weiterhin als Waffe gegen diejenigen Staaten einzusetzen, die Israel unterstützen, als Dank für die israel-feindliche Haltung der afrikanischen Staaten die Beziehungen zu Südafrika, Rhodesien und Portugal abbrechen und die PLO als einzige legitimierte Vertreterin des palästinensischen Volkes auch in West-Jordanien anzuerkennen, letzteres gegen ausdrücklichen Protest der jordanischen Delegation, die das von Israel besetzte westjordanische Gebiet mit Recht als Teil Jordaniens behandelt wissen will.[44]

7. Dezember 1973

IMF *GOLDVERTRAG MIT SÜDAFRIKA AUFGEHOBEN*

Der Internationale Währungsfond (IMF, vgl. Polit. Lexikon, Teil I) hebt den Vertrag mit Südafrika über den Kauf südafrikanischen Goldes auf. Der Antrag zu diesem Schritt ist von der südafrikanischen Regierung selbst gestellt worden, da der freie Marktpreis des Goldes schon seit drei Jahren erheblich über dem offiziellen Preis liegt. Der Federal Reserve Board (USA, vgl. Polit. Lexik., Teil I) hat bereits am 14. November die 1968 vereinbarte Zweiteilung des Goldmarktes beendet. Doch bahnt sich nun auch auf diesem Gebiet eine Isolierung Südafrikas an.

9. Dezember 1973

IRLAND

Am Ende einer viertägigen Konferenz in Sunningdale bei Ascot einigen sich der britische Premierminister Edward *Heath,* der

irische Premierminister William *Cosgrave*, der Chef der Exekutive von Nordirland, Brian *Faulkner* (dessen protestantische Unionspartei die nordirischen Kommunalwahlen am 30. Mai 1973 mit großer Mehrheit gewann) und die Vertreter der drei stärksten nordirischen Parteien über die Bildung eines bereits am 21. November in Aussicht genommenen Rates für Ganz-Irland. Dieser Ministerrat soll sieben irische und sieben nordirische Mitglieder haben. Ihm soll eine konsultative Versammlung aus 60 Mitgliedern, je zur Hälfte aus den beiden Parlamenten Irlands und Nordirlands, zur Seite stehen und beratende und prüfende Funktionen ausüben. Man verspricht sich davon auch eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus der „provisorischen IRA“, der im Oktober einen neuen Höhepunkt erreicht hat und die Anwesenheit britischen Militärs in Nordirland weiterhin notwendig macht.

GESAMT-IRISCHER RAT GEGEN TERRORISMUS DER IRA

10. Dezember 1973

BRÜSSEL

Der Außenminister der USA, Henry *Kissinger*, spricht vor der Ministerratstagung der europäischen NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel, fordert seine europäischen Kollegen auf, das NATO-Bündnis, zu festigen, und stellt ihnen u. a. die provozierende Frage: „Können wir Partner bleiben oder wollen wir Konkurrenten werden?“ Der französische Außenminister Michel *Jobert* unterbricht ihn mit der Gegenfrage, ob das Abkommen Nixon-Breschnew vom 22. Juni 1973 (vgl. 18. Juni 1973) über die Verhütung von Kernwaffenkriegen bedeute, daß die USA-Regierung im Krisenfalle sich zunächst mit der UdSSR und dann erst mit ihren NATO-Partnern beraten werde. *Kissinger* verwahrt sich gegen diese Unterstellung, aber *Jobert* entgegnet, nur die Zukunft könne erweisen, wie jenes Abkommen zu bewerten sei. Er hat klar erkannt, daß die beiden Atomwaffen-Großmächte sich über die Köpfe ihrer jeweiligen Verbündeten bzw. Satelliten hinweg miteinander verständigen als die beiden Vertreter der verschwisterten One-World-Ideologien, Kommunismus und Fabianismus (CFR).[45]

KISSINGER FÜR FESTIGUNG DER NATO

FRANZÖSISCHER EINWAND

EINVERNEHMEN USA—UDSSR

11. Dezember 1973

PRAG

In Prag unterzeichnen der westdeutsche Bundeskanzler *Brandt* und der Ministerpräsident der Tschechoslowakei *Strougal* (sowie die beiden Außenminister) einen Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen der beiden Staaten. Darin wird das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 (vgl. dort) für nichtig erklärt, ohne zu erwähnen, daß es sich dabei nur um die Termin-

TSCHECHISCH-WEST-DEUTSCHER VERTRAG

BRANDT—STROUGAL

festlegung einer von Lord Runciman vorgeschlagenen und von Großbritannien und Frankreich der Tschechoslowakei auferlegten Gebietsabtretung handelte (vgl. 18./19. September 1938). Ferner wird in diesem Vertrag die Grenze „jetzt und in der Zukunft" als unverletzlich festgelegt und Gebietsansprüche „auch in der Zukunft" ausgeschlossen. D. h., daß die Regierung *Brandt-Scheel* mit diesem Vertrag nunmehr auch die Heimat der Sudetendeutschen ohne entsprechende Gegenleistung fortgibt. Der Wortlaut des Vertrages ist bereits am 20. Juni 1973 in Bonn von den Außenministern *Scheel* und *Chanoupek* paraphiert worden, konnte aber infolge Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Rechtsvertretung West-Berlins nicht früher unterzeichnet werden.[46]

16. Dezember 1973

DOKUMENT VON BOGOTA

DREIZEHN-PUNKTE-PROGRAMM FÜR LATEIN-AMERIKANISCHE AUSSENPOLITIK

Die Außenminister (bzw. Stellvertr.) aller lateinamerikanischen Staaten (ausgenommen Kuba und Paraguay), die am 14. Dezember auf Einladung Boliviens in Bogota zu einer dreitägigen Konferenz zusammengetreten sind, formulieren im „Dokument von Bogota" in einem Dreizehn-Punkte-Programm die Grundlagen einer gemeinsamen lateinamerikanischen Außenpolitik. Die USA werden darin mit keinem Wort erwähnt, doch ist das ganze Dokument Ausdruck eines erstarkten Selbstbewußtseins und Unabhängigkeitswillens gegenüber den USA. Lateinamerika versteht sich als wesentlicher Faktor der dritten Welt.

21. Dezember 1973

GENF

NAHOST-FRIEDENS-KONFERENZ

In Genf beginnt die Friedenskonferenz zur Beendigung des 4. Israelkrieges zunächst auf Außenministerebene. Teilnehmer sind der UNO-Generalsekretär *Waldheim*, die USA *(Kissinger)*, die UdSSR *(Gromyko)*, Ägypten *(Fahmi)*, Jordanien *(Rifai)* und Israel *(Abba Eban)*. Es wird eine Militärkommission zur Erörterung der Truppenentflechtung im Sinai eingesetzt, deren Delegationen die Verhandlungen wiederaufnehmen sollen, die am 29. November am Kilometerstein 101 (Straße Kairo—Suez) nach Abwicklung des Gefangenenaustauschs gescheitert waren.[47]

1974

8. Januar 1974

Die Nachrichtenagentur der Volksrepublik China, HSINHUA, Peking, veröffentlicht einen Neujahrsartikel, der ein tiefes Mißtrauen gegenüber der von USA und UdSSR so demonstrativ gefeierten „Entspannung" und „Abrüstung" zum Ausdruck bringt, allerdings auch den Wunsch verrät, daß es mit dieser Entspannung nicht weit her sein möge. HSINHUA sieht die Welt in allgemeiner Gärung, in „großer Unordnung" und nennt das einen erfreulichen Zustand. Am selben Tage schildert die Pekinger Volkszeitung den inneren Widerstand in der UdSSR und den Terror der Regierungsbehörden gegen diesen Widerstand.

CHINA WÜNSCHT KEINE ENTSPANNUNG

15. Januar 1974

In Djakarta/Indonesien versuchen etwa 5000 Studenten den Merdeka-Palast zu stürmen, in dem der japanische Ministerpräsident Kakuei *Tanaka* während seines dreitägigen Besuchs Wohnung genommen hat. Im Kampf mit eingesetzten Sondereinheiten der indonesischen Polizei und Streitkräfte gibt es elf Tote und 137 Verletzte. Etwa 1000 Kraftwagen japanischer Produktion, 144 Häuser japanischer Eigentümer bzw. Geschäfte werden zerstört. General *Suharto* wird die Vorfälle zum Anlaß nehmen, seinen Beraterstab am 28. Januar aufzulösen und den Befehl über das militärische Sicherheitswesen selbst zu übernehmen.[1]

INDONESIEN

STUDENTEN-REVOLTE GEGEN JAPAN

18. Januar 1974

Frau Golda *Meir* in Jerusalem und Präsident Anwar *as-Sadat* in Assuan unterzeichnen getrennt, jeweils in Anwesenheit von Henry *Kissinger* die von diesem vermittelten Zusätze (Annexe) zum Truppenentflechtungsabkommen, das inzwischen am Kilometerstein 101 der Straße Kairo—Suez vom israelischen Generalleutnant *Elazar* und vom ägyptischen Generalleutnant *al-Gamassi* in Gegenwart des finnischen UN-Truppenkommandeurs Ensio *Siilasvuo* unterzeichnet wurde. Binnen sieben Tagen nach der Unterzeichnung soll das Auseinanderrücken der Truppen auf dem östlichen Kanalufer abgeschlossen sein.[2]

NAHOST-KONFLIKT

ZUSÄTZE ZUM TRUPPEN-ENTFLECH-TUNGS-ABKOMMEN

26. Januar 1974

In Brüssel beginnt eine dreitägige Konferenz der Kommunistischen Parteien von zwanzig west- (bezw. nord- und süd-)euro-

BRÜSSEL

KONFERENZ DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN

päischen Ländern, einschl. Türkei und Zypern. Die isländische und die norwegische KP bleiben der Konferenz fern. Sie wird eine „Politische Erklärung" verabschieden, in der „übereinstimmende und einheitliche Aktionen mit . . . der *christlichen* Bewegung" angeregt werden. Der Führer der italienischen KP, Enrico *Berlinguer,* empfiehlt „demokratische Umgestaltung" der Europäischen Gemeinschaften durch Direktwahlen ins Europa-Parlament.[3]

5. Februar 1974

VATIKAN—UNGARN

AMTSENTHEBUNG KARDINAL MINDSZENTYS

„HISTORISCHER KOMPROMISS"

Papst *Paul VI.* enthebt Jozsef Kardinal *Mindszenty* seiner Ämter als Erzbischof von Esztergom (Gran) und als Fürstprimas des Königreichs Ungarn. Er erklärt den Stuhl Esztergom für „vacant" und ernennt den Titularbischof Laszlo *Lekai* zum Apostolischen Administrator dort. Das geschieht am Tage nach der Ankunft des Kardinalstaatsekretärs *Casaroli* in Warschau und soll sichtlich ein Zeichen setzen für neue Formen der Koexistenz zwischen kommunistisch-atheistischem Staat und Katholischer Kirche. Es ist erstmals vom „historischen Kompromiß" die Rede, einem Kompromiß, den Kardinal *Mindszenty* und vermutlich auch Kardinal *Wyszynski* in Warschau für einen verhängnisvollen Fehler halten, bei dem Kirche und Glauben den kürzeren ziehen müssen. Er stößt den Christen in die Freudlosigkeit des total verwalteten Menschen und läßt der Kirche nur den *Schein* eines Anspruchs[4]

12. Februar 1974

UDSSR

AUSWEISUNG SOLTSCHENIZYNS

Die Regierung der UdSSR erkennt dem russischen Nobelpreisträger für Literatur, Alexander Issajewitsch *Solschenizyn,* die Staatsbürgerschaft der UdSSR ab und läßt ihn mit einem Flugzeug der Aeroflot nach Frankfurt/Main bringen, von wo er in die Schweiz weiterreisen wird. Seiner Familie wird gestattet werden, ihm am 29. März mit der gesamten beweglichen Habe, einschließlich des Archivs (!), in die Schweiz zu folgen. Da *Solschenizyn* in seinen Veröffentlichungen die bisher schwersten Anklagen gegen das Sowjetsystem in der denkbar schärfsten und wirksamsten Sprache erhoben hat, ist es schwer, eine einleuchtende Erklärung für die Begleitumstände seiner Ausweisung (s. oben) zu finden. Offenbar nimmt man an, daß er sich im Auslande gerade durch die Schärfe und harte Folgerichtigkeit seines Urteils auf längere Sicht unglaubhaft machen wird. Am 10. Dezember 1974 wird er in Stockholm den ihm bereits 1970 zuerkannten Nobelpreis entgegennehmen.[5]

13. Februar 1974

In Washington wird eine von den USA einberufene dreitägige internationale Konferenz über Energiefragen abgeschlossen. Vertreten waren in erster Linie Verbraucherländer von Erdöl, nämlich außer den neun EWG-Staaten Japan, Kanada, Norwegen und die USA. Der französische Außenminister Michel *Jobert* widersprach eindeutig Henry *Kissinger*, der vor bilateralen Abmachungen mit den Ölerzeugerländern gewarnt hatte, und deutete an, daß ja einige der vertretenen Länder selbst auch zu den Öl-Erzeugern gehörten und in dieser Eigenschaft selbst bereits bilaterale Abmachungen getroffen hätten. Den Hintergrund der Diskussion bildet die wirksame Waffe der arabischen Staaten im Nahost-Konflikt mit Israel und den USA, nämlich Ölembargo bzw. erhöhte Ölpreise, und der Versuch *Kissingers*, demgegenüber eine möglichst geschlossene Abwehrfront zu bilden. Frankreich schließt sich davon aus.

WASHINGTON

INTERNATIONALE ENERGIEKONFERENZ

JOBERT KONTRA KISSINGER

6. März 1974

In Pretoria hat der südafrikanische Ministerpräsident Johannes Balthasar *Vorster* ein Treffen mit den Chef-Ministern der acht Bantu-Heimatländer unter Führung des Rangältesten unter ihnen, des Kaizer *Matanzima* von Transkei. Es geht in den Gesprächen vor allem um mehr Land für die Heimatländer und um ihre schrittweise Hinführung zur Unabhängigkeit. *Matanzima* wird eine Woche später, am 14. März, für die Transkei die politische Unabhängigkeit binnen fünf Jahren fordern.[6]

SÜDAFRIKA

KONFERENZ DER BANTU-HEIMATLÄNDER

8. März 1974

Der westdeutsche Bundesrat verwirft den sogenannten „Normalisierungsvertrag" mit der Tschechoslowakei vom 11. Dezember 1973 (vgl. dort!) und zeigt in der Begründung seiner Entscheidung die unverantwortlichen Verschwommenheiten, Mehrdeutigkeiten und Nachlässigkeiten des von Außenminister *Scheel* paraphierten Vertragskonzepts, sowie die verhängnisvollen Folgen, die aus diesem mehrdeutigen Konzept sich ergeben können, treffend auf. Trotzdem wird die Regierungsmehrheit im Bundes*tag* die Ratifizierung des Vertrages schließlich am 10. Juli durchsetzen. Mit dem Austausch der Ratifizierungsurkunden in Bonn am 19. Juli 1974 wird diese erneute beflissene Kapitulation vor dem Standpunkt des kommunistischen Ostens in Kraft treten.[7]

BRD

BUNDESRAT VERWIRFT „NORMALISIERUNGSVERTRAG" MIT CSSR

20. März 1974

USA

ENTHÜLLUNG ÜBER KISSINGERS ROLLE ALS SOWJETAGENT UND FÖRDERER KOMMUNISTISCHER UNTERWANDERUNG

Die amerikanische Zeitschrift „The Review Of The News", Belmont/Mass., veröffentlicht die Aussage eines ungewöhnlich gut informierten Überläufers aus dem sowjetischen Nachrichtendienst (1961) im Generalsrang, dem die Entdeckung und Verhaftung zahlreicher Sowjetagenten in den USA, Großbritannien, Westdeutschland (Felfe), Schweden (Wennerström) u.a.m. zu danken ist. Dieser dokumentiert ausführlich, daß der Außenminister der USA, Henry *Kissinger,* 1945 bis 1947 während seiner Tätigkeit in Europa als „Investigator" des CIC in der „G"-Kompanie des 335. US-Infanterie-Regiments, bzw. in der US-Military-School in Oberammergau, zugleich auch unter dem Decknamen „Bor" als Agent einer sowjetischen Agentengruppe „Odra" unter Leitung von Oberst *Kujun* geführt wurde. Diese Gruppe hatte die Aufgabe, die westlichen militärischen Nachrichtendienste zu infiltrieren ,und arbeitete von Polen aus. *Kujun* behielt *Kissinger* nach den Dokumenten auch noch im Jahre 1954 im Auge, als dieser längst wieder in den USA, Professor in Harvard und Reserveleutnant war. Alles das wurde (nach dem Übertritt des prominenten Informanten) 1961, 1962 und erneut 1973 dem CIA, bzw. FBI, zuletzt auch dem britischen Sicherheitsdienst mitgeteilt. Die Zusammenhänge sind eindeutig dargestellt. Die Zeitschrift führt weiter aus, daß *Kissinger* später als Sicherheitsberater *Nixons* und als Außenminister mehrere Persönlichkeiten mit nachgewiesenen Sowjet-Kontakten in einflußreiche Positionen in den USA lanciert habe, insbesondere Helmut *Sonnenfeldt* und Jesse *MacKnight.* Erwähnt wird ferner *Kissingers* Tätigkeit im Rahmen des CFR (vgl. Polit. Lexikon, Teil I) sowie seine Teilnahme an Bilderberger- und Pugwash-Konferenzen. Darüber hat bereits im Oktober 1971 das offizielle Organ des amerikanischen Kongresses, der „Congressional Record", in aller Ausführlichkeit berichtet. Es war also allen Abgeordneten seit 1971 bekannt. Kissinger selbst und die US-Regierung unternehmen nichts gegen diese Veröffentlichungen.[8]

1. April 1974

LUXEMBURG GROSSBRITANNIEN FORDERT ÄNDERUNG DER EWG-STATUTEN

Vor dem Rat der Europäischen Gemeinschaften (der Neun) in Luxemburg erklärt der britische Außenminister James *Callaghan,* seine (Labour-)Regierung sei gegen eine Mitgliedschaft Großbritanniens zu den Bedingungen vom Januar 1973 (dem Beginn der britischen Mitgliedschaft). Seine Forderung nach Aushandlung neuer Bedingungen (im wesentlichen zugunsten des Commonwealth) entsprechen genau dem, was *de Gaulle* vor

Jahren vorausgesagt hat. Dementsprechend ist auch die scharfe und klare Zurückweisung durch den französischen Außenminister Michel *Jobert.* (Das Ganze wird sich in gemilderter Form am 4. Juni 1974 wiederholen.)[9]

FRANZÖSISCHER WIDERSTAND

2. April 1974

Der Revolutionäre Führungsrat Libyens verfügt, daß sein Vorsitzender, Staatsoberhaupt und Oberkommandierender der libyschen Streitkräfte, Oberst Omar Moammer *Kadhzafi,* sich ab sofort nur noch „der organisatorischen und ideologischen Aktion des Volkes widmen wird". Seine sonstigen politischen, exekutiven und traditionellen Befugnisse sowie alle protokollarischen Pflichten werden künftig vom Ministerpräsidenten *(Jalloud)* wahrgenommen werden. Offenbar besteht ein Zusammenhang zwischen dieser Maßnahme und den vielfachen Angriffen *Kadhzafis* auf den ägyptischen Präsidenten *as-Sadat,* die diesen veranlassen werden, am 7. Mai in einem 39seitigen (!) Schreiben an den libyschen Revolutionsrat seinerseits ein Sündenregister *Kadhzafis* aufzustellen. *Kadhzafis* Bemühungen, seine all-islamisch-sozialistische Ideologie in die politische Wirklichkeit umzusetzen, sind allzu unrealistisch.[10]

LIBYEN

KADHZAFI NUR NOCH ZUSTÄNDIG FÜR „IDEOLOGISCHE AKTIONEN"

5. April 1974

In der königlichen Hauptstadt von Laos, Luang Prabang, stellt Ministerpräsident Prinz *Souvanna Phouma* dem König *Vathanna* die neue Koalitionsregierung vor, die sich aus Ministern der beiden bisher sich bekriegenden Parteien zusammensetzt. Der Halbbruder und politische Gegenspieler Souvanna Phoumas, Prinz *Souvannouphong,* Führer der kommunistischen Pathet Lao, gehört dem Kabinett nicht an, sondern wird Vorsitzender des Koalitionsrates, der sich am 25. April in Luang Prabang konstituieren wird. Er zählt 42 Mitglieder, je 16 von beiden Parteien und 10 „Neutrale".[11]

LAOS

KOALITIONSREGIERUNG

9. April 1974

In Neu Delhi beenden die Außenminister von Bangla Desh, Indien und Pakistan eine fünftägige Konferenz mit der Unterzeichnung eines Abkommens zur Bereinigung aller noch offenen Fragen aus dem Unabhängigkeitskrieg Bangla Deshs gegen Pakistan. Insbesondere geht es um die Rückführung von Flüchtlingen und Gefangenen. 195 pakistanische Gefangene, denen Bangla Desh Kriegsverbrechen vorwirft, sollen unter Verzicht auf einen Kriegsverbrecherprozeß ebenfalls nach Pakistan zu-

NEU DELHI KONFERENZ ÜBER RÜCKFÜHRUNG VON GEFANGENEN UND FLÜCHTLINGEN

„TABULA RASA"

rückgeführt werden. Die pakistanische Regierung bedauert offiziell alle geschehenen Verbrechen (Tabula rasa-Prinzip).[12]

10. April 1974

NEW YORK

TENG HSIAO-PING VOR DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG

In New York spricht in der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung (Rohstofflage, Entwicklungsländer) der Leiter der Delegation der Volksrepublik China, *Teng* Hsiao-ping. Aus seiner Sicht bilden die Länder der Erde gegenwärtig drei Gruppen: die erste Gruppe wird von den beiden Supermächten USA und UdSSR gemeinsam gebildet, die alle anderen auszubeuten trachten. Die zweite Gruppe bilden die industriell bereits entwikkelten Länder, die selber teils noch andere ausbeuten, teils von den beiden Supermächten der ersten Gruppe ausgebeutet werden. Die dritte Gruppe bilden die Entwicklungsländer, die um ihre volle, auch wirtschaftliche Selbstbestimmung, und um die souveräne Verfügung über ihre Rohstoffe kämpfen müssen.[13]

25. April 1974

PORTUGAL

STAATSSTREICH

SPINOLA—KERENSKIJ

RÜCKKEHR FÜHRENDER MARXISTEN

In Portugal stürzt eine Gruppe von Armeeoffizieren unter Führung des abgesetzten stellvertretenden Generalstabschefs Antonio de *Spinola* den Staatspräsidenten Deus Rodrigues *Thomaz* und den Ministerpräsidenten Marcello *Caetano*. *Spinola* wird in der darauffolgenden Entwicklung die Rolle *Kerenskijs* (vgl. 12. März 1917 und 16. Mai 1917) spielen. Voraus ging seit Anfang März des Jahres eine Reihe von Meutereien in den Streitkräften, ausgelöst zum Teil durch ein Buch *Spinolas,* in dem er den militärischen Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegungen in Angola und Mozambique als aussichtslos und nicht länger zu rechtfertigen darstellt. *Thomaz* und *Caetano* werden nach Madeira verbracht, von wo man ihnen die Ausreise nach Brasilien gestatten wird. Der frühere Generalstabschef *Costa Gomes* wird wieder in dieses Amt eingesetzt. Am 28. April wird der Führer der portugiesischen Sozialisten, Mario *Soares,* am 30. April der Führer der Kommunistischen Partei Portugals, Alvaro *Cunhal,* aus dem Exil nach Portugal zurückkehren, von der liberalen „Veröffentlichten Meinung“ des Westens als „demokratische Kräfte“ begrüßt und gefeiert. *Soares* wird Außenminister werden.[14]

noch April 1974

AFRIKA

Die Dürrekatastrophe im afrikanischen Sahelgürtel greift weiter um sich. Etwa 15 Millionen Menschen sind vom Hungertod bedroht, vom Massensterben der Viehherden abgesehen. Betrof-

fen sind vor allem die Staaten Dahomaey, Gambia, Ghana, Guinea, Kamerun, Kenia, Nigeria, Sudan, Tansania und die Zentralafrikanische Republik. In diesem Gürtel ist das ökologische Gleichgewicht bereits auf unabsehbare Zeit gestört. Unruhen in den betroffenen Ländern sind die unmittelbare politische Folge.[15]

AUSBREITUNG DER DÜRRE-KATASTROPHE

7. Mai 1974

Der Bundeskanzler des westdeutschen Teilstaates, Willy *Brandt*, alias Herbert *Frahm*, tritt zurück, nachdem sich nicht länger verheimlichen ließ, daß sein „Persönlicher Referent" und Freund Günter *Guillaume* Offizier und Agent des mitteldeutschen kommunistischen Staatssicherheitsdienstes ist und als solcher am 25. April verhaftet wurde. *Brandt* bestreitet zunächst, daß *Guillaume* Einsicht in die Geheimsachen erhalten habe, muß dies aber später zugeben. Da die Agententätigkeit *Guillaumes* den dafür zuständigen westdeutschen Stellen, insbesondere dem Kanzleramtsminister *Ehmke*, mindestens seit Anfang 1970 bekannt war, 1971 unter den westlichen Nachrichtendienstlern erörtert wurde, scheint der Rücktritt *Brandts* noch andere Gründe zu haben. Er entspricht jedenfalls den Absichten des SPD-Fraktionsvorsitzenden im westdeutschen Bundestag, *Wehner*. *Brandt* bleibt aber trotz alledem Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei. Bundespräsident wird am 15. Mai der bisherige Außenminister und Demokrat Walter *Scheel*, Bundeskanzler tags darauf der bisherige Wirtschaftsminister und Sozialdemokrat Helmut *Schmidt* werden. Das Außenministerium übernimmt der bisherige Innenminister und Demokrat Hans-Dietrich *Genscher*, der ebenso wie *Ehmke* schon seit Jahren über die Rolle *Guillaumes* unterrichtet war, aber nichts unternahm. Unter diesen Umständen muß bei allen Beteiligten das Einverständnis mit der Tätigkeit *Guillaumes* und mit der Absicht seiner Auftraggeber unterstellt werden. Er hat eher die Rolle des Agenten*führers* gespielt. Dafür spricht auch sein Verhalten in dem Scheinprozeß, den man ihm später machen wird.[16]

BRD

RÜCKTRITT BRANDTS

GUILLAUME-AFFAIRE

SPIONAGE-TÄTIGKEIT SEIT JAHREN BEKANNT

MITWISSER UND MITTÄTER

BUNDES-KANZLER SCHMIDT

18. Mai 1974

Die indische Regierung gibt die Durchführung eines unterirdischen Kernwaffenversuchs in der Wüste von Rajastanh bekannt. Der Versuch sei in hundert Metern Tiefe in felsigem Gestein *mit in Indien hergestelltem Plutonium* durchgeführt worden. Die Sprengkraft habe der von 10 000 bis 15 000 Tonnen TNT entsprochen. Eine halbe Stunde nach der Zündung sei in 130

INDIEN

KERNWAFFEN-TEST

SECHSTE ATOMMACHT

Metern Höhe über dem Versuchsgebiet keinerlei radioaktiver Ausfall bemerkt worden (!). Damit ist Indien die sechste (bekannte) Atommacht nach USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China.[17]

19. Mai 1974

FRANKREICH

PRÄSIDENT GISCARD D'ESTAING

In Frankreich wird im zweiten Wahlgang der ehemalige Wirtschaftsminister und frühere Gegner de Gaulles, Valery *Giscard d'Estaing* als Nachfolger des am 2. April verstorbenen *Pompidou* mit 50,8 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Der Kandidat der vereinigten Linksparteien, Francois *Mitterand,* verliert also nur um weniger als ein Prozent und wird sich für Beibehaltung des linken Wahlbündnisses einsetzen. Am 27. Mai wird *Giscard* in sein Amt eingeführt werden und den bisherigen Innenminister Jacques *Chirac* zum Ministerpräsidenten ernennen, der tags darauf die neue Regierung bilden wird.

31. Mai 1974

GENF

ABKOMMEN ÜBER TRUPPENENTFLECHTUNG BEI DEN GOLANHÖHEN

In Genf unterzeichnen im Rahmen der Militärkommission für Israel: Generalmajor Herzl *Shafir* für Israel, Armeegeneral Adnanwejih *Tayara* für Syrien und der finnische General Ensio *Siilasvuo* für die Beobachtungstruppen der UNO das „Abkommen über ein Auseinanderrücken der syrischen und israelischen Streitkräfte" bei den Golanhöhen sowie ein Protokoll über die Rolle und Aufgaben der UNO-Beobachtertruppe. Die Voraussetzungen zu diesem Abkommen wurden in wiederholten Treffen von *Kissinger* und *Gromyko* geschaffen, um eine Ausweitung des Palästinakrieges zum atomaren Weltkrieg zu vermeiden.[18]

3. Juni 1974

CHINESISCH-JAPANISCHES STAHL-ABKOMMEN

Die chinesische Regierung unterzeichnet in Peking ein Abkommen mit dem japanischen Stahlkonzern Sinippon über Lieferung eines Stahl-Warmwalzwerkes und dessen Aufstellung in Wuhan (Jahreskapazität drei Millionen Tonnen, Wert 65 Milliarden Yen). — Am selben Tage wird in Moskau ein japanisch-russischer Vertrag über gemeinsamen Kohleabbau mittels japanischer Ausrüstungen, Maschinen e.c. in Südyakutien unterzeichnet. Laufzeit 25 Jahre. Die japanische Wirtschaft spielt ihre Überlegenheit auch über die kommunistischen Wirtschaftssysteme aus.[19]

19. Juni 1974

Der Ministerrat der NATO-Staaten verabschiedet in Ottawa/Kanada eine „Erklärung über die Atlantischen Beziehungen" anläßlich des 25jährigen Bestehens der Organisation. Darin wird versichert, daß die Anwesenheit kanadischer und „substantieller" amerikanischer Streitkräfte in Europa auch weiterhin eine unersetzliche Rolle bei der Verteidigung Nordamerikas wie auch Europas spielt. (Die Rolle Europas ist dabei etwa die des mittelalterlichen Festungs-„Glacis".) Die Unterzeichnung dieser ebenso wortreichen wie nichtssagenden Erklärung wird am 26. Juni in Brüssel anläßlich des 2. Gipfeltreffens des nordatlantischen Bündnisses vorgenommen werden.

OTTAWA

NATO-MINISTERRAT

ERKLÄRUNG ÜBER ATLANTISCHE BEZIEHUNGEN

23. Juni 1974

Nordvietnam und die Provisorische Revolutionsregierung von Südvietnam weisen ihre Delegationen in der zweiseitigen und in der vierseitigen Gemeinsamen Militärkommission an, an den Sitzungen dieser Organe nicht mehr teilzunehmen, bis USA und Saigon „... in den Verhandlungen eine ernsthafte Haltung einnehmen und positiv auf die fairen und vernünftigen Vorschläge der Prov. Revol.-Regierung in Südvietnam eingehen". Inzwischen gehen die Kämpfe weiter. Bis zum Jahresende werden in Südvietnam noch 76 500 Menschen in diesen Kämpfen umkommen, nach Angaben der Regierung in Saigon.[20]

VIETNAM

VERHANDLUNGSSTOPP

FORTGANG DER KÄMPFE

27. Juni 1974

In Chile übernimmt der bisher amtierende Präsident, General Augusto *Pinochet* Ugarte (vgl. 11. September 1973), offiziell das Amt des Staatspräsidenten, nachdem ihn die Militärregierung zwei Tage zuvor zum „Obersten Führer der Nation" proklamiert hat. Am 1. Juli wird die Militärregierung zurücktreten, am 10. Juli wird *Pinochet* eine neue Regierung ernennen (mit drei zivilen Ministern für die wirtschaftlichen Ressorts). Außenpolitik übernimmt *Carvajal Prado,* Verteidigung *Bonilla.* Am 17. Dezember 1974 wird *Pinochet* den Titel „Präsident der Republik" erhalten.[21]

CHILE

PINOCHET STAATSPRÄSIDENT

RÜCKTRITT DER MILITÄRREGIERUNG

30. Juni 1974

In Äthiopien ergreifen die Streitkräfte nach monatelangen Streiks der Gewerkschaften und Meutereien einzelner Truppenteile die Regierungsgewalt. Dem greisen Kaiser *Haile Selassie* beginnen die Dinge aus den Händen zu gleiten. Anlaß zu den Unruhen im Lande ist u. a. auch die katastrophale Dürreperiode,

ÄTHIOPIEN

STAATSSTREICH DER ARMEE

19. Juni 1974

Der Ministerrat der NATO-Staaten verabschiedet in Ottawa/ Kanada eine „Erklärung über die Atlantischen Beziehungen" anläßlich des 25jährigen Bestehens der Organisation. Darin wird versichert, daß die Anwesenheit kanadischer und „substantieller" amerikanischer Streitkräfte in Europa auch weiterhin eine unersetzliche Rolle bei der Verteidigung Nordamerikas wie auch Europas spielt. (Die Rolle Europas ist dabei etwa die des mittelalterlichen Festungs-„Glacis".) Die Unterzeichnung dieser ebenso wortreichen wie nichtssagenden Erklärung wird am 26. Juni in Brüssel anläßlich des 2. Gipfeltreffens des nordatlantischen Bündnisses vorgenommen werden.

OTTAWA

NATO-MINISTERRAT

ERKLÄRUNG ÜBER ATLANTISCHE BEZIEHUNGEN

23. Juni 1974

Nordvietnam und die Provisorische Revolutionsregierung von Südvietnam weisen ihre Delegationen in der zweiseitigen und in der vierseitigen Gemeinsamen Militärkommission an, an den Sitzungen dieser Organe nicht mehr teilzunehmen, bis USA und Saigon „... in den Verhandlungen eine ernsthafte Haltung einnehmen und positiv auf die fairen und vernünftigen Vorschläge der Prov. Revol.-Regierung in Südvietnam eingehen". Inzwischen gehen die Kämpfe weiter. Bis zum Jahresende werden in Südvietnam noch 76 500 Menschen in diesen Kämpfen umkommen, nach Angaben der Regierung in Saigon.[20]

VIETNAM

VERHANDLUNGSSTOPP

FORTGANG DER KÄMPFE

27. Juni 1974

In Chile übernimmt der bisher amtierende Präsident, General Augusto *Pinochet* Ugarte (vgl. 11. September 1973), offiziell das Amt des Staatspräsidenten, nachdem ihn die Militärregierung zwei Tage zuvor zum „Obersten Führer der Nation" proklamiert hat. Am 1. Juli wird die Militärregierung zurücktreten, am 10. Juli wird *Pinochet* eine neue Regierung ernennen (mit drei zivilen Ministern für die wirtschaftlichen Ressorts). Außenpolitik übernimmt *Carvajal Prado*, Verteidigung *Bonilla*. Am 17. Dezember 1974 wird *Pinochet* den Titel „Präsident der Republik" erhalten.[21]

CHILE

PINOCHET STAATSPRÄSIDENT

RÜCKTRITT DER MILITÄRREGIERUNG

30. Juni 1974

In Äthiopien ergreifen die Streitkräfte nach monatelangen Streiks der Gewerkschaften und Meutereien einzelner Truppenteile die Regierungsgewalt. Dem greisen Kaiser *Haile Selassie* beginnen die Dinge aus den Händen zu gleiten. Anlaß zu den Unruhen im Lande ist u. a. auch die katastrophale Dürreperiode,

ÄTHIOPIEN

STAATSSTREICH DER ARMEE

HUNGERSNOT

die zu einer wachsenden Hungersnot führt. Nach Besetzung der Rundfunkstationen, des Flughafens und der Banken in Addis Abeba werden siebzig prominente Politiker, unter ihnen der Präsident des Kronrates, Ras Asrate *Kassa*, verhaftet. Vgl. weiter 12. September 1974.[22]

1. Juli 1974

ARGENTINIEN

TOD PERONS

PRÄSIDENTIN ISABEL

In Buenos Aires verstirbt der argentinische Staatspräsident Juan Domingo *Peron* im 79. Lebensjahr, zehn Monate nachdem er erneut zum Präsidenten gewählt wurde, nach seiner endgültigen Rückkehr aus Spanien. Entsprechend der geltenden Verfassung übernimmt die Vizepräsidentin, die Witwe Perons, Maria Estela (Isabel) *Martinez de Peron*, das Amt des Staatspräsidenten. Sie ist erst wenige Tage zuvor von einer Europareise zurückgekehrt und wurde am 29. Juni als interimistische Präsidentin vereidigt, da *Peron* durch seine Erkrankung an der Ausübung seines Amtes verhindert war.

3. Juli 1974

NIXON IN MOSKAU

ABKOMMEN ÜBER UNTERIRDISCHE KERNWAFFENTESTS

WEITERE VERSUCHE

Anläßlich von Präsident *Nixons* Staatsbesuch in der UdSSR wird neben einer Reihe anderer Abkommen ein Vertrag über unterirdische Kernwaffenversuche von *Nixon* und *Breschnew* unterzeichnet, in dem sich beide Partner verpflichten, vom 31. März 1976 an solche Versuche mit mehr als 150 000 Tonnen TNT Sprengkraft zu unterlassen. Um so emsiger werden beide Mächte die Frist bis zu diesem Termin nutzen. Bereits eine Woche nach der Unterzeichnung werden *beide* am selben Tage (10. Juli) einen neuen Test durchführen, die UdSSR mit etwa 200 000 Tonnen TNT Sprengkraft, am 14. August abermals beide am selben Tage. Es folgen bis zum Jahresende weitere unterirdische Kernwaffentests beider Mächte am 30. August, der UdSSR am 13. September, 16. Oktober, 2. November und 27. Dezember.[23]

12. Juli 1974

TEHERAN

BETEILIGUNG DES IRAN BEI KRUPP UND KUWEITS BEI DAIMLER-BENZ

In Teheran unterzeichnen der Wirtschaftsminister des Iran (Persien), Hushang *Ansari*, und der Vorsitzende der westdeutschen Friedrich Krupp GmbH., Berthold *Beitz*, ein Abkommen über 25,04prozentige Beteiligung (Sperrminorität) des Iran am Krupp-Konzern. Die Anregung stammt von *Beitz*, der Nennwert der Beteiligung beträgt 143,5 Millionen DM. Etwa vier Monate später wird der arabische Staat Kuwait 14,6 Prozent der Aktien der westdeutschen Daimler-Benz AG von der

Quandt-Gruppe übernehmen. Insgesamt haben die Öl-Staaten bis zu diesem Zeitpunkt 27 Milliarden Dollar investiert, davon 19 in Europa.[24]

15. Juli 1974

Auf der Insel Zypern stürzen die griechischen Offiziere der Zyprischen Nationalgarde den Staatspräsidenten Erzbischof *Makarios*, der sich den Bestrebungen um einen Anschluß Zyperns an Griechenland hartnäckig widersetzt. Er flieht nach London. Die Türkei mobilisiert ihre Marine-Infanterie. Am 19. Juli wird die allgemeine Mobilmachung folgen, am 20. ein Landeunternehmen mit Beschießung von Kyrenia und Bombenwürfen auf Nikosia. Auch Griechenland wird mobilisieren und am 21. Juli werden sich die beiden NATO-Partner Griechenland und Türkei vor Paphos mit Luft- und Seestreitkräften bekämpfen. Die Türkei wird ihre militärische Präsenz auf Zypern entscheidend verstärken. Am 22. Juli wird auf britische und amerikanische Intervention hin ein Waffenstillstand geschlossen werden. Doch werden die Kämpfe auf der Insel weitergehen, die Türkei den nördlichen Teil annektieren, schließlich Griechenland am 14. August 1974 (vorübergehend) aus der militärischen Organisation der NATO austreten.

ZYPERN

MAKARIOS GESTÜRZT

TÜRKISCHE TRUPPEN-LANDUNG

NORDZYPERN TÜRKISCH

NATO-AUSTRITT GRIECHEN-LANDS

23. Juli 1974

Die griechische Militärregierung tritt zurück, nachdem der Sturz des Erzbischofs Makarios auf Zypern infolge der schnellen türkischen Gegenmaßnahmen nicht zum erwünschten Erfolg geführt hat (vgl. 15. Juli 1974) und es deswegen zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Armeeführung gekommen ist. Der griechische Staatspräsident Phaidon *Gizikis* ruft Konstantin *Karamanlis* aus dem Exil (seit 1963) zurück und beauftragt ihn tags darauf als neuen Ministerpräsidenten mit der Bildung einen neuen zivilen Regierung, die bereits am 27. Juli vereidigt werden kann.

GRIECHEN-LAND

RÜCKTRITT DER MILITÄR-REGIERUNG

REGIERUNG KARAMANLIS

25. Juli 1974

In West-Berlin tritt ein Gesetz über die Schaffung eines Bundesforschungsamtes für Umweltschutz des westdeutschen Teilstaates in Kraft. Es ist vom westdeutschen Bundestag am 18. Juni, vom Bundesrat am 12. Juli und vom Berliner Abgeordnetenhaus am 13. Juli angenommen worden. Die UdSSR und ihr mitteldeutscher Satellit haben wiederholt gegen die Einrichtung eines weiteren westdeutschen Bundesamtes in West-Berlin protestiert, da

WEST-BERLIN

BUNDES-FORSCHUNGS-AMT

PROTEST DER UDSSR

sie angeblich dem Viermächteabkommen über Berlin widerspreche. Die Sowjetbotschaft in Ost-Berlin wird am 31. Juli Transitsperre für das Personal des künftigen Amtes ankündigen.

8. August 1974

IRAK

VÖLKERMORD AN DEN KURDEN MIT SOWJETHILFE

Der Irak beginnt eine neue schwere Offensive gegen die Kurden mit acht Divisionen und zwei Sonderbrigaden, mit 1200 modernsten russischen Panzern und 300 russischen Kampfflugzeugen, deren modernste Typen (Tu 22 und MIG 23) nur von russischen Piloten geflogen werden können. Der Angriff richtet sich insbesondere gegen die Straße von Erbil zur persischen Grenze, um den Flüchtlingsstrom der Kurden in den Iran abzuschneiden. Es ist dies die eindeutigste Völkermord-(Genocid-) Aktion der jüngsten Vergangenheit im Namen der „Revolution" der sozialistisch-arabischen Baathpartei im Irak mit Unterstützung der UdSSR.

9. August 1974

USA

RÜCKTRITT NIXONS

NACHFOLGER FORD

VIZEPRÄSIDENT ROCKEFELLER

Der Präsident der USA, Richard *Nixon*, tritt zurück. Er hat vier Tage zuvor in einer Erklärung zugegeben, bereits im Juni 1972, also unmittelbar nach der Verhaftung der Täter im Watergate-Hotel (dem Wahlkampf-Hauptquartier der Demokraten), von der Sache gewußt und seitdem zur Verschleierung seiner Mitwisserschaft beigetragen zu haben (vgl. auch 30. April 1973). Der Vizepräsident, Gerald Rudolph *Ford*, wird Präsident. (Er wurde Vizepräsident, nachdem *Agnew* wegen Korruption zurücktreten mußte.) *Ford* wird seinerseits am 20. August den „Präsidentenmacher" Nelson Aldrich *Rockefeller* zum Vizepräsidenten ernennen.[25]

26. August 1974

ALGIER

VERTRAG ÜBER UNABHÄNGIGKEIT VON PORTUGIESISCH GUINEA

Der Ausverkauf des portugiesischen Afrika-Besitzes durch die Revolutionsregierung beginnt im „Volkspalast" von Algier in Gegenwart des algerischen Präsidenten *Boumedienne*. Der neue portugiesische Außenminister Mario *Soares* und ein Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung von Guinea-Bissau (bisher Portugiesisch Guinea) unterzeichnen einen Vertrag, nach dem Portugal am 10. September 1974 Guinea-Bissau als unabhängigen Staat anerkennen und bis zum 31. Oktober alle portugiesischen Streitkräfte von dort zurückziehen wird. Die Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln wird ebenfalls zugesagt.[26]

29. August 1974

Norwegen gibt die Entdeckung außergewöhnlich ergiebiger Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Nordsee, etwa 150 Kilometer westlich des Sognefjordes, bekannt. Sie werden auf zwei Milliarden Barrel Erdöl und 50 Milliarden Kubikmeter Erdgas geschätzt. Bei einer Förderung von 400 000 Barrel Öl täglich würde der Eigenbedarf Norwegens um das Doppelte überschritten. Bereits im Februar wurden die zu erwartenden Erträge aus norwegischen Erdöl- und Erdgasvorkommen bis zum Jahre 1978 auf acht bis zehn Milliarden Kronen geschätzt.

NORWEGEN

NEUE ERDÖL-VORKOMMEN

7. September 1974

In der Hauptstadt von Sambia, Lusaka, unterzeichnen in Anwesenheit des Präsidenten von Sambia, Kenneth *Kaunda*, alle Mitglieder einer portugiesischen Delegation mit Außenminister *Soares* und der Führer einer Delegation der Unabhängigkeitsbewegung in Mozambique, der FRELIMO, *Machel*, einen Vertrag über die künftige Unabhängigkeit von Mozambique, die am 25. Juni 1975 verkündet werden soll. Am Tage der Unterzeichnung besetzen in Lourenço/Mozambique portugiesische Siedler, die sich durch diesen Vertrag verraten wissen, Rundfunk, Post und Flughafen und befreien 200 inzwischen schon gefangengesetzte portugiesische Geheimpolizisten. Durch eine Lüge werden sie veranlaßt, sich am 10. September kampflos zu ergeben. Darauf setzt natürlich das Massaker ein. 200 Tote bleiben in den Straßen. Eine Massenflucht von Portugiesen über die südafrikanische Grenze beginnt.

LUSAKA

VERTRAG ÜBER UNABHÄNGIGKEIT VON MOZAMBIQUE

WIDERSTAND PORTUGIESISCHER SIEDLER

MASSAKER

12. September 1974

Die provisorische Militärregierung in Äthiopien setzt den Negus Negesti, Kaiser *Haile Selassi*, nach 46jähriger Regierungszeit ab, stellt seinen persönlichen Besitz unter Regierungskontrolle, nachdem sie bereits eine Woche zuvor seine Residenz unter Verwaltung eines Sonderkomitees gestellt hat. Die maßgeblichen Persönlichkeiten seiner unmittelbaren Umgebung werden verhaftet, der 82jährige Kaiser selbst de facto in seiner Residenz gefangengehalten. Senat und Repräsentantenhaus werden aufgelöst, die Verfassung aufgehoben. Regierungschef wird Generalleutnant Aman Michael *Andom*, der auch die Funktionen des Staatsoberhauptes (vorläufig) wahrnehmen wird.[27]

ÄTHIOPIEN

HAILE SELASSI ABGESETZT UND INTERNIERT

ANDOM STAATSOBERHAUPT

30. September 1974

In Portugal erklärt der Revolutions-Präsident Antonio de *Spinola* (vgl. 25. April 1974) seinen Rücktritt, da für das portugie-

PORTUGAL

RÜCKTRITT SPINOLAS

GOMES PRÄSIDENT

sische Volk „unter der Flagge einer falschen Freiheit neue Formen der Sklaverei vorbereitet" würden. Mit einem Minimum an geschichtlich-politischem Wissen hätte er diese Entwicklung voraussehen müssen. Die Rolle des Zauberlehrlings steht im schlecht an. Er wiederholt nur zum hundersten Male den Fall *Kerenski*. Die Militärjunta zerplatzt. Die verbleibenden drei Mitglieder „wählen" den Generalstabschef Francisco da *Costa Gomes* zum neuen Präsidenten. Ministerpräsident bleibt *Goncalves*.

7. Oktober 1974

DDR

NEUE VERFASSUNG

NICHT MEHR „DEUTSCHE NATION"

Im mitteldeutschen Sowjetsatellitenstaat tritt ein zehn Tage zuvor verabschiedetes „Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung" in Kraft. Danach wird aus der Präambel und aus Artikel 1, Abs. 1 der Verfassung der Ausdruck „deutsche Nation" gestrichen, aus weiteren Artikeln die Worte „deutsch" und „Deutsche" entfernt. Art. 6, Abs. 2 betont ausdrücklich den Satellitenstatus „für immer und unwiderruflich mit der UdSSR verbündet ... untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft.[28]

10. Oktober 1974

USA

GENERALSTABSCHEF BROWN ÜBER DEN JÜDISCHEN EINFLUSS

Der Vorsitzende der Vereinigten Generalstäbe der USA, General George S. *Brown*, sagt in der Duke-Universität in Durham (und wird seine Äußerungen gegenüber der Washington Post telefonisch bestätigen) u. a., der jüdische Einfluß und die jüdische Lobby im amerikanischen Kongreß sei so stark, daß man es kaum für möglich hielte. Sie, die Juden, besäßen die Banken und die Zeitungen des Landes. Man brauche nur darauf zu achten, in wessen Händen sich das Geld befände. Nach der Veröffentlichung dieser Äußerungen in der Washington Post (am 13. November 1974) werden der Bnai Brith-Orden (die jüdische Spitze der Welt-Freimaurerei) und seine Unterorganisation, die Anti-Defamation Liga, sowie auch der Jüdische Frontkämpferverband der USA (Jewish War Veterans) die Entlassung Browns fordern. Auch der — gleichfalls jüdische — Verteidigungsminister *Schlesinger* wird *Brown* wegen seiner Äußerungen anprangern. Nur Henry *Kissinger* hält sich zurück. Präsident *Ford* wird *Brown* ins Weiße Haus zitieren und ihn mündlich rügen. Alle wissen, daß er die Wahrheit sagte (vgl. auch 15. April 1973).[29]

BRD

Eine Delegation des westdeutschen Bundestages unter Führung des Vizepräsidenten Richard Jaeger (CDU/CSU) trifft zu einem

zehntägigen Aufenthalt in der Volksrepublik China ein. Sie wird u. a. vom Stellvertr. Ministerpräsidenten *Teng Hsiao-ping* empfangen werden, der ihr erklärt, spätestens in der kommenden Generation werde in Europa mit Sicherheit ein neuer Weltkrieg ausbrechen, da Europa das wirkliche Ziel der sowjetrussischen Rüstung sei. *Teng* mahnt daher zur europäischen Einigung.[30]

CDU-DELEGATION IN PEKING

„NEUER WELTKRIEG IN EUROPA"

26. Oktober 1974

Der Außenminister der UdSSR, *Gromyko*, richtet ein Schreiben an den Außenminister der USA, *Kissinger*, in dem er sich dagegen verwahrt, daß Kissinger in einem Brief an Senator *Jackson* vom 18. Oktober Zusicherungen der UdSSR über die Behandlung jüdischer Auswanderungsgesuche vorgespiegelt hat. Der US-Senat hat die Ratifizierung des „Außenhandelsgesetzes 1974" von einer Erleichterung solcher Ausreisewünsche und von einer steigenden Tendenz der Auswanderungen selbst abhängig gemacht. Die UdSSR-Regierung erblickt darin eine grobe Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.[31]

GROMYKO AN KISSINGER:

KEINE ZUSICHERUNG ÜBER JÜDISCHE AUSWANDERERQUOTE

30. Oktober 1974

Nachdem genau einen Monat zuvor die XXIX. Vollversammlung der UNO es mit 98 gegen 23 Stimmen abgelehnt hat, die Delegation Südafrikas zu beglaubigen, befaßt sich nunmehr der Sicherheitsrat mit der Angelegenheit und stimmt über einen Antrag ab, Südafrika aus der UNO auszuschließen. Frankreich, Großbritannien und die USA verhindern durch ihr Veto den Ausschluß (Diamantenmarkt) und begründen das damit, ein Ausschluß würde „lediglich die extremen rassistischen Elemente in Südafrika stärken ...". Dennoch wird die UNO-Vollversammlung Südafrika für die Dauer der Session ausschließen.[32]

SICHERHEITSRAT DER UNO:

VETO GEGEN AUSSCHLUSS SÜDAFRIKAS

In Rabat/Marokko endet die 7. arabische Gipfelkonferenz. Sie wurde am 26. Oktober von König *Hassan II.* als Gastgeber eröffnet. Seiner persönlichen Diplomatie ist es auch zu danken, daß König *Hussein* von Jordanien schließlich einwilligt, der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Yassir *Arafats* die einzig legitime Vertretung der Palästina-Araber im gesamten zu befreienden Gebiet zuzugestehen (nicht die der in Jordanien lebenden Palästinenser). Es wird eine Rüstungskasse geschaffen, die den kriegführenden arabischen Staaten jährlich insgesamt 2,35 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen soll.[33]

RABAT

ARABISCHE GIPFELKONFERENZ

PLO EINZIGE VERTRETUNG DER PALÄSTINA-ARABER

31. Oktober 1974

JORDANIEN

HUSSEIN ÜBERTRÄGT PLO VERANTWORTUNG FÜR PALÄSTINA-ARABER

König Hussein von Jordanien überläßt, gemäß den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat (vgl. 30. Oktober 1974), die politische Verantwortung für die Palästina-Araber westlich des Jordan (Cisjordanien) der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Er bietet allen Palästina-Arabern, die in Jordanien leben, die Wahlmöglichkeit (Option) zwischen der jordanischen oder palästinensischen Staatsbürgerschaft. (Letztere gibt es allerdings noch nicht.) In einem Interview mit News Week sagt *Hussein*, er habe sich mit *Yassir Arafat*, dem Führer der PLO, ausgesöhnt (der noch Anfang Juni federführend Husseins Sturz betrieb) und werde ohne Zögern eine PLO-Exilregierung anerkennen sowie einen Vertreter der PLO zu einem Staatsbesuch empfangen.[34]

JAPAN

TANAKA IN AUSTRALIEN

URAN-ABKOMMEN

Der japanische Ministerpräsident Kakuei *Tanaka* trifft von Neuseeland kommend in Australien ein, wo er sich bis zum 6. November aufhalten wird. Außer einem Kulturabkommen werden gemeinsame Vorarbeiten zu einem Uran-Anreicherungswerk in Australien beschlossen. Japan wird von Australien zunächst 9000 Tonnen Uran erhalten, nach 1976 soll diese Menge noch gesteigert werden. Auch australische Kohle — aus zunehmender Förderung — soll Japan bekommen. Der australische Ministerpräsident *Whitlam* scheint darüber hinaus an japanischen Investitionen in Australien interessiert.[35]

6. November 1974

ARGENTINIEN

AUSNAHME-ZUSTAND

ERMORDUNG VILLARS

Die Präsidentin von Argentinien, Maria Estela (Isabel) *Martinez de Peron*, verhängt nach einer Besprechung mit den Oberkommandierenden der Streitkräfte den Ausnahmezustand über das ganze Land. Er ist durch das Überhandnehmen von politischen Morden notwendig geworden. Letzter Anlaß war die Ermordung des argentinischen Polizeichefs Alberto *Villar* am 1. November, eines erklärten Antikommunisten, für die die linksextremen „Montoneros" die Verantwortung übernehmen.[36]

7. November 1974

BRÜSSEL

EWG-MINISTERRAT FÜR UMWELTSCHUTZ

In Brüssel tagt der Rat der (erweiterten) Europäischen Gemeinschaften, und zwar der neun Umweltschutz-Minister. Er nimmt u. a. eine Entschließung an, die das Verhältnis der Energieerzeugung zum Umweltschutz betrifft und einräumt, daß die Verwendung besonders von Kernenergie *ernste* Probleme hinsichtlich Luftverschmutzung, Wasserbelastung und Abfallbesei-

tigung *(Atommüll)* aufwerfen kann. Der Rat befürwortet ein Gleichgewicht zwischen noch ausreichender Energie-Erzeugung und notwendigem Umweltschutz.[37]

ATOMMÜLL

13. November 1974

Yassir *Arafat*, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Palästina-arabischen Befreiungsorganisation (PLO) eröffnet mit einer Rede die Nahost-Debatte der UNO-Vollversammlung in New York. Er appelliert an jeden einzelnen Juden, sich vom Zionismus zu lösen und bietet ein friedliches Zusammenleben von Christen, Juden und Mohammedanern in einem palästinensischen Staat. Die Debatte wird am 21. November mit zwei Resolutionen enden, von denen die eine die Rechte des palästinensischen Volkes auf Heimat und Eigentum bejaht, die andere die PLO als ständigen Beobachter in der UNO zuläßt.

ARAFAT VOR DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG

STÄNDIGER PLO-BEOBACHTER

17. November 1974

Von den Kanzeln der katholischen Kirchen im mitteldeutschen Sowjetsatellitenstaat wird ein Hirtenbrief der katholischen Bischöfe verlesen, in dem diese für Glaubens- und Gewissensfreiheit der heranwachsenden Generation und für deren Recht auf ganzheitliche Bildung sowie für das erzieherische Vorrecht der Eltern eintreten. Sie wenden sich gegen eine Beschränkung auf ein rein materialistisches Menschenverständnis und gegen ein staatliches Erziehungsmonopol. Sie prangern an, daß Ethik und Moral in die Verfügung der Partei und des Staates gestellt seien.[38]

DDR

HIRTENBRIEF DER KATHOL. BISCHÖFE FÜR GEWISSENSFREIHEIT

23. November 1974

In Äthiopien frißt die Revolution nach vielfachen Vorbildern ihre eigenen Kinder. Das erst zwei Monate zuvor eingesetzte provisorische Staatsoberhaupt, der Ministerpräsident *Andom*, (vgl. 12. September 1974) wird unmittelbar nach seiner Amtsenthebung hingerichtet, mit ihm weitere Mitglieder der provisorischen Militärregierung und hohe Würdenträger des gestürzten kaiserlichen Regimes, auch Enkel des Kaisers, im ganzen sechzig Opfer. Neuer Regierungschef wird Brigadegeneral Teferi *Banti*.[39]

ÄTHIOPIEN

HINRICHTUNG ANDOMS

REGIERUNGSCHEF TEFERI BANTI

26. November 1974

Der Parteichef der KPdSU, Leonid I. *Breschnew*, lehnt in einer Rede in Ulan Bator die Vorschläge des chinesischen Staatsrates vom 5. November ab, in denen ein Abkommen über Truppen-

ULAN BATOR

BRESCHNEW GEGEN TRUPPEN-ENTFLECHTUNG AN DER CHINESISCHEN GRENZE

entflechtung an der Grenze und Gewaltverzicht angeboten wird. Auf die Truppenentflechtung an der Grenze wird die UdSSR keinesfalls eingehen. Sie erblickt in diesem Vorschlag eine „Vorbedingung" zu den beiderseits erwünschten Vereinbarungen über einen Gewaltverzicht bzw. zu einem Nichtangriffspakt. Nach russischer Auffassung gibt es keine „umstrittenen Gebiete" an der russisch-chinesischen Grenze.[40]

MEXIKO

ABBRUCH DER DIPL. BEZ. ZU CHILE

ASYL FÜR POL. FLÜCHTLINGE

Die mexikanische Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu Chile ab. Sie hat ihren Botschafter aus Santiago bereits ein Jahr zuvor, unmittelbar nach dem Sturz und Freitod *Allendes* abberufen (vgl. 11. September 1973) und unter zahlreichen chilenischen Flüchtlingen auch der Witwe Allendes Exil gewährt. Der mexikanische Präsident *Echeverria* hatte sich von der Volksfrontregierung Allendes in Chile und von der von dieser vorbereiteten gewaltsamen Ausschaltung der Opposition eine entscheidende Verstärkung der linkssozialistischen Front in Lateinamerika versprochen.[41]

30. November 1974

BRD

SCHMIDT IN LONDON VOR LABOUR PARTY

Der westdeutsche Bundeskanzler und Sozialdemokrat Helmut *Schmidt* spricht am Ende einer Konferenz der britischen Labour Party in London. Er legt der Parteikonferenz nahe, die Mitgliedschaft Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften (der Neun) aufrechtzuerhalten und verspricht, sich für eine radikale Neufassung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EWG einzusetzen. Man könne sich keine kostspieligen Agrarüberschüsse und keine Behinderung des freien Welthandels leisten. Die Labour-Delegierten spenden Schmidt Beifall. Er spricht ein gutes Englisch.

1. Dezember 1974

ISRAEL

HERSTELLUNG VON ATOMBOMBEN MÖGLICH

Der Staatspräsident von Israel, Ephraim *Katzir*, gibt vor israelischen Wissenschaftlern bekannt, daß Israel nunmehr in der Lage sei, Atomwaffen herzustellen. Mit Hilfe eines (französischen) Forschungsreaktors bei Dimona im Negev wird seit 1963 aus natürlichem Uran Plutonium hergestellt. Die bisherige Menge reicht nach Schätzung von Fachleuten für sechs bis sieben Kernsprengsätze. Das Uran stammt aus Phosphaterzen des Negev. Katzir versichert, Israel werde nicht als erster Staat Atomwaffen in den Nahen Osten einführen.[42]

7. Dezember 1974

ZYPERN

Erzbischof *Makarios* kehrt mit britischer Hilfe nach Zypern zurück und wird in Nikosia von etwa 100 000 griechischen

Zyprioten empfangen. Doch wird sich zeigen, daß seine Person nach wie vor keine bindende Kraft für das türkische und griechische Bevölkerungselement besitzt, sondern eher trennend wirkt. Der einzig vernünftige Plan einer lockeren Föderation zweier sauber getrennter Siedlungsgebiete wird von Makarios hintertrieben. Er selbst hat keinerlei brauchbare Lösung anzubieten und steht einer Verständigung nur im Wege.

RÜCKKEHR MAKARIOS'

8. Dezember 1974

GRIECHENLAND

VOLKSENTSCHEID FÜR REPUBLIK

In Griechenland wird ein Volksentscheid über die künftige Staatsform durchgeführt, bei dessen Vorbereitung sich Ministerpräsident *Karamanlis* bewußt jeder Stellungnahme enthalten hat. Bei einer Beteiligung von knapp 75 Prozent entscheiden sich 69,2 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen für die republikanische, nur noch 30,8 Prozent für die monarchische Staatsform. Dem seit sieben Jahren im Exil lebenden König Konstantin II. wurde zweimal Gelegenheit gegeben, sich über das griechische Fernsehen an die Bevölkerung zu wenden, am 27. November und am 6. Dezember. Es war zu spät.[43]

10. Dezember 1974

CAPE CANAVERAL

START WESTDEUTSCHER SONNENSONDE

In einem Gemeinschaftsunternehmen der USA und des westdeutschen Teilstaates wird vom Cape Canaveral mit einer Titan III-Centaur-Rakete die in Westdeutschland entwickelte Sonnensonde *Helios A* in eine Flugbahn geschossen, die sich der Sonne auf 42 Millionen Kilometer Entfernung nähern wird. Sie wird zahlreiche Messungen im Bereich einer umfassenden Sonnenforschung vornehmen und die Ergebnisse zur Erde senden. Die Sonde soll insgesamt 18 Monate lang in Tätigkeit bleiben. Betrieb und Beobachtung werden zunächst von Pasadena/USA, später von Lichtenau bei Weilheim aus erfolgen.[44]

14. Dezember 1974

MARTINIQUE TREFFEN FORD — GISCARD D'ESTAING

GOLDPREIS

FRANKREICH UND NATO

Auf der Insel Martinique (Kleine Antillen) treffen sich die Präsidenten Frankreichs und der USA, *Giscard d'Estaing* und *Ford*, zu dreitägigen Gesprächen. Sie werden u. a. übereinkommen, daß jede Regierung den jeweiligen Marktpreis des Goldes der Bewertung ihrer eigenen Goldbestände zugrundelegen sollte, daß einer allgemeinen Energie-(sprich : Erdöl-)Konferenz zunächst eine vorbereitende Konferenz von Erzeuger- *und* Verbraucherstaaten, dann eine nochmalige Abstimmung der Verbraucher untereinander vorausgehen sollte, und daß Frankreich auch weiterhin bei der Verteidigung von NATO-Mitgliedstaaten mitwirken will.

18. Dezember 1974

NEW YORK

UNO-RESOLUTION ÜBER WELTRAUMNUTZUNG

Unter zahlreichen Resolutionen, die die UNO-Vollversammlung in New York noch am letzten Tage ihrer drei Monate währenden XXVIII. Session annimmt, behandelt die 3182. die Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraumes. Darin werden die säumigen Staaten nochmals aufgefordert, den drei Weltraumverträgen beizutreten (1966, 1967 und 1971) bzw. diese endlich zu ratifizieren, damit sie in Kraft treten können. Auch werden die Entwicklungsländer auf Unterrichts- und Ausbildungsmöglichkeiten über Nachrichtensatelliten hingewiesen.

1975

1. Januar 1975

Entsprechend einem Beschluß der UNO-Vollversammlung (vom 9. Dezember 1974) werden als neue Teilnehmer zur Genfer Abrüstungskonferenz (die die Aufgabe hat, von der tatsächlichen Aufrüstung abzulenken) künftig zugelassen: der Iran (Persien), Peru, Zaire (Kongo) und die beiden deutschen Teilstaaten. Die Volksrepublik China und Frankreich lehnen eine Teilnahme an dem Genfer Theater, das ja schon vor dem Zweiten Weltkrieg ebenso regelmäßig wie ergebnislos veranstaltet wurde, ab. Die dort verschwendeten Steuergelder dienen dem Betrug der Völker, die sie aufbringen.

IRAN, PERU, ZAIRE, BRD UND DDR BEI DER GENFER ABRÜSTUNGS-KONFERENZ

4. Januar 1975

In einem Interview mit „Business Week" (USA) sagt Henry *Kissinger* dem Sinne nach, ein militärisches Eingreifen gegenüber den (arabischen) Ölländern sei nicht unter allen Umständen auszuschließen, aber nur „im Falle einer tatsächlichen Strangulation der industrialisierten Welt" (etwa durch ein Ölembargo) in Erwägung zu ziehen, nicht lediglich wegen erhöhter *Ölpreise*. Gegenüber der allgemeinen Kritik an dieser Äußerung in den USA, in Moskau und in den arabischen Staaten wird Präsident *Ford* den Standpunkt *Kissingers* unterstützen mit der Betonung auf „nur im Falle einer ‚Strangulation'"[1]

USA

KISSINGER ÜBER INTERVENTION IN DEN ÖLLÄNDERN

Die am 22. Oktober 1974 von Papst *Paul VI.* gegründete „Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum" unter Leitung von Johannes Kardinal *Willebrands* veröffentlicht Richtlinien und Hinweise für die Durchführung von Artikel 4 der Konzilserklärung Nostra Aetate (Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Religionen). Es heißt in den Richtlinien, jede Art von Antisemitismus oder Diskriminierung würde von der Kirche als dem Geist des Christentums widerstreitend verurteilt. Dennoch wird in Israel am 7. Januar sowohl von seiten der Aschkenasim als auch von sephardischer Seite an diesen Richtlinien scharfe Kritik geübt werden, da sie, wie auch die Konzilserklärung selbst, an den eigentlichen Problemen vorbeigingen. Ein theologischer Dialog wird abgelehnt und der Vatikan aufgefordert werden, anstatt dessen Israel als souveränes Land anzuerkennen.[2]

VATIKAN

RICHTLINIEN GEGEN ANTI-SEMITISMUS

STELLUNG-NAHME ISRAELS

16. Februar 1975

USA

IRAN-BETEILIGUNG AN PANAM

Das US-Außenministerium und die iranische (persische) Botschaft in Washington geben in einem gemeinsamen Kommuniqué bekannt, daß der Iran bereit ist, 13 Prozent des Aktienkapitals der US-Luftfahrtgesellschaft Panamerican Airlines zum Preise von 33 Millionen Dollar (15 Prozent über Tageskurs) und 51 Prozent des Aktienkapitals der PanAm-Tochtergesellschaft International Hotels Corp. zum Preise von 55 Millionen Dollar zu erwerben. Außerdem will der Iran der amerikanischen Gesellschaft einen Kredit bis zu 250 Millionen Dollar gewähren (zur Ablösung ihrer bereits fälligen Bankschulden).[3]

3. März 1975

BRD

STAATSVERSCHULDUNG BIS ZU 90 MILLIARDEN

Das westdeutsche Bundesfinanzministerium gibt bekannt, daß die Verschuldung des westdeutschen Teilstaates Ende 1974 70,6 Milliarden DM betragen habe und bis Ende 1975 auf voraussichtlich 89,7 Milliarden DM ansteigen werde. Bereits im Jahre 1973 habe die gesamte öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung 2670.— DM ausgemacht (pro Familie bzw. Haushalt also mindestens 8000.— DM) und 18 Prozent des Bruttosozialprodukts erreicht, in den USA sogar das Dreifache, 54 Prozent. Das große Vorbild ermutigt zu weiteren Vorgriffen auf die Zukunft. Die Kinder oder Enkel werden alles bezahlen.[4]

4. März 1975

ALGIER

GIPFELKONFERENZ DER ÖLLÄNDER (OPEC)

In Algier beginnt eine dreitägige Gipfelkonferenz der Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC). Es nehmen die Staatsoberhäupter (bzw. deren Vertreter) von 13 Ländern teil. In der Schlußerklärung wird den Industrieländern der Vorwurf gemacht, verschwenderisch mit den Bodenschätzen umzugehen und überhaupt eine kurzsichtige Wirtschaftspolitik zu betreiben. Sie würden die Inflation in die Entwicklungsländer exportieren und damit die Entwicklung stören. Die Erklärung endet mit einem Appell für eine neue Weltwirtschaftsordnung.[5]

7. März 1975

IRAK

FORTSETZUNG DES VÖLKERMORDS AN DEN KURDEN

Der Irak wiederholt seine Völkermord-(Genocid-)Aktion gegen die Kurden vom 8. August des Vorjahres (vgl. dort) wiederum mit acht Divisionen, Panzern und schweren Bombenangriffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Der Iran (Persien) wird die Grenze für kurdische Flüchtlinge erst öffnen, nachdem diese bereits schwerste Verluste erlitten haben. Die Türkei verhängt das Kriegsrecht über die Grenzprovinzen und gibt bekannt, daß

sie den Kurden kein Asyl gewähre. Bis zum 3. April 1975 werden die irakischen Streitkräfte das kurdische Gebiet bis zur Grenze besetzt haben. Das ist die Endlösung der Kurdenfrage.

18. März 1975

EWG-MINISTERRAT

FOND FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG

Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften beschließt, den bereits am 4. März grundsätzlich vereinbarten Fond für regionale Entwicklung zu schaffen und einen Ausschuß für Regionalpolitik einzusetzen. Zweck der beiden Einrichtungen soll ein Ausgleich zwischen den verschieden weit entwickelten Regionen innerhalb des Gebietes der Europäischen Gemeinschaften sein. Die Mittel des Fonds (300 Millionen Rechnungseinheiten für 1975, je 500 Millionen für 1976 und 1977) stehen zu 40 Prozent Italien als der unterentwickeltsten Region zur Verfügung, zu 28 Prozent Großbritannien, dessen Beitritt zu der EG sich von Anfang an als ein Verlustgeschäft für die Alt-Mitglieder erweist, wie vorauszusehen war. 15 Prozent stehen Frankreich zur Verfügung, dem westdeutschen Teilstaat 6,4 Prozent.[6]

22. März 1975

USA

FEUER IM ATOMKRAFTWERK 'BROWNS FERRY'

Im Atomkraftwerk „Browns Ferry" in Athens/Alabama (USA) gerät die Abdichtmasse an einem Kabeldurchlaß im Reaktorraum beim Ableuchten mit einer Kerze in Brand. Das Feuer frißt sich im Kabelschacht weiter. Die Notkühlung für eine der beiden Reaktoreinheiten fällt aus.. Es gelingt, den Reaktor abzuschalten. Der Vorfall beweist, daß die Sicherheitsberechnungen und -angaben (Wahrscheinlichkeitsrechnung) der Kraftwerkbetreiber unzutreffend sind und daß somit der Betrieb von Kraftwerken, die auf Kernspaltung beruhen, das ständige Risiko schwerster Katastrophen bedeutet.[7]

22./23. März 1975

KISSINGER SCHEITERT IM NAHOST-KONFLIKT

Der Außenminister der USA, Henry *Kissinger*, bricht nach fünfzehntägigen Verhandlungen, abwechselnd in Ägypten (Assuan) und Israel (Jerusalem), zwischendurch auch in Syrien, Jordanien und (am 19. März) in Saudiarabien, den Versuch vorläufig ab, zu einer arabisch-israelischen Friedensregelung auf dem Wege der Truppenentflechtung zu gelangen. Die einstweilen unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten beziehen sich auf die Räumungszonen im Sinai, auf die Geltungsdauer des Entflechtungsabkommens und auf politische Friedensschritte, die Israel über den militärischen Waffenstillstand hinaus fordert. Vgl. weiter 4. September 1975.[8]

24. März 1975

FRANKREICH — UDSSR
ABKOMMEN ÜBER UMWELTSCHUTZ UND LANDWIRTSCHAFT

Der französische Ministerpräsident Jacques *Chirac* beendet einen sechstägigen offiziellen Besuch in der UdSSR mit der Unterzeichnung eines Abkommens über Zusammenarbeit im Umweltschutz und in der Landwirschaft. Außerdem wurde über Zusammenarbeit beim Bau von großen Industriekomplexen gesprochen und bei der Forschung, u. a. auf dem Gebiet der Atomenergie, Hochenergiephysik und Weltraumerschließung. Auch die kulturelle Zusammenarbeit soll weiter gefördert werden. Konkrete Projektverhandlungen im Wert von 17 Milliarden französischen Francs stehen unmittelbar vor dem Abschluß.[9]

25. März 1975

SAUDIARABIEN
KÖNIG FEISAL ERMORDET
DER TÄTER
NACHFOLGER KHALED

König *Faisal* von Saudiarabien wird in seinem Palast in Riad von seinem Neffen *Faisal ibn Musaed* erschossen. Der König war strenggläubig und konsequenter Antizionist wie auch Antikommunist. Zionismus und Kommunismus waren für ihn dieselbe Sache. (Vgl. 8. November 1973.) Der Attentäter hat Politologie studiert und mit Rauschgift gehandelt, war also ein „moderner" Mensch. Der Tod des Königs, eines außerordentlich erfolgreichen Außenpolitikers und Diplomaten, erfolgt unmittelbar nach dem Scheitern der amerikanischen Vermittlungsbemühungen im Nahostkonflikt (vgl. 22./23. März 1975). Kronprinz *Khaled* wird zum König proklamiert.[10]

5. April 1975

TAIWAN
TOD TSCHIANG KAI-SCHEKS
NEUER PRÄSIDENT YEN CHIA-KAN

In Taipeh auf der Insel Taiwan (Formosa) stirbt der Präsident der Republik China (Nationalchina) General *Tschiang Kaischek.* 1912 rechte Hand *Sun Yat-sens* beim Sturz der Mandschu-Dynastie, 1926 Oberbefehlshaber der Revolutionsarmee, 1928 Präsident der Nationalregierung, 1938 Generaldirektor der Kuomintang und Gegenspieler *Mao Tse-tungs,* im Zweiten Weltkrieg Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte in China gegen Japan, Teilnehmer an den Konferenzen von Teheran und Yalta, wurde er nach 1945 von *Truman* und General *Marshall,* die den Sieg des Kommunismus in China förderten, verraten. Taiwan entwickelte sich unter seiner Führung zu einem Industrie- und Exportstaat ersten Ranges. Bis zu seinem Tode und noch in seinem Testament verlor *Tschiang* das Ziel der Rückgewinnung des Festlandes niemals aus dem Auge. Sein Sohn, *Tschiang Tschinkuo,* ist seit 1972 Ministerpräsident von Taiwan. Nachfolger als Präsident wird *Yen Chia-kan,* ein erfolgreicher Wirtschaftspolitiker.

10. April 1975

Die Atomenergiebehörde der USA verfügt die Einstellung von Lieferungen angereicherten Urans ins Ausland und erklärt, die Liefergenehmigungen müßten aus sicherheitspolitischen Gründen überprüft werden. Die Maßnahme steht im Widerspruch zu den Versicherungen, die während der Verhandlungen über den Atomsperrvertrag (vgl. Polit. Lexikon, Teil I und Teil III) von den zuständigen Behörden der USA gegeben wurden. Sie macht außerdem die vollkommene Abhängigkeit z. B. des westdeutschen Teilstaates von den USA hinsichtlich der Atomengerie deutlich.[11]

USA

URAN-AUSFUHRSPERRE

13. April 1975

Der seit fünfzehn Jahren regierende Staatspräsident des Tschad und Vorkämpfer für dessen Unabhängigkeit, François *Tombalbaye* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II), kommt bei einem gegen ihn gerichteten Staatsstreich der Streitkräfte ums Leben. Es bildet sich ein Oberster Militärrat unter Vorsitz von „Brigadegeneral" Felix *Malloum*. Es ist dies der 32. Staatsstreich in den seit 1960 selbständig gewordenen Staaten Schwarzafrikas. Allein Dahomey hat seitdem fünf Staatsstreiche erlebt. Alles in allem ein erdrückender Beweis für die Verantwortungslosigkeit der ehemaligen Kolonialmächte, die diese Staaten zu früh und gänzlich unvorbereitet in die Unabhängigkeit entließen. Der Tschad z. B. hat noch 95 Prozent Analphabeten und verfügt über nur 44 Ärzte. Er war der Dürrekatastrophe von 1974/75 hilflos ausgeliefert.[12]

TSCHAD

TOMBALBAYE UMGEBRACHT

32. STAATSSTREICH IN SCHWARZAFRIKA

NACHFOLGER MALLOUM

17. April 1975

In Kambodscha nehmen Streitkräfte der Roten Khmer die Hauptstadt Phnom Penh ein und beenden damit den seit dem Sturz des Prinzen *Sihanouk* am 18. März 1970 (vgl. dort!) herrschenden Kriegszustand, der das Land in fünf Jahren verwüstet hat. Der Hauptschuldige an dieser Entwicklung, *Lon Nol*, den die USA benutzten, um Kambodscha in den Vietnamkrieg einbeziehen zu können, hat das Land am 1. April verlassen. Prinz *Sihanouk*, der in Peking eine (auch von der UdSSR anerkannte) „Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas" gebildet hat, lehnte bis zum Schluß jede Verhandlung mit *Lon Nol* bzw. seinen Nachfolgern ab, zeigt aber auch wenig Neigung, nach Phnom Penh zurückzukehren. Er wird die Regierungsgewalt an die Führung der Roten Khmer übertragen, obgleich ihn deren Außerordentlicher Nationalkongreß in Phnom Penh am

KAMBODSCHA

PHNOM PENH GENOMMEN

FLUCHT LON NOLS

SIHANOUK ÜBERTRÄGT REGIERUNG DEM ROTEN KMER

27. April nochmals ausdrücklich in seinen Ämtern als Staatsoberhaupt und Vorsitzender der Kambodschanischen Befreiungsfront (FUNK) bestätigen wird. Ministerpräsident wird der Fürst *Penn Nouth.*

30. April 1975

SÜD-VIETNAM KAPITULIERT

ENDE DES INDOCHINA-KRIEGES

ROLLE DER USA

Der letzte Präsident der Republik (Süd-)Vietnam, General Duong *Van Minh*, erklärt um 9 Uhr morgens über Radio Saigon die bedingungslose Kapitulation Südvietnams gegenüber den Streitkräften Nordvietnams und des Vietkong. Damit ist der Indochinakrieg zu Ende, der im wesentlichen mit der Besetzung durch Japan 1940 begann. Er hätte sehr viel früher und mit ganz anderem Ergebnis beendet werden können, wenn die USA-Regierung sich bereits 1945 entschlossen hätte, Frankreich in Indochina tatkräftig und konsequent, das heißt mit dem Willen zum Sieg zu unterstützen. Aber das lag nicht im Interesse des Council on Foreign Relations (CFR, vgl. Polit. Lexikon, Teil I) und seiner Unterorganisation, des Institute of Pacific Relations. Dort wünschte man eine Entwicklung, wie sie dann eintrat, mit allen ihren Folgen. — Am 3. Mai 1975 wird Nordvietnam die Grenze zum Süden öffnen.

11. Mai 1975

BRÜSSEL

ABKOMMEN EWG— ISRAEL

In Brüssel werden zwei Abkommen zwischen dem Staate Israel und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. der Montanunion (EGKS)unterzeichnet. Sie sollen keine Geltung für die von Israel besetzten arabischen Gebiete haben. Das mußte den Maghrebstaaten zugesichert werden, die ihre eigenen Vertragsentwürfe mit der EG zurückzustellen drohten. Ab 1. Juli 1977 soll sämtlichen israelischen Ausfuhren in EG-Staaten Zollfreiheit gewährt werden. Israel seinerseits braucht Zollfreiheit für Importe aus EG-Staaten erst ab 1. Januar 1980 zu gewähren.[13]

12. Mai 1975

UDSSR

ANSPRUCH AUF BERLIN

Die Regierung der UdSSR läßt dem Generalsekretär der UNO eine Note überreichen (inhaltlich eine Wiederholung ihrer Note vom 13. November 1974), in der sie in aller Deutlichkeit Berlin als Hauptstadt ihres mitteldeutschen Satellitenstaates und als integralen Teil dieses Staates, untrennbar, bezeichnet und die Viermächte-Hoheit über Berlin als durch die Westmächte beendet erklärt. Es ist in der Note nicht von Ost- oder West-Berlin die Rede, sondern ausdrücklich nur von „Berlin", so daß der Anspruch der UdSSR auch auf Westberlin bezogen werden kann.[14]

16. Mai 1975

Der indische Staatspräsident Fakhruddin Ali *Ahmed* unterzeichnet ein verfassungsänderndes Gesetz, das vom Parlament am 22. April 1975 verabschiedet wurde und durch das Sikkim zum 22. Bundesstaat der Indischen Union erklärt wird. (Am 9. April haben indische Truppen gewaltsam die Palastwache des Königs entwaffnet.) Damit hört das 1641 von der ost-tibetanischen Dynastie *Namgyal* begründete und bis zuletzt von dieser beherrschte Königreich Sikkim auf zu bestehen. Als ersten Gouverneur setzt Indien den bisherigen Verwalter Bipen Bihari *Lal* ein.[15]

INDIEN

GESETZ ZUR ANNEXION SIKKIMS

27. Mai 1975

Auf eine drohende Erklärung des UNO-Generalsekretärs Kurt *Waldheim* vom 23. Mai entgegnet der südafrikanische Außenminister Hilgard *Muller* in einem Schreiben an Waldheim, die verschiedenen Völkerschaften Südwestafrikas könnten sich ungehindert für ihre künftige Unabhängigkeit entscheiden, allerdings ohne Einmischung Südafrikas, der UNO oder einer anderen auswärtigen Seite. Südafrika beanspruche keinen Zoll dieses Gebietes, gebe aber jährlich 220 Millionen Pfund für dessen Entwicklung aus. Südafrika sei bereit, mit einem persönlichen Vertreter des Generalsekretärs zu verhandeln.[16]

SÜDAFRIKA ZUR KÜNFTIGEN UNABHÄNGIGKEIT SÜDWESTAFRIKAS

31. Mai 1975

Anläßlich des Gipfeltreffens der NATO in Brüssel an den beiden Vortagen (an dem auch US-Präsident *Ford* teilnahm) beschließen die Ministerpräsidenten Griechenlands und der Türkei, *Karamanlis* und *Demirel,* in einem gemeinsamen Kommuniqué, den Zypernkonflikt zwischen ihren beiden Ländern mit friedlichen Mitteln auf dem Verhandlungswege zu lösen. Über die beiderseitigen Rechte am Festlandssockel im Ägäischen Meer soll der Internationale Gerichtshof entscheiden. Der Ministerpräsident von Portugal, *Goncalves,* hat sich am Tage zuvor zur Einhaltung der NATO-Verpflichtungen Portugals bekannt. Daraus wird das Sicherheitsproblem entstehen, ob es sich die NATO leisten kann, Staaten mit marxistischen Regierungen unter ihren Mitgliedern zu haben.[17]

BRÜSSEL

ÜBEREINKOMMEN TÜRKEI—GRIECHENLAND

5. Juni 1975

In Großbritannien wird eine Volksabstimmung über den Verbleib in der EWG durchgeführt. Es ist dies die erste Volksabstimmung in Großbritannien überhaupt, und die Beteiligung

GROSSBRITANNIEN

VOKSABSTIMMUNG ÜBER EWG-MITGLIEDSCHAFT

liegt bei 64,5 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen sprechen sich 67,2 Prozent (in England sogar 68,7 Prozent) *für* den Verbleib in der EWG aus, also eine klare Zweidrittelmehrheit. Für die EWG bedeutet diese Entscheidung einen ungeheuren Ballast. Sie wird künftig noch weitaus handlungsunfähiger sein, als sie es ohnehin schon war, und die Vorteile der Mitgliedschaft gegenüber dem allgemeinen Weltmarkt werden weitgehend fragwürdig.

ÄGYPTEN

ÖFFNUNG DES SUEZKANALS

Der ägyptische Staatspräsident Anwar *as-Sadat* eröffnet den Suezkanal für die internationale Schiffahrt am achten Jahrestag der Schließung im Zusammenhang mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967, befährt anschließend auf dem Zerstörer „6. Oktober" den Kanal von Port Said bis Ismailia und wird tags darauf die Bauarbeiten am as-Schatt-Tunnel eröffnen, dem ersten von fünf geplanten Tunneln unter dem Kanal für den Verkehr zwischen Ägypten und Sinai. Durch diese Tunnel soll auch die Süßwasserversorgung für künftige Wehrbauernsiedlungen im Sinai geleitet werden.[18]

6. Juni 1975

SICHERHEITSRAT DER UNO

KEIN WAFFENEMBARGO GEGEN SÜDAFRIKA

Im Sicherheitsrat der UNO scheitert ein Resolutionsantrag am dreifachen Veto von Frankreich, Großbritannien und den USA, der ein verbindliches Waffenembargo gegen Südafrika durchzusetzen suchte und das mit der anhaltenden Besetzung Südwestafrikas durch Südafrika begründete. In demselben Antrag wurden auch freie Wahlen in Südwestafrika (von der UNO „Namibia" genannt) bis spätestens zum 1. Juli 1976 gefordert. Es ist dies das zweite Mal, daß im Sicherheitsrat ein Antrag gegen Südafrika am Veto der drei Westmächte scheitert (vgl. 30. Oktober 1974).

9. Juni 1975

UDSSR BRUCH DER SALT-VEREINBARUNGEN

Die amerikanische Zeitschrift „New Republic Magazine" gibt die Aussage des Direktors des US-Nachrichtendienstes CIA, William *Colby*, vor einem Kongreßausschuß wieder, wonach die UdSSR in fünf schwerwiegenden Fällen die SALT-Vereinbarungen nicht eingehalten hat. Es handelt sich vor allem um Behinderung der amerikanischen Fernaufklärung zur vereinbarten Kontrolle der Raketenabwehrsysteme und Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV). In diesem Zusammenhang wirft die Zeitschrift Außenminister *Kissinger* Zweideutigkeiten in den SALT-abmachungen vor.[19]

25. Juni 1975

Die ehemals portugiesische Besitzung *Mozambique* erhält in einem Staatsakt in Laurenço Marques die vollständige Unabhängigkeit. Portugal ist dabei durch Ministerpräsident *Goncalves* und die sozialistischen und kommunistischen Parteiführer *Soares* und *Cunhal* vertreten. Der Führer der „Befreiungsfront" (FRELIMO) Samora *Moises Machel,* der erst zwei Wochen zuvor erstmalig von Tansania in Mozambique eingereist ist, wird zum ersten Staats- und Regierungschef vereidigt und verkündet wiederholt, er wolle in Mozambique den ersten wirklich marxistischen Staat in Afrika schaffen, ganz im Sinne *Cunhals.*[20]

MOZAMBIQUE UNABHÄNGIG

MOISES MACHEL

26. Juni 1975

In Indien wirft sich die Ministerpräsidentin Frau Indira *Gandhi* de facto zur Diktatorin auf, ohne de jure die Verfassung zu verletzen. Sie läßt durch den Staatspräsidenten den Ausnahmezustand für ganz Indien erklären. Mehrere Verhaftungswellen folgen einander. Den Verhafteten wird keinerlei Rechtsschutz zugebilligt (auch Ausländern in „Vorbeugehaft" nicht). Die Presse wird der Zensur unterworfen. 26 links- und rechtsextremistische Organisationen werden aufgelöst. Die „Neue Züricher Zeitung" wird in diesem Zusammenhang (am 2. August) fragen, „ob denn die Demokratie überhaupt die für ein Entwicklungsland geeignetste Staatsform ist". Frau *Gandhi* hat offenbar endgültig im Jahre 1975 erkannt, daß sie es nicht ist.[21]

INDIEN

DIKTATORIN INDIRA GANDHI

27. Juni 1975

Der brasilianische Außenminister *Azeredo da Silveira* und der westdeutsche Außenminister *Genscher* unterzeichnen in Bonn ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der „friedlichen Nutzung der Kernenergie". Diese Zusammenarbeit soll die Errichtung von Kernreaktoren, Aufbereitungsanlagen usw. einschließen, also Brasilien zu Plutonium verhelfen (aus brasilianischem Uran). Herstellung von Atomwaffen soll selbstverständlich verboten sein (!). Gleichzeitig unterzeichnen bereits Vertreter der beteiligten westdeutschen und brasilianischen Industrie Rahmenvereinbarungen, in denen u. a. der Bau von zunächst vier Kernkraftwerken nach dem Modell des westdeutschen Kraftwerkes Biblis bis 1986 geplant wird.[22]

BRASILIEN—BRD

ABKOMMEN ÜBER KERNKRAFTWERKE

17. Juli 1975

In 220 Kilometern Höhe koppeln erstmalig ein amerikanisches und ein sowjetisches Raumschiff (Apollo 18 und Sojus 19) mit

USA—UDSSR

KOPPLUNGS-MANÖVER IM WELTRAUM

Hilfe eines in den USA eigens für diesen Zweck konstruierten Dock- und Schleusensegments aneinander, und die Besatzungen wechseln mehrfach durch die Schleuse in das andere Raumschiff hinüber. Die Schleuse ist notwendig, da die amerikanische Kapsel mit reinem Sauerstoff, die sowjetrussische mit einem Stickstoff-Sauerstoffgemisch gefüllt ist, dazu unter verschiedenem Druck. Ein symbolischer Zustand, wie auch das Kopplungsmanöver selbst und die Durchführung einiger gemeinsamer Forschungsprogrammpunkte mehr symbolischen als praktischen Wert haben. Das ganze soll der „Entspannung" dienen oder für sie Zeugnis ablegen.[23]

29. Juli 1975

SAN JOSE

OAS-KONFERENZ

AUFHEBUNG DER SANKTIONEN GEGEN KUBA

Eine Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in San José de Costa Rica beschließt mit den Stimmen von 16 der 21 vertretenen Länder, darunter auch der Stimme der USA, die Aufhebung der wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen Kuba. Nur Chile, Paraguay und Uruguay stimmen dagegen. Die lateinamerikanischen UNO-Delegationen ließen Kuba bereits am 29. Januar 1975 wieder an ihrer Gruppensitzung teilnehmen, erstmals seit dem Ausschluß Kubas aus der OAS im Jahre 1962. Die „Entspannungs"-Euphorie greift um sich, zugleich mit dem wachsenden Einfluß des Kommunismus a la Moskau.[24]

1. August 1975

HELSINKI

ABSCHLUSS DER KSZE

FORTSETZUNG DES WETT-RÜSTENS

In Helsinki findet die dreitägige Abschluß- und Gipfelkonferenz der von der UdSSR seit Jahren betriebenen KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ihr Ende. Ihr eigentlicher Zweck, die endgültige Anerkennung des sowjetischen Einflußbereichs und der Annexionen aus dem Zweiten Weltkrieg, ist erreicht. Alle übrigen an diese Konferenz geknüpften Erwartungen werden sich bereits nach wenigen Wochen in Enttäuschungen verwandeln. Das Wettrüsten geht in unverminderter Geschwindigkeit weiter, und von Sicherheit kann keine Rede sein. Der Rüstungsvorsprung der UdSSR wächst täglich.

4. August 1975

MEXIKO

ECHEVERRIA IN ÄGYPTEN

Der Staatspräsident von Mexiko Luis *Echeverria* Alvarez besucht auf seiner zweiten Weltreise auch Ägypten und erklärt dort bei seiner Ankunft in Alexandria, er schlage eine Organisation zur Verteidigung der Exporte aus Ländern der Dritten Welt vor, um diese zu einer multinationalen Einheit zusammenzufügen als Gegenkraft gegen die multinationalen Unternehmen

des neokolonialen Wirtschaftsimperialismus. Tags darauf kündigt sein Außenminister, Emilio *Rabasa*, an, Mexiko werde eine 200 Seemeilen tiefe Wirtschaftszone für sich beanspruchen und damit den Golf von Kalifornien für jede nichtmexikanische Ausbeute sperren.[25]

FÜR EXPORT-GEMEINSCHAFT DER DRITTEN WELT

15. August 1975

In der Hauptstadt von Bangla Desh (Bengalen), Dacca, wird der Ministerpräsident (seit Januar 1973) und Staatspräsident (seit Januar 1975) Scheich Mujibur *Rahman* mit Frau, zwei Söhnen (einer erst neun Jahre alt), zwei Schwiegertöchtern und elf Hausangestellten von regulären Truppen ermordet. Ähnliche Gemetzel finden in den Häusern von Verwandten Rahmans statt. Insgesamt werden im ersten Durchgang etwa 200 Menschen umgebracht. Die Armeeführung gibt als Begründung des Massakers an, *Rahman* habe der Korruption Tür und Tor geöffnet, und ernennt den bisherigen Handelsminister Khondakar Mustafa *Ahmed* zum neuen Staatspräsidenten. Dieser wird das Land mit drastischen Verordnungen und Strafandrohungen unter Kriegsrecht stellen. Noch nicht ermordete Anhänger bzw. Mitarbeiter Mujibur *Rahmans* werden verhaftet und ausländische Journalisten aufgefordert, das Land zu verlassen. Vgl. weiter 3. November 1975.[26]

BANGLA DESH

MUJIBUR RAHMAN ERMORDET

MASSAKER

MUSTAFA AHMED NEUER STAATSPRÄSIDENT

19. August 1975

Der Präsident der USA Gerald *Ford* erklärt in einer Rede, er werde den Kongreß um Erhöhung der Ausgaben für strategische Atomrüstung um zwei bis drei Milliarden Dollar ersuchen müssen, falls die SALT-(Strategic Arms Limitation Talks-)-Gespräche der Stufe II mit der UdSSR in Genf zu keinem Erfolg führten. Über sein Gespräch mit *Breschnew* in Helsinki hinaus seien konkrete Entwicklungen nötig. TASS, Moskau, wird daraufhin von „beharrlichen Bemühungen“ um beiderseits annehmbare Lösungen sprechen. Vgl. hierzu 1. Januar 1975.[27]

USA

FORD VERLANGT ERHÖHTE AUSGABEN FÜR ATOMRÜSTUNG

2. September 1975

Bei der Jahreshauptversammlung des Internationalen Rundfunkinstituts in Köln wendet sich der Vertreter Polens, Prof. *Mikulowski-Pomorski*, deutlich gegen eine Informationsfreiheit, wie sie vom Westen (theoretisch) verfochten wird. Der Anspruch gemäß Artikel 19 der Menschenrechtsdeklaration der UNO vom 10. Dezember 1948 (vgl. Polit. Lexikon, Teil III, S. 9), das Recht auf freien Zugang zu Informationen überall gesetzlich zu

KÖLN

RUNDFUNK-KONFERENZ

VERTRETER POLENS

GEGEN INFORMATIONSFREIHEIT

verankern, sei zurückzuweisen. „... der Einfluß von Medien von außen kann subversive Effekte haben". Die Mehrheit der Versammlung schließt sich der polnischen Auffassung an.

4. September 1975

GENF

ÄGYPTISCH-ISRAELISCHE TRUPPENENTFLECHTUNG

POLITISCHER ERFOLG KISSINGERS

UN-MANDAT AN DER SINAI-GRENZE

In Genf wird ein zweites ägyptisch-israelisches Truppenentflechtungsabkommen (vgl. 18. Januar 1974, 22./23. März 1975) unterzeichnet, das im wesentlichen durch die Bemühungen des US-Außenministers Henry *Kissinger* zustande kam. Darin verzichten beide Seiten auf Anwendung oder Androhung von Gewalt und verpflichten sich zur Einhaltung des Waffenstillstandes und der festgelegten Zonen für das weitere Auseinanderziehen der Streitkräfte. Ägypten wird nichtmilitärische Frachten aus oder für Israel den Suezkanal passieren lassen. Israel wird die Erdölvorkommen bei Abu Rodeis an Ägypten zurückgeben. Die USA werden ein Frühwarnsystem einrichten. Manche Quellen wollen von zusätzlichen Geheimabsprachen wissen, in denen die USA sich für eine Verlängerung des UN-Mandats an der Sinai-Grenze einzusetzen versprochen und beiden Parteien Wirtschaftshilfe sowie bestimmte Waffen zugesagt hätten. Das gesamte Abkommen wird am 10. Oktober in Kraft treten. Der PLO-Führer *Arafat*, der Präsident von Libyen, *Kadhzafi*, und die syrische sozialistische Baath-Partei lehnen dieses Abkommen grundsätzlich ab, weil es de facto den Kriegszustand beendet. Aber Sadat wird sich nicht beirren lassen. Seine Diplomatie laviert zwischen USA und UdSSR. Zur Zeit sticht die amerikanische Karte.[28]

9. September 1975

KAMBODSCHA

VORÜBERGEHENDE RÜCKKEHR SIHANOUKS

ANKLAGE GEGEN USA VOR DER UNO

Prinz Norodom *Sihanouk* (vgl. Polit. Lexikon, Teil II) kehrt aus seinem Exil in Peking in die Hauptstadt Kambodschas Phnom Penh zurück, nachdem er vierzehn Tage zuvor von *Tschou En-lai* und *Mao Tse-tung* empfangen wurde. Am 28. September wird er das fast gänzlich zerstörte Phnom Penh wieder verlassen, über Peking und Paris nach New York fliegen und dort am 6. Oktober vor der UNO-Vollversammlung den USA die eigentliche Verantwortlichkeit für das Schicksal seines zerstörten Landes zuerkennen. Sie hatten seinen Sturz gefördert und Kambodscha in den Vietnamkrieg hineingezogen.[29]

16. September 1975

PAPUA-NEUGUINEA „UNABHÄNGIG"

Australien entläßt das bisher von ihm verwaltete östliche Neuguinea, Papua-Neugiunea, dessen Einwohner durchweg im Zustande der Steinzeit leben, in die „Unabhängigkeit". Ein Häuptlingssohn aus dem Norden wird „Ministerpräsident", Michael

Thomas *Somare*. Prinz *Charles* nimmt als Vertreter der Queen an der Zeremonie in Port Moresby teil. Das Land wird 35. Mitglied des British Commonwealth of Nations. Vermutlich wird es auch einen Sitz in der UNO erhalten, mit irgendwelchen entwurzelten Halbgebildeten als „Delegierten". Der Fortschritt ist nicht mehr aufzuhalten.

22. September 1975

IAEO-GENERALKONFERENZ IN WIEN

EKLUND FÜR KERNSPALTUNGSENERGIE

INTERNATIONALE KONTROLLE

ONE WORLD

In Wien beginnt die 19. Ordentliche Tagung der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO). Der Generaldirektor Sigvard *Eklund* wird vor dieser Konferenz die bekannte Halbwahrheit wiederholen, daß die durch *Kernspaltung* gewonnene Energie die *einzige sofort verfügbare Alternative* zu den fossilen Brennstoffen *bleibe*. (Wer entscheidet darüber, welche neuartigen Energiequellen „sofort verfügbar *bleiben"?)* Eklund wird weiter ausführen, eine wirksame *Sicherheitskontrolle* sei nicht möglich, wenn nicht alle kerntechnischen Arbeiten der Kontrolle der IAEO unterstellt würden. Genau das aber ist eine Utopie. Zudem nützt auch die Kontrolle nichts, so lange z. B. für die Aufbewahrung des Atommülls und die Bewachung stillgelegter Kernkraftwerke keine wirkliche Sicherheit gegeben ist. Die Forderung nach weltweiter Kontrolle enthüllt den eigentlichen Zweck des forcierten Kernspaltungsprogramms: einen neuen Weg zur Weltregierung, zur One World.[30]

25. September 1975

WIEN

OPEC-TREFFEN

ÖLPREISERHÖHUNG UM ZEHN PROZENT

In Wien kommt es bei einem Treffen der Organisation Öl produzierender Länder (OPEC) zwischen den Erdölministern des Iran und Saudiarabiens zu einer scharfen Auseinandersetzung. Eine von Persien (Iran) geführte Gruppe von Staaten will den Ölpreis um 12 bis 16 Prozent erhöhen, Saudiarabien mit Kuweit höchstens um fünf Prozent. Der Minister Saudiarabiens, das über die mit Abstand stärkste Erdölförderung verfügt, droht damit, eine eigene Preispolitik auf dem Weltmarkt zu verfolgen. Es kommt schließlich zu einem Kompromiß bei einer Preiserhöhung von zehn Prozent.

30. September 1975

JAPAN

KAISER HIROHITO IN DEN USA

Kaiser *Hirohito* von Japan trifft in Begleitung der Kaiserin Nagako zu einem zweiwöchigen Staatsbesuch in den USA ein. Es ist seine zweite Auslandsreise und die erste Reise eines japanischen Kaisers in die Vereinigten Staaten überhaupt. Zwei Tage lang wird *Hirohito* Gast des Präsidenten *Ford* in Washington sein, der im November 1974 einen Besuch in Tokio machte. Dem

WIEDERANKNÜPFUNG VOR ROOSEVELT

Besuch kommt erhebliche politische Bedeutung zu. Der Kaiser selbst sieht darin den repräsentativen Ausdruck des Willens, die Niederlage von 1945 außenpolitisch zu überwinden und persönlich wieder dort anzuknüpfen, wo Roosevelt und Hull 1941 die Verbindung bewußt zerschnitten. (Vgl. 17. Oktober 1941, 26. November 1941, 6. und 7. Dezember 1941.)[31]

1. Oktober 1975

300-MILLIONENKREDIT WESTLICHER BANKEN AN COMECON MITTELFRISTIG

Dreizehn westeuropäische und USA-Großbanken schließen ein Abkommen mit der Internationalen Investitionsbank Moskau des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder COMECON, Ostblock) und gewährem diesem einen mittelfristigen Euro-Dollar-Kredit in Höhe von 260 bis 300 Millionen Dollar, rückzahlbar über fünf Jahre bei etwa 10 Prozent Zinsen. Die bisher gewährten langfristigen Billig-Kredite haben zu einer Verschuldung des COMECON im Westen in Höhe von etwa 18 Milliarden Dollar geführt bei gleichzeitigem Handelsbilanzdefizit von etwa 14 Milliarden Dollar. Daher räumt der Westen solche Kredite nicht mehr in dem vom Ostblock gewünschten Maße ein. Die neuen mittelfristigen und zinsteuren Kredite nimmt der Ostblock deswegen in Anspruch, da er die höheren Zinsen mit Hilfe der Inflation zu unterlaufen hofft. Vor dem neuen Abkommen sind seit Anfang 1975 dem Ostblock bereits insgesamt über eine Milliarde Dollar an solchen mittelfristigen Krediten gewährt worden.[32]

ITALIEN—JUGOSLAWIEN

VERTRAG ÜBER TRIEST

Die italienische und die jugoslawische Regierung geben ihren Parlamenten bekannt, daß sie durch einen Vertrag die Triestfrage, das Streitobjekt aus dem Ersten Weltkrieg, nunmehr endgültig geregelt haben. (Vgl. Polit. Lexikon, Teil I.) Es bleibt im wesentlichen bei der Regelung des Londoner de-facto-Abkommens vom 5. Oktober 1954, demgegenüber nur geringe Grenzkorrekturen zu Lande wie im Hafen von Triest vorgenommen werden. In mehreren Zusatzabkommen werden Verkehrsverbesserungen im Straßennetz und im Hafen sowie vor allem industrielle Zusammenarbeit vereinbart.[33]

7. Oktober 1975

UDSSR—DDR

NEUER BEISTANDSPAKT

BEISTANDSPFLICHT

In Moskau wird ein neuer „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ zwischen der UdSSR und ihrem mitteldeutschen Satellitenstaat aus Anlaß von dessen 26jährigem Bestehen unterzeichnet. Er soll einerseits den Anschein einer mitteldeutschen Eigenstaatlichkeit verstärken, andererseits die Bindung und Abhängigkeit, soweit das überhaupt

möglich ist, noch enger gestalten als schon bisher. Von einer Wiedervereinigung Deutschlands oder einem Friedensvertrag mit Deutschland ist in diesem neuen Vertrag nicht mehr die Rede. Die militärische Beistandspflicht ist nicht mehr auf Europa begrenzt.[34]

AUCH AUSSERHALB EUROPAS

9. Oktober 1975

In Warschau unterzeichnen der polnische Außenminister *Olszowski* und der westdeutsche Außenminister *Genscher* drei Abkommen über Renten- und Unfallversicherung (mit der dazugehörigen „Vereinbarung über die pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen" lediglich einseitig an Polen in Höhe von 1,3 Milliarden DM), über die Gewährung eines Finanzkredites ebenfalls an Polen in Höhe von einer weiteren Milliarde DM, über ein langfristiges Programm für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Letzteres Abkommen läuft auf eine einseitige Auslieferung des Know how an Polen heraus. Außerdem wird ein „Protokoll" unterzeichnet, in dem die „polnische Seite" (nicht etwa die Regierung) „in der Lage ist zu erklären, daß etwa 120 000 bis 125 000 Personen" (Volkszugehörigkeit wird nicht genannt) „im Laufe der nächsten vier Jahre die Genehmigung ihres Antrages zur Ausreise erhalten werden". Diese „Erklärung" der „polnischen Seite" ist völlig unverbindlich. Die Abkommen und das Protokoll wurden am 7. August 1975 in Bonn paraphiert und gehen auf mündliche Vereinbarungen zwischen *Schmidt* und *Gierek* anläßlich der KSZE-Abschlußkonferenz in Helsinki am 1. August 1975 zurück. Der westdeutsche Bundesrat wird sie am 7. November 1975 wegen ihrer grotesken Einseitigkeit ablehnen, ohne doch damit ihr Inkrafttreten letztlich verhindern zu können, zumal bei der entscheidenden Schlußabstimmung im Bundestag die westdeutsche CDU wie gewohnt umfallen wird.

WARSCHAU

WESTDEUTSCH-POLNISCHES RENTENABKOMMEN

2,3 MILLIARDEN AN POLEN

AUSREISE FÜR 125 000 PERSONEN IN AUSSICHT GESTELLT

MÜNDLICHE VEREINBARUNG SCHMIDT—GIEREK

16. Oktober 1975

Der Internationale Gerichtshof in den Haag entscheidet auf Ansuchen der UNO-Vollversammlung (Resolution 3292 vom 13. Dezember 1974), daß die westliche Sahara zur Zeit der Kolonisierung durch Spanien kein Niemandsland war, sondern daß rechtliche Verbindungen der dort lebenden Stämme sowohl zu Marokko als auch zu den Emiraten des späteren Mauretanien bestanden. Daraufhin erklärt König Hassan II. von Marokko im Rundfunk, 350 000 unbewaffnete Marokkaner, davon zehn Prozent Frauen, würden unter seiner Führung in die spanische Sahara einziehen. Vgl. weiter 6. November 1975.

DEN HAAG: WESTLICHE SAHARA KEIN NIEMANDSLAND

HASSAN KÜNDIGT UNBEWAFFNETE INTERVENTION AN

20. Oktober 1975

UDSSR KAUFT 30 MILLIONEN TONNEN GETREIDE IN DEN USA UND BIETET JÄHRLICH 10 MILLIONEN TONNEN ERDÖL

Zwischen den USA und der UdSSR wird ein Abkommen unterzeichnet, das Getreidekäufe der UdSSR in den USA von mindestens 30 Millionen Tonnen in den nächsten fünf Jahren vorsieht. Gleichzeitig werden Erdölangebote der UdSSR an die USA von mindestens zehn Millionen Tonnen jährlich im gleichen Zeitraum offeriert. Radio Moskau begründet die Getreideeinkäufe mit beschränkter Ackerfläche in der UdSSR, geringen Regenmengen und hohen Transportkosten auf dem Landwege. Präsident *Ford* stellt den Farmern der USA einen langfristig stabilen Absatzmarkt und damit die Möglichkeit zu langfristiger Planung in Aussicht.[35]

3. November 1975

USA

ENTLASSUNG SCHLESINGERS ZUGUNSTEN ENTSPANNUNGSPOLITIK

VERHÄLTNIS DER TRUPPENBESTÄNDE

STELLUNGNAHME DES NATO-MILITÄRAUSSCHUSS-VORSITZENDEN

Der Präsident der USA, Gerald *Ford*, entläßt den Verteidigungsminister James R. *Schlesinger*, weil dieser im Gegensatz zum Außenminister Henry *Kissinger* in dessen Entspannungspolitik die wachsende Gefahr erblickt, daß die Verteidigungsbereitschaft der USA unglaubwürdig wird. Der Meinungsstreit zweier Juden in Bezug auf die Sowjetunion verunsichert die Politik der USA. Neuer Verteidigungsminister wird Donald Henry *Rumsfeld*. *Schlesinger* aber wird drei Wochen später, am 23. November, in einer Fernsehsendung eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets um neun Milliarden Dollar (auf 101 Milliarden) fordern, da sonst die Truppenbestände der USA ab Februar 1976 um 200 000 Mann verringert werden müßten. Die Sowjetunion halte bereits jetzt doppelt so viele Soldaten unter Waffen wie die 2,1 Millionen Mann der USA. Sie habe ihre Truppenbestände in Osteuropa um 140 000 Mann erhöht und habe in den letzten Jahren viermal mehr U-Boote und andere Kriegsschiffe gebaut als die USA und um 70 Prozent mehr taktische Flugzeuge. Bei den Waffen für die Landstreitkräfte bestehe ein Verhältnis von sieben oder sogar acht zu eins zugunsten der UdSSR, die 15 Prozent des Bruttosozialprodukts für Rüstung ausgäbe gegenüber fünf Prozent bei den USA. Diese steckten gegenüber allen diesen Tatsachen den Kopf in den Sand und flöhen vor der Wirklichkeit. — Diese Ausführungen *Schlesingers* werden vom Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, dem britischen Admiral Sir *Hill-Norton* in einem Vortrag vor den Verteidigungsministern der NATO-Staaten am 9. Dezember 1975 noch dahingehend ergänzt werden, daß auch die Staaten des Warschauer Paktes ihre Ausrüstung, Bewaffnung und Ausbildung stetig steigern, und zwar eindeutig in Richtung auf Offensivfähigkeit hin.[36]

Im Zentralgefängnis von Dacca (Bangla Desh) werden die dort gefangen gehaltenen sieben ehemaligen Minister des ermordeten Scheich Mujibur *Rahman* (vgl. 15. August 1975) nunmehr ebenfalls ermordet, mit ihnen 19 weitere Anhänger Rahmans. Gleichzeitig kommt es zu Machtkämpfen unter den Mördern. Einigen von ihnen gelingt die Flucht nach Bangkok. Zwei Tage später wird der neue Staatspräsident Mustafa *Ahmed* zurücktreten. Sein Nachfolger wird der Vorsitzende des Obersten Gerichts, Abu Sadat Mohammed *Sayem*, der sich nach einem weiteren Putsch am 7. November zum „Obersten Kriegsrechtsadministrator" erklären wird.

BANGLA DESH

WEITERE MORDE UND MACHTKÄMPFE

RÜCKTRITT MUSTAFA AHMEDS

6. November 1975

Von Tarfaya in Südmarokko aus beginnt der von König *Hassan II.* angekündigte „Grüne Marsch" (vgl. 16. Oktober 1975) mit etwa 40 000 Menschen unter Führung von Ministerpräsident *Osman* zehn Kilometer tief in die spanische Sahara hinein. Die spanische Legion hat einen Abwehrriegel mit Minenfeld und schwerer Artillerie aufgebaut. Doch wird am 13. November in Madrid ein Abkommen zustandekommen, nach dem Spanien sich bis zum 28. Februar 1976 aus der westlichen Sahara zurückziehen wird. Marokko und Mauretanien sollen sich über die künftige Grenze einigen. Algerien wird gegen dieses Abkommen am 15. November und erneut am 19. November protestieren und eine Volksabstimmung in dem umstrittenen Gebiet fordern.

TARFAYA/ MAROKKO

MARSCH IN DIE SAHARA

ABKOMMEN MIT SPANIEN

10. November 1975

Der Präsident von Uganda und amtierende Präsident der Organisation Afrikanischer Staaten (OUA), Idi *Amin* Dada, richtet ein Schreiben an die Führer der drei rivalisierenden „Befreiungs"organisationen in Angola und verurteilt darin auf das Schärfste den Bürgerkrieg, den sie gegeneinander führen, ebenso auch jede Supermacht, die ihnen Waffen gibt, damit sie sich gegenseitig vernichten. „Ebenso werde ich auch kein Land respektieren, das sich wie ein Partisan in die angolanische Situation einmischt." Gleichzeitig verfügt er, daß die sowjetischen Militärberater und die Mitglieder der Botschaft der UdSSR Uganda zu verlassen haben und fordert *Breschnew* auf, sich binnen 48 Stunden für das Benehmen seines Botschafters zu entschuldigen und einen anderen zu senden. Daraufhin wird die UdSSR vorübergehend die diplomatischen Beziehungen zu Uganda abbrechen. In Angola ändert sich deswegen aber nichts.[37]

UGANDA

IDI AMIN GEGEN DEN BÜRGERKRIEG IN ANGOLA

AUSWEISUNG SOWJETISCHER BERATER AUS UGANDA

11. November 1975

ANGOLA „UNABHÄNGIG"

Die portugiesische Revolutionsregierung entläßt die afrikanische Provinz Angola in eine sogenannte Unabhängigkeit. Tatsächlich überläßt sie sie damit dem Einfluß der UdSSR, die im angolanischen Bürgerkrieg mit Hilfe kubanischer Truppen der kommunistischen MPLA gegen die beiden anderen nicht-kommunistischen Unabhängigkeits-Organisationen FNLA und UNITA zum Siege verhelfen wird. Vgl. hierzu 29. Juli 1975. Henry *Kissingers* Ermahnungen zwei Wochen später an die Adresse der UdSSR und Kubas in diesem Zusammenhang werden angesichts der Aufhebung der Sanktionen gegen Kuba kaum überzeugen können.

KUBANISCHE TRUPPEN IM BÜRGERKRIEG

UNO-ENTSCHLIESSUNG: ZIONISMUS IST RASSISMUS

Die Vollversammlung der UNO in New York nimmt mit 72 gegen 35 Stimmen bei 32 Enthaltungen eine Entschließung an, in der festgestellt wird, „daß der Zionismus eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung ist", und zwar wegen des rassistischen Regimes in Palästina, das als Bedrohung des Weltfriedens auf das schärfste zu verurteilen sei. Daraufhin wird der US-Delegierte *Daniel Moynihan* erklären, die Vollversammlung habe den Mördern von sechs Millionen europäischen Juden eine symbolische Amnestie erteilt, der Chefdelegierte Israels *Chaim Hertzog* wird erklären,*Hitler* hätte sich in diesem Forum (der UNO-Vollversammlung) sehr wohl gefühlt, und US-Außenminister *Henry Kissinger* wird mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen diejenigen Staaten (72!) drohen, die für die Resolution stimmten. Die Gründung der UNO erweist sich mehr und mehr als ein Bumerang oder Rohrkrepierer für (gegen) ihre Gründer.[38]

KISSINGER DROHT MIT WIRTSCHAFTLICHEN SANKTIONEN

15. November 1975

PARIS

Im Palais de Rambouillet in Paris treffen die Regierungschefs Frankreichs *(Giscard d'Estaing)*, Großbritanniens *(Wilson)*, Italiens *(Moro)*, Japans *(Miki)*, der USA *(Ford)* und des westdeutschen Teilstaates *(Schmidt)* zu dreitägigen Gesprächen über die derzeitige Situation und künftige Gestaltung der Weltwirtschaft zusammen. Der ständig lauter werdende Ruf der Entwicklungs- und Rohstoffländer nach einer vollständigen Neugestaltung des Weltwirtschaftssystems ist nicht mehr zu überhören, ebensowenig die Feststellung, daß die Grenzen des Wirtschaftswachstums erreicht sind und ein auf weiterem Wachstum beruhendes Wirtschaftssystem über kurz oder lang zu Katastrophen führen muß. Demgegenüber beruhigt man sich im Palais Rambouillet in dem Glauben an die weitere Brauchbarkeit der bisherigen Ordnung.

WELTWIRTSCHAFTLICHES GIPFELTREFFEN

ALLES BEIM ALTEN

Es wird kein bedeutendes Abgehen von dem System der fünfziger und sechziger Jahre in Aussicht genommen, abgesehen von der Flexibilität der Wechselkurse.[39]

20. November 1975

MADRID

TOD FRANCOS

In Madrid steht das Herz des Staatsoberhauptes, Generallissimus Francisco *Franco* y Bahamonde, endgültig still, nachdem dieser zwei Wochen lang zahlreichen Operationen unterworfen und künstlich am Leben erhalten wurde. (Die Gehirntätigkeit setzte bereits am 15. November aus.) Franco wird im Tal der Gefallenen neben Jose Antonio *Primo de Rivera* beigesetzt werden, dessen sozialrevolutionäre Ideen er stets abgelehnt hat. Der amtierende Staatschef (seit dem 30. Oktober), der Prinz von Spanien *Juan Carlos*, wird am 22. November zum König proklamiert und als Juan Carlos I. vereidigt werden.

KÖNIG JUAN CARLOS

25. November 1975

SURINAM UNABHÄNGIG

Die frühere niederländische Kolonie Surinam (Niederländisch Guayana im Norden Südamerikas), seit 1948 Teil des Königreiches, seit 1950 autonom, erhält nunmehr ihre vollständige Unabhängigkeit und scheidet aus dem niederländischen Reichsverband aus. Damit verfügen die Niederlande außerhalb Europas nur noch über die Antillen Curacao und Buenayre vor der venezolanischen Küste. Auch sie sollen 1980 ihre Unabhängigkeit erhalten. Surinamesen, die sich bei der Erlangung der Unabhängigkeit in den Niederlanden aufhalten, können die niederländische Staatsangehörigkeit behalten. Noch am selben Tage (25. November) stellt Surinam diplomatische Beziehungen zur UdSSR und zu Mexiko her.

27. November 1975

FINNLAND

KOALITIONSREGIERUNG MIETTUNEN AUS FÜNF PARTEIEN

Der finnische Staatspräsident Urho K. *Kekkonen* fordert die fünf finnischen Parteien auf, bis zum 1. Dezember eine Koalitionsregierung unter dem Vorsitz von Martti *Miettunen* (Zentrum) zu bilden. Am 30. November abends wird *Miettunen* das neue Kabinett mit fünf Sozialdemokraten, vier Kommunisten, vier Zentrumsmitgliedern, zwei Mitgliedern der Schwedischen Volkspartei, einem Liberalen und zwei Unabhängigen vorstellen. Neun Linken stehen also ebensoviele Bürgerliche gegenüber. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Ministerpräsidenten.[40]

1. Dezember 1975

USA

FORD IN PEKING

KEIN KOMMUNIQUE

Der Präsident der USA, Gerald *Ford*, trifft zu einem viertägigen Staatsbesuch in Peking ein. Außenminister Henry *Kissinger*, der den Besuch (wie auch den *Nixons* 1972) vorbereitet hat, begleitet ihn und nimmt an den drei Gesprächen mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten *Teng Hsiao-ping* teil. *Ford* wird auch von dem fast 82jährigen *Mao Tse-tung* zu einem zwei Stunden währenden Gespräch empfangen werden. Der Besuch hat aber keine konkreten Ergebnisse. Es wird auch kein Kommuniqué ausgegeben werden. Präsident *Ford* wird anschließend Indonesien und die Philippinen besuchen.[41]

2. Dezember 1975

LAOS

ABSCHAFFUNG DER MONARCHIE

KÖNIG WIRD „BERATER“

In Vientiane, der Hauptstadt von Laos, beschließt ein „Nationaler Kongreß der Volksvertreter von Laos“ die Abschaffung der Monarchie und die Errichtung einer Demokratischen Volksrepublik. König *Savang Vatthana* hat bereits drei Tage zuvor „aus eigenem Willen“ dem Thron entsagt. Auch Ministerpräsident *Souvanna Phouma* ist vorher zurückgetreten. Beide werden jedoch zu „höchsten Beratern“ des Staatspräsidenten Prinz *Souphanouvong* bzw. der Regierung ernannt. Mit anderen Worten: die alte, sich seit Jahrzehnten befehdende Führungsgruppe ist wieder vereint, wenn auch mit vertauschten Rollen.[42]

5. Dezember 1975

SPANIEN

REGIERUNG ARIAS NAVARRO

In Spanien beauftragt König *Juan Carlos I.* (vgl. 20. November 1975) den Ministerpräsidenten der am 1. Dezember zurückgetretenen Regierung, Carlos *Arias Navarro*, mit der Bildung einer neuen Regierung, die am 13. Dezember vereidigt werden wird. Außer dem Ministerpräsidenten gehören ihr nur drei der früheren Kabinettsmitglieder an. Der König hat bei der Auswahl maßgeblich mitgewirkt und dabei reformfreudigen Fachleuten den Vorzug gegeben. Außenminister wird José Maria *de Areiza*, Graf von Motrico, der als Liberaler gilt und die Hinwendung zu Europa vertritt.

12. Dezember 1975

USA

KISSINGER ERWÄGT INTERVENTION IN ANGOLA

Der Außenminister der USA, Henry *Kissinger* (vgl. 20. März 1974), sagt in Brüssel vor Journalisten, wenn es in *Angola* keine „afrikanische Lösung“ gäbe, würden die USA die Vorherrschaft der von der UdSSR (und Kuba) unterstützten Volksfront (MPLA) zu verhindern suchen. Die Sowjetunion strebe über die MPLA eine neue Form der Hegemonie in Afrika an. Das sind nur

Worte. Gleichzeitig berichtet „Washington Post“, daß die amerikanische Erdölgesellschaft Gulf Oil der MPLA in Angola etwa das Zehnfache an Militärhilfe überweist, was die USA offiziell den angolanischen Konkurrenzorganisationen FNLA und UNITA zukommen lassen, nämlich mindestens 500 Millionen Dollar (etwa 1,3 Milliarden DM). Die Gulf Oil bestätigt auf Anfrage „Zahlungen“ an die MPLA. Zudem wird der Kongreß eine Intervention der USA in Angola verhindern.[43]

AMERIKANISCHE GULF OIL FINANZIERT ANGOLANISCHE KOMMUNISTEN

Die italienische Bischofskonferenz, die seit dem 10. Dezember in Rom tagt, erklärt abschließend, das Bekenntnis des christlichen Glaubens sei unvereinbar mit der Mitgliedschaft oder Unterstützung von Bewegungen, die sich in verschiedenen Formen auf den Marxismus gründen und zu „anderen Formen der Sklaverei“ führen. „Man kann nicht gleichzeitig Christ und Marxist sein.“ Das Presseorgan des Vatikans, Osservatore Romano, wird diese Stellungnahme in einem Leitartikel anerkennend unterstreichen. Das bedeutet eine Absage an den „historischen Kompromiß“.[44]

ROM

BISCHOFSKONFERENZ GEGEN CHRISTLICHE MARXISTEN

Nachwort

Beurteilen läßt sich das politische Geschehen einer bestimmten geschichtlichen Epoche stets nur nach dem jeweiligen Erkenntnisstand der handelnden Staatsmänner eben dieser Epoche. Ihre geschichtliche Bedeutung, ihre menschliche Größe und ihre Tragik kann nur im Rahmen dieses Erkenntnisstandes gewertet werden, nicht aus dem Wissen einer späteren Zeit. Andererseits werden die großen Zusammenhänge des Geschehens, wird der rote Faden, der sich durch die Entwicklung von mehr als zwölf Jahrzehnten zieht, erst aus dem zeitlichen Abstand erkennbar. Das gilt insbesondere für das Hintergrundgeschehen, dem, wie sich hinterher zeigt, eine langfristige Planung zugrunde lag, von der nur wenige Eingeweihte wußten, eine lebensfeindliche Planung.

Das uns vorliegende Nachschlagewerk wird mit der Darstellung des Jahres 1975 abgeschlossen. Das letzte Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts wird die Folgen jener lebensfeindlichen Entwicklung zu tragen haben, die sich seit 1848 (oder schon seit 1789) unter der irreführenden Parole des „Fortschritts" erdweit durchgesetzt hat. In diesen letzten fünfundzwanzig Jahren des zweiten Jahrtausends wird die Entscheidung fallen, ob die Völker der Erde gemeinsam die Kraft aufbringen, diesem „Fortschritt" ein Ende zu setzen und wieder zu sich selbst, zu ihrem naturgemäßen Eigenleben zu finden, oder ob sie weiter fortschreiten, in den dann unausweichlichen katastrophalen Untergang, und mit sich alles irdische Leben zerstören.

Diese Entscheidung ist den Menschen selbst anheimgegeben. Sie liegt nicht bei einem imaginären „Zeitgeist", denn einen solchen „Zeitgeist" als eigenwirksame Kraft gibt es nicht. Die *Menschen* eines jeden Volkes prägen den Geist ihrer Zeit oder — lassen ihn von Menschen eines anderen Volkes prägen und tanzen nach fremder Pfeife. So ist es mit uns geschehen, nicht nur in dem hier dargestellten Zeitabschnitt, sondern im ganzen zweiten Jahrtausend, zunehmend gegen das Ende hin. Auch andere, nahe verwandte Völker haben sich ihrem eigenen Wesen und Leben entfremden lassen.

Nun steht die Menschheit vor einer zweifachen Aufgabe, von deren Lösung die Rettung des Lebens auf dieser Erde in den kommenden zwei Jahrzehnten abhängen wird: sie muß sich zum ersten in *ihren jeweiligen Völkern* wiederfinden, das heißt: jedes Volk zu sich selbst, sowohl in seinem biologischen Bestand wie auch in seiner kulturellen, nicht zuletzt religiösen Überlieferung aus der Ursprungszeit und in seiner ihm gemäßen Führungsordnung, so wie sie am Anfang einer jeden Volkwerdung erwuchs, *unabhängig* von Wirtschaftsform und Grad der Industrialisierung.

Erst wenn diese Aufgabe erdweit gemeistert ist, besteht Aussicht, auch die zweite zu lösen: gemeinsam in gegenseitiger Achtung und voller Anerkennung der Verschiedenartigkeit die Weltwitrschaft von Grund auf umzugestalten, fort von der bisherigen Steigerung materieller Ansprüche und Gewinne und dem damit verbundenen lebensfeindlichen Wirtschaftswachstum, hin zur einfachen Erhaltung des Lebens in all seiner Mannigfaltigkeit und Vielfalt, unter maßvollen, bescheidenen und gesunden Verhältnissen. Es gibt keinen anderen Ausweg mehr, wollen wir unseren Planeten nicht in Kürze zerstören.
Die Diskussion über den Bau von Kernkraftwerken, chemischen Großfabriken und anderen Großindustrieanlagen bewegt sich seit langer Zeit auf einer falschen Ebene. Der Streit zwischen Fachleuten verschiedener wissenschaftlicher Forschungsrichtungen und Betrachtungsweisen über noch zulässige oder nicht mehr zulässige Toleranzgrenzen von Giften und strahlenden Substanzen ist müßig und außerdem frivol, wenn die Probe aufs Exempel *erst von kommenden Generationen* gemacht werden kann, die von uns heute schon dazu verurteilt werden, ausweglos mit den Folgen dieser von uns festgesetzten Toleranzgrenzen zu leben, dahinzusiechen oder zu sterben. Wer gibt uns das Recht, die Menschen zukünftiger geschichtlicher Epochen zu zwingen, pausenlos den von uns hinterlassenen Abfall zu bewachen, gegebenenfalls den Wirkungen dieses Abfalls wehrlos ausgeliefert zu sein? Die Gesinnung, die sich in einer solchen Zumutung äußert, ist eindeutig: nach uns die Sündflut!
Die Verantwortung gegenüber denjenigen, die nach uns kommen, ist kein technologisches Problem, sondern eine Forderung der Ethik. Über Gebote der Ethik läßt sich nicht diskutieren. Entweder man trägt sie in sich als ein inneres Gesetz, oder — eben nicht. Es ist nicht vertretbar, auf der politischen Ebene den Kampf um Erhaltung und Wiedergesundung des eigenen Volkes zu führen, wenn man gleichzeitig für gut befindet, daß auf technologischer Ebene die künftige Gesundheit und Lebenserwartung *aller* Völker, darunter auch des eigenen in Frage gestellt wird, bzw. nur unter auf die Dauer undurchführbaren Sicherheitsmaßnahmen von Fall zu Fall noch einmal gerettet werden kann.
Es geht dabei nicht mehr um einen Rüstungsvorsprung von Ost oder West. Den Enkeln, Urenkeln oder noch ferneren Generationen wird es herzlich gleichgültig sein, ob ihre Lebensgrundlagen einst im Zeichen des Kommunismus oder des Kapitalismus zerstört wurden, ganz davon abgesehen, daß die „Insider“ hinter beiden Systemen dieselben sind. Es geht schlicht um das Überleben auf unserem Planeten. Seit Thor Heyerdals Appell an die Regierungen der Erde sind schon Jahre vergangen. Wann wird man endlich begreifen? Wann werden die Völker sich Regierungen geben, die wieder Verantwortung vor dem künftigen Leben beweisen? — —

Die Arbeit an den beiden zusammenhängenden Nachschlagewerken „Politisches Lexikon“ und „Politisches Geschehen des XX. Jahrhunderts“ hat — im

Alleingang — ein volles Jahrzehnt in Anspruch genommen, ein Jahrzehnt auch des eigenen Lebens. Nun gilt es, aus der Vergangenheit die Lehre für die unmittelbare Zukunft zu ziehen und — in buchstäblich letzter Stunde — tatkräftig das Rettungswerk anzupacken. Für jeden einzelnen mag dabei gelten:

Also steh auch du
aufrecht deine Frist,
bleib dir treu und tu',
was dir wesens ist!

Schleswig, im Juni 1976

Dieter Vollmer

Nachwort

Beurteilen läßt sich das politische Geschehen einer bestimmten geschichtlichen Epoche stets nur nach dem jeweiligen Erkenntnisstand der handelnden Staatsmänner eben dieser Epoche. Ihre geschichtliche Bedeutung, ihre menschliche Größe und ihre Tragik kann nur im Rahmen dieses Erkenntnisstandes gewertet werden, nicht aus dem Wissen einer späteren Zeit. Andererseits werden die großen Zusammenhänge des Geschehens, wird der rote Faden, der sich durch die Entwicklung von mehr als zwölf Jahrzehnten zieht, erst aus dem zeitlichen Abstand erkennbar. Das gilt insbesondere für das Hintergrundgeschehen, dem, wie sich hinterher zeigt, eine langfristige Planung zugrunde lag, von der nur wenige Eingeweihte wußten, eine lebensfeindliche Planung.

Das uns vorliegende Nachschlagewerk wird mit der Darstellung des Jahres 1975 abgeschlossen. Das letzte Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts wird die Folgen jener lebensfeindlichen Entwicklung zu tragen haben, die sich seit 1848 (oder schon seit 1789) unter der irreführenden Parole des „Fortschritts" erdweit durchgesetzt hat. In diesen letzten fünfundzwanzig Jahren des zweiten Jahrtausends wird die Entscheidung fallen, ob die Völker der Erde gemeinsam die Kraft aufbringen, diesem „Fortschritt" ein Ende zu setzen und wieder zu sich selbst, zu ihrem naturgemäßen Eigenleben zu finden, oder ob sie weiter fortschreiten, in den dann unausweichlichen katastrophalen Untergang, und mit sich alles irdische Leben zerstören.

Diese Entscheidung ist den Menschen selbst anheimgegeben. Sie liegt nicht bei einem imaginären „Zeitgeist", denn einen solchen „Zeitgeist" als eigenwirksame Kraft gibt es nicht. Die *Menschen* eines jeden Volkes prägen den Geist ihrer Zeit oder — lassen ihn von Menschen eines anderen Volkes prägen und tanzen nach fremder Pfeife. So ist es mit uns geschehen, nicht nur in dem hier dargestellten Zeitabschnitt, sondern im ganzen zweiten Jahrtausend, zunehmend gegen das Ende hin. Auch andere, nahe verwandte Völker haben sich ihrem eigenen Wesen und Leben entfremden lassen.

Nun steht die Menschheit vor einer zweifachen Aufgabe, von deren Lösung die Rettung des Lebens auf dieser Erde in den kommenden zwei Jahrzehnten abhängen wird: sie muß sich zum ersten in *ihren jeweiligen Völkern* wiederfinden, das heißt: jedes Volk zu sich selbst, sowohl in seinem biologischen Bestand wie auch in seiner kulturellen, nicht zuletzt religiösen Überlieferung aus der Ursprungszeit und in seiner ihm gemäßen Führungsordnung, so wie sie am Anfang einer jeden Volkwerdung erwuchs, *unabhängig* von Wirtschaftsform und Grad der Industrialisierung.

Erst wenn diese Aufgabe erdweit gemeistert ist, besteht Aussicht, auch die zweite zu lösen: gemeinsam in gegenseitiger Achtung und voller Anerkennung der Verschiedenartigkeit die Weltwitrschaft von Grund auf umzugestalten, fort von der bisherigen Steigerung materieller Ansprüche und Gewinne und dem damit verbundenen lebensfeindlichen Wirtschaftswachstum, hin zur einfachen Erhaltung des Lebens in all seiner Mannigfaltigkeit und Vielfalt, unter maßvollen, bescheidenen und gesunden Verhältnissen. Es gibt keinen anderen Ausweg mehr, wollen wir unseren Planeten nicht in Kürze zerstören.
Die Diskussion über den Bau von Kernkraftwerken, chemischen Großfabriken und anderen Großindustrieanlagen bewegt sich seit langer Zeit auf einer falschen Ebene. Der Streit zwischen Fachleuten verschiedener wissenschaftlicher Forschungsrichtungen und Betrachtungsweisen über noch zulässige oder nicht mehr zulässige Toleranzgrenzen von Giften und strahlenden Substanzen ist müßig und außerdem frivol, wenn die Probe aufs Exempel *erst von kommenden Generationen* gemacht werden kann, die von uns heute schon dazu verurteilt werden, ausweglos mit den Folgen dieser von uns festgesetzten Toleranzgrenzen zu leben, dahinzusiechen oder zu sterben. Wer gibt uns das Recht, die Menschen zukünftiger geschichtlicher Epochen zu zwingen, pausenlos den von uns hinterlassenen Abfall zu bewachen, gegebenenfalls den Wirkungen dieses Abfalls wehrlos ausgeliefert zu sein? Die Gesinnung, die sich in einer solchen Zumutung äußert, ist eindeutig: nach uns die Sündflut!
Die Verantwortung gegenüber denjenigen, die nach uns kommen, ist kein technologisches Problem, sondern eine Forderung der Ethik. Über Gebote der Ethik läßt sich nicht diskutieren. Entweder man trägt sie in sich als ein inneres Gesetz, oder — eben nicht. Es ist nicht vertretbar, auf der politischen Ebene den Kampf um Erhaltung und Wiedergesundung des eigenen Volkes zu führen, wenn man gleichzeitig für gut befindet, daß auf technologischer Ebene die künftige Gesundheit und Lebenserwartung *aller* Völker, darunter auch des eigenen in Frage gestellt wird, bzw. nur unter auf die Dauer undurchführbaren Sicherheitsmaßnahmen von Fall zu Fall noch einmal gerettet werden kann.
Es geht dabei nicht mehr um einen Rüstungsvorsprung von Ost oder West. Den Enkeln, Urenkeln oder noch ferneren Generationen wird es herzlich gleichgültig sein, ob ihre Lebensgrundlagen einst im Zeichen des Kommunismus oder des Kapitalismus zerstört wurden, ganz davon abgesehen, daß die „Insider" hinter beiden Systemen dieselben sind. Es geht schlicht um das Überleben auf unserem Planeten. Seit Thor Heyerdals Appell an die Regierungen der Erde sind schon Jahre vergangen. Wann wird man endlich begreifen? Wann werden die Völker sich Regierungen geben, die wieder Verantwortung vor dem künftigen Leben beweisen? — —

Die Arbeit an den beiden zusammenhängenden Nachschlagewerken „Politisches Lexikon" und „Politisches Geschehen des XX. Jahrhunderts" hat — im

Alleingang — ein volles Jahrzehnt in Anspruch genommen, ein Jahrzehnt auch des eigenen Lebens. Nun gilt es, aus der Vergangenheit die Lehre für die unmittelbare Zukunft zu ziehen und — in buchstäblich letzter Stunde — tatkräftig das Rettungswerk anzupacken. Für jeden einzelnen mag dabei gelten:

Also steh auch du
aufrecht deine Frist,
bleib dir treu und tu',
was dir wesens ist!

Schleswig, im Juni 1976

Dieter Vollmer

F ü r meine Freunde

möchte ich an dieses Nachwort zu meiner Arbeit der letzten zehn Jahre noch anfügen, was ich bereits vor einem viertel Jahrhundert in Buenos Aires schrieb. Es bezieht sich auf die hellsichtige Unterscheidung, die Walther Rathenau (1904)in seinem Essay über "Schwachheit, Furcht und Zweck" zwischen den "Starken" und den "Klugen" vornimmt. Um die damalige Jahrhunderwende, so meinte Rathenau, sei der Sieg der "Klugen" über die "Starken" bereits vollendet gewesen. Nun, es ist wahr, wir haben sie reichlich spät erkannt, die "Klugen" im Sinne Rathenaus, vielleicht zu spät. Aber selbst wenn es ihnen gelingen sollte, auch die letzten noch freien Völker in graue Sklavenkolonnen zu verwandeln oder das letzte noch hochwertige Menschentum in einem einzigen Rassenbrei zu verkochen oder endlich - mit einem letzten technischen Kunstgriff - alles vegetative Leben auf unserem Erdball - einschließlich ihrer eigenen zerrissenen Existenz - auszulöschen, was hälfe es ihnen ? Der Geist des Lebens, der im unendlichen Weltenraum webt und wirkt, schafft und ordnet, der sieht sie nicht, kennt sie nicht.

Oder doch ? Welch eigener Gedanke ! Dieser Geist hat ja auch sie einmal geschaffen - mitsamt all ihrem Zerstörungstrieb - und er hält für das eine Staubkorn, das sie mit seinem Willen und nach seinem Plan zerstören, Milliarden anderer bereit. In diesem Wissen können wir über sie lächeln - trotz allem, was uns durch sie im einzelnen vielleicht noch bevorsteht - können wir lächeln über sie, die das größere Leben weder zu begreifen noch zu zerstören vermögen, über all ihre wütende Selbstvernichtung. Sehen sie denn nicht, wie paradox ihr ganzes Dasein ist ? Oder wissen sie vielleicht auch das ?

Sei dem, wie es will. Wir, die wir die trostreiche Gewißheit von der Unendlichkeit des Alls in uns tragen, fürchten ihr Wirken nicht. Der Name "Weltzerstörer" kommt ihnen zu, weil sie so sehr danach streben es zu sein, nicht weil sie es in Wirklichkeit sein könnten.

Freilich, das ist nur ein Trost für die "Starken".

Zur kommenden Lichtwende wünsche ich Lebensmut und Lebensfreude und den Willen, sich gegen die "Klugen" zu wehren bis zum letzten Atemzug !

Dimhausen,
Mittwinter 1976

Anmerkungen
(Quellenhinweise)

1961

1 World Marxist Review, Januar 1961, 2—27; Georg Paloczi-Horvath, Der Herr der blauen Ameisen, Frankfurt/Main 1962, 374 f.
2 Vertrags-Ploetz II 4 B, 88 ff.
3 Paloczi-Horvath a.a.O., 379, 383.
4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 92 ff.
5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 97 ff.
6 Vertrags-Ploetz a.a.O., 95 ff.
7 J. G. Burg, Schuld und Schicksal, München 1962, 366.
8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 100.
9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 101 ff.
10 J. G. Burg, Schuld und Schicksal, München 1962, 356 f.
11 M. Stanton Evans, Rebellion der Jugend, München 1963, 140 ff.
12 Reinhard Gehlen, Der Dienst, Mainz-Wiesbaden 1971, 279 ff.; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1809.
13 Politisches Lexikon, Teil II „Spaak"; Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1699.
14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 104 ff.
15 Bernhard Schneider, Daten zur Geschichte der Jugendbewegung, Bad Godesberg 1965, 165 f.
16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 107 f.
17 Hans Henle, Mao, China und die Welt von heute, Stuttgart 1961, 324, Fußnote.
18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 108 ff.
19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 115 ff.
20 Gehlen a.a.O., 281 ff.
21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 117 ff.
22 Lewis L. Strauss, Kette der Entscheidungen, Düsseldorf 1964, 405, Fußnote.
23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 118 ff.
24 Vertrags-Ploetz a.a.O., 122 ff.
25 Vertrags-Ploetz a.a.O., 131.
26 Gehlen a.a.O., 286 ff.
27 Vertrags-Ploetz a.a.O., 131.
28 Vertrags-Ploetz a.a.O., 131 f.
29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 124—133.

1962

1 Vertrags-Ploetz a.a.O., 143 ff.
2 Ploetz, Geschichte ... a.a.O., 1563, SBZ von A—Z, Bonn 1966, „Wehrpflicht".
3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 153 ff.
4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 146 ff.
5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 161 ff.
6 Vertrags-Ploetz a.a.O., 176 ff.
7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 202—217.

8 Vertrags-Ploetz a.a.O., 220 ff.
9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 180.
10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 226 f.
11 Sayed Nofal, Israeli Crime Record, Kairo Mai 1963, Inform. Departm.
12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 180 f.
13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 227 ff.
14 K. Kelpin, Neckargemünd, Israel, Quo Vadis? Selbstverlag o. J.; Nation Europa, Coburg Oktober 1962, S. 31—37.
15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 182 ff.
16 F. J. P. Veale, Der Barberei entgegen [2]., Wiesbaden 1962, 179 ff., 218 ff., 317 ff.
17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 235—255.
18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 255 ff.
19 Heinrich Harrer, Ich komme aus der Steinzeit, Frankfurt 1963, 246; Ploetz, Geschichte... a.a.O., 1999.
20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 260—270.
21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 270—283.
22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 284 ff.
23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 291 ff.
24 Vertrags-Ploetz a.a.O., 294—303.
25 Vertrags-Ploetz a.a.O., 304 ff.
26 Vertrags-Ploetz a.a.O., 308 f.
27 Vertrags-Ploetz a.a.O., 314 f.
28 Reinhard Gehlen, Der Dienst, Mainz 1971, 282 f.
28a Gehlen a.a.O., 291 f.
29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 316 ff.
30 Vertrags-Ploetz a.a.O., 191 f.
31 Vertrags-Ploetz a.a.O., 319—326.
32 Vertrags-Ploetz a.a.O., 329—338.
33 Vertrags-Ploetz a.a.O., 343—351.
34 Vertrags-Ploetz a.a.O., 338 ff.
35 Vertrags-Ploetz a.a.O., 352 ff.
36 Vertrags-Ploetz a.a.O., 355 ff.

1963

1 Vertrags-Ploetz a.a.O., 440.
2 Vertrags-Ploetz a.a.O., 359—370.
3 Vertrags-Ploetz a.a.O., 440.
4 Vertrags-Ploetz a.a.O., 373—387.
5 Vertrags-Ploetz a.a.O., 389—411.
6 Vertrags-Ploetz a.a.O., 412—416.
7 Vertrags-Ploetz a.a.O., 417 ff.
8 Kurt Ziesel, Der deutsche Selbstmord, Velbert 1963, 327 ff.
9 Vertrags-Ploetz a.a.O., 425 ff.
10 Vertrags-Ploetz a.a.O., 422 ff.
11 Vertrags-Ploetz a.a.O., 431 ff.
12 Vertrags-Ploetz a.a.O., 427 ff.
13 Vertrags-Ploetz a.a.O., 435—442.

14 Vertrags-Ploetz a.a.O., 443 ff.
15 Vertrags-Ploetz a.a.O., 449 ff.
16 Vertrags-Ploetz a.a.O., 452—461.
17 Vertrags-Ploetz a.a.O., 466 ff.
18 Vertrags-Ploetz a.a.O., 464 f.
19 Vertrags-Ploetz a.a.O., 470 ff.
20 Vertrags-Ploetz a.a.O., 482 f.
21 Vertrags-Ploetz a.a.O., 483 ff.
22 Vertrags-Ploetz a.a.O., 495—503.
23 Vertrags-Ploetz a.a.O., 503 f.
24 Vertrags-Ploetz a.a.O., 504—520.
25 Vertrags-Ploetz a.a.O., 521 ff.
26 Politisches Lexikon a.a.O., Teil I „Segregation"; Ploetz Geschichte . . . a.a.O., 1763.
27 Vertrags-Ploetz a.a.O., 556—564.
28 Vertrags-Ploetz a.a.O., 565—582.
29 Vertrags-Ploetz a.a.O., 585 ff.
30 Politisches Lexikon a.a.O., Teil II „Paul VI."; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1721.
31 Vertrags-Ploetz a.a.O., 288 f.
32 Vertrags-Ploetz a.a.O., 289.
33 Vertrags-Ploetz a.a.O., 587—597.
34 Politisches Lexikon a.a.O., Teil III „Teststopp-Vertrag"; Vertrags-Ploetz a.a.O., 598—604.
35 Vertrags-Ploetz a.a.O., 289 f., 587.
36 Vertrags-Ploetz a.a.O., 290.
37 Vertrags-Ploetz a.a.O., 381 ff.
38 Bernhard Schneider, Daten zur Geschichte der Jugendbewegung, Bad Godesberg 1965, 174 f.
39 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Sihanouk"; Ploetz, Geschichte . . . a.a.O., 1996.
40 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Südafrika".

1964

1 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Duvalier".
2 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II.
3 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Smith".
4 Moshe Menuhin in NZ 15/31, 5. August 1966.
5 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Breschnew", „Mikojan".
6 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II, „Breschnew", „Kossygin; Gehlen, Der Dienst a.a.O., 303 f.
7 Gehlen, Der Dienst a.a.O., 304 f.
8 Böge/Moltmann/Tormin, Ereignisse seit 1945, Brschw. 1965[5].
9 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Popovič".

1965

1 Eugen Lennhoff, Politische Geheimbünde, München 1966, 451.
2 Reinhard Gehlen, Der Dienst, Mainz 1971, 305 f.

3 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Guevara".
4 Reinhard Gehlen, Der Dienst, Mainz 1971, 306.
5 Reinhard Gehlen, Der Dienst, Mainz 1971, 309.

1966

1 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Zentralafrikanische Republik", Teil II „Bokassa".
2 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Schastri".
3 P. Kleist, Endlösung ..., Hannover 1972, 119 f.
4 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Gromyko".
5 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Holyoake".
6 NZ 16/20, 20. Mai 1966; DN 51/52, 23. 12. 1966 Rückblick; Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Wiedergutmachung".
7 DWZ 8/21, 27. Mai 1966; Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Wiedergutmachung".
8 Polit. Lexikon, a.a.O., Teil II „Mobutu".
9 Pol. Lexikon a.a.O., Teil I „Asiatisch-Pazifische Konferenz".
10 Associated Press, 17. Juni 1966; Wolfram Köhler, „Demonstration des rumänischen Nationalismus" in Die Welt, 7. Juli 1966; Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Ceausescu".
11 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Ceausescu"; Wolfram Köhler, „Demonstration des rumänischen Nationalismus" in Die Welt, 7. Juli 1966.
12 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Sukarno".
13 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Holt".
14 Peter Kleist, „Es gibt noch Richter" in DWZ 30/1966, nachgedruckt in Kleist, Endlösung für die freie Welt, Hannover 1972, 84 f.
15 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Rote Garden".
16 Peter Kleist, Endlösung für die freie Welt, Hannover 1972, 87 ff.; Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Verwoerd".
17 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Mobutu".
18 Polit. Lexikon a.a.O., Teil I „Nigeria".
19 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Mobutu".
20 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Franco".
21 Polit. Lexikon a.a.O., Teil II „Smith".

1967

1 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 20.
2 Gary Allen, Die Insider (None dare call it Comspiracy), Wiesbaden 1974, 141.
3 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4. 61.
4 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 35.
5 Polit. Lexikon, Teil II, „Adenauer"; Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 30.
6 Auch der Nachkriegs-Ploetz (Bd. 4, Würzburg 1973, S. 70 ff.), bzw. der für diesen Zeitabschnitt zuständige Bearbeiter, stimmt in die allgemeine Verurteilung ein. Sie gleicht aufs Haar der Verurteilung General Francos in Spanien. Wer sich dem Kommunismus und seinen Wegbereitern („nützlichen Idioten") ernstlich und wirkungsvoll widersetzt und entsprechend Vorsorge trifft, wird in Acht und Bann getan.
7 Es wäre müßig, alle von verfassunggebenden Versammlungen süd- und mittelamerikanischer Staaten neu beschlossenen Verfassungen festhalten zu wollen. Die meisten davon werden kurz nach ihrem Inkrafttreten von irgendeinem Diktator wieder suspendiert, nach dessen Sturz dann eine neue verfassunggebende Versammlung gewählt wird usw. Es lohnt wirklich nicht, darüber zu berichten.
8 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 248.
9 Horst Arnold, Die deutsche Milliardenverschuldung, Seeheim 1968, zitiert bei Juan Maler, Gegen Gott und die Natur, Buenos Aires 1971, 57.
10 Juan Maler, Die große Rebellion, Buenos Aires 1969, 52.
11 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 222.
12 Juan Maler, Die große Rebellion, Buenos Aires 1969, 25 f.
13 Polit. Lexikon, Teil II, „GUEVARA".
14 Nachkriegs-Ploetz, Bd. 4, a.a.O., 211.

1968

1 Juan Maler, Die große Rebellion a.a.O., 406.
2 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 25.
3 Juan Maler, Die große Rebellion a.a.O., 30 f., Gegen Gott . . . a.a.O., 24 f.
4 Der für diesen Abschnitt zuständige Verfasser des Nachkriegs-Ploetz, Bd. 4, Würzburg 1973, S. 46, schreibt: „. . . die Reformer knüpfen damit an die Tradition der KP in der Zeit von 1918 bis 1938 an, als die Partei in freier politischer Auseinandersetzung einen Großteil der Bevölkerung gewonnen hatte." Es muß daran erinnert werden, daß von 1918 bis 1938 im benachbarten Rußland die Bevölkerung dezimiert, insbesondere das Bauerntum zu Millionen umgebracht wurde, woran sich übrigens gleich zu Anfang Einheiten der tschechischen Legion unter Führung sadistischer Offiziere beteiligten. Ferner fallen in die genannte Zeit die von Stalin veranlaßten „Großen Reinigungen", denen nach den berühmt-berüchtigten Schauprozessen die Mehrzahl der Altbolschewisten zum Opfer fiel, zum Schluß noch fast das gesamte höhere Offizierkorps der Roten Armee. Während sich das alles in Rußland abspielte, soll also in der Tschechoslowakei die Kommunistische Partei „in freier politischer Auseinandersetzung einen Großteil der Bevölkerung gewonnen" haben. Kein Kommentar.
5 Hans Joachim Maitre, „Auf den neuen Premierminister wartet eine Herkulesarbeit" in Die Welt, 19. April 1968; „Wer ist Trudeau?" in Europa-Korrespondenz, Wien, 159, VI. 68.

6 Juan Maler, Die große Rebellion a.a.O., 115.
7 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 8.
8 Juan Maler, Die große Rebellion a.a.O., 131 f.
9 Juan Maler, Die große Rebellion a.a.O., 34.
10 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., 4, 145.
11 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., 4, 166.
12 Die Bearbeiter des Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, s. 112 f., bescheinigen dem portugiesischen Volke, daß es während der langen Regierungszeit Salazars „politisch abgestumpft" sei. Das ist eine doppelte Verleumdung, sowohl Salazars, dessen ungewöhnliche staatsmännische Begabung und Leistung hier aus der liberalistischen Froschperspektive abgewertet wird, als auch des portugiesischen Volkes, das keineswegs abgestumpft war, sondern sich dankbar der Freiheit von staatsfeindlicher und antiautoritärer Agitation erfreute, bis diese destruktiven Kräfte dann schließlich doch wieder Eingang fanden. Mit welchem Erfolg, liegt inzwischen deutlich genug am Tage.
13 Gary Allen a.a.O., Wiesbaden 1974, 149 ff.
14 Polit. Lexikon, Teil I, „Mansholt-Plan".

1969

1 Gary Allen a.a.O., 68 f.
2 Juan Maler, Gegen Gott ... a.a.O., 29.
3 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 15 f.
4 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 167.
5 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 36.
6 Stern, Nr. 50/1969.
7 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 22.

1970

1 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 48; die Jahreszahl 1984 im Titel des Orwellschen Buches ist irreführend, denn als dieses Buch geschrieben wurde, bestanden solche Verhältnisse und gab es solche Methoden, wie sie darin beschrieben werden, schon lange.
2 La Razon, Buenos Aires 2. September 1970, zit. in Juan Maler, Gegen Gott ... a.a.O., 138.
3 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 14.
4 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 10.
5 Nachkriegs-Ploetz a.a.O., Bd. 4, 51 f.
6 Juan Maler, Gegen Gott ... a.a.O., 131.

1971

1 Archiv der Gegenwart (Siegler & Co.), Bonn 1971, 15977 C.
2 Reutermeldung
3 Archiv der Gegenwart a.a.O., 1971, 16067 B.
4 Archiv der Gegenwart a.a.O., XLI. Jahrg. 1971, 16209 A.

5 Archiv der Gegenwart a.a.O., 1971, 16444 A.
6 Agence France Press, Paris.
7 Associated Press, 28. Juli 1972; Agence France Press.
8 Agence France Press, Paris.

1972

1 Middle East News Agency, Kairo.
2 Agence France Press; Neue Züricher Ztg.
3 Pressedienst des EG-Rates.
4 UN-Press Release.
5 Frankf. Allg. Ztg.; TASS, 15. 2. 1972.
6 Agence France Press, Paris
7 Associated Press, 6. April 1972.
8 Reutermeldung und Neue Züricher Zeitung.
9 Washington Post.
10 Neue Züricher Zeitung; Grenzecho; vgl. auch Polit. Lexik. Teil I, „Burundi".
11 Reutermeldung 14. Mai 1972.
12 New York Times.
13 New York Times, 15. Mai 1972.
14 Bulletin des Bundestages;
Gerhard Schumann wird diesem Tage die Verse widmen:

Am Tag der Schmach
Noch ist Deutschland nicht verloren,
Rings verraten und beraubt,
Stehn die Treuen fest verschworen
Um der Mutter heil'ges Haupt.
Pommern, Schlesien und Sudeten,
Posen, Wien und Königsberg —
Mutter, dein mit Tun und Beten!
Deutschland, dein mit Herz und Werk!
(Bewahrung und Bewährung, Bodman/Bodensee 1976)

15 Keesing's Contemporary Archives, London (KCA).
15a Wilhelm Hartlieb, „Zur Geschichte Deutschlands seit 1945" in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart", Tübingen, Heft 1/1976 (24. Jg.) 20.
16 Mitteilung der südafr. Botschaft in Bonn.
17 Frankfurter Allgem. Ztg., 1. u. 16. Juni 1976.
18 Agence France Press, Paris.
19 Le Monde, Paris.
20 Zeitbühne, Lahr, Juni 1972, Heft 1, S. 9 ff.
21 Times, London, 14. Juli 1972.
22 Korean. Zentr. Nachr. Agentur.
23 Al-Ahram, Kairo, 18. August 1972;
Le Monde, 18. Juli 1972; News Week, 31. Juli 1976.
24 Pressedienst der EG.
25 TASS, Moskau.
26 Times, London, 21. und 24. August 1972; Neue Züricher Zeitung.
27 dpa-Meldung.

28 Neue Züricher Zeitung.
29 Al-Anwar, 10. August 1972; al-Nahar, Libanon, 28. August 1972; New York Times, 13. September 1972.
30 Times, London; Reuter; Die Welt, 18. August 1972.
31 Agence France Press.
32 Frankfurter Allgem. Zeitung.
33 Reuter, 9. September 1972; United Press International, 14. September 1972.
34 Pressedienst der IAEO.
35 International Herald Tribune, Paris.
36 Neue Züricher Zeitung.
37 TASS, Moskau.
38 Associated Press, 27. Oktober 1972; TASS, 23. August 1972.
39 Frankfurter Allgemeine Zeitung.
40 United Press International, Washington.
41 Washington Post.
42 Neue Züricher Zeitung, 5. Januar 1973.
43 Hsinhua, Peking, 1. Januar 1973.
44 Agence France Press; Associated Press; Reuter; dpa; Hsinhua, Peking.
45 Wilhelm Hartlieb, „Zur Geschichte Deutschlands nach 1945", in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Tübingen, 1976 (24. Jahrg.), Heft 1, 19.

1973

1 Amerika-Dienst, Washington; Le Monde, Paris; Associated Press, New York.
2 Hsinhua, Peking.
3 Associated Press, New York; Washington Post.
4 Amerika-Dienst, Washington.
5 Neues Deutschland, Ost-Berlin.
6 Neue Züricher Zeitung; Le Monde; Newsweek, 4. April 1973.
7 Wireless Bulletin, Washington.
8 Hsinhua, Peking; Le Monde, Paris.
9 Frankfurter Allgemeine Zeitung.
10 New York Times.
11 Amerika-Dienst, Washington.
12 Hsinhua, Peking.
13 Washington Post, 17. Juni 1973.
14 Le Monde, Paris, 9. Mai 1973.
15 Agence France Press.
16 Newsweek, 14. Mai 1973.
17 Radio Tripolis, 14. Mai 1973.
18 Le Nouvel Observateur, Nr. 447.
19 New York Times; Neue Züricher Zeitung.
20 Le Monde, Paris, 14. Juni 1973; Agence France Press, Paris.
21 Amerika-Dienst, Washington.
22 Associated Press, New York; Hsinhua, Peking, 28. Juni 1973; United Press International, Washington; Jiji-Press, Tokio, 27. Juni 1973; Sender Europe I, Frankreich.
23 Associated Press; Reuter.
24 Wireless Bulletin.

25 Quick, Nr. 41/1973.
26 Bundesverfassungsgericht, Aktenzeichen 2 DvF 1/73.
27 Pressedienst der kanadischen Botschaft, Bonn; Times.
28 Prensa Latina, Kuba.
29 Hsinhua, Peking.
30 Hsinhua, Peking, 31. August 1973.
31 Wireless Bulletin.
32 Internationale Politik, Belgrad.
33 Frankfurter Allgemeine Zeitung.
34 Ritzau's Büro, Kopenhagen, 6. Juni 1973; Neue Züricher Zeitung.
35 Neues Deutschland (Ost-Berlin); Frankfurter Allgemeine Zeitung.
36 United Press International; Prensa Latina (Kuba).
37 Wiener Zeitung.
38 Le Monde, Paris, 9. Oktober 1973.
39 Le Monde, Paris; Neue Züricher Zeitung.
40 Middle East News Agency, Kairo.
41 Marvin und Bernard Kalb, Henry Kissinger (Biographie), USA; Bunte (Illustr.) Offenburg, Nr. 49/1974.
42 Wireless Bulletin, Washington; New York Times.
43 Jiji-Press, Tokio; Radio Kairo.
44 Middle East News Agency, Kairo; United Press International, Washington; dpa; Le Monde.
45 Associated Press, New York; International Herald Tribune, Paris.
46 Bulletins der Bundesregierung.
47 Le Monde; UN-Press Release; International Herald Tribune, Paris; Neue Züricher Zeitung.

1974

1 Washington Post; Antara, Djakarta, 28. Januar 1974.
2 United Press International, Washington.
3 Times, London, 28. Februar 1974.
4 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. März 1974; Katholische Nachrichtenagentur, Bonn.
5 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Februar 1974.
6 Neue Züricher Zeitung, 10. Mai 1974.
7 Die Welt, 8. März 1974; Bulletin des Bundespresseamtes, Bonn, 20. Juli 1974.
8 The Review Of The News, Belmont/Mass., 20. März 1974, S. 31 ff., Frank A. Capell, „The Kissinger Caper". Ebenso in „Washington Observer", 1974. „Congressional Record", Washington, 20. Oktober 1971, Vol. 117, No. 157. Ismerök Az Igazsagot, Kissinger, Euskirchen 1974. Dort Gesamtdarstellung.
9 Times, London; Le Monde, Paris.
10 Middle Eeast News Agency, Kairo, 2. April 1974; Al-Ahram, Kairo, 26. Mai 1974.
11 Radio Vientiane; ADN, Ostberlin.
12 Information Service of India, Neu Delhi.
13 Hsinhua, Peking, 10. April 1974.
14 Le Monde, Paris.
15 Washington Post, 10. April 1974.

16 Quick „Extra“, 1974; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 7. Mai 1974; Frankfurter Allgemeine Zeitung; Spiegel.
17 International Herald Tribune, Paris, 18. Mai 1974.
18 Neue Züricher Zeitung, 31. Mai 1974.
19 dpa, 4. Juni 1974; Jijipress, Tokio.
20 Radio Hanoi, 23. Juni 1974; United Press International, Washington, 3. Januar 1975.
21 Associated Press, New York; Reuter, London; Agence France Press.
22 Agence France Press, Paris.
23 Amerika-Dienst, Washington; Le Monde, Paris.
24 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Juli 1974; Deutsche Presse-Agentur, Hamburg, 2. Dezember 1974; Die Welt, 28. November 1974.
25 Nelson A. *Rockefeller* war seit 1954 außenpolitischer Berater *Eisenhowers*, von 1958—1973, also fünfzehn Jahre lang Gouverneur des Staates New York. Seine Mutter ist eine geborene Aldrich. 1946 wurde er Vorsitzender (chairman) einer projüdischen Organisation. Er ist Mitglied sowohl der Bilderberger als auch des CFR, in dem sein Bruder David 1970/71 Vorstandsvorsitzender war. Näheres über das Verhältnis Rockefeller-Nixon und beider zu Henry Kissinger siehe bei Gary Allen, Die Insider, Wiesbaden 1971, 147—154 (einschl. Bildunterschriften); International Herald Tribune, Paris, 6. August 1974.
26 Neue Züricher Zeitung, 26. August 1974.
27 United Press International; Radio Addis Abeba.
28 Neues Deutschland, Ost-Berlin, 27. September 1974.
29 Washington Post, 13. November 1974; Münchner Merkur, 14. November 1974; (zit. in UN, Mülheim/Ruhr, Januar 1975.)
30 Hsinhua, Peking; Times, London.
31 TASS, Moskau, 18. Dezember 1974.
32 Associaded Press, New York, 30. Oktober 1974; New York Times, 12. November 1974.
33 Radio Rabat.
34 Radio Amman, 31. Oktober 1974; Newsweek, 3. November 1974.
35 Jijipress, Tokio; Radio Japan.
36 Associated Press, New York, 6. November 1974.
37 Pressedienst der EG, 8. November 1974.
38 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Dezember 1974.
39 Radio Addis Abeba, 24. November 1974; Neue Züricher Zeitung, 26. November 1974.
40 Radio Moskau.
41 United Press International, Washington, 26. November 1974.
42 Times, London, 4. Dezember 1974.
43 Agence France Press, Paris.
44 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Februar 1975.

1975

1 Business Week; Time; Prawda, 7. Januar 1975.
2 Katholische Nachrichten Agentur, Bonn, 4. Januar 1975; The Times, 7. Januar 1975.
3 Wireless Bulletin, Washington, 17. Februar 1975.

4 Pressedienst des Bundesfinanzministeriums.
5 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. März 1975 (Anzeige).
6 Bulletin der EG, Nr. 3/1975.
7 Der Spiegel, Hamburg, Nr. 30/1975, S. 32 ff.
8 International Herald Tribune, Paris. Associated Press, New York.
9 Le Monde, Paris, 25. September 1975.
10 Radio Riad; Frankfurter Allgemeine Zeitung.
11 Schleswiger Nachrichten, 14. April 1975.
12 Radio Ndjamena, 13. April 1975, Rede des Stabschefs der Streitkräfte *Odingar;* Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. April 1975.
13 Pressedienst der EG.
14 Die Welt, 12. Mai 1975.
15 Asean Recorder.
16 The Times, London; Keesings Contemporary Archives, London.
17 Le Monde, Paris.
18 International Herald Tribune, Paris.
19 New Republic Magazine, 9. Juni 1975; (Schlesw. Nachrichten, 10. Juni 1975.)
20 Neue Züricher Zeitung.
21 The Times; United News of India; Information Service of India, Neu Delhi; Neue Züricher Zeitung, 2. August 1975.
22 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Juli 1975.
23 TASS; International Herald Tribune, Paris; Reuter, 20. Juli 1975.
24 New York Times; Associated Press, 30. Januar 1975.
25 Radio Mexiko; Hsinhua, Peking.
26 Times; Associated Press; Frankfurter Allgemeine Zeitung; Radio Bangla Desh.
27 Amerika-Dienst, Washington und TASS, Moskau, 20. August 1975.
28 Amerika-Dienst, Washington, 5. September 1975; Israelische Botschaft, Bonn; Le Monde, Paris; New York Times, 10. September 1975.
29 Hsinhua, Peking.
30 IAEO-Pressedienst, Wien.
31 New York Times.
32 Spiegel, Nr. 41/1975.
33 Dolomiten; Tanjug, Belgrad 1. Ooktober 1975.
34 Neues Deutschland, Ost-Berlin. Bodo Spruth, „Die DDR und die UdSSR", in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart", Tübingen, Heft 1/1976 (24. Jahrgang), 25.
35 Wireless Bulletin, Washington.
36 Wireless Bulletin, Washington, 3. November 1975, 9. Dezember 1975; Neue Züricher Zeitung.
37 Radio Kampala, 10. November 1975; Radio Moskau, 11. November 1975.
38 Deutsche Presse-Agentur, 11. November 1975; International Herald Tribune, Paris.
39 The Times, London, 19. November 1975, Leitartikel.
40 Frankfurter Allgemeine Zeitung; Le Monde, Paris.
41 Wireless Bulletin ,Washington.
42 Pathet-Lao-Nachrichtenagentur, Vientiane.
43 Deutsche Presse-Agentur, Hamburg; Associated Press, New York, 13. Dezember 1975; Hannoversche Allgemeine Zeitung, 13./14. Dezember 1975.
44 Neue Züricher Zeitung; Osservatore Romano, 13. Dezember 1975.